Deutscher Bundestag
7. Wahlperiode

Drucksache 7/2848

25. 11. 74

Sachgebiet 700

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Jahresgutachten 1974 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Vorwort

1. Gemäß § 6 Abs. 1 des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vom 14. August 1963 in der Fassung vom 8. November 1966 und vom 8. Juni 1967 [1]) legt der Sachverständigenrat hiermit sein elftes Jahresgutachten vor [2]).

2. Der gesetzlichen Regelung entsprechend schied Prof. Dr. Claus Köhler, Universität Hannover, am 28. Februar 1974 aus dem Sachverständigenrat aus. Als sein Nachfolger wurde am 29. Mai 1974 Prof. Dr. Gerhard Scherhorn, Hochschule für Wirtschaft und Politik in Hamburg, durch den Bundespräsidenten für fünf Jahre in den Sachverständigenrat berufen.

Am 4. Juli 1974 verstarb Prof. Dr. Wilhelm Bauer, seit dem 1. März 1964 Mitglied des Sachverständigenrates und bis zum 28. Februar 1970 auch dessen Vorsitzender. Zum Nachfolger für die restliche Amtsperiode berief der Bundespräsident am 15. August 1974 Prof. Dr. Kurt Schmidt, Universität Mainz.

---

[1]) Das Gesetz mit den Änderungen durch das Änderungsgesetz vom 8. November 1966 und durch die den Sachverständigenrat betreffenden Bestimmungen des „Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft" vom 8. Juni 1967 sowie die §§ 1 bis 3 dieses Gesetzes sind als Anhang I und II angefügt. Wichtige Bestimmungen des Sachverständigenratsgesetzes sind im Vorwort der Jahresgutachten 1964/65 bis 1968/69 erläutert.

[2]) Eine Liste der bisher erschienenen Jahresgutachten und der Sondergutachten ist als Anhang III abgedruckt.

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53 Bonn 1
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, 53 Bonn-Bad Godesberg 1.
Postfach 821, Goethestraße 56, Telefon (0 22 21) 36 35 51

3. Professor Dr. Wilhelm Bauer hat von Beginn an durch eine grundsatztreue und von hohem Sachverstand geprägte Arbeit viel zur Erfüllung der Aufgaben des Sachverständigenrates beigetragen. Er leitete von 1950 bis 1971 als wissenschaftlicher Direktor das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung in Essen. Zugleich lehrte er an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität zu Köln. Im November 1969 wurde ihm das Große Bundesverdienstkreuz verliehen. Der Bundesregierung hatte er im Mai 1974 seine Absicht erklärt, aus gesundheitlichen Gründen von seinem Amt als Mitglied des Sachverständigenrates zurückzutreten.

Wir werden Wilhelm Bauer ein ehrendes Andenken bewahren.

4. Noch während der abschließenden Arbeiten am Jahresgutachten 1973 zeichnete sich von Tag zu Tag mehr ab, daß die Bundesrepublik wie die anderen Industrieländer der westlichen Welt mit erheblichen Einschränkungen in der Rohölversorgung und mit einer Vervielfachung des Rohölpreises zu rechnen hatte. Der Sachverständigenrat legte der Bundesregierung am 17. Dezember 1973 ein Sondergutachten über die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen der Ölkrise vor und veröffentlichte es im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft [3]).

5. Im Jahre 1974 verschärfte sich der Konflikt zwischen einem geringen Geldwertschwund und einem hohen Beschäftigungsstand. Die drastische Verteuerung des Erdöls vergrößerte die Anpassungslast einer allmählichen Rückkehr zu mehr Stabilität. Beträchtliche Lohnsteigerungen kamen hinzu. Die konsequente Knapphaltung des Zentralbankgeldes durch die Bundesbank beschnitt jedoch den gesamtwirtschaftlichen Ausgabenspielraum. Unterauslastung der Produktionskapazitäten und eine zunehmende Arbeitslosigkeit ließen die Kosten deutlich werden, die Inflation auf Dauer verursacht. Sollen diese künftig nicht noch höher werden, wird die monetäre Politik ihren Kurs fortsetzen müssen, weil nur so angemessenes Wachstum und damit Sicherheit der Arbeitsplätze in der Zukunft zu erreichen sind. Der Kampf gegen Dauerinflation ist nichts anderes als der Versuch, Vollbeschäftigung für morgen zu sichern.

6. Mehrfach hatte der Sachverständigenrat in den vergangenen zwölf Monaten Gelegenheit, mit dem Bundesminister für Wirtschaft, dem Bundesminister der Finanzen sowie mit dem Präsidenten und den Mitgliedern des Direktoriums der Deutschen Bundesbank aktuelle konjunktur- und währungspolitische Fragen zu erörtern.

---

[3]) Das Sondergutachten vom 17. Dezember 1973 ist als Anhang IV abgedruckt.

Zugeleitet mit Schreiben des Bundeskanzlers vom 22. November 1974 — I/4 (IV/2) 600 06 — Gu 10/74.

Gespräche führte der Rat mit dem Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit, dem Sachverständigen-Gremium des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit, dem Präsidenten des Bundeskartellamtes und den Mitgliedern der Monopolkommission.

Wie üblich hat der Rat Vertreter der Sozialpartner, des Deutschen Industrie- und Handelstages und des Bundesverbandes der Deutschen Industrie zu den anstehenden Problemen der Konjunkturpolitik gehört. Er nahm ferner an allen Gesprächen im Rahmen der „Konzertierten Aktion" beim Bundesminister für Wirtschaft teil.

Die Kommission der Europäischen Gemeinschaften gab dem Sachverständigenrat im September 1974 Gelegenheit zu einem ausführlichen Gespräch über Probleme der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft.

7. Mit Vertretern der Wirtschaftswissenschaften an Hochschulen und an Forschungsinstituten hat der Rat Gespräche führen können, die ihm für seine Arbeit wertvolle Erkenntnisse vermittelt haben.

Zu einzelnen Fragen, denen der Rat in seiner Arbeit besondere Aufmerksamkeit zu widmen hatte, stellten ihm Dr. Joachim Degner, Bonn-Röttgen, und der Deutsche Industrie- und Handelstag schriftliche Ausarbeitungen zur Verfügung. Der Vorbereitung des Sondergutachtens vom 17. Dezember 1973 dienten Gespräche mit Experten der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute, einem Mitarbeiter der Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Brüssel, und Vertretern der Mineralölwirtschaft; Berichte von Prof. Dr. Hans K. Schneider, Köln, erleichterten dem Rat die Meinungsbildung über die energiewirtschaftliche Lage im Herbst 1974. Allen Beteiligten hat der Rat zu danken.

8. Bei den Abschlußarbeiten an dem vorliegenden Gutachten haben uns Privatdozent Dr. Hermann Albeck, Tübingen, Diplom-Volkswirt Diplom-Kaufmann Helmut Becker, Hofheim, Professor Dr. Manfred Feldsieper, Köln, Dr. Karl-Heinz Ketterer, München, und Dr. Horst Tomann, Saarbrücken, geholfen. Wir fanden ferner wiederum wertvolle Unterstützung durch Diplom-Volkswirt Bernhard Filusch, Essen, Professor Dr. Hans Jürgen Schmahl, Hamburg, und Diplom-Volkswirt Klaus-Dieter Schmidt, Kiel. Ihnen allen gilt der Dank des Rates.

9. Die volkswirtschaftliche und die statistische Abteilung der Deutschen Bundesbank haben wie immer den Sachverständigenrat bei seinen statistischen Arbeiten in großzügiger Weise unterstützt, in zahlreichen Einzelfragen beraten und ihm bei der Materialbeschaffung wertvolle Hilfe geleistet.

Unterstützung bei der Beschaffung von Informationen und statistischem Material hat der Sachverständigenrat außerdem durch die Kommission der Europäischen Gemeinschaften erfahren.

Die Zusammenarbeit mit dem Statistischen Bundesamt war auch in diesem Jahr sehr gut. Der weit über das Normale hinausgehende Einsatz vieler Angehöriger des Amtes, insbesondere der ständigen Mitarbeiter der Verbindungsstelle, hat die Arbeiten des Rates wesentlich erleichtert. Allen Beteiligten zu danken, ist dem Rat ein besonderes Anliegen.

10. Auch dieses Jahresgutachten hätte der Sachverständigenrat ohne die unermüdliche Arbeit seiner Mitarbeiter nicht erstellen können. Dem wissenschaftlichen Stab des Rates gehörten beim Abschluß dieses Gutachtens an: Diplom-Volkswirt Christian Augustin, Dr. Hans-Hagen Härtel, Diplom-Volkswirt Gerhard Kaufhold, Dr. Brigitte Reitz, Diplom-Volkswirt Rainer Vollmer und Dr. Dieter Wermuth.

Ein besonderes Maß an Verantwortung für die wissenschaftliche Arbeit des Stabes hatte der Generalsekretär des Sachverständigenrates, Dr. Hans J. Barth, zu tragen.

Alle Fehler und Mängel, die das Gutachten enthält, gehen indessen allein zu Lasten der Unterzeichneten.

Wiesbaden, den 20. November 1974

A. Gutowski N. Kloten G. Scherhorn K. Schmidt O. Sievert

Inhalt

Seite

Eine kürzere Fassung 1

Erstes Kapitel: Die Weltwirtschaft im Zeichen der Ölkrise 15

I. Zweistellige Inflationsraten 16

II. Zunehmende außenwirtschaftliche Ungleichgewichte 17

III. Vertagte Weltwährungsreform 21

Zweites Kapitel: Die Konjunkturlage 28

Teil A: Die Konjunktur in der Europäischen Gemeinschaft 28

I. Erdölkrise verschärft die Probleme der Gemeinschaft 28

II. Gedämpfte Konjunktur 30
Weltweit unsicherer Konjunkturverlauf 30
Die Gemeinschaft im Abschwung 31
Regionale Differenzierung 34
Gelockerter Konjunkturverbund? 35

III. Wirtschaftspolitik unkoordiniert 37
Anziehen der monetären Zügel 37
Zwiespältige Finanzpolitik 41

Teil B: Die Binnenkonjunktur 1974 45

I. Überblick 45

II. Gedämpfte Konjunktur 47
Investoren und Verbraucher überwiegend zurückhaltend 48
Hohe Auslandsaufträge 52
Gedrosselte Produktion 53
Mäßiger Zuwachs der Importe 54
Abnehmender Arbeitskräftebedarf nicht nur konjunkturell bedingt 55

III. Hohe inflatorische Spannungen 58
Preisschub auf Industriemärkten 59
Anstieg der Verbraucherpreise gedämpft 61

IV. Einkommensentwicklung: Fehler und Irrtümer 63

Seite

V. Unerwünschte Leistungsbilanzsalden ... 72
Überraschendes Anschwellen des Außenbeitrages ... 72
Aufwertung durch Kapitalexporte gebremst ... 76

VI. Monetäre Politik weiter auf Restriktionskurs ... 78
Zentralbankgeld knappgehalten ... 78
Gezügelte monetäre Expansion ... 83
Nachgebende, doch immer noch hohe Zinsen ... 86
Kapitalmarkt-Anpassung an Anlegerwünsche ... 87

VII. Öffentliche Haushalte: Konjunkturstützend? ... 89
Ausgabenexpansion unter dem Druck der Personalkosten ... 93
Einnahmenerwartungen nicht erfüllt ... 94
Konjunkturelle Impulse: Nur bedingt konjunkturstützend ... 96

VIII. Mittelfristige Aspekte des Stabilisierungsprozesses ... 100
Verlangsamtes Potentialwachstum ... 100
Beschäftigungseinbruch in der Automobilindustrie ... 102
Bauwirtschaft unter Anpassungszwang ... 103

Drittes Kapitel: Zur voraussehbaren Entwicklung ... 108

I. Die Weltkonjunktur im Jahre 1975 ... 109

II. Die öffentlichen Finanzen im Jahre 1975 ... 111

III. Zur voraussichtlichen Entwicklung der Binnenkonjunktur ... 113

Viertes Kapitel: Vollbeschäftigung für morgen ... 120

I. Wovon auszugehen ist ... 120

II. Worauf es ankommt ... 121
Die geldpolitische Grundlinie ... 121
Die Verkrampfung lösen ... 122
Die Binnennachfrage anregen ... 124
Stabilisierung auf mittlere Sicht ... 124

III. Was zu tun ist ... 126
Monetäre Politik ... 126
Währungspolitik ... 128
Finanzpolitik ... 130
Einkommenspolitik ... 134
Einkommenspolitik für die Landwirtschaft ... 140
Marktpolitik ... 140

IV. Wie es sein könnte ... 142

Seite

Fünftes Kapitel: Zur stabilitätspolitischen Konzeption 146

I. Stabilität ist Vollbeschäftigung für morgen 146

II. Geldpolitik 148
Preisniveau- und Beschäftigungswirkungen der Geldpolitik 149
Zentralbankgeldmenge und monetäre Expansion 151
Zur Ausgestaltung der mengenorientierten Geldpolitik 152
Stabilisierungspolitische Grenzen der mengenorientierten Geldpolitik 155
Konjunkturneutrale und konjunkturgerechte Geldpolitik 156
Zusammenfassung 156

III. Finanzpolitik 157
Die Abgrenzung von der monetären Politik 157
Zur Wirkungsanalyse konjunktureller Impulse der Finanzpolitik . 158
Dasselbe für eine wachsende Wirtschaft: Der konjunkturneutrale Haushalt 161
Beschränkung der stabilitätspolitischen Aufgaben 164

IV. Flankensicherung 165
Außenwirtschaftliche Absicherung 165
Stabilitätsgerechte Einkommens- und Marktpolitik 167

Sechstes Kapitel: Längerfristige Folgen der Erdölkrise 170

I. Zur Frage des „richtigen" Ölpreises 171

II. Veränderte Preisrelationen 173

III. Hin zum neuen Gleichgewicht 174

Anhang

I. Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 179

II. Auszug aus dem Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft 181

III. Verzeichnis der Gutachten des Sachverständigenrates 182

IV. Sondergutachten vom 17. Dezember 1973: Zu den gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen der Ölkrise 183

V. Methodische Erläuterungen 199

VI. Statistischer Anhang 203

Sachregister 289

Verzeichnis der Schaubilder

		Seite
1	Leistungsbilanzsalden ausgewählter Länder	18
2	Währungsreserven	20
3	Konjunkturzyklen in der EG	36
4	Wechselkursentwicklung europäischer Währungen	39
5	Zinsentwicklung in der Gemeinschaft und in den Vereinigten Staaten	41
6	Indikatoren der Konjunkturentwicklung	46
7	Konjunkturelle Nachfrageschwankungen	47
8	Auftragseingang in ausgewählten Industriezweigen	48
9	Investitionsgüternachfrage	49
10	Vorratsinvestitionen	50
11	Verfügbares Einkommen, Verbrauch und Ersparnis der privaten Haushalte	51
12	Gesamtwirtschaftliches Produktionspotential	53
13	Kapazitätsauslastung in der Verarbeitenden Industrie	54
14	Arbeitsproduktivität	54
15	Beitrag der Einfuhr zur inländischen Güterversorgung	55
16	Beschäftigung und Arbeitsmarkt	55
17	Beschäftigung in der Verarbeitenden Industrie	56
18	Preise für gewerbliche Grundstoffe	58
19	Industrielle Erzeugerpreise	60
20	Zur Preisentwicklung auf den Märkten für Nahrungsmittel	61
21	Preisindex für die Lebenshaltung	62
22	Löhne und Gehälter in der Gesamtwirtschaft	67
23	Zur Gewinnentwicklung	71
24	Export und Auslandskonjunktur	74
25	Durchschnittswerte der Ausfuhr	74
26	Außenhandelspreise und Terms of Trade	75
27	Zur Entwicklung der Zentralbankgeldmenge	82
28	Zentralbankgeld, Geldmenge und Bankeinlagen	84
29	Ausgewählte Zinssätze in der Bundesrepublik Deutschland	86
30	Laufzeiten, Emissionsrendite und Nettoabsatz von Wertpapieren	88
31	Kapitalstock und Produktionspotential	101
32	Produktion und Zulassungen von Personen- und Lastkraftwagen	102
33	Zur Entwicklung in der Bauwirtschaft	104
34	Zur Entwicklung des Wohnungsbaus	104
35	Entwicklung wichtiger Komponenten des Sozialprodukts	114
36	Zu Alternativen der Konjunkturpolitik	145
37	Abhängigkeit der Energieversorgung von importiertem Erdöl	170
38	Terms of Trade ausgewählter Industrieländer	170

Verzeichnis der Tabellen im Text

		Seite
1	Verbraucherpreise in ausgewählten Ländern	16
2	Wirtschaftspolitisch wichtige Ereignisse im Ausland	23
3	Reales Bruttosozialprodukt in wichtigen Industrieländern	30
4	Reales Bruttosozialprodukt in den kleineren europäischen Industrieländern	31
5	Bruttosozialprodukt und seine Verwendung in den EG-Ländern	32
6	Lohnkosten je Produkteinheit in den EG-Ländern, den Vereinigten Staaten und in Japan	33
7	Bruttoeinkommen in den EG-Ländern, den Vereinigten Staaten und in Japan	34
8	Geldmenge und Kreditbestände in den EG-Ländern	40
9	Der Staatshaushalt in den EG-Ländern	42
10	Konsumentenkredite	51
11	Einkommenspolitisch wichtige Ereignisse	64
12	Zur Entwicklung der Reallohnposition	68
13	Verteilung des Volkseinkommens	69
14	Zur Entwicklung der Zahlungsbilanz	77
15	Maßnahmen der Deutschen Bundesbank	80
16	Finanzpolitisch wichtige Ereignisse	90
17	Die Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Haushalte	93
18	Das Aufkommen der wichtigsten Einzelsteuern	95
19	Die Haushalte der Gebietskörperschaften in konjunktureller Sicht	97
20	Finanzierungssaldo und konjunktureller Impuls der öffentlichen Haushalte	99
21	Fertiggestellte Wohnungen nach Bauherren	105
22	Zur internationalen Konjunkturentwicklung	110
23	Einnahmen und Ausgaben des Staates	113
24	Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	116
25	Die Haushalte der Gebietskörperschaften 1975	131
26	Daten zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung für das Jahr 1975	144
27	Bestimmungsgründe der Zentralbankgeldmenge	153

Verzeichnis der Tabellen im statistischen Anhang

		Seite
1*	Bevölkerung und Erwerbstätige in den EG-Ländern	208
2*	Beschäftigte Arbeitnehmer und Arbeitslose in den EG-Ländern	209
3*	Bruttosozialprodukt der EG-Länder	210
4*	Bruttosozialprodukt je Einwohner der EG-Länder	211
5*	Bruttoinlandsprodukt der EG-Länder	212
6*	Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen der EG-Länder	213
7*	Volkseinkommen und Einkommen aus unselbständiger Arbeit der EG-Länder	214
8*	Privater Verbrauch der EG-Länder	215
9*	Staatsverbrauch der EG-Länder	216
10*	Bruttoanlageinvestitionen der EG-Länder	217
11*	Außenhandel der EG-Länder	218
12*	Industrielle Produktion der EG-Länder	219
13*	Zur Preis- und Lohnentwicklung in wichtigen Industrieländern	220
14*	Bevölkerung und Erwerbstätigkeit	222
15*	Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen	223
16*	Beiträge zusammengefaßter Wirtschaftsbereiche zum Bruttoinlandsprodukt	224
17*	Sozialprodukt und Volkseinkommen	228
18*	Verteilung des Volkseinkommens	230
19*	Volkseinkommen und Produktivität	231
20*	Verwendung des Sozialprodukts	232
21*	Investitionen	236
22*	Einkommen und Ersparnis der privaten Haushalte	238
23*	Käufe der inländischen privaten Haushalte für den Privaten Verbrauch nach Verwendungszwecken	240
24*	Wirtschaftliche Beziehungen des Staates zu den anderen Sektoren der Volkswirtschaft und zur übrigen Welt	242
25*	Vermögensbildung, Sachvermögensbildung und Finanzierungssalden	244
26*	Kassenmäßige Steuereinnahmen	246
27*	Kreditmarktverschuldung der öffentlichen Haushalte	247
28*	Konsolidierte Bilanz des Bankensystems (Geldvolumenrechnung)	248
29*	Zahlungsmittelbestände und Kredite	250
30*	Auftragseingang in der Verarbeitenden Industrie	251
31*	Auftragsbestand in der Verarbeitenden Industrie	254
32*	Umsatz in der Industrie	256
33*	Industrielle Produktion	259
34*	Beschäftigte in der Industrie	260
35*	Geleistete Arbeiterstunden in der Industrie	262
36*	Produktionsergebnis je Beschäftigtenstunde in der Industrie	263
37*	Baugenehmigungen	264
38*	Auftragseingang und Auftragsbestand im Bauhauptgewerbe	265
39*	Umsatz, Beschäftigung und Produktion im Bauhauptgewerbe	266
40*	Einzelhandelsumsatz	267
41*	Zahlungsbilanz	268
42*	Kapitalverkehr mit dem Ausland	270
43*	Außenhandel, tatsächliche Werte, Volumen und Durchschnittswerte	272
44*	Aus- und Einfuhr nach Warengruppen der Produktionsstatistik	273
45*	Ausfuhr nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik	274
46*	Einfuhr nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik	275
47*	Warenausfuhr nach Ländergruppen	276
48*	Wareneinfuhr nach Ländergruppen	277
49*	Preisentwicklung nach den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	278
50*	Index der Grundstoffpreise	279
51*	Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte	280
52*	Preisindizes für Neubau und Instandhaltung, Baulandpreise	281
53*	Index der Ausfuhrpreise	282
54*	Index der Einfuhrpreise	283
55*	Preisindex für die Lebenshaltung, alte Systematik, 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte	284
56*	Preisindex für die Lebenshaltung, neue Systematik, 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte	285
57*	Preisindex für die Lebenshaltung, neue Systematik, alle privaten Haushalte	286
58*	Preisindex für die Lebenshaltung, alte Systematik, Zusatzdarstellung	287
59*	Löhne und Gehälter	288

Statistische Materialquellen

Angaben aus der amtlichen Statistik für die Bundesrepublik Deutschland stammen, soweit nicht anders vermerkt, vom Statistischen Bundesamt. Diese Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet einschl. Berlin (West); andere Gebietsstände sind ausdrücklich angemerkt.

Material über das Ausland wurde in der Regel internationalen Veröffentlichungen entnommen. Darüber hinaus sind in einzelnen Fällen auch nationale Veröffentlichungen herangezogen worden.

Abkürzungen

Eur	=	Rechnungseinheit der Europäischen Gemeinschaften (= 0,88867088 Gramm Feingold)
JG	=	Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
JWB	=	Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung
SG	=	Sondergutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
DIW	=	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin
EFTA	=	Europäische Freihandelsvereinigung
EG	=	Europäische Gemeinschaften
EWG	=	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
HWWA	=	HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung, Hamburg
Ifo	=	Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, München
ILO	=	Internationale Arbeitsorganisation
IWF	=	Internationaler Währungsfonds
IFW	=	Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel
OECD	=	Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
RWI	=	Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Essen
UN	=	Vereinte Nationen
WSI	=	Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut des Deutschen Gewerkschaftsbundes GmbH, Düsseldorf

Zeichenerklärung

±	0	= nichts
	0	= weniger als die Hälfte der kleinsten dargestellten Einheit
	.	= kein Nachweis
	. . .	= Angaben fallen später an
—	oder |	= der zeitliche Vergleich ist durch grundsätzliche Änderungen beeinträchtigt
×		= Nachweis ist nicht sinnvoll bzw. Fragestellung trifft nicht zu

Eine kürzere Fassung

Nöte der Welt

1*. Die Ölkrise hat dem arbeitsteiligen System der Weltwirtschaft einen Schock versetzt. Sie schuf Risiken und weckte Sicherheitsbedürfnisse, die viele Jahre nicht akut gewesen sind. Sie sollten auch nicht bestehen müssen. Das Verhalten der Länder des OPEC-Kartells war ein grober Verstoß gegen die Spielregeln der arbeitsteiligen Weltwirtschaft, in der im Prinzip jeder wegen der großen Vorteile, die daraus für ihn und für alle erwachsen, das Risiko wechselseitiger Abhängigkeit in Kauf nehmen muß. Manche sind jedoch weniger abhängig als andere oder haben Macht, weil sie Schaltstellen inne haben. Halten diese die Spielregeln nicht ein, müssen die anderen damit rechnen, daß ihnen großer Schaden entsteht, es sei denn, sie verfügten über Gegenmacht. Das ist geschehen. Über die Motive der OPEC-Länder ist hier nicht zu rechten. Sie werden die gleichen sein wie überall in der Welt, wo es Kartelle gibt. Die Preispolitik des Kartells und seine Drohung mit Mengenbeschränkungen zwingen jetzt die übrige Welt zu aufwendigen Vorkehrungen, damit die Energieversorgung wieder sicher und billiger wird. Wegen im Prinzip vermeidbarer und damit ökonomisch funktionsloser Risiken müssen die ölverbrauchenden Länder riesige Beträge aufwenden, um eine von den Produktionskosten her billigere, aber jetzt monopolistisch verteuerte und vorsätzlich unsicher gemachte Energieversorgung durch eine sichere eigene zu ersetzen. Alte Energieträger, wie Kohle, werden zu stark genutzt, neue, wie Kernenergie, forciert entwickelt und Ölreserven der Welt mobilisiert, die man wegen der ungünstigen Lagerung eigentlich erst zu einem sehr fernen Zeitpunkt, möglicherweise sogar niemals hätte nutzen müssen. Solche Vorkehrungen gegenüber dem Marktverhalten des OPEC-Kartells und die dafür nötigen Aufwendungen dürften zwar unumgänglich sein, doch ihr ökonomischer Sinn für die Welt ist nicht größer als der von Waffen. (Ziffern 1 ff. und Ziffern 441 ff.)

2*. Kurzfristig stellte die Ölkrise eine schwere Belastung vor allem deshalb dar, weil die drastische und plötzliche Umlenkung von Einkommensströmen die Anpassungsfähigkeit auch der marktwirtschaftlich organisierten Volkswirtschaften überforderte, so daß sie mit beschleunigter Inflation reagierten. Mittelfristig gesehen ist eine Änderung der realen Austauschrelation im Außenhandel, also des Verhältnisses der Einfuhrpreise zu den Ausfuhrpreisen, wie sie 1974 erzwungen worden ist, für die reichen Industriestaaten kein Problem, dem sie nicht gewachsen sein müßten. Denn die Verteuerung von Erdöl und vielen anderen Rohstoffen machte, so bedeutend man sie finden muß, doch nur wenig mehr als den halben Zuwachs an Realeinkommen aus, den diese im Rahmen ihres wirtschaftlichen Wachstums erzielen, und zwar Jahr für Jahr. So abrupt erzwungen, kam es jedoch allenthalben zu Verwerfungen der Preis- und Einkommensstruktur, die in den meisten Ländern zu einer abermals erhöhten Inflationsrate, in anderen auch zu Arbeitslosigkeit führte. Vor allem im Verteilungskampf der Gruppen gab es einen inflationsträchtigen Streit über die Zuweisung der im ganzen jedenfalls nicht abwälzbaren Lasten. (Ziffer 4)

3*. Selbst wenn dies nicht so gewesen wäre oder nicht so bliebe — die Umlenkung von Einkommen in der Größenordnung, wie sie sich aus der Rohstoffverteuerung ergab, wirft für die ölverbrauchenden Länder Probleme auf, für die es kurzfristig eine befriedigende Lösung nicht gibt. (Ziffern 9 ff.)

Die ölproduzierenden Länder können ihre Mehreinnahmen zunächst nur zu einem geringen Teil für Konsum- und Investitionsgüter verwenden. Zum größeren Teil müssen sich die Verbraucherländer ihnen gegenüber verschulden oder ihnen Beteiligungen und Sachvermögen überlassen. Für viele Länder läßt diese Verschuldungsaufgabe Zahlungsbilanzprobleme entstehen, die allenfalls in der ersten Zeit durch Verschuldung an den Kapitalmärkten der Welt, bei Notenbanken befreundeter Staaten oder im Rahmen des Kredithilfesystems, das von der früheren Weltwährungsordnung übrig geblieben ist, gelöst werden konnte. Die gleiche Aufgabe kann sich jedoch noch mehrere Jahre stellen. Kaum jemand hält das derzeitige Finanzsystem der Industriestaaten für ausreichend, ein Verschuldungsvolumen in der Größenordnung, um die es hier geht — möglicherweise mehrere hundert Milliarden US-Dollar in wenigen Jahren —, zu bewältigen. Neue Wege sind nötig und werden in der ganzen Welt gesucht; eine aussichtsreiche Lösung ist noch nicht gefunden. Das Problem drängt. Manche Länder können bald an die Grenze ihrer Zahlungsfähigkeit gelangen. Es würde sich wesentlich nur vermindern, wenn die Rohölpreise bald und nicht erst in einigen Jahren auf ein Niveau sinken würden, das den auf mittlere Sicht realistischen Preisen für konkurrierendes Rohöl aus bisher unerschlossenen Quellen entspricht.

4*. Die Ölkrise kam zu einem Zeitpunkt, zu dem die Länder der westlichen Welt ohnehin mit Inflations- und Zahlungsbilanzproblemen belastet waren, der sie kaum Herr zu werden vermochten. Der Übergang zu flexiblen Wechselkursen hatte zwar geholfen, mit Schwierigkeiten fertig zu werden, denen das unglaubwürdig gewordene Weltwährungssystem von Bretton Woods nicht mehr gewachsen war. Sie bewährten sich für zahlreiche Länder sogar besser, als überwiegend für wahrscheinlich gehalten worden war, bevor akute Krisenfälle einen Versuch auf diesem neuen Weg erzwangen. Doch sie konnten nicht verhindern, daß sich die Weltinflation von Jahr zu

Jahr weiter beschleunigte. Der internationale Waren- und Kapitalverkehr, der nach dem zweiten Weltkrieg mit viel Mühe von zahlreichen Schranken befreit worden ist, wird in seiner Entwicklung gefährdet, weil Zahlungsbilanzprobleme Kräfte auf den Plan rufen, die sich Heil von einer Renationalisierung erhoffen. (Ziffern 3 ff.)

5*. Die Gefahren haben sich so verschärft, daß Inflation und Zahlungsbilanzungleichgewichte zu beherrschenden Themen in der Welt wurden. Die Frage nach grundsätzlichen Lösungen, wie die einer Reform der Weltwährungsordnung, ist gleichwohl in den Hintergrund geraten. Die Probleme des Tages sind so drängend, daß die kurzfristige, pragmatische Lösung triumphiert und dabei auch die Fähigkeit jedes einzelnen Landes, mit seinen Problemen auf nationale Weise fertig zu werden, gleichgültig oder gar feindlich gegenüber den Interessen der anderen. Ob die Weltinflation, bei der sich alle wechselseitig gefährden, verschwinden wird aufgrund der dezentralisierten Anstrengungen aller, ist eine offene Frage. Es braucht vielleicht die Kraft, neue Spielregeln zu setzen, die alle binden und an die sich alle halten, weil ihr eigenes Interesse es verlangt, und weil es klug ist, in den Interessen der anderen und des ganzen die eigenen Interessen von morgen zu erkennen. (Ziffern 21 ff.)

Selbst in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft ist diese Kraft immer weniger zu spüren.

Uneiniges Europa

6*. Die Anpassungsprobleme, die es 1974 in allen ölimportierenden Ländern zu meistern galt, stellten sich auch für die Länder der Europäischen Gemeinschaft. Sie sind derzeit zu 60 vH ihrer Energieversorgung vom Öl abhängig, ohne selbst nennenswerte Rohölquellen zu besitzen. Die Krise traf die Gemeinschaft in einer schlechten Verfassung. Belastet schon seit Jahren mit Inflationsproblemen und mit Zahlungsbilanzungleichgewichten, zudem völlig ohne Übung in solidarischem Verhalten im Angesicht einer Krise, konnte sie als Ganzes nicht so reagieren, wie es der Herausforderung entsprochen hätte. Die Lösung der vielfältigen und neuartigen Aufgaben wurde noch dadurch erschwert, daß sich die weltwirtschaftlichen Expansionskräfte abschwächten und allenthalben starke Lohnerhöhungen die inflatorischen Impulse verschärften. Die währungspolitischen Bedingungen, die 1973 geschaffen worden waren, sowie der Austritt Frankreichs aus dem Floating-Block gaben zwar viel Raum für national unterschiedliche Bemühungen, der Probleme Herr zu werden, darunter auch energische, doch manche der beklagenswerten Entwicklungen in einzelnen Ländern hätten möglicherweise vermieden werden können, wenn die Gemeinschaft als Ganzes handlungsfähig gewesen wäre.

7*. Zu suchen waren Formen eines gemeinsamen energiepolitischen Handelns, gemeinsamer Lösungen der Zahlungsbilanzprobleme und einer koordinierten Inflationsbekämpfung. Was sich tatsächlich vollzog, war voller Widersprüche. Weder wurden nationale Reaktionen auf das Mengen- und Preisdiktat der OPEC-Staaten untereinander abgestimmt, noch gelang es, selbst bescheidene Ansätze einer solidarischen Hilfe oder einer gemeinsamen Haltung gegenüber den Ölproduzenten auf den Weg zu bringen. Jedes Land suchte nach eigenen Auswegen, sich der außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte und der Geldentwertung zu erwehren. Nicht alle waren indes gleich fähig, die Last der Stabilisierung ohne die Solidarhilfe der Gemeinschaft zu tragen. Dies verschärfte die Zahlungsbilanz- und Inflationsprobleme. (Ziffern 28 ff.)

Auch hat sich die Einsicht, daß Wachstum auf längere Sicht durch Preisstabilität nicht behindert, sondern vielmehr begünstigt wird, noch nicht durchgesetzt. Wo die monetäre Politik, wie in den Defizitländern Italien, Großbritannien und Frankreich, wenig restriktiv wirkte, vollzog sich 1974 ein unheilvoller Kreislauf aus Inflation, hohen Lohnabschlüssen, Verfall des Wechselkurses, verteuerten Einfuhren und erneut beschleunigter Inflation. Daß sich in den Ländern des Floating-Blocks nicht ebenfalls ein Prozeß nach solchem Muster vollzog, mag darin begründet sein, daß dort die stabilitätsbewußten Länder dominieren, aber vielleicht auch darin, daß die Zugehörigkeit zu einem Festkurssystem ihrerseits einen spürbaren Zwang zu stabilitätspolitischem Wohlverhalten ausübt.

8*. In den Ländern der Europäischen Gemeinschaft reichte 1974 die Nachfrage vielfach nicht mehr aus, die Kapazitäten auszulasten. Besonders die Verbraucher hielten sich zurück. Die Investitionsgüternachfrage verlief nach dem Schock der Energiekrise zunächst sehr verhalten. Erst als sicher war, daß es nicht zu dem befürchteten Ölmangel kommen würde, belebte sich die Investitionsneigung der Unternehmen wieder etwas; anregend wirkten in einigen Ländern auch staatliche Investitionserleichterungen. Der schwachen Nachfrage folgend wurde die Industrieproduktion in der Gemeinschaft im Jahr 1974 deutlich geringer ausgeweitet als im langjährigen Durchschnitt. Das reale Bruttosozialprodukt nahm nur noch um 2 vH zu, im Vergleich zu 4½ vH im Durchschnitt der letzten zehn Jahre. (Ziffern 44 ff.)

9*. Die Arbeitsmärkte in der Gemeinschaft entspannten sich 1974 deutlich; seit dem Frühherbst nimmt die Arbeitslosigkeit bedrohlich zu. Den Gewerkschaften ist es gelungen, unbeeindruckt von der unsicheren konjunkturellen Lage, ihre Forderungen weitgehend durchzusetzen. Die Effektivlöhne stiegen 1974 mit rund 18 vH noch kräftiger als im Jahr zuvor (15 vH). Die hohen Lohnsteigerungen und der verlangsamte Produktivitätszuwachs führten dazu, daß die Lohnkosten je Produkteinheit 1974 überall wesentlich rascher zunahmen als im Vorjahr. Dies konnte nicht ohne Folgen für die Preisentwicklung bleiben, zumal es der Wirtschaftspolitik, außer in der Bundesrepublik, nicht gelungen war, den Preiserhöhungsspielraum nachhaltig einzudämmen. Die Verbraucherpreise in der Gemeinschaft liegen 1974 um etwa 14 vH (1973: 9 vH) über dem Vorjahres-

niveau, die industriellen Erzeugerpreise übertrafen das Niveau des Vorjahres gar um rund 25 vH (1973: 13 vH). (Ziffern 46 ff.)

Die große Anstrengung

10*. In der Bundesrepublik hat sich 1974 der Konflikt zwischen einem geringen Geldwertschwund und einem hohen Beschäftigungsstand verschärft. Schon in der konjunkturellen Entwicklung des vorangegangenen Jahres angelegt, wurde er durch die Ölkrise noch vergrößert. Zwar geriet die Bundesrepublik — anders als die meisten übrigen Industrieländer — außenwirtschaftlich nicht ins Defizit, sondern konnte ihre Überschüsse sogar beträchtlich ausweiten; die drastische Verteuerung des Erdöls stellte die Anpassungsfähigkeit der Volkswirtschaft jedoch auf eine harte Probe und heizte das Inflationsklima neuerlich an. Auf der Erzeugerstufe stiegen die Preise beschleunigt. Vielen schien es nur eine Frage der Zeit, bis die Preiswelle in ihrer vollen Stärke auch die Verbraucher erreichte. Dies vorwegnehmend, erhöhten die Tarifpartner mit hohen Lohnabschlüssen den Kostendruck zusätzlich. Im Verlauf des Jahres zeigte sich indes, daß Preissteigerungen in dem erwarteten Umfang ohne Mengeneinbußen meist nicht durchzusetzen waren; die kaufkräftige Nachfrage reichte dazu nicht aus. Während sich der Preisauftrieb in Grenzen hielt, ging die Beschäftigung spürbar zurück.

Gegenwärtig, im Herbst 1974, ist die konjunkturelle Entwicklung im Inland bei starker Differenzierung zwischen den einzelnen Wirtschaftsbereichen durch eine sinkende Kapazitätsauslastung, zunehmende Arbeitslosigkeit und einen nach allem mäßig gebliebenen Geldwertschwund gekennzeichnet (Schaubild 6).

Die Weichenstellung

11*. Bereits in der zweiten Jahreshälfte 1973 hatte sich die Nachfrage abgeschwächt. Die restriktive monetäre Politik, die im Schutze des Block-Floating den Finanzierungsspielraum zunehmend einengte, und das Bündel der finanzpolitischen Stabilisierungsmaßnahmen hatten dem Aufschwung die Spitze genommen, bevor er sich übersteigern konnte. Hinzu war die zeitweilig sehr starke Höherbewertung der D-Mark am Devisenmarkt gekommen. Zwar waren die Auslandsaufträge noch gestiegen; die Inlandsnachfrage hatte sich jedoch vom Sommer vorigen Jahres an deutlich beruhigt.

Die spektakuläre Verteuerung von Erdölprodukten leistete dem Preisauftrieb neuen Vorschub; außerdem kam es zu Versorgungsengpässen. Machten die arabischen Förderländer die angekündigten Lieferkürzungen voll wahr, so mußte dies die Produktionsmöglichkeiten deutlich einengen, selbst wenn es gelang, den Ölverbrauch spürbar einzuschränken oder, soweit kurzfristig möglich, Erdöl durch andere Energieträger zu ersetzen. Ob die Nachfrage ausreichen würde, selbst die beschränkten Produktionsmöglichkeiten auszuschöpfen, war zudem keineswegs sicher.

12*. Die Bundesregierung revidierte ihren Kurs daraufhin noch im Dezember 1973. Um einem kumulativen Abschwung vorzubeugen und den Anstieg der Arbeitslosigkeit in Grenzen zu halten, hob sie die finanzpolitischen Stabilisierungsmaßnahmen weitgehend auf. Um dem Preisauftrieb entgegenzuwirken, blieb der monetären Politik indes aufgegeben, das Geldangebot knapp zu halten.

13*. Dieser Aufgabe entsprach die Geldpolitik, zumal sich schon bald nach der Jahreswende 1973/74 zeigte, daß die Ölversorgung weniger ein Problem der Menge als vielmehr des Preises war. Um so mehr kam es nun auf die Einsicht der Tarifpartner an, daß das, was die Ölförderländer für ihre Lieferungen beanspruchten, nicht zugleich auch im Inland verteilbar war.

14*. Desungeachtet beharrten die Gewerkschaften auf ihren hohen Forderungen, um die Arbeitnehmer für den beschleunigten Preisanstieg, den sie erwarteten, schadlos zu halten und um darüber hinaus den Vorsprung im Verteilungskampf auszubauen, den sie in den letzten Jahren erzielt hatten. Dabei nahmen sie die weitgehende Lockerung der finanzpolitischen Restriktionen als Zeichen, daß es Bundesregierung und Bundesbank zu einem Beschäftigungseinbruch nicht kommen lassen würden. Die Unternehmen leisteten nur hinhaltenden Widerstand und stimmten schließlich Lohnerhöhungen von 12 vH bis 15 vH zu. (Ziffern 76 ff.)

Der Verlauf

15*. Von der Inlandsnachfrage gingen im ganzen gesehen 1974 dämpfende Einflüsse auf Produktion und Beschäftigung aus. Dem Volumen nach waren die Inlandsbestellungen bei den Investitionsgüterindustrien in den ersten neun Monaten 1974 um 11 vH niedriger als ein Jahr zuvor. Auch von der Verbrauchsnachfrage gingen keine anregenden Wirkungen aus; die hohen Lohnsteigerungen waren nicht hilfreich für die Konsumkonjunktur. Real gesehen, also nach Abzug der Preissteigerungsrate, lag der private Verbrauch sogar unter dem Vorjahresniveau. Als wichtigste Stütze erwiesen sich einmal mehr die Aufträge aus dem Ausland. Indes boten diese nicht überall einen Ausgleich für mangelnde Inlandsnachfrage. Vielfach gelang es auch nur dann, Geschäfte mit Ausländern abzuschließen, wenn diesen lange Zahlungsziele eingeräumt wurden. Aber nicht allen war es auf diese Weise möglich, ihre Kapazitäten auszulasten, am wenigsten jenen, die — wie die Bauwirtschaft, die Automobilindustrie und manche Verbrauchsgüterhersteller — am meisten unter der Zurückhaltung der inländischen Nachfrager litten. (Ziffern 85 ff.)

16*. Der zurückhaltenden Nachfrage folgend wurde die gesamtwirtschaftliche Produktion, die bis zum

ersten Vierteljahr 1974 noch leicht zugenommen hatte, im Verlauf des Jahres entsprechend eingeschränkt. Aufs ganze Jahr gesehen war sie nur um ½ vH höher als 1973. Die Zuwachsrate der Arbeitsproduktivität fiel mit 3½ vH um einiges niedriger aus als im Vorjahr (5½ vH), sie wäre noch geringer gewesen, wenn die Unternehmen — anders als sonst in Phasen rückläufiger Kapazitätsauslastung — nicht den Arbeitseinsatz gleichermaßen eingeschränkt hätten, wie sie die Produktion drosselten. Das Arbeitsmarktklima ist 1974 erheblich rauher geworden. Die Anzahl der Beschäftigten nahm ab, die Arbeitslosigkeit stieg trotz verbreiteter Kurzarbeit das Jahr über ständig an. Gegenwärtig liegt die Arbeitslosenquote bei 3 vH (saisonbereinigt 3,7 vH), ein seit langem nicht mehr erreichter Stand.

Anders als in der Rezession 1967 ist diesmal der Beschäftigungseinbruch nicht allein mit konjunkturellem Nachfragemangel zu erklären, hinzu kommen strukturell bedingte Anpassungsschwierigkeiten einzelner Branchen. Der verschärfte Kostendruck, der aus den sprunghaft gestiegenen Preisen für Energie und Rohstoffe sowie den hohen Lohnabschlüssen resultierte, zwang vor allem jene Branchen und Unternehmen, Arbeitskräfte einzusparen, deren Produktionstechnik einen hohen Arbeitseinsatz erfordert; deswegen sind die höchsten Arbeitslosenzahlen in den Textil- und Bekleidungsberufen, bei Bauarbeitern sowie Metallarbeitern, Schlossern und Mechanikern zu verzeichnen. (Ziffern 100 ff.)

17*. Während sich Produktion und Beschäftigung zunehmend verringerten, blieben die inflatorischen Spannungen 1974 hoch. Der Anstieg des Preisniveaus verminderte sich zwar allmählich, doch kam es zu erheblichen Verwerfungen der Preisstruktur. Von den Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien ausgehend, die unmittelbar von der Rohstoffhausse betroffen waren, rollte eine Welle hoher Preisforderungen, durch Lohnsteigerungen zusätzlich getrieben, mit unterschiedlicher Stärke über die nachfolgenden Produktionsstufen hinweg. Zu den verbrauchsnahen Märkten hin verlor die Welle an Schwung. (Ziffern 116 ff.)

Der kurzfristige Wandel der Preisstruktur vollzog sich unter erheblichem Druck auf die Gewinnmargen und die Beschäftigung. Die restriktive Geldpolitik hielt die Überwälzungschancen gering, so daß der anhaltende Kostendruck zu einem großen Teil in den Erträgen aufgefangen werden mußte. Je nach Auftragslage hatten die einzelnen Branchen unterschiedliche Anpassungslasten zu tragen; entsprechend stark veränderten sich 1974 die Ertragsrelationen in der Wirtschaft.

18*. Gesamtwirtschaftlich wurde die Einkommensentwicklung von den Irrtümern der Lohnpolitik geprägt. Diese stand auch 1974 unter dem Zeichen der Zielsetzung der Gewerkschaften, eine Umverteilung der Einkommen zugunsten der Arbeitnehmer zu erreichen. Im Hinblick auf diese Zielsetzung zeigten sich die Gewerkschaften nicht bereit, die Kosten mitzutragen, die durch die Verteuerung ausländischer Grundstoffe dem Inland auferlegt wurden. Sie konnten diesen Willen auch durchsetzen, allerdings nicht für alle Arbeitnehmer; ein Teil verlor die Arbeitsplätze. So konnten die Arbeitnehmer die im Verteilungskampf der vorangegangenen Jahre erlangte Position nicht nur halten; ihre reale Verteilungsposition verbesserte sich sogar. Um vier Prozent stiegen ihre Bruttoeinkommen (je Stunde) stärker, als verteilungsneutral gewesen wäre. Den Verzicht auf Realeinkommen, den das Ausland der heimischen Volkswirtschaft abverlangte, hatten damit die Unternehmen zu leisten. Die Gewinn- und Vermögenseinkommen erreichten trotz der inflatorischen Entwertung nicht einmal den schon gedrückten Stand des Vorjahres. Gewerkschaften wie Unternehmen hatten sich über die Schärfe der von der Bundesbank bewirkten monetären Restriktion und damit über die Größe des Spielraums für Preiserhöhungen und die Höhe des Reallohns, der aus ihren Vereinbarungen erwuchs, geirrt. Das Ergebnis, ein starker Beschäftigungsrückgang, konnte von den Tarifparteien nicht beabsichtigt sein. (Ziffern 131 ff.)

19*. Trotz der drastischen Verteuerung der Einfuhr von Mineralöl und Mineralölprodukten ist 1974 der Außenbeitrag — das ist die Differenz zwischen allen an das Ausland gelieferten und den von dort bezogenen Waren und Dienstleistungen — stark gestiegen. Nach unserer Schätzung wird er für das ganze Jahr 37,9 Mrd DM betragen, verglichen mit einem Wert von 25,3 Mrd DM im Jahre 1973, der schon als außergewöhnlich hoch angesehen werden konnte. (Ziffern 149 ff.)

Mittelfristige Aspekte

20*. Die Wirtschaftspolitik konnte, indem sie die Finanzierungsspielräume eng hielt und damit die gesamtwirtschaftliche Ausgabenexpansion begrenzte, zwar die Voraussetzungen für mehr Preisstabilität schaffen; sie konnte jedoch nicht gewährleisten, daß sich dies sofort und allein in einer Abnahme der Inflationsraten niederschlug. Daß sich viele noch gegen ein stabilitätsgerechtes Verhalten wehrten, mußte mit einer Unterauslastung des Produktionspotentials bezahlt werden. Daß die Anpassungslast vor allem auf die Gewinne der Unternehmen und damit auf deren Investitionsneigung drückte, führte darüber hinaus zu Wachstumseinbußen.

Nach dem Investitionseinbruch in diesem Jahr wird im kommenden Jahr der volkswirtschaftliche Kapitalstock nur noch um 4½ vH durch neue Produktionsanlagen erweitert. Da die Ergiebigkeit des Kapitalstocks trendmäßig um 1½ vH abnimmt, wachsen der Volkswirtschaft nur 3 vH an neuen Produktionskapazitäten zu. Bleibt es bei diesem niedrigen Wachstum oder schwächt es sich noch weiter ab, so ist das, was künftig von Jahr zu Jahr an zusätzlichen Einkommen stabilitätskonform verteilt werden kann, niedriger als das, was in der Vergangenheit üblich war (4½ vH). (Ziffern 219 ff.)

Da die Anpassungslast der Stabilisierung sich vor allem auf Branchen mit konjunkturreagibler Nachfrage konzentriert, wird vielfach befürchtet, daß es

dort zu Überreaktionen der Unternehmen kommt; solche Befürchtungen wurden 1974 vor allem in der Automobilindustrie und in der Bauwirtschaft laut.

21*. Wie schon in früheren Jahren war die Automobilnachfrage auch 1974 dem Rückgang der Gesamtnachfrage gefolgt. Neben den unsicheren Einkommenserwartungen hielt der Schock der Ölkrise private wie gewerbliche Nachfrager davon ab, Neuanschaffungen vorzunehmen; Ersatzkäufe wurden weitgehend zurückgestellt. Es kann damit gerechnet werden, daß im Zuge einer allgemeinen Konjunkturbelebung der Kauf von Kraftfahrzeugen wieder zunehmen wird. Der langsamere Kapazitätsausbau, der schon im Jahre 1971 einsetzte, deutet aber darauf hin, daß die Automobilproduzenten selbst sich schon seit längerem auf eine Abflachung des Nachfragetrends eingestellt haben. (Ziffern 226 ff.)

22*. Zu den dramatischen und für viele besorgniserregenden Ereignissen in diesem Jahr gehörte vor allem die Entwicklung in der Bauwirtschaft, namentlich im Wohnungsbau. Hier kam es nach einem anhaltenden Nachfrageboom, dem die Bauunternehmen durch den Aufbau neuer Produktionsanlagen schon weit gefolgt waren, zu einem einschneidenden Nachfrageeinbruch, der die Kapazitäten und die Beschäftigung mehr und mehr schrumpfen ließ. Nur schwer setzte sich die Einsicht durch, daß die Fehlentwicklung nicht in dem Nachfragemangel von heute, sondern in der Übernachfrage der Vergangenheit zu sehen ist. Diese hatte ihre Ursache nicht darin, daß sich ein plötzlich gestiegener Bedarf an Wohnraum am Markt geltend machte, sondern daß bei fortgesetzter Inflation und sinkenden Realzinsen immer mehr Bürger ihre Ersparnisse durch die Flucht in Sachwerte vor dem drohenden Substanzverlust zu bewahren suchten. Daß die Nachfrage damit jedoch Kapital und Arbeitskräfte fehlleitete, deutete sich schon an, als das massive Angebot von Wohnungen auf den Markt kam und sich bei unzureichender Nachfrage immer weniger gewinnbringend oder auch nur kostendekkend absetzen oder vermieten ließ. Aber erst als bei unelastischem Geldangebot der Realzins wieder anstieg und die Anlage von Geldvermögen wieder lohnend machte, wurde voll sichtbar, in welchem Ausmaß bisher volkswirtschaftliche Ressourcen dafür aufgewandt worden waren, der Inflation zu entgehen oder aus ihr Vorteil zu ziehen. Was in diesem Jahr an Friktionen auf die Bauwirtschaft zukam, waren in erster Linie die unvermeidlichen Folgen dieser Fehlentwicklung. (Ziffern 230 ff.)

Die Wirtschaftspolitik leistete mit zwei dosierten Sonderprogrammen Anpassungshilfen, sie ließ sich aber nicht dazu verleiten, den notwendigen Strukturwandel durch massive staatliche Aufträge zu behindern und dadurch Versprechungen einzugehen, die sie später nicht einlösen könnte.

Zentralbankgeld knappgehalten

23*. Die monetäre Politik hatte in der Hauptsache den Abwehrkampf gegen die Herausforderungen auszutragen, die den 1973 eingeleiteten Stabilisierungsprozeß in Frage stellten. Es gelang, im Verlauf des Jahres die neuen inflatorischen Impulse — Rohstoffverteuerung und Lohnabschlüsse — soweit unter Kontrolle zu bekommen, daß die Stabilisierungschancen Ende 1974 wieder etwa so groß sind wie vor einem Jahr, also vor dem Schock der Ölkrise. Entsprechend ihrer neuen Strategie, die auf eine direkte Kontrolle der Zentralbankgeldmenge gerichtet ist, war die Bundesbank 1974 bemüht, die Zufuhr von Zentralbankgeld gering, jedoch gleichmäßig zu halten, indem sie dessen inländische Quellen je nach Bedarf offen ließ oder verschloß. Das konnte erstmals gelingen. (Ziffern 171 ff.)

Die monetäre Politik blieb scharf restriktiv in dem Sinne, daß die Expansion der Zentralbankgeldmenge unter der Rate gehalten wurde, die nötig gewesen wäre, hätte ein Sozialprodukt finanziert werden sollen, das unter Berücksichtigung der kurzfristig für unvermeidlich zu haltenden Preissteigerungen eine unveränderte Auslastung des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials erlaubt hätte. Als sich die Marktteilnehmer allmählich den monetären Bedingungen anpaßten, näherte sich der Zuwachs der Geldmenge wie auch der gesamten Bankeinlagen dem Pfad, den die Bundesbank durch den geringen Anstieg der Zentralbankgeldmenge vorgab. Besonders verhalten war die Kreditexpansion. Als sich die Nachfrage an den monetären Märkten abschwächte, gaben die Zinsen nach. Am Kapitalmarkt stiegen indes die Renditen noch bis zur Jahresmitte.

24*. Vor allem die Banken hatten sich 1974 schon daran gewöhnt, den engen geldpolitischen Rahmen bei ihrem Kalkül zu beachten. Diese neuen Voraussetzungen gestatteten es der Bundesbank, die angestrebte geringe Rate der monetären Expansion mit oft nur kleinen Eingriffen zu verwirklichen. Damit hat sich der Charakter des notenbankpolitischen Instrumenteneinsatzes deutlich gewandelt; die Häufigkeit der Maßnahmen 1974 zeigte der Wirtschaft nicht ständig wechselnde Orientierungsgrößen oder gar Kursänderungen der monetären Politik an; sie spiegelte vielmehr die Sorgfalt, mit der die Bundesbank die Ausrichtung ihres Kurses kontrollierte. (Ziffern 175 ff.)

Die Haushalte, Unternehmen und der Staat hingegen nahmen die Elastizität des monetären Systems weiter in Anspruch. Der Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Ausgaben war bis zum Herbst 1974 noch einmal merklich stärker als die Expansion der Zentralbankgeldmenge.

Öffentliche Haushalte: Nur bedingt konjunkturstützend

25*. Obwohl die Stabilisierungspolitik auch 1974 vornehmlich im Zeichen einer tatkräftigen Geldpolitik stand, waren die Gebietskörperschaften doch nicht aus der konjunkturellen Verantwortung entlassen. Ihnen fiel die Aufgabe zu, einem stärkeren Beschäftigungsrückgang in den Wirtschaftsbereichen, die vom monetären Restriktionskurs be-

sonders hart getroffen wurden, mit gezielten Hilfen entgegenzuwirken; keineswegs erwünscht war eine in der Breite expansive Finanzpolitik. Daher galt es auch 1974, die drohende Ausgabenexpansion in Schranken zu halten. Das gelang nicht vollständig. Im ganzen war es am ehesten der Bund, der eine maßvolle Ausgabenpolitik betrieb.

Insgesamt haben die Gebietskörperschaften mit ihren Haushalten 1974 in einem Ausmaß expansiv gewirkt, für das ein Betrag bis zu 9½ Mrd DM steht. Auf den ersten Blick erscheint dieses Verhalten angesichts des Beschäftigungsrückgangs als konjunkturgerecht. Expansive Ausgabenpläne durchsetzen hieß aber, zu der ohnehin beklagten starken Abschwächung der privaten Investitionen beitragen. Sollten keine Abstriche vom Stabilisierungsziel gemacht werden, das sich die Geldpolitik gesetzt hatte, mußte die monetäre Restriktion die Privaten um so härter treffen, je weniger sich die Gebietskörperschaften an einer Revision von Ausgabenplänen beteiligten. Da sich die Gebietskörperschaften zur Finanzierung expansiver Ausgaben über ihre konjunkturneutrale Kreditaufnahme hinaus verschuldeten, wurden für Unternehmen und private Haushalte Finanzierungsmittel knapper. (Ziffern 199 ff.)

26*. Von den in der Anlage expansiven Haushalten der Gebietskörperschaften gingen 1974 angesichts der monetären Restriktionen auch kontraktive Wirkungen auf die Beschäftigung aus, und zwar wegen des Tarifabschlusses im öffentlichen Dienst, der die Personalausgaben besonders stark steigen ließ und die öffentlichen Investitionen erneut ins zweite Glied drängte. Soweit nämlich der Staat als Arbeitgeber bei den Tarifverhandlungen stabilitätswidrigen Lohnansprüchen nachgab, hat er mit dazu beigetragen, daß sich das Kostenniveau auch in den übrigen Bereichen kräftig erhöhte; denn den Arbeitnehmern in der privaten Wirtschaft konnte nicht mehr verwehrt werden, was der Staat seinen Bediensteten als erster gewährt hatte. Die erhebliche Verteuerung der Arbeitsleistung mußte das Arbeitsplatzrisiko für die Beschäftigten im privaten Bereich vergrößern.

27*. Konjunkturgerecht hingegen war, jene Bereiche, wie vor allem die Bauwirtschaft, mit gezielten Hilfen zu unterstützen, die von der restriktiven Geldpolitik am härtesten betroffen waren. Für diese Zwecke gaben Bund, Länder und Gemeinden knapp 2 Mrd DM aus. Die Geldpolitik hielten diese Maßnahmen von Bedenken frei, den eingeschlagenen Weg weiterzugehen.

Die Lage im Herbst

28*. In der Bundesrepublik hat sich 1974 erwiesen, daß Stabilisierungspolitik selbst unter ungünstigen Bedingungen erfolgversprechend möglich ist. Zwar wird in diesem Jahr das Niveau der Verbraucherpreise um 7 vH über seinem Vorjahresstand liegen, der Zuwachs des realen Sozialprodukts nur etwa ½ vH betragen und der Außenbeitrag sich auf 38 Mrd DM, das sind fast 4 vH des Sozialprodukts, belaufen; keines der vier im Stabilitäts- und Wachstumsgesetz genannten Ziele ist also gegenwärtig erfüllt. Vergleicht man dieses Ergebnis aber mit dem, was im Herbst 1973 nach Ausbruch der Ölkrise und zu Beginn dieses Jahres nach der Lohnrunde an Zielverletzungen zu befürchten war, erhält man ein anderes Bild. Damals rechnete man kaum mehr mit einer Zunahme des realen Sozialprodukts und erwartete einen Außenbeitrag, der unter dem von der Bundesregierung mittelfristig angestrebten Zielwert (1,5 vH bis 2 vH des Sozialprodukts) lag; allein die Zahl von Arbeitslosen war kleiner eingeschätzt worden, als sie heute ist. Zu der bemerkenswerten Entwicklung im bisherigen Jahresverlauf gehört aber, daß trotz widriger stabilitätspolitischer Umweltbedingungen die monetäre Politik erreichen konnte, daß die Inflation langsamer fortgeschritten ist, als zu Jahresbeginn allenthalben und nicht einmal grundlos befürchtet worden war.

29*. Gegenwärtig, zu Beginn des Winters 1974/75, befindet sich die westdeutsche Wirtschaft tief im konjunkturellen Abschwung; Kräfte, die auf eine Tendenzwende hinweisen, sind noch nicht zu erkennen. Die Investitionsneigung der Unternehmen ist stark gedrückt; vom privaten Verbrauch gehen weiterhin keine anregenden Impulse aus, die Auslandsnachfrage hat an Dynamik verloren. Die Industrieproduktion hat das Vorjahresniveau unterschritten. Immerhin scheint jetzt die Reagibilität der Preise gegenüber dem Nachfragemangel deutlicher zu werden. Der Anstieg der Verbraucherpreise ist vor allem in den letzten Monaten zurückgegangen; auch der Anstieg der industriellen Erzeugerpreise, wenngleich noch immer größer als bei den Verbraucherpreisen, ist nicht mehr so steil wie noch zu Beginn des Jahres.

Worauf es ankommt

Die geldpolitische Grundlinie

30*. In der Bundesrepublik ist in den vergangenen achtzehn Monaten respektiert worden, daß Inflationsbekämpfung beginnt und endet mit der Unnachgiebigkeit der Notenbank. In keinem Land sonst ist das Geld, das für einen ungehemmten Fortgang der Inflation erforderlich ist, ähnlich konsequent verweigert worden. In keinem Land sonst war auch die Unterstützung für einen in diesem einfachen Sinne völlig klaren Kurs der Geldpolitik so bereitwillig. Mag auch die Illusion noch verbreitet sein, mit einer nachgiebigen Geldpolitik könnten Probleme der Wirtschaftspolitik, namentlich Probleme der Vollbeschäftigungspolitik dauerhaft gelöst oder immerhin gemildert werden; seit dem Frühjahr 1973 ist verhindert worden, daß diese Illusion die Politik bestimmte. Das ist ein in hohem Maße bemerkenswerter Vorgang.

31*. Nur wenn die Versorgung der Wirtschaft mit Geld auf ein Maß beschränkt wird, das mit stabilem Geldwert vereinbar ist, und nur wenn dies zu den Spielregeln für alle gehört, hat die Geldpolitik den Rang, der ihr ordnungspolitisch, das heißt: für die Funktionsfähigkeit des marktwirtschaftlichen Systems, zukommt. Selbstverständlich ist eine stabilitätskonforme Geldpolitik kein Heilmittel gegen alle wirtschaftlichen Krankheiten. Doch ein Umdenken ist nötig. In den Köpfen möglichst vieler Menschen sollte sich festsetzen: Probleme, die eine stabilitätskonforme Geldpolitik nicht löst, löst eine nachgiebige Geldpolitik auch nicht, jedenfalls nicht dauerhaft und nicht zu erträglichen Kosten. Für solche Probleme müssen andere Mittel und können andere Mittel gefunden werden. Aus diesem Grunde stellt der von der Bundesregierung außenwirtschaftlich abgesicherte und von ihr auch sonst bislang unterstützte Versuch der Deutschen Bundesbank, der Wirtschaft eine stetige und stabilisierungskonforme Entwicklung der Geldbasis, das heißt der Menge desjenigen Geldes, das nur durch Mitwirkung der Notenbank entstehen kann, streng vorzugeben und damit alle — Unternehmen, private Haushalte, autonome Gruppen und selbst die öffentliche Hand — zu zwingen, die solchermaßen geschaffenen Grenzen für die maximal mögliche monetäre Expansion als Rahmenbedingung ihres eigenen Handelns zu akzeptieren, ein Experiment dar, dessen Bedeutung weit über die gegenwärtige stabilisierungspolitische Situation und auch weit über unser Land hinaus reicht und jedenfalls viel zu gering veranschlagt wird, wenn man sie vor allem an dem mißt, was die Zwischenergebnisse der Stabilisierungsanstrengungen noch zu wünschen übriglassen. Der ordnungspolitische Rang dieses Experiments ist durchaus den ordnungspolitischen Grundentscheidungen der frühen Nachkriegszeit vergleichbar.

32*. Es gilt, diese neue Politik fortzusetzen. Das heißt nicht, sie im Drängen auf einen raschen Stabilisierungserfolg zu überziehen und mit Beschäftigungsfolgen zu belasten, die sie auf Dauer diskreditieren könnten; es wäre ein fatales Mißverständnis mit vermutlich schlimmen Folgen, käme es dahin, daß der stabilitätspolitische Kurs wegen der gegenwärtig und noch für einige Zeit ungünstigen Beschäftigungslage als gegen die Interessen der Arbeitnehmer gerichtet angesehen wird. Das konnte bisher vermieden werden. Selbst jene, die es am ehesten angeht, haben einen solchen Vorwurf massiv bisher nicht erhoben. Das ist nicht selbstverständlich. Das Ordnungssystem in der Bundesrepublik und die Autorität ihrer staatlichen Institutionen haben sich als belastbar erwiesen. Durch die gegenwärtigen Schwierigkeiten hindurch kann man sehen, daß die Wirtschaft unseres Landes in einem guten Zustand ist. All dies sollte ausreichen, die Belastungsprobe auch in ihrem Höhepunkt, der im kommenden Winter zu erwarten ist, mit Erfolg zu bestehen.

33*. Ein Erfolg wäre auch international von erheblicher Bedeutung. Die Einsicht, daß Stabilität und Funktionstüchtigkeit der marktwirtschaftlichen Ordnung am Gelde hängen, die Menge des in der Gesamtwirtschaft verfügbaren Geldes deshalb nicht zur Disposition derer stehen darf, die danach drängen, diese Einsicht wächst auch anderswo. In vielen Ländern lassen die politischen und sozialen Bedingungen jedoch derzeit nicht zu, auf solche Einsicht eine konsequente Politik zu gründen. Scheitert die geldpolitische Stabilisierungsstrategie der Bundesrepublik, so darf weniger noch als bisher damit gerechnet werden, daß sie anderswo überhaupt versucht wird. (Ziffern 291 ff.)

Die Verkrampfung lösen

34*. Die starken Inflationsimpulse, die um die Jahreswende 1973/74 von der drastischen Verteuerung des Erdöls ausgingen, stellten den angestrebten Stabilisierungserfolg in Frage, kaum daß er erreichbar schien. Die Arbeitnehmer forderten Lohnsteigerungen, die sie von jeder Anpassung freihalten sollten; die Unternehmen leisteten keinen großen Widerstand, darauf setzend, daß sie sich über die Preise zurückholen konnten, was sie zunächst scheinbar aufgaben. Ein Nachgeben der Geldpolitik war offensichtlich mit im Kalkül.

Die Bundesbank ließ sich indes nicht beirren. Statt den auf Abbau der Inflationsgewöhnung gerichteten Kurs zu verlassen, versagte sie der Wirtschaft das Geld, das der Inflation ihren Lauf gelassen hätte. Sinkende Erträge und steigende Arbeitslosigkeit waren das Ergebnis des Verteilungskampfes, auch wenn dieser in der Schärfe nicht gemeint gewesen sein mochte, die ihm das knapp gehaltene Geldangebot verlieh.

35*. Der Ablauf enthielt Zwangsläufigkeit, war im ganzen aber nicht unverschuldet: Inflationsgewöhnung durch Jahre, erste Dämpfung, neuer beispielloser inflatorischer Impuls von außen, ähnlich starker von innen, Erneuerung der inflatorischen Erwartungen — Frustration durch die Geldpolitik: Die Investitionsneigung, der Herzmuskel einer wachsenden Wirtschaft, verkrampfte.

Man muß diese Verkrampfung lösen. Sollen die Investitionen wieder gewagt werden, mit denen ein wachsender Wohlstand in der Zukunft gesichert wird, ohne die aber nicht einmal kurzfristig ein hoher Beschäftigungsstand wieder erlangt werden kann, so müssen die Ertragschancen der Unternehmen besser werden. (Ziffern 295 ff.)

Die Wirtschaftspolitik steht vor einer Aufgabe, die nicht populär sein mag, nämlich mehr Verständnis für die gesamtwirtschaftliche Bedeutung der Unternehmensgewinne zu schaffen. Die soziale Legitimation der Unternehmensgewinne ist nicht eindrucksvoll. Doch als Anreiz und Erfolgskontrolle erfüllen sie eine zentrale Funktion im Rahmen einer Ordnung, die durch einzelwirtschaftliche Entscheidung rationell sein soll und es ist, zugunsten aller. So anstößig für viele Menschen extrem hohe Einzeleinkommen auch sein mögen, bei gesamtwirtschaftlicher Betrachtung muß man doch auch sehen, um welche Größenordnung es sich hier handelt; die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen im ganzen betragen — zieht man nur eine geringe Kapital-

verzinsung und ein mittleres Entgelt für die Arbeitsleistung der Unternehmer ab, nicht viel mehr als das Doppelte von dem, was den Arbeitnehmern Jahr für Jahr in der jüngsten Vergangenheit an Steigerung ihrer Einkommen zugewachsen ist.

36*. Daß die Unternehmen auf die Verschlechterung ihrer Gewinnaussichten mit einer so starken Einschränkung der Investitionen reagiert haben, muß man vor mittelfristigem Hintergrund sehen; die Ertragsentwicklung eines einzelnen Jahres erklärt nicht, was zu erklären ist. Da sich der Druck auf die Gewinnmargen mehrere Jahre hindurch verstärkt hat, war die Investitionsbereitschaft labil geworden. Hinzu kam, daß die Geldpolitik die Geldvermögensbesitzer überraschend wieder in ihre Rechte einsetzte und das Zinsniveau für Fremdkapital hinauftrieb, und daß die Arbeitnehmer sich entschlossen, eine Beteiligung an der Teuerung bei den Rohstoffen erst einmal von sich zu weisen. Zusammen war das anscheinend zuviel.

37*. Die Verkrampfung der Investitionstätigkeit lösen heißt nicht, die Verteilungsentwicklung der vergangenen Jahre zurückdrehen wollen. Kapital ist reichlicher geworden und sein Preis dauerhaft gesunken. Die Kapitaleigner haben sich daran gewöhnt und werden sich weiter daran gewöhnen. Das, was 1974 auf sie geladen worden ist und was sie sich durch eigene Schuld in der Vorstellung, über größere Preiserhöhungsspielräume zu verfügen, selbst aufgeladen haben, wird man aber wohl zunächst wieder etwas erleichtern müssen. Immerhin haben die Arbeitnehmer 1974 fast 20 Mrd DM mehr erhalten, als ihnen bei verteilungsneutraler Entwicklung zugefallen wäre. Eine Korrektur sollte um so leichter fallen, als das extreme Ergebnis ja von niemandem angestrebt worden sein kann.

Die Binnennachfrage anregen

38*. Daß viele Unternehmen im Export eine Hilfe gefunden haben, mildert zwar die akuten Beschäftigungsprobleme, löst aber die dauerhaften nicht, die aus dem Schrumpfen der Erträge und dem damit verbundenen Rückgang der Investitionsneigung resultieren. Der Mangel an Binnennachfrage zeigt an, wie weit wir derzeit vom konjunkturellen Gleichgewicht entfernt sind. Hätten die Exporte in den Jahren 1973 und 1974 nur so stark zugenommen, wie es dem längerfristigen Trend entspricht, so wäre das Sozialprodukt rein rechnerisch 1974 noch um 10 Mrd DM bis 15 Mrd DM geringer ausgefallen. Der Abstand zum Sozialprodukt bei mittlerer Auslastung des Produktionspotentials würde dann nicht 30 Mrd DM, wie es zur Zeit der Fall ist, sondern 40 Mrd DM bis 45 Mrd DM betragen. Dies sind Kosten der Inflation, Kosten die man zum Teil schon seit Jahren vor sich herschiebt, wie es besonders eindrücklich die schließlich unumgängliche Bereinigung der inflationsgetriebenen Bautätigkeit ausweist.

39*. Nur ein Teil dieser Produktions- und Absatzlücke stellt ein Problem des Nachfragemangels dar: nur insoweit könnte also die Lücke dadurch dauerhaft wieder geschlossen werden, daß man die gesamtwirtschaftliche Nachfrageexpansion fördert. Ebenso gravierend ist das Problem des steigenden Kostenniveaus. Man kann die Kosten in ihrer Relation zum Preisniveau nur senken, wenn man entweder das Preisniveau noch stärker erhöht oder wenn dafür gesorgt wird, daß die Preise, welche die Unternehmen insgesamt zu bezahlen haben — das sind die Löhne, die Zinsen und die Preise für die Einfuhrgüter unter Berücksichtigung aller Produktivitätsfortschritte — weniger stark steigen als die Preise, die die Unternehmen erhalten. (Ziffern 302 ff.)

Quantifizieren lassen sich die Anteile an der Absatzlücke nicht. Gering dürfte jedoch die Bedeutung auch des akuten Nachfragemangels nicht sein. Das ist besonders an der Entwicklung des Auslandsabsatzes zu erkennen. Die Restriktionspolitik mußte, wollte sie eine bestimmte Gesamtwirkung erzielen, die Binnennachfrage so stark und so nachhaltig treffen, weil großen Teilbereichen der Volkswirtschaft die Möglichkeit offenstand, mehr zu exportieren oder Importangebote zu verdrängen; und da sie der Art ihrer Wirkungsmöglichkeiten zufolge vor allem die privaten Investitionen trifft, gingen also — kurz geschlossen — die vermehrten Ausfuhrüberschüsse zu einem erheblichen Teil auf Kosten der Investitionen. Unausweichlich war das alles allein wegen der vorangegangenen Inflationsgewöhnung, deren Bekämpfung unaufschiebbar geworden war. Geheilt werden kann es nur durch eine Normalisierung der Binnennachfrage, und diese wiederum kann konsequent erst angepackt werden, wenn das Kostenniveau unter Kontrolle ist.

40*. Nicht nur die Überlegung, daß heimische Investitionen für die Volkswirtschaft lohnender sein dürften als die Kapitalexporte, die mit den Leistungsbilanzüberschüssen notwendigerweise verbunden sind, auch außenwirtschaftliche Rücksichten drängen dazu, die Normalisierung der Binnennachfrage zu betreiben. Denn während unsere Partner im Außenhandel schon mit dem Problem ihrer hohen Ölrechnungen nicht fertig werden, vermehren wir ihre Sorgen noch durch unsere Überschüsse. Die zu erwartende Ungeduld der Partnerländer spricht dafür, trotz der ruhigen Hand, die in allem nötig ist, bei der Stabilisierung des Kostenniveaus und der dann wieder möglichen Expansion der Binnennachfrage etwas aufs Tempo zu drücken. Ohnehin wird es, unseren alternativen Vorausschätzungen zufolge, nicht leicht sein, 1975 die Normalisierung im Außenbeitrag über erste Ansätze hinauszubringen.

Was zu tun ist

41*. Vor der Antwort auf die Frage, wie die Herausforderungen des Jahres 1975 angenommen werden sollen, muß bekannt sein, was man sich zutrauen kann. Die vermutlich hohe Arbeitslosigkeit im Winter durchstehen, ohne das Stabilisierungsziel aus den Augen zu verlieren, den Lohnauftrieb entschei-

dend dämpfen und die Investitionsneigung anregen, die Volkswirtschaft von der Übersteigerung der Exporte allmählich wieder umstellen auf mehr Binnennachfrage, das ist ein Paket von Aufgaben, das der Herausforderung durch die Erdölkrise vor einem Jahr in nichts nachstehen dürfte.

Doch die Voraussetzungen für einen Erfolg sind von der Konstitution der Volkswirtschaft her nicht schlecht:

- Bei der Inflationsbekämpfung ist die Schwelle für einen größeren Schritt in Richtung auf mehr Preisniveaustabilität erreicht.
- Die Einsicht in die Notwendigkeit, bei Einkommensforderungen den gesamtwirtschaftlichen Rahmen zu beachten, nimmt zu.
- An der hohen Arbeitslosigkeit im Winter ist zwar nichts mehr zu ändern, doch ein Umschwung der Entwicklung wird sich ergeben oder kann herbeigeführt werden.
- Sorgen hinsichtlich der außenwirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit oder der internationalen Zahlungsfähigkeit der Volkswirtschaft gibt es nicht. Das Produktionsprogramm der Industrie paßt zu dem, was auch in den kommenden Jahren in der Welt an Waren verlangt werden wird.

Die Marktwirtschaft hat ihre Anpassungsfähigkeit bestätigt. Das Erreichte sollte der Wirtschaftspolitik Mut machen, den eingeschlagenen Weg fortzusetzen. Je klarer sie die Bereitschaft dazu erkennen läßt, desto mehr ist damit zu rechnen, daß die Inflationsgewöhnung schwindet und daß der zur Verfügung stehende Finanzierungsspielraum weniger für Preissteigerungen als vielmehr für zusätzliche Produktion genutzt wird. Die Abweichungen von den wirtschaftspolitischen Zielen, die heute zu beklagen sind, können zwar nur schrittweise abgebaut werden. Inwieweit es schon 1975 gelingt, den Preisauftrieb zu dämpfen, Produktion und Beschäftigung wieder anzuregen und beide wieder mehr für das Inland statt für den Export zu nutzen, hängt jedoch auch von der Einsicht derer ab, die zu handeln haben.

42*. Dies wäre die Zuweisung der Rollen an die Geldpolitik, die Währungspolitik, die Finanzpolitik und an diejenigen, die wirtschaftliche Macht und damit gesamtwirtschaftliche Verantwortung tragen:

- Die monetäre Politik ist bei ihrer radikalen Abkehr von den inflatorischen Raten der Geldvermehrung zunächst über den Pfad hinausgegangen, der zu einer längeren Phase der allmählichen Stabilisierung paßt, und sie mußte dies tun, um den Prozeß der Inflationsgewöhnung zu stoppen und umzukehren. Sie kann jetzt auf diesen Pfad gehen.
- Währungspolitisch ist die Grundeinstellung nötig, einer marktgerechten Bewertung der D-Mark, die den Fortgang der Stabilisierung im Inland und der unvermindert anhaltenden Inflation im Ausland Rechnung trägt, nicht entgegenzutreten. Nicht im Widerspruch zu den Erfordernissen der monetären Politik stünde es, wenn sich bei einer kräftigen Höherbewertung der D-Mark eine kräftige Senkung des Zinsniveaus im Inland ergäbe.
- Die Finanzpolitik hatte zuletzt die Aufgabe, nur vorsichtig dort gegenzuhalten, wo sich als Folge der scharfen monetären Restriktion unerwünschte Überreaktionen zeigten. Sie kann sich jetzt mehr dem Ziel widmen, dämpfende Wirkungen der monetären Politik auf Produktion und Beschäftigung abzufangen.
- Die autonomen Gruppen haben 1974 entscheidend dazu beigetragen, wenn auch zum Teil im Irrtum, das Kostenniveau auf eine Höhe zu bringen, auf der es in der Konfrontation mit dem von der Geldpolitik beschränkten Finanzierungsspielraum zu der Verkrampfung bei der Investitionsneigung und zum Rückgang der Beschäftigung kommen mußte. Ihre Aufgabe ist es jetzt, diese Verkrampfung zu lösen.

Monetäre Politik

43*. Die Geldpolitik hat die Expansion der Geldbasis bis zum Herbst 1974 an eine Jahresrate von etwa 6 vH herangeführt. Im Verlauf des Jahres 1975 soll der Beschäftigungsstand wieder steigen. Stellt man in Rechnung, daß die Neigung zur Rationalisierung der Kassenhaltung möglicherweise noch anhält, so könnte die Geldpolitik stabilisierungsgerecht genannt werden, wenn sie anstrebt, die Geldbasis im Verlauf des Jahres 1975 um 8 vH bis 9 vH ansteigen zu lassen. Die Jahreszuwachsrate 1975 gegenüber 1974 würde dann 7 vH bis 7 1/2 vH betragen. Es sollte nur dann etwas mehr sein, wenn sich die Ausgabenneigung im privaten Sektor weiter abschwächt und die Kassenhaltung sich wieder normalisiert, also zunimmt.

44*. Eine solche Begrenzung für die Expansion der Geldbasis halten wir für notwendig, weil eine stark expansive Wendung der monetären Politik allenfalls teilweise — und nicht einmal dies wäre sicher — einen stärkeren Einfluß auf die Produktion hätte, ihre Hauptwirkung aber wohl in einer weiteren Erhöhung des Preisniveaus läge.

45*. Wegen der abgeschwächten Ausgabenneigung und wegen der inzwischen wieder mehr auf eine Abnahme der Inflation gerichteten Erwartungen kann damit gerechnet werden, daß sich auch bei einer weiterhin mäßigen Expansion der Geldbasis die Tendenz zur Senkung des Zinsniveaus fortsetzt. Diese Tendenz wäre dann nicht Ausdruck einer Verwendung hin zu expansiver monetärer Politik, sondern Ausdruck davon, wie sich das Marktsystem selbst hilft, eine ungenügende Ausgabenneigung zu beleben.

46*. Verbreitet ist die Sorge, der Staat werde zu leichtfertig einen Teil seines Finanzierungsdefizits durch Rückgriff auf seine Guthaben bei der Notenbank zu decken suchen. Die Auflösung dieser Guthaben ist Geldschöpfung bei der Notenbank und daher selbstverständlich bei der Steuerung der Geld-

basis durch die Geldpolitik anzurechnen. Immerhin ist der hier in Frage stehende Betrag deutlich größer als der Zuwachs der Geldbasis, den wir im kommenden Jahr für angemessen halten. Falls die Guthaben rasch oder vollständig aufgelöst werden, müßte es sogar zu kompensatorischen Vorgängen bei anderen Quellen der Geldbasis kommen. Würde so verfahren, gäbe es stabilitätspolitisch keine Einwände.

47*. Außerordentlich bedeutsam erscheint uns, daß der Kurs der Geldpolitik im voraus allen bekannt ist. Es wäre nicht gut, wenn sich Irrtümer wiederholten, wie sie das Jahr 1974 belastet, und zwar schwer belastet haben. Eine klare Zielvorstellung ist für die Geldpolitik nicht weniger dringlich und zumutbar, als etwa für die Finanzpolitik. Im Gegenteil, sie ist besonders dringlich, und zwar vor allem dann, wenn es zu den Spielregeln gehören soll, daß alle den Kurs der Geldpolitik zu respektieren haben. (Ziffern 312 ff.)

Währungspolitik

48*. Wegen der voraussichtlich anhaltenden Unterschiede zwischen den Inflationsraten im Ausland und denjenigen im Inland wird es tendenziell über den Markt wohl weiterhin zu einer Höherbewertung der D-Mark kommen. Ihr sich entgegenstellen hieße, eine Verbesserung der Wettbewerbsposition der deutschen Exporteure und der mit Importangebot konkurrierenden inländischen Produzenten herbeiführen, die angesichts unserer hohen Leistungsbilanzüberschüsse nicht erwünscht sein kann. Der Abstand zwischen den Inflationsraten im Ausland und im Inland ist derzeit nicht gering.

49*. In der Bundesrepublik wird derzeit den Investoren bei der Finanzierung ihrer Anlagen ein wesentlich höherer Realzins abverlangt, als dem Angebot an Sparkapital in der Welt entspricht, das wegen der Bereicherung der Ölländer sehr reichlich geworden ist. Eigentlich ist es nur schwer zu begründen, warum die Volkswirtschaft darauf verzichtet, als Teilausgleich für den Einkommensverlust zugunsten der Ölländer wenigstens den Vorteil eines niedrigen Kapitalzinses wahrzunehmen. Diesen Vorteil nutzen, heißt nicht ohne weiteres in Widerspruch zu den Zielen der Stabilitätspolitik geraten. Ein solcher Widerspruch würde vermieden, wenn die Bundesrepublik eine Höherbewertung der D-Mark zuließe oder begünstigte (etwa durch Aufhebung des Verzinsungsverbotes für Ausländereinlagen bei deutschen Banken), die über das zuvor angesprochene Maß hinausginge. Die Chancen der Exportwirtschaft würden dadurch zwar beeinträchtigt, die Chancen der binnenwirtschaftlich orientierten Bereiche jedoch verbessert. Dies würde eine Verminderung der Leistungsbilanzüberschüsse bedeuten, und damit auch einen Wandel, der wegen der entgegengesetzten Entwicklung in der jüngsten Vergangenheit nur erwünscht sein könnte.

Hier ist eine wichtige Verknüpfung von Geldpolitik und Wechselkursbewegung zu beachten. Sollten Bundesregierung und Bundesbank aus den zuvor erörterten Gründen eine kräftige, wenn auch möglichst stetige Höherbewertung der Mark zulassen wollen und kommt über den Markt eine solche Höherbewertung zustande, so wird vermutlich eine deutliche Zinssenkung marktgerecht, das heißt vereinbar mit einem stetig aber begrenzt zunehmenden Angebot an Zentralbankgeld entsprechend einem geldpolitischen Kurs wie er zuvor skizziert worden ist. Sorgen hinsichtlich der Wirksamkeit ihres stabilitätspolitischen Kurses braucht die Bundesbank nicht zu haben, solange sie die Expansion der Geldbasis fest im Griff hält. (Ziffern 317 ff.)

Finanzpolitik

50*. Wenn es auch im kommenden Jahr nicht Aufgabe der monetären Politik sein soll, sich vorwiegend den Problemen der Beschäftigung zuzuwenden, so deshalb, weil nicht zu hoffen ist, daß eine Politik des leichten Geldes in ihren Wirkungen auf Beschäftigung und Preisniveau eine günstige Kombination aufweisen würde. Aus diesem Grunde kann und sollte die Finanzpolitik jetzt breit gestreut helfen, den unerwünscht starken Beschäftigungseinbruch zu mildern, soweit dieser ein Problem des gesamtwirtschaftlich konjunkturellen Nachfragemangels ist. Soweit er eine Problem des überhöhten Kostenniveaus ist, kann die Finanzpolitik nicht helfen; hierfür ist hinsichtlich der Kosten für Vorleistungen der Volkswirtschaft, also die Einfuhren, die Wechselkurspolitik, hinsichtlich der Kosten für Arbeit die Lohnpolitik zuständig.

51*. Sollen die für 1975 geplanten Ausgabenüberschüsse in Höhe von rund 50 Mrd DM [1]) des Staates konjunkturgerecht genannt werden, so muß dies heißen, daß sie bei der für 1975 anzustrebenden monetären Expansion auch finanziert werden können, ohne daß in unerwünschtem Maße private Finanzierungswünsche verdrängt werden müssen. Hier zeigen sich am ehesten die Grenzen für zulässige expansive Impulse der öffentlichen Haushalte. Soll dafür gesorgt werden, daß sich in dem für die Gesamtwirtschaft vorgegebenen monetären Rahmen die private Ausgabenneigung erholt, so darf der Staat seinen konjunkturgerechten Ausgabenspielraum nicht zu hoch einschätzen. (Ziffern 323 ff.)

Aus diesem Grunde ist es ein glücklicher Umstand, daß dauerhafte Steuersenkungen gerade Anfang 1975 in Kraft treten, der größte Teil der vorgesehenen expansiven Impulse der Finanzpolitik also über die Einnahmenseite gehen und damit die privaten Ausgaben anregen wird.

Vorsichtiger ist zu beurteilen, was vom Volumen her die Ausgabenseite an expansiven Impulsen zusätzlich bringt; denn hier geht es um eine Umlenkung von Ausgabenspielräumen hin zum Staat.

[1]) Ohne Bundesbahn und Bundespost.

Was an privater Nachfrage verdrängt wird, dürfte zwar geringer sein, als der Staat zusätzlich geltend macht, so daß per Saldo expansive Wirkungen übrig bleiben. Doch anders als in einer Rezession ohne Inflationsprobleme ist eine expansive Ausgabenpolitik des Staates unter den für 1975 anzustrebenden monetären Bedingungen vermutlich mit einer im Prinzip unerwünschten Beeinträchtigung privater Ausgaben verbunden. Vorläufig weisen die Ausgabenpläne der öffentlichen Hand, diese für sich genommen, also ohne die Auswirkungen der Steuerreform gerechnet, auf expansive Impulse hin, die nicht wesentlich über jene hinausgehen, die schon 1974 von den öffentlichen Haushalten ausstrahlten. Doch jede zusätzliche Erhöhung müßte diesen Konflikt verschärfen.

52*. Nicht so sehr die kurzfristige Betrachtung ist es, die zu stabilitätspolitischen Bedenken gegen das voraussichtliche Haushaltsvolumen des Staates für das Jahr 1975 führt; Besorgnis muß vielmehr erregen, was in ihnen über das Jahr 1975 hinaus an expansiven Impulsen angelegt ist. Von daher ist das Bemühen der Finanzpolitik zu unterstützen, die Ausgabenexpansion in den normalen Haushalten wenn irgend möglich einzudämmen. Für das konjunkturgerechte Maß an antizyklisch wirkenden Staatsausgaben sollte in gesonderten Zusatzhaushalten gesorgt werden, die dann nicht in die Basis eingehen, von der aus man das Haushaltsvolumen für die künftigen Jahre fortzuschreiben geneigt ist, damit nicht das, was zunächst konjunkturpolitisch gemeint war, zu einer dauerhaften Erhöhung der staatlichen Ansprüche führt.

53*. Staatskredite in der Höhe von bis zu 50 Mrd DM zu beschaffen, das wird vermutlich selbst bei weiterhin gedämpfter privater Kreditnachfrage von der staatlichen Schuldenpolitik Virtuosität verlangen. Die Schuldenpolitik kann insbesondere versuchen, Verklemmungen an den Kreditmärkten dadurch zu vermeiden, daß sie die Fristen der Neuverschuldung flexibel den Marktgegebenheiten anpaßt, und daß sie die Ergiebigkeit bestimmter Märkte stärker fördert und nutzt. (Ziffer 332)

54*. Nicht angezeigt erscheint uns derzeit, expansive Sonderprogramme für Ausgaben der öffentlichen Hand zu beschließen, die über das geplante Ausgabenvolumen von 361 Mrd DM noch hinausführten. Durch das, was in dem gegenwärtigen Kurs der Finanzpolitik schon angelegt ist und was sich aus einer mäßigen Lockerung der monetären Politik ergeben würde, wird dem entsprochen, was die konjunkturelle Situation erfordert. Eher ließe sich darüber streiten, ob es, was die öffentlichen Ausgaben anlangt, nicht schon zu viel ist. Sich unter dem Druck einer jahreszeitlichen Spitze in der Arbeitslosigkeit für mehr zu entschließen, hieße zusätzlich etwas für den späteren Verlauf des Jahres 1975 tun, für den es wahrscheinlich nicht konjunkturgerecht ist. An der Arbeitslosigkeit im kommenden Winter würde es jedoch mit Sicherheit nichts mehr ändern. (Ziffer 333)

Sehr wohl könnte allerdings daran gedacht werden, vorbereitete Sondermaßnahmen namentlich im Bereich der investiven Ausgaben, und hier nicht nur für Baumaßnahmen, schon bald zu einem Konjunkturprogramm zusammenzustellen und zu beschließen, aber nur wenn zugleich anderswo Ausgabenpläne zurückgenommen werden, von denen man sich keine oder nur eine geringe beschäftigungserhöhende Wirkung versprechen kann.

Auch gegen Beschlüsse, die auf eine zügige Haushaltsführung abzielten, wäre nichts einzuwenden, weil die Ausgabenneigung der Privaten gerade in den ersten Monaten des nächsten Jahres noch unerwünscht schwach sein dürfte. Diesem Zweck könnte möglicherweise auch dienen, wenn für 1975 geplante Vorhaben vorgezogen und in einem besonderen Haushalt vorweg beschlossen werden.

Hilfreich sind auch Maßnahmen, die der Neigung der Gemeinden zu einem prozyklischen — an der Höhe ihrer laufenden Einnahmen orientierten — Ausgabenverhalten entgegenwirken.

55*. Eine unmittelbare Investitionsförderung, durch die der Staat — zeitweise — einen Teil der Investitionskosten übernimmt, während zur gleichen Zeit die Privaten durch ihre Entscheidungen andere Kosten — dauerhaft — erhöhen, sollte im Rahmen der gegenwärtigen Stabilisierungspolitik unterbleiben können. (Ziffer 334)

56*. Für das Jahr 1975 raten wir auch nicht dazu, Steuern zu erhöhen. (Ziffer 335)

Einkommenspolitik

57*. Sicher ist nicht, daß die Lohnpolitik schon auf dem Wege ist, für 1975 eine Einkommensentwicklung anzusteuern, die sich hinsichtlich ihrer gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen vertreten ließe.

Unter konjunkturellen und monetären Bedingungen, die den Spielraum für eine Expansion der gesamtwirtschaftlichen Ausgaben eng begrenzen, wird auch in der Lohnpolitik, wo Einkommenswünsche mit dem Nachdruck großer Marktmacht vorgetragen werden können, verstärkt unter dem Risiko gehandelt, daß man bei überzogenen Forderungen unter Umständen an der Menge verliert, was man am Stück gewinnt. Das war schon 1974 so und wird voraussichtlich 1975 noch deutlicher gelten. Der Zusammenhang zwischen Lohnhöhe und Beschäftigung ist klarer sichtbar, das Ziel der Arbeitsplatzsicherung dringlicher geworden.

Erwartungen, die auf stabilisierungskonforme Lohnabschlüsse gehen, stützen sich auch darauf, daß die Vertreter der Arbeitnehmerorganisationen in dem Bewußtsein eines großen Umverteilungserfolges seit 1969 handeln können und daher keine Schwierigkeiten haben sollten, unter den derzeitigen Umständen allenfalls an eine mittelfristige Konsolidierung, nicht an den Ausbau ihrer Position zu denken. Außerdem ist der Verteilungskampf für 1975 frei von der Belastung, die jahrelang aus den progressiv steigenden Ansprüchen des Staates auf Teilhabe an den Einkommen seiner Bürger entstand. Die Steuerreform wird wenigstens dieses eine Jahr ein-

mal einen entgegengesetzten Effekt schaffen. Richtig ist, daß dies eigentlich eine Frage zwischen Bürger und Staat ist, nicht eine Frage der Tarifvertragsparteien. Doch da in der Vergangenheit die Steuerprogression ein Argument im Lohnstreit war, wird es diesmal gewiß auch die Steuerentlastung sein können.

58*. Wenn trotz solcher günstigen Umstände die stabilitätspolitischen Sorgen vor der Lohnrunde 1975 groß bleiben, so liegt das einerseits an den ungünstigen Erfahrungen insbesondere aus dem Vorjahr, andererseits und vor allem an dem Ausmaß an Veränderung in den Lohnsteigerungsraten, das nötig ist, um zu einem stabilisierungskonformen Pfad der Einkommensentwicklung zurückzukehren. Kaum mehr streitig ist, daß die Tarifabschlüsse für das Jahr 1975 bescheidener sein müssen, als sie 1974 waren. Noch immer scheint es aber in der öffentlichen Lohndiskussion als unrealistisch zu gelten, wenn von Tariflohnsteigerungen die Rede ist, die erheblich unter 10 vH liegen. Steigerungsraten in der unmittelbaren Nachbarschaft von 10 vH gelten vielfach offensichtlich schon als Zurückhaltung. Das ist beunruhigend. Denn hier bahnt sich möglicherweise nur ein neuer Irrtum hinsichtlich dessen an, was der Markt dauerhaft und für alle hergibt. Ein Weniger um mehrere volle Prozentpunkte verglichen mit dem Vorjahr ist schon dann nötig, wenn sich die Situation der Unternehmen nur nicht weiter verschlechtern soll.

59*. Wir halten es für nötig, daß die Möglichkeiten für einen öffentlichen Konsensus über die Grundlinien der Tarifpolitik 1975 ausgeschöpft und so die Einkommenserwartungen rechtzeitig an ein stabilisierungskonformes Maß angepaßt werden.

Aufgrund unserer Analyse der gesamtwirtschaftlichen Lage und nach Anhörung der wirtschaftspolitischen Instanzen sowie der Vertreter der autonomen Gruppen schlagen wir vor, folgende sechs Punkte der Tarifpolitik 1975 für außer Streit zu halten:

— Erstens: Es gehört nicht zu den Zielen der Lohnpolitik für 1975, die Einkommensverteilung weiter zugunsten der beschäftigten Arbeitnehmer zu verändern.

— Zweitens: Sollte die konjunkturelle Entwicklung günstiger werden, als jetzt schon für wahrscheinlich zu halten ist, und sich daraus zeitweise eine überproportionale Zunahme der Gewinn- und Kapitaleinkommen ergeben, so wäre dies zu begrüßen, da die Ertragschancen der Unternehmen verbessert werden müssen, soll die Investitionsneigung sich nachhaltig beleben und ein hoher Beschäftigungsstand wieder sicher erscheinen.

— Drittens: Angesichts der jüngsten Entwicklung in der Einkommensverteilung stellen die Arbeitnehmer anders als in früheren Jahren keine Ansprüche wegen zurückliegender Preissteigerungen. In den anstehenden Tarifverträgen werden daher nur künftige Preissteigerungen berücksichtigt (von dem jeweiligen Tarifabschluß an).

— Viertens: Die Lohnpolitik geht davon aus, daß der Anstieg des Preisniveaus sich weiter vermindern soll und daß die bisherige Stabilisierungspolitik einen nennenswerten Erfolg für 1975 so wahrscheinlich gemacht hat, daß es möglich ist, auf diesen Erfolg zu setzen.

— Fünftens: Ein größerer Erfolg in der Inflationsbekämpfung ist möglich, aber noch unsicher. Die Tarifpolitik sollte auf ihn setzen, wenn die Arbeitnehmer durch Nach- oder Neuverhandlungsklauseln in Tarifverträgen gegen das Risiko, daß er sich nicht einstellt, abgesichert werden.

— Sechstens: Angesichts der unerwartet günstigen Entwicklung der Realeinkommen der Arbeitnehmer 1974 wird anerkannt, daß Lohnsteigerungen, die im Verlauf des Jahres 1974 wirksam wurden, namentlich Stufenerhöhungen, hinsichtlich der Vorbelastung, die sie für das Jahr 1975 mit sich bringen, den Neuabschluß für 1975 mitbestimmen müssen.

60*. Über diese Grundsätze nicht zu streiten, heißt nicht eine Verengung des Handlungsspielraums im Rahmen der Tarifautonomie hinnehmen. In jedem einzelnen Vertrag ist ein Kompromiß darüber zu finden, wie groß angesichts der jeweiligen Ertragslage der Unternehmen das Zugeständnis ist, das die Arbeitnehmer im Hinblick auf die Sicherung eines hohen Beschäftigungsstandes machen, oder auch umgekehrt, wie groß das Zugeständnis der Arbeitgeber bei günstiger Gewinnsituation einer Branche ausfällt. Auch die Erwartung hinsichtlich der Preisentwicklung, die einen Abschluß mitbestimmt, steht unter einer Unsicherheit, die voll niemand den Tarifparteien abnehmen kann. (Ziffern 336 ff.)

61*. Man mag immerhin erkennen, wie stark Lohnerhöhungserwartungen, die heute durchaus noch vorkommen, den Spielraum, der durch den gesamtwirtschaftlichen Rahmen gegeben ist, überziehen, wenn sich an ihnen die gesamte Lohnrunde orientiert. Um dies zu verdeutlichen, wählen wir hierfür die Rate von 10 vH für die Erhöhung aller Tariflöhne (einschließlich tariflicher Nebenleistungen) im Rhythmus der anstehenden Abschlußtermine. Wie unsere Rechnung zeigt, würde sich daraus eine Entwicklung ergeben, derzufolge das Lohnniveau (Einkommen aus unselbständiger Arbeit je Stunde) 1975 um mehr als 12 vH über dem des Jahres 1974 liegen würde. Dem wäre gegenüberzustellen der gesamtwirtschaftliche Spielraum für eine Erhöhung der Realeinkommen je Stunde von gut 4 vH. Soll auch nur erreicht werden, daß sich die Ertragslage der Unternehmen nicht weiter verschlechtert, müßte diesen Abstand eine Inflationsrate überbrücken, die weit über den Anstieg des Preisniveaus hinausgeht, der für unvermeidlich zu halten ist (5 vH bis 5½ vH).

62*. Trotz der Zurückhaltung, die dem Sachverständigenrat bei Vorschlägen für einzelne wirtschaftspolitische Maßnahmen und wohl auch für einzelne Entscheidungen auf dem Gebiet der Tarifpolitik auferlegt ist, halten wir, wie auch in früheren Jahren schon, für erforderlich und auch gerechtfertigt, die

anstehenden Lohnverhandlungen für einen Tarifbereich, nämlich die für den öffentlichen Dienst, stärker als andere in die allgemeine wirtschaftspolitische Diskussion einzubeziehen. (Ziffer 348)

63*. Die Stabilisierungspolitik würde einkommenspolitisch außerdem an Überzeugungskraft gewinnen, wenn der Staat seine Anstrengungen verstärkte, die Funktionsfähigkeit der Märkte zu verbessern — eine dauernde, vor allem auf mittelfristig zu erwartende Erfolge ausgerichtete, aber nichtsdestoweniger dringliche Aufgabe. (Ziffern 350 ff.)

Einkommenspolitik für die Landwirtschaft

64*. Noch immer wird und mit weiter steigenden Sätzen im Agraraußenhandel der Bundesrepublik die Ausfuhr subventioniert und die Einfuhr belastet.

Dem Sachverständigenrat ist kein triftiger Grund bekanntgeworden, warum dies so bleiben müsse. Bei der Schätzung der für unvermeidlich zu haltenden Preisniveausteigerungen im Jahre 1975 sind wir davon ausgegangen, daß bei einer allfälligen Erhöhung der gemeinschaftlich festgesetzten Agrarpreise in der Europäischen Gemeinschaft die Erhöhung in der Bundesrepublik nicht voll wirksam wird, weil ein erster Schritt in Richtung Abbau des Grenzausgleichs getan wird. (Ziffer 349)

Wie es sein könnte

65*. Eine Prognose für die Entwicklung im Jahr 1975 muß Annahmen darüber setzen, wie sich die Wirtschaftspolitik und die autonomen Gruppen, insbesondere in den nächsten Wochen, verhalten werden. Wir haben in diesem Gutachten die voraussehbare Entwicklung unter drei verschiedenen Sätzen von Verhaltenshypothesen dargestellt.

Bei allen drei bedingten Prognosen sind wir davon ausgegangen, daß der Abschwung sich zunächst noch fortsetzen wird und daß die Arbeitslosigkeit allein schon durch die hohe Winterarbeitslosigkeit in den nächsten Monaten noch einmal beträchtlich zunehmen wird. (Ziffern 244 ff. und Ziffern 356 ff.)

66*. Bei der bedingten Prognose I sind wir davon ausgegangen, daß die monetäre Politik den Kampf gegen die Inflation fortführt und eine Expansion der gesamtwirtschaftlichen Ausgaben finanziert, die wohl eine Zunahme der Kapazitätsauslastung und der Beschäftigung begünstigen, diese aber nur gewährleisten, wenn sich der Geldwertschwund deutlich verlangsamt. Die Finanzpolitik wirkt einem weiteren Beschäftigungsrückgang entgegen. Für die Lohnpolitik haben wir unterstellt, daß die Tarifparteien nur die Aufrechterhaltung der bestehenden Verteilungspositionen anstreben, jedoch noch etwas höhere Preissteigerungen einkalkulieren, als sich am Markt durchsetzen lassen; die Verteilungsposition der Arbeitnehmer verbessert sich also noch. Unter diesen Bedingungen dürfte der Abschwung zwar zum Ende kommen und die Kapazitätsauslastung wieder zunehmen; da jedoch der Druck auf die Gewinnmargen noch anhält, wird sich die Investitionsneigung nur wenig beleben, jedenfalls nicht genug, um die Produktion schon bald nachhaltig anzuregen und die Arbeitslosigkeit spürbar abzubauen. Die Unternehmen werden nach wie vor im Export eine Stütze suchen, und die Importneigung wird nur wenig zunehmen. Der Geldwertschwund wird sich verlangsamen, doch höher sein, als es kurzfristig unvermeidbar ist.

67*. Wir halten es indes für möglich, daß die Tarifparteien Risiken, wie sie bei einer solchen Strategie noch für die Arbeitsplätze und die Erträge bestehen, vermeiden wollen. In der bedingten Prognose II gehen wir davon aus, daß die Unternehmen weniger bereitwillig als bisher hohe Lohnsteigerungen hinnehmen, und daß die Arbeitnehmer einen Teil des Verteilungsvorsprungs, der ihnen im Jahr 1974 zugefallen ist, für die Sicherheit der Arbeitsplätze einsetzen. Zudem wird in den Tarifabschlüssen ein größerer Stabilisierungserfolg vorweggenommen. Kommt es zu einer solchen Wende der Lohnpolitik, so ist in dem von der Notenbank zu finanzierenden Ausgabenspielraum bei niedrigeren Inflationsraten mehr Platz für eine Zunahme von Produktion und Beschäftigung, als dies unter den lohnpolitischen Annahmen der bedingten Prognose I der Fall wäre. Gegen Ende des Jahres 1975 könnte die Anzahl der Arbeitslosen schon um mehrere Hunderttausend niedriger sein als um die Jahreswende 1974/75. Bei zunehmender Inlandsnachfrage, vor allem der Investoren, könnte die Wirtschaftspolitik zudem die Höherbewertung der D-Mark fördern, so daß die heimische Wirtschaft weniger Güter an das Ausland abgibt, dafür aber mehr vom Ausland bezieht.

68*. Vielen mag indessen der Weg, die Vollbeschäftigung nicht gegen, sondern über mehr Stabilität zu erreichen, zu lang, und bei der derzeitigen Arbeitslosigkeit auch zu gefahrvoll scheinen. Angesichts der schon erreichten Stabilitätserfolge könnte die Versuchung groß sein, den Kampf gegen die Inflation zu unterbrechen und darauf zu setzen, ihn später, bei etwas höherem Geldwertschwund zwar, aber auch bei höherer Beschäftigung, wieder aufzunehmen. Die Bundesbank läßt sich drängen — so haben wir bei der bedingten Prognose III angenommen — die Zügel zu lockern und zu gewähren, was die Privaten und der Staat an Finanzierungsbedarf geltend machen. Die Restriktionen kommen dann aber von der Lohnpolitik, die den Kostendruck dann nochmals spürbar erhöht, ohne daß die Unternehmen Aussicht hätten, den Kosten mit Preisen begegnen zu können, die nicht schon in den Lohnsteigerungen vorweggenommen sind; ihre Ertragserwartungen werden sich nicht bessern. Die Investitionsneigung wird gering bleiben und die Neigung, Arbeitskräfte zu entlassen, wird anhalten. So geht bei dieser Strategie, die mehr Beschäftigung gegen mehr Stabilität gewinnen wollte, letztlich beides verloren. Die Auslastung des Produktionspotentials

geht weiter zurück, der Sockel der Arbeitslosigkeit bleibt hoch, der Außenbeitrag wird nicht abgebaut und der Geldwertschwund beschleunigt sich wieder.

Zur Frage der Konzeption

69*. Im fünften Kapitel dieses Gutachtens unterziehen wir die wirtschaftstheoretischen Grundlagen der Globalsteuerung einer erneuten Überprüfung. Unter den Bedingungen außenwirtschaftlicher Absicherung ist eine Verstetigung der Stabilitätspolitik möglich, in der eine autonome Steuerung der monetären Expansion an der Geldbasis die Hauptrolle übernimmt, unterstützt von einer Finanzpolitik, die sich in der Grundlinie stärker als bisher einer kontinuierlichen Erfüllung der öffentlichen Aufgaben widmet, und flankiert von einer stabilitätsgerechten Währungs-, Markt- und Einkommenspolitik. (Ziffern 364 ff.)

ERSTES KAPITEL:

Die Weltwirtschaft im Zeichen der Ölkrise

1. Um die Jahreswende schien die Welt von dem Schock gelähmt, den die ölfördernden Länder des Persischen Golfs durch die Entscheidung ausgelöst hatten, den Preis für den wichtigsten Energieträger der Welt und unentbehrlichen Rohstoff der chemischen Industrie, das Rohöl, drastisch zu erhöhen und zugleich die Liefermengen von Monat zu Monat einzuschränken. Von der Angebotsdrosselung haben die Ölländer bald wieder abgelassen. Was blieb, war „nur" das Preisproblem. Im Jahre 1974 war der Preis des Rohöls um das Dreifache teurer als Mitte des Jahres 1973. Dies führt, wenn er vorläufig auch nur annähernd so hoch bleibt, zumindest für einige Zeit zu gewaltigen Devisenüberschüssen der Ölländer. Dem stehen entsprechende Defizite in den ölimportierenden Ländern gegenüber, die vorläufig nicht durch Änderung der Wechselkurse behoben werden können. Aus diesen und aus Gründen, die schon in der Vergangenheit angelegt waren, haben sich die Inflationsraten weltweit beschleunigt und die außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte deutlich verschärft. Was daran, anders als sonst, besonders gefährlich erscheint, ist, daß zahlreiche Länder, die zum Teil schon vorher in Bedrängnis waren, bald ihre Ölrechnungen nicht mehr werden begleichen können. Daraus erwächst eine ernste Bedrohung für die Freiheit des Handels und des Kapitalverkehrs — eine Bedrohung, die alle betrifft. Bei der Lösung dieses Problems wird es entscheidend darauf ankommen, daß ein Teil der sich weiter auftürmenden Dollarmilliarden aus den Einnahmenüberschüssen der Ölländer auch jene Länder erreicht, die Auslandskredite wegen der Verschärfung ihrer Zahlungsbilanzprobleme besonders dringend benötigen, solche Kredite wegen des mit der Inflationsbeschleunigung einhergehenden Schwunds ihrer Kreditfähigkeit aber nicht bekommen, wobei allerdings zu verhindern wäre, daß der Kredit diese Länder vom Anpassungszwang befreit. Das, was hierfür erforderlich ist, muß bald, ja sogar sehr bald geschehen, soll die Gefahr einer in der Welt weit um sich greifenden Wirtschaftskrise gebannt werden.

Man kann wohl weitgehend darauf vertrauen, daß die Marktkräfte Anpassungsprozesse in Gang setzen, die die von der abrupten Veränderung der relativen Preise hervorgerufenen Störungen auf mittlere Sicht beheben. Auch unmittelbar haben die Marktkräfte vieles abfangen können. Für die nahe Zukunft wird es jedoch gemeinsamer Aktionen bedürfen, wenn der Anpassungsprozeß ohne schwerwiegende Krisen ablaufen soll, die auch die Zukunft der Weltwirtschaft belasten würden.

2. Am 17. Oktober 1973 hatten die Staaten am Persischen Golf beschlossen, eigenmächtig die Listenpreise für Rohöl um 70 vH auf rund 5 Dollar je Faß (159 Liter) anzuheben. Kurz darauf folgten die übrigen Ölexportländer diesem Beispiel. Um die erhöhten Preise am Markt durchsetzen zu können, vereinbarten die zehn arabischen Mitglieder des OPEC-Kartells [1]), ihre Produktion schrittweise zu kürzen, und zwar um mindestens 5 vH je Monat. Im November verkündeten sie, daß die Fördermenge des laufenden Monats nur noch 75 vH des Septemberausstoßes und die des Dezember schließlich nur 70 vH betragen würde. Angstkäufe und erste Friktionen in der Versorgung trieben den Preis am freien Markt zeitweilig auf fast 20 Dollar.

Die Kürzungen sollten nicht alle Verbraucherländer in gleichem Maße treffen. Je nach der Haltung im Nahostkonflikt wurden diese in „freundliche" (so Frankreich und Großbritannien), „neutrale" (so Japan und die Bundesrepublik Deutschland) und „unfreundliche" (so die Vereinigten Staaten und die Niederlande) Länder eingestuft. Gegen die beiden letztgenannten Länder wurde vorübergehend ein Embargo verhängt, das allerdings nicht voll wirksam wurde, weil die multinationalen Ölgesellschaften ausreichende Mengen von Öl aus dem nicht-arabischen Raum dorthin umzuleiten vermochten.

Die Reaktionen der Verbraucherländer spiegelten die Sorge wider, daß infolge eines Mangels an Erdöl die vorhandenen Produktionsmöglichkeiten nicht ausgeschöpft werden könnten, daß Erdöl nunmehr also zu einem die Produktion limitierenden Faktor geworden sei (SG 73 II Ziffer 10). Fast ausnahmslos verhängten sie während der Krisenmonate Sonntagsfahrverbote, verordneten Höchstgeschwindigkeiten auf ihren Straßen und beschlossen Lieferkürzungen für Benzin und Heizöl; manche bereiteten auch die Ausgabe von Benzingutscheinen vor. Gleichzeitig hielten es die Regierungen fast aller Industrieländer für erforderlich, sich zur Sicherung der nationalen Energieversorgung durch meist langfristig angelegte Tauschgeschäfte Öllieferungen garantieren zu lassen. Zu einer gemeinsamen Abwehrstrategie konnten sie sich nicht durchringen.

Ihr überraschender Erfolg veranlaßte die OPEC-Staaten Ende Dezember 1973, ihre Listenpreise erneut drastisch, nämlich auf fast 12 Dollar je Faß, heraufzusetzen. Da sie jedoch bereits im Januar 1974 ihre Produktion rasch wieder auf den Septemberstand und sogar darüber hinaus steigerten, mußten sie auf dem freien Markt Preissenkungen für die von ihnen angebotenen Mengen hinnehmen. Dennoch blieb das Öl das Jahr über fast viermal so teuer wie im Sommer 1973.

---

[1]) OPEC: Organization of Oil Exporting Countries.

I. Zweistellige Inflationsraten

3. Schon 1973 hatten sich die Inflationsraten besorgniserregend erhöht. Im Laufe des Jahres 1974 beschleunigte sich die Inflation erneut. Die Steigerungsraten der Verbraucherpreise passierten bereits während der Wintermonate in vielen Ländern die 10-vH-Marke; auch danach setzte sich der Prozeß der Geldentwertung in wachsendem Maße fort (Tabelle 1). Auf den Erzeugerstufen erreichte er vielfach eine beängstigende Geschwindigkeit. Spielte 1973 die zunehmende internationale Liquidität dabei noch eine erhebliche Rolle (JG 73 Ziffer 4), so war es 1974 zumeist die hausgemachte Geldmengenexpansion, die eine derartige Inflationsbeschleunigung zuließ. In Ländern mit nachgebenden Wechselkursen spiegelte sich darin auch der gewaltige Importkostenschub, der in anderen Ländern durch Aufwertungen ein wenig gemildert wurde.

Die Vervierfachung des Ölpreises gegenüber Mitte 1973 gab der Inflation zwar einen neuen Anstoß; die dadurch bedingte Kostenerhöhung erklärt aber nur einen Teil des Anstiegs der Preise im Verlauf des Jahres.

4. Die Arbeitnehmer waren nicht bereit, die Wirkungen der Inflation auf ihre Realeinkommen hinzunehmen und erkämpften deutlich höhere Löhne als im Jahr zuvor. Ihr Erfolg rührte auch daher, daß die Unternehmen angesichts ihrer zunächst noch guten Auftragslage keinen entschlossenen Widerstand leisteten. Auch von den Löhnen ging also ein starker Kostenschub aus, der sich auf die Preise übertrug. Wo staatliche Kontrollen der Lohn- und Preisentwicklung bestanden oder eingeführt wurden, blieben sie weitgehend unwirksam. Sie hätten auch allenfalls dann Erfolg haben können, wenn sie mit einer stark restriktiven Geldpolitik verbunden gewesen wären; das Gegenteil war jedoch meist der Fall.

5. Zu den Gütern, deren Preise besonders kräftig stiegen, zählen neben dem Öl, den erdölabhängigen Produkten und anderen Energieträgern insbesondere solche Investitionsgüter, die von den neuerdings devisenreichen erdölproduzierenden Ländern stark nachgefragt wurden, aber auch Grundstoffe, die, wie vor allem Stahl, für Anlagen zur Erschließung neuer Energiequellen benötigt wurden; hier reichten die

Tabelle 1

Verbraucherpreise in ausgewählten Ländern [1])

Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH

Land	1968	1969	1970	1971	1972	1973	1973	1974		
							4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Bundesrepublik Deutschland	+1,6	+1,9	+3,4	+5,3	+5,5	+ 6,9	+ 7,3	+ 7,4	+ 7,1	+ 7,0
Frankreich	+4,8	+6,4	+5,3	+5,5	+5,9	+ 7,3	+ 8,3	+11,3	+13,6	+14,6
Italien	+1,3	+2,6	+5,0	+5,0	+5,5	+10,8	+11,1	+13,7	+15,9	+20,8
Niederlande	+3,7	+7,5	+4,4	+7,5	+7,8	+ 8,0	+ 8,0	+ 8,7	+ 8,8	+ 9,8
Belgien	+2,7	+3,7	+4,0	+4,3	+5,5	+ 7,0	+ 6,9	+ 8,4	+11,5	+14,6
Großbritannien	+4,8	+5,4	+6,4	+9,5	+7,0	+ 9,2	+ 9,2	+12,3	+16,1	+17,0
Irland	+4,8	+7,4	+8,2	+8,9	+8,7	+11,3	+12,7	+13,4	+16,3	+17,9
Dänemark	+9,6	+3,3	+6,4	+6,0	+6,6	+ 8,8	+11,2	+13,6	+14,8	+15,9[a])
EG der Neun [2])	+3,3	+4,2	+4,9	+6,2	+6,1	+ 8,2	+ 8,7	+10,6	+12,4	+13,8[a])
Schweiz	+2,4	+2,6	+3,5	+6,6	+6,7	+ 8,7	+10,8	+10,4	+ 9,4	+10,6
Schweden	+1,9	+2,7	+7,1	+7,3	+6,0	+ 6,7	+ 8,0	+12,4	+13,7	+14,4[a])
Österreich	+2,6	+3,4	+4,1	+4,7	+6,3	+ 6,0	+ 7,7	+ 8,5	+ 9,9	+10,1
Vereinigte Staaten	+4,2	+5,4	+5,9	+4,3	+3,3	+ 6,2	+ 8,4	+ 9,8	+10,7	+11,6
Japan	+5,5	+5,2	+7,6	+6,3	+4,3	+11,7	+15,8	+23,3	+22,7	+23,4
Kanada	+4,1	+4,6	+3,3	+2,9	+4,8	+ 6,1	+ 9,0	+ 9,7	+10,7	+11,0

[1]) Aus Angaben in Landeswährung.
[2]) Zusammengewogen mit den Anteilen am Privaten Verbrauch (in jeweiligen Preisen) im Jahre 1971; auch 1968 bis 1973 einschließlich Großbritannien, Irland, Dänemark.
a) Schätzung.

Quelle: OECD; Bundesrepublik Deutschland: Nationale Quelle

Kapazitäten nicht aus, die stürmische Nachfrage zu befriedigen. Die Preise für andere Rohstoffe als Öl, die Hortungskäufe zu Beginn des Jahres noch einmal in die Höhe getrieben hatten, stagnierten zwar seit dem Frühjahr 1974 oder gingen sogar zurück; dies brachte jedoch auch nicht annähernd eine Kompensation.

6. Daß das Preisniveau, also die Gesamtheit der Preise, 1974 noch einmal so stark steigen konnte, ist hauptsächlich Folge davon, daß die Geldpolitik zu nachgiebig war. Der Grund für das Fehlen einer beherzten Politik war wohl die Furcht vor hoher Arbeitslosigkeit. Im Zweifel wurde dem Beschäftigungsziel Vorrang vor dem Ziel der Preisstabilität gegeben, und dies nicht nur in den traditionell inflationsanfälligen Ländern, sondern auch dort, wo sonst die Teuerung vergleichsweise gering zu sein pflegte. Erschwerend wirkte der beträchtliche, oft auf die Bauwirtschaft, den Automobilbau und die Textilindustrie konzentrierte Beschäftigungsrückgang.

7. Im Verlauf des Jahres 1974 hat sich weltweit die Einsicht verbreitet, daß es nicht mehr möglich ist, durch die übliche Expansionspolitik zu mehr Beschäftigung zu kommen, wenn die Inflationsraten so hoch sind, daß immer mehr Investoren und Verbraucher Fehlentscheidungen treffen, weil der Geldwert immer ungewisser wird und weil nicht sicher ist, wann die Geldpolitik dem entgegentreten wird. Denn die Geldpolitik kann auf die Dauer nicht gleichmütig sein gegenüber der Gefahr von Selbstverstärkungsprozessen, die mit der Erwartung einer Inflationsbeschleunigung einhergehen — über Hortungskäufe, Flucht in die Sachwerte, Lohnabschlüsse, in denen eine noch zunehmende Teuerung schon vorweg berücksichtigt wird — und die die Preisentwicklung schließlich vollends außer Kontrolle geraten läßt.

Verloren ging 1974 ebenfalls der manchmal gehegte Glaube, daß sich — auch ohne flankierende Maßnahmen — durch Abwertung der eigenen Währung internationale Wettbewerbsvorteile erringen ließen. Denn eine Abwertung verteuert die Importe und schlägt bei elastischem Geldangebot über die Verteuerung der Produktionskosten auf die Preise im allgemeinen und damit auch auf die Ausfuhrpreise durch, so daß von dem erhofften Wettbewerbsvorsprung nicht viel bleibt, vor allem dann nicht, wenn das Land, wie dies etwa in Großbritannien oder Japan der Fall ist, besonders einfuhrabhängig ist. Aus diesen Gründen versuchten 1974 auch Länder mit hohen Leistungsbilanzdefiziten, das Abwärtsfloaten ihrer Währungen durch Interventionen am Devisenmarkt aufzuhalten.

Schließlich fand auch die Ansicht, daß Lohn- und Preiskontrollen ein wirksames Mittel gegen die Inflation seien, immer weniger Befürworter. Die eklatanten Mißerfolge dirigistischer Eingriffe in Italien, aber auch in Frankreich und in den Vereinigten Staaten, wirkten abschreckend. Nicht nur ein aufwendiger Überwachungsapparat war erforderlich, vor allem wurde auch die Steuerungsfunktion der relativen Preise außer Kraft gesetzt, so daß es zur Fehlleitung volkswirtschaftlicher Produktivkräfte kam.

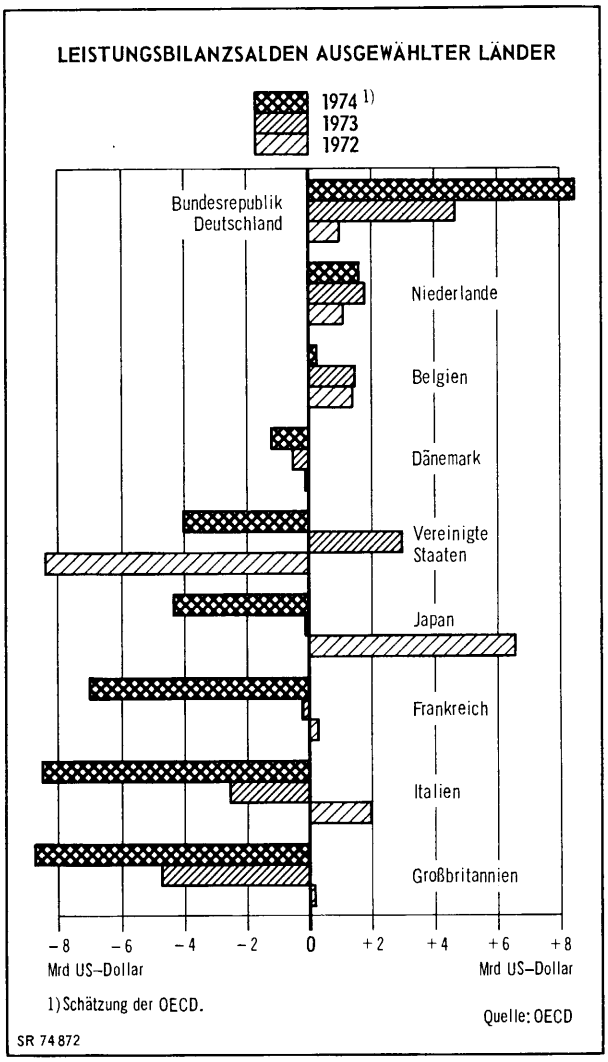
Die Kontrollsysteme krankten häufig auch daran, daß sogenannte gerechtfertigte Kostensteigerungen weitergegeben werden durften und nicht selten dadurch ein Preiserhöhungsanspruch entstand, der wiederum die monetäre Politik zwang, die nötigen Finanzierungsmittel bereitzustellen. Ein weiterer Nachteil der dirigistischen Preiseingriffe besteht darin, daß — wie sich in den Vereinigten Staaten nach Aufhebung der Kontrollen Ende April 1974 zeigte — die bislang zurückgestauten Preiserhöhungsbegehren eine Preiswelle auslösten. Nur wenn die Inflationsmentalität in der Zeit, für die Lohn- und Preiskontrollen gelten, gebrochen würde und die monetäre Politik daher nicht mehr zu Zugeständnissen gezwungen wäre, hätten solche Kontrollen Aussicht auf nachhaltigen Erfolg. Wegen der Mißerfolge, die man mit solchen Kontrollen hatte, nahm 1974 die Einsicht zu, daß die Einkommenspolitik kein Ersatz für eine entschlossene Globalsteuerung sein kann.

8. Diese Einsichten führten im Verlaufe des Jahres dazu, daß zögernd und in dem Bewußtsein, ein weiterer Anstieg der Arbeitslosigkeit sei nicht zu vermeiden, die monetären Bremsen angezogen, häufig auch die Steuern erhöht und eine sparsamere öffentliche Haushaltsführung angestrebt wurden. Die Preise stiegen zwar während des Sommers etwas langsamer; als die Arbeitslosigkeit aber im Herbst stark anzog, ging man vielfach wieder vom restriktiven Kurs ab. Trotz aller Einsichten fehlte es meist an der Kraft, die notwendigen wirtschaftspolitischen Konsequenzen zu ziehen und dies dann auch durchzuhalten.

II. Zunehmende außenwirtschaftliche Ungleichgewichte

9. Die Klage über außenwirtschaftliche Ungleichgewichte in der Welt ist nicht neu. Schließlich ist das Weltwährungssystem von Bretton Woods an diesen zugrunde gegangen, wobei freilich das außenwirtschaftliche Ungleichgewicht des Reservewährungslandes, der Vereinigten Staaten, eine wesentliche Rolle spielte. Der Übergang zu flexiblen Wechselkursen hätte der Sorge um Ungleichgewichte in den Zahlungsbilanzen der einzelnen Länder ein Ende bereiten können. Voraussetzung wäre allerdings eine Wirtschaftspolitik gewesen, die in der Lage ist, ihre Ziele durchzusetzen. Das aber war in der Regel nicht so. In vielen Ländern herrschte Übernachfrage, die durch eine erhebliche Geldmengenexpansion ermöglicht wurde. Da in diesen Ländern die Leistungsbilanzüberschüsse kleiner wurden oder in Defizite umschlugen (Schaubild 1), gleichzeitig aber das Kapital nach außen drängte, weil zunehmende Inflationsraten zu befürchten waren, mußten Kredite im Ausland aufgenommen werden, sollte der Wechselkurs nicht ins Uferlose sinken. Die Rohstoffhausse des Jahres 1973 trug das ihre

Schaubild 1



dazu bei, daß sich die Leistungsbilanzen vieler Länder verschlechterten. Im einzelnen war das Bild allerdings sehr unterschiedlich: Während der Saldo der amerikanischen Leistungsbilanz von einem beachtlichen Defizit in einen Überschuß umschlug und der deutsche Leistungsbilanzüberschuß sich mehr als verdoppelte, verschlechterten sich die Leistungsbilanzen etwa Japans, Großbritanniens und Italiens erheblich.

In diese ohnehin labile Situation platzte die Ölkrise. Die enorme Erhöhung der Ölpreise im Verhältnis zu den Preisen der von den Ölländern importierten Güter, also deren Terms of Trade, verschärfte die Zahlungsbilanzprobleme der westlichen Welt und führte zur Passivierung der Leistungsbilanzen auch solcher Länder, die zuvor diese Probleme nicht hatten. Die einzelnen Länder wurden um so schwerer betroffen, je größer ihre Abhängigkeit von importiertem Öl war. Eine ins Gewicht fallende Ausnahme machte die Bundesrepublik (Ziffern 149 ff.).

10. Da die Einsparung von Öl begrenzt war und da die Ölländer trotz eines kräftigen Einfuhrschubs ihre überschüssigen Einnahmen nur zum geringeren Teil für Importe verwenden konnten, hätte der Versuch aller Defizitländer, ihre erhöhten Ölrechnungen durch vermehrte Importe zu bezahlen, wenig Sinn gehabt. Global gesehen brauchten die Defizite auch keine Probleme aufzuwerfen, da schließlich die Einnahmenüberschüsse der Ölländer angelegt werden mußten, so daß den von der Ölpreissteigerung verursachten Defiziten ein dem Betrage nach gleicher Kapitalexport der Ölländer gegenüberstehen muß. Das Problem bestand und besteht also nicht darin, daß es am Ausgleich schaffenden Kapitalexport mangelte. Es liegt vielmehr darin, daß sich diese Gelder nicht von selbst auf die einzelnen Länder entsprechend den vom Ölpreis bedingten Defiziten verteilen.

11. Eine — allerdings nur vordergründige — Ursache dafür, daß das Kapital nicht gerade in die Länder floß, die es besonders dringend benötigten, ist darin zu sehen, daß die Ölländer ihr Geld zunächst vorwiegend kurzfristig anlegen wollten und hierfür vor allem der Euro-Markt und der Markt der Vereinigten Staaten sowie die Londoner Banken in Betracht kamen.

Nach Schätzungen des amerikanischen Schatzamtes floß in den ersten acht Monaten dieses Jahres fast die Hälfte der bis dahin entstandenen Einnahmenüberschüsse der OPEC-Länder — insgesamt 25 Mrd $ bis 28 Mrd $ — auf den Euro-Markt, ein Fünftel etwa suchte Anlage in Schuldverschreibungen der Regierung und bei Banken in den Vereinigten Staaten. Rund 3 Mrd $ wurden in Pfund Sterling angelegt. Der Rest verteilte sich auf Kredite an Entwicklungsländer und internationale Institutionen, auf Direktkredite an europäische Regierungen sowie, in geringem Umfang, auf Käufe von privaten Wertpapieren, Erwerb von Beteiligungen und Grundstükken in den Vereinigten Staaten und in Europa.

Das Geld auf dem Euro-Markt und zum Teil auch das bei amerikanischen Banken steht für die Gewährung von Krediten zur Verfügung. Die Defizitländer, so müßte man meinen, brauchten es dort nur auszuleihen.

12. Der Hauptgrund dafür, daß einige Länder dies im Verlauf des Jahres immer weniger konnten, war in ihrer wirtschaftlichen Lage bei Ausbruch der Ölkrise zu suchen. Geldmengenexpansion, auch durch Finanzierung wachsender Budgetdefizite durch die Notenbanken, übermäßige Ansprüche der Arbeitnehmer und anderer Gruppen und der zum Teil bereits hohe Stand der Auslandsverschuldung ließen befürchten, daß die schon eingetretene Beschleunigung der Inflation in eine Krise einmünden würde, in der Kredite, ob vom Staat oder von Unternehmen aufgenommen, notleidend werden könnten. Dies gilt insbesondere für Italien. Auch in anderen Ländern zeichnete sich im Jahresverlauf ab, daß sie bald an die Grenzen ihrer Kreditwürdigkeit stoßen würden. Großbritannien konnte seine Attraktivität für Öldollars vorläufig aufrechterhalten.

13. Die Lage der Defizitländer wird prekär, wenn ihre Goldreserven verpfändet, ihre sonstigen Wäh-

rungsreserven aufgebraucht und ihre offiziellen wie privaten Verschuldungsmöglichkeiten erschöpft sind. Ein Absinkenlassen des Wechselkurses hat für sie nur insoweit Sinn, wie andere Industrieländer bereit sind, die auf sie verlagerten Defizite hinzunehmen und ihrerseits die Gesamtnachfrage aufrechtzuerhalten. Wenn das nicht geschieht, besteht die Gefahr der Abwertungskonkurrenz. Zudem laufen Länder, deren Geldpolitik die Herrschaft über das Preisniveau bereits verloren hat, bei sinkenden Wechselkursen Gefahr, daß die Verteuerung ihrer Importe ihre Inflation weiter anheizt.

So bliebe ihnen nur der Versuch, ihre Kreditwürdigkeit wieder zurückzugewinnen. Das ist allein mit einer konsequenten Stabilisierungspolitik zu erreichen. Auch ohne die Ölverteuerung wäre jedenfalls den Ländern, die schon zuvor auf dem Weg zu höheren Inflationsraten und zunehmenden Zahlungsbilanzdefiziten waren, der Entschluß zu einem Herumwerfen des Ruders auf Restriktionskurs nicht erspart geblieben. Die zusätzlichen Probleme der Ölkrise machten es für diese Länder jedoch nicht nur dringlicher, sondern auch erheblich schwerer als zuvor, einen Restriktionskurs einzuschlagen. Das ist vor allem deshalb so, weil die Ölverteuerung, indem sie viel Kaufkraft band, eine Nachfragelücke aufgerissen hatte, die, für sich genommen, nicht durch eine restriktive Politik geschlossen werden konnte (Ziffer 450).

Angesichts dieser Situation ist eher erstaunlich, daß es bisher erst vereinzelt zu Handelsbeschränkungen gekommen ist (Ziffer 33). Das legt die Vermutung nahe, daß das Recycling, also die Umlenkung der auf die genannten Märkte, vor allem den Euro-Markt, zurückgeflossenen Dollars an die Stellen des dringendsten Bedarfs [1]), doch besser gelungen ist, als man angenommen hatte.

14. In der Tat haben sich die privaten internationalen Geld- und Kapitalmärkte angesichts der Größenordnungen, die es zu bewältigen galt, bisher bewährt. Die 1974 bis einschließlich August bekanntgegebenen Euro-Kredite haben mit 23 Mrd $ ein Volumen erreicht, das den Betrag des ganzen Jahres 1973 bereits spürbar übersteigt. Dabei sind 10 Mrd $ bis 13 Mrd $ direkt aus Ölländern gekommen; zu den Hauptkreditnehmern zählen Großbritannien, Frankreich und Italien. Man kann also feststellen, daß das Geld auch in die zahlungsbilanzschwachen Länder gelangt ist.

Im Laufe des Jahres wurde jedoch mehr und mehr die Sorge laut, die Euro-Banken würden sich übernehmen, zum einen wegen der Fristentransformation — die Gelder wurden kurzfristig gegeben, aber mittel- bis langfristig ausgeliehen —, zum anderen wegen der schwindenden Kreditwürdigkeit der Schuldner. Hinzu kam, daß ein Teil der Euro-Dollars auf den amerikanischen Markt zurückfloß, während dieser zuvor noch den Euro-Markt kräftig gespeist hatte. Einige Entwicklungsländer zogen Einlagen ab, um damit ihre Ölrechnungen zu begleichen; diese Beträge gingen dem Euro-Markt freilich nicht unbedingt verloren.

Die großen Euro-Banken wurden sich mehr und mehr ihres Risikos bewußt und setzten sich deshalb selbst strengere Regeln für das Verhältnis von Ausleihungen zu haftendem Kapital, aber auch Grenzen für die Ausleihungen an einzelne Regierungen und private Schuldner. Auch von offizieller Seite werden Überlegungen angestellt, wie man den Euro-Markt kontrollieren könne, sei es über die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, sei es durch national verordnete Kreditgrundsätze, auf die sich allerdings dann alle Staaten einigen müßten, sollen nicht neue Oasen entstehen. In die gleiche Richtung gehen Bestrebungen, die Muttergesellschaften der Euro-Banken zu verpflichten, nicht nur ihre Filialbanken, sondern auch die sogenannten Konsortialbanken zu refinanzieren, falls diese in Bedrängnis geraten. Schließlich haben sich auch die Notenbanken der wichtigsten Industrieländer, der sogenannten Gruppe der Zehn, darauf geeinigt, im Falle von Schwierigkeiten bei Euro-Banken möglicherweise einzuspringen; keinesfalls wollen sie jedoch, was auch wegen des damit verbundenen Freibriefs gefährlich wäre, bedingungslos zu Refinanzierungsinstituten der letzten Instanz („lender of last resort") werden.

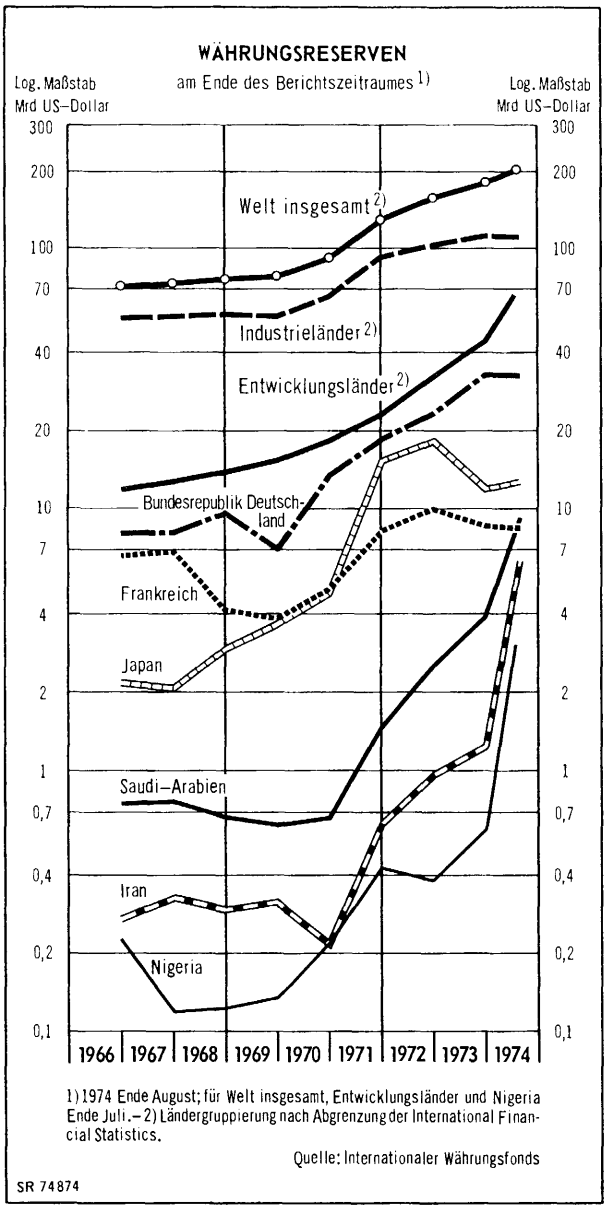
Das zunehmende Risikobewußtsein und die nicht zu übersehenden Grenzen der Fristentransformation, möglicherweise auch Veränderungen der Marktbedingungen, haben dazu geführt, daß die Ausleihungen des Euro-Marktes im dritten Vierteljahr 1974 spürbar zurückgegangen sind. Es besteht kein Grund zu der Annahme, daß der Euro-Markt bald wieder ähnlich expandieren wird wie in der ersten Jahreshälfte. Auch kann man wohl nicht unterstellen, daß die nationalen Banken in wachsendem Umfang die Aufgaben übernehmen werden, die bisher vorwiegend der Euro-Markt geleistet hat.

15. Wenn also auch das Bankensystem, und vor allem der Euro-Markt, gut funktioniert hat, so sind die Probleme der Defizitländer damit für die nächsten ein bis zwei Jahre doch keineswegs gelöst. Denn die Leistungsbilanzdefizite werden vorläufig bleiben, und die Ölmilliarden werden sich weiter auftürmen (Schaubild 2). Selbst wenn dieses Geld allmählich mehr in langfristige Anlagen gehen wird, so fließt es damit doch nicht in die Defizitländer. Direkte Kreditabkommen mit den Ölländern abzuschließen, so wie es Frankreich und Großbritannien mit dem Iran getan haben, dürfte nicht allen Ländern gelingen. Außerdem fragt sich, ob ein solcher Wettbewerb um Kredite nicht den langfristigen Interessen der ölimportierenden Länder und der nicht zu den Öllieferanten gehörenden restlichen Länder der Welt zuwiderliefe.

Um eine Vorstellung von den Größenordnungen zu bekommen, muß man sich vergegenwärtigen, daß die 25 Mrd $ bis 28 Mrd $ Kapitalanlagen der OPEC-Länder von Januar bis zum August 1974 erst knapp die Hälfte des Leistungsbilanzüberschusses sind, der

[1]) Diese Umlenkung ist das eigentliche Recycling. Es wird auch sekundäres Recycling genannt, wenn man den Rückfluß der Öldollars auf die Geld- und Kapitalmärkte der Industrieländer das primäre nennt.

Schaubild 2



für 1974 erwartet wird. Dabei ist unterstellt, daß die Ölländer aus dem Ölexport Einnahmen von 80 Mrd $ haben werden gegenüber 25 Mrd $ im Vorjahr und 15 Mrd $ 1972. Im Jahre 1975 ist eher mit über 100 Mrd $ an Öleinnahmen zu rechnen, da es 1974 noch Zahlungsverzögerungen gab. Das Problem, diese ungeheuren Geldströme in die Länder zu lenken, die das Geld zum Ausgleich ihrer Defizite benötigen, wird sich also noch erheblich verschärfen. Langfristig mag das anders aussehen (Ziffern 452 ff.).

16. Hat man die quantitative Dimension des notwendigen Recycling vor Augen und gelten die Zweifel, ob die privaten internationalen Finanzmärkte dies wegen der damit verbundenen Risiken noch leisten können, dann muß auf der Basis internationaler Solidarität rasch viel über das bisherige hinaus geschehen, wenn die vom Kredit abgeschnittenen Länder nicht einfach ihrem Schicksal überlassen werden und deshalb gezwungen sein sollen, weitgehend aus dem Verbund der internationalen Arbeitsteilung auszuscheiden. Auch wenn sich diese Länder wieder von selbst fangen sollten, wären inzwischen erhebliche Schäden für die Weltwirtschaft kaum zu vermeiden.

17. Einige bescheidene Maßnahmen sind bereits ergriffen worden. So wurde eine sogenannte Ölfazilität beim Internationalen Währungsfonds eingerichtet, zu der eine Reihe von OPEC-Ländern sowie auch Kanada beigetragen haben. Der Betrag beläuft sich bisher auf 2,8 Mrd $. Die Mittel sind zwar vor allem für Entwicklungsländer gedacht, wurden aber auch von Italien in Anspruch genommen. Die Schuld gegenüber den Kreditgebern lautet auf Sonderziehungsrechte, was diesen eine gewisse Wertgarantie sichert (Ziffer 25); sie wird nach höchstens sieben Jahren zurückgezahlt. Die Kreditnehmer müssen sich hinsichtlich ihrer Wirtschaftspolitik Auflagen gefallen lassen. Eine weitere Ölfazilität des Währungsfonds ist geplant, für die zu Marktkonditionen weit höhere Beträge beschafft werden sollen.

Die Europäische Gemeinschaft hat eine Anleihe bis zu einem Gesamtbetrag von 3 Mrd $ beschlossen, die — ebenfalls unter Auflagen — zugunsten von Mitgliedsländern mit ölpreisbedingten Zahlungsbilanzdefiziten aufgenommen werden soll (Ziffer 34).

18. Was bisher schon an Recycling durch gemeinschaftliche Aktionen als gesichert gelten kann, reicht bei weitem nicht aus. Schwierigkeiten bereitet die Frage der Haftung. Während es die Ölländer am liebsten sähen, wenn sich unter den gemeinschaftlich Haftenden stets die Vereinigten Staaten und die Bundesrepublik befänden, was diese Länder freilich nicht akzeptieren können, wollen die Industrieländer die Haftung auf eine möglichst breite Basis stellen und die Ölländer selbst in die Haftung mit einbeziehen.

19. Wichtiger ist, wie gewährleistet werden soll, daß die Haftung nicht erst in Anspruch genommen werden muß, die Kreditnehmer also zu geordneten Verhältnissen zurückfinden und ihre Schulden später zurückzahlen können. Die einzige Möglichkeit dies zu erreichen, ist, der Geld- und Finanzpolitik strenge und detaillierte Auflagen zu machen. Dadurch können die Regierungen gestärkt werden, sich dem inflatorischen Druck im Innern wirksam zu widersetzen.

20. Nur wenn das Problem des Recycling auf eine Weise gelöst wird, die die aus der Balance geratenen Länder zur Stabilisierung und damit auch zur Beseitigung ihrer außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte zwingt, ihnen aber auch den Atem läßt, dies ohne Belastungen durchzustehen, die bis an den Rand des wirtschaftlichen Zusammenbruchs führen mögen, wird es möglich sein, auch die längerfristigen Probleme zu lösen, die die Verteuerung des Erdöls den Verbraucherländern aufgegeben hat. Den Entwicklungsländern, die nicht über Ölvorkommen oder andere Rohstoffe verfügen, muß verstärkt durch

günstige Kredite und Zuschüsse von den Industrieländern und vor allem von den Ölländern geholfen werden, sollen sie nicht durch die Ölverteuerung in ihrer Entwicklung weit zurückgeworfen werden.

III. Vertagte Weltwährungsreform

21. Die Bemühungen um eine Reform der Weltwährungsordnung auf der Basis „fester, aber anpassungsfähiger Paritäten", die sich bereits in einer auf der Weltwährungskonferenz im September 1973 vorgelegten „Ersten Rohskizze einer Reform" niedergeschlagen hatten (JG 73 Ziffern 451 ff.), sind von den Ereignissen im Zusammenhang mit der Ölkrise überrollt worden. Niemand sah mehr eine Möglichkeit, in greifbarer Zukunft zu festeren Wechselkursrelationen zurückzukehren. Frankreich, seit langem ein Verfechter von Wechselkursbindungen, schied sogar aus dem Block jener Länder aus, die ihre Währungen nur im Verbund gegenüber denen der restlichen Welt floaten ließen.

Für ein allgemeines Urteil über flexible Wechselkurse im Lichte der Erfahrungen ist es noch zu früh. Zu viele Faktoren waren im Spiel, die das Ergebnis beeinflussen mußten. Als das System von Bretton Woods endgültig zusammenbrach und flexible Kurse an seine Stelle traten, waren viele Länder weit von einem außenwirtschaftlichen Gleichgewicht entfernt, weil sie zuvor, dem System gemäß, immer wieder Aufwertungsbedarf oder Abwertungsbedarf sich zu lange hatten aufstauen lassen.

22. Für Länder, die die Inflation schon vorher nicht bannen konnten, fiel jetzt die letzte Schranke, nämlich die drohende internationale Zahlungsunfähigkeit, die sie noch davor bewahrt hatte, dem inflatorischen Druck von innen voll nachzugeben. Einige dieser Länder machen einen Prozeß der Inflationsbeschleunigung durch, von dem man nicht weiß, wann und bei welchem Wechselkurs er ernsthaft und erfolgreich bekämpft werden wird.

Länder, deren Währungen am Markt abgewertet wurden, machten zudem die Erfahrung, daß die Mengenreaktionen auf Wechselkursänderungen ihnen keine Verbesserung der Leistungsbilanz bescherten. Umgekehrt zeigte sich bei Aufwertungsländern, daß sich der Außenbeitrag eher erhöhte.

Aufwertungsländer mußten lernen, daß sie sich nicht ohne Gefahren für die Binnenwirtschaft ganz von der Inflation im Ausland, zumal wenn sich diese beschleunigt, abhängen können. Zudem ist der internationale Konjunkturverbund allenfalls abgeschwächt, nicht jedoch unterbrochen.

Langfristige Wechselkurserwartungen haben sich, zum Teil aus den schon genannten Gründen, nicht (vermutlich noch nicht) stabilisiert. Das hatte auch kurzfristige Kursbewegungen zur Folge, die sich — wegen mangelnder Anhaltspunkte für die langfristige Entwicklung — zeitweilig selbst verstärkten, bevor sie zum Stillstand kamen oder wieder umschlugen.

Das alles spricht nicht nachträglich etwa gegen den Übergang zu flexiblen Wechselkursen, und zwar nicht nur weil es im alten Weltwährungssystem hätte weit schlimmer kommen können, sondern auch und vor allem, weil erst erprobt werden muß, ob bei Fortbestand der Flexibilität die Einsicht an Boden gewinnen wird, daß in jedem einzelnen Land eine konsequente Stabilisierungspolitik notwendig, ja unumgänglich ist, sollen die Vorzüge der internationalen Arbeitsteilung weiter genutzt werden. Wenn dem so ist, werden sich auch die langfristigen Kurserwartungen stabilisieren und die Hektik kurzfristiger Kursausschläge sich zurückbilden.

Als Bewährung flexibler Wechselkurse kann man nehmen, daß der Welthandel trotz der Kursschwankungen sich kräftig ausgeweitet, neuer Protektionismus sich in Grenzen gehalten hat und daß der Kapitalverkehr sogar weitgehend von seinen Fesseln befreit worden ist.

23. Die Ölkrise hat bewirkt, daß die erwähnte Rohskizze zur Weltwährungsreform vorläufig ad acta gelegt wurde. Es war offensichtlich, daß die Flexibilität der Wechselkurse die Wirkungen der Ölkrise zumindest im Verhältnis der Industrieländer untereinander zunächst abgemildert hat.

Der „Zwanzigerausschuß", der die Rohskizze vorbereitet hatte, ging jedoch nicht auseinander, ohne ein Paket von „Sofortmaßnahmen" verabschiedet zu haben, das neben der bereits erwähnten Ölfazilität (Ziffer 17) noch „Richtlinien für die Handhabung schwankender Wechselkurse" und eine neue Bewertung der Sonderziehungsrechte für eine Übergangszeit nach dem „Standardkorbsystem" enthält.

24. Die Richtlinien für die Handhabung schwankender Wechselkurse sollten dem Umstand Rechnung tragen, daß sich stetige Wechselkurserwartungen noch nicht herausgebildet hatten und deshalb die erheblichen Kursausschläge auf den Kassamärkten noch keinen rechten Kontakt zu den Veränderungen der Bedingungen auf den Güter- und Kreditmärkten in der Welt gewonnen haben konnten. Viele Zentralbanken waren daher dazu übergegangen, den Wechselkurs ihrer Währungen durch Interventionen zu manipulieren. Dies schien zwar unumgänglich, ist aber auch gefährlich. Die vom Internationalen Währungsfonds beschlossenen Richtlinien erkennen an, daß es, wie es im Jahresbericht des Fonds für 1974 heißt, „wünschenswert sein kann, (a) sehr kurzfristige Schwankungen der Marktkurse auszugleichen, (b) etwas längerfristig betrachtet den Markttendenzen ein gewisses Maß an Widerstand entgegenzusetzen, besonders wenn sie zu unangemessen raschen Kursbewegungen führen, (und) (c) soweit möglich eine vernünftige Schätzung der mittelfristigen Norm für den Wechselkurs eines Landes aufzustellen, um Bewegungen der Marktkurse, die wesentlich von dieser Norm abweichen, entgegenzuwirken".

Die Glättung kurzfristiger Zufallsschwankungen wird wohl kaum von jemandem für problematisch gehalten. Schwieriger zu beurteilen ist die Richtlinie, nach der ein Land intervenieren darf, um den Wech-

selkurs seiner Währung in eine „Ziel-Kurszone" zu steuern, denn dies setzt eine Einschätzung dessen voraus, welchen Grad an Stabilität das jeweilige Land selbst, aber auch seine Partner im Handel und Kapitalverkehr mittelfristig zu erreichen vermögen. Denn wenn dies viele Länder tun, dabei aber ihre Lage und die der übrigen Länder unterschiedlich beurteilen, entstehen Konflikte, die sich in gegenläufigen Interventionen äußern. Das müßte vermieden werden. Trotzdem dürfte der, möglicherweise abgestimmte Versuch einzelner Länder, die Erwartungen hinsichtlich der Entwicklung des Wechselkurses ihrer Währungen, etwa durch Interventionen am Devisenterminmarkt, zu stabilisieren, nützlich sein. Die Empfehlung des Fonds, sich den Marktkräften nicht zu stark zu widersetzen, mahnt allerdings auch zu Recht, bei solchen Versuchen Vorsicht walten zu lassen. Im Interesse der Weltwirtschaft liegt auch die Richtlinie, weder aggressiv aufzuwerten, noch aggressiv abzuwerten, es sei denn, die Devisenbestände seien gegenüber den von den einzelnen Ländern anzukündigenden Zielgrößen wesentlich zu hoch oder erheblich zu niedrig.

Man wird mit den Richtlinien, und so sind sie auch gedacht, zunächst eine Weile vorsichtig experimentieren müssen. Es wäre allen damit gedient, wenn dabei die Manipulation der Wechselkurse in erträglichen Grenzen bliebe. Allzu oft könnte es sonst passieren, daß der Devisenmarkt Korrekturen des angesteuerten Wechselkurses erzwänge und damit das Gegenteil einer Stabilisierung von Wechselkurserwartungen bewirkte, die man sich gerade von dem Eingriff der Notenbanken in diese Märkte verspricht.

25. Der Wert der Sonderziehungsrechte wird seit dem 1. Juli 1974 nicht mehr durch den Leitkurs des US-Dollars, sondern durch einen „Standardkorb" der sechzehn für den internationalen Handel wichtigsten Währungen bestimmt [1]). Täglich kann nun der Wert eines Sonderziehungsrechtes in jeder beliebigen Währung über die Devisenkassakurse berechnet werden. Mit dieser Neubewertung könnte das Sonderziehungsrecht ein bevorzugter Maßstab zur Festlegung des Wertes von Schuldversprechen werden, jedenfalls für jene Gläubiger, die befürchten, daß infolge unvorhergesehener Abwertung der Kontraktwährung ihre Forderungen stark an Wert einbüßen. Werden die Sonderziehungsrechte zur Bewertung von Schulden vereinbart, dann kann die Forderung nur im Verhältnis des gewogenen Durchschnitts der Inflationsraten aller jener Länder an Wert verlieren, deren Währungen im Standardkorb enthalten sind. Auf diese Weise wurde den Ölländern bei der Einrichtung der Ölfazilität beim Fonds eine gewisse Wertgarantie für die Anlage ihres Geldes gewährt.

Zugleich mit der Neubewertung der Sonderziehungsrechte wurde deren Zinssatz heraufgesetzt, und zwar zunächst auf 5 %. Er wird ab 1975 dem gewogenen Durchschnitt der kurzfristigen Marktzinssätze in den Vereinigten Staaten, Deutschland, Großbritannien, Frankreich und Japan angepaßt. Damit soll erreicht werden, daß Sonderziehungsrechte im Vergleich zu anderen Währungsreserven an Attraktivität gewinnen, allerdings auch wieder nicht in solchem Maße, daß sie in den Horten der Notenbanken verschwinden.

26. Mit der Herausgabe von Richtlinien für die Handhabung schwankender Wechselkurse und mit der flexiblen Bewertung der Sonderziehungsrechte wurde für das gegenwärtige Währungssystem des manipulierten oder kontrollierten Floating das zunächst Notwendige getan. Die geplante Weltwährungsreform ist freilich vertagt. Ob die Welt sich auf lange Sicht veranlaßt sehen wird, doch wieder ein System der stärkeren gegenseitigen Bindung mit dem Zwang zu stabilitätspolitischer Disziplin zu suchen, oder ob sich die einzelnen Länder zu dem Maß an innerer Disziplin werden durchringen können, das auch dann notwendig ist, wenn sich die Wechselkurse frei bewegen, bleibt eine offene Frage.

---

[1]) Der „Korb" enthält

0,40	US-Dollar
0,38	D-Mark,
0,045	Pfund Sterling,
0,44	französische Franken,
26	japanische Yen,
0,071	kanadische Dollar,
47	italienische Lira,
0,14	holländische Gulden,
1,6	belgische Franken,
0,13	schwedische Kronen,
0,012	australische Dollar,
0,11	dänische Kronen,
0,099	norwegische Kronen,
1,1	spanische Peseten,
0,22	österreichische Schilling,
0,0082	südafrikanische Rand.

Tabelle 2

Wirtschaftspolitisch wichtige Ereignisse im Ausland

Datum	
	Internationale Ereignisse
1973	
17. Oktober	Zehn arabische Ölförderländer kommen überein, die Ölförderung monatlich um mindestens 5 vH zu drosseln. Algerien und Saudi-Arabien kündigen noch stärkere Kürzungen an: Im November soll die Förderung um 25 vH unter der von September 1973 liegen, im Dezember um 30 vH.
Ende Dezember	Die Ölländer kündigen drastische Preiserhöhungen an, die am 1. Januar 1974 in Kraft treten. Um dem Bedarf der sogenannten „befreundeten" Länder entgegenzukommen, können diese nunmehr auch mehr Öl erhalten als im September. Die Ölminister der OPEC vereinbaren, die Produktionsdrosselung, die für Januar 1974 vorgesehen war, zu streichen und die Minderförderung auf insgesamt 15 vH zu beschränken.
1974	
11. bis 13. Februar	In Washington beraten die Außenminister von 13 Ölverbraucherländern die Energiesituation. Sie kommen überein, eine Koordinierungsgruppe einzusetzen, die u. a. eine Konferenz von Verbraucher- und Förderländern vorbereiten soll. Allerdings stimmt Frankreich einer solchen Konferenz nicht zu.
13. Juni	Die Zwanzigergruppe schließt die Arbeiten an der Reform des Weltwährungsystems ab und stimmt einem Paket von Sofortmaßnahmen zu, zu dem Vereinbarungen über Floatingregeln, über die Verzinsung und Neubewertung der Sonderziehungsrechte, über die Vermeidung von Handelsbeschränkungen und über eine sogenannte Ölfazilität von 2,8 Mrd SZR gehören.
22. August	Mehrere Ölförderländer kündigen erneut Produktionseinschränkungen an, um Preisrückgängen entgegenzutreten.
Oktober	Die Koordinierungsgruppe der wichtigsten Ölverbraucherländer erzielt Übereinstimmung über ein internationales Energieprogramm; es umfaßt u. a. einen Krisenmechanismus, mit dessen Hilfe künftige Störungen in der Mineralölversorgung gemeinsam bewältigt werden sollen.
	Europäische Gemeinschaften
1973	
4. Dezember	Der Rat nimmt eine Entschließung über Maßnahmen zur Inflationsbekämpfung und zur Wahrung eines hohen Beschäftigungsstandes an.
1974	
1. Januar	Die Zölle zwischen den sechs ursprünglichen und den drei neuen Mitgliedern der Gemeinschaft werden um weitere 20 vH gesenkt.
18. Februar	Der Rat verabschiedet eine Entscheidung zur Erreichung eines hohen Grades an Konvergenz der Wirtschaftspolitik der Mitgliedsländer, eine Richtlinie über die Stabilität, das Wachstum und die Vollbeschäftigung in der Gemeinschaft sowie eine Entschließung über den kurzfristigen Währungsbeistand. Außerdem wird beschlossen, einen Ausschuß für Wirtschaftspolitik einzusetzen.
23. März	Der Rat legt die Agrarpreise für das Wirtschaftsjahr 1974/75 fest; vorgesehen sind Preiserhöhungen von durchschnittlich 8½ vH.
Ende April	Die Finanzminister der Gemeinschaft kommen nach Konsultationen mit den Vereinigten Staaten im Grundsatz überein, die Goldreserven zu mobilisieren.
16. Juli	Die Einfuhr von Rindfleisch aus Drittländern wird angesichts des großen Rindfleischangebots zunächst bis Ende Oktober 1974 verboten.

noch Tabelle 2

Datum	
1974	
19. August	Um die Versorgung der Gemeinschaft mit Getreide sicherzustellen, wird die Differenz zwischen dem Preis in der Gemeinschaft und dem höheren Weltmarktpreis durch Erhöhung der Exportabgaben ausgeglichen.
2. Oktober	Nach langwierigen Verhandlungen werden auf einer Sondersitzung des Rates die EG-Agrarpreise ab 7. Oktober um 5 vH erhöht.
	Belgien
1973	
November—Dezember	Die Regierung wird ermächtigt, die Ölraffinerien und den Ölhandel bei Bedarf zu zwingen, ihre Vorräte zum Verkauf anzubieten. Außerdem werden eine Geschwindigkeitsbegrenzung und ein Sonntagsfahrverbot erlassen; die Straßenbeleuchtung und die Beheizung öffentlicher Gebäude werden ebenfalls eingeschränkt.
26. Dezember	Um den Kapitalimport zu fördern, wird mit Wirkung vom 1. Januar 1974 der Strafzins von 0,25 % pro Woche, mit dem bisher der Einlagenzuwachs auf Ausländerkonten belegt wurde, aufgehoben. Weitere Erleichterungen folgen am 1. Februar 1974.
1974	
29. März	Die Strafmindestreserven, die Banken bei Überschreiten des Kreditplafonds von 14,4 vH entrichten müssen, werden drastisch erhöht.
2. Juli	Die Nationalbank erhöht den Kreditplafonds für die Regierung von 16 auf 21 Mrd Belgische Franken.
4. Juli	Die bisher nur freiwilligen Mindestreserven werden in Pflichtmindestreserven umgewandelt. Ein großer Teil davon kann in verzinslichen Staatspapieren gehalten werden.
18. Juli	Das Parlament verabschiedet ein Bündel von Stabilisierungsmaßnahmen. Unter anderem soll durch steuerliche Begünstigung von Zinseinkünften das Sparen angeregt werden.
2. August	Arbeitskräfte aus Ländern, die nicht der Gemeinschaft angehören, dürfen nicht mehr angeworben werden.
	Dänemark
1973	
November	Um Energie zu sparen, werden u. a. die zulässige Höchstgeschwindigkeit herabgesetzt, ein Sonntagsfahrverbot erlassen und die Öllieferungen an Haushalte und gewerbliche Wirtschaft um rund ein Viertel gekürzt.
28. November	Ausländische Arbeitskräfte aus Ländern außerhalb der Gemeinschaft erhalten keine Arbeitsgenehmigung mehr.
1974	
2. Januar	Die Preise, außer für Rohstoffe und andere Importgüter, werden bis zum 24. Februar eingefroren.
Februar	Zur Verringerung des Kostenauftriebs beschließt das Parlament, allen Unternehmen mit Ausnahme der Banken und Versicherungen Subventionen zu gewähren.
April	Durch ein Zwangssparsystem muß ab September 1974 ein Teil der Einkommensbezieher zwischen 4 vH und 9 vH seines Einkommens bei einer Bank einzahlen; dadurch sollen 1 Mrd Kronen bei der Notenbank stillgelegt werden.
8. Mai	Die Zulassungsgebühr für Neuwagen wird bis zum Jahresende um 50 vH erhöht. Gleichzeitig werden einige Steuern, darunter die Kraftfahrzeugsteuer, um bis zu 50 vH heraufgesetzt. Die Regierung kündigt aber für den 1. Januar 1975 Steuererleichterungen für untere und mittlere Einkommensgruppen an.
15. August	Wegen zunehmender Unterbeschäftigung im Baugewerbe hebt die Regierung das Verbot kommunaler Bauprojekte auf.
20. August	Der Plafonds für die Kreditexpansion der Banken wird um 3 vH erhöht.

noch Tabelle 2

Datum	
	Frankreich
1973	
30. November	Maßnahmen zur Energieeinsparung werden angekündigt, darunter Geschwindigkeitsbegrenzungen, ein Verbot von Motorsportveranstaltungen und Beschränkungen des Luftverkehrs.
5. Dezember	Die Regierung beschließt ein Programm zur Inflationsbekämpfung. Unter anderem werden die Steuervorauszahlungen zeitlich vorgezogen und erhöht.
1974	
15. Januar	Die Bank von Frankreich erhöht den Mindestreservesatz für Sichteinlagen von 14 vH auf 16 vH und für Termineinlagen von 5 vH auf 7 vH. Guthaben von Gebietsfremden sind nicht mehr reservepflichtig.
19. Januar	Frankreich schert aus dem Floating-Block aus; gleichzeitig werden die Devisenkontrollen verschärft.
7. März	Zur Exportförderung werden Kreditbeschränkungen gelockert.
8. März	Die Regierung kündigt Maßnahmen zur Einsparung von Energie an. Vorgesehen sind auch öffentliche Investitionen auf dem Gebiet der Kernenergie.
21. März	Die Spaltung des Devisenmarktes wird aufgehoben.
12. Juni	In einem Antiinflationsprogramm sind eine Anhebung der Körperschaftsteuer um 18 vH und, zum Teil rückzahlbar, der Einkommensteuer auf mittlere und höhere Einkommen um bis zu 20 vH vorgesehen.
4. Juli	Der Zustrom ausländischer Arbeitskräfte aus Ländern außerhalb der Gemeinschaft wird vorübergehend unterbunden.
19. Juli	Zum Schutz der Landwirtschaft werden eine Anhebung der heimischen Preise und verschiedene Subventionen angekündigt.
	Großbritannien
1973	
13. November	Die Regierung ruft den nationalen Notstand aus. Die Energiesituation ist wegen des Streiks der Bergarbeiter stark angespannt.
19. November	Eine zehnprozentige Kürzung der Heizölauslieferungen wird verfügt.
Dezember	Weitere drastische Energiesparmaßnahmen werden eingeführt. Die Stromabgabe an Betriebe wird auf drei aufeinanderfolgende Wochentage beschränkt.
17. Dezember	Die Bank von England führt ein neues Instrument ein, das verhindern soll, daß Kreditinstitute ihre verzinslichen Einlagen über ein jeweils festgesetztes Maß hinaus ausweiten. Gleichzeitig werden die Konsumentenkredite verteuert.
1974	
11. März	Nach Beilegung des Bergarbeiterstreiks wird die Dreitagewoche abgeschafft.
15. März	Das Schatzamt erneuert sein Angebot, für Sterling-Reserven ausländischer Notenbanken eine Wechselkursgarantie zu geben.
26. März	Die neue Regierung legt den Haushaltsplan für 1974/75 vor. Darin ist u. a. vorgesehen, die Steuersätze bei der Einkommensteuer, der Vermögensteuer und der Körperschaftsteuer zu erhöhen sowie die Devisenkontrollen zu verschärfen.
	Die Swap-Linien mit dem Federal Reserve System der Vereinigten Staaten werden um 1 Mrd Dollar auf 3 Mrd Dollar erhöht.
29. Juli	Der allgemeine Mehrwertsteuersatz wird von 10 vH auf 8 vH herabgesetzt.
6. August	Die Regierung kündigt wertgesicherte Sparmöglichkeiten für Kleinsparer an.
12. November	Angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Lage wird ein neues Budget vorgelegt. Für die Unternehmen werden Abschreibungserleichterungen und gelockerte Preisvorschriften angekündigt. Der Mehrwertsteuersatz auf Benzin wird von 8 vH auf 25 vH erhöht. Weitere Maßnahmen zugunsten der unteren Lohngruppen und zu Lasten der besser verdienenden Schichten sind angekündigt.

noch Tabelle 2

Datum	
	Italien
1973	
22. November	Ein Bündel von Energiesparmaßnahmen umfaßt u. a. ein Sonntagsfahrverbot, eine Höchstgeschwindigkeit, frühere Ladenschlußzeiten und Benzin- und Heizölpreiserhöhungen.
1974	
1. Januar	Die Reform der direkten Steuern tritt in Kraft.
30. Januar	Ein internationales Bankenkonsortium gewährt einer staatlich kontrollierten Bank ein Darlehen von 600 Mio Dollar auf 10½ Jahre. Am 26. Februar erhält eine weitere derartige Bank ein Darlehen von 1,2 Mrd Dollar.
8. März	Um die Kapitalflucht einzudämmen, dürfen Gebietsansässige und Gebietsfremde bei Reisen von und nach Italien höchstens 20 000 Lit, ab 6. Mai 35 000 Lit mit sich führen.
22. März	Die Spaltung des Devisenmarktes wird aufgehoben.
Ende März	Um einen Kredit in Höhe von 1 Mrd SZR zu erhalten, gibt die italienische Regierung gegenüber dem IWF eine Absichtserklärung ab; sie will insbesondere anstreben, das nichtölbedingte Leistungsbilanzdefizit bis Ende 1975 zu beseitigen.
30. April	Für 40 vH der Wareneinfuhr wird ein Bardepot eingeführt. Ausgenommen sind Rohstoffe und die meisten Investitionsgüter. Auf die Dauer von sechs Monaten sind 50 vH des Importwertes zinslos bei der Zentralbank zu hinterlegen. Am 8. Mai genehmigt die Kommission der Europäischen Gemeinschaft diese Maßnahme unter bestimmten Bedingungen.
Anfang Mai	Handelskredite, die ausländische Lieferanten den Importeuren gewähren, dürfen von italienischen Banken nicht mehr garantiert werden.
6. Juli	Die Regierung kündigt Maßnahmen zur Inflationsbekämpfung an, darunter Erhöhungen der Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer sowie die Anhebung von Mehrwertsteuersätzen, beispielsweise bei Fleisch von 6 vH auf 18 vH.
23. Juli	Gemäß einer Übereinkunft der Landwirtschaftsminister der Gemeinschaft hebt Italien das Impordepot für die meisten Agrarerzeugnisse auf; bei Fleisch wird der Depotsatz auf 25 vH gesenkt.
31. August	Die Bundesrepublik gewährt Italien einen Währungskredit von 2 Mrd Dollar. Seine Laufzeit beträgt maximal 2 Jahre; als Sicherheit setzt Italien einen Teil seines Währungsgoldes, bewertet zu 120 Dollar je Unze, ein.
23. Oktober	Das Importdepot wird, von bestimmten Genußmitteln abgesehen, vollends aufgehoben.
	Niederlande
1973	
November—Dezember	Angesichts des Lieferboykotts durch die Ölförderländer werden Maßnahmen zur Energieeinsparung getroffen, darunter ein Sonntagsfahrverbot, eine Benzinpreiserhöhung und die Rationierung von Benzin.
21. Dezember	Die Anwerbung zusätzlicher Arbeitskräfte aus Ländern außerhalb der Gemeinschaft wird begrenzt.
1974	
1. Februar	Die Regelungen zur Abwehr von Kapitalimporten werden aufgehoben.
20. März	Die Regierung verkündet ein Programm zur Konjunkturbelebung; vorgesehen sind eine Erhöhung der Staatsausgaben um 600 Mio hfl und, um den Konsum anzuregen, eine Senkung der Steuern auf niedrigere Einkommen.
10. Juli	Die Ölförderländer heben den Lieferboykott auf.
14. August	Ein Programm zugunsten der Landwirtschaft wird angekündigt, in dem unter anderem Subventionen zum Ausgleich der hohen Energiekosten vorgesehen sind.

noch Tabelle 2

Datum	
	Japan
1973	
6. November	Die Beschränkungen der Kapitaleinfuhr werden abgebaut.
1. Dezember	Die Industrie muß Kürzungen ihrer Versorgung mit Öl und Strom um 10 vH hinnehmen; am 22. Dezember werden weitere Kürzungen angekündigt.
1974	
1. Januar	Die zulässige Ausweitung der Bankkredite im ersten Vierteljahr 1974 wird gegenüber dem Vorjahr um mehr als 30 vH verringert.
7. Januar	Japanischen Firmen wird nahegelegt, ihre Direktinvestitionen im Ausland zu beschränken. Davon ausgenommen bleiben die Bereiche Rohstoff und Energie.
30. März	Auf die Dauer von zwei Jahren werden die Gewinne von Körperschaften soweit sie 500 Mio Yen übersteigen, mit einer Sonderabgabe in Höhe von 10 vH belegt.
	Vereinigte Staaten
1973	
November—Dezember	Zur Energieeinsparung werden die Höchstgeschwindigkeit herabgesetzt, die Tankstellen an Sonntagen geschlossen, die Heizöllieferungen gekürzt und die Zahl der Inlandsflüge verringert.
1974	
29. Januar	Angesichts der verbesserten Zahlungsbilanzsituation wird der Kapitalexport wieder liberalisiert; unter anderem wird die Zinsausgleichsteuer faktisch aufgehoben.
30. April	Die Lohn- und Preiskontrollen laufen aus; nur Mineralölprodukte sind noch einer Kontrolle unterworfen.
10. Mai	Um den Wohnungsbau anzuregen, verkündet die Regierung ein Programm, das Subventionen in Höhe von 10,3 Mrd Dollar vorsieht.
8. Oktober	Das vom Präsidenten angekündigte Wirtschaftsprogramm umfaßt u. a. Maßnahmen zugunsten des Wohnungsbaus, die Erhöhung der Investitionsprämie für Investitionen von 7 vH auf 10 vH, die Senkung der Steuer auf niedrige Einkommen sowie die Ausweitung der Arbeitslosenunterstützung. Vorgesehen sind Haushaltskürzungen und eine Sondersteuer auf Gewinne und höhere Einkommen.

ZWEITES KAPITEL:

Die Konjunkturlage

TEIL A:

Die Konjunktur in der Europäischen Gemeinschaft

27. Die Anpassungsprobleme, die es 1974 in allen ölimportierenden Ländern zu meistern galt, stellten sich auch für die Länder der Europäischen Gemeinschaft. Sie sind derzeit zu 60 vH ihrer Energieversorgung vom Öl abhängig, ohne selbst nennenswerte Rohölquellen zu besitzen. Die Krise traf die Gemeinschaft in einer schlechten Verfassung. Belastet schon seit Jahren mit Inflationsproblemen und mit Zahlungsbilanzungleichgewichten, zudem völlig ohne Übung in solidarischem Verhalten im Angesicht einer Krise, konnte sie als Ganzes nicht so reagieren, wie es der Herausforderung entsprochen hätte. Daß sich zugleich die weltweiten Expansionskräfte abschwächten, erschwerte die Lösung der vielfältigen und neuartigen Aufgaben. Zudem waren die Arbeitnehmer weniger denn je bereit, auf einen Erfolg der Stabilisierungspolitik zu setzen. Außerordentlich starke Lohnerhöhungen verschärften allenthalben die inflatorischen Impulse. Die währungspolitischen Bedingungen, die 1973 geschaffen worden waren, sowie der Austritt Frankreichs aus dem Floating-Block gaben zwar viel Raum für national unterschiedliche Bemühungen, darunter auch energische, der Probleme Herr zu werden, doch manche der beklagenswerten Entwicklungen in einzelnen Ländern hätten möglicherweise vermieden werden können, wenn die Gemeinschaft als Ganzes handlungsfähig gewesen wäre.

I. Erdölkrise verschärft die Probleme der Gemeinschaft

28. Bereits in den Vorjahren war die wirtschaftliche Entwicklung in vielen Gemeinschaftsländern bedrohlich aus dem Gleichgewicht geraten. Besonders das Stabilitätsziel wurde zunehmend als unerreichbar betrachtet. Vor allem durch Preis- und Lohnkontrollen versuchte man, ärgste Auswüchse zu vermeiden und durch Indexklauseln soziale Härten zu mildern. Eine durchgreifend restriktive Politik wurde wegen der befürchteten Beschäftigungsprobleme meist nicht gewagt. Darin drückt sich auch der Vorrang aus, den man in vielen Ländern der Gemeinschaft dem Wachstumsziel gab. Die Einsicht, daß Wachstum auf längere Sicht durch Preisstabilität nicht behindert, sondern vielmehr begünstigt wird, hat sich noch nicht durchgesetzt. Vorwiegend als Folge der inflatorisch aufgeblähten Ansprüche waren die Leistungsbilanzsalden einiger Partnerländer schon 1973 zunehmend ins Defizit geraten. Da das heimische Angebot vielfach überfordert war, mußte die Nachfrage verstärkt aus dem Ausland befriedigt werden.

29. Die Gemeinschaft wurde durch die Ölkrise um so härter getroffen, als sie auf eine solche Situation nicht vorbereitet war: Seit Jahren fehlte ihr ein verbindliches energiepolitisches Konzept, obwohl es nicht an Initiativen der Kommission gemangelt hatte. Jedes Land suchte daher nach eigenen Auswegen.

Frankreich und Großbritannien voran, waren die meisten europäischen Staaten bemüht, ihre eigene Ölversorgung in zweiseitigen Verhandlungen mit den Ölproduzenten zu sichern. Zum Teil weigerten sie sich, den durch ein arabisches Embargo bedrängten Niederlanden mit Öl auszuhelfen.

So unterschiedlich das Vorgehen zur Sicherung des eigenen Ölbedarfs war, so verschieden waren die Anstrengungen der EG-Länder, mit der Knappheit an Energie fertig zu werden. Während die einen versuchten, den Mineralölverbrauch durch Rationierungen an das knappe Angebot anzupassen und auch zu Preiskontrollen Zuflucht nahmen, setzten die anderen auf das Wirken des Marktes. Es erwies sich, daß unabhängig von den politischen Absichten der Erdölproduzenten die Versorgungsengpässe in jenen Ländern am geringsten waren, in denen sich die Preise frei von staatlichen Eingriffen bilden konnten.

30. Es mag dahingestellt bleiben, ob bei gemeinschaftlichem Vorgehen gegenüber dem Kartell der Förderländer für die Ölversorgung der Menge wie dem Preise nach viel gewonnen gewesen wäre. Was schwerer wog, war die Erkenntnis, daß auf gemeinschaftliches Handeln nicht zu rechnen war. Jedes Land war auf sich allein gestellt und versuchte daher auf seine Weise, sich zunehmender außenwirtschaftlicher Ungleichgewichte und eines Ausuferns der Geldentwertung zu erwehren. Nicht alle waren indes gleich fähig, die Last der Stabilisierung ohne die Solidarhilfe der Gemeinschaft zu tragen. Dies verschärfte die Zahlungsbilanz- und Inflationsprobleme.

31. Die Art und Weise, wie die Länder sich den außenwirtschaftlichen Problemen stellten, hing nicht zuletzt von dem eigenen Urteil über die als durch-

setzbar angesehene Stabilisierungspolitik ab. Je geringer der Spielraum veranschlagt wurde, um so zaghafter waren die Maßnahmen, die Leistungsbilanz zu verbessern. Wurde der Spielraum dagegen als vergleichsweise groß eingeschätzt, so wurde er — wie insbesondere in der Bundesrepublik — zu einer entschlossenen monetären Restriktionspolitik genutzt. Indessen gingen dort trotz flexibler Wechselkurse die Leistungsbilanzüberschüsse nicht zurück, sondern vergrößerten sich eher noch, wodurch sich wiederum die außenwirtschaftlichen Probleme unserer Partnerländer verschärften.

32. Dadurch, daß sich das Verhältnis von Ausfuhrpreisen zu Einfuhrpreisen (Terms of Trade) drastisch verschlechterte, vergrößerten sich die außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte 1974 so rasch und so stark, daß der Zusammenhalt der Gemeinschaft zeitweise gefährdet schien. Die drei Länder mit den größten Defiziten, Großbritannien, Italien und Frankreich wiesen negative Leistungsbilanzsalden von 8,8 Mrd $, 8,5 Mrd $ und 7 Mrd $ auf; zusammengenommen dürfte aus dem Überschuß der Gemeinschaft von rund 1 Mrd $ im Jahre 1973 ein Defizit von 20 Mrd $ für 1974 geworden sein. Das Defizit wäre noch beträchtlich höher ausgefallen, hätten nicht die Bundesrepublik und die Niederlande auch gegenüber Drittländern erhebliche Überschüsse erzielt.

33. Von den Defizitländern setzte Italien die Gemeinschaft der härtesten Belastungsprobe aus. Gegen den Grundsatz des freien Warenverkehrs innerhalb der Gemeinschaft verstoßend, versuchte es Anfang Mai 1974, den bedrohlichen Anstieg seines Handelsbilanzdefizits dadurch einzudämmen, daß es Importeure „nicht lebensnotwendiger" Güter verpflichtete, 50 vH des Einfuhrwertes für sechs Monate zinslos bei der Notenbank zu hinterlegen. Allerdings zeigte sich bald, daß diese Maßnahme, da sie die Importe verteuerte, zunächst die Inflation beschleunigte. Das Drängen der Partner veranlaßte Italien, die Einfuhrerschwernis im Sommer teilweise wieder zu lockern.

Frankreich suchte unter dem Druck seines anschwellenden Leistungsbilanzdefizits währungspolitisch freie Hand zu bekommen und erklärte seinen Austritt aus dem Floating-Block. Es wollte offenbar nicht noch einmal, wie im Herbst 1973, einen großen Teil seiner Devisenreserven verlieren und war wohl auch nicht bereit, sich gegenüber den Blockpartnern in dem Ausmaß zu verschulden, wie es der Währungsverbund erzwungen hätte. Im übrigen mag man auch darauf gesetzt haben, daß ein Absinken des Frankenkurses hilfreich sein würde, die Lücke in der Leistungsbilanz zu verkleinern.

Großbritannien konnte seine Defizite lange Zeit hinnehmen, da einige öldevisenreiche Länder, wie die Staaten des Persischen Golfes oder Nigeria, ihre erhöhten Guthaben zunächst vorwiegend britischen Banken anvertrauten. Erleichtert wurde ihnen dies durch Wechselkursgarantien.

Dänemark sah sich seit Beginn des Jahres 1974 ebenfalls einem rasch zunehmenden Leistungsbilanzdefizit gegenüber. Zwar hatte es bereits seit mehr als einem Jahrzehnt seine Wachstumspolitik durch Verschuldung im Ausland finanziert; im Gefolge der Ölkrise — inzwischen deckt Öl rund 93 vH des dänischen Energiebedarfs — war aber 1974 mit einem Anstieg des Defizits auf das Dreifache des vorjährigen Umfangs von 1,3 Mrd DM zu rechnen. Mitte Mai 1974 sah sich deshalb die dänische Regierung veranlaßt, Verbrauchsteuern auf Waren, die vorwiegend aus dem Ausland bezogen werden, drastisch heraufzusetzen. In seiner Wirkung kam das einer Zollerhöhung gleich, welche die Einfuhren aus den Gemeinschaftsländern ebenso traf wie diejenigen aus dem übrigen Ausland.

34. Innergemeinschaftliche Hilfsaktionen zugunsten der Defizitländer setzten erst im Herbst 1974 ein, als die einzelstaatlichen Versuche zur Beseitigung der Ungleichgewichte nicht mehr weiterhalfen. Zwar wurde bereits im Dezember 1973 der kurzfristige Währungsbeistand der Zentralbanken von 2,7 Mrd auf 4,2 Mrd Rechnungseinheiten aufgestockt, und im April konnte auf Drängen Frankreichs und Italiens vereinbart werden, daß Gold im Verkehr zwischen den Zentralbanken der Gemeinschaftsländer zu marktnahen Preisen für den Saldenausgleich verwendet werden könne, doch wurde Einigkeit über eine von den europäischen Regierungen garantierte Anleihe bei den Ölförderländern zugunsten notleidender Mitgliedsländer erst im Oktober 1974 erzielt, nachdem die Bundesrepublik an Italien bereits einen auflagenfreien Kredit von 2 Mrd $, allerdings gegen Verpfändung von Währungsgold, gegeben hatte. Die Gemeinschaft ist nunmehr bereit, für Kredite bis zu einem Gesamthöchstbetrag von 3 Mrd $, die jeweils mit einer Laufdauer von mehr als fünf Jahren versehen sein müssen, eine Garantie zu übernehmen, wobei der Bürgschaftsanteil eines einzelnen Landes das Doppelte seiner Quote am kurzfristigen Währungsbeistand der Europäischen Gemeinschaft nicht übersteigen darf, für die Bundesrepublik demnach nicht 44 vH des Gesamtbetrages. Die Weitergabe der Anleiheerträge kann mit wirtschaftspolitischen Auflagen für die Schuldnerländer verbunden werden.

35. Die Ölpreishausse hatte das Niveau der Einfuhrpreise in der Gemeinschaft sprunghaft in die Höhe getrieben. Dadurch dürfte sich das Kostenniveau um 2 vH bis 3 vH erhöht haben.

36. Wo die monetäre Politik, wie in den Defizitländern Italien, Großbritannien und Frankreich, trotz aller Bemühungen wenig restriktiv wirkte, vollzog sich 1974 ein unheilvoller Kreislauf aus Inflation, hohen Lohnabschlüssen, Verfall des Wechselkurses, verteuerten Einfuhren und erneut beschleunigter Inflation. Daß sich in den Ländern des Floating-Blocks nicht ebenfalls ein Prozeß nach solchem Muster vollzog, mag darin begründet sein, daß dort die stabilitätsbewußten Länder dominieren, aber vielleicht auch darin, daß die Zugehörigkeit zu einem Festkurssystem ihrerseits einen spürbaren Zwang zu stabilitätspolitischem Wohlverhalten ausübt.

II. Gedämpfte Konjunktur

37. Die Ölkrise beeinträchtigte das Wirtschaftsgeschehen in der Gemeinschaft nicht nur, indem sie die bereits bestehenden Zahlungsbilanzprobleme und den Geldwertschwund verschärfte, sondern indirekt auch dadurch, daß sie die ohnehin abgeschwächte wirtschaftliche Expansion in der Welt zusätzlich dämpfte.

Weltweit unsicherer Konjunkturverlauf

38. Mit der Erdölverteuerung nahm die konjunkturelle Unsicherheit 1974 in der Welt allenthalben zu. So hielten sich die Investoren mit der Nachfrage nach Ausrüstungsgütern zurück, weil sie ihre künftigen Absatzchancen oft nur schwer abschätzen konnten. Lebhaft war die Investitionsneigung insbesondere dort, wo es aussichtsreich erschien, neue Energiequellen zu erschließen, wo die Nachfrage nach Gütern drängte, die Erdöl oder erdölabhängige Produkte ersetzen, oder dort, wo hohe Deviseneinnahmen aus Erdöl- und Rohstoffverkäufen zu großen Investitionsprogrammen anregten. Auch die Verbraucher waren zurückhaltend: In einigen Ländern stagnierte das verfügbare Realeinkommen oder sank sogar; hinzu kam die Sorge um die Arbeitsplätze.

Die gesamtwirtschaftliche Produktion ging in den Industrieländern der westlichen Welt während des ersten Halbjahres 1974 überwiegend leicht zurück. In der zweiten Jahreshälfte dürfte sie — wenn überhaupt — nur zögernd gestiegen sein (Tabelle 3).

39. Der Welthandel nahm 1974 dem Werte nach mit 45 vH (1973: 37 vH) noch außergewöhnlich stark zu. Zieht man jedoch von dieser Rate den inflationsbedingten Anteil ab, so verbleiben nur rund 6 vH (1973: 14 vH). Als Folge der Ölpreiserhöhungen ergaben sich in diesem Jahr erhebliche Strukturänderungen. Mengenmäßig war der Handel mit Erdöl erstmals rückläufig; die Ausfuhr von Industriegütern in die OPEC-Länder stieg sprunghaft an. Die Zunahme der Exporte in rohstoffarme Entwicklungsländer verlangsamte sich; diese Gruppe von Ländern mußte 1974 von ihren ohnehin knappen Devisen wesentlich mehr für Erdöl ausgeben. Rohstoffreichen Entwicklungsländern verschafften die hohen Rohstoffpreise beträchtliche Deviseneinnahmen, die sie nun nicht nur für Öl, sondern auch für mehr Industriegüter ausgaben.

40. In den Vereinigten Staaten ging das reale Sozialprodukt 1974 zurück; es hatte seit dem Frühjahr 1973 nur noch langsam zugenommen. Zwar stieg die Produktion in vielen Branchen, so bei den Stahlherstellern, in der Stahlverarbeitung, in der Chemie und in einigen Bereichen der Investitionsgüterindustrien noch an; dies machte allerdings den starken Rückgang der Automobilproduktion und des Wohnungsbaus auch nicht annähernd wett. Die Arbeitslosenquote erhöhte sich von 4,6 vH im Oktober 1973 auf 6 vH im Herbst 1974. Zu der deutlichen Abkühlung des Wirtschaftsklimas hat vor allem die zurückhaltende Kaufneigung der privaten Haushalte beigetragen. Bereits 1973 hatte die monetäre Politik angesichts der sich bedrohlich beschleunigenden Inflationsraten einen restriktiven Kurs verfolgt. Steigende Zinssätze ließen die Zahl der angefangenen Bauten, die stets empfindlich auf Zinsänderungen reagiert, auf fast die Hälfte zurückgehen. Daran konnten auch großzügige Subventionen des Staates nichts ändern. Ein zweiter Schlüsselbereich, der Automobilbau, mußte sich auf eine um rund ein Drittel geschrumpfte Nachfrage einstellen. Hierzu hat neben der Energiekrise auch beigetragen, daß die Reallöhne der Arbeitnehmer binnen Jahresfrist um

Tabelle 3

Reales Bruttosozialprodukt in wichtigen Industrieländern

Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH

Land	1969	1970	1971	1972	1973	1974 [1]	1973		1974 [1]	
							1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
Bundesrepublik Deutschland	+ 8,2	+ 5,8	+3,0	+3,4	+ 5,3	+ ½	+ 6,3	+4,4	+1½	− ½
Frankreich	+ 7,7	+ 5,9	+5,0	+5,5	+ 6,0	+4	+ 6,2	+6,0	+5	+3
Großbritannien	+ 2,2	+ 2,2	+1,6	+3,5	+ 5,4	±0	+ 6,6	+4,2	−1½	+1½
Italien	+ 5,7	+ 4,9	+1,4	+3,4	+ 6,0	+4½	+ 3,5	+8,2	+7½	+1½
Vereinigte Staaten	+ 2,6	− 0,5	+2,8	+6,1	+ 5,9	−1½	+ 7,2	+4,6	− ½	−2½
Japan	+11,9	+10,5	+6,3	+9,4	+10,2	−3	+13,4	+7,5	−3	−3

[1] Eigene Schätzung.

Quelle: OECD; Bundesrepublik Deutschland: Nationale Quelle

mehr als 4 vH schrumpften. Von der Auslandsnachfrage gingen konjunkturstützende Impulse aus, in der ersten Jahreshälfte auch vom Lageraufbau.

Die amerikanische Leistungsbilanz, die 1973 erstmals seit mehreren Jahren, unter anderem aufgrund der hohen Agrarexporte sowie des Transfers beträchtlicher Gewinne multinationaler Ölgesellschaften, mit einem Überschuß abgeschlossen hatte, dürfte 1974 wieder mit 4 Mrd $ ins Defizit geraten. Ausschlaggebend dafür ist, daß wegen der verteuerten Erdölimporte die Einfuhr diesmal um rund 10 Mrd $ höher ausfallen dürfte als die Ausfuhr.

41. In Japan, das drei Viertel seines Energiebedarfs durch importiertes Erdöl deckt und dessen Industrieproduktion in hohem Maße vom Automobilbau abhängt, ging die gesamtwirtschaftliche Produktion im Winterhalbjahr 1973/74 erstmals zurück. Wegen der dramatisch verschlechterten Terms of Trade lag das im Inland verteilbare Realeinkommen 1974 sogar beträchtlich unter dem Vorjahreswert. Die Investitionsneigung der Unternehmen nahm spürbar ab, zunächst aus Sorge, daß die Produktion bei anhaltender Energieknappheit nicht aufrechterhalten werden könnte, später vor allem wegen des starken Nachfragerückgangs im Automobilbau, der auf viele vor- und nachgelagerte Bereiche ausstrahlte. Bei den privaten Haushalten löste die Ölkrise zwar eine Welle von Hortungskäufen aus, doch trieben diese nur die Preise in die Höhe.

42. Der Anstoß zu einer Erholung ging vom Export aus. Freie Kapazitäten, staatliche Exporthilfen und erstmals eingeführte selektive Preiskontrollen veranlaßten die Unternehmen, verstärkt auf die Auslandsmärkte auszuweichen, insbesondere auf die lateinamerikanischen, die südostasiatischen und die des Nahen Ostens. Zugute kam der japanischen Industrie, daß sie Produkte anzubieten hat, die, wie Schiffe, Stahl und chemische Erzeugnisse, 1974 weltweit gefragt waren. Der Exporterfolg wirkte vom Sommer an auch anregend auf die Investitionsneigung im Inland. Die Konsumbereitschaft belebte sich indes nur zögernd, obwohl die Lohntarife um mehr als 30 vH angehoben und die Einkommensteuersätze gesenkt wurden; der hohe Geldwertschwund entwertete die Einkommensteigerungen weitgehend.

43. Die kleineren westeuropäischen Industriestaaten Schweden, Schweiz, Österreich und Norwegen, die zusammen mit den Vereinigten Staaten, Kanada und Japan die wichtigsten Handelspartner der Europäischen Gemeinschaft sind, spürten im Jahre 1974 mit Ausnahme der Schweiz nur wenig von der konjunkturellen Abkühlung, der ihre Nachbarländer ausgesetzt waren (Tabelle 4). Ihre Wirtschaft expandierte kräftig, wobei es gerade die Nachfrage aus dem Ausland war, die anregend wirkte. In Österreich war dies vor allem auf den anhaltenden Stahlboom zurückzuführen. Schweden und Norwegen profitierten von der weltweit regen Nachfrage nach Schiffen sowie nach Holz und Papier. In diesen Ländern wurde auch 1974 kräftig investiert. Norwegen brachte es dabei dank seiner Ölprojekte in der Nordsee auf eine Zuwachsrate der realen Anlageinvestitionen von 10 vH (1973: 14,6 vH). In der Schweiz bildete der Export das Gegengewicht zu einer sehr schwachen Binnennachfrage.

Die Gemeinschaft im Abschwung

44. In den Ländern der Europäischen Gemeinschaft hat sich die konjunkturelle Lage 1974 merklich ver-

Tabelle 4

Reales Bruttosozialprodukt in den kleineren europäischen Industrieländern

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH

Land	1969	1970	1971	1972	1973	1974 [2]
Niederlande	+7,0	+5,9	+4,3	+4,4	+4,2	+2½
Belgien	+7,0	+6,2	+3,7	+5,4	+5,7	+4½
Dänemark	+8,7	+3,3	+3,6	+5,0	+3,5	+1½
Irland	+4,5	+2,7	+3,3	+4,0	+7,0	+3
Österreich	+5,7	+7,9	+5,2	+7,1	+5,5	+5
Schweden	+5,8	+4,6	+0,3	+2,5	+1,5	+3½
Schweiz	+6,0	+4,4	+4,3	+5,8	+4,2	+1
Industrieländer insgesamt [1]	+4,8	+2,6	+3,4	+5,7	+6,3	±0

[1] OECD-Mitgliedsländer.
[2] Eigene Schätzung.

Quelle: OECD

schlechtert. Die Nachfrage reichte vielfach nicht mehr aus, die Kapazitäten auszulasten. Besonders die Verbraucher hielten sich zurück, nachdem es in einigen Ländern vorübergehend zu hektischen Kaufwellen gekommen war. Die Furcht vor Arbeitslosigkeit war stärker als die Sorge, Zuwarten könne die Kaufkraft des Geldes nur mindern. Die Sparneigung stieg trotz der Inflation in den meisten Ländern wieder leicht an.

Die Unternehmen hielten sich nach dem Schock der Energiekrise zunächst mit ihren Aufträgen zurück. Erst als sicher war, daß es nicht zu dem befürchteten Ölmangel kommen würde, belebte sich die Investitionsneigung wieder etwas, zumal die erhöhten Erdölkosten Anlaß gaben, die Produktion umzustrukturieren und zu rationalisieren. Anregend wirkten in einigen Ländern auch staatliche Investitionserleichterungen. Stark rückläufig war 1974 die private Wohnungsbaunachfrage. Die gewerbliche Baunachfrage war ebenfalls sehr schwach. Der Lageraufbau hielt sich in engen Grenzen.

Kräftiger als die innergemeinschaftliche Nachfrage entwickelte sich die Zunahme der Lieferungen in Drittländer. Lediglich die amerikanischen, kanadischen und schweizerischen Importeure bezogen der Menge nach weniger Güter aus der Gemeinschaft als ein Jahr zuvor. Dagegen blieben die Lieferungen an Österreich, Schweden und Norwegen und an die Staatshandelsländer hoch. Am stärksten steigerte die Gemeinschaft ihre Ausfuhr in die OPEC-Staaten. Diese konnten zwar längst nicht alle Deviseneinnahmen nutzen, die sie aus den verteuerten Öllieferungen erzielten; immerhin trieben sie den Ausbau ihrer Infrastruktur und ihrer Grundstoffindustrien voran.

45. Die gesamtwirtschaftliche Produktion spiegelte die verhaltene Nachfrage wider (Tabelle 5). Das reale Bruttosozialprodukt der Gemeinschaft nahm 1974 nur noch um 2 vH (1973: 5,6 vH) zu und damit deutlich langsamer als im langfristigen Durchschnitt (1963 bis 1972: 4,5 vH). Der Auslastungsgrad des Produktionspotentials verringerte sich, danach zu urteilen, fühlbar.

Auch die Zuwachsrate der Industrieproduktion war 1974 mit etwa 3 vH kleiner als der Trendwert von 5½ vH. Von Oktober 1973 bis Ende des Frühjahrs 1974 nahm die Produktion ab. Seitdem stagniert sie. Bemerkenswert war die ausgeprägte Differenzierung nach Branchen. Während die Produktion von Stahl, Stahlerzeugnissen, chemischen Erzeugnissen und Papier weiterhin zügig expandierte, mußten die Bauwirtschaft, der Kraftfahrzeugbau und das Textilgewerbe ihre Fertigung kürzen.

46. Die Arbeitsmärkte entspannten sich 1974 deutlich, jedoch nahm die Arbeitslosigkeit erst seit dem

Tabelle 5

Bruttosozialprodukt und seine Verwendung in den EG-Ländern [1])

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH

	Bundesrepublik Deutschland	Frankreich	Italien	Niederlande	Belgien	Großbritannien	Irland	Dänemark
				1973 [2])				
Bruttosozialprodukt	+ 5,3	+ 6,0	+ 6,0	+ 4,2	+ 5,7	+ 5,4	+ 7,0	+ 3,5
Privater Verbrauch	+ 2,9	+ 6,0	+ 6,2	+ 2,1	+ 7,4	+ 4,6	+ 6,0	+ 4,3
Staatsverbrauch	+ 4,0	+ 3,4	+ 3,3	+ 0,7	+ 4,7	+ 3,7	+ 8,5	+ 4,7
Bruttoanlageinvestitionen	+ 1,1	+ 6,5	+ 9,0	+ 6,5	+ 7,2	+ 4,8	+16,3	+ 8,2
Ausfuhr	+16,2	+12,7	+ 5,3	+12,1	+ 9,6	+ 9,1	+ 5,8	+ 6,5
Einfuhr	+ 9,8	+14,1	+11,9	+11,9	+10,8	+11,2	+12,8	+19,0
				1974 [3])				
Bruttosozialprodukt	+ ½	+ 4	+ 4½	+ 2½	+ 4½	± 0	+ 3	+ 1½
Privater Verbrauch	− ½	+ 4½	+ 3	+ 3	+ 4	+ ½	+ 2	− 2
Staatsverbrauch	+ 3½	+ 2½	+ 2½	+ 3	+ 4½	+ 2	+ 6	+ 5
Bruttoanlageinvestitionen	− 7½	+ 5	+ 6	− 4½	+ 5	− 2½	+ 3½	− 5
Ausfuhr	+14½	+12½	+ 7	+ 5	+ 8	+ 6	+11	+ 4½
Einfuhr	+ 6½	+ 9½	− 1	+ ½	+ 8½	+ 2½	+ 6½	− 2½

[1]) In Preisen von 1963; Bundesrepublik Deutschland: in Preisen von 1962.
[2]) Quelle: OECD; Bundesrepublik Deutschland: Nationale Quelle.
[3]) Eigene Schätzung aufgrund von Unterlagen internationaler Organisationen; auf 0,5 Prozentpunkte gerundet.

Herbst bedrohlich zu. Zur Sorge Anlaß gab zunächst eher, daß sich der Beschäftigungsrückgang in wenigen Branchen besonders konzentrierte. Andererseits blieb vor allem in Frankreich, Großbritannien und in den Niederlanden bis zum Sommer die Nachfrage nach qualifizierten Arbeitern hoch. Die Bundesrepublik, Frankreich, die Niederlande, Belgien und Dänemark verhängten einen Anwerbestopp für Arbeitskräfte aus Staaten außerhalb der Gemeinschaft.

47. Die Effektivlöhne stiegen 1974 mit rund 18 vH noch kräftiger als im Jahr zuvor (15 vH). Unbeeindruckt von der unsicheren konjunkturellen Lage setzten die Gewerkschaften ihre Forderungen weitgehend durch, ohne daß sie so häufig wie im Vorjahr von der Streikwaffe Gebrauch machen mußten; der zweimonatige Streik der britischen Bergarbeiter im Januar und Februar war eher eine Ausnahme. In den meisten Ländern wurden die Löhne zudem durch Gleitklauseln der Preisentwicklung angepaßt. Nachdem nun auch Großbritannien in weiten Bereichen seiner Wirtschaft das Indexlohnsystem eingeführt hat, ist die Bundesrepublik das einzige Land der Gemeinschaft, das keine solchen Regelungen getroffen hat.

48. Die hohen Lohnsteigerungen und der verlangsamte Produktivitätszuwachs führten dazu, daß die Lohnkosten je Produkteinheit 1974 überall wesentlich rascher zunahmen als im Vorjahr (Tabelle 6). Wollte man die Zuwachsraten als Maß dafür verwenden, wie sich die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Länder innerhalb dieses einen Jahres verändert hat, so müßte man sie um die durchschnittliche Auf- oder Abwertung der einzelnen Währungen gegenüber dem Dollar, den Sonderziehungsrechten oder der D-Mark bereinigen und erhielte dann besonders für Italien und Frankreich, aber auch für Großbritannien und Irland gegenüber den in der Tabelle ausgewiesenen Werten ein wesentlich günstigeres Bild.

49. Die Bruttoeinkommen der europäischen Arbeitnehmer haben sich wiederum — und damit nun fünf Jahre ununterbrochen — stärker als jene der Unternehmer und Vermögensbesitzer erhöht (Tabelle 7).

50. Nachdem sich die Wirtschaftspolitik meist erst durch den immer rascheren Preisauftrieb veranlaßt sah, auf Restriktionskurs umzuschalten, gelang es ihr, außer in der Bundesrepublik, nicht mehr, die Preiserhöhungsspielräume, die sie zuvor reichlich gewährt hatte, nachhaltig einzudämmen und eine Wende bei den Verbraucherpreisen herbeizuführen. Diese dürften 1974 im Durchschnitt um 14 vH (1973: 9 vH) höher sein als im Vorjahr. Außer in Italien und Großbritannien verlangsamte sich der Anstieg der Großhandelspreise, der seit dem Herbst 1973 besonders rasch verlaufen war. Die industriellen Er-

Tabelle 6

Lohnkosten je Produkteinheit [1]) in den EG-Ländern, den Vereinigten Staaten und in Japan

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH [2])

Land	1970	1971	1972	1973	1974 [3])
Bundesrepublik Deutschland	+11,2	+10,0	+ 6,1	+ 7,8	+ 8,5
Frankreich	+ 6,9	+ 6,6	+ 6,1	+ 8,6	+11
Italien	+11,2	+13,4	+ 8,0	+13,3	+18
Niederlande	+ 7,6	+10,0	+ 7,3	+ 9,2	+11
Belgien	+ 5,2	+ 9,8	+ 8,9	+ 9,5	+10,5
Großbritannien	+ 9,6	+ 8,0	+ 9,1	+ 8,0	+16,5
Irland	+12,9	+13,1	+12,1	+10,5	+15
Dänemark	+11,3	+ 9,1	+ 7,6	+12	+16,5
EG der Neun	+ 9,2	+ 9,5	+ 7,3	+ 9,1	+12
Vereinigte Staaten	+ 7,1	+ 3,1	+ 3,6	+ 5,0	+ 9
Japan	+ 9,2	+10,2	+ 6,8	+13,4	+27,5

[1]) Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Einheit des realen Bruttosozialprodukts.
[2]) Aus Angaben in Landeswährung.
[3]) Schätzungen, auf 0,5 Prozentpunkte gerundet.

Quelle: DIW

Tabelle 7

Bruttoeinkommen in den EG-Ländern, den Vereinigten Staaten und in Japan

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH [1])

Land	Bruttoeinkommen aus									
	unselbständiger Arbeit					Unternehmertätigkeit und Vermögen				
	1970	1971	1972	1973	1974 [2])	1970	1971	1972	1973	1974 [2])
Bundesrepublik Deutschland [3])	+17,7	+13,3	+ 9,7	+13,5	+ 9½	+ 9,7	+ 5,4	+ 8,2	+ 9,0	− ½
Frankreich	+13,1	+12,2	+12,2	+15,1	+16	+10,8	+ 9,3	+13,0	+11,6	+12
Italien	+16,7	+15,2	+11,3	+20,0	+22	+ 4,2	+ 0,3	+ 8,6	+12,2	+13,5
Niederlande	+14,7	+14,6	+11,9	+14,2	+15	+ 4,5	+ 6,0	+19,3	+13,0	+ 8,5
Belgien	+12,2	+13,6	+14,5	+16	+14,5	+10,3	+ 2,6	+10,0	+ 7	+10
Großbritannien	+11,7	+10,5	+11,7	+14,2	+15,5	+ 0,2	+18,2	+ 6,2	+13,1	+ 9
Irland	+15,7	+16,5	+16,6	+18	+19	+ 3,7	+ 8,1	+23,3	+24	+13
Dänemark	+14,4	+13,2	+12,4	+16	+20	+ 5,6	+ 1,7	+12,0	+15	+ 5,5
EG der Neun	+14,8	+12,8	+11,3	+15,1	+14,5	+ 7,4	+ 7,2	+10,2	+11,2	+ 8,5
Vereinigte Staaten	+ 6,7	+ 6,5	+10,0	+11,2	+ 8	− 1,7	+ 9,2	+11,6	+16,8	+ 8
Japan	+20,5	+17,7	+16,3	+25,3	+25	+18,0	+ 4,6	+12,1	+14,7	+11

[1]) Aus Angaben in Landeswährung.
[2]) Schätzungen, auf 0,5 Prozentpunkte gerundet.
[3]) Für 1974: eigene Schätzung.

Quelle: DIW

zeugerpreise stiegen 1974 unvermindert an und übertrafen das Niveau des Vorjahres um rund 25 vH (1973: 13 vH).

Regionale Differenzierung

51. 1974 war für die Länder der Gemeinschaft ein Jahr des Abschwungs. In den einzelnen Mitgliedsländern verlief die konjunkturelle Entwicklung jedoch recht verschieden: In der Bundesrepublik und in Großbritannien war die Wirtschaftstätigkeit schwach, in den übrigen Ländern waren die Auftragsbücher zunächst noch gefüllt und die Kapazitäten ausgelastet. Im Verlauf des Jahres kühlte sich aber auch dort das Konjunkturklima ab.

52. Vor allem Stärke und Struktur der Nachfrage bestimmten das uneinheitliche europäische Konjunkturbild. In Italien überstieg die Nachfrage bis in den Herbst hinein die Produktionsmöglichkeiten bei weitem. Zurückhaltung legten sich dort weder die Arbeitnehmer auf, deren indexgebundene Lohneinkommen mit der Inflation schritthielten, noch die Unternehmen, die kräftig investierten, noch der Staat, dessen Ausgaben zur Hälfte durch Kredite — meist von der Notenbank — finanziert waren; der Export wurde durch die aufgrund des günstigen Wechselkurses niedrigen italienischen Außenhandelspreise angeregt. Erst im Herbst ließ die zunehmende Unsicherheit über die wirtschaftliche Zukunft des Landes die Nachfrager vorsichtiger werden.

In Frankreich schwächte sich die Ausgabefreudigkeit der privaten Haushalte nach der Hortungswelle, welche die Energiekrise zu Beginn des Jahres 1974 ausgelöst hatte, bis zum Herbst hin ab, belebte sich dann aber wohl wegen der nicht nachlassenden Geldentwertung wieder kräftig. Die Investitionstätigkeit blieb in den meisten Branchen rege, der Auftragseingang aus dem Ausland ebenfalls, nur der Staat zügelte seine Ansprüche.

In den Niederlanden, die das Ölembargo besser als ursprünglich befürchtet überstanden hatten, nahm die Nachfrage bis zum Sommer 1974 wieder zu und stabilisierte sich in der Folgezeit. Die ansehnlichen Preissteigerungen, die für Erdgas im Ausland durchgesetzt werden konnten, sowie staatliche Investitionsanreize halfen, die Investitionsneigung nach scharfem Rückgang in den Wintermonaten wieder zu beleben.

Die belgische Wirtschaft erholte sich ebenfalls rasch von dem Erdölschock und zog Nutzen aus der weltweiten Übernachfrage nach Stahl und Chemieerzeugnissen. Die Inlandsaufträge für Investitionsgüter stiegen wieder an, während sich die Kon-

sumenten seit Ende des Sommers deutlich zurückhielten, nachdem sie zuvor aus Inflationsfurcht Käufe vorgezogen hatten.

In Irland und Dänemark nahm die Nachfrage 1974 zwar bei weitem nicht so kräftig zu wie im Vorjahr, als der Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft die Investitionen — besonders in der Landwirtschaft — beflügelt hatte; sie expandierte aber immer noch recht lebhaft, vor allem in Irland, wo der Staat seine Ausgaben erneut stark ausweitete.

Großbritannien erlebte 1974 einen Nachfrageeinbruch. Zu Beginn des Jahres setzte der Streik der Bergarbeiter der Investitionsbereitschaft einen starken Dämpfer auf. Sie erholt sich seitdem nur langsam; anregend wirkten lediglich die Ölerschließung in der Nordsee. Die Verbrauchsnachfrage wurde durch Realeinkommenseinbußen gebremst. Hohe Zinsen verminderten die Bauwilligkeit. Der allmähliche Zinsabbau im Laufe des Jahres und die Mehrwertsteuersenkung im Sommer gaben der Nachfrage nur schwache Impulse.

53. Die Produktionstätigkeit in den europäischen Ländern spiegelte die verhaltene Entwicklung der Nachfrage im allgemeinen deutlich wider; teils wurde sogar weniger hergestellt, als von der Auftragslage her möglich gewesen wäre.

Während das Sozialprodukt in Frankreich, Belgien und Italien Zuwachsraten zwischen 4 vH und 5 vH aufwies, stagnierte das britische Sozialprodukt; das deutsche weitete sich um ½ vH aus, das dänische um 1½ vH, das niederländische und das irische um jeweils rund 3 vH.

54. Auch die Preise und Einkommen entwickelten sich 1974 recht unterschiedlich. Besonders hohe Inflationsraten, um 15 vH bei den Verbraucherpreisen, verzeichneten die Defizitländer Italien, Großbritannien, Irland, Frankreich und Dänemark. Belgien erfreute sich bis zum Frühjahr noch einer vergleichsweise geringen Teuerung; als jedoch die drängende Nachfrage in vielen Branchen mehr und mehr an die Kapazitätsgrenze stieß und sich das Geldangebot den Finanzierungswünschen weitgehend anpaßte, schnellten die Inflationsraten dort ebenfalls in die Höhe. Allein die Bundesrepublik, die Niederlande und Luxemburg vermochten im Jahresdurchschnitt unterhalb der 10 vH-Marke zu bleiben.

Am stärksten konnten diesmal die italienischen Arbeiter ihre Stundenverdienste steigern, weil die Löhne nach der „scala mobile" der Preisentwicklung angepaßt wurden. Vergleicht man die Reallöhne in den einzelnen Ländern, so schnitten die Niederländer und Dänen besser ab als die Italiener. Am schlechtesten waren wohl, trotz der neu eingeführten Lohngleitklauseln, die englischen Arbeitnehmer gestellt.

Gelockerter Konjunkturverbund?

55. Die Europäische Gemeinschaft hatte sich, verbunden durch feste Wechselkurse, einen einheitlichen Agrarmarkt, die gemeinsamen Zölle gegenüber Drittländern sowie durch eine weitgehende Freizügigkeit der Bewegungen von Arbeitskräften, Kapital und Waren zwischen den einzelnen Mitgliedsländern zunehmend zu einem Wirtschaftsraum mit binnenmarktähnlichen Zügen entwickelt. Dies ist nicht zuletzt daran ablesbar, daß die innergemeinschaftlichen Handelsströme seit 1960 rund doppelt so rasch anwuchsen wie diejenigen mit dem Rest der Welt — aber auch daran, daß sich allmählich ein konjunktureller Gleichlauf der Zyklen der Industrieproduktion herausbildete (Schaubild 3).

Nach dem Alleingang Italiens im März 1973, mehr noch aber nach dem Ausscheren Frankreichs aus dem Floating-Block im Januar 1974, ist der Zwang zu einer Koordinierung der Wirtschaftspolitik, wie er unter einem funktionsfähigen Regime fester Wechselkurse unabdingbar ist, schwächer geworden. Großbritannien hatte auf währungspolitischem Gebiet fast von Anfang an abseits gestanden.

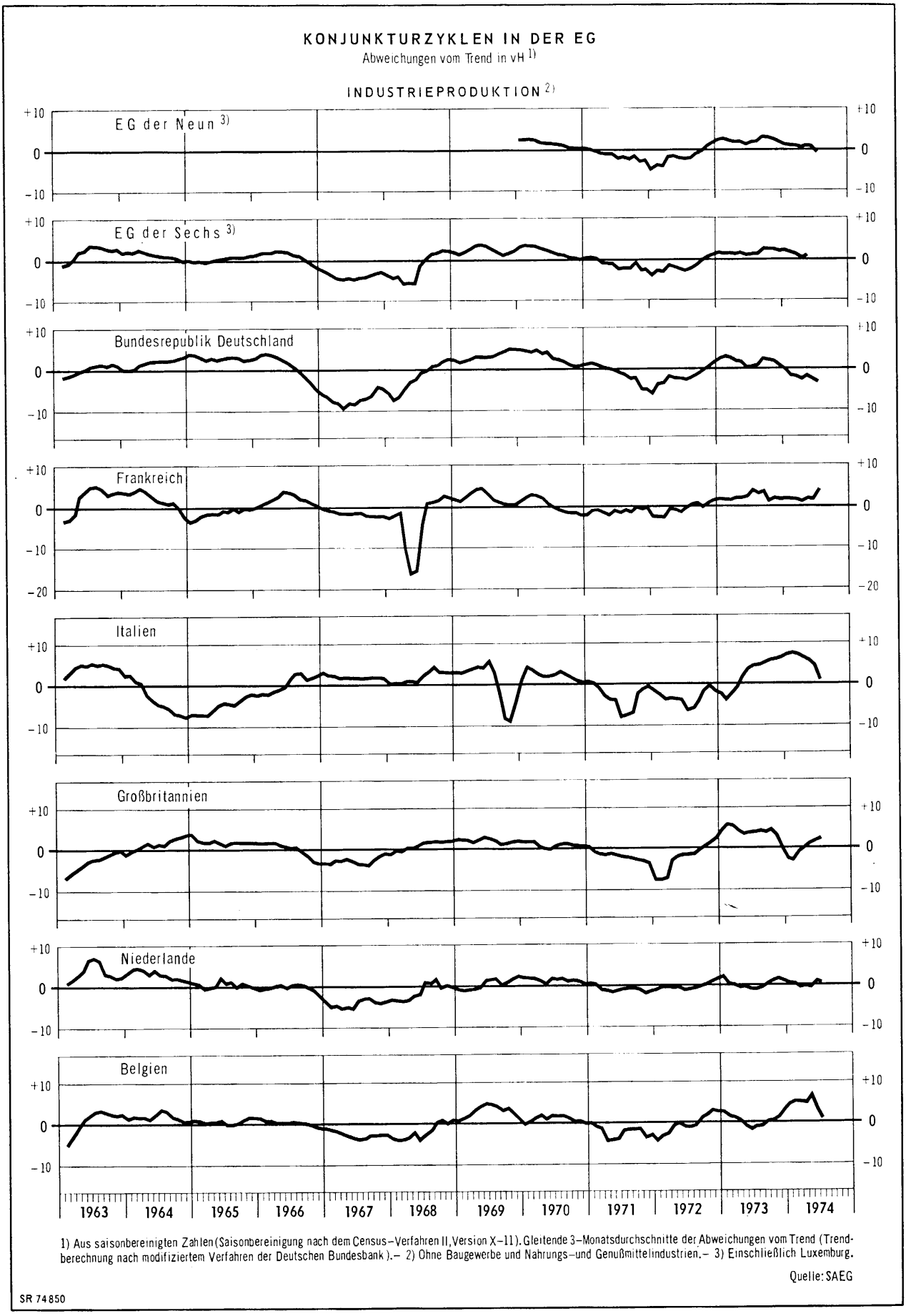
Es könnte erwartet werden, daß die Tendenz zum konjunkturellen Gleichlauf, der sich bisher durch realwirtschaftliche Prozesse ständig verfestigt hatte, allmählich wieder abgeschwächt wird, wenn es bei der Spaltung der Gemeinschaft in vier Währungsblöcke bleibt.

Daß die Unterschiede im Konjunkturverlauf im diesjährigen Abschwung größer waren als im vorhergehenden Aufschwung, könnte als Beleg für eine solche Hypothese dienen. Die stärkere konjunkturelle Differenzierung kommt indes nicht unerwartet; sie war bisher in jedem Abschwung zu beobachten. Allerdings dürfte 1974 die nun unabhängigere Konjunktur- und Stabilitätspolitik auf eine Abschwächung der Tendenz zum konjunkturellen Gleichlauf hingewirkt haben; auch die Maßnahmen, mit denen der freie Agrarhandel innerhalb der Gemeinschaft mehr und mehr eingedämmt wurde, sowie die Art und Weise, wie die einzelnen Länder, ohne sich gegenseitig abzustimmen, ihre Energieversorgung zu sichern suchten, könnten diese Tendenz gefördert haben.

Doch waren wohl auch verbindende Kräfte am Werk. Einmal war in den Ländern mit defizitären Leistungsbilanzen das Bemühen zu verzeichnen, die Wechselkursrelationen durch gezielte Devisenmarktinterventionen leidlich stabil zu halten. Dazu hatte zweifellos die Einsicht beigetragen, daß durch ein Absinkenlassen des eigenen Wechselkurses auf mittlere Sicht Wettbewerbsvorteile nicht so sicher zu erlangen sind. Zum anderen mag die tatsächliche Integration der Märkte schon derart weit gediehen sein, daß eine unterschiedliche Wirtschaftspolitik auch bei flexiblen Wechselkursen den Konjunkturverbund nicht so rasch schwächen konnte.

Obwohl sich noch kein abschließendes Urteil über Zunahme oder Abnahme des europäischen Konjunkturverbunds fällen läßt, ist zu vermuten, daß es 1974 nicht zu einer deutlichen Abnahme gekommen ist. Dafür spricht auch, daß alle Länder der Gemeinschaft seit dem Herbst eine ausgeprägte Abschwungsphase durchlaufen.

Schaubild 3



1) Aus saisonbereinigten Zahlen (Saisonbereinigung nach dem Census-Verfahren II, Version X-11). Gleitende 3-Monatsdurchschnitte der Abweichungen vom Trend (Trendberechnung nach modifiziertem Verfahren der Deutschen Bundesbank).– 2) Ohne Baugewerbe und Nahrungs- und Genußmittelindustrien.– 3) Einschließlich Luxemburg.

Quelle: SAEG

SR 74850

III. Wirtschaftspolitik unkoordiniert

56. Die neue energiewirtschaftliche Lage zum Jahresende 1973 verlangte von den Organen der Europäischen Gemeinschaften, die Antworten zu finden, die einem einigen Europa gemäß gewesen wären. Der Aufgabe war um so mehr zu entsprechen, als schon das Jahr 1973, das nach dem Willen der Pariser Gipfelkonferenz ein Jahr der Grundsatzentscheidungen über die Zukunft der europäischen Einigung hätte werden sollen, die Gemeinschaft manövrierunfähig sah. Zu suchen waren Formen eines gemeinsamen energiepolitischen Handelns, gemeinschaftlicher Lösungen der Zahlungsbilanzprobleme und einer koordinierten Inflationsbekämpfung.

57. Was sich tatsächlich vollzog, war voller Widersprüche. Den vielen Aktivitäten der Kommission der Europäischen Gemeinschaften und den anspruchsvollen Beschlüssen des Ministerrats im Jahresverlauf fehlte die Entsprechung im konkreten Handeln der Gemeinschaftsländer.

Weder wurden die nationalen Reaktionen auf das Mengen- und Preisdiktat der OPEC-Staaten untereinander abgestimmt, noch gelang es, selbst bescheidene Ansätze einer solidarischen Hilfe oder einer gemeinsamen Haltung gegenüber den Ölproduzenten, etwa in den Wochen des Boykotts der Niederlande, auf den Weg zu bringen. Auf dem Höhepunkt der Ölkrise wurde es im Ministerrat abgelehnt, Vorlagen der Kommission zur akuten Lage auch nur zu diskutieren. Nationale Maßnahmen, die — wie das italienische Importdepot — die Zollunion, den Kern der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, verletzten, wurden nicht verhindert. Eine erneute Entschließung über den kurzfristigen Währungsbeistand blieb wirkungslos (der deutsch-italienische Dollar-Kredit war bilateral). Bis in den Herbst hinein dauerte es, ehe über eine Gemeinschaftsanleihe Einverständnis erzielt werden konnte (Ziffer 34).

Die Partnerstaaten hatten sich zwar am 18. Februar 1974 auf stabilisierungspolitische Richtlinien und solche Bestimmungen geeinigt, die „einen hohen Grad an Konvergenz der Wirtschaftspolitik" herbeiführen sollten, doch haben weder diese Beschlüsse noch die Anpassung der wirtschaftspolitischen Leitlinien an die neuen Bedingungen im Juli 1974 zu einem gemeinsamen Konzept in der Konjunkturpolitik geführt. Wie bisher spiegeln sich in den wirtschaftspolitischen Empfehlungen der europäischen Organe für die einzelnen Länder vornehmlich die jeweiligen nationalen Vorstellungen und Absichten wider. Die Initiative der Kommission, der Wirtschafts- und Währungsunion durch eine Vorlage an den Rat im Dezember 1973 neue Impulse zu geben, verlief trotz grundsätzlicher Einigung im Sande. Die Entscheidung über den Regionalfonds steht nach wie vor noch aus.

58. Das Jahr 1974 bewies einmal mehr, daß gemeinsam verabschiedete Verfahrensvorschriften noch nicht ein gemeinsames Handeln garantieren. Die Beschlüsse der europäischen Organe sind offenbar so lange nicht durchsetzbar, wie sich die Mitgliedsländer in ihren Zielen und Handlungsprogrammen wesentlich unterscheiden.

Die Auflösung des Währungsverbunds beseitigte allerdings weitgehend die stabilisierungspolitische Lücke, die sich aus der Eingrenzung des nationalen stabilisierungspolitischen Spielraums durch die Übertragung von Kompetenzen an die europäischen Organe, mehr aber noch dadurch ergeben hatte, daß gemeinsame währungspolitische Entscheidungen — wie etwa die Einführung des schmalen Kursbandes im März 1972 — nicht durch eine wirksame Koordinierung der allgemeinen Wirtschaftspolitik abgesichert worden waren. Ein einzelnes Mitgliedsland, das mehr Stabilität als andere erreichen wollte, sah sich also auf seinem Weg weniger behindert.

Anziehen der monetären Zügel

59. Der Zwang zu einer einheitlichen Politik, den 1973 der enge Währungsverbund im Floating-Block wenigstens ansatzweise ausgeübt hatte, ging 1974 verloren, als nach dem Ausscheiden Frankreichs vier durch flexible Wechselkurse voneinander getrennte Wirtschaftsräume entstanden: Großbritannien und Irland, der Floating-Block (einschließlich Norwegen und Schweden), Italien, Frankreich. Immerhin hatte eine monetäre Politik erwartet werden können, die sich entschlossen dem Kampf gegen die Teuerung zuwandte.

Diese Erwartung erfüllte sich jedoch nur für einige Länder des Restblocks, deren Leistungsbilanzen durch Überschüsse gekennzeichnet waren. Die übrigen Länder versuchten, durch erhebliche Kreditaufnahme im Ausland und hohe Zinsen im Innern ihre Wechselkurse nicht zu weit absinken zu lassen, nicht zuletzt um den inflatorischen Druck aus dem Ausland abzuschwächen. Zwar wirken Maßnahmen, die gegen die Inflation gerichtet sind, der Tendenz nach ebenfalls auf eine Verbesserung der Leistungsbilanz hin; jedoch konnte der erforderliche Restriktionsgrad nicht verwirklicht werden. Zu rasch gewannen die Sorgen um die Beschäftigung die Oberhand.

60. Unter dem Eindruck des gewaltigen Devisenbedarfs für Erdölimporte schafften alle Länder der Gemeinschaft um die Jahreswende 1973/74 sehr rasch die Kapitalverkehrskontrollen wieder ab, die im Jahre 1973 eingeführt worden waren: Devisenzuströme galt es nun nicht mehr abzuwehren, sondern zu fördern. Die Mindestreservesätze auf den Zuwachs von Ausländereinlagen, die teilweise 100 vH betragen hatten, wurden meist auf Null gesenkt. Gleichzeitig wurden Verzinsungsverbote aufgehoben. Auch war es Ausländern wieder gestattet, bestimmte festverzinsliche Wertpapiere zu erwerben.

Darüber hinaus wurde der Kapitalimport erleichtert. Die Zentralbanken der Defizitländer forderten staatliche Stellen und große Unternehmen auf, ihren Kreditbedarf im Ausland, insbesondere auf dem Euro-Dollar-Markt zu decken (Ziffer 14). Auch Notenbanken und öffentliche Körperschaften verschuldeten sich vermehrt im Ausland oder sicherten sich Kredit-

linien bei der Federal Reserve Bank von New York und dem Internationalen Währungsfonds. Großbritannien war insofern begünstigt, als einige multinationale Ölgesellschaften Gewinne nach London transferierten und eine Reihe von Olländern ihre anschwellenden Währungsreserven wechselkursgesichert bei der Bank von England anlegten.

Die Defizitländer erleichterten nicht nur die Kapitalimporte, sie erschwerten auch wieder die Kapitalexporte: In Frankreich und in Großbritannien wurden die Unternehmen angehalten, ihre Auslandsinvestitionen durch ausländische Kredite zu finanzieren. In Italien unternahm die Regierung verzweifelte Anstrengungen, die Flucht aus der Lira mit Devisenkontrollen und anderen administrativen Maßnahmen einzudämmen. Ein gewisser Erfolg stellte sich erst im Zusammenhang mit der Einführung des Importdepots ein.

61. Von den Ländern außerhalb des Floating-Blocks waren vor allem Großbritannien und Frankreich in der Lage, aufgrund der reichlichen Kapitalimporte die Wechselkurse ihrer Währungen zu stabilisieren, ohne daß die ausgewiesenen Währungsreserven angegriffen zu werden brauchten. Der Franken hatte zwar nach dem Ausscheren aus der „Schlange" am 19. Januar 1974 trotz des Einsatzes von Devisen im Werte von fast 10 Mrd Franken rund 15 vH seines Wertes gegenüber den Währungen des Floating-Blocks eingebüßt, kam aber in der Folgezeit wieder bis auf 5 vH an sie heran und blieb dann auf diesem Niveau. Die Stützungskäufe für die Lira wurden weit weniger gleichmäßig als für den französischen Franken betrieben, zeitweise wurden sie sogar eingestellt. So war angesichts der riesigen Leistungsbilanzdefizite nicht zu vermeiden, daß die Lira von Januar bis November 1974 gegenüber der D-Mark um 19 vH an Wert verlor.

62. Die Länder des Floating-Blocks, die über reichliche Devisenreserven verfügen, brauchten 1974 angesichts eines insgesamt sehr hohen Überschusses in der Leistungsbilanz gegenüber Drittwährungen kaum zu intervenieren. Ihre binnenwirtschaftliche Versorgung mit Zentralbankgeld blieb daher von Devisentransaktionen mit Währungen außerhalb des Blocks weitgehend unbeeinflußt. Sie ließen zu, daß es erneut zu weiten Kursausschlägen gegenüber dem Dollar kam (Schaubild 4).

Die Tendenz zur Höherbewertung des Dollars, die im Sommer 1973 eingesetzt und sich vom Oktober an verstärkt hatte, weil die Vereinigten Staaten noch am ehesten gegen die Folgen der Ölkrise gewappnet schienen, hielt zunächst auch Anfang 1974 an. Zu einem Kursanstieg der noch im Block verbliebenen Währungen kam es, als die Vereinigten Staaten Anfang 1974 ihre Kapitalverkehrskontrollen, vor allem die Zinsausgleichsteuer, abbauten; zudem zeichnete sich ab, daß insbesondere die Bundesrepublik, das größte Blockland, auch weiterhin hohe Leistungsbilanzüberschüsse erzielen würde. Mitte Mai kehrte sich die Aufwärtsbewegung der „Schlange" aufs neue um. Nun wirkten sich steigende amerikanische Zinsen und die Verlagerung von Ölgeldern in die Vereinigten Staaten günstig auf den Dollarkurs aus. Bei dem Wiederanstieg des Dollars mußte vor allem die D-Mark, die rasch an das untere Ende des Bandes geriet, von den Partnern im Floating-Block gestützt werden. Seit Anfang Oktober zeichnet sich wieder eine leichte Aufwertungstendenz für die Blockwährungen ab, da nun das Zinsniveau in den Vereinigten Staaten erneut zu sinken begonnen hatte.

63. Die wichtigste binnenwirtschaftliche Aufgabe der monetären Politik in den Gemeinschaftsländern bestand darin, die rasche monetäre Expansion und damit auch den Preisauftrieb zu bremsen (Tabelle 8). Anders als in der Bundesrepublik versuchte man allenthalben, weniger die Expansion der Geldmenge als vielmehr die der Kredite zu steuern.

Frankreich, Belgien und Italien setzten Höchstzuwachsraten für Bankkredite fest, die — im Vergleich zur Zuwachsrate des nominalen Sozialprodukts — niedrig bemessen waren. Bei Überschreiten des Richtsatzes waren die Kreditinstitute verpflichtet, deutlich höhere als die normalen Aktivmindestreserven zu halten; die „Strafmindestreservesätze" waren progressiv gestaffelt. Während Frankreich und Belgien im Laufe des Jahres 1974 die Zuwachsraten der Plafonds senkten und die Zuwachsmindestreservesätze drastisch anhoben, sah sich Italien im Sommer wegen der steigenden Arbeitslosigkeit gezwungen, die Kreditrestriktionen selektiv, insbesondere zugunsten der Bauwirtschaft und des Mezzogiorno, zu lockern. Bemühungen, auch den Kreditbedarf der öffentlichen Hand zu plafonieren, scheiterten schon bald.

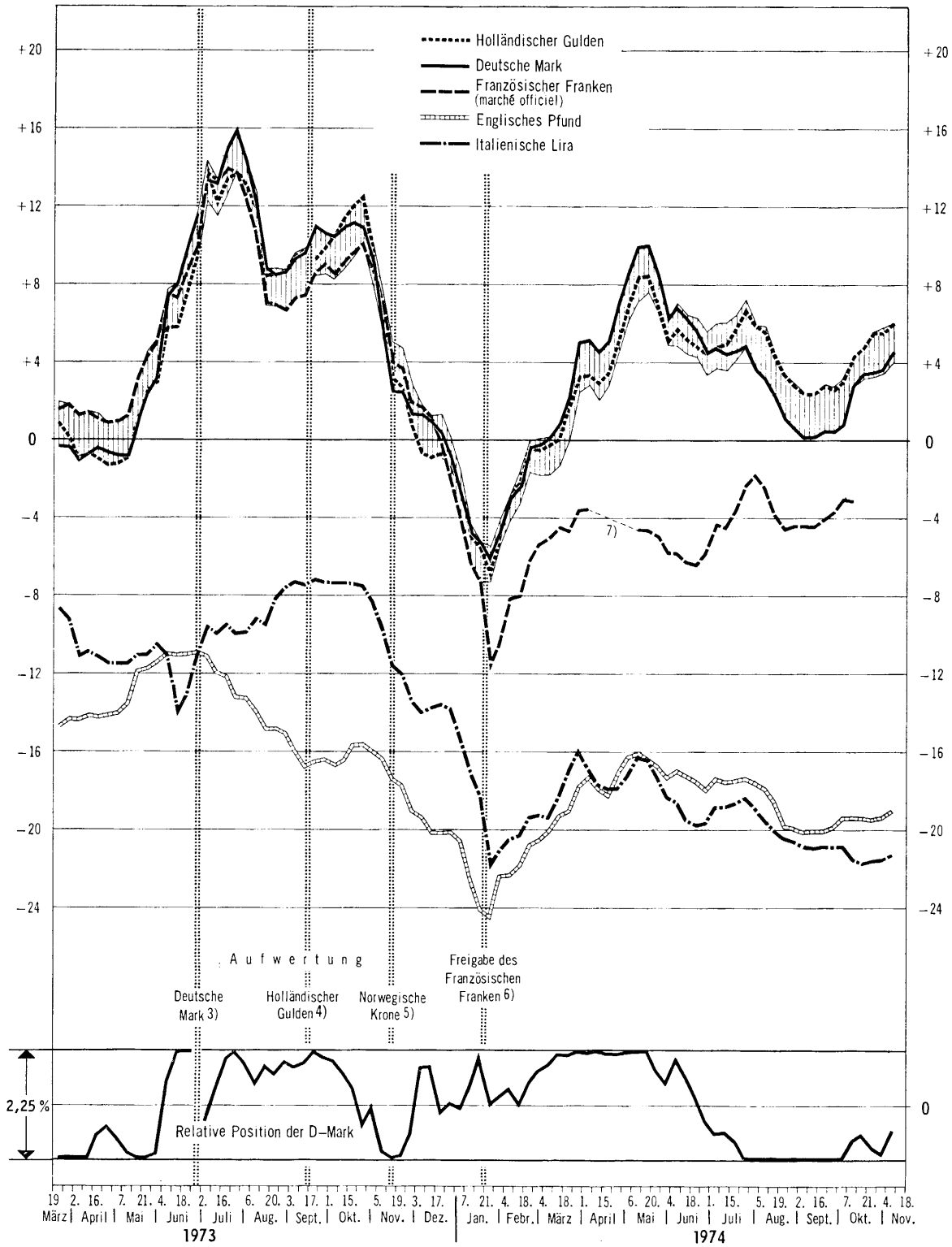
In Dänemark wurde im November 1973 zwischen der Nationalbank und den Kreditinstituten vereinbart, eine inflationsbereinigte Expansion der Kreditvergabe von nur 2 vH zuzulassen. Liquiditätsschwierigkeiten, in die viele Unternehmen gerieten, veranlaßten die Zentralbank bereits im Januar 1974, die Refinanzierung zu erleichtern und im August den Kreditplafonds zu erhöhen.

In Großbritannien, wo man sich in der Vergangenheit häufig direkter Kreditkontrollen bedient hatte, verwendet die Bank von England seit Dezember 1973 ein neues Instrument zur Steuerung der monetären Expansion. Danach sind die Banken verpflichtet, Zuwachsmindestreserven bei der Zentralbank zu bilden, wenn die Summe ihrer verzinslichen Kundeneinlagen innerhalb eines halben Jahres um mehr als einen vorgegebenen Satz ansteigt (8 vH im ersten, 9 vH im zweiten Halbjahr 1974). Die Strafzahlung kann bis zu 50 vH der darüber hinausgehenden Einlagen betragen. Die so behinderte Mittelaufnahme der Banken begrenzt deren Kreditvergabemöglichkeiten, ähnlich wie es ein Plafonds tun würde, hat aber außerdem die erwünschte Wirkung, daß die Struktur des Aktivgeschäfts nicht unmittelbar berührt wird. Es erwies sich, daß das neue „Korsett" angesichts der abgeschwächten Wirtschaftstätigkeit im Verlaufe des Jahres weniger drückte, als zunächst angenommen worden war.

Schaubild 4

WECHSELKURSENTWICKLUNG EUROPÄISCHER WÄHRUNGEN[1)]

Abweichungen vom Dollarleitkurs in vH [2)]



1) Amtliche Kurse der nationalen Devisenbörsen – Mittelkurse: Wochendurchschnitte, Aufwertungseffekt (+). – 2) Rechnerische Dollarleitkurse. – 3) Aufwertung der D-Mark mit Wirkung vom 29.6.1973 um 5,5 vH. – 4) Aufwertung des Holländischen Guldens mit Wirkung vom 17.9.1973 um 5 vH. – 5) Aufwertung der Norwegischen Krone mit Wirkung vom 16.11.1973 um 5 vH. – 6) Freigabe des Französischen Franken und Ausscheiden Frankreichs aus dem Floating-Block mit Wirkung vom 21.1.1974. – 7) Devisenbörse vom 8.4. bis 8.5.1974 geschlossen, keine Kursangaben.

Quelle: Deutsche Bundesbank

SR 74 863

Tabelle 8

Geldmenge und Kreditbestände in den EG-Ländern

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH

	Zeitraum	Bundesrepublik Deutschland	Frankreich	Italien	Niederlande	Belgien	Großbritannien	Dänemark	Irland
Geldmenge M 1 [1]	1971 Dezember	+12,3	+11,8	+18,8	+15,0	+ 9,6	.	+10,0	.
	1972 Dezember	+14,6	+14,9	+17,3	+17,6	+14,2	+13,7	+17,1	+16,0
	1973 März	+13,8	+10,5	+17,8	+16,1	+15,9	+11,4	+11,2	+14,1
	Juni	+ 5,8	+13,2	+22,2	+ 9,4	+12,5	+ 9,6	+13,9	+12,6
	September	+ 0,7	+ 7,6	+23,5	+ 0,0	+11,0	+ 8,7	+13,8	+11,5
	Dezember	+ 2,6	+ 9,8	+24,0	+ 0,0	+ 8,4	+ 4,4	+10,2	+ 7,1
	1974 März	− 0,4	+ 9,2 [a]	+22,0	− 3,8	+ 7,8	+ 2,8	+ 5,3	+ 3,9
	Juni	+ 5,6	+11,0	+19,1	+ 1,8	+ 9,7 [b]	+ 0,6	+ 2,3	+ 1,7
	Juli	+ 7,2	+ 9,5	...	+ 4,1	...	− 0,2	+ 3,5	+ 1,6
Geldmenge M 2 [2]	1971 Dezember	+14,5	+18,2	+17,1	+ 9,0	+12,8	+12,5	+ 9,6	.
	1972 Dezember	+17,0	+18,6	+18,2	+11,9	+17,5	+25,4	+15,1	+18,2
	1973 März	+20,4	+14,7	+18,5	+16,3	+18,7	+28,1	+12,7	+23,8
	Juni	+18,1	+14,2	+20,7	+14,9	+16,6	+23,3	+14,6	+21,7
	September	+17,3	+13,2	+21,3	+19,2	+16,5	+28,4	+14,8	+24,0
	Dezember	+14,4	+14,9	+23,2	+21,9	+14,6	+28,5	+12,7	+25,7
	1974 März	+10,6	+16,2 [a]	+23,2	+21,4	+14,3	+25,2	+10,0	+22,3
	Juni	+ 8,5	+15,8	+22,1	+24,8	+14,9 [b]	+20,6	+ 7,6	+22,0
	Juli	+ 7,2	+15,5	...	+27,3	...	+19,6	+ 7,1	+21,7
Bankkredite [3]	1971 Dezember	+14,1	+19,2	+15,8	+13,7	.	.	+ 4,4	.
	1972 Dezember	+16,1	+23,5	+19,8	+16,8	.	+47,3	+12,5	.
	1973 März	+16,2	+19,1	+18,8	+19,6	.	+41,7	+15,3	+34,4
	Juni	+14,8	+19,0	+20,7	+20,3	.	+33,9	+15,9	+30,0
	September	+13,9	+18,7	+22,9	+25,4	.	+37,2	+16,3	+27,8
	Dezember	+10,9	+18,1	+24,1	+27,8	+15,5	+38,2	+15,5	+22,9
	1974 März	+ 8,9	+18,8 [a]	...	+23,2	+16,2	+33,5	+15,6	+24,0
	Juni	+ 8,0	+21,0	...	+23,6	+14,6	+31,1	+14,4	+23,5
	Juli	+ 8,0	...	...	...	...	+29,6	...	+23,0

[1] Bargeldumlauf und Sichteinlagen.
[2] Geldmenge M 1 und Termineinlagen bis unter vier Jahren.
[3] Insgesamt, ohne Kredite an die öffentliche Hand.
a) Februar.
b) Mai.

Quelle: Kommission der Europäischen Gemeinschaften; Bundesrepublik Deutschland: Deutsche Bundesbank

64. Die Kreditpolitik der meisten Länder in der Gemeinschaft war 1974 noch mehr als bisher bestrebt, bestimmte wirtschaftliche Aktivitäten gegenüber anderen zu fördern (Kreditselektion). In allen Defizitländern wurde versucht, Exportkredite zu verbilligen, indem diese entweder geringeren Aktivmindestreservesätzen unterworfen wurden, aus der Berechnung der globalen Plafonds ausgeklammert werden durften oder unmittelbar subventioniert wurden. Frankreich verbilligte Investitionskredite für Unternehmen, die ihre Exportkapazitäten ausweiten wollten.

Andererseits bemühten sich viele Regierungen, den Konsum zugunsten von „produktiven" Investitionen zurückzudrängen. In Dänemark besitzt die Notenbank seit Oktober 1973 die Möglichkeit, die Vergabe von Konsumentenkrediten zu unterbinden. Da sich die Banken freiwillig zurückhielten, brauchte sie das neue Instrument 1974 allerdings noch nicht einzusetzen. In Irland verfügte die Notenbank einen Stopp für zusätzliche Kredite, soweit sie für „persönliche, spekulative und andere nichtproduktive" Zwecke beantragt werden. Großbritannien versuchte den Konsum auf subtilere Weise zu beschränken; für untere Einkommensgruppen wurde eine Form des Indexsparens eingeführt. Auch die meisten anderen Länder ergriffen Maßnahmen, um die Spartätigkeit anzuregen.

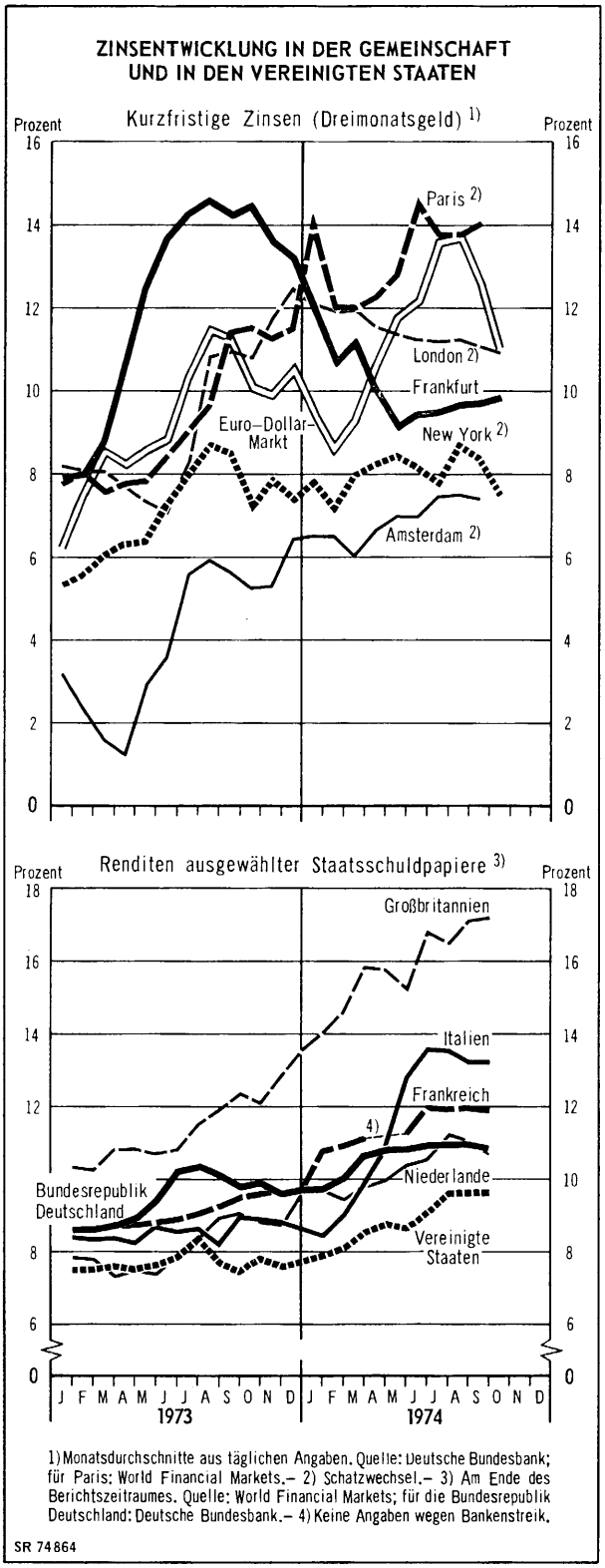
65. Da die Kreditsteuerung nicht konsequent betrieben wurde, blieben die stabilitätspolitischen Erfolge gering. Insbesondere zugunsten der öffentlichen Hand wurden offenbar zu viele Ausnahmen gemacht.

66. Die Versorgung mit Zentralbankgeld, welche die Grundlage für die monetäre Expansion im ganzen bildet, nahm 1974 in den Ländern der Gemeinschaft langsamer zu als im Vorjahr. In Belgien und Dänemark, zeitweise auch in Frankreich, übten Devisenabflüsse eine dämpfende Wirkung aus. In Italien und Irland wurde die Geldbasis dadurch stark ausgeweitet, daß die öffentlichen Haushalte ihre Defizite großenteils durch Notenbankkredite finanzierten.

Insgesamt gelang es 1974 in den meisten Ländern, die Zuwachsrate des Geldvolumens unter derjenigen des Vorjahres zu halten. Auch die Zunahme der Geldmenge im weiteren Sinne (M 2) verringerte sich leicht, blieb aber deutlich über den Leitlinien, die der Ministerrat der Europäischen Gemeinschaften im Oktober 1972 beschlossen hatte.

67. Die Verknappung der Finanzierungsmittel führte in den meisten Ländern zu weiter steigenden Zinsen. In der Bundesrepublik schwächte sich die Nachfrage allerdings so stark ab, daß zögernd eine rückläufige Bewegung einsetzte (Schaubild 5). In Großbritannien, Frankreich, Belgien, Dänemark und Irland waren die Zinssätze trotz der prekären Situation der Zahlungsbilanzen niedriger als die Raten der Geldentwertung.

Schaubild 5



Zwiespältige Finanzpolitik

68. Die Finanzpolitik war im Jahre 1974 gehalten, die Geldpolitik bei der Inflationsbekämpfung zu unterstützen und dort flankierend einzugreifen, wo sich konjunkturell oder strukturell Überreaktionen

abzeichneten. Besonders groß waren die Probleme in den Defizitländern. Dort mußte durch einen restriktiven Kurs vor allem der Konsum eingeschränkt werden, damit der Importbedarf sank und gleichzeitig Produktivkräfte für Ausfuhren frei wurden. Außerdem waren — aus mittelfristiger Sicht — solche Investitionen zu fördern, die die Exportfähigkeit der Wirtschaft verbessern und Substitutionsprozesse im Energiebereich einleiten konnten.

69. Wie im Vorjahr wurden die öffentlichen Haushalte in allen Ländern der Gemeinschaft 1974 kräftig ausgeweitet; einige Länder senkten zudem die Steuern. Außer in Italien und in Irland entsprach der finanzpolitische Kurs den konjunkturellen Erfordernissen besser als 1973 (Tabelle 9).

Das Budget der Europäischen Gemeinschaften konnte nach der außerordentlichen Expansion von 1973 auf seinem vorjährigen Stand gehalten werden.

70. Von den Ländern mit Leistungsbilanzdefiziten entsprach Frankreich am ehesten den finanzpolitischen Erwartungen. Zwar stieg dort das Ausgabenvolumen rascher an als 1973, aber nicht so schnell wie die Einnahmen. Ein umfangreiches Programm sorgte seit dem Sommer dafür, daß nicht nur die privaten Konsummöglichkeiten eingeschränkt, sondern daß erstmals auch die Investitionen erschwert wurden. Darüber hinaus wurde der Energieverbrauch drastisch verteuert. Von den zusätzlichen Einnahmen sollte — anders als in der Vergangenheit — ein großer Teil stillgelegt werden. Im Oktober, als die Teuerung an die 15 vH-Marke heranreichte, führte die Regierung zusätzlich „eine dem inflationistischen Verhalten der Unternehmen zuvorkommende Abgabe" ein, durch die Gewinne, welche — nach der Definition des Gesetzgebers — übermäßig ansteigen, zu einem Drittel weggesteuert werden. Trotz der vielfältigen und ehrgeizigen Programme war die französische Finanzpolitik jedoch nicht sehr wirkungsvoll, da ihr die Unterstützung durch die monetäre Politik fehlte.

In Großbritannien expandierten die öffentlichen Ausgaben 1974 weniger rasch als die Einnahmen. Dies war zum Teil Folge von Steuererhöhungen im Frühjahr, die vor allem die oberen Einkommensschichten, die Unternehmensgewinne und eine Anzahl von Konsumgüter des gehobenen Bedarfs belasteten. Im Juli wurde allerdings der private Verbrauch durch eine Senkung der Mehrwertsteuer sowie durch höhere Lebensmittelsubventionen wieder angeregt. Dies sollte auch einen langsameren Anstieg des Index der Lebenshaltungskosten und der daran gekoppelten Löhne mit sich bringen. Insgesamt wirkte die britische Finanzpolitik 1974 mäßig expansiv. Mitte November wurde angesichts der Rezessionstendenzen ein Kurswechsel eingeleitet.

In Italien führte der starke Anstieg der Personalkosten erneut zu einem gewaltigen Ausgabenschub. Da die Einnahmen wegen des unbefriedigenden Ertrags der Mehrwertsteuer deutlich langsamer stiegen, woran auch ein „Notstandsprogramm" im August nichts änderte, ergab sich ein Budgetdefizit in Höhe von fast 10 vH des Bruttosozialprodukts. Finanziert wurde es weitgehend durch Kredite der Notenbank.

Tabelle 9

Der Staatshaushalt [1]) in den EG-Ländern

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH

Jahr	Bundesrepublik Deutschland [2])	Frankreich	Italien	Niederlande	Belgien	Großbritannien [3])	Irland [3])	Dänemark [3])
				Ausgaben				
1972	11,9	9,9	6,4	11,2	13,1	12,7	15,2	22,1
1973	9,6	13,5	36,0	16,0	13,9	12,5	23,5	6,7
1974 [4])	10	15	27½	17½	17	19½	27	24½
				Einnahmen				
1972	8,8	13,1	5,9	14,0	12,0	7,2	13,0	26,4
1973	11,7	12,7	12,3	17,6	12,1	10,6	21,2	10,6
1974 [4])	7½	16½	20½	15	19	22	19½	15½

[1]) Nach Abgrenzung der Kommission der Europäischen Gemeinschaften; vorläufige Ist-Ergebnisse; ohne Kredite und Vorschüsse.
[2]) Bundeshaushalt.
[3]) Haushaltsjahr beginnt am 1. April.
[4]) Eigene Schätzung.

Quelle: Kommission der Europäischen Gemeinschaften

Dänemark verfolgte — bei erneuten Haushaltsüberschüssen — eine nur leicht expansive Finanzpolitik, während Irland, ganz auf Wachstum eingestellt, direkte Steuern senkte und Sozialleistungen verbesserte.

71. In der Bundesrepublik, dem Land mit dem höchsten Leistungsbilanzüberschuß, hat die Finanzpolitik 1974 zum Teil konjunkturstützend gewirkt und dazu beigetragen, daß die Geldpolitik ihren restriktiven Kurs beibehalten konnte. Eingeengt wurde der finanzpolitische Spielraum allerdings dadurch, daß zu Jahresbeginn hohe Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst nicht verhindert wurden (Ziffer 203).

Auch in den Niederlanden gingen von der Finanzpolitik mäßig expansive Wirkungen aus. Die Investitionen sollten durch großzügige Abschreibungsmöglichkeiten angeregt, der Konsum durch höhere Freibeträge bei der Einkommensteuer gefördert werden. Der Verbrauch von Mineralöl wurde durch steuerliche Maßnahmen drastisch verteuert. Mitte November 1974 wurde unter dem Eindruck der rasch zunehmenden Arbeitslosigkeit ein umfangreiches Bündel konjunkturstützender Maßnahmen beschlossen. Es enthält vor allem Investitionsanreize, auch im Bausektor, und Erleichterungen bei den direkten Steuern.

Belgien verfolgte einen deutlich expansiven finanzpolitischen Kurs. Da die Sicherung der Arbeitsplätze in den Vordergrund trat, unterblieben einige geplante Steuererhöhungen; die Ausgabenexpansion des Staates ging deutlich über die ursprünglichen Ansätze hinaus.

72. Der Haushalt der Europäischen Gemeinschaften beläuft sich für das Jahr 1974 auf 5,1 Mrd Rechnungseinheiten oder rund 16 Mrd DM. Einschließlich eines noch zu erwartenden Nachtragshaushalts für den Entwicklungsfonds der Vereinten Nationen ergibt sich ein leichter Anstieg gegenüber dem Vorjahr. Die Verwaltungsausgaben expandierten mit 28 vH außerordentlich rasch; sie machen nun 7,8 vH des Gesamtetats aus.

Drei Viertel aller Ausgaben entfallen auf die Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik. Die Ausgaben des sogenannten Garantiefonds, der seinerseits wiederum 92 vH des Agrarbudgets beansprucht, sind durch die Beschlüsse über die Marktordnungen vorbestimmt. Mehrausgaben aufgrund neuer Marktordnungsbeschlüsse — etwa über höhere Interventionspreise — werden unverzüglich in den EG-Haushalt eingestellt und nach einem festen Schlüssel den Mitgliedsländern angelastet. Der deutsche Anteil beträgt rund ein Drittel.

Die Einnahmen der Gemeinschaften stammen 1974 noch zu rund 40 vH aus den Finanzbeiträgen der Mitgliedsländer, der Rest wird durch Zölle und Agrarabschöpfungen aufgebracht. Es war beabsichtigt, ab 1. Januar 1975 die Finanzbeiträge ganz durch „eigene Mittel" zu ersetzen. Erträge bis zu einem Prozentpunkt der Bemessungsgrundlage der Mehrwertsteuer in den einzelnen Mitgliedsländern sollten an den EG-Haushalt abgeführt werden. Da aber die Mehrwertsteuerharmonisierung bisher noch nicht gelungen ist, wurde vereinbart, die Beiträge zunächst nach Maßgabe der nationalen Sozialprodukte aufzuteilen.

73. Die Auseinandersetzungen um den gemeinsamen Agrarmarkt haben sich 1974 weiter verschärft.

Die Vermutung hat sich erhärtet,

- daß die europäische Agrarpolitik nach wie vor nicht mit der allgemeinen Wirtschaftspolitik abgestimmt wird,
- daß weiterhin ad hoc-Entscheidungen dominieren, durch die, wie bislang, die Schwankungen in der landwirtschaftlichen Produktion verstärkt werden,
- daß es auch in der erweiterten Gemeinschaft nicht gelingt, Produktion und Absatz aufeinander abzustimmen und deshalb eher mit steigenden als mit sinkenden finanziellen Lasten zu rechnen ist,
- daß den traditionellen Lieferländern landwirtschaftlicher Erzeugnisse angemessene Anteile an den europäischen Agrarmärkten wie bisher vorenthalten und zugleich die europäischen Produktionsüberschüsse zu subventionierten Preisen auf den Weltmarkt geschleust werden,
- daß sich die Aufspaltung des gemeinsamen Agrarmarktes in nationale Teilmärkte fortsetzt.

74. Der Regionalisierung des Gesamtmarktes wurde 1974 durch den Grenzausgleich erneut Vorschub geleistet. Stand bei seiner Einführung der Gedanke Pate, über vorübergehende Einfuhrbelastungen und Ausfuhrsubventionen zu verhindern, daß abrupte Wechselkursänderungen sofort voll auf die nationalen Agrarpreisniveaus durchschlagen, so ist der Grenzausgleich inzwischen zu einem protektionistischen Mittel auf Dauer geworden, nicht zuletzt in der deutschen Agrarpolitik (Ziffer 349). Trotz der unterschiedlichen Preis- und Kostenentwicklung sind die Ausgleichsbeträge auch im Jahre 1974 wiederholt der Entwicklung der Wechselkurse angepaßt worden. Auf eine Renationalisierung der Agrarmärkte wirkten außerdem viele nationale Hilfsmaßnahmen zugunsten der heimischen Landwirte hin, die nach den Römischen Verträgen nicht erlaubt sind.

Auch fehlte es auf Gemeinschaftsebene nicht an gravierenden Markteingriffen in den Außenhandel mit Agrarerzeugnissen. So entschied der Ministerrat im Juli 1974, angesichts hoher Überschüsse an Rindfleisch, die nicht zuletzt durch falsche Signale der Agrarpolitik entstanden waren, die Grenzen für Rindfleischimporte aus Drittländern zu schließen. Futtergetreideimporte wurden durch eine Mengenabsprache mit den Vereinigten Staaten auf deren Wunsch beschränkt.

Die Erzeugerpreise für Marktordnungsgüter wurden zunächst im Frühjahr um durchschnittlich 8½ vH heraufgesetzt, sodann um 5 vH im Herbst — diesmal verbunden mit einer Verpflichtung von Mini-

sterrat und Kommission, eine Bestandsaufnahme vorzunehmen und die Agrarmarktordnung neu zu überdenken.

75. Die Einsicht, daß die bisherige europäische Agrarpolitik die ihr gesetzten Ziele (JG 69 Ziffern 306 ff.) nicht erreicht hat, gewann 1974 allenthalben an Boden. Der Prozeß einer Renationalisierung der Agrarmärkte führte zu einer heftigen Diskussion um die Grundlagen, die Fehlentwicklungen und die Zukunft des europäischen Agrarmarktes. Lösungen der anstehenden Probleme, denen auch politisch eine Chance gegeben wird, sind zur Stunde nicht zu sehen.

TEIL B:
Die Binnenkonjunktur 1974

I. Überblick

76. In der Bundesrepublik hat sich 1974 der Konflikt zwischen einem geringen Geldwertschwund und einem hohen Beschäftigungsstand verschärft. Schon in der konjunkturellen Entwicklung des vorangegangenen Jahres angelegt, wurde er durch die Ölkrise noch vergrößert. Zwar geriet die Bundesrepublik — anders als die meisten übrigen Industrieländer — außenwirtschaftlich nicht ins Defizit, sondern konnte ihre Überschüsse sogar beträchtlich ausweiten; die drastische Verteuerung des Erdöls stellte die Anpassungsfähigkeit der Volkswirtschaft jedoch auf eine harte Probe und heizte das Inflationsklima neuerlich an. Auf der Erzeugerstufe stiegen die Preise beschleunigt. Vielen schien es nur eine Frage der Zeit, bis die Preiswelle in ihrer vollen Stärke auch die Verbraucher erreichte. Dies vorwegnehmend, erhöhten die Tarifpartner mit hohen Lohnabschlüssen den Kostendruck zusätzlich. Im Verlauf des Jahres zeigte sich indes, daß Preissteigerungen in dem erwarteten Umfang ohne Mengeneinbußen meist nicht durchzusetzen waren; die kaufkräftige Nachfrage reichte dazu nicht aus. Während sich der Preisauftrieb in Grenzen hielt, ging die Beschäftigung spürbar zurück.

Gegenwärtig, im Herbst 1974, ist die konjunkturelle Entwicklung im Inland bei starker Differenzierung zwischen den einzelnen Wirtschaftsbereichen durch eine sinkende Kapazitätsauslastung, zunehmende Arbeitslosigkeit und einen nach allem mäßig gebliebenen Geldwertschwund gekennzeichnet.

77. Bereits in der zweiten Jahreshälfte 1973 hatte sich die Nachfrage abgeschwächt. Die restriktive monetäre Politik, die im Schutze des Block-Floatings den Finanzierungsspielraum zunehmend einengte, und das Bündel der finanzpolitischen Stabilisierungsmaßnahmen hatten dem Aufschwung die Spitze genommen, bevor er sich übersteigern konnte. Hinzu war die zeitweilig sehr starke Höherbewertung der D-Mark am Devisenmarkt gekommen.

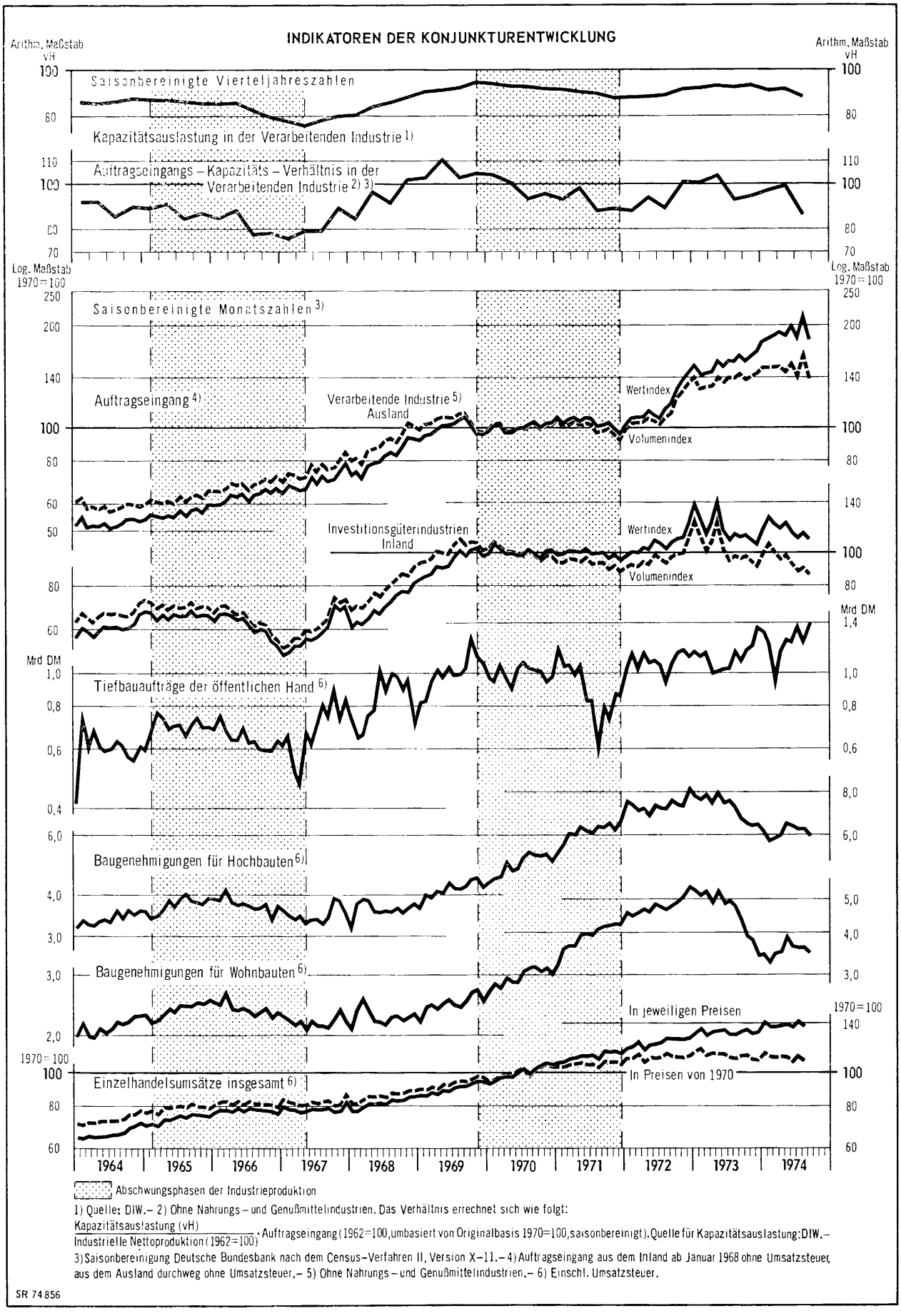
Zwar waren die Auslandsaufträge noch gestiegen; die Inlandsnachfrage hatte sich jedoch vom Sommer vorigen Jahres an deutlich beruhigt (Schaubild 6). Immer mehr Investitionspläne waren aufgeschoben und immer mehr Bauvorhaben vertagt worden. Die Verbraucher waren ebenfalls zurückhaltender geworden. Wohl hatten die Unternehmen zunächst die Produktion nur wenig zu drosseln brauchen, weil sie noch auf hohe Auftragsbestände zurückgreifen konnten; in ihrer Personalpolitik waren sie jedoch zunehmend vorsichtiger geworden. Mit dem Nachfragerückgang hatte sich auch der Spielraum für Preiserhöhungen verengt. Die Erwartung, daß der Geldwertschwund allmählich nachlassen werde, schien daher nicht unbegründet, wenngleich wegen des bestehenden Kostendrucks mit einer raschen Rückkehr zu mehr Stabilität ohne zusätzliche Beschäftigungsrisiken nicht gerechnet werden konnte.

78. Der Ausbruch der Ölkrise ließ Ende 1973 den Konflikt zwischen Stabilität und Beschäftigung unvermittelt noch um vieles größer erscheinen. Die sprunghafte Verteuerung von Erdölprodukten leistete dem Preisauftrieb neuen Vorschub; außerdem kam es zu Versorgungsengpässen. Machten die arabischen Förderländer die angekündigten Lieferkürzungen voll wahr, so mußte dies die Produktionsmöglichkeiten deutlich einengen, selbst wenn es gelang, den Ölverbrauch spürbar einzuschränken oder, soweit kurzfristig möglich, Erdöl durch andere Energieträger zu ersetzen. Ob die Nachfrage ausreichen würde, selbst die beschränkten Produktionsmöglichkeiten auszuschöpfen, war zudem keineswegs sicher: Den Haushalten beschnitt die Verteuerung von Heizöl und Kraftstoff das für den Kauf aller übrigen Güter verbleibende Einkommen. Für die Investoren vergrößerte sich die Unsicherheit über die künftige Nachfragestruktur, es sei denn, sie hatten Güter anzubieten, die Produkte aus Erdöl ersetzen konnten, oder Ausrüstungen zur Erschließung und Nutzung von Energiequellen. Da die Krise auch alle anderen Länder traf, die nicht über ausreichende eigene Energie verfügten, konnten die meisten Unternehmen — wie es damals schien — vom Export ebenfalls kaum Hilfe erwarten.

79. Die Bundesregierung revidierte ihren Kurs daraufhin noch im Dezember 1973. Um einem kumulativen Abschwung vorzubeugen und den Anstieg der Arbeitslosigkeit in Grenzen zu halten, hob sie die finanzpolitischen Stabilisierungsmaßnahmen weitgehend auf. Die Investitionsteuer wurde gestrichen, die degressive Abschreibung freigestellt und die steuerliche Begünstigung des Wohnungsbaus wieder eingeführt. Öffentliche Aufträge, die zuvor gestreckt worden waren, wurden nun zügig vergeben. Um dem Preisauftrieb entgegenzuwirken, blieb der monetären Politik indes aufgegeben, das Geldangebot knapp zu halten.

80. Dieser Aufgabe entsprach die Geldpolitik, zumal sich schon bald nach der Jahreswende 1973/74 zeigte, daß die Ölversorgung weniger ein Problem der Menge als vielmehr des Preises war. Um so mehr kam es nun auf die Einsicht der Tarifpartner an, daß das, was die Ölförderländer für ihre Lieferungen beanspruchten, nicht zugleich auch im Inland verteilbar war. Mutete jeder dem anderen zu, den notwendigen Verzicht allein zu üben, mußte dies entweder die Beschäftigungsrisiken oder —

Schaubild 6



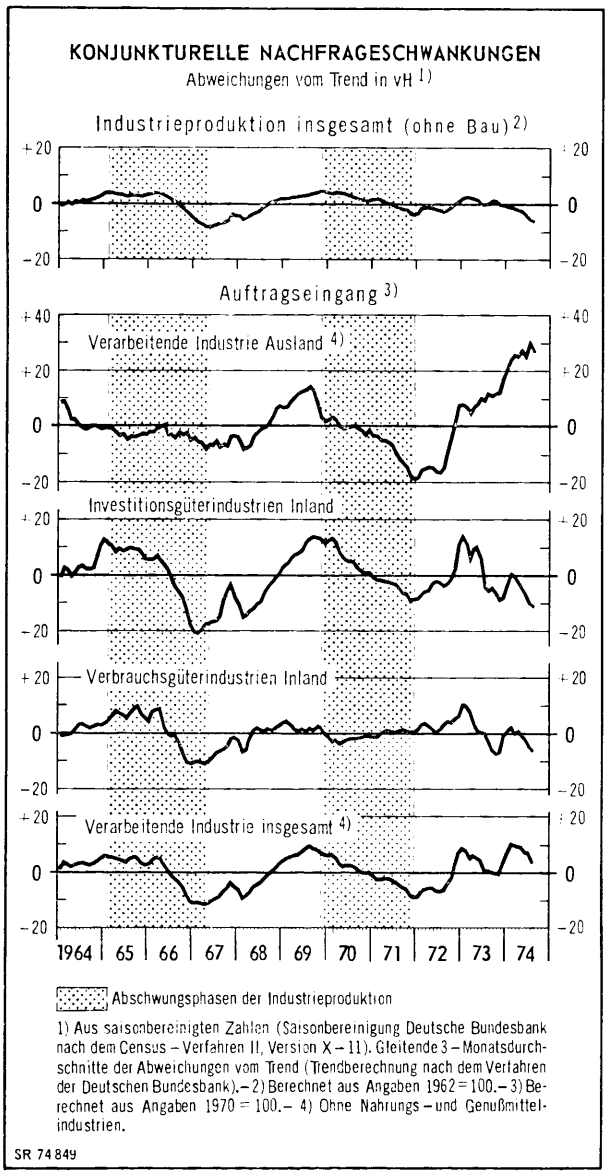
1) Quelle: DIW. – 2) Ohne Nahrungs – und Genußmittelindustrien. Das Verhältnis errechnet sich wie folgt:
$\frac{\text{Kapazitätsauslastung (vH)}}{\text{Industrielle Nettoproduktion (1962=100)}}$ · Auftragseingang (1962=100, umbasiert von Originalbasis 1970=100, saisonbereinigt). Quelle für Kapazitätsauslastung: DIW. –
3) Saisonbereinigung Deutsche Bundesbank nach dem Census-Verfahren II, Version X-11. – 4) Auftragseingang aus dem Inland ab Januar 1968 ohne Umsatzsteuer, aus dem Ausland durchweg ohne Umsatzsteuer. – 5) Ohne Nahrungs – und Genußmittelindustrien. – 6) Einschl. Umsatzsteuer.

SR 74856

wenn die Geldpolitik sich nachgiebig zeigte — den Geldwertschwund vergrößern.

81. Desungeachtet beharrten die Gewerkschaften auf ihren hohen Forderungen, um die Arbeitnehmer für den beschleunigten Preisanstieg, den sie erwarteten, schadlos zu halten und um darüber hinaus den Vorsprung im Verteilungskampf auszubauen, den sie in den letzten Jahren erzielt hatten. Dabei nahmen sie die weitgehende Lockerung der finanzpolitischen Restriktionen als Zeichen, daß es Bundesregierung und Bundesbank zu einem Beschäftigungseinbruch nicht kommen lassen würden. Die Unternehmen leisteten nur hinhaltenden Widerstand und stimmten schließlich Lohnerhöhungen von 12 vH bis 15 vH zu. Zum einen hatte ihnen der Staat, indem er als erster der Arbeitgeber den gewerkschaftlichen Forderungen nachgab, ein schlechtes Beispiel gesetzt; zum anderen vertrauten sie offenbar darauf, daß ihnen die monetäre Politik letztlich doch genügend Überwälzungsspielraum gewähren würde.

Schaubild 7



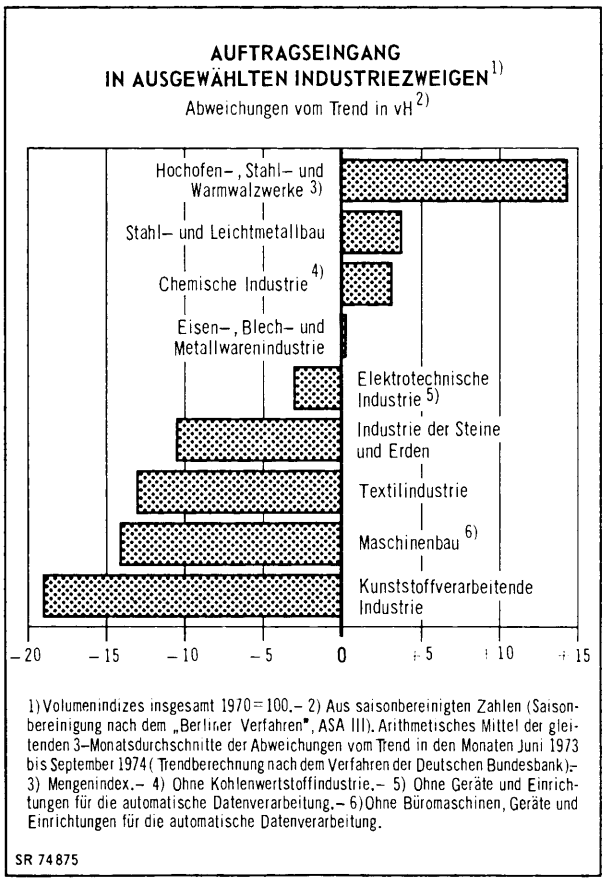
82. Die Nachfragebelebung, die sich zum Frühjahr 1974 hin abzeichnete, trug wohl ebenfalls dazu bei, daß Gewerkschaften wie Unternehmen die Gefahren für die Beschäftigung falsch einschätzten. Nachdem der Schock der Ölkrise, der Ende 1973 die Nachfrage gelähmt und den Abschwung verstärkt hatte, abgeklungen war, wurden allenthalben Aufträge nachgeholt (Schaubild 7). Vor allem die Investoren gaben, nun zudem von den steuerlichen Sonderbelastungen frei, wieder mehr Ausrüstungen in Auftrag. Die Exporteure konnten nicht nur anhaltend hohe, sondern sogar weiter steigende Auslandsaufträge buchen. Lediglich die Verbraucher hielten sich zurück; dies schien jedoch leicht damit erklärlich, daß die neu vereinbarten Löhne wegen der langwierigen Tarifverhandlungen erst verspätet ausgezahlt wurden.

83. Wer indes auf eine Lockerung der monetären Zügel gesetzt hatte, mußte bald feststellen, daß die Bundesbank diese weiterhin straff hielt. Nicht jeder Ausgabenwunsch konnte finanziert und nicht jede Kostensteigerung überwälzt werden. Der Preisauftrieb blieb damit geringer, als in den Erwartungen zu Jahresbeginn allseits vorweggenommen worden war. Wo der Ausweg aus der Kostenklemme über Preiserhöhungen nun nicht gelang, war eine weitere Verschlechterung der Ertragslage und ein Beschäftigungsabbau die Folge. Die Investitionsneigung der Unternehmen blieb deshalb gering, und die privaten Haushalte hielten sich ebenfalls zurück, da mit den Arbeitsplätzen auch die Einkommenserwartungen unsicherer wurden. Um den Nachfragemangel im Inland wettzumachen, verstärkten die Unternehmen ihre Exportanstrengungen. Nicht allen gelang es auf diese Weise, ihre Kapazitäten auszulasten, am wenigsten jenen, die — wie die Bauwirtschaft, die Automobilindustrie und manche Verbrauchsgüterhersteller — am meisten unter der Zurückhaltung der inländischen Nachfrager litten. Da die Finanzpolitik mit gezielten Hilfen sparsam war, um den notwendigen Strukturwandel nicht zu behindern, behielten die dämpfenden Einflüsse 1974 die Oberhand, ja sie verstärkten sich im Verlauf des Jahres wieder, wenn die Konjunktur in den einzelnen Bereichen der Wirtschaft zunächst auch gespalten blieb.

II. Gedämpfte Konjunktur

84. Von der Inlandsnachfrage gingen im ganzen gesehen 1974 keine anregenden Wirkungen auf Produktion und Beschäftigung aus (Ziffern 85 ff.). Als wichtigste Stütze erwiesen sich einmal mehr die Aufträge aus dem Ausland (Ziffern 97 ff.). Daß diese nicht überall einen Ausgleich für fehlende Inlandsbestellungen boten, war indes nicht der einzige Grund für die unterschiedliche Auftragslage der einzelnen Industriebereiche (Schaubild 8).

Schaubild 8



Hinzu kam, daß die Verteuerung von Erdölprodukten den konjunkturellen Nachfragerückgang in einigen Bereichen verstärkte, so vor allem in der Automobilindustrie, in anderen aber neue Nachfrage weckte. Die davon ausgehenden Einflüsse mischten sich zudem mit jenen, die von dem nicht nur konjunkturell, sondern auch strukturell bedingten Auftragsmangel in der Bauwirtschaft (Ziffern 230 ff.) auf Zulieferer und nachgelagerte Wirtschaftsbereiche ausstrahlten.

Wo die Nachfrage zurückging, wurde die Produktion gedrosselt, wenn auch nicht überall im gleichen Umfang; wo sie zunahm, zogen es die Unternehmen oft vor, ihre Auftragspolster aufzufüllen, statt ihre Fertigung auszuweiten (Ziffern 100 ff.). Allenthalben waren sie bestrebt, mit möglichst wenig Arbeitskräften auszukommen, um dem erhöhten Kostendruck bei begrenztem Überwälzungsspielraum zu begegnen (Ziffern 106 ff.).

Investoren und Verbraucher überwiegend zurückhaltend

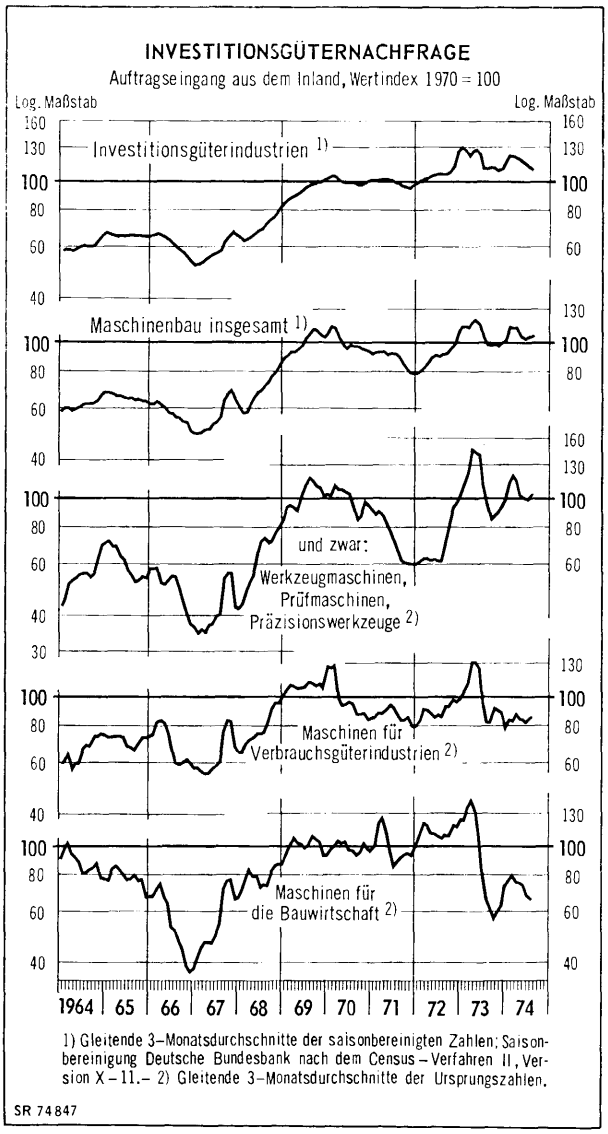
85. Nachdem die finanzpolitischen Restriktionsmaßnahmen Ende 1973 gelockert worden waren, schien es zum Frühjahr hin eine Weile, als festige sich die Investitionsneigung im Inland wieder. Im Verlauf des ersten Vierteljahres 1974 nahmen die Bestellungen bei den Investitionsgüterherstellern um mehr als 16 vH zu. Dabei handelte es sich aber zum Teil wohl um Aufträge, die während der Ölkrise aufgeschoben worden waren; außerdem ist nicht auszuschließen, daß Unternehmen Aufträge erneuerten, die sie nach dem vorzeitigen Wegfall der Investitionsteuer storniert hatten. Im Frühjahr wurde deutlich, daß sich die Investitionsneigung konjunkturell nicht belebt hatte. Statt ihre Nachfrage nach Ausrüstungsgütern weiter auszudehnen, schränkten die Unternehmen diese zumeist wieder ein. Wie groß die Zurückhaltung das Jahr über blieb, zeigt sich darin, daß die Inlandsbestellungen bei den Investitionsgüterindustrien in den ersten neun Monaten 1974 dem Werte nach um 4 vH und dem Volumen nach sogar um 11 vH niedriger waren als ein Jahr zuvor.

86. Hatten im Jahre 1973 erst die monetären und finanzpolitischen Stabilisierungsmaßnahmen zahlreiche Unternehmen davon abbringen können, möglichst rasch möglichst viel zu investieren, so war inzwischen das Investitionsklima umgeschlagen. Die Verbesserung der seit mehreren Jahren geschrumpften Erträge, die sich die Unternehmen wohl erhofft hatten, war ausgeblieben. Daß die Investitionsteuer aufgehoben und die degressive Abschreibung wieder zugelassen war, verminderte zwar den Aufwand, für den der erwartete Ertrag den Investor zu entschädigen hat; da die Bundesbank die Geldmenge knapp hielt und die Zinsen hoch blieben, mußten sich die Unternehmen jedoch fragen, ob sie das Zinsversprechen, das sie mit einer Verschuldung eingingen, aus ihren künftigen Erträgen würden erfüllen können. Viele hielten dies offenbar nicht für gewährleistet: Die Absatzerwartungen im Inlandsgeschäft waren gedämpft; im Export waren sie trotz der meist hohen Auftragseingänge unsicher, zumindest schien kein Verlaß darauf, daß die Nachfrage auch dann noch lebhaft sein würde, wenn neue Kapazitäten produktionsreif waren. Preisanhebungen, die es erlaubt hätten, die kräftig gestiegenen Kosten für Vorprodukte und die hohen Lohnsteigerungen weiterzuwälzen, ließ die Nachfrage angesichts des begrenzten Finanzierungsspielraums immer weniger zu. Die Gewinnmargen schrumpften weiter (Ziffern 143 f.), und die Aussichten, daß sich dies in absehbarer Zeit ändern werde, waren 1974 gering.

87. Je mehr die Gewinnmargen unter Druck gerieten, desto schwächer war die Investitionsneigung im allgemeinen. Neben dem Handel, der sich einer verhaltenen Nachfrage und rasch steigenden Einstandskosten gegenübersah, hielten sich vor allem weite Bereiche der Industrie mit der Bestellung neuer Ausrüstungen zurück. Ausgesprochen schwach war die Investitionsneigung in der Lederindustrie sowie bei den Herstellern von Textilien und Bekleidung, die schon in den letzten Jahren von der Nachfrage nicht mehr begünstigt waren und ihre Märkte zudem immer stärker mit ausländischen Anbietern teilen mußten, die kostengünstiger produzieren können. Gering war die Bereitschaft zu investieren 1974 auch in der Bauwirtschaft, nachdem der Boom im Wohnungsbau abgeklungen war und viele Kapazitäten brachlagen (Ziffern 230 ff.). Die Automo-

bilhersteller, die ebenfalls unter erheblichem Nachfragemangel litten, kürzten ihre Investitionen zwar kaum, doch waren hier die Überkapazitäten wegen der zurückhaltenden Investitionspolitik der letzten Jahre weniger groß. Während die Ölkrise und der Preisschub, den sie auslöste, hier die Nachfrage weiter zurückdrängten, eröffneten sie anderen Bereichen zusätzliche Absatzmöglichkeiten und neue Preiserhöhungsspielräume. Dort war die Investitionsneigung entsprechend hoch. Das gilt vor allem für den Kohlenbergbau; es trifft aber auch für die chemische Industrie sowie — mit Einschränkungen allerdings — für die Stahlproduzenten zu, die sich beide einem starken Nachfragesog, insbesondere aus dem Ausland, gegenübersahen (Ziffer 99). Obwohl dies auf die Investitionsneigung der Investitionsgüterhersteller selbst ausstrahlte, überwogen dort — nach den Inlandsbestellungen von Werkzeugmaschinen, Prüfmaschinen und Präzisionswerkzeugen zu urteilen — die dämpfenden Einflüsse, die von der geringen Investitionsbereitschaft der Bauwirtschaft

Schaubild 9



und der Hersteller von Verbrauchsgütern ausgingen (Schaubild 9).

88. Wie angesichts des verstärkten Kostendrucks zu erwarten, waren die Investitionen 1974 noch weniger als in den beiden Jahren zuvor auf die Erweiterung vorhandener Kapazitäten gerichtet, sondern vornehmlich darauf, die Produktion zu rationalisieren. Dem Ifo-Investitionstest zufolge wollten die Unternehmen vor allem dem Anstieg der Personalkosten begegnen. Das Bestreben, auch andere Kosten zu senken, spielte nur eine untergeordnete Rolle; selbst dort, wo es eine gewisse Bedeutung hatte, wie bei den Herstellern von Vorprodukten und von Verbrauchsgütern, war es nicht viel stärker ausgeprägt als 1973. Dies ist bemerkenswert, läßt es doch darauf schließen, daß die beträchtliche Verteuerung des Erdöls als Energiequelle und als Rohstoff fürs erste nur wenig Umstellungsinvestitionen in der Industrie auslöste. Soweit zusätzliche Kapazitäten geschaffen wurden, geschah es häufiger als im Vorjahr mit dem Ziel, das Produktionsprogramm zu ändern oder zu verbreitern und so das Angebot für die Nachfrager attraktiver zu machen. Im übrigen beschränkten sich 1974 mehr Unternehmen als sonst darauf, ausgediente Anlagen zu ersetzen; der Anteil der Ersatzinvestitionen war — zumindest in der Industrie — sogar höher als im Rezessionsjahr 1967.

89. In der Nachfrage nach gewerblichen Bauten schlug sich die verhaltene Investitionsneigung 1974 noch stärker als in den Bestellungen von Ausrüstungsgütern nieder. Dies lag nicht zuletzt wohl daran, daß Kapazitätserweiterungen, die häufig mit Bauten verbunden sind, nicht für vordringlich gehalten wurden; daß die Zinsen hoch blieben, die bei Bauten oft stärker als bei Ausrüstungen zu Buche schlagen, dürfte außerdem viele Investoren veranlaßt haben, Bauvorhaben zu vertagen. So verharrte die Auftragsvergabe für Wirtschaftsbauten das Jahr über auf dem niedrigen Stand, den sie Ende 1973 erreicht hatte. Die Baugenehmigungen, die bis zur Jahreswende noch recht hoch geblieben waren, gingen 1974 deutlich zurück. Von Januar bis September waren sie um fast 21 vH niedriger als ein Jahr zuvor; die Aufträge unterschritten das Vorjahresniveau sogar um mehr als 28 vH.

Im Wohnungsbau war die Zurückhaltung nicht minder groß. Zwar kam der starke Nachfragerückgang im Frühjahr 1974 zum Stillstand; doch obwohl die Baugenehmigungen und mit ihnen auch die Auftragsvergabe seither wieder etwas stiegen, wurden in den ersten neun Monaten 1974 dem Wert nach über 28 vH weniger Wohnbauten in Angriff genommen als in der gleichen Zeit des Vorjahres.

Mit einer Ausweitung der öffentlichen Bauaufträge, die dem Hochbau wesentlich stärker als dem Tiefbau zugute kam, milderte zwar der Staat den Beschäftigungsrückgang in der Bauwirtschaft, doch machte dies den Ausfall an privaten Aufträgen trotz der beiden Sonderprogramme von Februar und September 1974 auch nicht annähernd wett (Ziffern 239 f.). Die Auftragsdecke des Bauhauptgewerbes war im Herbst 1974 mit einer Reichweite von etwas mehr

als zwei Monaten noch um rund ein Achtel kürzer als im Winter 1966/67.

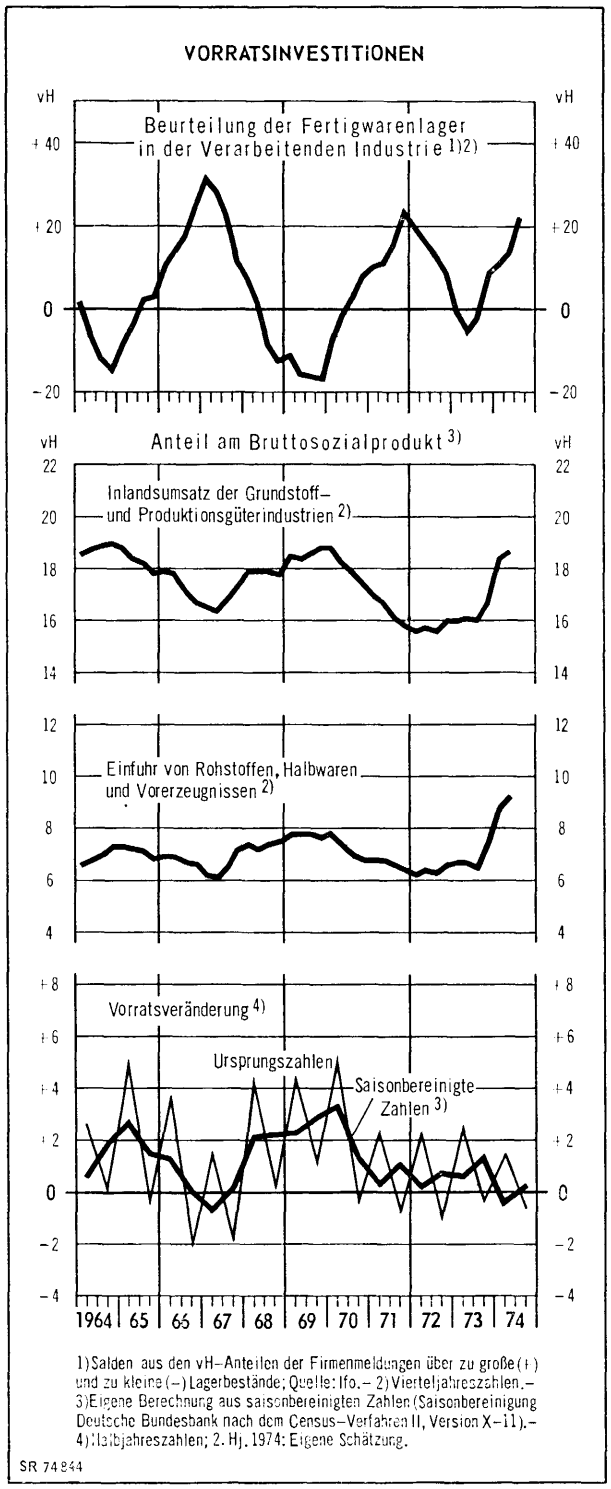
90. Anders als die Auftragsvergabe spiegeln die Ausgaben für Bauten und Ausrüstungen das kühle Investitionsklima nur unvollkommen wider, da sie an die Lieferungen gebunden sind und damit den Bestellungen verzögert folgen. Bei Bauten ist die Zeitspanne zwischen Auftragsvergabe und Erstellung meist besonders groß. So wurden 1974 noch zahlreiche Bauvorhaben abgeschlossen, die im Vorjahr oder noch früher begonnen worden waren. Es verwundert daher nicht, daß die Bauausgaben kaum niedriger waren als 1973. Auch bei den Ausrüstungen fielen die Lieferungen 1974 noch größer als die Bestellungen aus; hier dürften die Ausgaben ihr vorjähriges Niveau allerdings um rund 3 vH unterschreiten. Weder bei den Ausrüstungen noch bei den Bauten reichten die Ausgaben indes aus, einen deutlichen Rückgang des realen Investitionsvolumens zu verhindern; in konstanten Preisen gerechnet dürften die Anlageinvestitionen insgesamt um etwa 6 vH niedriger sein als 1973. Ihr Anteil am Sozialprodukt, der über den künftigen Wachstumsspielraum mitentscheidet, ist damit seit vier Jahren rückläufig (Ziffern 220 ff.).

91. Auch die Vorratsbildung schränkten die Unternehmen ein. Da Lagerinvestitionen besonders zinsempfindlich sind, hatten sich Hersteller und Händler schon in der zweiten Jahreshälfte 1973 bemüht, ihre Läger an Vorprodukten und Fertigwaren, hier allerdings nicht überall mit Erfolg, möglichst klein zu halten. In den Wintermonaten kam es dann mit der Ölkrise zwar zu einer Welle zusätzlicher Vorratskäufe, weil es vielen offenbar lohnend erschien, auch hohe Lagerhaltungskosten in Kauf zu nehmen, um Versorgungsengpässen und den erwarteten Preissteigerungen zuvorzukommen; bis zum Sommer 1974 wurde aber ein Teil dieser Läger, wie es scheint, wieder abgebaut. Mit 7,4 Mrd DM war die Vorratsbildung im ersten Halbjahr 1974 um mehr als ein Drittel niedriger als ein Jahr zuvor. Auch in der zweiten Jahreshälfte dürfte sie hinter jener des Vorjahres zurückbleiben, da die Unternehmen weiterhin vorsichtig disponierten und außerdem unfreiwillige Läger nicht mehr in dem damaligen Maße entstanden.

92. Vor allem die Läger an Vorprodukten, die 1973 bis zur Jahresmitte beträchtlich ausgeweitet worden waren, wurden 1974 nur noch wenig aufgestockt. Ausschlaggebend dafür waren wohl nicht nur die nach wie vor hohen Zinsen und das gedrosselte Produktionstempo; eine wichtige Rolle dürfte auch gespielt haben, daß die Preishausse auf den internationalen Rohstoffmärkten, die zuvor den Lageraufbau angeheizt hatte, im Frühjahr 1974 ihren Höhepunkt überschritt. So gingen die Bezüge von Rohstoffen und Halbwaren nur wenig über den produktionsnotwendigen Bedarf hinaus, wenngleich die Ausgaben noch einmal kräftig stiegen.

Angesichts der gedämpften Absatzerwartungen sahen die Unternehmen 1974 im allgemeinen auch kaum Anlaß, ihre Vorräte an fertigen Erzeugnissen zu erhöhen; im Gegenteil, dem Ifo-Konjunkturtest zufolge waren ihnen die Lagerbestände überwiegend zu groß (Schaubild 10). Da die Produktion meist rascher als in der zweiten Jahreshälfte 1973 der Nachfrage angepaßt wurde, nahmen die unfreiwilligen Läger ebenfalls weniger als damals zu. In der Automobilindustrie kam es im Verlauf des Jahres sogar zu einem deutlichen Haldenabbau; allerdings mußten

Schaubild 10



1) Salden aus den vH-Anteilen der Firmenmeldungen über zu große (+) und zu kleine (–) Lagerbestände; Quelle: Ifo. – 2) Vierteljahreszahlen. – 3) Eigene Berechnung aus saisonbereinigten Zahlen (Saisonbereinigung Deutsche Bundesbank nach dem Census-Verfahren II, Version X–11). – 4) Halbjahreszahlen; 2. Hj. 1974: Eigene Schätzung.

SR 74844

nun viele Zulieferer unverkäufliche Produkte auf Lager nehmen. Nach den Inlandsumsätzen der Verbrauchsgüterindustrien zu schließen, hielt sich auch der Einzelhandel vom Frühjahr 1974 an in seinen Vorratsdispositionen zurück, nachdem er seine Läger Anfang des Jahres, wohl wegen der erwarteten Preissteigerungen, vorsorglich aufgefüllt hatte. Vielfach war er sogar bestrebt, seine Läger abzubauen, da sich seine Absatzerwartungen nicht ganz erfüllten.

93. Das Jahr 1974 zeigte erneut, daß sich die privaten Haushalte bei ihren Ausgaben nicht allein nach der Höhe ihres laufenden Einkommens richten, sondern auch nach der Höhe und der Sicherheit des Einkommens, mit dem sie für die Zukunft rechnen können.

Anders als zu Jahresbeginn vielfach erwartet, gingen daher von der Verbrauchsnachfrage keine konjunkturanregenden Wirkungen aus. Die Lohnsteigerungen waren zwar beträchtlich, doch wurden sie mit vermehrten Beschäftigungsrisiken erkauft. Obwohl zur Jahresmitte auch die Renteneinkommen angehoben wurden und außerdem der Stabilitätszuschlag wegfiel, der — wie im Stabilitätsprogramm vom Mai 1973 vorgesehen — ein Jahr lang die mittleren und höheren Einkommen belastet hatte, blieb die Nachfrage verhalten.

94. Aufs ganze Jahr gesehen gaben die Haushalte für den Verbrauch schätzungsweise 7 vH mehr aus als 1973. Damit fiel der Ausgabenzuwachs bei Preissteigerungen von über 7 vH nicht nur geringer aus als damals, sondern er blieb auch hinter dem gleichfalls verlangsamten Anstieg des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte zurück. Es wurde also wieder ein größerer Teil des verfügbaren Einkommens gespart. Dieser Anteil, die Sparquote, dürfte 1974 rund 14 vH betragen; nur 1972, als der Konjunkturzuschlag zurückgezahlt worden war, lag er höher (Schaubild 11).

95. Das besagt allerdings nicht, daß es die Haushalte 1974 lohnender als im Vorjahr gefunden hätten, ihr Einkommen zu sparen, statt es auszugeben; die Entwicklung der Preise wie der Sparzinsen gab

Schaubild 11

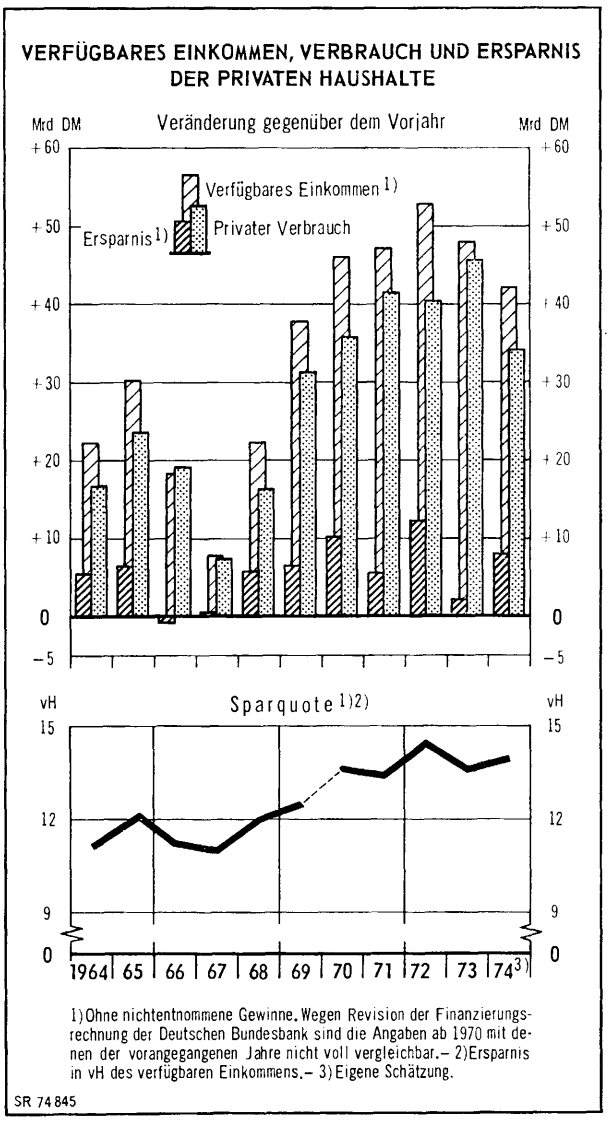


Tabelle 10

Konsumentenkredite [1])

Monatsende	Bestand	Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat	
	Mrd DM		vH
1970 März	27,24	+5,08	+22,9
Juni	28,59	+4,72	+19,8
September	29,48	+4,56	+18,3
Dezember	29,68	+2,88	+10,7
1971 März	30,32	+3,08	+11,3
Juni	32,68	+4,09	+14,3
September	34,09	+4,61	+15,6
Dezember	35,98	+6,30	+21,2
1972 März	37,04	+6,72	+22,2
Juni	39,84	+7,16	+21,9
September	41,89	+7,80	+22,9
Dezember	44,97	+8,99	+25,0
1973 März	46,44	+9,40	+25,4
Juni	48,88	+9,04	+22,7
September	49,14	+7,25	+17,3
Dezember	50,00	+5,03	+11,2
1974 März	48,90	+2,46	+ 5,3
Juni	49,96	+1,08	+ 2,2
September	50,19	+1,05	+ 2,1

[1]) Bankkredite an wirtschaftlich unselbständige und sonstige Privatpersonen; ohne Kredite für den Wohnungsbau.

Quelle: Deutsche Bundesbank

dazu kaum Anlaß, wenn sich auch die ärgsten Befürchtungen bezüglich des Kaufkraftschwunds im Verlauf des Jahres nicht bestätigten. Eine wichtigere Rolle bei den Ausgabenentscheidungen spielte, daß die Sorge um die Sicherheit der Arbeitsplätze, die verbreitete Kurzarbeit und der Ausfall von Überstundenentgelten die Einkommenserwartungen trotz des beträchtlichen Anstiegs der Lohnsätze dämpfte. Müssen die Haushalte mit Einkommenseinbußen rechnen, so neigen sie erfahrungsgemäß dazu, vor allem solche Käufe zurückzustellen, die sie für die Zukunft mit Ratenzahlungen belasten. Viele Verbraucher schreckten 1974 zudem wohl auch wegen der hohen Zinsen vor einer Verschuldung zurück, wie die geringe Zunahme der Konsumentenkredite zeigt (Tabelle 10). Soweit eine Kreditaufnahme ohnehin nicht geplant war, machte der Preisanstieg, der bei Gütern des gehobenen Bedarfs vielfach besonders stark war, einen längeren Ansparprozeß nötig. Zur Erhöhung der Sparquote dürfte vom Sommer an auch der Wegfall des Stabilitätszuschlags beigetragen haben; da diese Sonderausgabe das verfügbare Einkommen nicht dauerhaft, sondern nur vorübergehend geschmälert hatte, war sie zuvor vermutlich weniger zu Lasten des Verbrauchs als der Ersparnis jener Haushalte gegangen, die sie zu leisten hatten [1]).

96. Die Entwicklung der Ausgabenstruktur bestätigt, daß die Konsumenten 1974 bei den Käufen von kostspieligen langlebigen Gebrauchsgütern am meisten Zurückhaltung übten. Besonders groß war diese bei der Nachfrage nach Automobilen; von Januar bis September 1974 wurden 21 vH weniger neue Personenkraftwagen zugelassen als ein Jahr zuvor (Ziffern 226 ff.). Auch Einrichtungsgüter, die lange Zeit im Vordergrund des Konsumenteninteresses gestanden hatten, waren 1974 weniger gefragt als 1973, nicht zuletzt wohl deshalb, weil nicht mehr so viele neue Wohnungen bezogen wurden. Nicht ganz so zurückhaltend waren die Verbraucher beim Kauf von Bekleidung, Wäsche und Schuhen, für die sie in den ersten acht Monaten 4½ vH mehr ausgaben als 1973; der Menge nach blieb aber auch hier die Nachfrage hinter dem schon recht mäßigen Vorjahresumfang zurück. Die Käufe von Nahrungs- und Genußmitteln waren dagegen nicht nur den Ausgaben (6 vH), sondern auch der Menge nach (½ vH) höher als ein Jahr zuvor.

[1]) Ein weiterer Grund für den Anstieg der statistisch ausgewiesenen Sparquote dürfte in den erhöhten Zinszahlungen für Wohnungsbaudarlehen liegen. In der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung werden diese nicht beim privaten Verbrauch, sondern als Ausgaben des Sektors Wohnungsvermietung verbucht. Zusammen mit den Abschreibungen bilden sie dort die wichtigsten Ausgaben, die bei der Ermittlung des Gewinns aus Vermietung und Verpachtung den Mieteinnahmen und den kalkulatorischen Mieten für Eigentümerwohnungen gegenübergestellt werden. Die so ermittelten Gewinne fließen den privaten Haushalten als Bestandteile der verteilten Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen zu. Ergeben sich Verluste, wie dies 1974 vermutlich der Fall war, so schlagen sich diese nach der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung nicht als Einkommensminderung bei den privaten Haushalten nieder, sondern als negative unverteilte Gewinne im Unternehmenssektor. Das Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte wird dann insoweit zu hoch ausgewiesen und damit bei gegebenen Verbrauchsausgaben auch die Sparquote.

Hohe Auslandsaufträge

97. Je weniger die Inlandsnachfrage die vorhandenen Kapazitäten auslastete, um so stärker drängten die Unternehmen auf die Auslandsmärkte. Ob sie dort erfolgreich sein würden, war zunächst keineswegs sicher. Zwar hatte sich der kräftige Kursanstieg der D-Mark seit dem Sommer 1973 wieder um einiges zurückgebildet, doch hatte sich auch die konjunkturelle Expansion in der Welt inzwischen deutlich abgeschwächt. Es stand daher zu vermuten, daß der Wettbewerb um die verbleibende Nachfrage im Ausland schärfer werden würde. Der Ausbruch der Ölkrise machte für viele Exporteure einen Absatzerfolg noch ungewisser.

98. Schon um die Jahreswende 1973/74 wurde indes deutlich, daß viele Unternehmen im Auslandsgeschäft auch weiterhin eine starke Stütze fanden. In den ersten Monaten 1974 konnten sie sogar rasch steigende Bestellungen buchen. Zum Teil mag dies daran gelegen haben, daß ausländische Kunden ihre Aufträge vorsorglich erhöhten, um Lieferschwierigkeiten im Falle anhaltender Ölknappheit zu begegnen; streikbedingte Produktionsausfälle bei ausländischen Konkurrenten, bespielsweise den englischen, dürften der heimischen Industrie ebenfalls manchen zusätzlichen Auftrag eingebracht haben. Daß solche Einflüsse jedoch nicht den Ausschlag gaben, zeigte sich, als die Auslandsbestellungen auch im weiteren Verlauf des Jahres hoch blieben. Von Januar bis September 1974 wurden der verarbeitenden Industrie dem Werte nach um 24 vH und dem Volumen nach immerhin noch um 8 vH mehr Aufträge aus dem Ausland erteilt als ein Jahr zuvor.

Die wichtigste Rolle dabei spielte wohl, daß die heimischen Unternehmen oft gerade jene Güter anzubieten hatten, die 1974, nicht zuletzt als Folge der Ölkrise, weltweit besonders gefragt waren. Dabei kam ihnen zustatten, daß sie meist kurze Lieferfristen zusagen konnten; nicht selten waren sie auch bereit, lange Zahlungsziele einzuräumen, um sich Aufträge zu sichern. Hinzu kam, daß sich ausländische Konkurrenzprodukte, selbst wenn man den Wiederanstieg des D-Mark-Kurses in Rechnung stellt, meist rascher verteuerten als heimische Exportgüter (Ziffer 152). So gelang es vielen Unternehmen nicht nur, ihre Kapazitäten besser auszulasten, sondern auch einen Teil des Kostenanstiegs, den sie im Inland nicht überwälzen konnten, in den Ausfuhrpreisen weiterzugeben und den Druck auf die Gewinnspannen zu mildern.

99. Nicht allen Industriebereichen bot das Auslandsgeschäft allerdings die gleiche Hilfe. Den größten Auftragszuwachs konnten — anders als sonst bei verhaltener Weltkonjunktur — die Hersteller von

Vorprodukten hereinholen, die auch im Inlandsgeschäft vielfach über volle Auftragsbücher verfügten. Dies gilt vor allem für die chemische Industrie, aber auch für die Stahlhersteller, obwohl die Bauwirtschaft und die Automobilproduzenten, die zu deren wichtigsten Abnehmern zählen, die Produktion allenthalben drosselten. Beiden Bereichen kam zugute, daß sie nach dem weltweiten Ertragstief in den vergangenen Jahren ihre Kapazitäten früher ausgebaut hatten als ihre Konkurrenten im Ausland; so waren sie lieferfähig, als die Nachfrage, sei es in Erwartung steigender Preise, sei es weil der Bedarf mit der Erschließung neuer Energiequellen zunahm, auf den Weltmärkten anzog. Von den Anpassungsinvestitionen, zu denen die Verteuerung des Erdöls den Anstoß gegeben hatte, profitierten auch viele Hersteller von Ausrüstungsgütern. Wo sich die Nachfrage wegen der im ganzen gedämpften Investitionsneigung im Ausland abschwächte, konnten die Unternehmen oft noch auf hohe Auftragsbestände zurückgreifen. Eine wichtige Ausnahme bildeten vor allem die Automobilhersteller; wie im Inland mußten sie 1974 auch im Export, der für sie seit je besonders bedeutsam ist, beträchtliche Absatzeinbußen hinnehmen. Auch die meisten Hersteller von Verbrauchsgütern fanden auf den Auslandsmärkten keinen Ausgleich für die schleppenden Inlandsaufträge.

Gedrosselte Produktion

100. Die gesamtwirtschaftliche Produktion, die bis zum ersten Vierteljahr 1974 noch leicht zugenommen hatte, wurde im Verlauf des Jahres der zurückhaltenden Nachfrage entsprechend eingeschränkt. Aufs ganze Jahr gesehen war sie nur um ½ vH höher als 1973. Die Beanspruchung der Produktionsanlagen ließ daher spürbar nach (Schaubild 12).

Mit 94½ vH war der Auslastungsgrad des Produktionspotentials um 3 vH niedriger als im Durchschnitt der letzten zehn Jahre. Gleichwohl blieb die Kapazitätsauslastung immer noch um gut 1 vH höher als im Rezessionsjahr 1967. Dies ist nicht nur darauf zurückzuführen, daß sich die Produktion 1974 weniger als damals abschwächte, sondern auch darauf, daß sich das Wachstum des Produktionspotentials seit einigen Jahren deutlich verlangsamt hat, zuletzt auf 3½ vH (Ziffern 220 ff.).

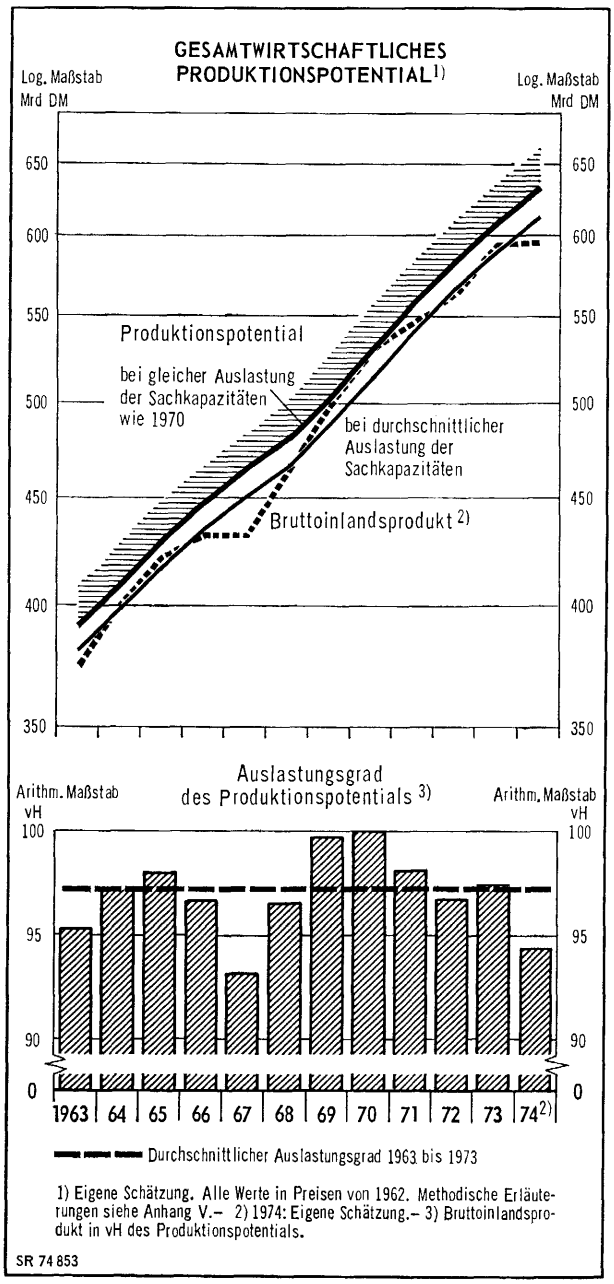
101. Vielfach folgte die Produktion der Nachfrage allerdings nur verzögert und nicht immer im selben Umfang.

So wurde die Produktion in der Bauwirtschaft, obwohl sie kräftig eingeschränkt wurde, noch nicht voll an die geschrumpfte Nachfrage angepaßt. Im Ausbaugewerbe überraschte dies nicht, denn hier war noch eine große Anzahl bereits früher begonnener Bauten fertigzustellen. Aber auch jene Unternehmen, die lediglich Rohbauten erstellen, nutzten ihre Auftragsbestände, obwohl diese nicht mehr groß waren, um den Beschäftigungsrückgang zu strecken. Immerhin unterschritt ihre Produktion im Herbst 1974 das Vorjahresniveau bereits um 18 vH.

Die Automobilhersteller dagegen, die 1973 nur zögernd auf den Nachfragerückgang reagiert hatten, drosselten ihren Ausstoß 1974 stärker, als es den Absatzeinbußen entsprach. Dies ermöglichte ihnen, die kapitalbindenden Bestände an unverkauften Fahrzeugen, die bis zu Beginn des Jahres immer größer geworden waren, weitgehend abzubauen.

Die Hersteller von Vorprodukten, wie chemischen Erzeugnissen oder Stahl, und auch ein Teil der Investitionsgüterproduzenten, die noch steigende Aufträge verbuchen konnten, hätten ein Gegengewicht bilden können. Sie erhöhten ihre Produktion nach dem Ausbruch der Ölkrise jedoch kaum mehr. Da sie nicht sicher waren, wie lange sie noch von der Nachfrage, vor allem der ausländischen, begünstigt

Schaubild 12



1) Eigene Schätzung. Alle Werte in Preisen von 1962. Methodische Erläuterungen siehe Anhang V.– 2) 1974: Eigene Schätzung.– 3) Bruttoinlandsprodukt in vH des Produktionspotentials.

SR 74 853

sein würden, zogen sie es offenbar vor, sich Auftragspolster zu schaffen. Im einzelnen dürften auch Kapazitätsengpässe eine Rolle gespielt haben.

102. Erfahrungsgemäß schränken die Unternehmen den Arbeitseinsatz nicht in dem Maße ein, wie sie die Produktion drosseln. Es war daher zu erwarten, daß die statistisch gemessene Arbeitsproduktivität 1974 nur wenig zunehmen würde, da die Auslastung der Kapazitäten sank; besonders niedrig war der Auslastungsgrad in der Bauwirtschaft, im Automobilbau und in vielen Verbrauchsgüterindustrien, während er in den Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien sowie in den Investitionsgüterindustrien noch recht hoch blieb (Schaubild 13). Diesmal verringerte sich das Arbeitsvolumen um 3 vH gegenüber dem Vorjahr recht deutlich, da die Unternehmen ihren Personalbestand zunehmend abbauten und häufig Kurzarbeit einführten. Das gesamtwirtschaftliche Produktionsergebnis je Erwerbstätigen war 1974 dennoch nur um 2½ vH, je Erwerbstätigenstunde gerechnet um 3½ vH höher als im Vorjahr. Damals hatte die Zuwachsrate der Arbeitsproduktivität je Stunde noch 5½ vH betragen, doch war dies vor allem auf den Schub des Aufschwungs bis zum Frühjahr 1973 zurückzuführen. Seither steigt die Arbeitsproduktivität langsamer an (Schaubild 14).

Schaubild 13

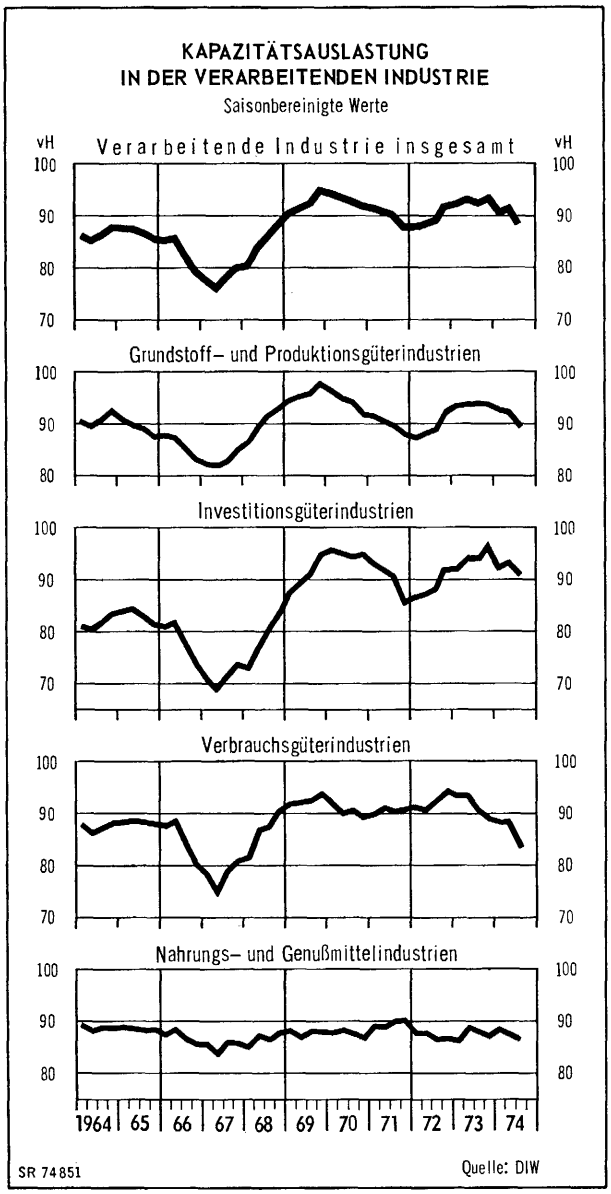
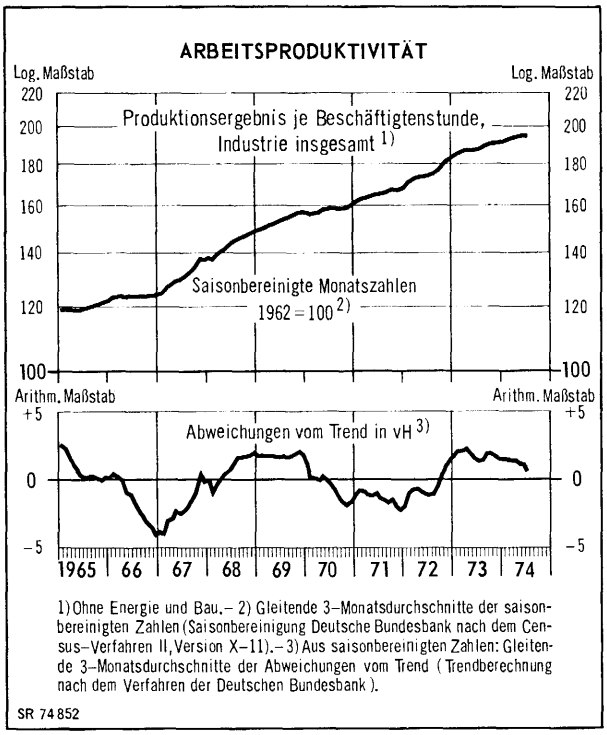


Schaubild 14



1) Ohne Energie und Bau. – 2) Gleitende 3-Monatsdurchschnitte der saisonbereinigten Zahlen (Saisonbereinigung Deutsche Bundesbank nach dem Census-Verfahren II, Version X-11). – 3) Aus saisonbereinigten Zahlen: Gleitende 3-Monatsdurchschnitte der Abweichungen vom Trend (Trendberechnung nach dem Verfahren der Deutschen Bundesbank).

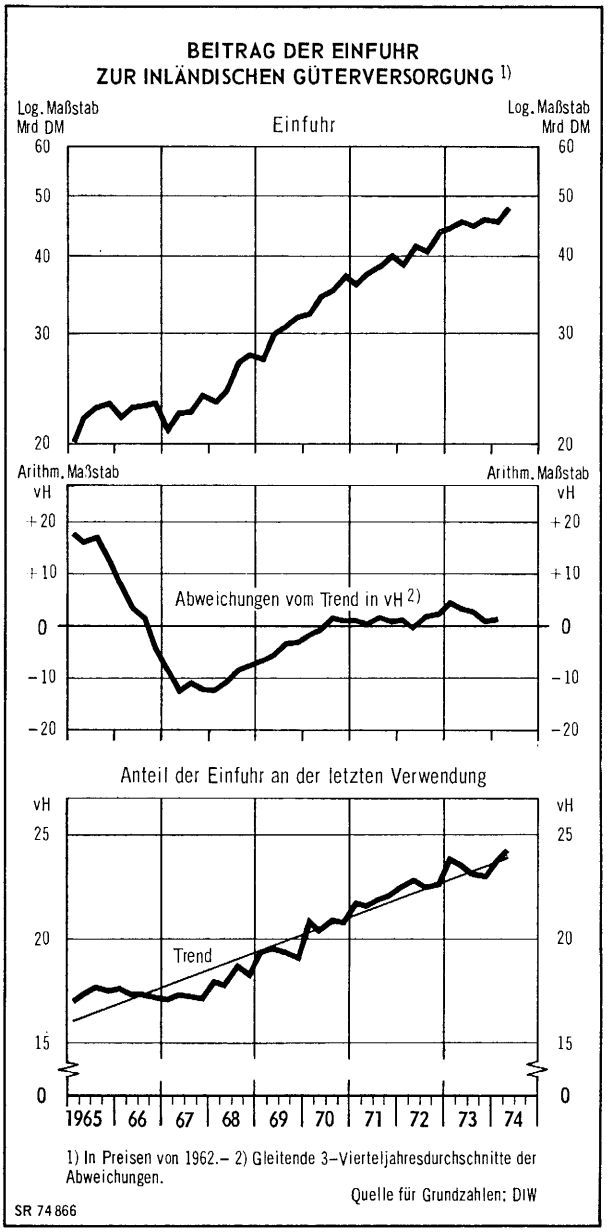
103. Von einem Mangel an Öl ist die Produktionstätigkeit selbst zu Beginn des Jahres kaum beeinträchtigt worden. Lediglich in der chemischen Industrie scheint es zeitweise zu Behinderungen gekommen zu sein; dort nahm die Produktion um die Jahreswende um 2½ vH ab; aber schon im Frühjahr übertraf sie wieder das Niveau vom Herbst 1973.

Daß in den ersten sechs Monaten 1974 über 10 vH weniger an Rohöl und an Mineralölprodukten als im Vorjahr eingeführt wurde, war nicht Ausdruck von Angebotsengpässen, sondern Folge von Einsparungen und eines wegen der vorsorglich aufgefüllten Vorräte verringerten Bedarfs.

Mäßiger Zuwachs der Importe

104. Auch in der Beanspruchung des ausländischen Güterangebots spiegelt sich die verhaltene Nachfrage wider. Im ersten Halbjahr 1974 wurden dem Volumen nach nur 3½ vH mehr Waren eingeführt und ausländische Dienstleistungen in Anspruch genommen als ein Jahr zuvor; insgesamt dürften die Importe von Waren und Diensten 1974 um 6½ vH höher sein als 1973. Sie haben damit jedoch immer-

Schaubild 15



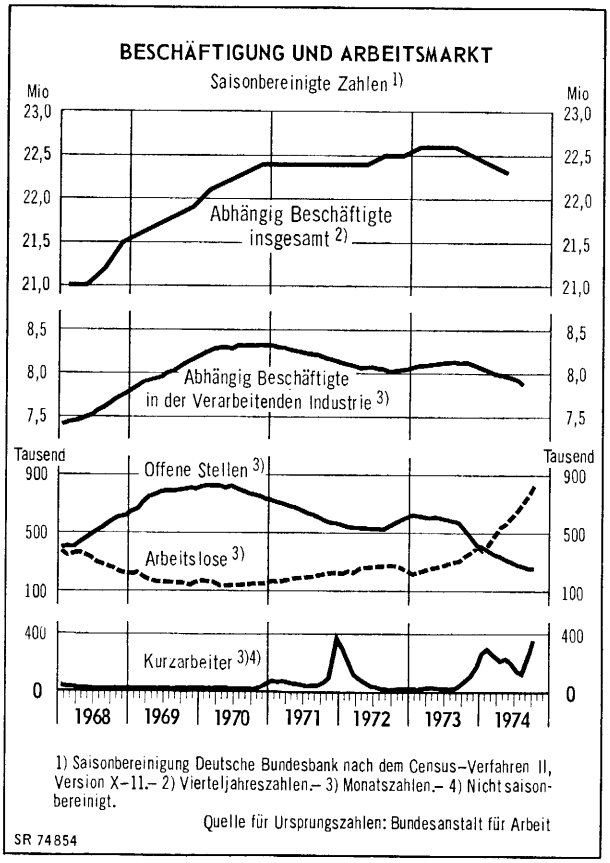
hin stärker zugenommen als die Verwendung von Gütern aus inländischer Produktion; der Anteil der Einfuhr an der letzten Verwendung, sei es durch Investoren und Verbraucher im Inland, sei es durch Exporteure, hat sich damit 1974 dem mittelfristigen, durch die fortschreitende Verflechtung der Märkte bestimmten Trend entsprechend weiter erhöht, und zwar von 23½ vH im Jahre 1973 auf 24 vH (Schaubild 15).

105. Die Wareneinfuhr war in den ersten Monaten 1974 zunächst deutlich rückläufig. Die Unternehmen waren bestrebt, ihre Läger an Vorprodukten und damit auch an importierten Rohstoffen und Halbwaren möglichst klein zu halten (Ziffer 92). Mit der Nachfrage nach ausländischen Fertigwaren hielten sich Investoren und Verbraucher sogar noch stärker zurück. Nicht auszuschließen ist allerdings, daß auch mangelnde Lieferfähigkeit ausländischer Produzenten die Fertigwareneinfuhr zeitweilig dämpfte. Seit dem Frühjahr hat sich die Wareneinfuhr allgemein wieder belebt — bei Vorprodukten dem gedrosselten Produktionstempo entsprechend nur mäßig, bei Fertigwaren indes recht deutlich. Die Beanspruchung ausländischer Dienstleistungen — im Reiseverkehr etwa oder Leistungen von Versicherungen, Spediteuren, Reedereien — schwächte sich dagegen nach einem Anstieg zu Beginn des Jahres im weiteren Verlauf ab.

Abnehmender Arbeitskräftebedarf nicht nur konjunkturell bedingt

106. Das Arbeitsmarktklima ist 1974 erheblich rauher geworden. War um die Jahreswende 1973/74 nur für den Fall eines anhaltenden Ölmangels mit einem beschleunigten Abbau der Beschäftigung gerechnet worden, so gewannen im Verlauf des Jahres die kontraktiven Einflüsse zunehmend an Bedeutung, die bei der ohnehin gedämpften Nachfrage von dem sich verstärkenden Kostendruck ausgingen. Die Anzahl der Beschäftigten nahm ab, und die Arbeitslosigkeit stieg trotz verbreiteter Kurzarbeit, sieht man von saisonalen Schwankungen ab, das Jahr über ständig an (Schaubild 16).

Schaubild 16



107. Obgleich die Ölversorgung die Produktion kaum beeinträchtigt hatte und die saisonale Arbeitslosigkeit aufgrund des milden Winterwetters niedrig geblieben war, stieg die Anzahl der Arbeitslosen von November 1973 bis Januar 1974 von 332 000 auf 620 000 an. Im Frühjahr, als die dämpfenden saisonalen Einflüsse entfielen, belebte sich die Nachfrage nach Arbeitskräften weit weniger als sonst um diese Jahreszeit. Der übliche Herbstaufschwung nach der Sommerpause blieb sogar völlig aus. Im Oktober 1974 waren 672 000 Arbeitskräfte ohne Beschäftigung. Zur gleichen Zeit lag die Arbeitskräftenachfrage, gemessen an der Zahl der offenen Stellen, nur noch bei 248 000. Die Arbeitslosenquote betrug zuletzt 3,0 vH, von Saisoneinflüssen bereinigt 3,7 vH. Außerdem wurden 370 000 Kurzarbeiter gezählt.

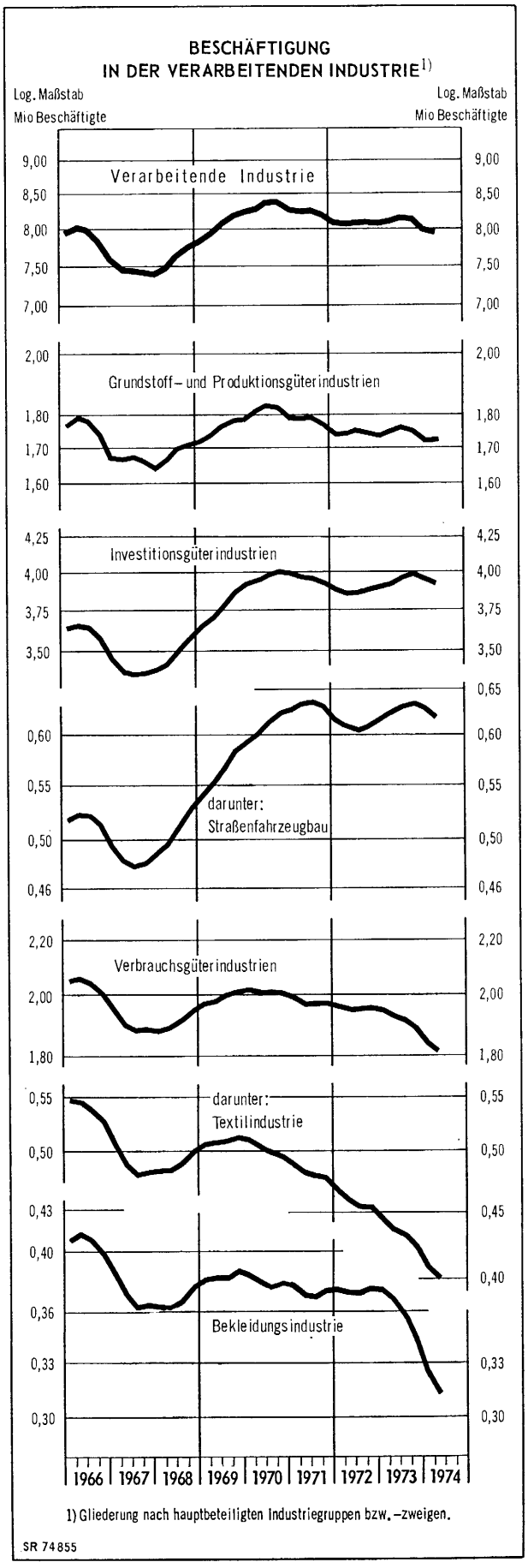
108. Die Arbeitslosigkeit war damit 1974 ähnlich hoch und das Stellenangebot ähnlich niedrig wie im Rezessionsjahr 1967. Dennoch ist die Entwicklung des Arbeitsmarktes mit der damaligen nur bedingt zu vergleichen. Zum einen verschlechterte sich die Beschäftigungslage nicht so rasch wie in den Jahren 1966 und 1967 (Schaubild 17), zum anderen war sie stärker als damals von den strukturell bedingten Anpassungsschwierigkeiten einzelner Branchen bestimmt.

109. Der Beschäftigungseinbruch 1967 war darauf zurückzuführen gewesen, daß sich der Abschwung kumulativ verstärkt hatte; nahezu alle Wirtschaftszweige hatten damals deutliche Absatzrückgänge hinnehmen müssen. Diesmal ist der niedrige Beschäftigungsstand nicht allein mit dem konjunkturellen Nachfragemangel zu erklären. Er ist wohl auch vor dem Hintergrund der seit mehreren Jahren anhaltenden Verschlechterung der Unternehmenserträge zu sehen. So waren die Unternehmen während des Aufschwungs 1972/73 darauf bedacht geblieben, ihren Personalbestand möglichst wenig auszuweiten. Die Arbeitslosigkeit hatte, anders als sonst bei anziehender Konjunktur, nur wenig abgenommen. Sie war also schon vergleichsweise hoch, als sich die Konjunktur nach der Jahresmitte 1973 abzuschwächen begann.

Zu den gedämpften Absatzaussichten kam dann um die Jahreswende der nochmals verschärfte Kostendruck hinzu, der aus den sprunghaft gestiegenen Preisen für Energie und Rohstoffe sowie den hohen Lohnabschlüssen resultierte. Um so stärker waren die Unternehmen nun bestrebt, zu rationalisieren, insbesondere indem sie Arbeitskräfte einsparten. Am deutlichsten zeigte sich dies in jenen Branchen, deren Produktionstechnik einen hohen Arbeitseinsatz erfordert. Und selbst Bereiche, die über Nachfragemangel nicht klagen konnten, versuchten ihre Ertragslage zu verbessern, indem sie ihren Personalbestand nach Möglichkeit einschränkten. Der Beschäftigungsrückgang, der daraus folgte, vergrößerte den Nachfragemangel im Verlauf des Jahres.

110. Zunächst versuchten viele Unternehmen damit auszukommen, daß sie Einstellungssperren verfüg-

Schaubild 17



1) Gliederung nach hauptbeteiligten Industriegruppen bzw. -zweigen.

SR 74855

ten und das Ausscheiden älterer Arbeitnehmer finanziell förderten. Wo besonders starker Nachfragemangel zum Kostendruck hinzukam, reichte dies häufig jedoch nicht aus.

So begannen vor allem die Hersteller von Textilien, Bekleidung und Schuhen ebenso wie die Lederindustrie, die seit längerem schon wegen ihres hohen Kostenniveaus gegenüber ausländischen Anbietern immer weniger wettbewerbsfähig waren, nicht nur vermehrt Kurzarbeit einzuführen, sondern auch Arbeitskräfte zu entlassen.

Die Bauwirtschaft, die jahrelang von der Nachfrage begünstigt war, versuchte bis zum Frühjahr 1974, ihren Personalbestand nach Möglichkeit zu halten, wohl vor allem, um bei einer Belebung der Nachfrage nicht wieder in ähnliche Arbeitskräfteengpässe zu geraten wie nach der Rezession 1967. Über den saisonalen Beschäftigungsabbau im Winter hinaus behalfen sich die meisten Bauunternehmen zunächst ebenfalls mit Kurzarbeit. Erst als immer deutlicher wurde, daß sie sich auf eine strukturelle Mindernachfrage einstellen mußten, setzten sie zunehmend auch Arbeitskräfte frei.

Ähnlich verhielten sich die Automobilhersteller, die den Nachfrageeinbruch zunächst für kürzerfristig hielten, als er sich dann erwies. Zwar blieb die Kurzarbeit das Jahr über hoch; vom Sommer an, als sich die Aussichten für eine baldige Erholung der Nachfrage im Inland wie im Ausland nicht besserten, wurden aber auch hier in zunehmendem Maße Arbeitskräfte entlassen.

Die Beschäftigungsprobleme dieser Branchen griffen im Verlauf des Jahres dann auch zunehmend auf deren Vorlieferanten und auf nachgelagerte Bereiche über.

111. Die höchsten Arbeitslosenzahlen und die wenigsten offenen Stellen hatten diejenigen Berufe zu verzeichnen, die in den genannten Branchen besonders häufig vertreten sind: Textil- und Bekleidungsberufe, Bauarbeiter sowie Metallarbeiter, Schlosser und Mechaniker. Daneben machten sich die verstärkten Rationalisierungsbemühungen in den kaufmännischen und in den Verwaltungsberufen bemerkbar. Im Vergleich zum Jahre 1967 nahm die Arbeitslosigkeit unter den Angestellten sogar überdurchschnittlich zu. Ihr Anteil an der Gesamtzahl der Arbeitslosen betrug 31 vH im Mai 1974 gegenüber 19 vH im gleichen Monat des Jahres 1967. Die erhöhte Anzahl arbeitsloser Angestellter schlug sich auch in der regionalen Verteilung der Arbeitslosigkeit nieder. Hatten 1967 vor allem die strukturschwachen Randgebiete Niedersachsens und Bayerns die höchsten Arbeitslosenquoten gemeldet, so waren im Jahre 1974 die Arbeitslosenquoten auch in denjenigen Großstadtbereichen, die den Sitz der Handels- und Verwaltungszentren bilden, überdurchschnittlich hoch.

112. Auffälliger noch als die berufliche und regionale Verteilung der Arbeitslosigkeit ist der hohe Anteil arbeitsloser Frauen. Im Gegensatz zum Jahr 1967, als vor allem die männlichen Arbeitskräfte ihren Arbeitsplatz verloren, lag die Arbeitslosenquote der Frauen 1974 im Durchschnitt um gut zwei Fünftel über jener der Männer. Hierin spiegelt sich die hohe Arbeitslosigkeit in der Textil- und Bekleidungsindustrie, in der besonders viele Frauen tätig sind, ebenso wider wie jene in den kaufmännischen und in den Verwaltungsberufen. Viele Frauen können oder wollen zudem nur Teilzeitarbeit annehmen; solche Stellen wurden 1974 besonders häufig eingespart.

113. Auch die altersmäßige Auffächerung der Arbeitslosigkeit hat sich gewandelt, soweit sich dies aus den bisher verfügbaren Unterlagen erkennen läßt. Wie in früheren Abschwungsphasen waren zunächst vor allem jüngere Jahrgänge entlassen worden, besonders dann, wenn der Ausbildungsstand niedrig war oder wenn sie, wie viele Frauen, nur teilzeitbeschäftigt waren. Ältere Arbeitnehmer, für die ein Verlust des Arbeitsplatzes besonders schwerwiegend ist, weil sie nicht leicht wieder eingegliedert werden konnten, waren inzwischen durch neue Kündigungsschutzregelungen zum Teil besser abgesichert; zeigten sie sich allerdings bereit, vorzeitig aus dem Erwerbsleben auszuscheiden, so wurde ihnen das durch versorgungsrechtliche wie auch betriebliche Hilfen erleichtert. Daher erreichte die Arbeitslosigkeit bei den über 55 Jahre alten Arbeitnehmern bei weitem nicht das Ausmaß wie 1967.

114. Schienen die ausländischen Arbeitnehmer zunächst weniger stark von dem Abbau der Beschäftigung betroffen, so nahm nach der Jahresmitte auch unter diesen die Arbeitslosigkeit spürbar zu. Schon zuvor hatten zwar diejenigen Unternehmen, die Nachfragemangel dazu zwang, Personaleinschränkungen vorzunehmen, im gleichen Maße ausländische wie inländische Beschäftigte entlassen; da die arbeitslos gewordenen Ausländer jedoch weniger auf lokale oder familiäre Bindungen Rücksicht zu nehmen brauchten, gelang es leichter, sie in andere Berufe oder in andere Regionen zu vermitteln. Vom Sommer an, als die Beschäftigung allenthalben verstärkt zurückging, wurde dies immer schwieriger, und die Arbeitslosigkeit stieg nun auch unter den Ausländern ständig an. Zuletzt war deren Arbeitslosenquote sogar höher als die der Inländer. Während im Jahre 1967 viele ausländische Arbeitskräfte, die ihren Arbeitsplatz verloren hatten, in ihre Heimatländer zurückgekehrt waren, so daß damals die wirkliche Arbeitslosenquote um diese „exportierte" Arbeitslosigkeit zu niedrig ausgewiesen war, blieben 1974 die meisten arbeitslosen Ausländer im Inland. Ausschlaggebend dafür war die Befürchtung, daß sie aufgrund des im Herbst 1973 verfügten Anwerbestopps keine Arbeitserlaubnis mehr erhalten würden, wenn sie nach einer vorübergehenden Abwanderung wieder zurückkehren wollten. Hinzu kam, daß die Arbeitslosenunterstützung im Inland häufig höher ist als die Verdienstmöglichkeiten in den jeweiligen Heimatländern.

115. Die Anzahl der Erwerbstätigen — selbständig wie unselbständig Beschäftigte — dürfte 1974 um fast eine halbe Million oder knapp 2 vH niedriger

als im Vorjahr sein. Außer den 100 000 ausländischen Arbeitskräften, die als arbeitslos gemeldet oder in ihre Heimat zurückgewandert sind, wurden auch 300 000 deutsche Arbeitnehmer weniger beschäftigt. Außerdem gaben etwa 50 000 Selbständige ihre selbständige Tätigkeit auf. Allerdings war der Rückgang der Beschäftigtenzahl nicht nur auf fehlende Beschäftigungsmöglichkeiten zurückzuführen. Auch das Arbeitskräftepotential, die Anzahl aller, die eine Beschäftigung ausüben oder suchen, hat sich verringert. Zum einen schieden, durch die Altersstruktur der Bevölkerung bedingt, noch immer mehr ältere Arbeitskräfte aus dem Erwerbsleben aus, als junge das erwerbsfähige Alter erreichten. Zum anderen nahmen die Ausbildungszeiten weiter zu. Beides zusammen bewirkte, daß das Arbeitskräftepotential 1974, folgt man den Angaben der Bundesanstalt für Arbeit, um 160 000 Personen niedriger war als im Vorjahr.

Der Kreis derer, die keine Arbeit fanden, ist somit um 290 000 größer geworden; die meisten von ihnen haben sich als arbeitslos registrieren lassen. Nur wenige haben also die sogenannte stille Reserve aufgefüllt, die 1967 um schätzungsweise 100 000 Personen zugenommen hatte.

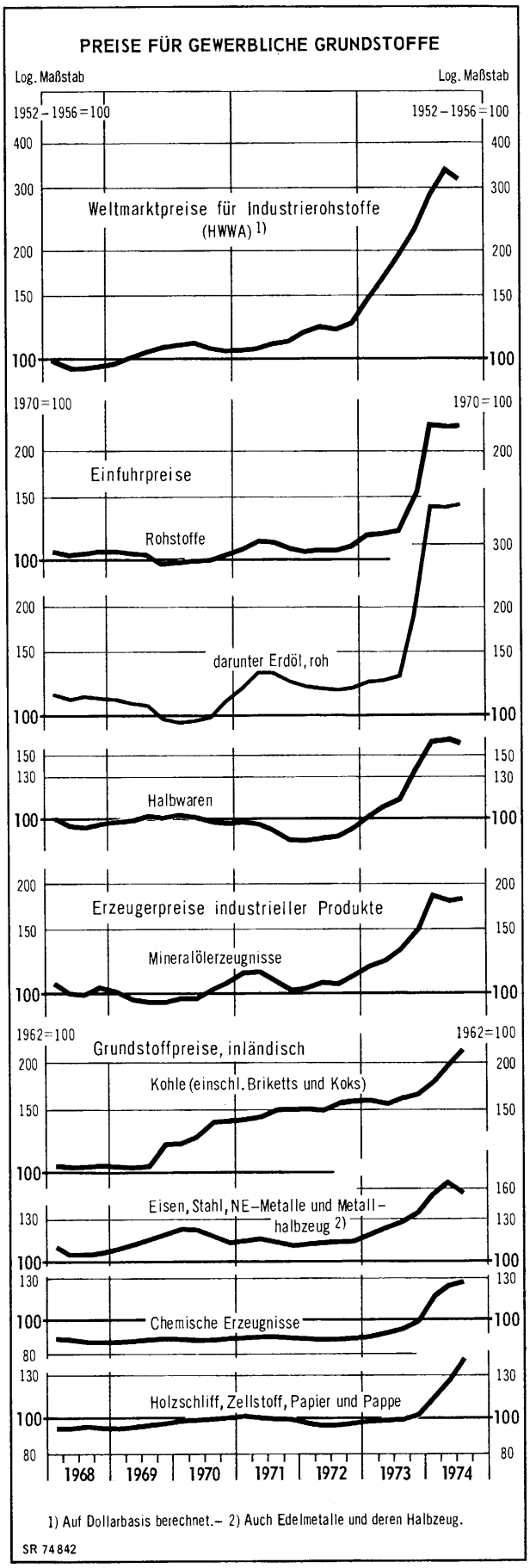
III. Hohe inflatorische Spannungen

116. Während sich Produktion und Beschäftigung zunehmend verringerten, blieben die inflatorischen Spannungen 1974 hoch; bei kaum vermindertem Anstieg des Preisniveaus kam es zu erheblichen Verwerfungen in der Preisstruktur.

Die Restriktionspolitik des Jahres 1973 hatte einen Prozeß der allmählichen Stabilisierung eingeleitet. Die Chance, im Jahre 1974 mehr Geldwertstabilität zu erreichen, zeichnete sich bereits deutlich ab, als um die Jahreswende 1973/74 der Erfolg der Stabilisierungspolitik durch kräftige inflatorische Impulse in Frage gestellt wurde. Die drastische Anhebung der Preise für Erdöl und Mineralölprodukte sowie die unmittelbaren Wirkungen auf die Preise von Substitutionsgütern belasteten das inländische Kostenniveau in außergewöhnlichem Maße. Hinzu kamen hohe Lohnabschlüsse, die nicht zuletzt von der Erwartung einer weiteren Beschleunigung des Preisauftriebs bestimmt waren. Die Gefahr war groß, daß nicht nur der auf einen Abbau der Inflationsgewöhnung gerichtete Kurs verlassen, sondern auch die Beschleunigung des Geldwertschwunds als unvermeidlich hingenommen werden mußte. Doch gelang es der monetären Restriktionspolitik im Jahre 1974, den Spielraum für Preisüberwälzungen eng zu halten. So vollzog sich der kurzfristige Wandel der Preisstruktur unter erheblichem Druck auf die Gewinnmargen und die Beschäftigung; der Anstieg des Preisniveaus hielt sich in Grenzen, anders als zu Jahresbeginn vielfach befürchtet.

117. Eine schwere Belastung für die Stabilisierung des inländischen Kosten- und Preisniveaus stellte die Teuerungswelle bei importierten Rohstoffen dar.

Schaubild 18



Bereits in den Sommermonaten 1973 hatte sich die Preishausse auf den internationalen Rohstoffmärkten ebenso wie die zeitweilige Abwärtsbewegung des D-Mark-Kurses mehr und mehr in den deutschen Einfuhrpreisen bemerkbar gemacht. Mit dem Ausbruch der Ölkrise kam es dann zu einem ungewöhnlichen Preisschub. Von Herbst 1973 bis Frühjahr 1974 stiegen die D-Mark-Kontraktpreise für importierte Rohstoffe und Halbwaren im Durchschnitt um mehr als 50 vH. Der Einfuhrpreis für Erdöl hat sich in diesem Zeitraum nahezu verdreifacht (Schaubild 18).

Wenngleich vom Sommer an die Weltmarktpreise für Industrierohstoffe wieder sanken und die D-Mark an Außenwert zurückgewann, blieben Einfuhrgüter erheblich teurer als im Vorjahr. Im Durchschnitt der ersten neun Monate 1974 mußten heimische Abnehmer für ausländische Waren insgesamt 31 vH, für Rohstoffe und Halbwaren sogar 76 vH mehr bezahlen als vor einem Jahr.

Unmittelbar betroffen vom Preisauftrieb bei Importgütern war die Industrie. Legt man die Produktionsstruktur zugrunde, die das Statistische Bundesamt in den Input-Output-Tabellen für das Jahr 1970 ausweist, so hat sich das Kostenniveau des verarbeitenden Gewerbes allein durch die Verteuerung der Einfuhren 1974 um etwa 4 vH erhöht. Mehr als die Hälfte davon entfällt auf den Preisanstieg bei importiertem Erdöl, etwa ein Drittel auf die Preishausse bei ausländischen Grundstoffen und Produktionsgütern. Unvermeidlich war, daß auch die Preise der Substitute für Öl und Ölderivate stark anzogen; selbst durch rasche Substitution waren daher kurzfristig zusätzliche Kosten nicht zu umgehen. So schlug sich die drastische Verteuerung der Vorprodukte in ungewöhnlich hohen Preissteigerungen bei Industriegütern nieder. Der Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte stieg — erstmals in der Bundesrepublik — binnen Jahresfrist um mehr als 10 vH.

118. Hohe Lohnsteigerungen verstärkten den von den Rohstoffpreisen ausgehenden Kostenimpuls. Die Effektivlöhne je Stunde in der Gesamtwirtschaft dürften 1974 um rund 13 vH höher sein als ein Jahr zuvor (Ziffer 140). Das gesamtwirtschaftliche Preisniveau, in das die Entwicklung der Preise aller vom Inland wie vom Ausland nachgefragten Güter eingeht, wird dagegen das Niveau des Vorjahres um etwa 9 vH übersteigen. Auch unter Berücksichtigung der Produktivitätsfortschritte muß man daher annehmen, daß die Last, die sich aus der Verschlechterung der Terms of Trade für die Volkswirtschaft ergab, in erster Linie der Unternehmenssektor zu tragen hatte (Ziffer 141).

Die Unternehmen wurden jedoch vom Preisschub bei Rohstoffen, insbesondere bei Erdöl — je nach ihrer Produktionsstruktur — in unterschiedlichem Maße getroffen und auch durch Lohnerhöhungen unterschiedlich stark belastet; zugleich entwickelte sich die Nachfrage in den einzelnen Bereichen recht differenziert. Daher gelang es nicht überall in gleichem Maße, hohe Importkosten und hohe Lohnzugeständnisse weiterzuwälzen. Mit der Preisstruktur veränderte sich die sektorale Ertragsstruktur.

Preisschub auf Industriemärkten

119. Auf den Auslandsmärkten waren die Preiserhöhungsspielräume offenbar besonders groß. Begünstigt durch die Auslandsnachfrage und hohe Inflationsraten im Ausland, stiegen die D-Mark-Ausfuhrpreise im Verlauf des Jahres 1974 unvermindert rasch; im Herbst waren sie rund ein Fünftel höher als ein Jahr zuvor.

Auch im Inland verteuerten sich industrielle Produkte bis zum Frühjahr 1974 in ungewöhnlichem Tempo; danach hat die gedämpfte Binnenkonjunktur weitere Preiserhöhungen zunehmend erschwert (Schaubild 19). Gleichwohl lagen die Erzeugerpreise industrieller Produkte im Herbst 1974 um 15 vH, ohne die Verteuerung von Mineralölerzeugnissen um 14 vH über dem vergleichbaren Vorjahresniveau.

120. Bei den Grundstoffen war der Preisschub, der von der Rohstoffhausse und der sprunghaften Verteuerung des Erdöls ausgelöst wurde, besonders ausgeprägt (Schaubild 18).

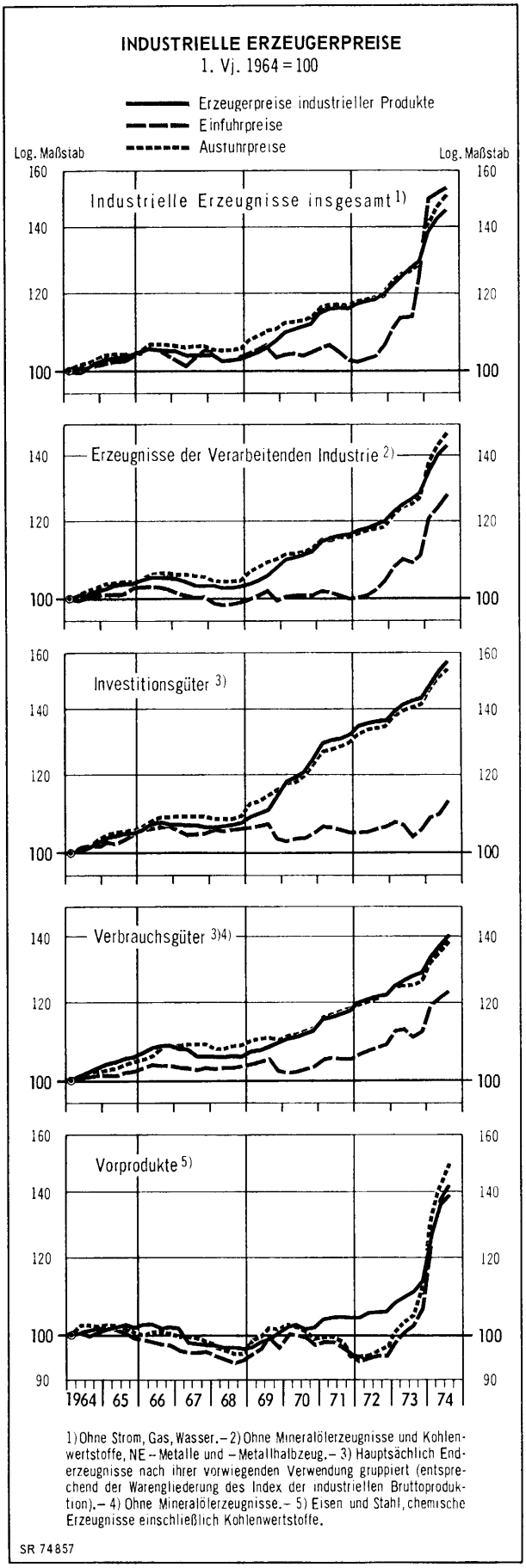
Die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien sind als Produzenten von Halbwaren und Zwischenprodukten den Schwankungen der Weltmarktpreise für Rohstoffe unmittelbar ausgesetzt. Zudem wurden 1974 vor allem sie von der Auslandsnachfrage begünstigt. Das erklärt, warum diese Industrien, deren Produkte sich im Durchschnitt der letzten zehn Jahre nur um jährlich 1,5 vH und damit weniger als andere Industrieprodukte verteuert hatten, im Jahre 1974 den Preisauftrieb auf der industriellen Erzeugerstufe anführten. Im Herbst 1974 kosteten Grundstoffe und Produktionsgüter im Inlandsabsatz durchschnittlich ein Viertel mehr als vor Jahresfrist.

Durch das Preisdiktat der Förderländer verteuerten sich nicht nur Mineralölprodukte und Ölderivate, sondern auch die Preise der Substitute für Öl als Energieträger (Kohle, Erdgas) zogen bald nach. Der Versuch der Nachfrager, Erdölprodukte durch andere Güter, so zum Beispiel Holz, Gummi, Papier und Pappe, zu ersetzen, trieb die Preise auch hier weiter hinauf, nachdem für die meisten dieser Güter schon vor Ausbruch der Ölkrise auf den Weltmärkten hohe Preise erzielt worden waren. Der Preisauftrieb bei Eisen, Stahl und NE-Metallen war wegen der Energieintensität dieser Produkte zum Teil ebenfalls eine Folge der Verteuerung des Erdöls; hinzu kam, daß Eisen- und Stahlerzugnisse ohnehin weltweit gesucht waren.

121. Die Unternehmen auf den nachfolgenden Produktionsstufen versuchten, den Kostenschub, den die Lohnsteigerungen noch verstärkten, unverzüglich weiterzuwälzen. Die Preise für Investitionsgüter wurden vom Beginn der Lohnrunde im Metallbereich an kräftig erhöht; auch die Preise für Verbrauchsgüter stiegen Anfang 1974 sprunghaft.

Als jedoch unter dem Einfluß der monetären Restriktion im Verlauf des Jahres 1974 Investoren wie Verbraucher ihre Nachfrage auf den Inlandsmärkten einschränkten, nahm das Ausmaß der Preissteige-

Schaubild 19



1) Ohne Strom, Gas, Wasser. – 2) Ohne Mineralölerzeugnisse und Kohlenwertstoffe, NE – Metalle und – Metallhalbzeug. – 3) Hauptsächlich Enderzeugnisse nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppiert (entsprechend der Warengliederung des Index der industriellen Bruttoproduktion). – 4) Ohne Mineralölerzeugnisse. – 5) Eisen und Stahl, chemische Erzeugnisse einschließlich Kohlenwertstoffe.

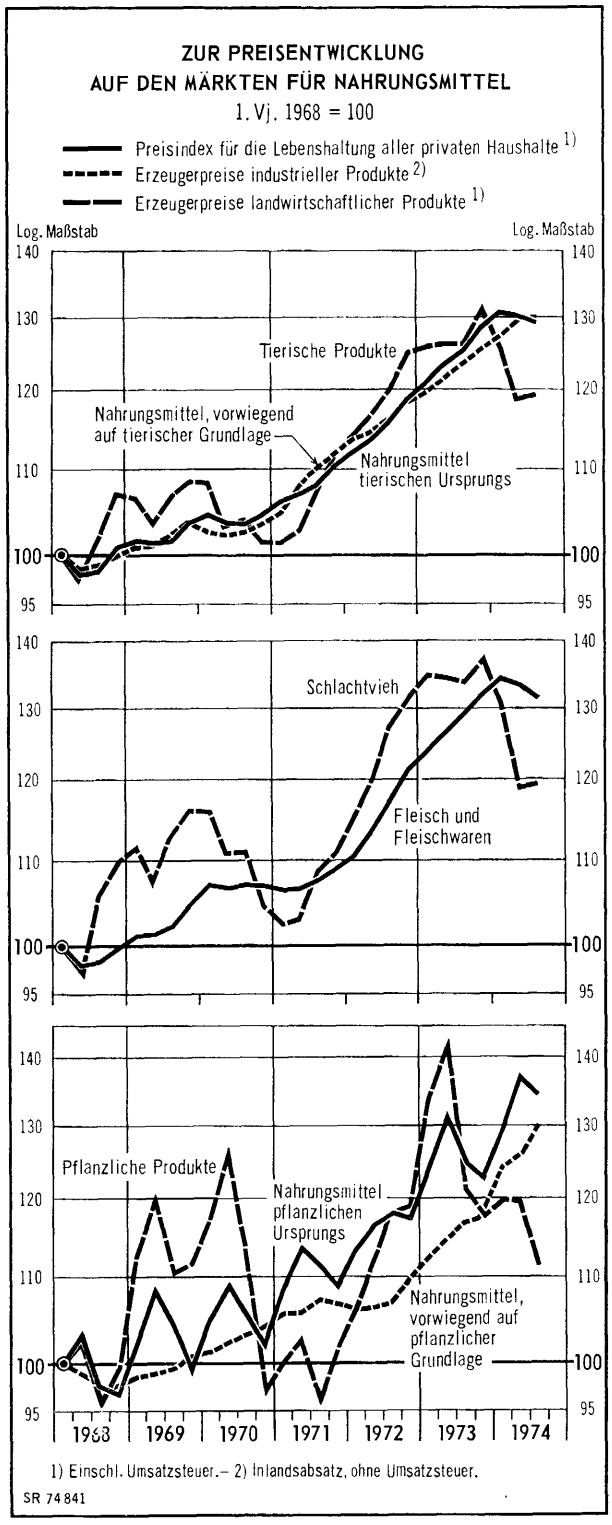
rungen rasch ab. Dazu mag die Importkonkurrenz für Investitions- und Verbrauchsgüter beigetragen haben. Im Herbst 1974 waren gleichwohl Investitionsgüter um 11 vH, Verbrauchsgüter um 13 vH teurer als ein Jahr zuvor.

122. Der Preisauftrieb im Grundstoffbereich traf auch die Bauwirtschaft. Nachdem in der zweiten Jahreshälfte 1973 das Preisklima in allen Baubereichen sich abzukühlen begonnen hatte, zogen die Baupreise im Frühjahr 1974 wieder an. Aber obwohl wichtige Vorprodukte für die Bauwirtschaft erheblich teurer geworden waren und neue Lohnvereinbarungen in Kraft traten, hielt sich das Ausmaß der Preissteigerungen in Grenzen. Bedingt durch die geringe private Baunachfrage (Ziffer 89), blieb die Preis-Kosten-Relation im Baugewerbe auch 1974 unter Druck. Lediglich im Tiefbau konnten größere Preiserhöhungen durchgesetzt werden, zumal die öffentlichen Auftraggeber wegen der sprunghaften Verteuerung von Bitumen nachträgliche Preisanpassungen zugestanden. Beschleunigt stiegen 1974 auch die Preise für die Instandhaltung von Bauten; auf diesem Markt hat es die Nachfrage wohl in größerem Umfang erlaubt, den Kostenanstieg zu überwälzen.

123. Auf den Erzeugermärkten für landwirtschaftliche Produkte bestimmten 1974 Angebotsüberschüsse das Bild; dadurch kam es durchweg zu spürbaren Preissenkungen (Schaubild 20). Die Erzeugerpreise pflanzlicher Produkte waren aufgrund reichlicher Ernten bereits im zweiten Halbjahr 1973 rasch gesunken. Auf den Märkten für tierische Produkte vollzog sich der Wandel im Verlauf des Jahres 1974. In den Vorjahren hatte eine weltweite Verknappung von Rindfleisch und von Schweinefleisch die Preise emporschnellen lassen. Durch die Erwartung einer länger anhaltenden Fleischknappheit — verstärkt durch staatliche Prämien für die Aufzucht und Mast von Rindern — waren die Landwirte angeregt worden, ihre Schlachtviehbestände stark auszudehnen.

Hatte bis Ende 1973 die Einlagerungspolitik staatlicher Interventionsstellen den Verfall der Schlachtviehpreise noch abgefangen, so ließ das wachsende Überangebot 1974 die Erzeugerpreise rasch sinken. Im Herbst waren tierische Produkte durchschnittlich um 4,2 vH, Schlachtvieh um 9 vH billiger als ein Jahr zuvor. Daß der Preisrückgang nicht stärker ausfiel, wurde durch weitere staatliche Aufkäufe verhindert. Um das Angebot knapp zu halten, beschlossen die Länder der Europäischen Gemeinschaft, Importkontingente zu kürzen oder auszusetzen sowie Prämien für unterlassene Schlachtungen zu gewähren. Die starken Preisbewegungen bei landwirtschaftlichen Produkten trugen dazu bei, daß sich Nahrungsmittel auf der industriellen Erzeugerstufe nicht im gleichen Maß verteuerten wie andere Industrieprodukte. Im Herbst 1974 waren die Erzeugerpreise der Nahrungsmittelindustrien um 7½ vH höher als ein Jahr zuvor.

Schaubild 20



Anstieg der Verbraucherpreise gedämpft

124. Nach den Erfahrungen früherer Jahre war zu befürchten, daß die Preishausse im Grundstoffbereich über die Produktions- und Handelsstufen rasch ihren Niederschlag auf den verbrauchsnahen Märkten finden würde. Hinzu kam, daß die Verteuerung des Heizöls bereits Ende 1973 die Kosten der Lebenshaltung beträchtlich nach oben getrieben hatte. In dieser Situation der Ungewißheit, die vor allem die Einkommenspolitik belastete, waren die Erwartungen überwiegend auf eine Beschleunigung des Geldwertschwunds gerichtet. Mancherorts wurde zu Jahresbeginn 1974 sogar angenommen, der Anstieg der Verbraucherpreise werde im Verlauf des Jahres die Zehn-Prozent-Marke überschreiten. Der Geldwertschwund hat sich indessen 1974 nicht beschleunigt, sondern wurde eingedämmt. Gemessen am Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte stiegen die Verbraucherpreise von Januar bis Oktober mit einer Jahresrate von weniger als 6 vH. Diese Entwicklung blieb nicht ohne Einfluß auf die Preiserwartungen; bereits Mitte 1974 rechneten die Verbraucher nicht mehr in ganz so hohem Maße mit Preissteigerungen wie noch zu Jahresbeginn. Im Oktober 1974 war die Lebenshaltung allerdings — bedingt durch den scharfen Preisauftrieb um die Jahreswende — immer noch um 7,1 vH teurer als im Oktober 1973.

125. Daß sich der Kaufkraftschwund für die Verbraucher 1974 in Grenzen hielt, ist zum Teil Ausdruck einer Veränderung der Struktur der Verbraucherpreise. Im Durchschnitt der ersten zehn Monate verteuerten sich (gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres)

— Nahrungsmittel um 5,4 vH,

— Wohnungsmieten um 5,0 vH,

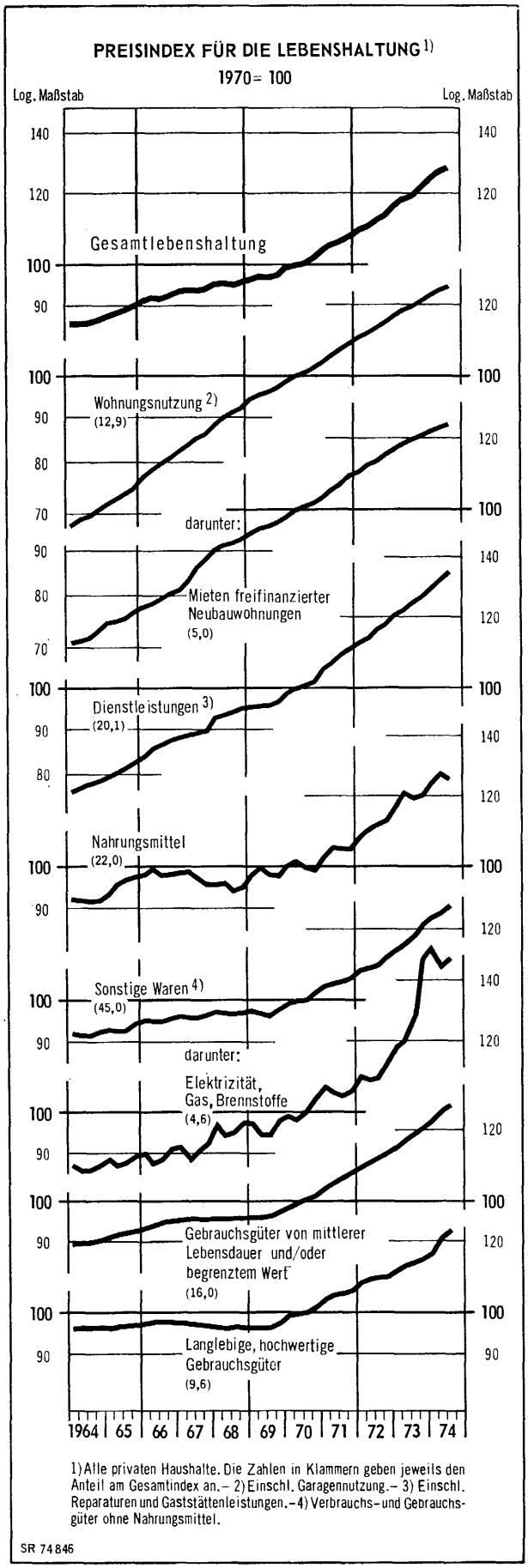
— Dienstleistungen um 7,6 vH und

— sonstige Waren um 8,4 vH.

In der Verteuerung der sonstigen Waren spiegelt sich der Preisauftrieb bei Industrieprodukten deutlich wider. Den Preiserhöhungen für diese Gütergruppe und den hohen Preissteigerungen bei Dienstleistungen — zusammen fast zwei Drittel des Güterkorbs der privaten Haushalte — standen aber 1974 geringere Preissteigerungen bei den Nahrungsmitteln und den Wohnungsmieten gegenüber,

126. Daß sich die sonstigen Waren im Güterkorb der privaten Haushalte 1974 am meisten verteuerten, entsprach nicht dem mittelfristigen Wandel der Preisstruktur; im vergangenen Jahrzehnt sind die Preise dieser Güter — wohl vor allem bedingt durch überdurchschnittliche Produktivitätszuwächse in der Industrie — um jährlich 2,5 vH und damit weniger als die Preise der anderen Gütergruppen gestiegen. Die kurzfristige Veränderung der Preisrelationen ist zu einem großen Teil jedoch den direkten Wirkungen der Mineralölpreissteigerungen zuzurechnen. Die Verteuerung von Energie, insbesondere von leichtem Heizöl und Kraftstoff, aber auch von Elektrizität, Kohle und Gas, schlug auch bei den privaten Haushalten kräftig zu Buche. Allein Mineralölprodukte kosteten im Durchschnitt der ersten zehn Monate nahezu zwei Fünftel mehr als ein Jahr zuvor, obwohl die privaten Haushalte auf den Preisschub recht elastisch reagiert hatten; sowohl die Heizölpreise als auch die Benzinpreise sanken im Verlauf des Jahres wieder. Der Verteuerung der Mineralölprodukte waren vor allem die Kohlepreise,

Schaubild 21



1) Alle privaten Haushalte. Die Zahlen in Klammern geben jeweils den Anteil am Gesamtindex an. – 2) Einschl. Garagennutzung. – 3) Einschl. Reparaturen und Gaststättenleistungen. – 4) Verbrauchs- und Gebrauchsgüter ohne Nahrungsmittel.

SR 74 846

aber auch die Preise für Elektrizität und Gas bald gefolgt; im Durchschnitt der ersten zehn Monate 1974 waren sie um gut 11 vH höher als ein Jahr zuvor. Dieser Preisanstieg bei den Energieträgern drückte den Index der Verbraucherpreise für Industriewaren (ohne Nahrungsmittel) um mehr als 3 Prozentpunkte nach oben.

Der Kostenschub in der Industrie ist indessen 1974 auch in der Entwicklung der Verbraucherpreise für die übrigen Industrieerzeugnisse (ohne Energie) deutlich sichtbar geworden. Zwar hat sich diese Gütergruppe — deren Anteil an den Konsumausgaben privater Haushalte rund zwei Fünftel beträgt — im Durchschnitt der ersten zehn Monate insgesamt um weniger als 6 vH verteuert; der Preisauftrieb auf den Märkten für dauerhafte Konsumgüter, bei denen sich die Verteuerung der industriellen Grundstoffe besonders deutlich auswirkte, war jedoch, von einzelnen Märkten abgesehen, im ganzen stärker. Langlebige, hochwertige Gebrauchsgüter kosteten im Durchschnitt der ersten zehn Monate 1974 nahezu 7 vH, Gebrauchsgüter von geringerem Wert 7,4 vH mehr als ein Jahr zuvor. Die Preissteigerungen für diese Industrieprodukte waren damit 1974 erstmals ebenso hoch wie der Anstieg der Lebenshaltungskosten insgesamt (Schaubild 21). Immerhin wurden die außergewöhnlich hohen Preissteigerungsraten, die 1974 auf den industriellen Erzeugermärkten zu verzeichnen waren, nicht erreicht. So ist zu vermuten, daß der Wettbewerb bei weichender Nachfrage vor allem die Anbieter auf den verbrauchsnahen Märkten daran gehindert hat, den Kostenanstieg in vollem Umfang weiterzuwälzen.

127. Im Dienstleistungsbereich waren aufgrund hoher Lohnsteigerungen und geringer Produktivitätszuwächse überdurchschnittliche Preisanhebungen erwartet worden. Der Anstieg der Dienstleistungspreise, der schon in den vergangenen Jahren hoch war, hat sich denn auch im Verlauf des Jahres 1974 nochmals beschleunigt. So mußten die Verbraucher für Reparaturleistungen sowie für Wäschereien und Reinigung im Herbst 1974 jeweils etwa 10 vH mehr bezahlen als ein Jahr zuvor. Die Preise für Arzt- und Krankenhausleistungen wurden noch stärker heraufgesetzt. Hinzu kam die Anhebung der Rundfunk- und Fernsehgebühren zu Jahresbeginn und der Postgebühren zur Jahresmitte. Auch zahlreiche Verkehrstarife wurden 1974 erhöht. Lediglich in der Kfz-Versicherung wurden erstmals seit Jahren die Prämiensätze gesenkt.

128. Der Anstieg der Wohnungsmieten hat sich dagegen 1974 im Vergleich zum längerfristigen Trend sichtlich verlangsamt. Vor allem für Wohnungen im freifinanzierten Wohnungsbau ließ ein zunehmender Bestand an unvermieteten Neubauten, der besonders in Ballungsgebieten auf den Markt drückte, Mieterhöhungen kaum mehr zu; im Herbst war das Mietniveau in diesem Bereich nur um 3,9 vH höher als ein Jahr zuvor. Der Wandel des Wohnungsmarktes zu einem Käufermarkt zeigt sich auch darin, daß die Kosten für die Vermittlung von Mietwohnungen häufiger den Anbietern angelastet werden.

Auch auf dem Markt für Altbauwohnungen, auf dem überwiegend Haushalte mit geringem Einkommen nachfragen, hat sich die Verlangsamung im Anstieg des Mietniveaus, die seit einigen Jahren zu beobachten ist, 1974 fortgesetzt; im Herbst waren Altbauwohnungen um 5,1 vH teurer als im Vorjahr. Der Einfluß des erweiterten Kündigungsschutzes, der den Mietern Einspruchsrechte gegen Mieterhöhungen gewährt, dürfte sich hier besonders ausgewirkt haben. Im sozialen Wohnungsbau haben sich die kräftigen Mietsteigerungen des Vorjahres 1974 nicht wiederholt; gleichwohl waren die Sozialmieten im Herbst um 5,4 vH höher als ein Jahr zuvor.

129. Der Anstieg der Nahrungsmittelpreise hat 1974 — anders als im Vorjahr — die Budgets der privaten Haushalte relativ wenig belastet. Infolge der kräftigen Preissenkungen auf den Erzeugermärkten für landwirtschaftliche Produkte schwächte sich der Auftrieb der Verbraucherpreise vor allem für Nahrungsmittel tierischen Ursprungs 1974 deutlich ab. Bei den Nahrungsmitteln pflanzlichen Ursprungs war dieser Zusammenhang — aufgrund einer recht differenzierten Preisentwicklung auf einzelnen Märkten — weniger ausgeprägt. Im Herbst 1974 mußten die privaten Haushalte

— für Nahrungsmittel tierischen Ursprungs 2,2 vH, darunter für Fleisch und Fleischwaren 0,2 vH,

— für Nahrungsmittel pflanzlichen Ursprungs im Durchschnitt 10,9 vH

mehr aufwenden als ein Jahr zuvor.

130. Als wesentliche Erfahrung aus der Preisentwicklung seit Ende 1973 sind die außergewöhnlichen Verwerfungen in der Preisstruktur festzuhalten. Von den Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien ausgehend, die unmittelbar von der Hausse der Rohstoffpreise betroffen waren, rollte eine Welle hoher Preisforderungen, durch Lohnsteigerungen zusätzlich getrieben, mit unterschiedlicher Stärke über die nachfolgenden Produktionsstufen hinweg. Zu den verbrauchsnahen Märkten hin verlor die Preiswelle an Schwung.

Daß sich die Inflation im Verlauf des Jahres 1974 nicht beschleunigt hat, ist vor allem der restriktiven Geldpolitik zuzurechnen. Diese hielt die Überwälzungschancen gering, so daß der anhaltende Kostendruck zu einem großen Teil in den Erträgen aufgefangen werden mußte. Je nach Auftragslage und Kostendruck hatten die einzelnen Branchen unterschiedliche Anpassungslasten zu tragen; entsprechend stark veränderten sich 1974 die Ertragsrelationen in der Wirtschaft.

IV. Einkommensentwicklung: Fehler und Irrtümer

131. Die Lohnpolitik stand auch 1974 im Zeichen der Zielsetzung der Gewerkschaften, eine Umverteilung der Realeinkommen zugunsten der Arbeitnehmer über die Nominallöhne zu erreichen. Im Hinblick auf diese Zielsetzung zeigten sich die Gewerkschaften nicht bereit, die Kosten mitzutragen, die durch die Verteuerung ausländischer Grundstoffe dem Inland auferlegt wurden; die Verschlechterung des Austauschverhältnisses mit den rohstofflieferndenden Ländern, durch die ein Teil des inländischen Realeinkommenszuwachses dem Ausland zufiel, sollte nach ihren Vorstellungen trotz der damit verbundenen Beschäftigungsrisiken die Realeinkommen der Arbeitnehmer nicht belasten.

Unnachgiebig zeigten sich die Gewerkschaften zu Beginn des Jahres 1974 auch deshalb, weil sie hohe Inflationsraten erwarteten. Sie hielten an den Forderungen fest, die sie im Herbst 1973 trotz der energischen Stabilisierungsanstrengungen unter dem Eindruck vorangegangener außertariflicher Lohnzugeständnisse aufgestellt hatten und die (einschließlich aller Nebenleistungen) teilweise auf Einkommenserhöhungen von 20 vH und mehr lauteten. Die Arbeitgeber leisteten nur hinhaltenden Widerstand, auf Überwälzungsmöglichkeiten setzend, die die monetäre Politik dann nicht gewährte. So konnten die Arbeitnehmer die im Verteilungskampf der vorangegangenen Jahre erlangte Position nicht nur halten; ihre reale Verteilungsposition verbesserte sich sogar. Den Verzicht auf Realeinkommen, den das Ausland der heimischen Volkswirtschaft abverlangte, hatten damit vor allem die Unternehmen zu leisten. Wo diese ihn nicht hinnehmen konnten oder wollten, führten sie Kurzarbeit ein und entließen Arbeitskräfte. Grenzen der gewerkschaftlichen Möglichkeiten, kurzfristig die Einkommensverteilung zu ändern, wurden sichtbar. Gewerkschaften wie Unternehmen hatten sich über die Schärfe der von der Bundesbank bewirkten monetären Restriktion und damit über die Größe des Spielraums für Preiserhöhungen und die Höhe des Reallohns, der aus ihren Vereinbarungen erwuchs, geirrt. Das Ergebnis, ein starker Beschäftigungsrückgang, konnte von den Tarifparteien nicht beabsichtigt sein.

132. Die Lohnrunde 1974 wurde durch den Tarifabschluß in der eisenschaffenden Industrie eröffnet, der nach vorgezogenen Verhandlungen bereits im Dezember 1973 in Kraft trat. Neben der Aufstockung verschiedener Zuschläge wurden — bei wiederum verkürzten Laufzeit — Lohnerhöhungen von 11 vH vereinbart (Tabelle 11); auf eine Laufzeit von 12 Monaten umgerechnet entsprach dies einer Lohnsteigerung von 12½ vH. In solchem Ausmaß konnten die Löhne marktgerecht nur angehoben werden, weil der Boom in der Stahlindustrie ungebrochen war; insofern mußte eine Signalwirkung für andere Bereiche nicht unbedingt erwartet werden.

133. Das wohl wichtigste Lohndatum für die diesjährige Tarifrunde setzte Ende Februar der öffentliche Dienst: Unbeeindruckt vom Wandel des Konjunkturklimas und von Arbeitsplatzrisiken frei erstritt die Gewerkschaftsführung nach langwierigen Verhandlungen und einem kurzen Arbeitskampf Lohnerhöhungen von 11 vH, mindestens aber monatlich 170 DM. Dem entsprachen Einkommensverbesserungen von 11 vH bis 18 vH, im Durchschnitt von reichlich 12 vH; hinzu kam ab Oktober eine bereits früher vereinbarte Arbeitszeitverkürzung um zwei Wochenstunden, die — je Stunde — eine zu-

Tabelle 11

Einkommenspolitisch wichtige Ereignisse

Monat		Anzahl der Begünstigten	
1973			
Dezember	Eisen- und Stahlindustrie	290 000	Nach vorgezogenen Verhandlungen einigen sich die Tarifpartner auf Lohn- und Gehaltserhöhungen um 11 vH; die Laufzeit der Verträge beträgt 10½ bzw. 11 Monate. Der Leistungslohnanteil (10 vH des Basislohnes) wird dynamisiert, stahltypische Zuschläge für Spät-, Nacht-, Sonn- und Feiertagsschichten werden beträchtlich erhöht.
1974			
Januar	Kriegsopferversorgung, Unfallversicherung	3 350 000	Vom 1. Januar 1974 an werden die Geldleistungen der Kriegsopferversorgung um 11,4 vH, die Unfallrenten um 9,4 vH angehoben.
	Konzertierte Aktion		Die Teilnehmer stellen übereinstimmend eine Phase der konjunkturellen Beruhigung mit zunehmender sektoraler Differenzierung sowie eine deutliche Abkühlung am Arbeitsmarkt fest. Sie sind darin einig, daß sich die gesamtwirtschaftlichen Aussichten angesichts der Unsicherheit über Weltkonjunktur und Erdölversorgung schwerer als sonst abschätzen lassen.
	Lederwaren- und Schuhindustrie	105 000	Tarifliche Lohnerhöhungen um 9 vH werden für eine Laufzeit von 10 Monaten vereinbart.
Februar	Holzverarbeitende Industrie	173 000	Die Tarifpartner vereinbaren Lohnerhöhungen um 10,5 vH bis 12,8 vH, rückwirkend zum 1. Januar 1974. Weitere Einkommensverbesserungen ergeben sich durch neue Ortsklassenzuschläge, veränderte Lohngruppenschlüssel und die Anhebung des Urlaubsgeldes.
	Öffentlicher Dienst, Bundesbahn, Bundespost	2 093 000	Nach langwierigen Verhandlungen, die erstmalig zu Kampfmaßnahmen führen, einigen sich die Tarifpartner rückwirkend zum 1. Januar 1974 auf Lohnerhöhungen um 11 vH, mindestens 170,— DM.
	Einzelhandel	400 000	Die Tariflöhne und -gehälter werden in Nordrhein-Westfalen um 11,6 vH erhöht. In den folgenden Monaten werden in anderen Tarifgebieten für insgesamt 630 000 Beschäftigte Lohnerhöhungen um 11½ vH bis 13½ vH vereinbart.
März	Papier- und pappeverarbeitende Industrie	103 000	Die Tariflöhne werden ab 1. März um 11,2 vH erhöht; für die Monate Januar und Februar erhalten die Arbeiter eine pauschale Zusatzzahlung von 225,— DM. Die jährliche vermögenswirksame Leistung wird von 312,— DM auf 468,— DM angehoben.
	Druckindustrie	166 000	In einem neuen Manteltarifvertrag für die Zeit bis 1980 werden eine jährlich gestaffelte Verlängerung des Urlaubs auf 30 Tage, die stufenweise Anhebung des Urlaubsgeldes auf 50 vH eines Monatseinkommens und die schrittweise Gewährung eines 13. Monatseinkommens vereinbart. Die vermögenswirksamen Leistungen für 1974 werden von 312,— DM auf 468,— DM erhöht.

noch Tabelle 11

Monat		Anzahl der Begünstigten	
1974			
März	Metallindustrie	4 230 000	Nach lang sich hinziehenden Verhandlungen und einem vom 6. bis 27. März 1974 andauernden Streik im Tarifgebiet Bremen einigen sich die Tarifpartner auf Lohn- und Gehaltserhöhungen um 11 vH, rückwirkend zum 1. Januar 1974, sowie Stufenerhöhungen von insgesamt 2 vH im weiteren Verlauf des Jahres. Der Jahresurlaub wird um 2 Arbeitstage verlängert, das Urlaubsgeld um 20 Prozentpunkte auf 50 vH eines Monatslohnes erhöht. Zusätzliche Einkommenserhöhungen ergeben sich aus dem Abbau von Altersklassen im Lohntarif, der Änderung des Lohngruppenschlüssels, einer Spätschichtzulage für Angestellte, der Vorweganhebung bestimmter Lohngruppen sowie der Übertragung von Kontoführungsgebühren auf den Arbeitgeber. Der Kündigungsschutz für ältere Arbeitnehmer wird verbessert.
April	Versicherungsgewerbe	200 000	Ein neuer Manteltarifvertrag sieht vor, die tariflichen Sonderzahlungen zu erhöhen, eine Gehaltssicherung für ältere Arbeitnehmer einzuführen und den Jahresurlaub um 1 bis 2 Tage zu verlängern.
	Industrie der Steine und Erden		Die Löhne und Gehälter werden in verschiedenen Tarifbezirken um 11,5 vH bis 13,5 vH angehoben; Sondervergütungen und das Urlaubsgeld werden erhöht, die tarifliche Arbeitszeit wird verkürzt.
	Druckindustrie	212 000	Die Tarifpartner einigen sich auf Lohn- und Gehaltserhöhungen um 11,6 bis 12,5 vH.
	Groß- und Außenhandel	400 000	Die Löhne und Gehälter in den Tarifgebieten Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg werden um 12,5 vH bis 13 vH erhöht; zusätzlich wird das Urlaubsgeld heraufgesetzt.
	Chemische Industrie	590 000	Nach langwierigen Verhandlungen einigen sich die Tarifpartner, die Tariflöhne um 12 vH, mindestens um 153,— DM zu erhöhen; die unteren Lohngruppen werden zum Teil zusätzlich angehoben.
Mai	Bauhauptgewerbe	1 453 000	Die im März 1974 vereinbarte Erhöhung der Tariflöhne und -gehälter um durchschnittlich 11,2 vH tritt in Kraft. Der Bundesrahmentarifvertrag wird neu geregelt; am 1. Januar 1975 sollen die Nachtarbeits- und Erschwerniszuschläge, am 1. Januar 1976 das Urlaubsgeld erhöht werden.
	Textilindustrie	422 000	Vereinbart werden Lohn- und Gehaltserhöhungen von 12 vH bis 13 vH, eine Aufstockung des Urlaubsgeldes und eine Alters- und Verdienstsicherung für ältere Arbeitnehmer; die Laufzeit der Verträge ist zum Teil auf 11 Monate begrenzt.
	Steinkohlenbergbau	202 000	In vorgezogenen Verhandlungen einigen sich die Tarifpartner, Löhne und Gehälter um 12,1 vH zu erhöhen und das bisher gezahlte Urlaubs- und Weihnachtsgeld (975,— DM) zu einem vollen 13. Monatsgehalt (1 526,— DM) aufzustocken; die Nachtarbeitszulage wird von DM 4,— je Schicht auf DM 1,10 je Stunde angehoben.
Juni	Sozialgesetzgebung		Der Bundestag beschließt, mit Wirkung vom 20. Juli 1974 Konkursausfallgeld einzuführen; bei Zahlungsunfähigkeit des Arbeitgebers werden dadurch Einkom-

noch Tabelle 11

Monat		Anzahl der Begünstigten	
1974			
Juni			mensverluste der Arbeitnehmer bis zur Höhe von drei Monatsnettolöhnen ausgeglichen.
	Bekleidungsindustrie	330 000	Die tariflichen Lohnsätze werden um 0,50 bis 0,60 DM (durchschnittlich 10 vH) und ab 1. Januar 1975 um weiter 0,15 DM (durchschnittlich 2 vH) erhöht; die Laufzeit beträgt 11 Monate. Zusätzlich wird das Urlaubsgeld um 140,— DM aufgestockt. Für ältere Arbeitnehmer wird eine Arbeitsplatz- und Verdienstsicherung vereinbart.
	Versicherungsgewerbe	200 000	Nach langwierigen Verhandlungen einigen sich die Tarifpartner, die Tarifgehälter rückwirkend ab 1. April 1974 um 11 vH, mindestens 140,— DM, ab 1. Juli um einen weiteren Prozentpunkt, mindestens 15,— DM und ab 1. Oktober nochmals um einen Prozentpunkt anzuheben. Die vermögenswirksamen Leistungen werden ab 1. Oktober um 13,— DM auf 52,— DM monatlich erhöht. Zusätzlich werden rückwirkend zum 1. April die Tätigkeits- und Verantwortungszulagen einheitlich um 20,— DM aufgestockt.
	Privates Bankgewerbe	300 000	Nach mehrmonatigen Tarifverhandlungen werden die Gehaltssätze rückwirkend zum 1. März 1974 um 11 vH, mindestens 140,— DM erhöht. Im weiteren Verlauf des Jahres folgen wie im Versicherungsgewerbe Stufenerhöhungen von insgesamt 2 vH. Die vermögenswirksamen Leistungen werden zum 1. Oktober 1974 um 13,— DM auf 39,— DM monatlich heraufgesetzt.
	Konzertierte Aktion		Erstmals kein Kommuniqué.
	Einzel- und Großhandel	463 000	In verschiedenen Tarifbezirken werden die Löhne und Gehälter um 11 vH bis 13,5 vH heraufgesetzt.
Juli	Rentenversicherung	10 500 000	Mit Wirkung vom 1. Juli werden die Altersrenten um 11,2 vH angehoben.
Oktober	Kriegsopferversorgung	2 350 000	Infolge einer vorgezogenen Anpassung werden die Kriegsopferrenten zum 1. Oktober um 10,8 vH bis 11,5 vH erhöht.
	Öffentlicher Dienst, Bundesbahn, Bundespost	1 600 000	Die wöchentlich zu leistende Arbeitszeit wird von 42 auf 40 Stunden verkürzt; ausgenommen davon sind vorläufig noch die Beamten des Landes Baden-Württemberg. Auch die Pflichtstunden der Lehrer werden nicht angepaßt.
	Konzertierte Aktion		Kein Kommuniqué; die Bundesregierung legt Alternativprojektionen für die Wirtschaftsentwicklung 1975 als Orientierungsdaten im Sinne des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes vor.
	Eisen- und Stahlindustrie	220 000	In Nordrhein-Westfalen und Bremen werden die Löhne und Gehälter zum 15. Oktober um 9 vH erhöht; zusätzlich wird — vorläufig als einmalige Zahlung — eine Summe von 600,— DM vereinbart, die je zur Hälfte im November 1974 und im Mai 1975 zahlbar ist. Der Jahresurlaub wird um zwei Tage verlängert. Für ältere Arbeitnehmer werden eine Verdienstsicherung und ein erhöhter Kündigungsschutz eingeführt.

sätzliche Lohnerhöhung von 5 vH bedeutet. Davon entfallen 1¼ vH auf das Jahr 1974, für 1975 verbleibt somit eine Voraberhöhung von 3¾ vH.

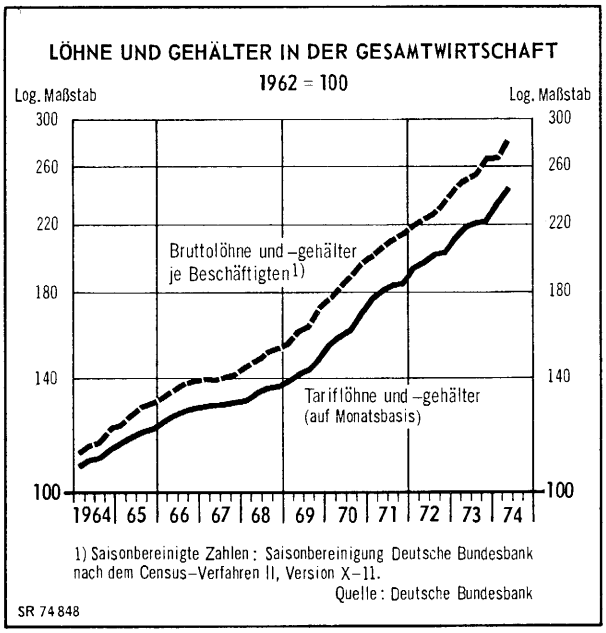
134. Nachdem der Abschluß im öffentlichen Dienst die Weichen gestellt hatte, wurden nach und nach in den 16 Tarifgebieten der Metallindustrie, dem zweiten großen Tarifbereich, noch höhere Einkommensverbesserungen durchgesetzt. Die getroffenen Regelungen sahen zumeist Lohnerhöhungen um 11 vH rückwirkend ab 1. Januar 1974, Stufenerhöhungen von insgesamt 2 vH im weiteren Verlauf des Jahres, zusätzliche Urlaubstage sowie eine Erhöhung des Urlaubsgeldes vor. Zusammen entsprachen diese Vereinbarungen einer Lohnsteigerung von etwa 14½ v.H. Zahlreiche Nebenleistungen kamen hinzu (Tabelle 11). Insgesamt waren 50 Verhandlungen sowie 14 Schlichtungsverfahren nötig, bis die Tarifrunde durchlaufen war. Harten Widerstand leisteten die Arbeitgeber jedoch nicht. Zu einem — regionalen — Streik kam es erst, als die meisten Vereinbarungen schon getroffen waren.

135. Die fortschreitende konjunkturelle Abkühlung verhinderte anders als im Vorjahr, daß die Lohnsteigerungssätze im Verlauf des Jahres noch weiter zunahmen. Die Abschlüsse blieben allerdings durchweg hoch. Sie richteten sich zwar etwas stärker als 1973 nach den konjunkturellen Gegebenheiten der jeweiligen Wirtschaftszweige; gleichwohl gingen die Abweichungen vom Durchschnitt fast nirgends über 1½ Prozentpunkte hinaus. So wurde in unterbeschäftigten Branchen, wie der Lederwaren- und Schuhindustrie zwar deutlich niedrigere Tariflohnanhebungen vereinbart (Tabelle 11); kürzere Laufzeiten der Verträge bewirkten jedoch auch hier aufs Jahr gerechnet Einkommensverbesserungen von fast 11 vH. In der Bauwirtschaft, deren Niedergang 1974 von den Tarifpartnern beklagt wurde, kamen Lohnerhöhungen von 11,2 vH zustande. Der Abschluß in der Textil- und Bekleidungsindustrie — Lohnerhöhungen bis zu 12½ vH — läßt darauf schließen, daß dieser Bereich in einer Zurückhaltung bei den Löhnen keinen Weg der allmählichen Strukturanpassung sieht.

Überdurchschnittliche Tarifvereinbarungen wurden für jene Branchen wirksam, die entweder 1974 konjunkturell besonders begünstigt waren oder deren Arbeitsplätze keinen besonderen Beschäftigungsschwankungen unterlagen. So wurden nach langwierigen Verhandlungen in der chemischen Industrie Einkommensverbesserungen bis zu 13½ vH vereinbart. Den Arbeitnehmern im Steinkohlenbergbau fielen, bedingt durch die Energiekrise, hohe Knappheitsrenten zu; die Lohn- und Gehaltserhöhungen betrugen hier durchschnittlich mehr als 15 vH.

136. Im Anstieg des gesamtwirtschaftlichen Tariflohnniveaus kamen die hohen Lohnsteigerungssätze erst nach und nach zum Ausdruck (Schaubild 22). Vor allem das zeitliche Strecken von Lohnerhöhungen über mehrere Stufen hinweg, so wie diese im Frühjahr 1974 für besonders viele Beschäftigte in

Schaubild 22



der Metallindustrie und dem Versicherungs- und Bankgewerbe tariflich vereinbart worden waren, trug dazu bei. Wurde das Vorjahresniveau im Frühjahr 1974 erst um 11½ vH übertroffen, so hat sich der Abstand im Oktober auf rund 13 vH vergrößert. Gegen Jahresende 1974, wenn in der Metallindustrie die letzte Stufenanhebung der Tariflöhne wirksam geworden ist, dürfte das gesamtwirtschaftliche Tariflohnniveau (das nicht einmal alle tariflich vereinbarten Nebenleistungen enthält) um 13½ vH höher liegen als vor Jahresfrist. Das durchschnittliche Niveau des Jahres 1974 wird dann bereits um mehr als 3 vH überschritten sein (Überhang am Jahresende).

137. Die Zunahme der Effektivverdienste hat sich 1974 nicht im gleichen Maße beschleunigt wie der Anstieg des Tariflohnniveaus. Zunächst wurde die Erhöhung der Verdienste dadurch verzögert, daß die Tarifverträge im öffentlichen Dienst und im Metallbereich nicht wie sonst zu Jahresbeginn, sondern erst nach mehrmonatigem Aufschub rückwirkend in Kraft traten; für rund ein Drittel aller Arbeitnehmer wurde somit die Aufbesserung ihrer Bezüge in das Frühjahr verlagert. Mit den umfangreichen Nachzahlungen stiegen die Löhne und Gehälter je Beschäftigten dann sprunghaft. Der weitere Anstieg des Verdienstniveaus blieb aber gedämpft, da man in der Industrie in zunehmendem Maße versuchte, durch den Abbau von Überstunden und die Einführung von Kurzarbeit die Lohnkosten zu verringern. Die durchschnittlichen Bruttoverdienste in der Gesamtwirtschaft waren in den ersten sechs Monaten 1974 um 11 vH höher als vor Jahresfrist; in der zweiten Jahreshälfte 1974 dürfte der Abstand zum Vorjahresniveau 11½ vH betragen.

138. Die gesamtwirtschaftliche Lohndrift, die Differenz zwischen den Steigerungsraten der Effektivverdienste und der Tarifverdienste, hat sich 1974 zurückgebildet. Das war zu erwarten; denn ein Abflauen der Wirtschaftstätigkeit war bisher stets mit einem Rückgang der geleisteten und vergüteten Arbeitsstunden und einem entsprechend geringeren Zuwachs der Bruttostundenverdienste je Beschäftigten verbunden. Daß der Zuwachs der Effektivverdienste 1974 insgesamt nur um etwa einen halben Prozentpunkt hinter dem Anstieg der Tarifverdienste zurückblieb, ist zum großen Teil darauf zurückzuführen, daß zahlreiche Nebenleistungen, die auch in diesem Jahr gewährt wurden, zwar in der Statistik der Effektivverdienste, nicht aber, obgleich tariflich vereinbart, in der Tarifstatistik erfaßt werden. Hierzu gehörten 1974 vor allem die Erhöhung der Urlaubsgelder, die Änderung der Lohngruppen und die Anhebung von zusätzlichen Gehaltszahlungen sowie von vermögenswirksamen Leistungen, die nicht regelmäßig gezahlt werden.

139. In der Entwicklung der Summe der Arbeitseinkommen, die 1974 gezahlt wurden, wird deutlich sichtbar, daß die hohen Lohnsteigerungen mit einem merklichen Rückgang der Beschäftigung verbunden waren: Das Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit war im ersten Halbjahr 1974 nur noch um 10 vH höher als vor Jahresfrist (Tabelle 12). Im zweiten Halbjahr dürfte der Einkommenszuwachs noch niedriger sein. Der Zuwachs der Nettoeinkommen, der den Arbeitnehmern nach Abzug von Lohnsteuer und Sozialversicherungsbeiträgen verblieb, fiel auch 1974 geringer aus als der Zuwachs der Bruttoeinkommen. Die Differenz in den Steigerungsraten zwischen den Bruttoeinkommen und den Nettoeinkommen, die mehr als 2 Prozentpunkte ausmachen dürfte, wird zu einem großen Teil durch

Tabelle 12

Zur Entwicklung der Reallohnposition [1])

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH

Jahr	Realer Verteilungsspielraum				Reale Verteilung			Reallohnposition der Arbeitnehmer (7) − (4)
	Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen	Terms-of-Trade-Effekt [2])	Lohnkosteneffekt der Arbeitgeberbeiträge [3])	insgesamt (1) + (2) − (3)	Bruttolohn- und -gehaltssumme je Arbeitnehmer (Inland)	Preisindex für die Lebenshaltung [4])	Reale Bruttolohn- und -gehaltssumme je Arbeitnehmer (5) − (6)	
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)
1963	+3,5	+0,1	−0,0	+3,6	+ 6,0	+2,9	+ 3,0	−0,6
1964	+7,4	±0,0	−0,7	+8,2	+ 9,6	+2,3	+ 7,1	−1,0
1965	+5,5	−0,2	−0,2	+5,5	+ 8,9	+3,3	+ 5,4	−0,1
1966	+3,4	−0,1	+0,4	+2,9	+ 7,0	+3,5	+ 3,4	+0,5
1967	+3,6	−0,0	+0,2	+3,4	+ 3,1	+1,5	+ 1,6	−1,7
1968	+7,4	+0,2	+0,6	+7,0	+ 6,5	+1,2	+ 5,2	−1,7
1969	+7,0	−0,2	+0,5	+6,3	+ 8,9	+1,5	+ 7,3	+0,9
1970	+5,0	+0,7	+0,3	+5,4	+15,4	+3,4	+11,6	+5,9
1971	+2,9	+0,7	+0,7	+2,9	+11,1	+5,3	+ 5,5	+2,5
1972	+4,1	+0,5	+0,7	+3,9	+ 9,0	+5,2	+ 3,6	−0,3
1973	+5,5	−0,6	+0,9	+3,9	+12,1	+6,6	+ 5,2	+1,3
1974 [5])	+2,7	−2,1	+0,4	+0,1	+11,2	+6,9	+ 4,0	+3,9

[1]) Gesamtwirtschaft ohne Staat. Berechnung der Spalten (4), (7) und (8) durch multiplikative Verknüpfung.
[2]) Gesamtwirtschaft.
[3]) Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung einschließlich zusätzlicher Sozialaufwendungen der Arbeitgeber.
[4]) Veränderung des Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte, abzüglich der darin enthaltenen Verbrauchsteuererhöhungen (Mehrwertsteuer; Steuern auf Branntwein, Mineralöl, Tabak); eigene Schätzung.
[5]) Eigene Schätzung.

die Progressionswirkung des Steuersystems erklärt; wie im vorigen Jahr entfielen darauf 1½ Prozentpunkte [1]). Die Steuerreform, die 1975 in Kraft treten wird, verspricht hier Erleichterungen, wenn auch nur für beschränkte Zeit (JG 73 Ziffer 121).

140. Hatten die Arbeitnehmer zu Beginn des Jahres ihre Lohnforderungen auch in die Höhe getrieben, um sich gegen einen beschleunigten Geldwertschwund zu schützen, so blieb ihnen nun, da dieser nicht das befürchtete Ausmaß annahm, real ebenfalls ein beträchtlicher Einkommenszuwachs. Die Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer waren 1974 um 11½ vH größer als vor einem Jahr (je Stunde um rund 13 vH). Da sich die Lebenshaltung um 7 vH, also nicht wesentlich stärker als im Vorjahr verteuerte, liegen die Reallöhne 1974 je Arbeitnehmer um 4 vH, je Stunde um 5½ vH höher als 1973. Auch der Nettolohn war 1974 trotz der Steuerprogression beträchtlich höher als 1973 (je Arbeitnehmer um gut 9½ vH, je Stunde um etwa 11½ vH), so daß den abhängig Beschäftigten im Durchschnitt ein Zuwachs an verfügbarem Realeinkommen aus unselbständiger Arbeit von fast 2½ vH verblieb (je Stunde etwa 4 vH).

141. Reallohnerhöhungen von brutto 4 vH waren 1974 nicht verteilungsneutral und offensichtlich auch nicht mit der Aufrechterhaltung eines hohen Beschäftigungstandes vereinbar.

Gemessen am Produktivitätsfortschritt im privaten Bereich der Wirtschaft hätte zwar 1974 das Realeinkommen je Arbeitnehmer brutto um gut 2½ vH verteilungsneutral erhöht werden können; denn um so viel war das reale Produktionsergebnis je Erwerbstätigen höher als im Vorjahr (Tabelle 13). Beträchtlich gemindert wurde das an Inländer verteilbare Mehrprodukt aber dadurch, daß die Volkswirtschaft infolge der außergewöhnlichen Verschlechterung des Austauschverhältnisses mit dem Ausland (Terms

[1]) Im Jahre 1973 waren die Nettoeinkommen besonders weit hinter den Bruttoeinkommen zurückgeblieben, weil die Beitragssätze zur Sozialversicherung angehoben worden waren. Zudem waren die Nettoeinkommen des Jahres 1972 durch die Rückzahlung des Konjunkturzuschlages überhöht gewesen; dies hatte die Zuwachsrate der Nettoeinkommen 1973 zusätzlich gesenkt (JG 73 Ziffer 118).

Tabelle 13

Verteilung des Volkseinkommens

Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH

Zeitraum	Volks-einkommen	Einkommen aus				Entnommene Gewinne und Vermögens-einkommen [2]) [3])	Empfangene laufende Übertragungen vom Staat [4])	Verfügbares Einkommen [3]) [5])
		unselbständiger Arbeit		Unternehmertätigkeit und Vermögen				
		brutto	netto [1])	brutto	netto [1])	private Haushalte		
1963—1973 [6])	+ 9,3	+10,1	+ 8,5	+ 7,6	+ 8,0	+10,3	+ 9,9	+ 9,0
1970	+14,9	+17,7	+14,8	+ 9,7	+13,4	×	+ 7,9	×
1971	+10,7	+13,3	+10,7	+ 5,4	+ 5,2	+12,1	+11,6	+11,0
1972	+ 9,3	+ 9,7	+ 9,1	+ 8,2	+ 8,6	+13,9	+13,6	+11,1
1973	+12,1	+13,5	+ 8,9	+ 9,0	+ 4,9	+ 8,9	+11,6	+ 9,1
1974 [7])	+ 6½	+ 9½	+ 7½	− ½	− 1	+ ½	+15½	+ 7½
1973 1. Hj.	+13,0	+13,3	+ 7,9	+12,4	+ 8,6	+15,7	+ 8,6	+ 9,7
2. Hj.	+11,3	+13,8	+ 9,7	+ 5,9	+ 1,5	+ 3,7	+14,4	+ 8,6
1974 1. Hj.	+ 6,9	+10,1	+ 8,7	− 0,4	− 3,3	− 1,9	+14,7	+ 7,2

[1]) Abzüglich direkter Steuern u. ä.
[2]) Einkommen der privaten Haushalte aus Unternehmertätigkeit und Vermögen nach Abzug der direkten Steuern auf diese Einkommen (z. B. Einkommensteuer u. ä., jedoch nicht der Steuern im Zusammenhang mit dem Privaten Verbrauch, wie Kraftfahrzeugsteuer u. ä.), der Pflichtbeiträge der Selbständigen zur Sozialversicherung sowie der nichtentnommenen Gewinne der Einzelunternehmen u. ä.
[3]) Wegen Revision der Finanzierungsrechnung der Deutschen Bundesbank sind die Angaben ab 1970 mit denen der vorangegangenen Jahre nicht voll vergleichbar.
[4]) Nach Abzug der Lohnsteuer auf Pensionen.
[5]) Ohne nichtentnommene Gewinne der Einzelunternehmen u. ä.
[6]) Durchschnittlich jährliche Veränderung.
[7]) Eigene Schätzung.

of Trade) für den Import von Waren und Dienstleistungen erheblich mehr an eigenen Gütern an das Ausland liefern mußte als 1973. Für die Bereitstellung der Importe war gleichsam ein größerer Teil des realen Inlandsprodukts zu exportieren als bisher. Auf diese Weise hat sich der Spielraum für Realeinkommenssteigerungen 1974 um 2,1 vH verkleinert (Terms-of-Trade-Effekt) [1].

Ein Bestandteil der Arbeitnehmereinkommen sind die Beiträge der Arbeitgeber zur sozialen Sicherung; eine Erhöhung der Beitragssätze vermindert also den Spielraum für auszahlbare Lohnerhöhungen. Gemessen an der Bruttolohnsumme stieg der Anteil der Arbeitgeberbeiträge von 17,6 vH im Jahre 1973 auf 18 vH im Jahre 1974 an; das ergibt einen Lohnkosteneffekt von 0,4 vH.

Eine Lohnpolitik, die diese Faktoren berücksichtigt und allenfalls einen Anstieg des Preisniveaus vorweggenommen hätte, wie er kurzfristig für unvermeidlich zu halten war (kostenniveauneutrale Lohnpolitik) [2], hätte also einen sehr viel geringeren Anstieg der Reallöhne bewirken müssen. Ein Ergebnis in der Nachbarschaft dessen hätte jedenfalls die Vollbeschäftigung weniger gefährdet, die Rückkehr zu mehr Geldwertstabilität weniger erschwert.

142. Hohe Lohnabschlüsse und verringerte Produktivitätszuwächse haben den Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Lohnkosten 1974 weiter beschleunigt. Nach einem vorübergehenden Stillstand um die Jahreswende 1973/74, als sich der Abschluß neuer Tarifverträge verzögerte, erhöhten sich die Lohnkosten je Produkteinheit in der Gesamtwirtschaft vom Frühjahr an rasch, zumal die Lohnvereinbarungen rückwirkend in Kraft traten und erhebliche Nachzahlungen geleistet wurden. Im Durchschnitt des Jahres 1974 mußten zur Produktion einer Einheit Sozialprodukt etwa 9½ vH mehr Löhne und Gehälter aufgewendet werden als im vorigen Jahr.

Besonders steil verlief der Anstieg der Lohnkosten in der Industrie. Im dritten Vierteljahr 1974 überstiegen hier die Lohnkosten je Produkteinheit das Vorjahresniveau um mehr als 10 vH. Auf den Umsatz bezogen — Preiserhöhungen eingerechnet — hat dagegen der Anteil der Löhne und Gehälter im Verlauf des Jahres 1974 nur wenig zugenommen.

143. Einen Schluß auf die Gewinnmargen in der Industrie läßt der Vergleich von Lohnkosten und Umsatz nicht zu. Vor allem in einem Jahr wie 1974 würde ein solcher Schluß fehlleiten, weil die übrigen Kosten vielfach noch stärker als die Löhne gestiegen sind. Bei importierten Vorprodukten, insbesondere bei Mineralöl, lagen die Einstandskosten weit über dem Vorjahresstand (Ziffer 117). Auch die Finanzierungskosten blieben bis zum Sommer nahezu unverändert auf dem hohen Niveau vom Jahresende 1973. Öffentliche Dienstleistungen, wie von Bahn und Post, waren ebenfalls wesentlich teurer als im Vorjahr.

Trotz kräftiger Preisanhebungen dürfte daher der Anstieg der Kosten insgesamt gesehen 1974 so hoch gewesen sein, daß die Unternehmen einen Rückgang der Gewinnmargen nicht verhindern konnten.

144. Im verarbeitenden Gewerbe sinken die Gewinnmargen seit 1969. Das gilt auch, wenn man berücksichtigt, daß die Gewinnmargen in Boomjahren wie 1969 konjunkturell überhöht sind. Ein längerfristiger Vergleich zeigt, daß die Stückkosten im verarbeitenden Gewerbe seit 1960 um rund 47 vH gestiegen sind, im Durchschnitt mehr als die Preise (Schaubild 23). Die Gewinn- und Vermögenseinkommen je Produkteinheit in diesem Bereich waren 1973, obwohl sie eine Inflationskomponente enthalten, niedriger als 1960 und auch niedriger als in den Jahren 1964/65. Der Anteil der Gewinn- und Vermögenseinkommen am Produktionswert (Gewinnmarge), der nicht inflatorisch überzeichnet ist, nahm daher im Trend ab, von gut 9 vH in den Jahren 1964/65 auf knapp 7 vH im Jahre 1973.

Ein ähnlicher Befund ergibt sich, wenn man die Gewinn- und Vermögenseinkommen nach Abzug eines kalkulatorischen Unternehmerlohnes nicht zum Produktionswert, sondern zum investierten Sachvermögen ins Verhältnis setzt (Realrendite) [1]. Für den Bereich der gewerblichen Wirtschaft (ohne Wohnungsvermietung) haben wir die Gewinne und Zinseinkünfte auf die Summe des Nettoanlagevermögens zu Wiederbeschaffungspreisen und des Vorratsvermögens bezogen. Nach dieser Rechnung ist die Realrendite im vergangenen Jahrzehnt im Trend gesunken. Noch im vorigen Jahr konnte man vermuten,

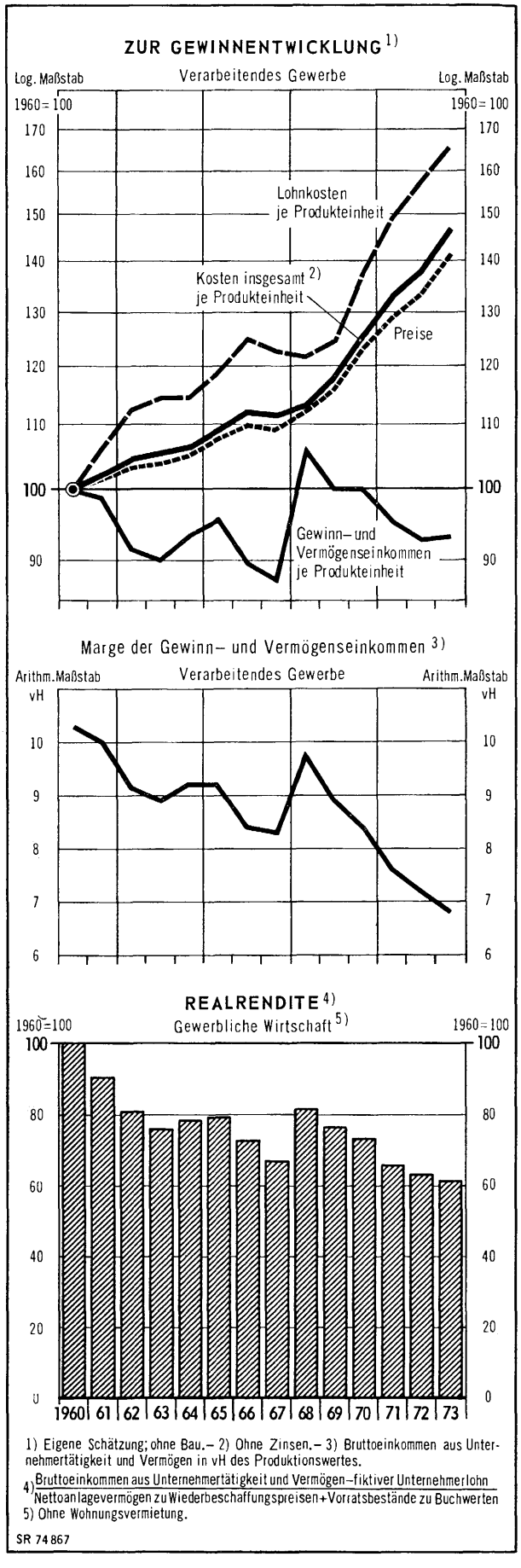
---

[1] Der Terms-of-Trade-Effekt ist die Differenz (in Prozentpunkten) zwischen den Zuwachsraten des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP in Preisen von 1962) und des „Gross National Income". Dieses wird ermittelt, indem vom realen Bruttoinlandsprodukt der Außenbeitrag in Preisen von 1962 abgezogen und der Außenbeitrag zu Importpreisen von 1962 hinzuaddiert wird. Der Außenbeitrag zu Importreisen von 1962 wird errechnet, indem der nominale Außenbeitrag mit dem Preisindex der Einfuhr (1962 = 100) deflationiert wird (JG 66 Anhang VI).

[2] Die Veränderung des Kostenniveaus wird außer von der Entwicklung der Lohnkosten auch von der Entwicklung der Kapitalkosten bestimmt. Kapitalkostenänderungen können sowohl von Veränderungen des Kapitaleinsatzes je Produkteinheit als auch von Veränderungen des Zinssatzes als zeitbezogener Preis des Faktors Kapital herrühren. Eine dem Konzept der kostenniveauneutralen Lohnpolitik angemessene Schätzung der Veränderung der Kapitalkosten müßte insbesondere eine Zinsentwicklung bestimmen, in der die Veränderungen der relativen Knappheit von Kapital und Arbeit und nicht die Veränderungen der Inflationsraten zum Ausdruck kommen. Nach wie vor erscheint die Unsicherheit solcher Schätzungen zu groß; wir haben unterstellt, daß sich die Kapitalkosten je Produkteinheit nicht wesentlich anders als die Lohnkosten entwickelt haben.

[1] Diese Relation ist sicher in ihrer absoluten Höhe nicht interpretierbar, da das Grundvermögen und die Geldbestände der Unternehmen nicht berücksichtigt werden; auch sind die Schätzrisiken bei dieser Rechnung hoch (JG 73 Ziffer 130). Für den zeitlichen Vergleich spielen diese Fehlerquellen jedoch eine weitaus geringere Rolle.

Schaubild 23



1) Eigene Schätzung; ohne Bau. – 2) Ohne Zinsen. – 3) Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen in vH des Produktionswertes.

4) $\frac{\text{Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen – fiktiver Unternehmerlohn}}{\text{Nettoanlagevermögen zu Wiederbeschaffungspreisen + Vorratsbestände zu Buchwerten}}$

5) Ohne Wohnungsvermietung.

SR 74 867

daß dies vor allem zu Lasten der Geldvermögensbesitzer, weniger zu Lasten der Eigner von risikotragendem Kapital ging (JG 73 Ziffer 328). Seit dem Frühjahr 1973 ist jedoch die Inflationsrate mehr und mehr in den Nominalzins eingegangen, so daß die Kontrakteinkommen aus Kapitalvermögen — abgesehen von Altkontrakten mit langfristiger Zinsbindung sowie von Spareinlagen — durch den Anstieg des Preisniveaus immer weniger entwertet werden dürften.

In welchem Ausmaß die Eigenkapitalrendite im Unternehmensbereich gedrückt wurde, läßt sich allerdings nicht genau feststellen [1]). Die volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen liefern neuerdings zwar mehr Informationen über die Zinsströme in der Volkswirtschaft; sie weisen für die Unternehmen aber nur den Saldo von geleisteten und empfangenen Zinszahlungen aus, der auch die Zinsen enthält, die für Wohnungsdarlehen entrichtet werden. Ein großer Teil der Inflationsverluste der Gläubiger und der Inflationsgewinne der Schuldner, die wegen der langen Zinsbindung insbesondere in der Wohnungswirtschaft entstehen, dürfte deshalb gar nicht den Unternehmen, sondern den privaten Haushalten zuzurechnen sein.

145. Nicht nur die Gewinnmargen sind 1974 unter Druck geraten; aufgrund der schwachen Mengenkonjunktur dürfte auch die Gewinnsumme in der Gesamtwirtschaft beträchtlich gesunken sein.

Einen Anhaltspunkt dafür gibt die Entwicklung der Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen. Wie 1967 sind diese Einkommen absolut zurückgegangen, und zwar schätzungsweise um 1 Mrd DM, also um rund ½ vH. Die Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen dürften etwa ebenso stark gesunken sein, obwohl sie aufgrund von hohen steuerlichen Abschlußzahlungen der Unternehmen im vorangegangenen Jahr entsprechend niedriger waren (JG 73 Ziffer 202). Der Rückgang der Nettoeinkommen wäre noch größer gewesen, wäre es nicht vielen Unternehmen gelungen, die Vorauszahlungen an Einkommen- und Körperschaftsteuer 1974 rasch nach unten zu revidieren (Ziffer 209).

Ein klares Bild davon, in welchem Ausmaß die Unternehmensgewinne gesunken sind, geben die Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen allerdings nicht. Denn sie enthalten auch die Arbeitseinkommen für mehr als vier Millionen selbständig Erwerbstätige (Unternehmerlohn) sowie die Zinseinkommen der privaten Haushalte. Die Arbeitsentgelte der Selbständigen sind zwar ihrer Höhe nach nicht bekannt; nimmt man jedoch die Arbeitseinkommen der unselbständig Beschäftigten zum Maßstab, so dürften sie 1974 kräftig gestiegen sein. Der Anteil der Zinseinkommen am gesamten Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen hat sich nach Berechnungen des Statisti-

[1]) Auch Branchenanalysen vermitteln nicht den Eindruck einer einheitlichen Tendenz der Eigenkapitalrentabilität in den vergangenen Jahren.

schen Bundesamtes von 4 vH im Jahre 1960 auf 12½ vH im Jahre 1972 erhöht[1]). Auch im Jahre 1974 dürfte er aufgrund der Zinserhöhungen im vergangenen Jahr gestiegen sein. Dabei muß man zwar berücksichtigen, daß die Zinseinkommen eine inflatorische Komponente enthalten, welche die privaten Haushalte für die Entwertung ihrer Geldvermögen teilweise entschädigt, und daß bei den Unternehmen in diesem Zusammenhang auch Inflationsgewinne entstehen; doch ist der Inflationsgewinn der Unternehmen 1974 kleiner geworden, denn den Zinserhöhungen entsprach ein Anstieg des Realzinses. Stellt man all dies in Rechnung, so muß man annehmen, daß die Größe „Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen" den Rückgang der Unternehmensgewinne noch unterzeichnet.

146. Das Volkseinkommen, die Summe der im Produktionsprozeß entstandenen Einkommen, erreichte 1974 den Betrag von 765 Mrd DM; es war damit 6½ vH größer als im Vorjahr. Da die Lohneinkommen auch in diesem Jahr noch kräftig zunahmen, die Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen aber sanken, ist die Lohnquote, der Anteil der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit am Volkseinkommen, 1974 sprunghaft von 69,5 vH im Vorjahr auf 71,5 vH gestiegen. Dies gilt auch, wenn man die Lohnquote von Veränderungen der Beschäftigtenstruktur bereinigt; denn 1974 hat der Anteil der abhängig Beschäftigten an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen — bedingt durch den konjunkturellen Beschäftigungseinbruch — leicht abgenommen; gemessen an der Beschäftigungsstruktur des Jahres 1973 würde 1974 die Lohnquote 71,6 vH betragen[2]).

147. Stärker als das Volkseinkommen hat das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte — die Summe aller den Haushalten zufließenden Nettoeinkommen und Übertragungen — zugenommen (Tabelle 12). Hierin kommt vor allem zum Ausdruck, wie sehr die Verteilung der Einkommen über den Markt (Primärverteilung) im nachhinein durch Leistungen des Staates, aber auch durch Abgaben an ihn verändert wird (Sekundärverteilung). Besonders die öffentlichen Einkommensübertragungen sind in den letzten Jahren sprunghaft gestiegen; hatte ihr Anteil am verfügbaren Einkommen der Haushalte 1960 noch 19,7 vH und 1970 erst 20,1 vH betragen, so macht er 1974 bereits 22,7 vH aus. Zurückzuführen ist dies darauf, daß diese Leistungen immer mehr dynamisiert wurden und der Kreis der Anspruchsberechtigten immer weiter gezogen wurde. Bei der Würdigung des Abstands zwischen der Zunahme der Bruttoeinkommen und der Nettoeinkommen sollte auch dies im Bilde sein.

148. Im Jahre 1974 waren von der Erhöhung der Sozialeinkommen am meisten die Rentner begünstigt. Die 10,5 Mio Altersrenten wurden Mitte des Jahres um 11,2 vH angehoben, die Versorgungsbezüge für die 2,3 Mio Kriegsopfer zu Jahresbeginn um 11,4 vH und im Oktober durch eine vorgezogene Anpassung nochmals um 11,2 vH. Der kräftige Anstieg des Rentenniveaus seit 1972 hat insgesamt dazu geführt, daß die Renten ihrer Kaufkraft nach stärker als die Arbeitseinkommen gestiegen sind, nachdem sie zuvor hinter diesen zurückgeblieben waren.

Die Beamtenpensionen, die unmittelbar der Einkommensentwicklung im öffentlichen Dienst folgen, dürften 1974 im Durchschnitt um 11½ vH höher sein als 1973.

Zunehmende Bedeutung haben in den vergangenen Jahren, besonders aber 1974, die Übertragungen der Bundesanstalt für Arbeit erlangt, die gleichfalls zu den öffentlichen Einkommensübertragungen zählen. 1974 betrugen sie 7 Mrd DM, das sind über 2 Mrd DM mehr als im Vorjahr. Ins Gewicht fielen vor allem die zusätzlichen Aufwendungen für Arbeitslosengeld und Kurzarbeitergeld.

V. Unerwünschte Leistungsbilanzsalden

Überraschendes Anschwellen des Außenbeitrages

149. Trotz der drastischen Verteuerung der Einfuhr von Mineralöl und Mineralölprodukten ist 1974 der Außenbeitrag — das ist die Differenz zwischen allen an das Ausland gelieferten und den von dort bezogenen Waren und Dienstleistungen — stark gestiegen. Nach unserer Schätzung wird er für das ganze Jahr 37,9 Mrd DM betragen, verglichen mit einem Wert von 25,3 Mrd DM im Jahre 1973, der schon als außergewöhnlich hoch angesehen werden konnte. Entsprach der Außenbeitrag im Durchschnitt der Jahre seit 1960 knapp 2 vH des Sozialproduktes, so wird er 1974 fast 4 vH ausmachen.

150. Eine überaus kräftige Ausfuhrexpansion wie eine insgesamt schwache Importentwicklung bewirkten, daß die Handelsbilanz allein in den ersten neun Monaten 1974 einen Überschuß von 36,9 Mrd DM aufwies, nach 33 Mrd DM im ganzen Jahr 1973. Den Bestellungen (Ziffern 97 ff.) entsprechend waren die Lieferungen an das Ausland von Januar bis September um 31½ vH höher als im gleichen Zeitraum des Vorjahres; auch real waren es 14 vH mehr. Die Wareneinfuhr dagegen erreichte in diesem Zeitraum dem Volumen nach nicht einmal das Vorjahresniveau. Da jedoch die Importpreise stark gestiegen

---

[1]) Statistisches Bundesamt: Vermögenseinkommen und Unternehmensgewinne 1960 bis 1972, Wirtschaft und Statistik, 1974 Heft 4. Der Anteil der Einkünfte der freiberuflich Tätigen läßt sich nur anhand der Steuerstatistik abschätzen; im Jahre 1968 betrug der Anteil der Einkünfte aus selbständiger Arbeit an den Einkünften der zur Einkommen- und Körperschaftsteuer Veranlagten (ohne Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit) rund ein Achtel.

[2]) Legt man die Beschäftigungsstruktur des Jahres 1960 zugrunde, so beträgt die rechnerische Lohnquote für das Jahr 1973 63,5 vH, für das Jahr 1974 65,4 vH (JG 72 Ziffer 452).

sind, haben die Einfuhrwerte deutlich zugenommen [1]).

151. Niemand hatte wohl für 1974 derart hohe Überschüsse für möglich gehalten. Eher war wegen der Preispolitik der Ölförderländer damit gerechnet worden, daß der Exportüberschuß deutlich zurückgehen werde. Daß der Außenwert der D-Mark im Vorjahr kräftig gestiegen war, konnte zusätzlich als Vorbelastung gelten, zumal bei einer verhaltenen Konjunktur im Ausland. Dem stand zwar die Erfahrung gegenüber, daß in Phasen starker konjunktureller Abschwächung im Inland nicht nur wenig eingeführt wird, sondern darüber hinaus die Exporteure auch unter Preiszugeständnissen versuchen, die Produktionsdrosselung und damit die Freisetzung von Arbeitskräften durch erhöhte Lieferungen an das Ausland in Grenzen zu halten. Die Erfolgsaussichten, im Ausland einen solchen Ausgleich für die schwache Binnennachfrage finden zu können, schienen jedoch, bei flexiblen Wechselkursen gegenüber den meisten Währungen unserer Handelspartner, wesentlich geringer.

Kapitalexporte können allerdings dazu beitragen, daß auch bei flexiblen Wechselkursen die Exportanstrengungen nicht durch eine Höherbewertung der heimischen Währung zunichte gemacht werden. Daß Ausländer sich 1974 in dem dafür erforderlichen Maße in der Bundesrepublik verschulden oder D-Mark-Anlagen auflösen würden, war aber keineswegs selbstverständlich. Solange das inländische Zinsniveau, und das war 1974 der Fall, nicht um so viel unter dem des Auslands liegt, wie die Inflationsrate hier niedriger ist als dort, ist eigentlich nicht mit Kapitalexporten, sondern mit Kapitalimporten zu rechnen. Daß es 1974 dennoch zu Kapitalexporten kam, ist im einzelnen nicht leicht zu begründen. Eine wichtige Rolle dürfte in diesem Jahr der enge Zusammenhang zwischen Warenausfuhr und Kapitalexport gespielt haben; offensichtlich mußten die Exporteure ihren Kunden, um Aufträge an sich zu ziehen, günstige Zahlungsbedingungen zugestehen, also hohe Handelskredite einräumen.

152. Die Entwicklung der Ausfuhrpreise könnte dagegen auf den ersten Blick den Schluß nahelegen, daß es 1974 keiner großen Anstrengungen der Exporteure bedurfte, um die Exporte so kräftig auszuweiten, wie es geschehen ist. Bis September 1974 sind die Ausfuhrpreise binnen Jahresfrist um 19,3 vH und damit im Durchschnitt stärker als die Preise im Inlandsabsatz angehoben worden. Das ist um so erstaunlicher, als die Höherbewertung der D-Mark heimische Erzeugnisse für den ausländischen Abnehmer bereits im Vorjahr erheblich verteuert hatte und zu erwarten stand, daß 1974 die Preise wieder eine größere Rolle bei der Auftragsvergabe spielen würden. Bei Vorprodukten haben die Preise besonders kräftig angezogen; denn entgegen der konjunkturellen Entwicklung sonst war der Nachfragesog nach solchen Gütern, vor allem nach Stahl und chemischen Erzeugnissen, und damit auch der Preisauftrieb auf den Auslandsmärkten groß. Im September 1974 waren exportierte Vorprodukte um nicht weniger als 43,5 vH teurer als ein Jahr zuvor. Aber auch die übrigen Exporte verteuerten sich spürbar. So waren die Ausfuhrpreise für Investitionsgüter im September um 8,2 vH höher als vor Jahresfrist, die für Verbrauchsgüter um 12,7 vH. Das schließt jedoch nicht aus, daß die heimischen Unternehmen, um Aufträge an sich zu ziehen, ihre Auslandspreise vielfach weniger anhoben als ihre Konkurrenten aus anderen Ländern. In Teilen des Maschinenbaus und der Konsumgüterindustrie mögen sogar erhebliche Preiszugeständnisse nötig gewesen sein.

153. Die Ausfuhrexpansion ist jedoch nicht allein den verstärkten Exportbemühungen deutscher Unternehmen zuzuschreiben. So ist bei den Einflüssen, die von der Konjunkturlage im Ausland auf unsere Ausfuhr ausgingen, zu bedenken, daß sich eine gedämpfte Nachfrageexpansion bei den Handelspartnern im deutschen Export bisher stets nur abgeschwächt bemerkbar gemacht hat (Schaubild 24) und daß 1974 in wichtigen Abnehmerländern, beispielsweise in Frankreich und in den meisten EFTA-Ländern, die konjunkturelle Entwicklung vergleichsweise günstig und daher auch der Importbedarf noch hoch war. So war die Industrieproduktion im Ausland — gewichtet mit dem Anteil der Länder an unserer Ausfuhr — im ersten Vierteljahr 1974 noch um 6 vH höher als ein Jahr zuvor.

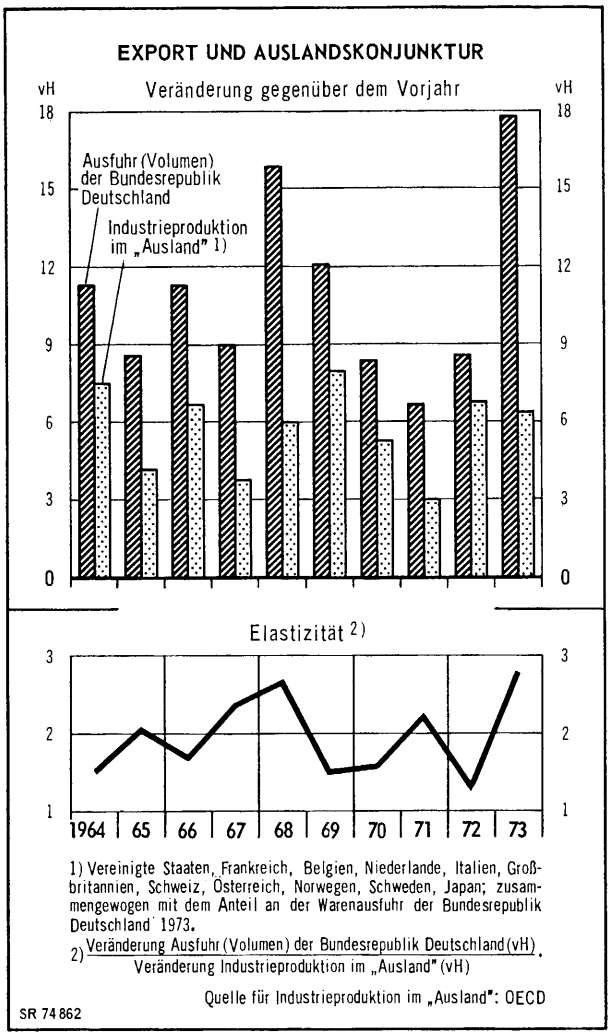
154. In der Vergangenheit hatte zu den Exporterfolgen nicht unerheblich beigetragen, daß bei festen Wechselkursen der vergleichsweise geringe Preisauftrieb im Inland den deutschen Exporteuren immer wieder Wettbewerbsvorteile verschaffte. Die mehrfache Höherbewertung der D-Mark in den letzten Jahren hatte diese Preisvorteile wohl beseitigt. Daß neue entstanden, war allerdings trotz des Übergangs zu flexiblen Kursen gegenüber den meisten unserer Handelspartner nicht ausgeschlossen; kurzfristig jedenfalls braucht sich der Wechselkurs nicht gemäß den unterschiedlichen Inflationsraten im Inland und im Ausland zu entwickeln.

Die Geldentwertung in der Bundesrepublik blieb dank frühzeitiger Stabilisierungsanstrengungen 1974 erheblich hinter der des Auslandes zurück, ohne daß sich der Außenwert der D-Mark seit Herbst vergangenen Jahres — von Schwankungen abgesehen — deutlich erhöhte. Dadurch hat sich die

---

[1]) Bei der Einfuhr wird der Vorjahresvergleich 1974 durch methodische Änderungen in der Außenhandelsstatistik etwas beeinträchtigt. Diese betreffen solche Lieferungen, die über offene Zollager abgewickelt werden. Bislang wurden die Zugänge auf offene Zollager abweichend von der zollrechtlichen Behandlung als unmittelbare Einfuhren gezählt. Inzwischen hat sich jedoch gezeigt, daß in zunehmendem Maße Waren in offene Zollager eingelagert wurden, die zum Reexport bestimmt waren. Seit dem 1. Januar 1974 werden deshalb nicht mehr die Zugänge auf offene Zollager als Einfuhren erfaßt, sondern erst die Abgänge in den Inlandsverkehr. Allerdings wurden 1974, um Doppelzählungen zu vermeiden, Abgänge aus den bis 31. Dezember 1973 aufgelaufenen Beständen nicht gerechnet. Dadurch wird die Einfuhr 1974 um etwa 3 Mrd DM zu niedrig ausgewiesen.

Schaubild 24



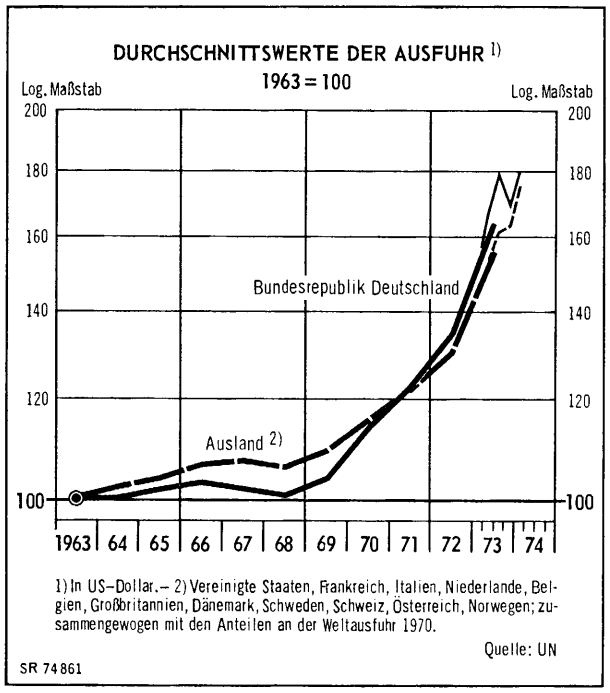
1) Vereinigte Staaten, Frankreich, Belgien, Niederlande, Italien, Großbritannien, Schweiz, Österreich, Norwegen, Schweden, Japan; zusammengewogen mit dem Anteil an der Warenausfuhr der Bundesrepublik Deutschland 1973.

2) $\frac{\text{Veränderung Ausfuhr (Volumen) der Bundesrepublik Deutschland (vH)}}{\text{Veränderung Industrieproduktion im „Ausland" (vH)}}$.

Quelle für Industrieproduktion im „Ausland": OECD

SR 74862

Schaubild 25



1) In US-Dollar. – 2) Vereinigte Staaten, Frankreich, Italien, Niederlande, Belgien, Großbritannien, Dänemark, Schweden, Schweiz, Österreich, Norwegen; zusammengewogen mit den Anteilen an der Weltausfuhr 1970.

Quelle: UN

SR 74861

Position deutscher Anbieter im Preiswettbewerb gegenüber dem Vorjahr spürbar verbessert. Die Ausfuhrpreise unserer Exporteure sind nicht nur in D-Mark, sondern auch in US-Dollar gerechnet langsamer gestiegen als die ihrer Konkurrenten (Schaubild 25). Bei all dem ist jedoch zu berücksichtigen, daß im Herbst 1973 Unsicherheit darüber bestand, ob die D-Mark von den damaligen Preisrelationen her nicht zu hoch bewertet war (JG 73 Ziffer 146).

Deutsche Exporteure haben aber 1974 noch andere Wettbewerbsvorteile gehabt. Sie konnten kurze Lieferfristen anbieten und vor allem — anders offenbar als viele ihrer Konkurrenten — auch fristgerecht liefern; nicht selten scheint dies für einen Auftrag sogar ausschlaggebend gewesen zu sein.

155. Ein wichtiger Grund für die anhaltenden Exporterfolge der deutschen Unternehmen, durch die sich der deutsche Anteil an den Exportmärkten der Welt in den letzten zehn Jahren ständig vergrößerte, ist auch in der Struktur unseres industriellen Angebots zu sehen. Rund ein Drittel unserer Exporte sind Investitionsgüter. Die verhaltene Investitionsneigung in den westlichen Industrieländern könnte zunächst vermuten lassen, daß dies 1974 eher von Nachteil war. Dem war aber nicht so, weil in wichtigen Konkurrenzländern die Kapazitäten der Investitionsgüterhersteller noch ausgelastet waren und weil die deutschen Lieferungen an Staatshandelsländer und nichtölfördernde Entwicklungsländer, bei denen Ausrüstungen eine hervorragende Rolle spielen, wie schon im Vorjahr überdurchschnittlich stark zunahmen.

Die starke Stellung der Bundesrepublik bei Investitionsgütern hat 1974 entscheidend dazu beigetragen, daß die Ausfuhr von der Ölkrise begünstigt wurde. Zum einen haben die Ölländer ihre Importe aus der Bundesrepublik erheblich gesteigert, wobei es sich vornehmlich um Güter für die industrielle Entwicklung dieser Länder handelte. Zum anderen wurden weltweit vermehrt Güter nachgefragt, die der Erschließung neuer Energiequellen und der Ersetzung des Erdöls dienen, wie beispielsweise Gasturbinen, Kernkraftwerke und Bergbaumaschinen.

Überrascht hat, daß 1974 außerdem die Exporte von Stahl und chemischen Erzeugnissen kräftig ausgeweitet werden konnten. Dies ist im Kern darauf zurückzuführen, daß in den vorangegangenen Jahren die Kapazitäten weltweit nur wenig ausgebaut worden waren.

156. In den regionalen Unterschieden der Außenhandelsentwicklung spiegeln sich neben der unterschiedlichen konjunkturellen Lage auch die neuen Belastungen, die die Ölkrise gerade für jene Länder mit sich brachte, die schon zuvor mit Inflations- und Zahlungsbilanzproblemen zu kämpfen hatten. So hat sich die Handelsbilanz 1974 zwar gegenüber fast allen unseren Partnern aktiviert, die Ölförderländer ausgenommen; besonders ausgeprägt war die Erhöhung des Überschusses aber gegenüber Frankreich und, trotz des Importdepots, gegenüber Italien, zwei Gemeinschaftsländern also, die wegen ihrer Pro-

bleme dem Floating-Block nicht beigetreten waren oder ihm den Rücken gekehrt hatten (Ziffer 33).

Ebenfalls spürbar, trotz einer insgesamt günstigen konjunkturellen Entwicklung aber weniger stark als gegenüber unseren EG-Partnern, hat sich 1974 der Exportüberschuß gegenüber den in der EFTA verbliebenen Ländern erhöht. Nach wie vor entfällt auf den Handel mit diesen Ländern ein ganz erheblicher Teil unserer Überschüsse.

Der Handel mit den Vereinigten Staaten dürfte dagegen 1974, vor allem wegen der schlechten Absatzlage für Kraftfahrzeuge, keinen höheren Überschuß erbringen als im Vorjahr.

157. Kaum überraschen konnte die mäßige Entwicklung der Wareneinfuhr; für sie war die schwache Binnenkonjunktur ausschlaggebend. Da die Industrieproduktion nur wenig die des Vorjahres überstieg, ist der Bedarf an Rohstoffen und Halbwaren kaum größer geworden. Auch bestand kein Anlaß, die Vorräte aufzustocken (Ziffern 91 f.). In der mäßigen Einfuhr von Fertigwaren hat sich insbesondere die schwache private Verbrauchsnachfrage niedergeschlagen. Die Importeure von Automobilen — Kraftfahrzeuge machten 1973 noch 5½ vH unserer Wareneinfuhr aus — blieben von der Absatzkrise genausowenig verschont wie die inländischen Hersteller; in den ersten neun Monaten 1974 wurden 15 vH weniger Kraftfahrzeuge eingeführt als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

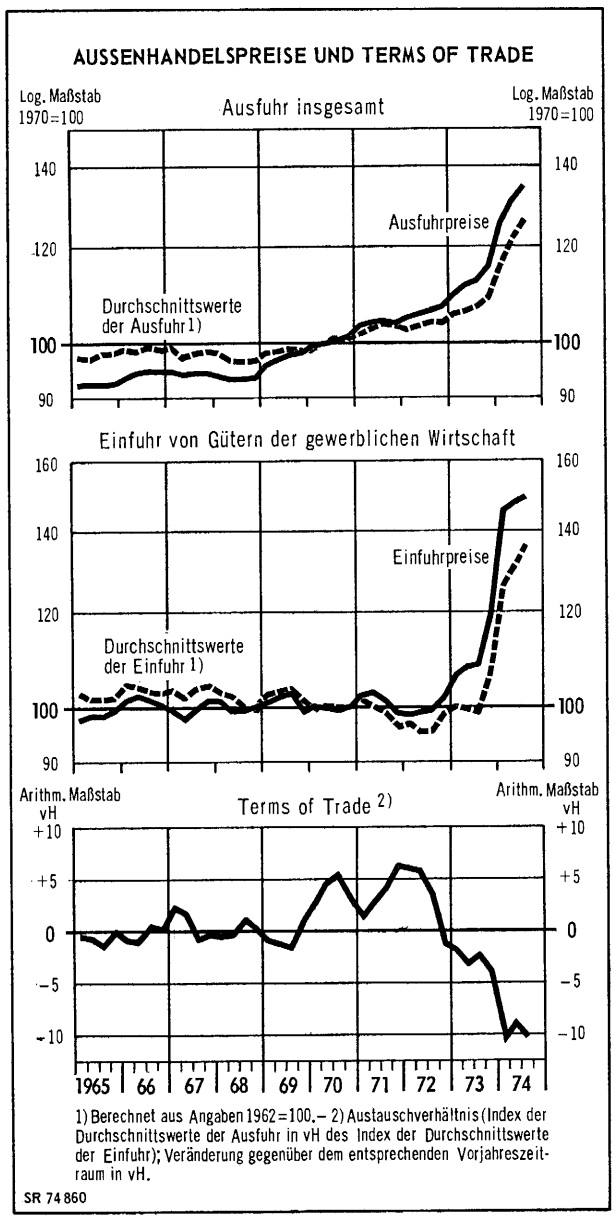
158. Zu fragen bleibt, ob die konjunkturelle Reaktion der Einfuhr nicht dadurch etwas abgemildert wurde, daß der Außenwert der D-Mark im Vorjahr kräftig gestiegen war. Importierte Güter müßten dann — in D-Mark gerechnet — gegenüber vergleichbaren Erzeugnissen aus heimischer Produktion billiger geworden und geblieben sein. Die starke Verteuerung der Einfuhr — im September 1974 waren Importgüter im Durchschnitt um 32,4 vH teurer als vor Jahresfrist — widerlegt dies noch nicht. Denn bei solchen importierten Waren, die anders als die meisten Rohstoffe mit inländischen Erzeugnissen konkurrieren, war die Preisentwicklung vergleichsweise günstig. So waren im Durchschnitt der ersten neun Monate 1974 importierte Investitionsgüter nur um 4,1 vH, eingeführte Verbrauchsgüter — sieht man von den Mineralölerzeugnissen ab — um 8,3 vH teurer als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Die Nachfrage hat darauf allerdings nicht spürbar reagiert. Daß sich die Importe insgesamt in der zweiten Jahreshälfte wieder etwas belebten, muß wohl auch im Zusammenhang mit der konjunkturellen Entspannung im Ausland gesehen werden.

159. Die starke Verteuerung eingeführter Rohstoffe, vor allem des Erdöls und der Mineralölprodukte, verschob das Verhältnis von Ausfuhr- zu Einfuhrpreisen (Terms of Trade) 1974 erheblich zuungunsten des Inlands, obwohl die deutschen Exporteure ihre Preise auf den Auslandsmärkten ebenfalls spürbar anheben konnten. An den Durchschnittswerten der Ausfuhr und Einfuhr gemessen war das Austauschverhältnis während der ersten neun Monate um 9,3 vH ungünstiger als im gleichen Vorjahreszeitraum (Schaubild 26); für eine gegebene Menge an Importgütern mußten also entsprechend mehr Exportgüter getauscht werden. Anders ausgedrückt: Wären die Einfuhrpreise in diesem Jahr nur so stark gestiegen wie die Ausfuhrpreise, so hätten für die gleiche Importmenge rund 15 Mrd DM weniger aufgewendet werden müssen.

Die Einkommenseinbußen, die aufgrund der Verschlechterung der Terms of Trade hinzunehmen waren (Ziffer 141), machten aber, so groß sie auch waren, nicht mehr aus als die Einkommensvorteile, die deren Verbesserung in den Jahren 1970 bis 1972 erbracht hatte.

160. Im Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland wird das Defizit zwar auch 1974 zunehmen (1973: 5,0 Mrd DM), doch wird dies die hohen Überschüsse

Schaubild 26



im Warenhandel bei weitem nicht aufwiegen [1]). Nochmals vergrößern dürfte sich das Defizit im Reiseverkehr, allerdings nicht mehr in dem Maße wie in den letzten Jahren. Die Ausgaben für Auslandsreisen, die in den ersten Monaten des Jahres noch kräftig ausgeweitet worden waren, waren in der Hauptreisezeit kaum höher als im Sommer 1973. Erfahrungsgemäß sind die Reiseausgaben stark einkommensabhängig; die zunehmende Sorge um den Arbeitsplatz und damit die Unsicherheit über das zu erwartende Einkommen hat wohl diesmal nicht wenige von einer Auslandsreise abgehalten.

Erheblich mehr als 1973 mußte dieses Jahr für Provisionen und ähnliches aufgewendet werden. Bei den Kapitalerträgen sind zwar die Einnahmen kräftig gestiegen, vor allem die Zinserträge aus der Anlage von Devisenreserven, die Zahlungen an das Ausland haben aber noch stärker zugenommen. Eine wichtige Rolle spielte dabei im bisherigen Verlauf des Jahres, daß trotz der schlechten Ertragslage im Inland die Gewinnüberweisungen an ausländische Anteilseigner erheblich höher waren als im Vorjahr.

161. Erstmals seit 1966 dürfte in diesem Jahr das Defizit bei den sogenannten unentgeltlichen Leistungen nicht zunehmen. Die Überweisungen ausländischer Arbeitskräfte in ihre Heimatländer stagnieren als Folge der konjunkturellen Entwicklung und des Anwerbestopps, der, wird er beibehalten, weiterhin die Zunahme dieser Transfers begrenzen wird. Auch die Zahlungen an den EG-Haushalt, die ebenfalls hier verbucht werden, dürften 1974, wenigstens nach dem vorliegenden Haushaltsplan der Gemeinschaft, kaum höher sein als im Vorjahr.

162. In den ersten neun Monaten 1974 wies die Leistungsbilanz, in der der Waren- und Dienstleistungsverkehr mit den unentgeltlichen Leistungen zusammengefaßt ist, bereits einen Überschuß von 16,9 Mrd DM auf, verglichen mit 7,2 Mrd DM im entsprechenden Vorjahreszeitraum.

Aufwertung durch Kapitalexporte gebremst

163. Devisenangebot und Devisennachfrage zogen seit dem Herbst 1973 insgesamt eine leichte Höherbewertung der D-Mark gegenüber den Währungen unserer Handelspartner nach sich. Mitte November 1974 lag der (gewogene) Aufwertungssatz — werden die Leitkurse von Ende 1972 zugrunde gelegt — mit 18,7 vH etwas höher als ein Jahr zuvor. Da sich 1973 die Höherbewertung der D-Mark überwiegend erst ab Mai vollzogen hatte, war der Aufwertungssatz aber 1974 im Durchschnitt der ersten zehn Monate um etwa 5 vH größer als im gleichen Vorjahreszeitraum.

164. Der Wechselkurs der D-Mark unterlag seit dem Herbst 1973 allerdings erheblichen Schwankungen. Stand er infolge der Ölkrise zunächst unter starkem Druck — der Dollar stieg dabei vorübergehend bis auf 2,88 DM —, so begann sich die D-Mark Ende Januar 1974 kräftig zu erholen. Im Frühjahr befestigte sie sich auch gegenüber den im Floating-Block verbliebenen Währungen, so daß diese längere Zeit hindurch gestützt werden mußten; dabei erhöhten sich die deutschen Devisenrserven um 6 Mrd DM. Nach der Jahresmitte war die Lage dann umgekehrt; die D-Mark mußte gestützt werden. Durch die Interventionen, bei denen die Bundesbank flankierend auch Dollars in den Markt gab, sanken die Währungsreserven wieder, von Ende Juni bis Anfang Oktober um 7 Mrd DM. Danach hat sich der Kurs der D-Mark bis Mitte November wieder deutlich verbessert.

165. Für den Außenhandel, der sich normalerweise verzögert an Wechselkursänderungen anpaßt, sind solche kurzfristigen Kursausschläge nicht so bedeutsam, wie es oftmals scheinen mag, solange ausreichende Möglichkeiten zur Kurssicherung am Terminmarkt bestehen; auch wird ein großer Teil des deutschen Außenhandels in D-Mark kontrahiert. Von größerer Bedeutung sind kurzfristige Kursausschläge hingegen für den Kapitalverkehr, vor allem für spekulativ bedingte Transaktionen.

166. Daß die D-Mark bis zum Herbst 1974 nur geringfügig höher bewertet wurde, mag angesichts der seit Jahresfrist besonders stark divergierenden Preisentwicklung zwischen Inland und Ausland und unseres Exportbooms zunächst überraschen. Hieraus schon auf eine aktuelle Unterbewertung der Mark schließen zu wollen, wäre übereilt. Ein solcher Schluß wäre nur zulässig, wenn man ohne weiteres annehmen könnte, daß der Wechselkurs im Vorjahr in dem Sinne richtig war, daß er zu der Relation der Preisniveaus von Inland und Ausland gepaßt hat.

Basisjahrprobleme verlieren aber an Bedeutung, wenn die Entwicklung etwas längerfristig gesehen wird. Vergleicht man etwa auf der Basis 1972 den Anstieg der Verbraucherpreise bei wichtigen Handelspartnern — unter Berücksichtigung des Anteils unseres Außenhandels, der auf das jeweilige Land entfällt — mit der Höherbewertung der D-Mark seither, so ist der gegenwärtige Aufwertungssatz noch größer als die Differenz zwischen dem Preisniveauanstieg im Ausland und im Inland, die im dritten Vierteljahr 1974 rund 9 Prozentpunkte ausmachte. Allerdings hat sich der Abstand, der zwischen der Aufwertungsrate und dem Inflationsgefälle vom Ausland zum Inland noch besteht, im Vergleich zum Vorjahr beträchtlich zurückgebildet. Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt man auch, wenn man die für den Außenhandel zunächst bedeutsamere Entwicklung der Außenhandelspreise bei uns und unseren Handelspartnern vergleicht.

Eine Überbewertung der D-Mark, die angesichts der raschen Aufwertung im Vorjahr zunächst eingetreten sein mochte, hätte sich danach stark verringert. Ob sie indes schon beseitigt ist oder ob gar eine

---

[1]) Ein erheblicher Teil des ausgewiesenen Defizits bei den Dienstleistungen, schätzungsweise 2 Mrd DM, geht allerdings darauf zurück, daß für die methodischen Änderungen bei der Erfassung des Warenverkehrs (Ziffer 150) ein entsprechender Ausgleichsposten in die Dienstleistungsbilanz eingestellt wurde.

erneute Unterbewertung gegeben ist, muß offenbleiben. Denn nach wie vor fehlen eindeutige Maßstäbe, die ein sicheres Urteil darüber erlauben, ob der aktuelle Wechselkurs über oder unter einem mittelfristig „richtigen" Kurs liegt (JG 73 Ziffer 141 ff.).

Temporäre Abweichungen von einem unter mittelfristigen Gesichtspunkten richtigeren Kurs vermuten, heißt die Frage nach den Ursachen eines solchen Abweichens stellen. Die Faktoren, die hier zu nennen sind, erklären allerdings die Kursentwicklung für die D-Mark seit dem vergangenen Jahr nicht ohne Rest.

Nach wie vor waren die mittelfristigen Erwartungen über die Kursentwicklung wenig gefestigt, so daß der Spielraum für sich selbstverstärkende Wechselkurzbewegungen (destabilisierende Spekulation) noch verhältnismäßig groß blieb. Die kräftige Höherbewertung der D-Mark 1973 war wohl von den erfahrungsbedingten Erwartungen mitbestimmt, daß es der Bundesrepublik besser als vielen anderen Ländern gelingen würde, die Inflation in den Griff zu bekommen. Soweit diese Erwartungen dann auch tatsächlich — und nicht zuletzt dank der Höherbewertung — von der Entwicklung bestätigt wurden, konnten zusätzliche Impulse in Richtung Aufwertung 1974 nicht mehr wirksam werden.

167. In dieses Bild paßt auch, daß sich Ende 1973 im Kapitalverkehr mit dem Ausland ein Wandel vollzogen hat, der nicht voll den Zinsrelationen zwischen Inland und Ausland entsprach. War es von 1970 an aufgrund von Zinsdifferenzen und später vor allem wegen der anhaltenden Aufwertungserwartungen für die D-Mark ständig zu unerwünsch-

Tabelle 14

Zur Entwicklung der Zahlungsbilanz

Salden in Mio DM

Zeitraum	Leistungsbilanz					Kapitalbilanz [4]			Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen [5]	Devisenbilanz [6]
	Waren- und Dienstleistungsverkehr			Übertragungsbilanz [3]	insgesamt	langfristiger Kapitalverkehr	kurzfristiger Kapitalverkehr			
	Handelsbilanz [1]	Dienstleistungsbilanz [2]					insgesamt	darunter Handelskredite		
		insgesamt	darunter Reiseverkehr							
1968	+18 372	+ 796	− 3 106	− 7 312	+11 856	−11 201	+ 5 076	+ 900	+1 278	+ 7 009
1969	+15 584	+ 664	− 3 888	− 8 750	+ 7 498	−23 040	+ 4 361	+ 300	+ 919	−14 361
1970	+15 670	−2 326	− 5 377	− 9 759	+ 3 585	− 934	+15 953	+2 000	+3 308	+22 650
1971	+15 892	−1 279	− 6 952	−11 497	+ 3 116	+ 6 293	+ 4 229	+3 400	+2 720	+10 989
1972	+20 278	−2 892	− 8 570	−14 037	+ 3 349	+14 840	− 3 654	+1 000	+1 155	+15 194
1973	+32 979	−4 969	−11 491	−15 895	+12 115	+11 823	− 110	+4 600	+2 600	+16 149
1973 1. Vj.	+ 5 887	− 372	− 1 681	− 3 723	+ 1 792	+ 3 190	+10 396	+2 530	+4 494	+12 655
2. Vj.	+ 6 955	+ 332	− 2 719	− 3 980	+ 3 307	+ 4 428	− 4 581	+1 160	− 429	+ 2 725
3. Vj.	+ 9 931	−3 539	− 5 002	− 4 309	+ 2 083	+ 3 355	+ 1 239	+ 930	+1 604	+ 8 281
4. Vj.	+10 206	−1 389	− 2 091	− 3 883	+ 4 934	+ 851	− 7 164	− 20	−3 071	− 7 512
1974 1. Vj.	+13 275	−1 687	− 2 143	− 3 756	+ 7 832	− 702	− 9 763	−8 852	+2 124	− 509
2. Vj.	+11 969	−1 581	− 2 701	− 3 920	+ 6 468	− 339	− 1 335	− 750	−1 393	+ 3 401
3. Vj.	+11 677	−4 543	.	− 4 485	+ 2 649	− 2 329	− 2 471 [a]	.	−4 281 [b]	− 6 432

[1] Spezialhandel nach der amtlichen Außenhandelsstatistik; Einfuhr cif, Ausfuhr fob.
[2] Ohne die bereits im cif-Wert der Einfuhr enthaltenen Ausgaben für Fracht- und Versicherungskosten, jedoch einschließlich des Saldos des Transithandels sowie einschließlich sonstiger, den Warenverkehr betreffenden Ergänzungen.
[3] Eigene Leistungen: —.
[4] Kapitalexport: —.
[5] Saldo der nicht erfaßten Posten und statistischen Ermittlungsfehler im Leistungs- und Kapitalverkehr (= Restposten).
[6] Veränderung der Währungsreserven der Bundesbank einschließlich der deutschen Reserveposition im IWF und der Sonderziehungsrechte (Zunahme: +).
a) Ohne Handelskredite.
b) Einschließlich Handelskredite.

Quelle: Deutsche Bundesbank

ten, starken Kapitalzuflüssen in die Bundesrepublik gekommen, die auch durch die Kapitalverkehrskontrollen nicht erfolgreich abgewehrt werden konnten, so überwogen nun wieder die Kapitalexporte. Mitbestimmend für diesen Umschwung war neben dem erreichten hohen Außenwert der D-Mark, daß die Zinsen in den Vereinigten Staaten stiegen und der Dollar international wieder an Ansehen gewann (Ziffer 62). Von Januar bis September 1974 beliefen sich die Kapitalexporte per Saldo auf 17 Mrd DM.

168. Zu den stärksten Abflüssen kam es 1974 im kurzfristigen Kapitalverkehr. In erster Linie handelte es sich um Handelskredite [1]), also um solche Kredite, die Exporteure ihren ausländischen Handelspartnern gewährten (Tabelle 14). Dabei haben sich die Zahlungsziele im Außenhandel, die Terms of Payment, die sich im Vorjahr spekulativ bedingt erheblich zu unseren Gunsten verschoben hatten, wieder entzerrt. Allerdings wäre es auch bei gleichbleibenden Zahlungsfristen allein schon durch die kräftige Exportausweitung zu einer verstärkten Kreditgewährung von Unternehmen an das Ausland im Rahmen des Außenhandels gekommen. Eine Rolle hat zudem gespielt, daß deutsche Unternehmen, um Aufträge an sich zu ziehen, günstige Zahlungsbedingungen anboten. Darüber hinaus hat der deutliche Zinsanstieg im Ausland möglicherweise ausländische Kunden bewogen, vermehrt Zahlungsziele in Anspruch zu nehmen.

169. Im langfristigen Kapitalverkehr überwogen 1974 ebenfalls die Exporte, in der ersten Jahreshälfte jedoch nur in bescheidenem Umfang. Zunächst war vor allem ins Gewicht gefallen, daß die private Darlehensgewährung an das Ausland, anders als in den beiden letzten Jahren, wieder größer war als die Tilgungen. Die Ausfuhr langfristigen Kapitals verstärkte sich, als zur Jahresmitte die Renditen für langfristige Euro-Anleihen die der inländischen Wertpapiere übertrafen. War schon zuvor die Neigung, Kapital in der Bundesrepublik anzulegen, nur noch gering, woran auch die weitgehende Lockerung der Kapitalverkehrskontrollen Anfang 1974 kaum etwas änderte, so trennten sich Ausländer nun rasch von inländischen festverzinslichen Wertpapieren; im dritten Vierteljahr 1974 beliefen sich diese Verkäufe per Saldo auf 1,7 Mrd DM.

Die geringe Anlagebereitschaft der Ausländer erstreckte sich allerdings nicht auf die Direktinvestitionen. Ausländische Investoren haben ihre Anlagen in der Bundesrepublik weiter deutlich ausgeweitet, obwohl in den letzten Jahren die Unterbewertung der D-Mark als begünstigender Faktor entfallen war. Die Inländer haben 1974 ebenfalls mehr im Ausland investiert. Nach wie vor blieben die deutschen Direktinvestitionen im Ausland hinter dem Umfang ausländischer Investitionen im Inland zurück. Die Bundesrepublik scheint als Standort kaum an Attraktivität verloren zu haben.

VI. Monetäre Politik weiter auf Restriktionskurs

170. Die monetäre Politik war 1974 nach wie vor gefordert, den Preisauftrieb zu bremsen. Anders als 1973 mußte sie dabei allerdings nicht mehr gegen eine überbordende Nachfrage ankämpfen. Die Anpassung der Ausgabenpläne der Unternehmen und der Privaten an die engeren Finanzierungsspielräume war auf dem Wege. Die Inflationsgewöhnung trotzdem weiter abbauen, das verlangte daher einen Kurs, bei dem das Risiko eines unerwünscht starken Rückgangs bei Produktion und Beschäftigung in Kauf zu nehmen war, dies um so mehr, als die neuen inflatorischen Impulse vom Jahresanfang — Rohstoffverteuerung und Lohnabschlüsse — den durch die Stabilisierungsanstrengungen des vergangenen Jahres eingeleiteten Erfolg in Frage stellten. Das Geldangebot war so knapp zu halten, daß zumindest eine weitere Beschleunigung der Inflation nicht finanziert werden konnte.

Entsprechend ihrer neuen Strategie, die auf eine direkte Kontrolle der Zentralbankgeldmenge gerichtet ist, war die Bundesbank 1974 bemüht, die Zufuhr von Zentralbankgeld gering, jedoch gleichmäßig zu halten, indem sie dessen inländische Quellen je nach Bedarf offenließ oder verschloß (Ziffer 171). Dies konnte erstmals gelingen. Die monetäre Politik blieb scharf restriktiv in dem Sinne, daß die Expansion der Zentralbankgeldmenge unter der Rate gehalten wurde, die nötig gewesen wäre, hätte ein Sozialprodukt finanziert werden sollen, das unter Berücksichtigung der kurzfristig für unvermeidlich zu haltenden Preissteigerungen eine unveränderte Auslastung des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials erlaubt hätte.

Als sich die Marktteilnehmer allmählich den monetären Bedingungen anpaßten, näherte sich der Zuwachs der Geldmenge wie auch der gesamten Bankeinlagen dem Pfad, den die Bundesbank durch den geringen Anstieg der Zentralbankgeldmenge vorgab (Ziffer 180). Besonders verhalten war die Kreditexpansion (Ziffern 185 ff.). Als sich die Nachfrage an den monetären Märkten abschwächte, gaben die Zinsen nach (Ziffern 189 ff.). Am Kapitalmarkt stiegen indes die Renditen noch bis zur Jahresmitte; dies war Ausdruck des zeitweiligen Attentismus der Anleger, der mit den höheren Inflationserwartungen einhergegangen war (Ziffern 193 ff.).

Zentralbankgeld knappgehalten

171. Die Bundesbank sah sich 1974 einer veränderten stabilisierungspolitischen Situation gegenüber. Hatten noch im vorigen Jahr die gewaltigen Devisenzuflüsse vom Februar und Anfang März die Aufgaben der monetären Politik geprägt, so hielten sich

[1]) Dank neu eingeführter statistischer Meldungen ist es 1974 erstmals möglich, die Handelskredite im einzelnen zu erfassen. Bislang liegen allerdings nur Werte für das erste Halbjahr vor; für die restlichen Monate sind die Handelskredite vorläufig noch wie früher im Restposten der Zahlungsbilanz enthalten.

1974 im ganzen gesehen die Einflüsse, die von dem Tausch von Devisen auf die Zentralbankgeldmenge ausgingen, innerhalb leicht zu handhabender Größen. Führten im vorigen Jahr die Schwierigkeiten von Kreditinstituten und Wirtschaftsunternehmen, sich an die strengen Bedingungen der neuen montären Politik anzupassen, zu starken Spannungen an den monetären Märkten, so hatten sich 1974 zumindest die Banken schon daran gewöhnt, den engen geldpolitischen Rahmen bei ihrem Kalkül zu beachten.

Diese neuen Voraussetzungen gestatteten es der Bundesbank, die angestrebte geringe Rate der monetären Expansion mit oft nur kleinen Eingriffen zu verwirklichen. Damit hat sich der Charakter des notenbankpolitischen Instrumenteneinsatzes deutlich gewandelt: Die Häufigkeit der Maßnahmen im Jahre 1974 zeigte der Wirtschaft nicht etwa ständig wechselnde Orientierungsgrößen oder gar Kursänderungen der monetären Politik an; sie spiegelte vielmehr die Sorgfalt, mit der die Bundesbank die Ausrichtung ihres Kurses kontrollierte (Tabelle 15).

172. Das Urteil, die monetäre Politik habe auch 1974 noch scharf restriktiv gewirkt, steht nicht in Widerspruch zu der Beobachtung, daß die meisten Zinssätze, insbesondere jene am Markt für Zentralbankgeld, gegenüber dem Vorjahr gesunken sind (Ziffern 189 ff.). Die Höhe der Zinsen in der Wirtschaft ist kein brauchbarer Maßstab für den Einfluß, welchen die Notenbank — für sich genommen — auf die wirtschaftliche Aktivität ausübt, denn die Zinssätze sind nur bedingt der Kontrolle der Zentralbank unterworfen. Nicht nur das Angebot, auch die Nachfrage an den monetären Märkten beeinflußt die Zinsbildung. Da in diesem Jahr auf nahezu allen Märkten die Nachfrage weit weniger lebhaft war als 1973 — nicht zuletzt als Ergebnis der lang anhaltenden monetären Restriktion —, konnten die Zinsen sinken. Die Bundesbank war bereit, das hinzunehmen, ja sie hat Zinssenkungstendenzen sogar gefördert, soweit sie ihren Kurs durch die Auflockerung der monetären Märkte nicht gefährdet sah.

173. Die monetäre Politik wird angemessen beschrieben durch die Expansion der Menge an Zentralbankgeld, die die Notenbank als Basis für die monetäre Expansion zur Verfügung stellt (Ziffern 379 ff.).

Das sind die Zentralbankgeldbestände im privaten Sektor der Wirtschaft (Bargeldumlauf und Bankreserven), bereinigt um Änderungen im Zentralbankgeldbedarf aufgrund der Mindestreservepolitik, also abzüglich oder zuzüglich jener Beträge, die durch Veränderungen der Reservesätze in der Mindestreserve gebunden oder aus dieser freigegeben werden (bereinigte Zentralbankgeldmenge, bereinigte Geldbasis). Anders als in der Zinsbildung schlagen sich in der Zufuhr von Zentralbankgeld vorwiegend Maßnahmen der monetären Politik nieder, denn nur die Notenbank ist in der Lage, der Wirtschaft solches Geld zur Verfügung zu stellen. Sie hat zwar die bereinigte Geldbasis nicht Tag für Tag vollständig im Griff; da eine Notenbank aber, wenn sie ungewollt Zentralbankgeld zur Verfügung stellen mußte, alsbald im gleichen Umfang, wenn auch möglicherweise an anderer Stelle, Zentralbankgeld wieder an sich ziehen kann, ist selbst über kürzere Frist gewährleistet, daß sie die Expansion der Zentralbankgeldmenge beherrscht (Ziffer 378).

174. Der Zuwachs der bereinigten Zentralbankgeldmenge gegenüber dem Vorjahr betrug im Spätsommer 1974 6 vH; das ist etwa ein Drittel der Rate vom Frühjahr 1973 und reichlich die Hälfte jener vom Herbst vorigen Jahres. Die Bereitstellung von Zentralbankgeld war also geringer, wenn auch gleichmäßiger als 1973 — einem Jahr, das als Periode der schärfsten monetären Restriktion seit Bestehen der Bundesrepublik bezeichnet wird. Ein Vergleich muß indes in Rechnung stellen, daß nicht eine geringe Veränderungsrate der bereinigten Geldbasis an sich die Härten beschreibt, die die monetäre Politik der Wirtschaft auferlegt.

Eine vorgegebene geringe Ausweitung der bereinigten Geldbasis wird als um so weniger hemmend empfunden werden, je niedriger der gesamtwirtschaftliche Finanzierungsbedarf ist. Wenn die Nachfrage infolge einer restriktiven monetären Steuerung gedämpft ist, und bei schwächerer Auslastung des Produktionspotentials schließlich die Preissteigerungsraten in der Wirtschaft und mit diesen die Inflationserwartungen sinken, was im Zuge der Anpassung an die Notenbankpolitik zu erwarten ist, so wird eine unveränderte Expansion der Geldbasis immer weniger restriktiv.

Im Jahre 1974 war die Nachfrage durch die konsequente monetäre Restriktion bereits gezügelt, die Auslastung des Produktionspotentials war gegenüber dem Vorjahr geringer geworden, und der Preisauftrieb flachte sich ab. Die Rate der Expansion der bereinigten Geldbasis, die man konjunkturneutral zu nennen hätte, begann zu sinken. Doch selbst wenn man dies berücksichtigt, blieb die Spannung zwischen der Geldbasis und den Ausgabenplänen, für die Finanzierungswünsche bestanden, beträchtlich.

175. Die geringen Schwankungen im Zuwachs des Zentralbankgeldes insgesamt sind 1974 keineswegs Ausdruck davon, daß für die Bundesbank wenig zu tun war. Vielmehr flossen im Verlauf des Jahres aus den einzelnen Quellen für Zentralbankgeld wechselnde Mengen, was der monetären Politik, wie schon erwähnt, vielfältige Aufgaben stellte. Wenn die Zufuhr von Zentralbankgeld trotz aller Störungen recht gleichmäßig war, so deshalb, weil die Bundesbank mit kompensierenden Maßnahmen den Ausgleich rasch und gezielt zuwege brachte (Schaubild 27).

176. Zu Jahresbeginn zeichnete sich infolge von Devisenverkäufen ab, daß die Zentralbankgeldbestände in der Wirtschaft erheblich schrumpfen würden. Um einer unerwünschten Verschärfung ihres Kurses unverzüglich zu begegnen, gab die Bundesbank 4½ Mrd DM Zentralbankgeld frei, indem sie die Mindestreservesätze senkte und die Zuwachsmindestreserve auf Auslandsverbindlichkeiten der Kreditinstitute aufhob. Damit wurde verhindert, daß die bereinigte Zentralbankgeldmenge sank.

Zugleich lockerte die Bundesregierung einige der Kapitalverkehrskontrollen, die vordem — wenn auch nicht mit dem von ihr erhofften Erfolg —

Tabelle 15

Maßnahmen der Deutschen Bundesbank

Datum	
1973	
26. November	Die Bundesbank bietet den Kriditinstituten erstmals die Möglichkeit der Sonderlombardkreditnahme zu einem Sonderlombardsatz von 13 %; die Bereitschaft zur Gewährung von Sonderlombardkredit kann täglich widerrufen werden. Die Kreditinstitute können Wechsel außerhalb der Rediskontkontingente zu einem Zinssatz von 11 % an die Bundesbank verkaufen, mit einer Rückkaufverpflichtung des Verkäufers nach zehn Tagen.
29. November	Die den Kreditinstituten eingeräumten Linien zur Inanspruchnahme der Rediskontkontingente werden um 15 vH heraufgesetzt.
14. Dezember	Der Verkauf von Wechseln außerhalb der Rediskontkontingente wird eingestellt.
1974	
11. Januar	Die Mindestreservesätze für Inlandsverbindlichkeiten werden mit Wirkung vom 1. Januar um 5 vH gesenkt. Die Mindestreservesätze für den Bestand an Auslandsverbindlichkeiten werden um 5 Prozentpunkte herabgesetzt; die Zuwachsmindestreserve auf Auslandsverbindlichkeiten wird aufgehoben. Sonderlombardkredit wird ab sofort nicht mehr gewährt; die noch ausstehenden Sonderlombardkredite sind am 16. Januar zur Rückzahlung fällig.
21. Januar	Die Devisenbörsen sind geschlossen; am 19. Januar scheidet Frankreich aus dem Gruppen-Floating aus und gibt den Kurs des Franken frei.
14. März	Die Bundesbank gewährt Sonderlombardkredit zu einem Zinssatz von 13 %. Wechsel kauft sie erneut außerhalb der Rediskontkontingente zu einem Zinssatz von 11½ % an, unter der Bedingung des Rückkaufs nach zehn Tagen.
8. April	Die Vergabe von Sonderlombardkredit wird eingestellt. Der Satz für Geschäfte mit Wechseln unter Rückkaufsvereinbarung wird auf 10 % (bisher 11½ %) festgesetzt.
24. April	Der Ankauf von Wechseln außerhalb der Rediskontkontingente wird eingestellt. Die Abgabesätze für Schatzwechsel und für in die Marktregulierung der Bundesbank einbezogene unverzinsliche Schatzanweisungen aller Laufzeiten werden gesenkt.
2. Mai	Die Bundesbank stellt ihre Interventionen am Rentenmarkt ein, nachdem sie in den zwei vorangehenden Monaten öffentliche Anleihen im Werte von 0,6 Mrd DM zur Kursstützung angekauft hat.
22. Mai	Die Bundesbank beschließt, daß die Rediskontkontingente der Kreditinstitute mit Wirkung vom 31. Mai bis auf weiteres nur noch bis zu 75 vH ihres Gesamtbetrages in Anspruch genommen werden dürfen. (Am 1. März waren die Normkontingente neu bemessen worden, wobei die bisherigen Ausnutzungsgrenzen entfallen konnten.)
28. Mai	Sonderlombardkredit wird zu einem Zinssatz von 10 % gewährt.
5. Juni	Die Bundesbank ordnet an, daß die Kreditinstitute in Zukunft monatlich ihre Liefer- und Abnahmeverpflichtungen aus Devisentermingeschäften nach dem Stand vom jeweiligen Monatsende — auf Anforderung auch zu einem zusätzlichen Termin während eines Monats — zu melden haben. Die neuen Meldungen sind erstmals für den Stand Ende Juli 1974 zu erstatten.
24. Juni	Die Abgabesätze für nicht in die Marktregulierung der Bundesbank einbezogene unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes einschließlich der „Bundesbank-Schätze" werden herabgesetzt; die Mindestlaufzeit beträgt ein halbes (vorher ein viertel) Jahr. Zu den bisherigen Sätzen, aber ebenfalls nur mit einer Laufzeit von mindestens einem halben Jahr, werden erstmals „Finanzierungspapiere" des Bundes und der Bundespost angeboten.
3. Juli	Die Rediskontkontingente der Kreditinstitute können wieder voll in Anspruch genommen werden. Die Bundesbank gewährt Lombardkredit zum Lombardsatz von derzeit 9 % ohne betragsmäßige Begrenzung bis einschließlich 31. Juli. Die Vergabe von Sonderlombardkredit wird eingestellt.

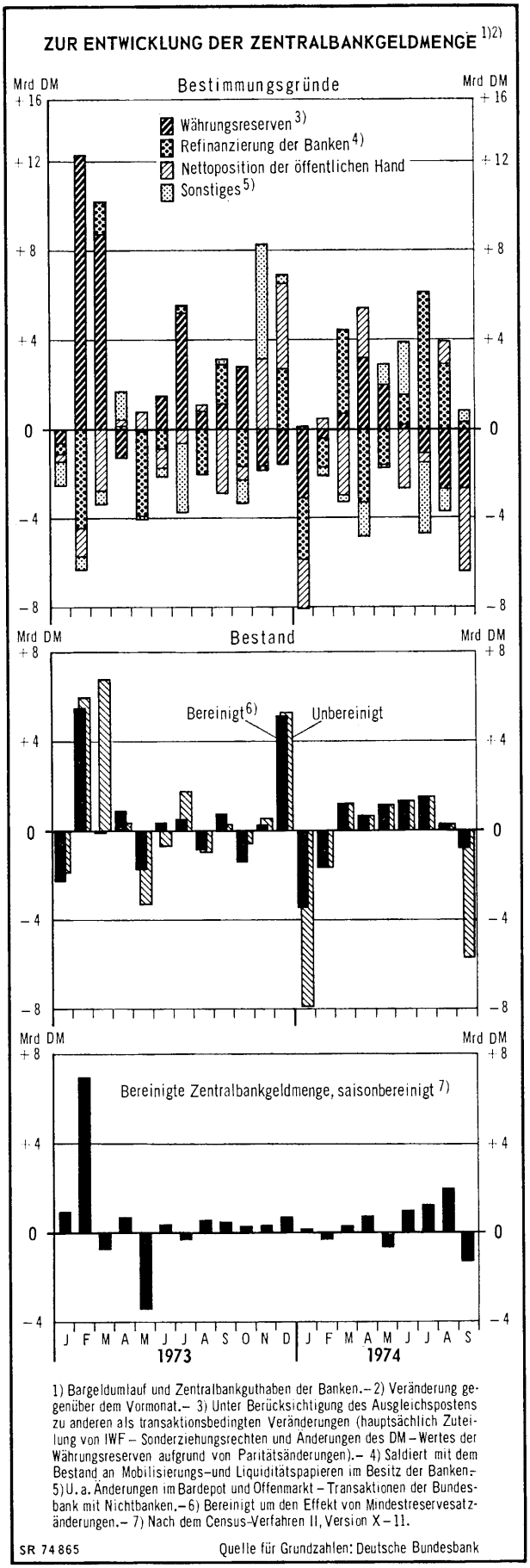
noch Tabelle 15

Datum	
1974	
16. Juli	Die Abgabesätze für nicht in die Marktregulierung der Bundesbank einbezogene unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes einschließlich der „Bundesbank-Schätze" werden erneut herabgesetzt.
18. Juli	Die Frist für die Gewährung von Lombardkredit zum Lombardsatz wird bis zum 31. August einschließlich verlängert. Die Obergrenze für die Summe der Privatdiskonten, welche die Bundesbank im Rahmen der Marktregulierung ankauft, wird um 0,2 Mrd DM erhöht, mit der Maßgabe, daß diese zusätzliche Fazilität ausschließlich Privatbankiers und kleineren Regionalbanken zugute kommen soll. Die Bundesbank sagt dem Liquiditätskonsortium des Bundesverbandes deutscher Banken Refinanzierungshilfe zu; die Mitglieder dieses Konsortiums erhalten diese Hilfe gegebenenfalls in der Regel durch entsprechende Aufstockung ihrer Rediskontkontingente. Die Kreditanstalt für Wiederaufbau wird durch Erhöhung der besonderen Rediskontfazilitäten bei der Bundesbank in die Lage versetzt, bis zu 0,5 Mrd DM Kredite, die sie kleineren und mittleren Unternehmen zur Verfügung stellt, zu refinanzieren.
16. August	Die Mindestreservesätze für Inlandsverbindlichkeiten werden mit Wirkung vom 1. September um 10 vH gesenkt. Privatbankiers und kleinere Regionalbanken können nach Ausschöpfung aller anderen Refinanzierungsmöglichkeiten zusätzliche Rediskontfazilitäten in Anspruch nehmen.
29. August	Lombardkredit zum Lombardsatz soll den Kreditinstituten auch nach dem 31. August bis auf weiteres gewährt werden.
7. September	Die Bundesbank gibt bekannt, daß Kreditinstitute, die unverschuldet in Liquiditätsschwierigkeiten geraten sind, ihr Mindestreservesoll verringern können; diese Härteregelung wurde rückwirkend ab 1. August in die Anweisung über Mindestreserven aufgenommen.
12. September	Die Bundesbank beteiligt sich an der Gründung einer Liquiditäts-Konsortialbank, deren Aufgabe Bankgeschäfte mit Kreditinstituten zur Sicherung ihrer Liquidität sein soll, und zwar mit der gesamtwirtschaftlichen Zielsetzung, die bankmäßige Abwicklung des Zahlungsverkehrs im Inland und mit dem Ausland zu gewährleisten.
26. September	Die Mindestreservesätze werden mit Wirkung vom 1. Oktober um 8 vH gesenkt.
24. Oktober	Mit Wirkung vom 25. Oktober wird der Diskontsatz von 7 % auf 6½ %, der Lombardsatz von 9 % auf 8½ % gesenkt. Die Rediskontkontingente der Kreditinstitute werden ab 1. November um 2,5 Mrd DM erhöht. Die Abgabesätze für Vorratsstellenwechsel sowie für nicht in die Marktregulierung der Bundesbank einbezogene unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes einschließlich der „Bundesbank-Schätze" werden herabgesetzt.
8. November	Die Abgabesätze für Finanzierungspapiere werden herabgesetzt.
14. November	Die Abgabesätze für Finanzierungspapiere werden erneut herabgesetzt.

gegen einen übermäßigen Zufluß von Devisen errichtet worden waren. Nachdem sie bereits im Dezember die Importfinanzierung im Rahmen der Bardepotpflicht erleichtert hatte, stellte sie im Januar die Kreditaufnahme im Ausland sowie Direktinvestitionen von Ausländern in der Bundesrepublik, soweit diese genehmigungspflichtig waren, wieder frei; zugleich senkte sie den Bardepotsatz von 50 vH auf 20 vH und verdoppelte den Depotfreibetrag auf 100 000 DM. Die Genehmigungspflicht für den Kauf inländischer Wertpapiere durch Ausländer beschränkte sie auf Titel, deren Restlaufzeit weniger als vier Jahre beträgt. Das Verzinsungsverbot für Einlagen von Ausländern hielt sie allerdings aufrecht; auch unterliegen diese Mittel immer noch einer erheblich höheren Mindestreservebelastung als Inländereinlagen.

177. Im Frühjahr änderte der Devisenstrom seine Richtung und die Bundesbank mußte erhebliche Beträge an Block-Währungen ankaufen (Ziffer 164), so daß von da her eine eher reichliche Versorgung der Wirtschaft mit Zentralbankgeld in Aussicht schien. Doch die Banken benutzten dieses Geld dazu, Geldmarktpapiere von der Bundesbank zu kaufen und offene Rediskontkontingente zu horten, indem

Schaubild 27



1) Bargeldumlauf und Zentralbankguthaben der Banken. – 2) Veränderung gegenüber dem Vormonat. – 3) Unter Berücksichtigung des Ausgleichspostens zu anderen als transaktionsbedingten Veränderungen (hauptsächlich Zuteilung von IWF – Sonderziehungsrechten und Änderungen des DM-Wertes der Währungsreserven aufgrund von Paritätsänderungen). – 4) Saldiert mit dem Bestand an Mobilisierungs- und Liquiditätspapieren im Besitz der Banken. – 5) U. a. Änderungen im Bardepot und Offenmarkt-Transaktionen der Bundesbank mit Nichtbanken. – 6) Bereinigt um den Effekt von Mindestreservesatzänderungen. – 7) Nach dem Census-Verfahren II, Version X-11.

SR 74865 Quelle für Grundzahlen: Deutsche Bundesbank

sie weniger Wechsel zur Refinanzierung einreichten; anders gesehen: die Kreditinstitute vernichteten Zentralbankgeld. Sie sammelten dafür in den Monaten April und Mai 1974 liquide Mittel bis zur Höhe von 6,5 Mrd DM an; zuvor hatten sie sich seit nahezu einem Jahr mit freien Liquiditätsreserven von kaum mehr als 2 Mrd DM begnügen müssen und auch begnügt, um ihre Kreditvergabe trotz der monetären Restriktion noch ausweiten zu können.

Der Aufbau dieses unerwünschten Liquiditätspotentials der Banken mußte der Bundesbank Sorge bereiten; er verhinderte nicht nur eine angemessene Expansion der Geldbasis, sondern er paßte auch nicht zu dem Ziel, die Menge des potentiellen Zentralbankgeldes in jedem Fall möglichst gering zu halten. Denn die Steuerbarkeit der Geldbasis kann durch zu viel potentielles Zentralbankgeld, das jederzeit in aktuelles umgetauscht werden kann, gefährdet sein (Ziffer 386). Die Bundesbank nahm daher den Kreditinstituten den Spielraum für die Refinanzierung von Wechselkrediten, den diese sich gerade geschaffen hatten, wieder weg, indem sie die Ausnutzung der Rediskontkontingente auf 75 vH begrenzte. Außerdem senkte sie die Abgabesätze von Geldmarktpapieren, um deren Erwerb weniger attraktiv zu machen. Die Zentralbankgeldmenge stieg danach wieder im angestrebten Ausmaß. Zudem hatte der Rückgang der Renditen für Offenmarkttitel den Effekt, die Zinssätze für kurzfristige Kredite zu drücken und damit den Banken eine Anlage von Kundengeldern am Kapitalmarkt, dessen Funktionsfähigkeit zeitweise bedroht schien, rentabler zu machen.

178. Im Juni begann eine Phase, die durch besonders vielfältige Herausforderungen und ebenso vielfältige Gegenmaßnahmen gekennzeichnet ist. Angesichts erneuter Devisenabflüsse mußte die Bundesbank den Kreditinstituten dringend benötigtes Zentralbankgeld zuführen, denn die Banken verloren zur gleichen Zeit aus saisonalen Gründen erhebliche Beträge an Zentralbankgeld, weil Unternehmen und private Haushalte wegen des großen Steuertermins hohe Einzahlungen auf Notenbankkonten des Staates zu leisten hatten. Neue spezielle Hilfen erzwang zudem eine Anfälligkeit des Geldmarktes, die mit dem Fallissement einer großen Privatbank einherging. Schließlich sollte die Ergiebigkeit des Kapitalmarktes, die noch immer unzureichend war, gefördert werden.

Um zusätzliches Zentralbankgeld verfügbar zu machen und um den Geldmarkt zu entlasten, gestattete die Bundesbank den Kreditinstituten, die Rediskontkontingente wieder voll auszunutzen. Zudem gewährte sie erstmals seit einem Jahr wieder normalen Lombardkredit, diesmal sogar ohne mengenmäßige, vorerst aber mit zeitlicher Begrenzung — zunächst bis Ende Juli, dann verlängert bis zum 31. August, schließlich „bis auf weiteres". Ein Bündel weiterer Maßnahmen zur Liquiditätserleichterung — verschiedene Refinanzierungsmöglichkeiten und eine Härteregelung bei der Mindestreservepflicht — wurde speziell auf die Erfordernisse kleiner Privatbanken und Unternehmen zugeschnitten. Als sich herausstellte, daß die Devisenabflüsse länger an-

hielten und größer waren als wohl anfangs erwartet, senkte die Bundesbank zweimal die Mindestreservesätze. Die Regierung hob außerdem im Oktober die Bardepotpflicht auf. Eine Erhöhung der Rediskontkontingente und eine leichte Verbilligung der Refinanzierung sollten dazu beitragen, daß sich die monetären Märkte auch dann weiter auflockerten, als keine Devisen mehr abflossen.

Zur selben Zeit wurden die Abgabesätze für Offenmarkttitel dreimal herabgesetzt und damit für die Banken Anreize geschaffen, wieder mehr Mittel am Kapitalmarkt anzulegen. In die gleiche Richtung, Entspannung am Kapitalmarkt, wirkte das neuartige Angebot der Bundesbank an sogenannten Finanzierungspapieren; hierbei handelt es sich um unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes und der Bundespost, die höhere Renditen bringen als die üblichen Offenmarktpapiere und deren Verkaufserlös den emittierenden Stellen zukommt und nicht, wie es bei Mobilisierungs- und Liquiditätspapieren der Fall ist, bei der Bundesbank stillgelegt wird. Auf diese Weise wurden Gelder der Banken, die für eine kurzfristige Anlage zur Verfügung standen, direkt in die Kassen der öffentlichen Hand geleitet. Ziel war wohl vor allem zu verhindern, daß der Staat zu stark auf den Notenbankkredit auswich und damit eine unerwünschte Ausweitung des Zentralbankgeldes verursachte, was dann wieder die Bundesbank zu kompensierenden Aktionen genötigt hätte.

179. Auch 1974 hat die Bundesbank, wenn ihr besonders starke Anspannungen am Geldmarkt dies angezeigt erscheinen ließen, das für die Erfüllung des Mindestreservesolls des jeweiligen Monats noch fehlende Zentralbankgeld zur Verfügung gestellt.

Bei einer straffen Steuerung der Geldbasis ohne potentielles Zentralbankgeld im Besitz der Banken kann der Fall eintreten, daß am Schluß einer Abrechnungsperiode das für die Kreditinstitute insgesamt verfügbare Zentralbankgeld nicht ausreicht, um die Pflichtreserven für zusätzliche Einlagen aufzubringen, obgleich jede einzelne Bank für sich genommen eine ausreichende Liquiditätsvorsorge betrieben zu haben glaubte. Will die Notenbank dann verhindern, daß zahlreiche Kreditinstitute zum Verstoß gegen gesetzliche Vorschriften der Reservehaltung gezwungen werden, so wird sie dem Bankensystem als ganzem Zentralbankgeld zuführen. Durch die Konditionen, zu denen sie hierzu bereit ist, kann sie entsprechend den Erfordernissen der monetären Politik die Kreditinstitute sehr rasch zur Zurückhaltung zwingen (Ziffer 385).

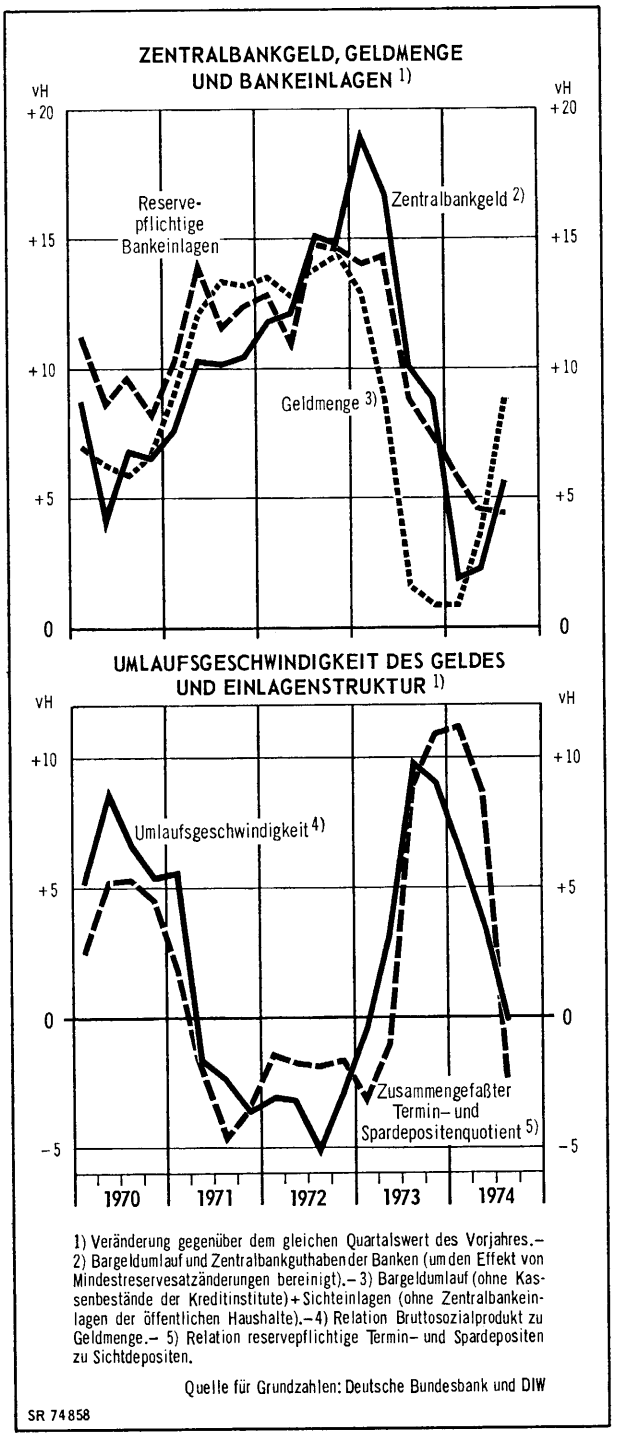
Zusätzlich zur Möglichkeit eines Wechselankaufs außerhalb der Rediskontkontingente, bei dem sich die Banken zum Rückkauf nach zehn Tagen verpflichten mußten, richtete sie dafür den Sonderlombardkredit ein. Dieser eignet sich in besonderem Maße für kurzfristige Eingriffe, denn täglich kann die Bereitschaft zur Gewährung von solchen Krediten widerrufen und die Verzinsung geändert werden. Hatte die Bundesbank indes im vorigen Jahr das Zentralbankgeld, das zum Ausgleich von Engpässen am Monatsende notwendig war, nur zu extrem hohen Zinssätzen zur Verfügung gestellt, um die Banken von einer unerwünscht starken Expansion der Kredite abzuschrecken und ihnen zu zeigen, daß sie allein die Expansion der Geldbasis bestimmt und sich nicht in einer Anpassungsrolle gegenüber den Banken befindet, so hielt sie dergleichen 1974, nachdem die Lektion gelernt war und sich auch von der Kreditnachfrage her eine Entspannung abzeichnete, nicht mehr für erforderlich. Sie konnte, wenn Zentralbankgeld vorübergehend besonders dringend gebraucht wurde, dieses zu vergleichsweise niedrigen Sätzen abgeben, ohne ihren restriktiven Kurs zu gefährden.

Gezügelte monetäre Expansion

180. Die Entwicklung der Geldmenge M_1 (Bargeldumlauf und Sichteinlagen) wie auch die der gesamten Bankeinlagen war 1974 weniger als im vorigen Jahr durch Anpassungszwänge als vielmehr von der gleichmäßigen und knappen Zufuhr von Zentralbankgeld geprägt. Hatten 1973 der plötzliche Übergang zu der außergewöhnlich scharfen monetären Restriktion und der damit einhergehende drastische Anstieg der Zinssätze zu erheblichen Verschiebungen in der Einlagenstruktur geführt, insbesondere zu einer bislang nicht gekannten Abkehr von den Sichteinlagen, so bildete sich in diesem Jahr der Abstand zwischen der Zuwachsrate der Geldmenge und jener der bereinigten Geldbasis wieder zurück. Gleichwohl wurde auch 1974 die Elastizität des monetären Systems noch beansprucht, denn die Expansion der Zentralbankgeldmenge war noch einmal merklich schwächer als der Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Ausgaben. Ein solches Auseinanderklaffen ist möglich, wenn das verfügbare Zentralbankgeld intensiver genutzt wird. Der Vorteil für die Marktteilnehmer ist dabei der, daß sie das Einfügen ihrer Ausgabenpläne in den von der Notenbank vorgezeichneten Rahmen zeitlich strecken können, wenngleich die Anpassung früher oder später doch erzwungen wird.

181. *Eine knappe Geldbasis, die die Finanzierung der gesamtwirtschaftlichen Ausgabenpläne erschwert, führt zur Rationalisierung der Kassenhaltung; viele Unternehmen und Private bemühen sich darum, mit einer möglichst kleinen Kasse und geringen Liquiditätsreserven auszukommen und tragen so dazu bei, daß die Zahlungsmittel in der Wirtschaft insgesamt häufiger verwendet werden. Dies war in den letzten Jahren in der Regel damit verknüpft, daß, angeregt durch attraktivere Konditionen, Unternehmen oder Haushalte den Liquiditätsgrad ihrer Reserven minderten, das heißt auf einen Teil der sonst üblichen Barreserve verzichteten, indem sie Sichteinlagen zu Einlageformen längerer Fristigkeit hin verlagerten (Schaubild 28). Da für längerfristige Einlagen niedrigere Mindestreservesätze gelten als für Sichteinlagen, gewinnen die Banken dadurch Spielraum für zusätzliche Ausleihungen. Indem sie ihn nutzen, wird ein Teil der entbehrlichen Geldbestände also dorthin geleitet, wo Geld zur Finanzierung von Ausgaben unmittelbar eingesetzt wird; er wird zu aktiver Kasse. Dies gilt deshalb nur für einen Teil, weil ja die zusätzlichen Termineinlagen ebenfalls Zentralbankgeld in der Mindestreserve binden. Das Ergebnis ist also: Verlängerung der Bankbilanzen bei unverändertem Mindestreservesoll. Die Sichteinlagen insgesamt haben sich zwar verringert. Sie werden jetzt jedoch intensiver genutzt (JG 73 Ziffer 184).*

Schaubild 28



1) Veränderung gegenüber dem gleichen Quartalswert des Vorjahres.– 2) Bargeldumlauf und Zentralbankguthaben der Banken (um den Effekt von Mindestreservesatzänderungen bereinigt).– 3) Bargeldumlauf (ohne Kassenbestände der Kreditinstitute) + Sichteinlagen (ohne Zentralbankeinlagen der öffentlichen Haushalte).– 4) Relation Bruttosozialprodukt zu Geldmenge.– 5) Relation reservepflichtige Termin- und Spardepositen zu Sichtdepositen.

Quelle für Grundzahlen: Deutsche Bundesbank und DIW

SR 74858

Noch effizienter wird knappes Zentralbankgeld genutzt, wenn Unternehmen und Haushalte ihre Kassenmittel verstärkt zur Finanzierung eigener Ausgabenpläne mobilisieren, den entbehrlichen Teil ihrer Geldbestände also für eigene Zahlungen aktivieren. Bei dieser Form der Aktivierung vorher passiver Kasse (zugunsten eigener Zahlungen) entsteht — anders als im zuvor beschriebenen Fall — keine zusätzliche Verschuldung gegenüber Banken, die einen großen Teil des aktivierten Geldes in der Mindestreserve bindet. Das Geldvolumen kann daher unverändert bleiben. Es wird aber wiederum intensiver genutzt.

Die gleiche Wirkung kann eine Zunahme des Anteils der nicht über Banken laufenden Verschuldung haben (so etwa die Lieferantenkredite, mit denen Unternehmen eine Verlängerung der Zahlungsziele einräumen und damit eine Verzögerung ihrer Einnahmen zu Lasten der eigenen Kassenhaltung zulassen). Durch die Ausdehnung der Direktkredite außerhalb des Bankensystems entsteht keine Mindestreservepflicht. So wird auch in dem Maße, wie es dem Staat gelingt, vermehrt Mittel der Privaten ohne den Weg über Banken zu mobilisieren, Zentralbankgeld gespart (Ziffer 421).

Schließlich können Unternehmen und Haushalte bei unveränderter Zentralbankgeldmenge auch dadurch zusätzliche Ausgaben finanzieren (oder verzögerte Einnahmen zulassen), daß sie Termineinlagen auflösen. Wegen der höheren Mindestreservesätze auf Sichtdepositen vermindert sich freilich der Spielraum für Ausleihungen. Insgesamt entsteht zwar zusätzliche — aktive — Kasse, jedoch nicht so viel, wie an Termineinlagen aufgelöst wurde.

182. Das Geldvolumen M_1 expandierte 1974 ähnlich gleichmäßig wie die bereinigte Geldbasis, mit einer leichten Beschleunigung im Verlauf des Jahres. Es war im ersten Vierteljahr nur um knapp 1 vH höher als ein Jahr zuvor — Ausdruck des zeitweiligen Schrumpfens der Geldmenge 1973 —, lag im zweiten Dreimonatsabschnitt bereits um nahezu 4 vH und im dritten um fast 9 vH über dem Vorjahresstand.

183. Die Zuwachsrate der Geldmenge M_2 (Geldvolumen M_1 und Termingelder bis unter 4 Jahren) betrug im Spätsommer 1974 nur noch 5 vH. Binnen 15 Monaten hat sich somit der Anstieg der Geld- und Quasigeldbestände in der Wirtschaft um drei Viertel gegenüber dem Höchstwert vom Mai 1973 (21 vH) vermindert.

Eine ausgeprägte Sonderentwicklung bei den Termineinlagen war dafür maßgeblich, daß sich die Expansion der Geldmenge M_2 1974 mehr und mehr abflachte. Der zeitweise rasante Anstieg der Festgelder — großenteils zu Lasten von Sichtdepositen — war, in laufender Rate gerechnet, bereits im Spätherbst vorigen Jahres zum Stillstand gekommen. Viele Unternehmen waren nunmehr verstärkt bestrebt, mit weniger Reserven an Liquidität auszukommen und einen großen Anteil ihrer Ausgaben durch Rückgriff auf ihr Geldvermögen zu finanzieren. Termingelder, die im vorigen Jahr noch als hochverzinsliche Sicherheitspolster gehalten werden konnten, wurden nun dringend zur Finanzierung von Ausgaben benötigt und auch verwendet. Die Termineinlagen bei den Kreditinstituten nahmen seit dem Frühsommer 1974 nicht nur nicht mehr zu, sondern sogar deutlich ab. In einem solchen Verhalten ist gleichsam eine Fortsetzung der Rationalisierung der Kassenhaltung — hier der Kassenhaltung im weiteren Sinne — zu sehen, die im Vorjahr zunächst zu einer Umschichtung von Sichteinlagen zu Termineinlagen geführt hatte. Dies war jedoch nicht überall so. Zunehmend dürfte auch schon eine Rolle gespielt haben, daß sich mit der allmählich erzwungenen Abschwächung der Ausgabenneigung der Bedarf an Finanzierungsmitteln verminderte, dies die Zinsen sinken ließ und den Anreiz zur An-

lage auf Terminkonten minderte. Daß die immer noch hohe Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes (die gesamtwirtschaftlichen Ausgaben im Verhältnis zur Geldmenge M_1) nicht ganz auf dem 1973 erreichten — außerordentlich hohen — Stand blieb, würde zu dieser Vermutung passen. Da, wie erwähnt, die gesamtwirtschaftlichen Ausgaben auch 1974 noch stärker als die Geldbasis stiegen, muß der Effekt einer weiteren Rationalisierung der Kassenhaltung (und damit der Einsparung von Zentralbankgeld) jenen der Normalisierung der Kassenhaltung (das heißt der Senkung der Umlaufsgeschwindigkeit) jedoch noch überwogen haben.

184. Während die Termineinlagen nicht mehr anstiegen, gewann das traditionelle Kontensparen in Geldern mit gesetzlicher Kündigungsfrist wieder zunehmend an Beliebtheit, nachdem im vorigen Jahr Sparer sogar zeitweise Einlagen abgezogen hatten. Dies mag zum einen Ausdruck der schrumpfenden Zinsdifferenz zwischen Festgeldern und Spareinlagen sein. Zum anderen dürften aber auch viele private Haushalte, die im Vorjahr noch Rentenwerte gekauft hatten, wieder verstärkt zu Anlageformen zurückgekehrt sein, bei denen sie vor Kurseinbußen sicher waren (Ziffer 194). Bei kleineren Sparbeträgen stand ihnen dabei eine Anlage als Festgeld nicht offen. Selbst höhere Beträge, für welche die Kreditinstitute im vorigen Jahr noch großzügige Zinsofferten unterbreitet hatten, wurden 1974, als sich der Geldmarkt entspannte, von den Banken als Termineinlagen nicht mehr angenommen.

185. Die durch die anhaltende monetäre Restriktion bewirkte Ausgabenzurückhaltung, namentlich bei den Investitionen, und der verstärkte Rückgriff der Unternehmen auf ihre Liquiditätsreserven schlugen sich auch in einer nur mäßigen Ausweitung der Bankkredite nieder. Bis zum Herbst 1974 wurden an inländische Unternehmen und Privatpersonen bei lediglich leicht nachgebenden Zinsen um ein Drittel weniger Kredite vergeben als während der gleichen Zeit des vorigen Jahres.

Der Finanzierungsbedarf der Unternehmen war indes höher, als allein die Entwicklung der Investitionen vermuten lassen könnte. Zwar wurde 1974 weniger investiert als im Vorjahr, so daß insoweit auch weniger Mittel nötig waren. Währenddessen sind aber Lieferantenkredite an das Ausland in bislang nicht gekanntem Ausmaß gewährt worden und mußten refinanziert werden (Ziffer 168). Außerdem haben sich im Inland — hier das finanzielle Spiegelbild der gespaltenen Konjunktur — die Bereiche mit Einnahmenüberschüssen und jene mit Ausgabenüberschüssen im Unternehmenssektor stark aufgefächert, so daß allein von da her der Bedarf an geliehenen Finanzierungsmitteln eher größer geworden sein müßte (JG 72 Ziffern 239 ff.).

186. Nach alledem ist die Stärke der Reduktion in der Kreditgewährung an Unternehmen und Private trotz der geldpolitischen Restriktion überraschend, zumal die Erträge fielen und der Wirtschaft von da her Eigenfinanzierungsmittel nur in mäßigem Umfange zur Verfügung standen. Auch am Aktienmarkt wurden nicht mehr Mittel aufgenommen als im vorigen Jahr; bei den Anleihen überwogen sogar die Tilgungen. All dies und die sich häufenden Konkurse dürften jedoch wiederum die selbst für konjunkturelle Abschwungsphasen besondere Vorsicht mitbestimmt haben, die die Kreditinstitute bei der Überprüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse ihrer Kreditpartner walten ließen, ebenso ihre Neigung, in den Sollzinsen eine größere Risikoprämie zu verlangen (Ziffer 192). So blieb, soweit nicht die Ausgabenpläne reduziert wurden, vielen Unternehmen nichts anderes übrig, als durch sparsamere Verwendung von Unternehmensgewinnen für private Vorhaben und eine stärkere Nutzung privater Mittel für Unternehmensvorhaben die Finanzierungsdecke zu strecken. Auch die schon erwähnte Bereitschaft, finanzielle Reserven der Unternehmen selbst, überwiegend in Form von Terminguthaben, aufzuzehren, ist hier noch einmal ins Bild zu rücken, ebenso jedoch die Entwicklung der Zinsen für mittel- und langfristige Darlehen, die durch die Restriktionspolitik der Bundesbank nicht vollständig erklärt wird (Ziffer 192).

187. Auf eine gewisse Zurückhaltung von Unternehmen und Privaten, bei den derzeitigen Kosten für Fremdfinanzierungsmittel langfristige Zinsversprechen abzugeben, deutet hin, daß die verbleibende Kreditausweitung mehr und mehr vom kurzfristigen Geschäft getragen wurde. Hatte sich die Zuwachsrate der gesamten Ausleihungen der Kreditinstitute an inländische Unternehmen und Privatpersonen von 10 vH um die Jahreswende auf knapp 8 vH im Spätsommer verringert, so stieg jene der kurzfristigen Kredite in der gleichen Zeit von 8 vH auf 11 vH an. Die Nachfrage nach mittelfristigen Krediten war 1974 so schwach, daß bis zum Sommer weniger neue Kredite vergeben als alte zurückgezahlt wurden; seit der Jahresmitte belebt sie sich ein wenig. Die langfristigen Kredite wurden zwar noch ausgedehnt, doch waren hierfür — neben dem Wohnungsbau — Bahn, Post und Landwirtschaft maßgeblich, Bereiche also, die konjunkturellen Schwankungen nicht unterliegen.

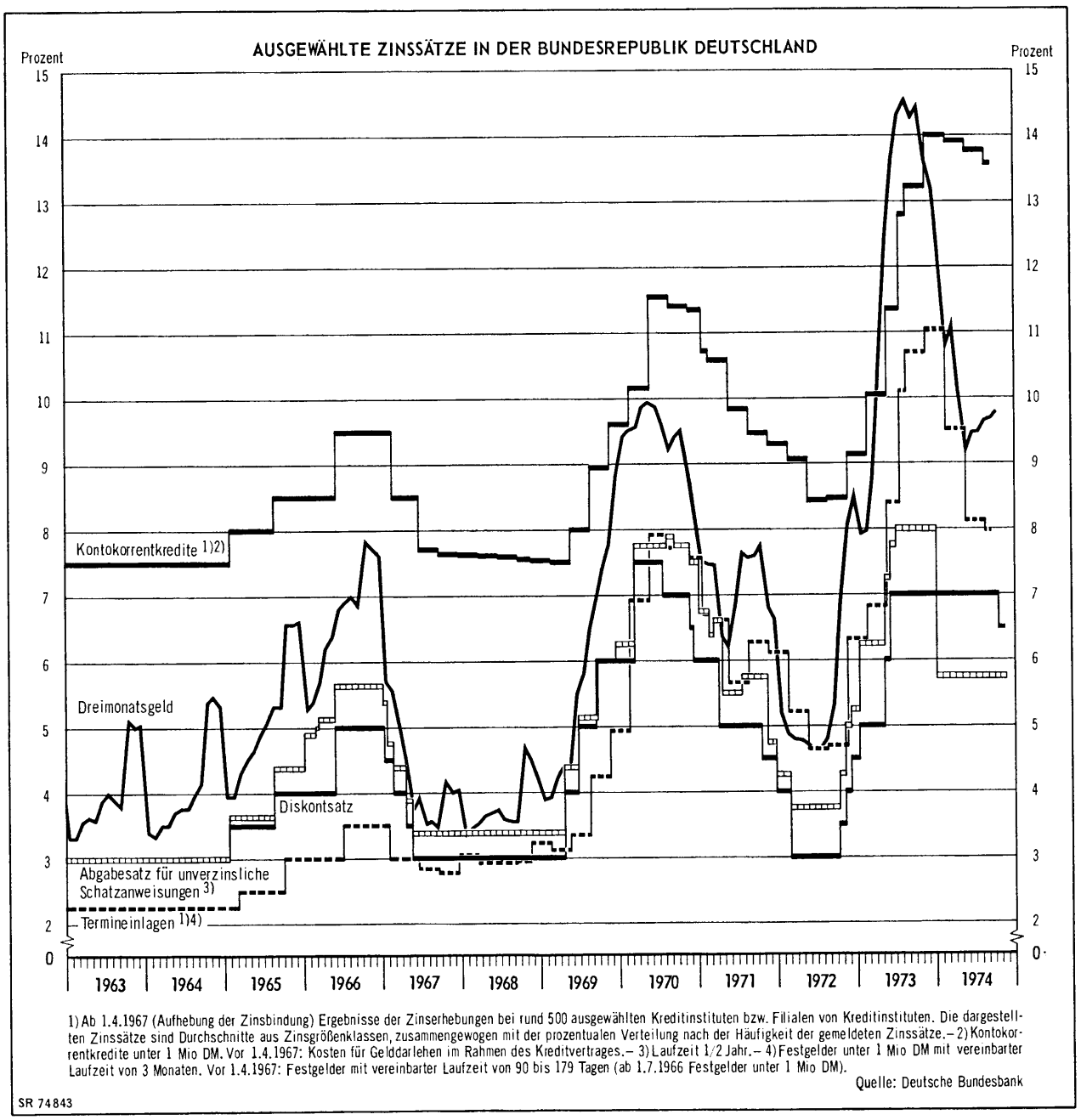
188. Der bemerkenswerte Rückgang bei der Vergabe von Krediten an inländische Unternehmen und Privatpersonen ist überdies im Zusammenhang zu sehen mit der Kreditnachfrage des großen Konkurrenten der Privaten, dem Staat. Manches wäre vermutlich anders gelaufen, wenn den Kreditwünschen der Privaten der normale Anteil am Kreditgewährungsspielraum der Kreditinstitute gegenüber gestanden hätte. Das war aber nicht so und konnte angesichts der Konjunkturlage und den daraus resultierenden Einnahmenausfällen der öffentlichen Hand wohl auch nicht so sein. Die gesamte Kreditausweitung des Bankensystems ist bis zum Herbst 1974 mit 40 Mrd DM gegenüber dem Vorjahr nur um weniges geringer gewesen als im gleichen Zeitraum 1973. Der Staat hat den Spielraum, der dem Bankensystem gegeben war, stark mitbeansprucht; verglichen mit 1973 nahm er in den ersten neun Monaten dieses

Jahres mit 12 Mrd DM mehr als das Doppelte an Krediten auf.

Nachgebende, doch immer noch hohe Zinsen

189. Nachgebende Zinsen und die Rückkehr zu einer normalen Zinsstruktur begleiteten die straffe geldpolitische Kontrolle im Jahre 1974 (Schaubild 29). Hatten im vorigen Jahr der abrupte Übergang zu der scharfen monetären Restriktion und die damit verbundenen gewaltigen Anpassungsschwierigkeiten der Banken die Zinssätze, insbesondere die für kurzfristige Gelder, auf ein ungewöhnlich hohes Niveau getrieben, so sanken die Zinsen nunmehr allenthalben ab, weil sich die Nachfrage an den Märkten für Geld und Kredit allmählich in den engen monetären Mantel fügte. Am Wertpapiermarkt konnte sich diese Tendenz angesichts der langen Laufzeiten allerdings nur zögernd durchsetzen. Die Renditen ermäßigten sich dort erst, nachdem die Inflationserwartungen zurückgingen und auch die Bundesbank deutliche Zeichen setzte, daß sie ein Absinken der Zinsen wünschte. Die kurzfristigen Zinsen gaben am meisten nach; sie rückten wieder zum unteren Ende des Zinsspektrums, als sich die Kredit-

Schaubild 29



1) Ab 1.4.1967 (Aufhebung der Zinsbindung) Ergebnisse der Zinserhebungen bei rund 500 ausgewählten Kreditinstituten bzw. Filialen von Kreditinstituten. Die dargestellten Zinssätze sind Durchschnitte aus Zinsgrößenklassen, zusammengewogen mit der prozentualen Verteilung nach der Häufigkeit der gemeldeten Zinssätze. – 2) Kontokorrentkredite unter 1 Mio DM. Vor 1.4.1967: Kosten für Gelddarlehen im Rahmen des Kreditvertrages. – 3) Laufzeit 1/2 Jahr. – 4) Festgelder unter 1 Mio DM mit vereinbarter Laufzeit von 3 Monaten. Vor 1.4.1967: Festgelder mit vereinbarter Laufzeit von 90 bis 179 Tagen (ab 1.7.1966 Festgelder unter 1 Mio DM).

Quelle: Deutsche Bundesbank

SR 74843

institute an die neuen monetären Bedingungen gewöhnten.

190. Der Markt für Zentralbankgeld zeigte 1974, daß die Kreditinstitute am kurzen geldpolitischen Zügel gehen gelernt hatten, aber wohl auch, daß die Bundesbank diesen Zügel, um Hilfestellung zu geben, gelegentlich etwas lockerer hielt (Ziffer 179). Dies konnte sie ohne Bedenken tun, weil die Banken nach den Erfahrungen des letzten Jahres nunmehr wußten, daß die Bundesbank in der Lage war, ihren angestrebten Kurs konsequent durchzusetzen. So waren in nahezu allen Monaten die Zinssätze für Tagesgeld (Monatsdurchschnitte) geringer und die Spannen zwischen Höchst- und Niedrigstsätzen enger als 1973. Vom Zinsgipfel bei knapp 16 % im vorigen Jahr fielen die Monatsdurchschnitte der Tagesgeldsätze zunächst auf 10½ % im Frühjahr; im Herbst lagen sie bei 9 %, nachdem die Bundesbank Zinssenkungstendenzen mehrfach mit offenmarkt- und refinanzierungspolitischen Maßnahmen gefördert hatte. Die Differenz zwischen dem höchsten und dem niedrigsten Zinssatz für Tagesgeld innerhalb eines Monats war 1974 stets kleiner als 12 Prozentpunkte, wohingegen sie im vorigen Jahr gelegentlich 30 Prozentpunkte erreichte. Wenn 1974 die Zinsausschläge am Tagesgeldmarkt immer noch weit stärker waren als zu jener Zeit, in der die Kreditinstitute noch über umfängliche freie Liquiditätsreserven verfügt hatten, so ist dies vor allem Spiegelbild der neuen monetären Politik. Die Bundesbank orientiert sich nunmehr vorrangig daran, welche Menge an Zentralbankgeld entstehen soll, und weitaus weniger als früher an dessen Preis. Ohne den Puffer der Bankenliquidität könnten dabei kräftige Zinsausschläge zustande kommen, die innerhalb breiter Grenzen hingenommen werden (Ziffern 386 f.).

Auch Monats- und Dreimonatsgeld verbilligten sich. Gegenüber dem Höchststand vom September 1973 ermäßigte sich der Satz für Monatsgeld um 4 Prozentpunkte auf 9½ % im September 1974. Ausleihungen für drei Monate kosteten im Herbst 1974 mit 9½ % sogar um 5 Prozentpunkte weniger als ein Jahr zuvor.

191. Die Zinssätze für Zentralbankgeld konnten trotz der nur geringfügigen Ausweitung der Zentralbankgeldmenge sinken, weil bei allmählich abnehmenden Inflationserwartungen die Spannung zwischen den Zentralbankgeldbeständen im privaten Sektor der Wirtschaft und den Ausgabenplänen von Unternehmen und privaten Haushalten, die sich im Bedarf der Banken an Zentralbankgeld niederschlagen, mehr und mehr nachließ. Dies gestattete den Kreditinstituten, ihren Habenzinsfächer am oberen Ende um ein Drittel zu kappen. Nachdem die Banken im vorigen Jahr durch starken Wettbewerb um Kundengelder die Zinsen für dreimonatige Termineinlagen bis zum Herbst auf einen Höchststand von 11 % getrieben hatten, sanken diese im Zuge der Entspannung am Geldmarkt bis unter 8 % im August 1974; gleichzeitig verringerte sich die Spanne zwischen Höchst- und Niedrigstsätzen. Offenbar waren die Banken angesichts der verhaltenen Kreditnachfrage 1974 — anders als im Vorjahr — auf zusätzliche kurzfristige Gelder aus dem Nichtbankenbereich weniger angewiesen; denn sie ließen die Zinsen abbröckeln, obwohl die Termineinlagen bereits seit dem Erreichen des Zinsgipfels nicht mehr zugenommen hatten. Die Sparzinsen blieben währenddessen unverändert. So konnten Anleger für Spargelder mit vereinbarter Kündigungsfrist von vier Jahren und darüber, die 8 % erbrachten, im Sommer 1974 erstmals wieder höhere Zinserträge erzielen als für dreimonatige Termineinlagen. Die Sätze für Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist befanden sich mit 5½ % allerdings nach wie vor am unteren Rand der Zinsskala.

192. Weniger als die Habenzinsen ermäßigten die Banken ihre Sollzinsen. Kontokorrentkredite verbilligten sich gegenüber November 1973, als die Zinsen mit 14 % am höchsten waren, nur geringfügig auf 13½ % im August 1974. Etwas stärker, um 2 Prozentpunkte, setzten die Banken innerhalb des gleichen Zeitraums die Zinsen für Wechseldiskontkredite herab, und zwar auf gut 11 %. Zum Sommer hin begannen einzelne Institute schließlich, auch die Zinsen für Ratenkredite geringfügig zu senken — und wieder für solche Ausleihungen zu werben —, um die privaten Haushalte zur Aufnahme zusätzlicher Mittel anzureizen. Die Hypothekenzinsen erreichten mit 10½ % sogar erst im Mai 1974 ihren Höhepunkt, obwohl die Kreditnachfrage seit längerem rückläufig war; erst nach der Jahresmitte nahmen sie leicht ab.

Daß die Sollzinsen der Banken trotz der mäßigen Nachfrage nach Krediten nur so geringfügig sanken, muß im Zusammenhang mit der Kapitalmarktentwicklung gesehen werden. Solange es für die Kreditinstitute die Alternative gab, hoch rentierliche Anleihen zu erwerben, war der Anreiz schwach, die Kreditzinsen zu senken und auf diese Weise für mehr Ausleihungen zu werben. Hinzu kommt, daß die Banken Anlagen am Kapitalmarkt, insbesondere solche mit geringen Restlaufzeiten, für sicherer gehalten haben mögen als manche Kreditvergabe; das auffallende Interesse der Kreditinstitute am Kauf von Wertpapieren seit dem Frühjahr paßt in dieses Bild (Ziffer 197). Als Erklärung für die Spanne zwischen den Soll- und den Habenzinsen der Banken kommt indes auch in Betracht, daß es in diesem Jahr, anders als 1973, für Unternehmen angesichts der hohen Zinsen im Ausland und der verbliebenen Kapitalverkehrskontrollen meist nicht rentabel war, sich Geld von dort zu beschaffen. Die Wettbewerbssituation hatte sich für die Banken wesentlich verbessert.

Kapitalmarkt — Anpassung an Anlegerwünsche

193. Der Kapitalmarkt schien nach der Jahreswende nahezu funktionsunfähig. Mit 2,5 Mrd DM erreichte der Absatz festverzinslicher Wertpapiere im ersten Vierteljahr 1974 lediglich ein Drittel der Summe vom vorigen Jahr und gar nur ein Fünftel des Verkaufserfolges in den gleichen Monaten des Jahres

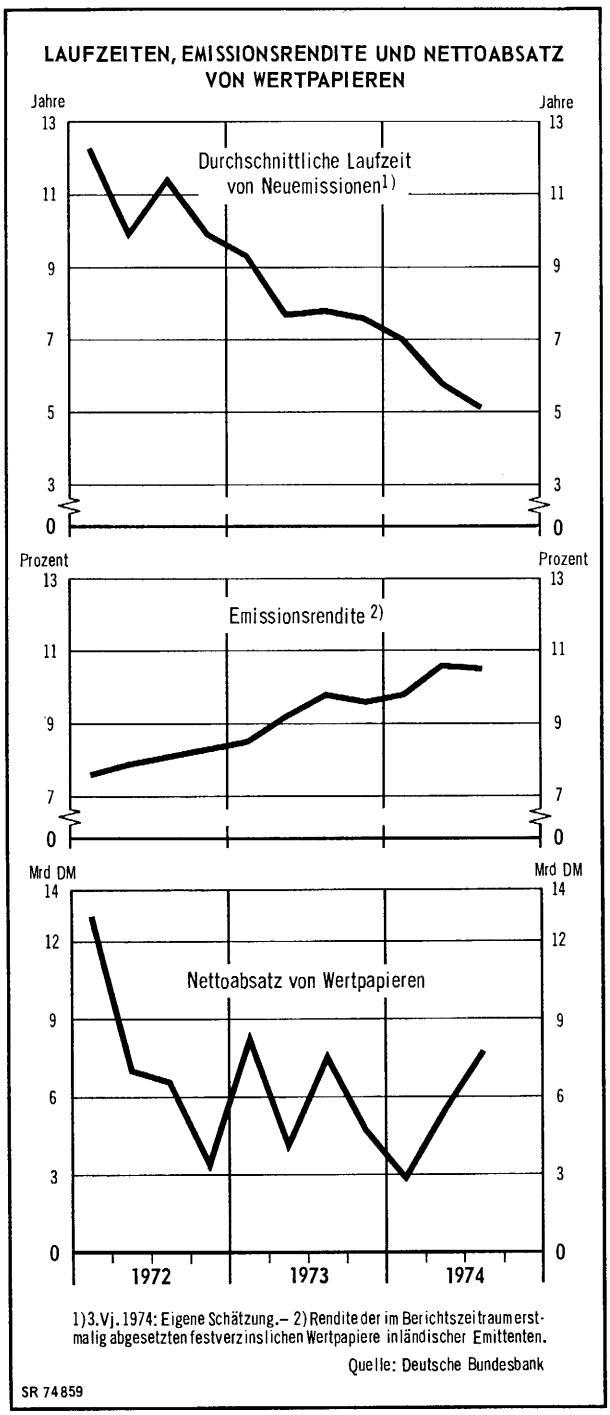
1972. Dabei war der Bedarf an Finanzierungsmitteln, insbesondere jener der öffentlichen Hand, drängend. So stieg bei überaus schwacher Nachfrage nach Wertpapieren die Umlaufrendite rasch und überschritt bereits im März mit 10,7 % den Stand vom Jahresanfang um einen Prozentpunkt; der Höchstsatz 1973 hatte 10,3 % betragen. Vermutlich wären die Renditen noch steiler angestiegen, hätte sich Anfang Februar nicht die öffentliche Hand eine freiwillige Emissionspause auferlegt. Von der Zurückhaltung der Anleger war vor allem der Absatz von Pfandbriefen und Kommunalobligationen betroffen; er schrumpfte gegenüber dem ersten Vierteljahr 1973 um zwei Drittel. Selbst sonstige Bankschuldverschreibungen, die sich noch der größten Beliebtheit erfreuten, wurden nur halb so viel gekauft.

194. Für den außerordentlich geringen Absatz am Kapitalmarkt in den ersten Monaten 1974 war vor allem die Zurückhaltung der inländischen Nichtbanken maßgeblich. Hatten diese im vorigen Jahr trotz hoher Kursverluste in beträchtlichem Umfang zusätzliche Anleihen gekauft, so waren sie hierzu nun nicht mehr bereit (JG 1973 Ziffern 183 und 297). Höhere Inflationserwartungen, durch den Ausbruch der Ölkrise und kräftige Lohnsteigerungen geschürt, ließen einen weiteren Kursverfall befürchten. Infolge der damit verbundenen Unsicherheiten war eine Anlage in Titeln mit langer Laufzeit selbst bei außerordentlich attraktiver Verzinsung uninteressant geworden. Hinzu kam, daß sich ausländische Käufer, die 1973 trotz Verbot und Kapitalverkehrskontrollen reichlich Rentenwerte erworben hatten, in diesem Jahr vom Wertpapiermarkt fernhielten. Das Anlageinteresse inländischer Kreditinstitute blieb in den ersten Monaten 1974 so gering wie zur gleichen Zeit des Vorjahres.

195. Sollte der Kapitalmarkt seine Funktion als Mittler zwischen Kapitalgebern und Kapitalnehmern nicht vollends verlieren, so mußten sich die Emittenten rasch an die Wünsche der Anleger anpassen. Auch der Bundesbank war die Aufgabe gestellt, den Kapitalmarkt soweit zu unterstützen, wie es ihr restriktiver Kurs zuließ. Es gelang, eine Wende herbeizuführen (Schaubild 30).

196. Die Emissionsrendite, die um die Jahreswende 9½ % betragen hatte, stieg im Frühjahr 1974 auf 10½ %. Verglichen mit den Zinsen für Termin- und Spareinlagen erwartete die Anleger am Kapitalmarkt somit ein beachtlich höherer Ertrag (Ziffer 191). Um darüber hinaus dem Sicherheitsbedürfnis möglicher Wertpapierkäufer entgegenzukommen, wurden die Laufzeiten drastisch verkürzt; eine besonders große Anpassungslast hatten dabei die Daueremittenten zu tragen. Zugleich war die Bundesbank bemüht, durch Interventionen auf eigene Rechnung den Markt zu stützen. Bis zum Mai kaufte sie öffentliche Anleihen im Werte von 600 Mio DM an. Hinzu kamen zins- und liquiditätspolitische Maßnahmen, wie etwa die mehrfache Herabsetzung der Abgabesätze für Offenmarktpapiere (Ziffern 177 f.).

Schaubild 30



197. Nur zögernd stellte sich der Erfolg dieser Bemühungen ein. Im zweiten Vierteljahr 1974 betrug der Absatz an Renten 5,5 Mrd DM, im dritten erreichte er bereits knapp 8 Mrd DM. Die Umlaufrendite bliebt allerdings mit fast 11 % außerordentlich hoch.

Als erste begannen die Kreditinstitute, wieder in größerem Umfang Wertpapiere zu erwerben. Zum Sommer hin erwachte schließlich auch das Anlageinteresse der Privaten. Somit konnten staatliche Stellen Ende Mai wieder Anleihen auflegen, um

wenigstens einen Teil ihres aufgestauten Finanzierungsbedarfs auf diesem Wege zu decken. Den auffallendsten Absatzerfolg hatten Kommunalobligationen der Girozentralen; diese Papiere dienen überwiegend dazu, Bankkredite an Gemeinden zu refinanzieren, und daher ist dieses Mittelaufkommen ebenfalls der öffentlichen Hand zuzurechnen.

VII. Öffentliche Haushalte: Konjunkturstützend?

198. Obwohl die Stabilisierungspolitik auch 1974 vornehmlich im Zeichen einer tatkräftigen Geldpolitik stand, waren die Gebietskörperschaften doch nicht aus der konjunkturpolitischen Verantwortung entlassen. Ihnen fiel die Aufgabe zu, einem stärkeren Beschäftigungsrückgang in den Wirtschaftsbereichen, die vom monetären Restriktionskurs besonders hart getroffen wurden, mit gezielten Hilfen entgegenzuwirken; keineswegs erwünscht war eine in der Breite expansive Finanzpolitik. Der Versuch, die gesamtwirtschaftliche Nachfrage mit den vertrauten Mitteln der Globalsteuerung kräftig anzuregen, hätte die Gebietskörperschaften nur in Konflikt mit den Stabilisierungsbemühungen der Geldpolitik gebracht. Daher galt es auch 1974, die drohende Ausgabenexpansion in Schranken zu halten. Das gelang nicht vollständig.

199. Als die Gebietskörperschaften im Herbst 1973 ihre Haushaltspläne aufstellten, gingen sie davon aus, 1974 sei der mit dem Stabilitätsprogramm vom Mai 1973 eingeschlagene Restriktionskurs fortzusetzen. Zur Dämpfung der privaten Nachfrage sollten die steuerlichen Sonderregelungen, wie vorgesehen, beibehalten werden. Um dem Expansionsdrang in den öffentlichen Haushalten Zügel anzulegen, empfahl der Finanzplanungsrat, die Ausgabensteigerung des öffentlichen Gesamthaushalts für 1974 auf knapp 11 vH zu begrenzen. Dem entsprachen — bezogen auf das für 1973 erwartete Haushaltsvolumen — Ausgaben in Höhe von 313 Mrd DM, die damals als konjunkturneutral gelten konnten.

Wie in den Vorjahren, so stand auch diesmal zu befürchten, daß die Richtschnur für die Haushalte bereits in der Planung weit überschritten würde; denn die Gebietskörperschaften konnten sich wiederum nicht darüber einigen, wie der gemeinsame Ausgabenplafonds auf die einzelnen Haushalte aufzuteilen sei. Es fehlte nicht an der Einsicht, daß ihr Ausgabenbedarf aufgrund unterschiedlicher Aufgabenverteilung ungleichmäßig zunimmt; das zeigte sich nicht zuletzt daran, daß der Bund von 1974 an den Ländern einen größeren Anteil am Umsatzsteueraufkommen zugestand (Tabelle 16). Doch verhalf diese Einsicht nicht zu einer Verabredung darüber, wie stark die Haushalte auf den einzelnen Ebenen expandieren sollten.

200. Angesichts dieser unkoordinierten Planung ließen die Haushaltsansätze die globale Richtschnur aufs neue weit hinter sich. Wieder sollte die Ausgabenexpansion dadurch eingedämmt werden, daß Grenzen für die staatliche Kreditaufnahme vorgesehen wurden. Die Bundesregierung kündigte im November an, sie werde eine Schuldendeckelverordnung erlassen, in der die Neuverschuldung von Bund, Ländern und Gemeinden auf insgesamt 14½ Mrd DM festgelegt werden sollte. In ihren Ausgabenplänen brauchte der beabsichtigte Schuldendeckel die Gebietskörperschaften zunächst nicht zu drücken. In die Etatentwürfe ging nämlich zumeist noch das Ergebnis der offiziellen Steuerschätzung vom August ein, die für 1974 253 Mrd DM an Steuereinnahmen erwarten ließ. Je mehr sich die konjunkturellen Aussichten wandelten, um so mehr schwand allerdings die Hoffnung auf eine kräftige Expansion des Steueraufkommens; Ausfälle bis zu 5 Mrd DM waren am Jahresende 1973 bereits abzusehen. Abstriche von den Ausgabenvorhaben in dieser Höhe bedeuteten, daß das Haushaltsvolumen auf den ursprünglich angestrebten Umfang von 313 Mrd DM begrenzt werden würde.

201. Der drohende Schuldendeckel veranlaßte die Gebietskörperschaften jedoch nicht, ihre Ausgabenpläne zu ändern. Vielmehr änderten sie mit dem Wandel der konjunkturellen Aussichten ihre Ansichten darüber, welcher Umfang der Haushalte 1974 konjunkturpolitisch angemessen sei; mehr und mehr näherten sie sich damit dem an, was sie ohnehin auszugeben vorhatten.

Im Zeichen der Ölkrise wurde der Kurswechsel in der Finanzpolitik immer deutlicher. Die Bundesregierung hob wesentliche Teile ihres Stabilitätsprogramms vom Mai 1973 auf; einzelnen Bereichen wurde gezielte Unterstützung gegeben. Das im Februar verabschiedete Sonderprogramm mit einem Ausgabenvolumen von 900 Mio DM, das überwiegend mit den 1973 bei der Bundesbank freiwillig stillgelegten Steuereinnahmen finanziert wurde, sah Hilfen für strukturschwache Gebiete vor. Für den sozialen Wohnungsbau waren bereits zuvor zusätzliche Mittel bereitgestellt worden. Von der Heizölverteuerung besonders betroffene Personen erhielten einen einmaligen Zuschuß.

Stabilitätspolitisch motivierte Ausgabenkürzungen wurden nun endgültig für entbehrlich gehalten. Der Bund verzichtete darauf, für die vorläufige Haushaltsführung die sonst üblichen Ausgabensperren, insbesondere im Investitionsbereich, zu verfügen. Im März 1974 rückte auch der Finanzplanungsrat von dem zunächst empfohlenen Ausgabenrahmen ab. Er erklärte, das in den Haushaltsplänen vorgesehene Ausgabenvolumen sei angesichts der veränderten Gegebenheiten konjunkturgerecht. Der zusätzlich eingeräumte Expansionsspielraum wurde jedoch größtenteils von dem Mehrbedarf aufgezehrt, der den Gebietskörperschaften aufgrund des unerwartet hohen Tarifabschlusses im öffentlichen Dienst entstanden war. Der Schuldendeckel wurde zur Seite gelegt; der Ausgabenexpansion stand nun nichts mehr im Wege. In den ersten sechs Monaten gaben Bund und Länder zusammen 14½ vH mehr aus als ein Jahr zuvor.

Tabelle 16

Finanzpolitisch wichtige Ereignisse

Datum	
1973	
28. November	Die Bundesregierung beschließt, zur stabilitätsgerechten Gestaltung der öffentlichen Haushalte für 1974 eine „Schuldendeckel"-Verordnung zu erlassen. Darin sind als Höchstbetrag für die Kreditaufnahme des Bundes 4,3 Mrd DM, der Länder 4,5 Mrd DM und der Gemeinden 5,6 Mrd DM vorgesehen.
30. November	Bund und Länder vereinbaren, den Anteil der Länder am Umsatzsteueraufkommen von bisher 35 vH auf 37 vH für 1974 und auf 38 vH für die Jahre 1975 und 1976 zu erhöhen. Zusätzlich gewährt der Bund den finanzschwachen Ländern jährlich 1,5 vH des Umsatzsteueraufkommens als Ergänzungszuweisungen. Im Hinblick auf mögliche Belastungsverschiebungen zwischen den Gebietskörperschaften aufgrund der für den 1. Januar 1975 geplanten Steuerreform wird eine Revisionsklausel vereinbart, derzufolge die Umsatzsteueranteile von Bund und Ländern mit Rückwirkung ab 1. Januar 1975 so festgesetzt werden, daß die mit dieser Vereinbarung herbeigeführte Verteilung des Gesamtsteueraufkommens zwischen Bund und Ländern aufrechterhalten bleibt.
5. Dezember	Die Bundesregierung beschließt, von der für 1974 vorgesehenen Streckung der Ausgaben für die Gemeinschaftsaufgaben „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" und „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" abzusehen. Einkommensschwache Bevölkerungsschichten sollen einen einmaligen Heizölkostenzuschuß in Höhe von 100 DM bis 300 DM erhalten.
19. Dezember	Die Bundesregierung hebt die konjunkturpolitischen Maßnahmen des Stabilitätsprogramms vom 3. Mai weitgehend auf. So wird — die Investitionsteuer rückwirkend zum 1. Dezember aufgehoben; — die degressive Abschreibung für bewegliche Güter des Anlagevermögens ab 1. Dezember wieder zugelassen; — die Sonderabschreibung nach § 7 b EStG für Wohngebäude wieder ermöglicht, sofern der Bauantrag nach dem 31. Dezember 1973 gestellt wird; — die für 1973 beschlossene Streckung der Mittel des ERP-Haushalts in Höhe von 230 Mio DM sofort aufgehoben; — die Kreditanstalt für Wiederaufbau beauftragt, ihr Mittelstandsprogramm, das ein Volumen von 500 Mio zinsvergünstigter Kredite umfaßt, wieder voll durchzuführen. Der bis zum 30. Juni befristete Stabilitätszuschlag wird beibehalten. Am für 1974 vorgesehenen Schuldendeckel wird — bis auf weiteres — festgehalten. Von einer vorläufigen restriktiven Haushaltsführung für den investiven Bereich soll 1974 abgesehen werden. Für den Fall einer weitergehenden Konjunkturabschwächung soll vorsorglich ein Konjunkturprogramm für zusätzliche Investitionen vorbereitet werden.
1974	
6. Februar	Die Bundesregierung legt den Jahreswirtschaftsbericht 1974 vor, in dem sie ein einmaliges Sonderprogramm für Gebiete mit besonderen Strukturproblemen ankündigt, das einschließlich der Beteiligungen der Länder 900 Mio DM umfaßt. Die Gesamtausgaben des Staates (in der Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen) sollen um 12 1/2 vH bis 13 1/2 vH steigen.
13. März	Die Bundesregierung zieht die für 1974 beschlossene „Schuldendeckel"-Verordnung zurück.
25. März	Der Finanzplanungsrat erörtert die Haushaltsentwicklung 1974. Er gelangt dabei einhellig zu der Auffassung, daß es zur Sicherung der Beschäftigung gerechtfertigt sei, die in den Haushaltsplänen veranschlagten Ausgaben — einschließlich der zusätzlich entstandenen Ausgabeverpflichtungen sowie der Sondermaßnahmen des Strukturprogramms — voll zu verwirklichen. Im Jahr 1975 sollte aus gesamtwirtschaftlichen wie aus finanz-

noch Tabelle 16

Datum	
1974	
	wirtschaftlichen Gründen — vor allem wegen der Auswirkungen der Steuerreform — die Expansion der Staatsausgaben geringer ausfallen als 1974.
26. März	Die Bundesregierung beschließt das Investitionsprogramm des Bundes, das die Möglichkeiten aufzeigt, den Beginn der im Finanzplan des Bundes vorgesehenen Investitionsvorhaben zeitlich zu variieren. 1974 könnten danach für den Fall eines konjunkturellen Abschwungs über die im Etatentwurf des Bundes vorgesehenen Ansätze hinaus weitere 5 Mrd DM für Investitionen ausgegeben werden.
17. April	Die Gesetze zur Reform der Vermögensteuer und der Erbschaftsteuer treten rückwirkend zum 1. Januar 1974 in Kraft. Neben Erhöhungen der Freibeträge und Steuersatzänderungen werden nunmehr zur Bewertung des Grundvermögens anstelle der bisher geltenden Einheitswerte aus dem Jahre 1935 die um 40 vH erhöhten Einheitswerte des Jahres 1964 herangezogen. Die zur gleichen Zeit verkündete Reform der Gewerbesteuer, die vor allem eine Erhöhung des Freibetrages vorsieht, wird am 1. Januar 1975 in Kraft treten.
21./22. Mai	Der Bundestag verabschiedet den Bundeshaushalt 1974. Die Ausgabenansätze liegen mit 136,4 Mrd DM um 12,1 vH über dem vergleichbaren Haushaltssoll des Vorjahres. Die Nettokreditaufnahme soll 7,6 Mrd DM betragen.
21. Juni	Der Bund ordnet eine Verfügungsbeschränkung von 10 vH der Ansätze für sächliche Verwaltungsausgaben, Zuweisungen und Zuschüsse an.
24. Juni	Nach Auffassung des Finanzplanungsrates haben die seit der Jahreswende von Bund und Ländern ergriffenen finanzpolitischen Maßnahmen dazu beigetragen, einen unerwünscht starken Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage zu vermeiden. Wegen der für 1974 zu erwartenden Steuermindereinnahmen werden Einsparungen bei den Ausgaben für erforderlich gehalten. Die Ausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden sollen im kommenden Jahr insgesamt um weniger als 10 vH, die durch die Steuerreform einschließlich des Familienlastenausgleichs auf der Ausgabenseite bedingten Veränderungen nicht gerechnet, ansteigen. Dabei geht der Finanzplanungsrat davon aus, daß die Entlastung der Nettoeinkommen aufgrund der Steuerreform und des neuen Familienlastenausgleichs insbesondere bei der Besoldung im öffentlichen Dienst Berücksichtigung finden wird.
25./26. Juli	Der Bundestag und der Bundesrat verabschieden nach zweimaliger Anrufung des Vermittlungsausschusses das Gesetz zur Reform der Einkommensteuer, des Familienlastenausgleichs und der Sparförderung, das am 1. Januar 1975 in Kraft tritt. Es sieht als wichtigste Neuerungen vor: 1. Einkommensteuer, Lohnsteuer — Erhöhung des Grundfreibetrages auf 3 000 DM (Ledige) / 6 000 DM (Verheiratete), Verlängerung der Proportionalzone bis 16 000 DM / 32 000 DM, Umgestaltung der Tarifstruktur und Erhöhung des Spitzensteuersatzes auf 56 % bei einem zu versteuernden Einkommen von 130 000 DM / 260 000 DM; — Erhöhung der Höchstbeträge für beschränkt abzugsfähige Vorsorgeaufwendungen, die nach wie vor von der Bemessungsgrundlage abzusetzen sind; — Aufhebung des Vermögensteuerabzugs; — Erhöhung des Arbeitnehmerfreibetrags auf 480 DM; — Einführung eines Sparer-Freibetrages von 300 DM / 600 DM; — Fortfall der Ergänzungsabgabe. 2. Familienlastenausgleich — Ersetzung der verschiedenen bisherigen Leistungen (Kinderfreibeträge, Kindergeld, Kinderzuschläge im öffentlichen Dienst) durch ein einheitliches einkommensunabhängiges Kindergeld von 50 DM für das erste, 70 DM für das zweite und 120 DM für jedes weitere Kind; Auszahlung durch die Arbeitsverwaltung;

noch Tabelle 16

Datum	
1974	
	— Verbesserung der Ortszuschläge im öffentlichen Dienst zum Ausgleich des Fortfalls der Kinderzuschläge.
	3. Sparförderung
	— Einführung einer Einkommensgrenze von 24 000 DM / 48 000 DM für die Inanspruchnahme der Sparprämie und der Wohnungsbauprämie;
	— Begrenzung des begünstigten Sparvolumens auf 800 DM / 1 600 DM jährlich.
11. September	Die Bundesregierung beschließt, daß die bisher betriebene Stabilitätspolitik erfolgreich gewesen sei, und kündigt ein Sonderprogramm zur lokalen und regionalen Abstützung der Beschäftigung an, mit dem die Fortführung der Stabilitätspolitik abgesichert werden soll.
18. September	Die Bundesregierung bringt den Entwurf für den Bundeshaushaltsplan 1975 ein und legt die mittelfristige Finanzplanung des Bundes bis 1978 vor. Für 1975 ist ein Ausgabenvolumen von 154 Mrd DM vorgesehen; gegenüber dem Haushaltssoll 1974 bedeutet dies eine Zunahme um 12,9 vH; bleiben die Auswirkungen des Familienlastenausgleichs und der Steuerreform außer Ansatz, so ergibt sich für 1975 ein Haushaltssoll von 147,5 Mrd DM, das um 8 vH über den Etat 1974 hinausgeht. Der Finanzplan sieht eine durchschnittliche jährliche Steigerung der Bundesausgaben um 8,9 vH bis 1978 vor. Der Anteil der investiven Ausgaben soll dabei von 16 1/2 vH in diesem Jahr auf knapp 13 vH 1978 absinken.
19. September	Die Bundesregierung erhält vom Bundestag Entlastung für das Haushaltsjahr 1970.
23. September	Der Konjunkturrat für die öffentliche Hand begrüßt die Absicht der Bundesregierung, ein von Bund, Ländern und Gemeinden gemeinsam zu tragendes Sonderprogramm zu verwirklichen. Dadurch werde die bisherige Grundlinie der Stabilitätspolitik nicht verlassen.
24. September	Der Finanzplanungsrat berät über die Finanzierung des von der Bundesregierung angekündigten Sonderprogramms sowie über die Beteiligung der Länder und Gemeinden an diesem Programm. Er empfiehlt, die erforderlichen Mittel im wesentlichen aus den Rücklagen zu finanzieren, die aus dem Investitionsteueraufkommen gebildet worden sind. An dem Programm, das einen Umfang von 950 Mio DM haben soll, werden sich der Bund mit 600 Mio DM und die Länder mit 350 Mio DM beteiligen.
25. September	Die Bundesregierung beschließt endgültig das Sonderprogramm zur regionalen und lokalen Abstützung der Beschäftigung mit einem Gesamtvolumen von 950 Mio DM.

Seit der Jahresmitte sahen sich die Gebietskörperschaften allerdings zu einem etwas zurückhaltenderen Ausgabengebaren veranlaßt. Ihre Einnahmenerwartungen hatten sich weiter verschlechtert. Ausgabenkürzungen hielten sie nunmehr für unumgänglich, da sie die Schwierigkeiten für zu groß hielten, die in den Budgets immer weiter aufklaffenden Deckungslücken durch eine verstärkte Kreditaufnahme am Kapitalmarkt zu schließen. So kündigte der Bund an, er werde 2 Mrd DM seines Haushaltssolls nicht ausschöpfen. Einige Länder, und wohl auch Gemeinden, setzten ebenfalls den Rotstift an. Hatten die Gebietskörperschaften in Zeiten reichlich fließender Steuereinnahmen die globalen Ausgabenansätze wegen des dringenden Bedarfs an öffentlichen Leistungen stets für unabweisbar erklärt, so hielten sie diese angesichts leerer Kassen für so unabweisbar nun doch wieder nicht.

Im Herbst zeigte sich jedoch mehr und mehr, daß die zu Jahresbeginn gegebenen Konjunkturhilfen nicht ausreichten, die Last der Anpassungsprozesse, vor allem in der Bauwirtschaft, zu mildern. Daher beschloß die Bundesregierung zusammen mit den Ländern, die Nachfrage im Bausektor durch ein weiteres Sonderprogramm mit einem Auftragsvolumen von 950 Mio DM zu stützen. Die hierzu erforderlichen Mittel, die zum größten Teil erst im kommenden Jahr aus den öffentlichen Kassen fließen werden, sollen wiederum den bei der Bundesbank stillgelegten Sondereinlagen der Gebietskörperschaften entnommen werden.

Ausgabenexpansion unter dem Druck der Personalkosten

202. Die Ausgaben aller Gebietskörperschaften, vermindert um die Zahlungen zwischen ihnen, betragen 1974 nach unseren Schätzungen 319 Mrd DM. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies eine Zunahme von 12½ vH (Tabelle 17). Bei unserer Rechnung gehen wir davon aus, daß es Bund, Ländern und Gemeinden nicht ganz gelungen ist, ihre Haushalte in angestrebtem Ausmaß zu kürzen; auch 1974 mußten sie außerplanmäßige und überplanmäßige Ausgaben leisten, wenngleich nicht in dem Umfang wie Ende 1973. Damals hatte allein der Bund einen unvorhersehbaren und unabweislichen Ausgabenbedarf von rund 4½ Mrd DM geltend gemacht; damit hatte er gerade soviel mehr ausgegeben, wie er das Jahr über im Haushaltsvollzug eingespart hatte. Ein weiteres Mal war es 1974 der Personalaufwand, der die Ausgabenexpansion in Gang hielt. Investitionen mußten dafür wiederum zurückstehen.

203. Die Chance, die Personalkosten nicht erneut ausufern zu lassen und damit auch für die private Wirtschaft ein Beispiel zu setzen, hatten die Gebietskörperschaften bereits zum Beginn des Jahres vertan: Nach kurzem Arbeitskampf gestanden sie den Beschäftigten im öffentlichen Dienst Tariferhöhungen zu, die ihre Haushalte insgesamt mit 11 Mrd DM belasteten. Ihren Personalbestand weiteten die Gebietskörperschaften 1974 um fast 3 vH aus. Dafür hatten sie 3 Mrd DM mehr auszugeben. Zusammengenommen bedeutet dies einen Anstieg der Personalausgaben um 15 vH.

Tabelle 17

Die Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Haushalte [1])

Art der Ausgaben bzw. Einnahmen	1972 [2])	1973 [2])	1974 [3])	1973 [2])	1974 [3])
	Mrd DM			Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH	
Eigenfinanzierte Ausgaben (ohne Schuldentilgung) [4]) [6])	253,2	283,6	319,2	+12,0	+12,6
Laufende Rechnung	192,8	218,7	248,4	+13,4	+13,6
davon:					
Personalausgaben	81,9	93,9	108,0	+14,7	+15,0
Sachaufwand [5])	40,9	45,1	51,1	+10,3	+13,3
Laufende Übertragungen [6])	61,2	69,3	76,6	+13,2	+10,5
Zinszahlungen	8,8	10,4	12,7	+18,2	+22,1
Kapitalrechnung	60,4	64,9	70,8	+ 7,5	+ 9,1
davon:					
Sachinvestitionen	39,0	41,6	45,5	+ 6,7	+ 9,4
Vermögensübertragungen	12,7	13,7	15,8	+ 7,9	+15,3
Gewährung von Darlehen, Beteiligungen	8,7	9,6	9,5	+10,3	— 1,0
Eigene Einnahmen (ohne Kreditmarkt- und Rücklagemittel) [4])	238,8	270,4	289,7	+13,2	+ 7,1
Laufende Rechnung	232,3	263,7	282,7	+13,5	+ 7,2
darunter: Steuern [7])	196,9	224,7	240,5	+14,1	+ 7,0
Kapitalrechnung	6,5	6,7	7,0	+ 3,1	+ 4,5
Saldo der durchlaufenden Mittel	− 0,2	+ 0,2	.	.	.
Nettofinanzierungssaldo	−14,6	−13,0	—29,5	.	.

[1]) Bund, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, Ötfa, Europäische Gemeinschaften, Länder und Gemeinden (Gv.).
[2]) Schätzung nach Teilergebnissen.
[3]) Eigene Schätzung.
[4]) Gesamtausgaben bzw. Gesamteinnahmen nach Abzug der Zahlungen von Gebietskörperschaften (Zuweisungen, Darlehen, Darlehensrückflüsse).
[5]) Einschließlich militärischer Beschaffungen und Anlagen.
[6]) Einschließlich gestundeter Zuschüsse an die Sozialversicherung (1972: 1,0 Mrd DM, 1973: 2,5 Mrd DM, 1974: 0,7 Mrd DM).
[7]) Ohne Konjunkturzuschlag zur Einkommen- und Körperschaftsteuer, Stabilitätszuschlag und Investitionsteuer.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen

204. Für eine Expansion der Investitionen blieb damit in den Haushalten nur wenig Raum. Nach unserer Schätzung gaben die Gebietskörperschaften 1974 für Investitionen insgesamt rund 9½ vH mehr aus als im Vorjahr, für Bauten, die mehr als drei Viertel der öffentlichen Investitionen ausmachen, rund 10 vH. Im Bereich des Hochbaus, in dem die öffentliche Hand rund zwei Drittel ihrer Mittel für Baumaßnahmen verwendet und in dem 1974 ein großer Nachfragemangel herrschte, wurden die Ausgaben etwas stärker ausgeweitet als im Tiefbau. Schaltet man die 1974 eingetretenen Preissteigerungen aus, so waren die Bauausgaben nur um 2½ vH höher als 1973.

Die laufende Inanspruchnahme der Produktionskapazitäten des Baugewerbes durch den Staat spiegelt dieses Bild allerdings nicht zutreffend wider: In der Regel werden bereits ausgeführte Bauleistungen erst später bezahlt; gerade 1974 dürften sich zudem die Zahlungsziele zuungunsten der Bauwirtschaft verändert haben. Die laufende Nachfrage des Staates nach Bauleistungen — gemessen am Auftragseingang in der Bauindustrie — stagniert dagegen seit Jahresbeginn 1974.

205. Auch 1974 hielt sich am ehesten der Bund mit seinen Ausgaben zurück. Der verabschiedete Haushaltsplan des Bundes sah Ausgaben in Höhe von 136,4 Mrd DM vor. Gegenüber dem Haushaltsvolumen 1973 bedeutet dies eine Steigerung um 12 vH. [1]) Allerdings ist zu berücksichtigen, daß sich der Bund diesmal von den Zuschüssen an die Sozialversicherungen lediglich 650 Mio DM stunden ließ. Im Jahr zuvor waren es hingegen 2,5 Mrd DM gewesen. Dem standen 1974 freilich Mehrausgaben für Zuweisungen in Höhe von 0,8 Mrd DM gegenüber, die der Bund der Vereinbarung über die neuen Umsatzsteueranteile gemäß an finanzschwache Länder gewährte, aber nicht in seinem Etat als Ausgabe auswies, sondern von seinen Steuereinnahmen absetzte. Unter Berücksichtigung all dessen beträgt die Zuwachsrate des Etats 11 vH.

Beim Haushaltsvollzug strebte der Bund an, deutlich hinter dem Ausgabensoll zurückzubleiben. Im Haushaltsplan war bereits eine globale Minderausgabe von 0,8 Mrd DM vorgesehen; aufgrund von Steuerausfällen glaubte der Bund, weitere 1,9 Mrd DM einsparen zu müssen, und zwar vorwiegend beim laufenden Sachaufwand. Ohne Abstriche an anderen Ausgaben, vor allem auch investiven, dürften so weitgehende Einsparungen wohl kaum gelungen sein. Zudem standen umfangreiche Mehrausgaben in Aussicht, unter anderem höhere Zuschüsse an die Bundesbahn als im Etat veranschlagt. In unserer Rechnung sind wir davon ausgegangen, daß die Bundesausgaben (unter Einschluß der gestundeten Zuschüsse an die Sozialversicherungen und der Zuweisungen in finanzschwache Länder) 136½ Mrd DM betrugen. Im Vergleich zum entsprechenden Haushaltsvolumen des Vorjahres sind das 10 vH mehr.

206. An der Spitze der Ausgabenexpansion standen auch 1974 wieder die Länder. Nach dem Tarifabschluß im öffentlichen Dienst konnte dies kaum anders sein. Der Mehrbedarf, mit dem dieser ihre Haushalte zusätzlich belastete, entsprach etwa dem, was sie von der Umsatzsteuerneuverteilung insgesamt an Mehreinnahmen erwarten konnten. Ihren Personalbestand haben die Länder 1974 erneut so stark erhöht wie in den beiden voausgegangenen Jahren. So stiegen ihre Personalausgaben insgesamt, die gut zwei Fünftel ihres Etatvolumens beanspruchen, nach unserer Schätzung um 16 vH. An anderer Stelle ihrer Haushalte haben die Länder kürzen müssen. Die Gesamtausgaben der Länder, so schätzen wir, erreichten 1974 einen Betrag von 133 Mrd DM. Damit waren sie um 14½ vH höher als ein Jahr zuvor.

207. Für den kommunalen Bereich ist eine Ausgabenschätzung nach wie vor mit großen Unsicherheiten behaftet. Gewisse Anhaltspunkte könnten 1974 zwar der erweiterten Statistik über die gesamten Einnahmen und Ausgaben aller Gemeinden entnommen werden; es fehlt jedoch noch an entsprechenden Vergleichswerten für die Vorjahresquartale. So läßt sich beispielsweise nur schwer abschätzen, wie die unerwarteten Einnahmenausfälle, insbesondere bei der Grundsteuer, ihr Ausgabenverhalten beeinflußt haben.

Kaum schwächer als bei den Ländern dürften bei den Gemeinden die Personalausgaben zugenommen haben. Die im Tarifvertrag vereinbarte Mindestanhebung von monatlich 170 DM je Arbeitnehmer bedeutete für sie eine stärkere prozentuale Erhöhung der Durchschnittsverdienste ihrer Beschäftigten als für die anderen Gebietskörperschaften. Auch andere Ausgaben im konsumtiven Bereich haben die Kommunen 1974 kräftig ausgeweitet, vor allem die Renten und Unterstützungen im Rahmen der Sozialhilfe, die um ein Fünftel aufgestockt wurden. Für Investitionen hingegen konnten die Gemeinden, die rund zwei Drittel aller Investitionen der Gebietskörperschaften ausführen, nur etwa 10 vH mehr ausgeben als 1973. Insgesamt haben wir in unserer Rechnung das kommunale Ausgabenvolumen auf 95½ Mrd DM veranschlagt. Die Vorjahresausgaben überschritt es damit um 13 vH.

Einnahmenerwartungen nicht erfüllt

208. Den Gebietskörperschaften floß 1974 weitaus weniger an Steuern zu, als sie sich vorgestellt hatten. Noch im Herbst 1973 glaubten sie, 1974 würden sie — das Aufkommen aus den Sondersteuern nicht gerechnet — Steuereinnahmen in Höhe von 253 Mrd DM erhalten, 12 vH mehr als ihnen für 1973 in Aussicht standen. Im März 1974, als viele Etats noch nicht verabschiedet waren, wies die neue offizielle Schät-

[1]) Einschließlich der seit 1974 im Etat des Bundes ausgewiesenen Ausgaben für den Fernstraßenbau und den Wasserstraßenbau im Rahmen der Deutschen Gesellschaft für öffentliche Arbeiten (Offa) sowie für die Krankenhausfinanzierung. Bei dieser Rechnung wurden dem Ausgabenvolumen 1973 die für diese Zwecke aufgewendeten Mittel hinzugefügt.

zung zwar Steuermindereinnahmen aus, jedoch nur 2½ Mrd DM; denn man glaubte, die verhaltenere Konjunkturentwicklung würde die Ergiebigkeit der Einnahmenquellen nur wenig beeinträchtigen. Dies hätte bedeutet, daß die Steuereinnahmen ein weiteres Mal deutlich stärker als das damals erwartete Bruttosozialprodukt zugenommen hätten; die volkswirtschaftliche Steuerquote wäre damit auf 24,7 vH gestiegen. Als zur Jahresmitte die Haushaltspläne dann verabschiedet waren, begannen die Gebietskörperschaften mit noch größeren Steuerausfällen zu rechnen. Im Juni kam die offizielle Steuerschätzung zu dem Ergebnis, das Aufkommen werde 1974 nur 247 Mrd DM betragen. Dem entsprach eine volkswirtschaftliche Steuerquote von 24,3 vH. Nach unseren Schätzungen haben Bund, Länder und Gemeinden 1974 240½ Mrd DM an Steuern eingenommen, 7 vH mehr als 1973 und 10 Mrd DM weniger als noch zu Jahresbeginn erwartet (Tabelle 18). Die volkswirtschaftliche Steuerquote blieb mit 24,2 vH gegenüber 1973 nahezu unverändert.

209. Zu Ausfällen kam es bei allen bedeutenden Einzelsteuern. Daß die Lohnsteuer 1974 mit rund 72 Mrd DM fast 2 Mrd DM weniger erbrachte, als noch im März geschätzt, ist vor allem auf die infolge des Beschäftigungsrückgangs schwächere Expansion des Arbeitnehmereinkommens zurückzuführen (Ziffer 139). Das Lohnsteueraufkommen weist mit 18 vH allerdings immer noch den stärksten Anstieg unter allen größeren Steuern auf. Die Einnahmen aus der Steuer auf veranlagtes Einkommen dürften mit knapp 26½ Mrd DM ebenfalls um 1½ Mrd DM hinter den Erwartungen zurückbleiben. Nachdem sie in den drei Jahren zuvor um insgesamt zwei Drittel gestiegen waren, erhöhten sie sich nun nicht mehr. Die laufenden Veranlagungsarbeiten, die hauptsächlich den Steuererklärungen für 1972 galten, führten zu niedrigeren Abschluß- und Nachzahlungen; damals waren nämlich die Vorauszahlungen bereits kräftig heraufgesetzt worden und entsprachen weitaus besser den tatsächlichen Einkommen als zuvor. Angesichts ihrer verschlechterten Ertragslage dürften sich 1974 viele Steuerpflichtige einer nochmaligen Erhöhung der Vorauszahlungen, die ihnen mit den Nachzahlungsbescheiden ins Haus stand, widersetzt haben oder geringere Vorauszahlungen durchgesetzt haben. Dies gilt noch mehr für viele Körperschaftsteuerpflichtige. Mit 10½ Mrd DM war das Körperschaftsteueraufkommen 1974 sogar niedriger als im Vorjahr; hinter dem im März geschätzten Betrag blieb es um eine Milliarde DM zurück.

In den Umsatzsteuereinnahmen schlug sich vor allem die unerwartet schwache Verbrauchskonjunktur nieder; überdies scheint der Anteil der Ausgaben für Dienstleistungen, die vielfach steuerbegünstigt sind, nochmals zugenommen zu haben. Andere steuerpflichtige Umsätze, etwa im Wohnungsbau oder im Bereich öffentlicher Investitionen, waren niedriger, als noch zum Jahresbeginn erhofft. Angesichts der angespannten Liquiditätslage dürften zudem erneut viele Steuerpflichtige mit ihren Zahlungen säumig geblieben sein. Nach unserer Schätzung flossen Bund und Ländern 1974 nur 51½ Mrd DM aus der Umsatzsteuer zu, gerade 4 vH mehr

Tabelle 18

Das Aufkommen der wichtigsten Einzelsteuern [1]

Steuerart	1972	1973	1974 [2]	1973	1974 [2]	1973	1974	
	Mrd DM			Veränderung in vH [3]		Mrd DM		Veränderung in vH [3]
	Jahr					Januar bis September		
Gesamtsteueraufkommen	197,0 a)	224,8 a) b)	240,5 b)	+14,1	+ 6,9	.	.	.
Lohnsteuer	49,8	61,3	72,2	+23,1	+17,9	42,1	49,2	+16,8
Veranlagte Einkommensteuer	23,1	26,5	26,3	+14,3	− 0,6	19,3	19,4	+ 0,6
Körperschaftsteuer	8,5	10,9	10,4	+28,2	− 4,5	7,8	7,5	− 4,4
Umsatzsteuer	34,2	34,9	33,0	+ 2,3	− 5,5	26,2	24,5	− 6,2
Einfuhrumsatzsteuer	12,8	14,6	18,5	+13,5	+27,0	10,7	13,4	+25,2
Mineralölsteuer	14,2	16,6	16,2	+16,6	− 2,3	10,9	10,6	− 2,8
						Januar bis Juni		
Gewerbesteuer [4]	14,8	17,8	19,0	+19,7	+ 6,9	8,2	8,9	+ 9,6

[1]) Kassenmäßige Einnahmen.
[2]) Eigene Schätzung.
[3]) Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum.
[4]) Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital.
a) Ohne Konjunkturzuschlag (1972: — 5,7 Mrd DM; 1973: — 0,1 Mrd DM).
b) Ohne Stabilitätszuschlag und Investitionsteuer (1973: 1,9 Mrd DM; 1974: 2,5 Mrd DM).

Quelle: Bundesministerium der Finanzen

als ein Jahr zuvor. Damit fielen die Einnahmen um 3½ Mrd DM niedriger aus, als man zu Jahresbeginn angenommen hatte.

210. Die Steuerausfälle trafen vor allem den Bund und die Länder. Besonders schwach stiegen die Steuereinnahmen des Bundes mit 4½ vH, die damit nur einen Betrag von 120 Mrd DM erreichen. Zum Teil ist dies freilich darauf zurückzuführen, daß der Bund seit Jahresbeginn weitere 2 Prozentpunkte seines Umsatzsteueranteils an die Länder abgetreten hat; 1974 entsprach dem 1 Mrd DM. Auch dadurch bedingt sprudelten die Steuerquellen für die Länder reichlicher; mit 83½ Mrd DM nahmen sie 9 vH mehr an Steuern ein als 1973. Obwohl auch die Gemeinden Steuerausfälle hinnehmen mußten, hatten sie am wenigsten Anlaß, über leere Kassen zu klagen. Immerhin erhöhte sich ihr Aufkommen — so schätzen wir — um 10½ vH auf 33 Mrd DM. Vor allem profitierten die Gemeinden davon, daß die Gewerbesteuereinnahmen — anders als die Erträge anderer Veranlagungsteuern — dem konjunkturellen Abschwung bislang nicht folgten.

211. Die konjunkturpolitischen Sondersteuern erbrachten 1974 2½ Mrd DM. Im Aufkommen des Stabilitätszuschlags spiegeln sich die Ausfälle bei den Steuern vom Einkommen wider; mit knapp 2 Mrd DM gingen weit weniger ein, als im Herbst 1973 vorauszusehen war. Kaum mehr als ½ Mrd DM erreichten die Einnahmen aus der Investitionsteuer nach der vorzeitigen Aufhebung kurz vor Jahresbeginn 1974. Bis dahin dürften allerdings seit Mitte Mai 1973 in einem Betrag von etwa 40 Mrd DM Aufträge für Ausrüstungsgüter vergeben und Anträge auf Genehmigung gewerblicher Bauten gestellt worden sein. Somit war eigentlich mit einem Investitionsteueraufkommen von 4½ Mrd DM zu rechnen, das zum überwiegenden Teil 1974 in die öffentlichen Kassen hätte fließen müssen. Insgesamt kam davon — zusammen mit den Einnahmen des Jahres 1973 — nicht einmal ein Viertel auf. Dazu trug bei, daß sich die Finanzbehörden offenbar in sehr vielen Fällen zu einer weitherzigen Interpretation des steuerlichen Gestaltungsprivilegs bereitfanden — etwa dann, wenn frühere Aufträge storniert und später neu vergeben wurden. Dabei erwies sich die Investitionsteuer nicht allein als eine Maßnahme zur Eindämmung überbordender Investitionsneigung, sondern auch als ein Prüfstein für Findigkeit im Umgang mit dem Steuerrecht.

Konjunkturelle Impulse: Nur bedingt konjunkturstützend

212. Um die konjunkturellen Impulse abschätzen zu können, die 1974 von den Haushalten der Gebietskörperschaften ausgingen, bedarf es zunächst eines Vergleichs des tatsächlichen mit dem konjunkturneutralen Haushaltsvolumen oder, die gleiche Sache anders betrachtet, des tatsächlichen mit dem konjunkturneutralen Finanzierungssaldo.

Wir halten ein Haushaltsvolumen für konjunkturneutral, wenn es, an den Ansprüchen gemessen, die der Staat mit seinen Ausgaben an das Produktionspotential erhebt, keine Abweichungen der Auslastung des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials von dem bewirkt, was mittelfristig als normal anzusehen ist. Dies ist dann der Fall, wenn der Staat für sich genommen die gesamtwirtschaftlichen Angebotsmöglichkeiten mit seinen Ausgaben in einem Ausmaß in Anspruch nimmt, an das die Wirtschaft angepaßt ist oder an das sie durch veränderte Einnahmenregelungen angepaßt wird. Weicht der Staat von diesem Kurs ab, indem er etwa den Umfang seiner Ansprüche an das Produktionspotential erhöht, ohne zugleich die Ansprüche der Privaten entsprechend zurückzudrängen, so rechnen wir ihm in diesem Umfang konjunkturelle Impulse zu. Zugleich sind die strukturellen Wirkungen stabilitätspolitisch zu würdigen, die der Staat durch seine Ausgaben und seine Einnahmenregelungen hervorruft (Ziffern 400 ff.).

213. Konjunkturneutral in diesem Sinne waren 1974 Ausgaben in Höhe von 310 Mrd DM (Tabelle 19 Zeile 8). In diesem Betrage ist berücksichtigt, daß sich die volkswirtschaftliche Steuerquote geändert hat (Tabelle 19 Zeile 7), und weiter, daß auch eine konjunkturneutrale Finanzpolitik einen Anstieg des gesamtwirtschaftlichen Preisniveaus, der nur unter Inkaufnahme unzumutbarer Beschäftigungsrisiken zu vermeiden gewesen wäre, in Rechnung zu stellen hat; für diese sogenannte konjunkturneutrale Erhöhung des Preisniveaus, gemessen am Preisindex des Bruttosozialprodukts, haben wir für 1974 eine Rate von 5 vH angesetzt. Gegenüber den tatsächlichen Staatsausgaben des Vorjahres wäre demnach eine Ausweitung der öffentlichen Haushalte um etwa gut 9 vH konjunkturneutral gewesen. Tatsächlich stiegen die Ausgaben der Gebietskörperschaften um 12½ vH auf 319 Mrd DM. Die Differenz, dem Betrage nach sind es 9½ Mrd DM, steht für die konjunkturellen Impulse, die von den öffentlichen Haushalten 1974 ausgingen.

214. Auch 1974 war die Öffentlichkeit beunruhigt darüber, daß sich die Defizite in den öffentlichen Haushalten erneut kräftig ausweiteten. Nach unserer Rechnung erreichte der tatsächliche Finanzierungssaldo 1974 einen Betrag von 29½ Mrd DM; das sind 16½ Mrd DM mehr als 1973. Auch dieses Defizit ist nur vor dem Hintergrund konjunkturneutraler Bezugsgrößen zu beurteilen. Denn nur dem Teil des Finanzierungssaldos ist konjunkturelle Bedeutung beizumessen, der über den konjunkturneutralen Wert hinausgeht.

Zunächst ist davon auszugehen, daß die Kreditmärkte darauf eingestellt sind, daß der Staat laufend einen bestimmten Teil anlagebereiter Mittel durch seine Kreditaufnahme beansprucht. Für diesen Teil der konjunkturneutralen Kreditaufnahme haben wir für 1974 einen Betrag von 14½ Mrd DM angesetzt (Tabelle 20 Zeile a). Dabei folgen wir der Vorstellung, daß ein mittelfristig konstanter Anteil des Produktionspotentials durch kreditfinanzierte

Tabelle 19

Die Haushalte der Gebietskörperschaften in konjunktureller Sicht [1])

Mrd DM

	1966	1967	1968	1969	1970	1971	1972	1973 [2])	1974 [3])
(1) Produktionspotential in jeweiligen Preisen [4])	509,7	533,7	560,2	607,5	687,1	777,3	863,6	955,6	1 055,6
(2) Produktionspotential bei „konjunkturneutraler" Erhöhung des Preisniveaus des Bruttosozialprodukts im jeweiligen Jahr [5])	509,7	538,2	562,6	601,6	664,0	745,8	837,8	938,6	1 040,7
(3) Staatsausgaben bei gleicher Staatsquote wie im Basisjahr 1966	145,8	153,9	160,9	172,1	189,9	213,3	239,6	268,4	297,6
(4) Bruttosozialprodukt bei Normalauslastung des Produktionspotentials [6])	496,1	523,9	547,6	585,5	646,2	725,9	815,4	913,5	1 012,9
(5) Vollbeschäftigungssteuereinnahmen bei gleicher Steuerquote wie im Basisjahr 1966	114,0	120,3	125,8	134,5	148,4	166,7	187,3	209,8	232,7
(6) Vollbeschäftigungssteuereinnahmen bei gleicher Steuerquote wie im jeweiligen Jahr [7])	114,0	121,5	123,7	140,9	145,0	164,1	192,4	220,6	244,8
(6a) nachrichtlich: Einnahmen aus konjunkturpolitischen Sondersteuern	—	—	—	—	+ 2,3	+ 3,6	— 5,7	+ 1,8	+ 2,5
(7) Mehreinnahmen aufgrund erhöhter Steuerquote (6) ./. (5)	—	+ 1,2	— 2,1	+ 6,4	— 3,4	— 2,7	+ 5,1	+10,7	+12,2
(8) Konjunkturneutrales Haushaltsvolumen (3) + (7)	145,8	155,1	158,8	178,4	186,5	210,6	244,7	279,1	309,8
(9) Tatsächliche Staatsausgaben [8])	145,8	155,3	158,8	174,3	196,3	226,8	253,2	283,6	319,2
(10) Konjunktureller Impuls [9]) (9) ./. (8)	—	+ 0,1	— 0,1	— 4,1	+ 9,8	+16,1	+ 8,5	+ 4,5	+ 9,4
(10a) nachrichtlich: Konjunktureller Impuls unter Einrechnung der konjunkturpolitischen Sondersteuern (10) ./. (6a)	—	+ 0,1	— 0,1	— 4,1	+ 7,5	+12,5	+14,1	+ 2,7	+ 6,9
(11) Ex post: Abweichungen der realisierten Staatsquote von der konjunkturneutralen [10])	—	+ 1,4	+ 0,6	— 5,8	+ 3,3	+ 7,2	+ 0,9	— 0,6	+ 5,0
(12) Veränderung des konjunkturneutralen Impulses gegenüber dem jeweiligen Vorjahr	—	+ 0,1	+ 0,2	— 4,0	+13,9	+ 6,3	— 7,7	— 3,9	+ 4,9

[1]) Bund, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, Öffa, Europäische Gemeinschaften, Länder und Gemeinden (Gv.).
[2]) Schätzung nach Teilergebnissen.
[3]) Eigene Schätzung.
[4]) Produktionspotential in Preisen von 1962, inflationiert mit dem Preisindex des Bruttosozialprodukts.
[5]) Produktionspotential in Preisen von 1962, inflationiert mit dem Preisindex des Bruttosozialprodukts im jeweiligen Vorjahr und der „konjunkturneutralen" Erhöhung des Preisniveaus im jeweiligen Jahr.
[6]) Zur Definition siehe Anhang V.
[7]) Anstelle der in früheren Gutachten verwendeten tatsächlichen Steuereinnahmen (siehe dazu JG 73 Ziffer 213). Zur Schätzung dieser Größe siehe Anhang V.
[8]) Eigenfinanzierte Ausgaben.
[9]) Expansiv: +; kontraktiv: —.
[10]) Gleichbedeutend mit dem konjunkturellen Impuls auf der Basis der tatsächlichen Preissteigerungen (siehe Anhang V).

noch Tabelle 19

	1966	1967	1968	1969	1970	1971	1972	1973 [2])	1974 [3])
Zum Vorjahresvergleich					vH				
Steigerungsrate									
(a) der tatsächlichen Staatsausgaben (9) gegenüber dem jeweiligen Vorjahr ..	+ 4,8	+ 6,5	+ 2,3	+ 9,8	+12,6	+15,5	+11,6	+12,0	+12,6
(b) des konjunkturneutralen Haushaltsvolumens (8) gegenüber den tatsächlichen Staatsausgaben im jeweiligen Vorjahr (9)	—	+ 6,4	+ 2,3	+12,4	+ 7,0	+ 7,3	+ 7,9	+10,2	+ 9,2
Bestimmungsfaktoren von (b) [11])									
(c) Wachstumsrate des Produktionspotentials in Preisen von 1962	—	+ 3,5	+ 3,3	+ 4,8	+ 5,6	+ 4,9	+ 4,9	+ 4,5	+ 3,7
(d) „Konjunkturneutrale" Erhöhung des Preisniveaus des Bruttosozialprodukts .	—	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,5	+ 3,5	+ 3,5	+ 3,0	+ 4,0	+ 5,0
(e) Veränderung des Ausgabenspielraums durch Abweichung der Steuerquote (13) von der des jeweiligen Vorjahres	—	+ 0,8	— 2,2	+ 5,4	— 6,0	+ 0,6	+ 3,5	+ 2,0	+ 0,1
(f) Basiskorrektur: Veränderung des Ausgabenspielraums durch Abweichung der realisierten Staatsquote (17) von der konjunkturneutralen (14) im jeweiligen Vorjahr [12])	—	—	— 0,9	— 0,4	+ 3,4	— 1,6	— 3,3	— 0,4	+ 0,2
(13) Volkswirtschaftliche Steuerquote: $\frac{(6)}{(4)} \cdot 100$	23,0	23,2	22,6	24,1	22,4	22,6	23,6	24,2	24,2
(14) Konjunkturneutrale Staatsquote: $\frac{(8)}{(2)} \cdot 100$	28,6	28,8	28,2	29,7	28,1	28,2	29,2	29,7	29,8
(15) Beanspruchte Staatsquote: $\frac{(9)}{(2)} \cdot 100$	28,6	28,8	28,2	29,0	29,6	30,4	30,2	30,2	30,7
(16) Konjunktureller Impuls, bezogen auf das Produktionspotential in (2) (15) ./. (14)	—	+ 0,0	+ 0,0	— 0,7	+ 1,5	+ 2,2	+ 1,0	+ 0,5	+ 0,9
(17) Realisierte Staatsquote: $\frac{(9)}{(1)} \cdot 100$	28,6	29,1	28,3	28,7	28,6	29,2	29,3	29,7	30,2

[11]) (b) ergibt sich als Zusammenfassung der Komponenten (c) bis (f). Wegen der überwiegend multiplikativen Verknüpfung der Komponenten ist (b) nicht genau gleich der Summe aus (c) bis (f) (siehe hierzu Anhang V).

[12]) Dies entspricht den Komponenten (f) und (g) in Tabelle 18 des JG 71, die aus Vereinfachungsgründen zusammengefaßt worden sind.

Staatsausgaben konjunkturneutral in Anspruch genommen werden kann (potentialorientierte Kreditaufnahme). [1]) Schränken darüber hinaus die Privaten, etwa in einem konjunkturellen Abschwung, ihre Ausgaben ein und zahlen deshalb weniger Steuern, dann gehen von einer zusätzlichen Kreditaufnahme des Staates, die nur an die Stelle konjunkturell bedingter Einnahmenausfälle tritt, ebenfalls keine kontraktiven Impulse aus (Ziffer 413). Im Jahre 1974 hatten die Gebietskörperschaften derartige Einnahmenausfälle in Höhe von 7½ Mrd DM durch Kredite auszugleichen (Tabelle 20 Zeile b). Umgekehrt vermindert sich die konjunkturneutrale Kreditaufnahme um jene Steuermehreinnahmen, die den Gebietskörperschaften inflationsbedingt zufließen, soweit der Anstieg des Preisniveaus über das konjunkturneutrale Maß hinausgeht. Diesen Teil der inflationsbedingten Steuermehreinnahmen veranschlagen wir für 1974 auf 3½ Mrd DM (Tabelle 20 Zeile c). Einschließlich eines Korrekturpostens, der

[1]) In früheren Gutachten hatten wir bei dieser Komponente des Finanzierungssaldos weiter unterschieden zwischen der sogenannten konjunkturneutralen längerfristigen Kreditaufnahme und einem Beitrag zur Deckung auslastungs- und inflationsbedingter Schwankungen dieser Komponente. Diese Unterscheidung, mit der eine konjunkturneutrale Fristenstruktur der Staatsverschuldung aufgezeigt werden sollte, geben wir, was die Darstellung des konjunkturneutralen Finanzierungssaldos anlangt, auf. Nach wie vor halten wir jedoch daran fest, daß auslastungs- und inflationsbedingte Einnahmenschwankungen in der Regel durch eine entsprechend schwankende kurzfristige Staatsverschuldung auszugleichen wäre.

dem Ausgleich von auslastungs- und inflationsbedingten Schwankungen der sonstigen Einnahmen dient (Tabelle 20 Zeile d), konnte der Staat also 1974 Ausgaben in Höhe von 20 Mrd DM durch Kredite finanzieren, ohne daß damit konjunkturelle Impulse verbunden waren. Diese Summe entspricht dem in Tabelle 20 Zeile a)—d) ausgewiesenen konjunkturneutralen Finanzierungssaldo; vom tatsächlichen Defizit in den Haushalten der Gebietskörperschaften weicht er um 9½ Mrd DM ab. Diese Differenz gibt somit den konjunkturell bedeutsamen Teil der staatlichen Kreditaufnahme an. Sie stimmt überein mit dem Unterschied zwischen tatsächlichem und konjunkturneutralem Haushaltsvolumen, wie er in Tabelle 19 hergeleitet ist (Zeile 10: Konjunktureller Impuls).

215. Bei der Ermittlung der konjunkturellen Impulse der Haushalte der Gebietskörperschaften ist zu fragen, ob die konjunkturpolitischen Sondersteuern dauerhaften Steuererhöhungen vergleichbar sind, also dem Staat Raum für zusätzliche Ansprüche an das Produktionspotential schaffen. Dies kann, was die Investitionsteuer anlangt, nicht der Fall sein, da sie Ende 1973 aufgehoben wurde und somit den Unternehmen keinen Anlaß mehr gab, Investitionsvorhaben zu vertagen (JG 73 Ziffer 214). Dem Stabilitätszuschlag dürften sich die Privaten — anders als bei einer dauerhaften Erhöhung der Einkommensteuer — größtenteils weniger mit ihren Ausgaben, als vielmehr mit ihren Ersparnissen angepaßt haben (Ziffer 419). Dem Betrage nach geht es dabei um 2 Mrd DM. Je nach dem, inwieweit man

Tabelle 20

Finanzierungssaldo und konjunktureller Impuls der öffentlichen Haushalte

Mrd DM

	1966	1967	1968	1969	1970	1971	1972	1973	1974
I. Konjunkturneutrale Komponenten des Finanzierungssaldos									
(a) Potentialorientierte Kreditaufnahme [1]	−7,2	− 7,7	−8,0	−8,5	−9,4	−10,6	−11,9	−13,3	−14,7
(b) Auslastungsbedingte Steuermehreinnahmen bzw. -mindereinnahmen [2]	−1,2	− 5,6	−1,2	+3,3	+3,7	+ 1,2	− 1,4	+ 0,1	− 7,7
(c) Inflationsbedingte Steuermehreinnahmen [3]	—	− 1,0	−0,5	+1,4	+5,2	+ 7,0	+ 5,9	+ 4,0	+ 3,4
(d) Änderungen im Deckungsbeitrag der „Sonstigen Einnahmen" [4]	—	+ 0,6	+1,9	+2,2	+2,0	+ 2,9	+ 1,2	+ 0,6	− 1,0
I. (a) bis (d) Konjunkturneutraler Finanzierungssaldo [5] (= Finanzierungssaldo des konjunkturneutralen Haushalts)	−8,5	−13,6	−7,7	−1,6	+1,5	+ 0,5	— 6,1	− 8,5	−20,1
II. Tatsächlicher Finanzierungssaldo	−8,5	−13,7	−7,8	+2,5	−8,3	−15,6	−14,6	−13,0	−29,5
I. ⁄ II. Konjunktureller Impuls der öffentlichen Haushalte (expansiv: +; kontraktiv: −)	—	+ 0,1	−0,1	−4,1	+ 9,8	+16,1	+ 8,5	+ 4,5	+ 9,4

[1] Errechnet aus dem Finanzierungssaldo des Basisjahres, abzüglich auslastungsbedingter Steuermindereinnahmen 1966, und mit dem Anstieg des Produktionspotentials zu konjunkturneutralen Preisen fortgeschrieben. Die Größe (a) stellt eine Zusammenfassung der in Tabelle 23 des JG 73 ausgewiesenen konjunkturneutralen längerfristigen Kreditaufnahme und der Änderungen im Deckungsbeitrag dieser Komponente dar. Methodische Erläuterungen siehe Anhang V.

[2] Errechnet als der Teil der (konjunkturneutralen) Steuereinnahmen, der — bei einer gegenüber dem Basisjahr 1966 unveränderten volkswirtschaftlichen Steuerquote — einer Abweichung der jeweiligen Auslastung des Produktionspotentials vom mittleren Auslastungsgrad (97½ vH) zuzurechnen ist. Nicht enthalten Mehr- oder Mindereinnahmen aufgrund einer auslastungsbedingten Veränderung der Steuerquote.

[3] Errechnet als der Teil der (konjunkturneutralen) Steuereinnahmen, der — bei einer gegenüber dem Basisjahr 1966 unveränderten volkswirtschaftlichen Steuerquote — einem Anstieg des Preisniveaus zuzurechnen ist, insoweit dieser über die „konjunkturneutrale" Steigerungsrate hinausgeht (bzw. hinter ihr zurückbleibt). Nicht enthalten Mehreinnahmen aufgrund einer inflationsbedingten Erhöhung der Steuerquote.

[4] Errechnet als Abweichung der tatsächlichen „Sonstigen Einnahmen" und dem Betrag, der zur Deckung eines gegenüber dem Basisjahr 1966 unveränderten Anteils der konjunkturneutralen Staatsausgaben erforderlich gewesen wäre.

[5] Abweichung in der Summe durch Runden der Zahlen.

diese Steuereinnahmen ähnlich beurteilt wie dauerhaft erhobene Steuern oder nicht, sind die expansiven Impulse der öffentlichen Haushalte um bis zu 2 Mrd DM niedriger zu veranschlagen.

216. Mit ihren Haushalten haben die Gebeitskörperschaften 1974 also in einem Ausmaß expansiv gewirkt, für das ein Betrag von bis zu 9½ Mrd DM steht. Auf den ersten Blick erscheint dieses Verhalten angesichts des Beschäftigungsrückgangs als konjunkturgerecht.

Als Bund, Länder und Gemeinden ihre Haushalte planten, mußten die vorgesehenen Ausgaben jedoch als Gefährdung des Stabilisierungsziels gelten. Von ihren inflatorisch angelegten Ausgabenvorhaben ließen die Gebietskörperschaften auch nicht ab, als deutlich wurde, daß die Geldpolitik die Zufuhr von Zentralbankgeld weiterhin knapp halten würde. Expansive Ausgabenpläne durchsetzen, hieß aber unter Umständen zu der ohnehin beklagten zu starken Abschwächung der privaten Investitionen beitragen. Sollten keine Abstriche vom Stabilisierungsziel gemacht werden, das sich die Geldpolitik gesetzt hatte, mußte die monetäre Restriktion die Privaten um so härter treffen, je weniger sich die Gebietskörperschaften zu einer Revision von Ausgabenplänen beteiligten. Da sie sich zur Finanzierung expansiver Ausgaben über ihre konjunkturneutrale Kreditaufnahme hinaus verschuldeten, wurden für Unternehmen und private Haushalte Finanzierungsmittel noch knapper, so daß diese noch mehr Ausgaben, namentlich für Investitionen, vertagen oder aufgeben mußten.

217. Von den in der Anlage im ganzen expansiven Haushalten der Gebietskörperschaften gingen 1974 angesichts der monetären Restriktion auch kontraktive Wirkungen auf die Beschäftigung und expansive Effekte auf das Preisniveau aus, und zwar wegen des Tarifabschlusses im öffentlichen Dienst, der die Personalausgaben besonders stark steigen ließ und die öffentlichen Investitionen erneut ins zweite Glied drängte. Soweit nämlich der Staat als Arbeitgeber bei den Tarifverhandlungen stabilitätswidrigen Lohnansprüchen nachgab, hat er mit dazu beigetragen, daß sich das Kostenniveau auch in den übrigen Bereichen kräftig erhöhte; denn den Arbeitnehmern in der privaten Wirtschaft konnte nicht mehr verwehrt werden, was der Staat seinen Bediensteten als erster gewährt hatte. Die erhebliche Verteuerung der Arbeitsleistung brauchte die Staatsbediensteten nicht zu beunruhigen; vor Beschäftigungsrisiken sind sie weitgehend geschützt. Da die Geldversorgung weiterhin knapp blieb, mußte diese Verteuerung allerdings das Arbeitsplatzrisiko für die Beschäftigten im privaten Bereich vergrößern.

218. Konjunkturgerecht hingegen war, jene Bereiche mit gezielten Hilfen zu unterstützen, die, wie vor allem die Bauwirtschaft, von der restriktiven Geldpolitik am härtesten betroffen waren. Für diese Zwecke gaben Bund, Länder und Gemeinden knapp 2 Mrd DM aus. Diese Maßnahmen hielten die Geldpolitik von Bedenken frei, den eingeschlagenen Weg weiterzugehen. Schließt man die Wirkungskette allerdings kurz, so traten die Gebietskörperschaften mit ihren Sonderprogrammen zum Teil nur dem Beschäftigungsrückgang entgegen, den sie durch Ausgaben Anfang des Jahres mitverursacht hatten.

VIII. Mittelfristige Aspekte des Stabilisierungsprozesses

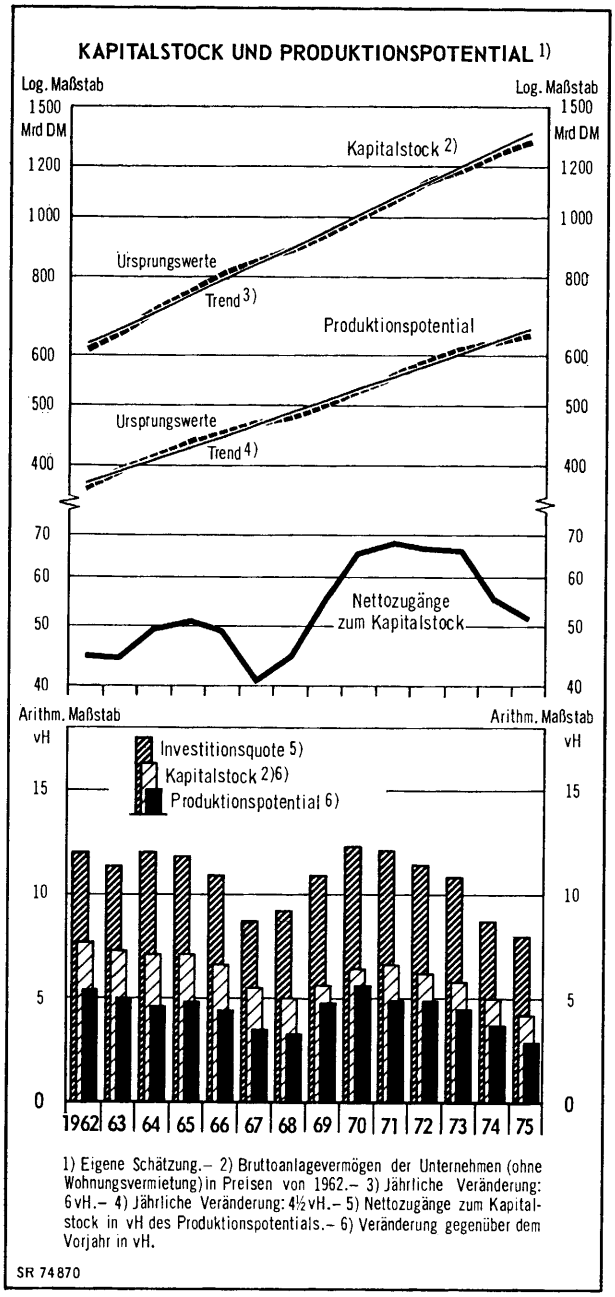
219. Die Wirtschaftspolitik konnte, indem sie die Finanzierungsspielräume eng hielt und damit die gesamtwirtschaftliche Ausgabenexpansion begrenzte, zwar die Voraussetzungen für mehr Preisstabilität schaffen; sie konnte jedoch nicht gewährleisten, daß sich dies sofort und allein in einer Abnahme der Inflationsraten niederschlug. Daß sich viele noch gegen ein stabilitätsgerechtes Verhalten wehrten, mußte mit einer Unterauslastung des Produktionspotentials bezahlt werden. Je länger und je mehr die Anpassungslast vor allem auf die Gewinne der Unternehmen und damit auf deren Investitionsneigung drückt, desto größer werden die Risiken, daß es außer zur Arbeitslosigkeit auch zu Wachtumseinbußen kommt. Wird zudem die Anpassungslast wegen der unterschiedlichen Reagibilität der Nachfrage ungleichmäßig auf die verschiedenen Branchen verteilt und differenziert sich in der Folge deren Investitionsneigung, dann ändert sich auch die künftige Wirtschaftsstruktur. Möglicherweise werden dabei Verzerrungen in der Wirtschaftsstruktur beseitigt und dadurch die Wachstumseinbußen gemindert; es kann aber auch zu Überreaktionen der Unternehmen und dadurch zu zusätzlichen Wachstumseinbußen kommen. Zu dem Konflikt mit dem Ziel der Vollbeschäftigung tritt dann der Konflikt mit dem Wachstumsziel. So zeigt sich, wie ein fortgesetztes inflatorisches Tun schließlich Beschäftigung und Wachstum beeinflußt.

Verlangsamtes Potentialwachstum

220. Für das Wachstum des Produktionspotentials ist, neben anderen Faktoren, vor allem der Umfang der Investitionen bestimmend. Soweit diese nicht dem Ersatz von ausscheidenden Anlagen dienen, vergrößern sie die Ausstattung der Volkswirtschaft mit Sachkapital und ermöglichen so, künftig mehr Güter zu erstellen. Auf kurze Sicht sind dabei in erster Linie die Anlageinvestitionen der Unternehmen bedeutsam.

221. Die Nettozugänge zum Kapitalstock der Unternehmen sind seit 1971 zurückgegangen (Schaubild 31). Dies war zunächst nicht verwunderlich; nach dem Investitionsboom der Jahre 1969 und 1970 war eine Normalisierung zu erwarten. Ungewöhnlich war jedoch, daß der Rückgang im Aufschwungsjahr 1973 anhielt; damals wurde, um die Inflation nicht noch weiter anzuheizen, der aufkeimende Investitionsboom von der Wirtschaftspolitik frühzeitig ge-

Schaubild 31



kappt. Im Jahre 1974 sank die Investitionstätigkeit; über den Ersatz von ausscheidenden Anlagen hinaus dürften die Unternehmen ein Sechstel weniger an Ausrüstungen und Bauten in Betrieb genommen haben als im Vorjahr. Gemessen am Produktionspotential wandte die Volkswirtschaft nur 8½ vH ihrer Ressourcen für die Erweiterung des Kapitalstocks auf, ebenso wenig wie im Rezessionsjahr 1967.

Der Kapitalstock, der im Durchschnitt der letzten 12 Jahre um 6 vH gewachsen ist, war somit 1974 nur noch um 5 vH höher als im Vorjahr. Da die Investitionen dieses Jahres zum Teil erst 1975 kapazitätswirksam werden und da anders als 1967 eine Belebung der Investitionsneigung noch nicht in Sicht ist, dürfte sich das Wachstum des Kapitalstocks 1974 auf 4½ vH verlangsamen.

222. Außer dem quantitativen Wachstum des Kapitalstocks entscheiden über die mögliche Produktion von Gütern und Dienstleistungen noch eine Reihe anderer Faktoren, die nur dem Grade nach zu beeinflussen sind, so die Zusammensetzung des Kapitalstocks, der technische Fortschritt, die Infrastruktur, die Verfügbarkeit von Energie und Rohstoffen, vor allem aber Anzahl, Ausbildung und Mobilität der vorhandenen Arbeitskräfte. Der Einfluß dieser Faktoren schlägt sich in der Entwicklung der sogenannten potentiellen Kapitalproduktivität nieder, die darüber Auskunft gibt, welche Produktion mit dem vorhandenen Kapitalstock möglich ist. Bei knappem Arbeitskräfteangebot führt ein zusätzlicher Kapitaleinsatz nur insoweit zu neuen Produktionskapazitäten, wie die reichlichere Ausstattung mit Kapital den Arbeitseinsatz ergiebiger macht. Nimmt die Ergiebigkeit der Arbeit weniger zu als die Kapitalausstattung je Arbeitskraft, so bleibt die Zunahme der möglichen Produktion hinter der Zunahme des Kapitalstocks zurück, die Kapitalproduktivität sinkt also. Dies ist seit 1960 der Fall. Allerdings läßt sich die Entwicklung der potentiellen Kapitalproduktivität empirisch nicht beobachten, sondern nur als Trend aus den tatsächlichen Werten der Kapitalproduktivität, die von Zufalls- und Auslastungsschwankungen verzerrt sind, berechnen (Anhang V). Die Abnahmerate dieses Trends betrug von 1960 bis 1968 rund 2 vH jährlich. Danach verringerte sich die Kapitalproduktivität weniger stark. Denn mit dem Zustrom von ausländischen Arbeitnehmern minderte sich der Zwang zu kapitalintensiver Produktion. Außerdem wurde ein produktiverer Einsatz der Arbeitskräfte möglich, da die Ausländer vorzugsweise an Orte mit hoher Produktivität gelangten und somit fehlende Mobilität der Inländer ausglichen. Gegenwärtig dürfte die potentielle Kapitalproduktivität jährlich um 1 vH bis 1½ vH abnehmen. Damit ergibt sich für das Jahr 1974 bei einer Zunahme des Kapitalstocks von 5 vH ein Potentialwachstum von 3½ vH. Im nächsten Jahr dürfte es sich weiter auf 3 vH abschwächen und bereits wesentlich unter dem Durchschnitt von 4½ vH in den Jahren 1962 bis 1973 liegen. Soll sich das Wachstum danach nicht noch weiter verlangsamen, so müssen, bei gleichbleibender Abnahme der Kapitalproduktivität, die Nettozugänge zum Kapitalstock mittelfristig um 4½ vH, die Bruttoinvestitionen sogar um 5½ vH zunehmen.

Je mehr im übrigen Verknappung von Energie und umweltschonende Produktion zusätzliche Ressourcen binden und damit zum Sinken der Kapitalproduktivität beitragen, um so dringender sind die Wachstumschancen auf den technischen Fortschritt und die Mobilität der Produktionsfaktoren oder auf noch größere Zugänge zum Kapitalstock angewiesen.

223. Bleibt das Potentialwachstum so niedrig oder schwächt es sich noch weiter ab, so muß das, was künftig von Jahr zu Jahr an Einkommen zusätzlich

verteilt werden kann, niedriger als bisher veranschlagt werden. Dies zeigt sich zwar nicht schon im nächsten Jahr, da wegen der Unterauslastung der Kapazitäten zunächst noch eine über das Potentialwachstum hinausgehende Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Produktion und der Realeinkommen möglich ist; auf mittlere Sicht ist es jedoch unausweichlich.

Überdies wäre nicht sicher, daß für das Arbeitskräftepotential, das sich durch das Eintreten geburtenstarker Jahrgänge in das Berufsleben vergrößern wird, genügend Arbeitsplätze verfügbar sein werden, zumal wenn die Unternehmen bei anhaltendem Lohnkostendruck verstärkt mit der Absicht investieren, Arbeitskräfte einzusparen.

224. Die beginnende Rückgewinnung der Stabilität bringt jedoch schon Vorteile für das künftige Wirtschaftswachstum. Die Unternehmen, deren Rentabilität bislang wegen der fortschreitenden Inflation noch gesichert schien, werden veranlaßt, verstärkt Produktivitätsreserven aufzuspüren und ihre Investitionen dorthin zu verlagern, wo eine produktivere Nutzung der volkswirtschaftlichen Ressourcen möglich ist. Bei wirksamer außenwirtschaftlicher Absicherung könnte zudem ein Teil jener Investitionen der inländischen Güterversorgung dienen, der früher in der Exportindustrie vorgenommen wurde, um die während der Unterbewertung der D-Mark entstandenen Wettbewerbsvorteile zu nutzen. Damit der notwendige Strukturwandel in Gang kommt und die Unternehmen die Investitionsstruktur auf die künftigen Produktionsmöglichkeiten einstellen, mag die Investitionspause, zu der die Restriktionspolitik zwang, sogar hilfreich sein.

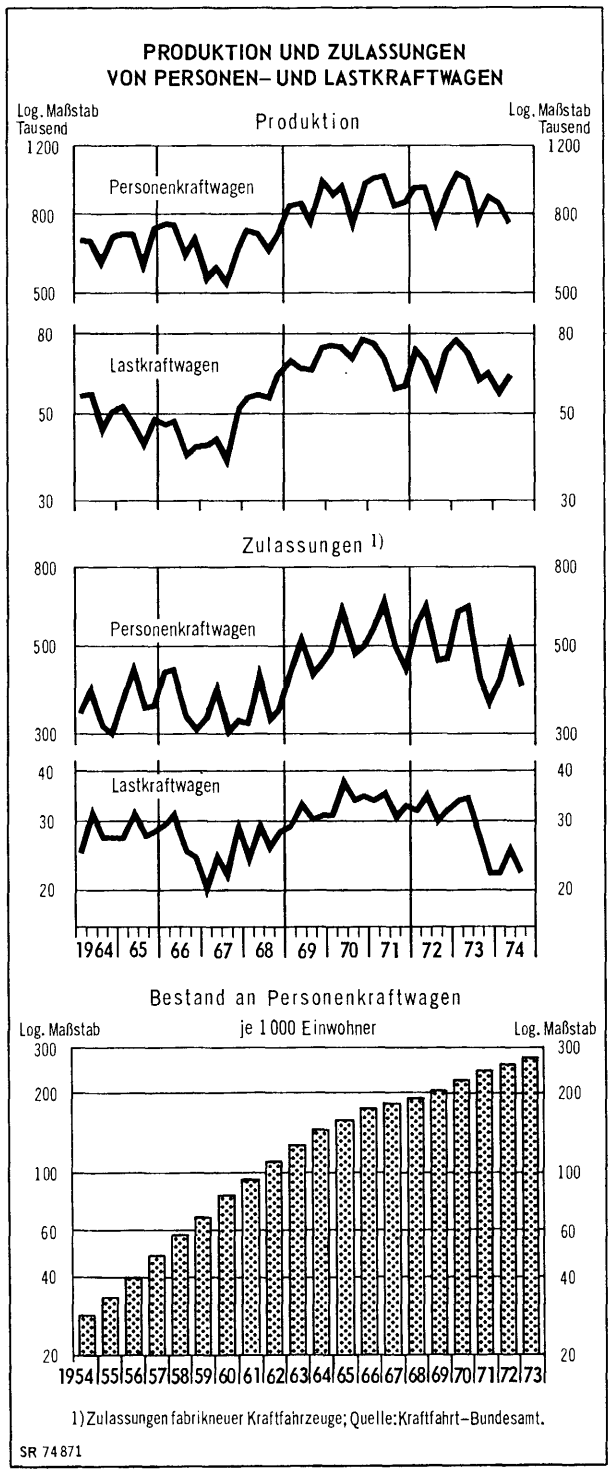
225. Fraglich ist allerdings, ob die gegenwärtige Nachfrage den Investoren schon die Daten für eine zukunftsgerechte Investitionsstruktur setzt. Da die monetäre Restriktion die Auslandsnachfrage nicht wie die Binnennachfrage dämpfen konnte, mußte sie hinnehmen, daß viele Unternehmen dem Druck auf den Inlandsmärkten durch zusätzliche Exportanstrengungen auszuweichen suchten (Ziffern 97 ff.). Man kann aber wohl darauf setzen, daß die Unternehmen die unterschiedliche Ertragslage auf den Inlands- und Auslandsmärkten nicht überall als dauerhaft ansehen und daß sie dies bei ihren Investitionsentscheidungen berücksichtigen.

Viele der Strukturschwächen unserer Volkswirtschaft hat die Stabilisierungspolitik dagegen offenkundig gemacht und die betreffenden Unternehmen unter Anpassungszwang gesetzt. Andererseits sind nicht alle Unternehmen, die auf der Schattenseite der Konjunktur stehen, auch auf Dauer unrentabel, so wenn die vorübergehende Anpassungslast der Stabilisierungspolitik auf wenige Bereiche fällt, die sich, wie etwa die Hersteller von Investitionsgütern und langlebigen Verbrauchsgütern, einer besonders konjunkturreagiblen Nachfrage gegenübersehen. Vor allem für die Branchen, in denen sich die konjunkturellen Einflüsse mit Strukturschwächen bündeln, wird vielfach befürchtet, daß die Unternehmen ihre Kapazitäten zu stark abbauen, weil sie die Anpassungslasten nicht tragen können oder ihre mittelfristigen Absatzmöglichkeiten zu pessimistisch einschätzen. Solche Sorgen wurden 1974 in der Automobilindustrie und in der Bauwirtschaft laut.

Beschäftigungseinbruch in der Automobilindustrie

226. Anhaltender Auftragsmangel, gedrosselte Produktion, Kurzarbeit und Arbeitskräfteentlassungen

Schaubild 32



bestimmen im Herbst 1974 die Lage der Automobilindustrie. Von Januar bis September 1974 sind im Durchschnitt 21 vH weniger Personenkraftwagen neu zugelassen worden als ein Jahr zuvor. Stärker noch als die Nachfrage nach Personenkraftwagen blieb die Nachfrage nach Nutzfahrzeugen hinter dem vorjährigen Umfang zurück. Die Anzahl der Neuzulassungen von Lastkraftwagen lag bis zum Herbst um mehr als 27 vH unter dem vergleichbaren Vorjahresstand (Schaubild 32). Auf den Auslandsmärkten, die traditionell mehr als die Hälfte der Produktion aufnehmen, fielen die Auftragseinbußen mit 29 vH sogar noch stärker aus. Um zu verhindern, daß die Bestände unverkaufter Kraftfahrzeuge weiter zunahmen, wurde die Fertigung, die zunächst dem Nachfragerückgang nur zögernd gefolgt war, mehr und mehr zurückgenommen. In den ersten neun Monaten 1974 wurden nur noch 2,23 Mio Personenkraftwagen hergestellt, 22 vH weniger als ein Jahr zuvor.

Die hohen Lagerbestände veranlaßten die Unternehmen, die Produktionszeiten zu kürzen. Mitte September 1974 waren nahezu 20 vH der im Fahrzeugbau Beschäftigten von Kurzarbeit betroffen. In denjenigen Unternehmen, die besonders starke Absatzeinbußen hatten hinnehmen müssen, wurden Arbeitskräfte entlassen. Einige Automobilhersteller boten ihren Beschäftigten Abfindungen an, um sie zu bewegen, freiwillig ihren Arbeitsplatz aufzugeben.

227. Schon in früheren Konjunkturzyklen war die Automobilnachfrage den Schwankungen der Gesamtnachfrage gefolgt. Nach einer fünfzehn Jahre dauernden Phase, in der die Zuwachsraten um einen zunächst sehr steilen Trend schwankten, fielen die Kraftfahrzeugzulassungen in den Jahren 1966 und 1967 erstmals weit unter den Stand der vorausgegangenen Jahre. Die unsicheren Einkommenserwartungen hielten private wie gewerbliche Nachfrager davon ab, Neuanschaffungen vorzunehmen; Ersatzkäufe wurden weitgehend zurückgestellt. Mit dem konjunkturellen Aufschwung im Jahre 1968 besserten sich die Absatzchancen im Fahrzeugbau. Nachdem der Nachholbedarf aus den Rezessionsjahren die Unternehmen in die Lage versetzt hatte, die Umsatzausfälle wieder wettzumachen, setzte sich der trendmäßige Anstieg der Automobilproduktion bis zur Mitte des Jahres 1971 weiter fort. Auch 1971 schlug sich die Abkühlung des Konjunkturklimas im Rückgang der Kraftfahrzeugzulassungen nieder. Die Absatzeinbußen erreichten jedoch nicht das Ausmaß der Jahre 1966 und 1967. Die Zahl zurückgestellter Automobilkäufe blieb gering. Eine Änderung des Trends machte sich bemerkbar.

228. Ab April 1973, noch bevor eine Abkühlung des konjunkturellen Klimas zu erkennen war, gingen die Kraftfahrzeugzulassungen zurück, nachdem die Ankündigungen einiger Automobilunternehmen, ihre Preise zu erhöhen, die Nachfrager in den ersten Monaten des Jahres dazu veranlaßt hatten, geplante Bestellungen vorzuziehen. Mit der Ölkrise verstärkte sich der Rückgang der Automobilnachfrage zusätzlich. Die Unternehmen, die zunächst noch auf Vorrat produziert hatten, gingen nun dazu über, die Fertigung zu drosseln und Kurzarbeit anzumelden. Anders als erhofft, belebte sich die Nachfrage im Frühjahr 1974 nur schwach. Neben den Absatzeinbußen trugen der starke Anstieg der Materialkosten und die hohen Lohnzugeständnisse zu einer weiteren Verschlechterung der Ertragslage bei. Die meisten Automobilproduzenten setzten trotz rückläufiger Nachfrage auch 1974 ihre Preise weiter herauf. Im Herbst waren die Erzeugerpreise für Kraftfahrzeuge im Inland um 11 vH höher als ein Jahr zuvor. Dies und die stetig steigenden Kosten für Wartung und Reparatur dämpften die Neigung der Nachfrager, neue Fahrzeuge zu kaufen.

Auf den ausländischen Märkten verringerten insbesondere höhere Treibstoffkosten die Absatzchancen. In einigen westeuropäischen Ländern wurden diese durch verschärfte Einfuhrbestimmungen zusätzlich erschwert.

229. Wenngleich man damit rechnen kann, daß im Zuge einer allgemeinen Konjunkturbelebung auch die Kraftfahrzeugzulassungen wieder ansteigen werden, ist doch zu erwarten, daß der Nachfragetrend künftig flacher als in der Vergangenheit sein wird. Der langsamere Kapazitätsausbau, der schon im Jahre 1971 einsetzte, deutet an, daß sich die Automobilproduzenten bereits seit längerem darauf eingestellt haben, zumal die erreichte Kraftfahrzeugdichte Sättigungsgrenzen voraussehen läßt (Schaubild 32).

In welchem Umfang die Automobilindustrie in Zukunft die inländischen Produktionsfaktoren beanspruchen wird, ist allerdings auch bei gegebener Nachfrage noch nicht ausgemacht. Der anhaltende Lohnanstieg läßt es teilweise für die Unternehmen ratsam erscheinen, Produktionsstätten im Ausland zu errichten.

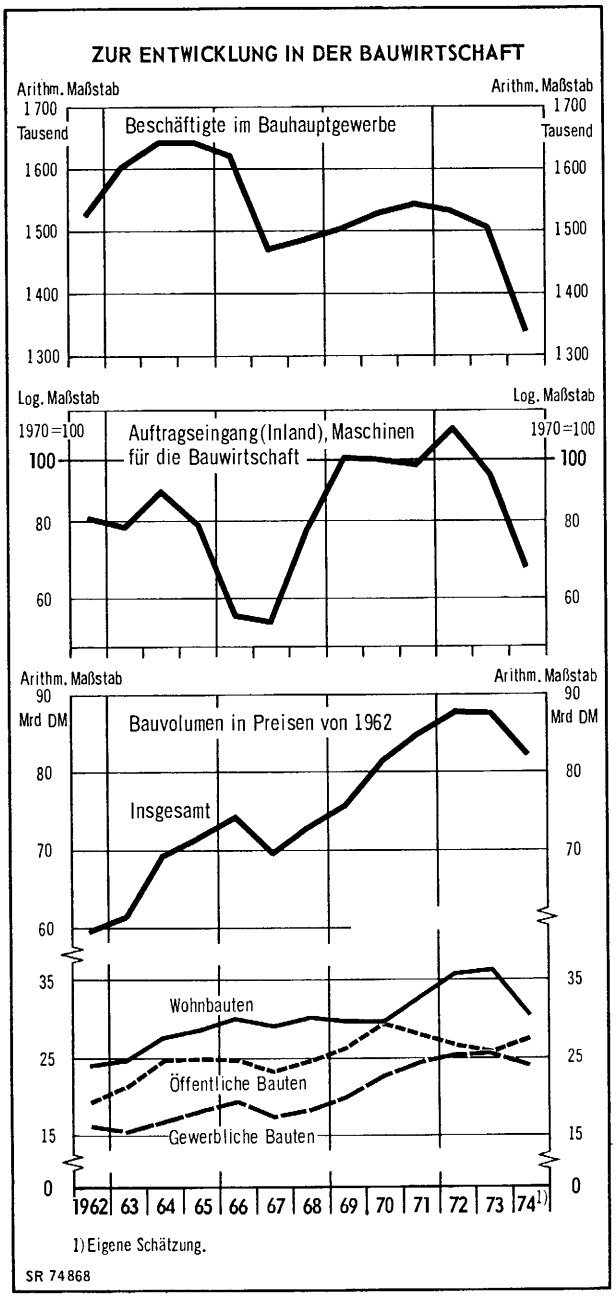
Bauwirtschaft unter Anpassungszwang

230. Die Bauwirtschaft klagt seit dem Frühjahr 1973 über zunehmenden Auftragsmangel, der sie dazu gezwungen hat, die Produktion immer mehr zu drosseln. Die Unternehmen des Bauhauptgewerbes haben ihren Personalbestand bis zum Sommer 1974 um ein Achtel eingeschränkt und ihre Bestellungen an Baumaschinen um nahezu die Hälfte reduziert. Dies weckt mancherorts die Sorge, daß sie nicht nur jene Kapazitäten aufgegeben hat, die allein der überschäumende Wohnungsbauboom der vergangenen Jahre auslasten konnte, sondern daß sie wegen eines konjunkturbedingten und damit vorübergehenden Nachfragemangels mit dem Kapazitätsabbau noch weiter gehen. Ist dem so, dann könnte sich die Wirtschaftspolitik veranlaßt sehen, die Nachfrage zu stützen, um die Arbeitslosigkeit in diesem Bereich zu mildern und um Produktionsanlagen zu erhalten, die später bei anziehender Nachfrage unter Wachstumsverzicht und inflatorischen Spannungen erst wieder aufgebaut werden müßten. Haben dagegen die Unternehmen ihre Kapazitäten noch nicht

voll an das künftige Nachfrageniveau angepaßt, so würden staatliche Maßnahmen einen notwendigen Strukturwandel nur vertagen, dabei aber möglicherweise den Zwang zu Kostensenkungen mindern und die Verlagerung von Ressourcen in produktivere Bereiche behindern. Um die Zukunftsaussichten der Bauwirtschaft abschätzen zu können, bedarf es einer Besinnung auf jene Einflüsse, **welche die Bauwirtschaft** in ihre heutige Lage brachten.

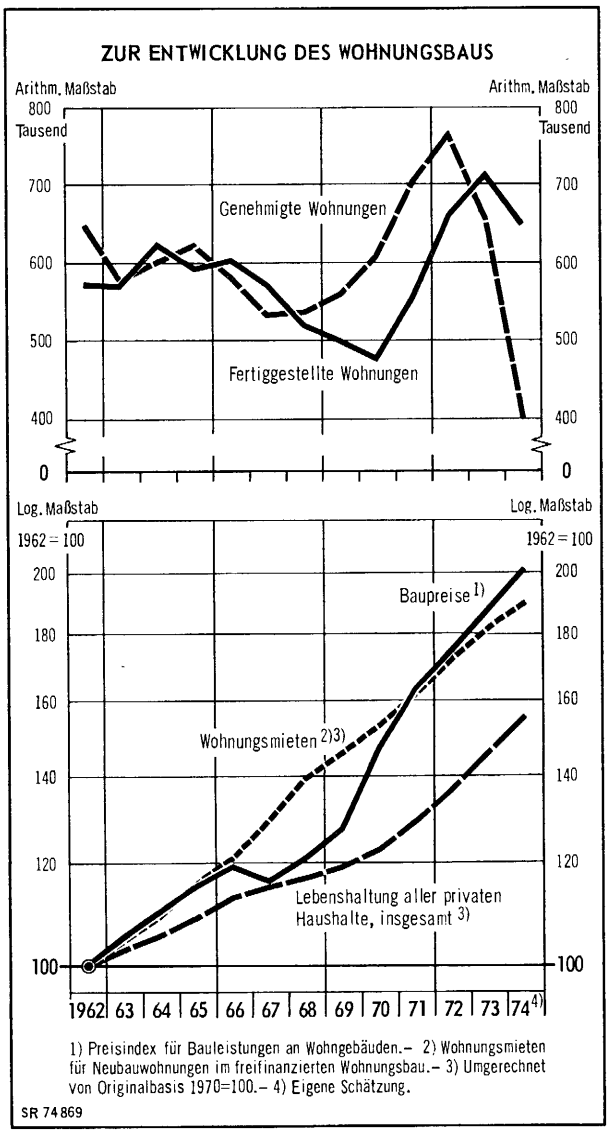
231. Am gesamten Bauvolumen ist der Wohnungsbau mit rund 40 vH beteiligt; fast 30 vH entfallen auf gewerbliche Bauten, und ein knappes Drittel beanspruchen öffentliche Auftraggeber. In den letzten 15 Jahren haben sich diese Gewichte nur vorübergehend verschoben. Die Bauleistungen insgesamt sind unter starken Schwankungen um durchschnittlich 3 1/2 vH je Jahr gestiegen (Schaubild 33). Diese Schwankungen lassen sich keineswegs nur dem privaten Sektor zurechnen, auch die öffentliche Nachfrage hat in diesem Zeitraum nicht immer verstetigend gewirkt. So war vor allem sie für die überhitzte Baukonjunktur der Jahre 1964 und 1965 maßgebend. Daß sich das Bauklima danach so stark abkühlte und in der Rezession 1967 so viele Kapazitäten ungenutzt blieben, teilweise sogar abgebaut wurden, war der Zurückhaltung aller Auftraggeber zuzuschreiben. Der nachfolgende rasche Aufschwung wurde von der öffentlichen und gewerblichen Nachfrage eingeleitet. Nachdem beide die Baukapazitäten schon stark ausgelastet hatten und sich wieder abzuschwächen begannen, kam es von 1970 an zu einem anhaltenden Nachfrageboom im Wohnungsbau.

Schaubild 33



232. Das Anziehen der Wohnungsbaunachfrage brauchte zunächst nicht zu überraschen. Mit der Expansion der Masseneinkommen, die nach der Rezes-

Schaubild 34



sion zwar verzögert einsetzte, dann aber um so nachhaltiger ausfiel, gewann das Streben nach eigenen Wohnungen, sei es um diese selbst zu nutzen und steigenden Mieten zu entgehen, sei es um die wachsenden Ersparnisse wertgesichert anzulegen, wieder mehr Gewicht. War die zunehmende Baunachfrage insoweit Ausdruck eines wachsenden Wohnungsbedarfs, so trieb der nachfolgende inflatorische Prozeß die Nachfrage bald über den Bedarf hinaus. Da die Nachfrage zunächst auf ein unzureichendes Angebot stieß, kam es zu spektakulären Baupreissteigerungen, welche die allgemeine Teuerung um ein Vielfaches übertrafen. Im Jahre 1970 verteuerten sich Wohnbauten um 16 vH, im Jahr darauf nochmals um 10 vH; die Verbraucherpreise stiegen um 3½ vH und um 5½ vH (Schaubild 34).

233. Die hohen Baupreissteigerungen vermochten jedoch nicht abzuschrecken, da die Bauherren bei der sich ausbreitenden Inflationsmentalität in ihnen offensichtlich weniger die Folge eines vorübergehenden Marktungleichgewichts, sondern mehr Vorboten künftiger Teuerungsraten sahen. Daß sich diese Inflationserwartungen nicht in einem entsprechenden Anstieg der Zinsen niederschlugen, mußte den Anreiz zum Bauen eher noch verstärken. Das Zinsniveau stieg, da sich die Geldversorgung als elastisch genug erwies und da wohl noch nicht alle Geldvermögensbesitzer das Vertrauen in den Geldwert verloren hatten, im Jahre 1970 nur um 1½ Prozentpunkte und ging 1971 sogar wieder leicht zurück.

Der Zinsanstieg glich nicht einmal die Zunahme des allgemeinen Geldwertschwundes aus. Eine noch geringere Realzinslast rechneten sich diejenigen Bauherren aus, die ihre Inflationserwartungen an den Baupreissteigerungen orientierten. So lohnte es sich für sie, Ersparnisse aufzulösen, die keinen Ertrag mehr brachten, darüber hinaus Baudarlehen aufzunehmen, deren Zins- und Tilgungslast in Zukunft immer leichter zu werden versprach, und mit dem Bauen unverzüglich zu beginnen, bevor es sich noch weiter verteuerte. Einen weiteren Rentabilitätsvorteil versprachen die steuerlichen Sonderabschreibungen, die infolge der progressiven Besteuerung der inflatorisch aufgeblähten Einkommen immer vorteilhafter wurden.

Daß sich die Bauvorhaben zunächst nicht auszahlten, weil die Mieten mit dem Anstieg der Baukosten nicht Schritt hielten, brauchte den Drang nach Wohnungseigentum nicht zu schwächen. Früher oder später mußten — so war die Rechnung — die Mieterträge angesichts der noch vorhandenen Knappheit an Wohnungen die einmal aufgewandten Baukosten überholen, zumal in der Vergangenheit die Mieten stets schneller als die übrigen Verbraucherpreise gestiegen waren. Zudem wurde mit der Inflation auch der Anspruch auf angemessene Rendite geringer, da die Erträge aus anderen Anlageformen, wie Spareinlagen und festverzinslichen Wertpapieren, nicht einmal mehr den Geldwertschwund deckten, besonders wenn die Zinsen versteuert werden mußten. Viele Bauherren waren erst einmal bestrebt, ihr Vermögen vor weiterem Inflationsverlust zu sichern.

234. Diese vom Markt und von der Wirtschaftspolitik gesetzten Bedingungen veranlaßten nicht nur die Bauherren, die bereits zum Bauen entschlossen waren, möglichst schnell damit zu beginnen, sie zogen auch immer mehr Bauwillige an. Wie gering die Risiken dabei eingeschätzt wurden, zeigte sich daran, daß sich das Schwergewicht der Nachfrage auf solche Bauvorhaben verlagerte, die nicht für den eigenen Bedarf genutzt, sondern vermietet oder weiterveräußert werden sollten.

So gaben die privaten Haushalte, mit einem Anteil von über 50 vH nach wie vor die wichtigste Gruppe unter den Bauherren, erheblich mehr Eigenheimwohnungen in Auftrag, noch stärker aber engagierten sie sich im Mietwohnungsbau (Tabelle 21). Am meisten wurde der Wohnungsbauboom jedoch von Unternehmen, insbesondere von Wohnungsbaugesellschaften angeheizt, die immer mehr Wohnungen auf Vorrat herstellten und darauf setzten, daß eine Vielzahl von Käufern, von der Inflationsangst getrieben, in diese Wohnungen drängen würde, zumal wenn ihnen billige, weil rechtzeitig beschaffte Kredite angeboten werden konnten.

235. Auf dem Höhepunkt des Baubooms, 1972, wurde über eine dreiviertel Million Wohnungen zum Bau genehmigt, 40 vH mehr als drei Jahre zuvor. Ungewiß blieb zunächst, wie weit die Nachfrage die Bauwirtschaft dazu veranlassen würde, ihre Kapazitäten entsprechend zu erweitern und dabei das

Tabelle 21

Fertiggestellte Wohnungen nach Bauherren

Bauherren	1970	1973	Veränderung 1973 gegenüber 1970
	1 000		vH
Private Haushalte			
Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern ..	163,9	218,9	+ 33,6
Wohnungen in Mehrfamilienhäusern	95,7	142,2	+ 48,6
Gemeinnützige Wohnungsunternehmen .	88,3	119,3	+ 35,1
Übrige Unternehmen	88,2	182,5	+ 106,9
Öffentliche Bauherren ...	8,8	11,4	+ 29,6
Wohnungen in neuerrichteten Gebäuden	444,9	674,3	+ 51,5
Sonstige Wohnungen ...	33,2	40,0	+ 20,5
Wohnungen insgesamt ..	478,1	714,2	+ 49,4

Risiko einzugehen, diese bei einem Abebben der Nachfrage nicht mehr auslasten zu können. Eine solche Gefahr mußte jedoch gering erscheinen, da die Nachfrage selbst bei drastischen Preissteigerungen noch zunahm. Zunächst kam den Unternehmen noch entgegen, daß wegen eines Rückgangs bei öffentlichen Bauten Arbeitskräfte und Kapazitäten frei wurden. In großem Umfang wurden jedoch auch neue Arbeitskräfte eingestellt und die Produktionsanlagen mit beträchtlichem Investitionsaufwand erweitert und modernisiert.

Die Bauleistungen schnellten binnen zwei Jahren um 20 vH hoch; im Jahre 1972 wurden 660 000 Wohnungen — mehr als je zuvor — fertig; 1973 waren es sogar über 700 000.

236. Das massive Angebot an neuen Wohnungen führte auf dem Wohnungsmarkt zu einer deutlichen Entspannung und veränderte damit eine der Bedingungen, auf denen die Nachfrage bislang fußte. Da es an ausreichender Nachfrage für die teuren Wohnungen fehlte, ließen sich immer weniger fertiggestellte Wohnungen gewinnbringend oder auch nur kostendeckend absetzen oder vermieten. Zugleich stiegen die Mieten nicht mehr schneller, sondern wesentlich langsamer als die übrigen Verbraucherpreise, so daß auch die Erwartungen auf künftige Erträge gedämpft wurden. Ernüchtert wurden dadurch nicht nur jene, die sich im Wohnungsbau Gewinnchancen ausgerechnet hatten; auch wer sein Vermögen durch Flucht in die Sachwerte vor Inflationsverlust zu retten gesucht hatte, mußte feststellen, daß ihm der Markt die aufgewandten Baukosten vielfach nicht mehr vergütete und daß der erwartete Wertzuwachs wegen des reichlichen Wohnungsangebots hinter dem Geldwertschwund zurückzubleiben drohte. Bereits zu Jahresbeginn 1973 nahm die Nachfrage, insbesondere die nach Eigentums- und Mietwohnungen ab.

237. Als im Frühjahr 1973 die Bundesbank die Kontrolle über die Geldversorgung zurückgewann und die monetäre Expansion dämpfte, verlor die Baunachfrage eine weitere Stütze. Da das Zinsniveau nun kräftig anzog und die Inflationserwartungen sich nicht weiter verstärkten, stieg die Realverzinsung an und verteuerte damit die Kreditaufnahme; Geldvermögen zu bilden, wurde wieder lohnend. Hinzu kam, daß steuerliche Vergünstigungen für den Wohnungsbau teils aufgehoben, teils ausgesetzt wurden, so daß sich manche Bauwilligen veranlaßt sahen, den Baubeginn nicht mehr wie bisher vorzuziehen, sondern zu vertagen. Mit zunehmender Abkühlung der Konjunktur wurden schließlich noch weitere Bauprojekte und mancher Entschluß zum Kauf einer Eigentumswohnung aufgegeben.

238. Noch schneller als die Nachfrage angestiegen war, sackte sie nun ab. Auf ihrem Tiefpunkt, Anfang 1974, war die Anzahl der genehmigten Wohnungen um 45 vH niedriger als ein Jahr zuvor; danach stabilisierte sie sich auf dem niedrigen Niveau. Im Jahre 1974 dürften insgesamt rund 400 000 Wohnungen zum Bau genehmigt worden sein.

Während das Ausbaugewerbe noch bis 1974 mit der Fertigstellung von bereits früher begonnenen Bauten beschäftigt blieb, mußten die Unternehmen des Bauhauptgewerbes schon in der zweiten Jahreshälfte 1973 ihre Produktion zunehmend drosseln. Im Sommer 1974 wurden für Wohnbauten über ein Viertel weniger Arbeitsstunden geleistet als ein Jahr zuvor; der Auftragsbestand war niedriger denn je.

Mit der Dämpfung der Investitionsneigung schwächte sich zudem die Nachfrage nach gewerblichen Gebäuden ab. Obwohl die Bauunternehmen hier ebenfalls ihre Auftragsbestände weitgehend abbauten, mußten sie ihre Produktion kaum weniger als im Wohnungsbau kürzen; für gewerbliche Bauten wurden im Sommer rund 20 vH weniger an Arbeitsstunden geleistet als im Vorjahr.

239. Nachdem sich abgezeichnet hatte, daß in der Bauwirtschaft ein konjunkturbedingter Auftragsmangel den strukturellen Nachfragerückgang im Wohnungsbau noch verstärkte, kam es für den Staat, den dritten großen Auftraggeber des Baugewerbes, darauf an, die vorübergehenden Nachfrageausfälle bei den Privaten so weit auszugleichen, daß ein übermäßiger Beschäftigungseinbruch vermieden, der notwendige Anpassungsprozeß aber nicht aufgehalten wurde. Zunächst stützte der Staat die Nachfrage, indem er geplante Bauaufträge vorzog. Im Februar 1974 wurde ein Sonderprogramm in Höhe von 900 Mio DM beschlossen, mit dem die hohe Arbeitslosigkeit in einzelnen Regionen gemildert werden sollte und das vor allem der Bauwirtschaft zugute kam; im Herbst folgte ein weiteres Sonderprogramm in Höhe von 950 Mio DM. Im übrigen bemühten sich die Gebietskörperschaften, wenn auch nicht immer mit Erfolg, ihre Investitionsvorhaben so weit wie möglich bei den Ausgabenkürzungen auszusparen, zu denen sie sich angesichts der Einnahmenausfälle und der hohen Personalausgaben gezwungen sahen.

240. Vielfach wird jedoch befürchtet, die staatlichen Maßnahmen reichten nicht aus, einen unerwünschten Kapazitätsabbau zu verhindern, da die beiden Sonderprogramme nur einen geringen Teil jener Lücke ausfüllten, die zwischen dem aktuellen Niveau der Nachfrage und deren mittelfristigem Trend bestehe. Dem ist nachzugehen.

241. Für den Wohnungsbau wurde in der vom Sachverständigenrat angeregten Bauenquête (JG 70 Ziffern 75 ff.) für den Zeitraum von 1975 bis 1980 ein Bedarf von jährlich 500 000 Wohnungen vorausgeschätzt. Dabei rechnete man noch damit, daß die Anzahl der inländischen Privathaushalte jährlich um 100 000 steigen würde. Diese Zahl muß wohl inzwischen aufgrund amtlicher Schätzungen auf etwa 40 000 zurückgenommen werden; außerdem werden nach dem Anwerbestopp für ausländische Arbeitskräfte weniger Ausländer zuwandern. Der Bedarf dürfte deshalb eher bei 450 000 Wohnungen im Jahr liegen.

Unsicher bleibt indes, inwieweit der vorausgeschätzte Bedarf auch nachfragewirksam wird. Die

überhitzte Baukonjunktur der vorangegangenen Jahre hat die Marktbedingungen für eine Belebung der Nachfrage nach Wohnbauten spürbar verschlechtert. Die Explosion der Baukosten — auch 1974 sind die Baupreise noch um 7½ vH gestiegen — hat das Wohnen in Neubauten für viele unerschwinglich gemacht. Die am Markt erzielbaren Mieten decken vielfach nicht einmal im sozialen Wohnungsbau mehr die Kosten. Freifinanzierte Wohnungen lassen sich bei den gegenwärtigen Baukosten in der Regel nur mit Verlust vermieten. Es bedürfte eines kräftigen Mietanstiegs, sollte die Rentabilitätsschwelle dennoch erreicht werden.

Die künftige Nachfrage dürfte zudem nicht voll aus der Produktion, sondern zum Teil auch aus dem hohen Bestand an unverkauften Wohnungen gedeckt werden, den der Wohnungsbauboom hinterlassen hat. Zur Zeit dürften 150 000 bis 300 000 Wohnungen leer stehen; da immer noch viele Wohnungen fertig werden, die in den vergangenen Jahren in Auftrag gegeben wurden, werden es zum Jahresende noch beträchtlich mehr sein. Zwar bleiben viele dieser Wohnungen zu den geforderten Preisen weiterhin unverkäuflich oder unvermietbar, doch unter dem Druck der hohen Finanzierungslast wird der Markt früher oder später Preiszugeständnisse erzwingen, selbst wenn dabei Verluste in Kauf genommen werden müssen.

242. Berücksichtigt man all dies, so scheint die gegenwärtige Wohnungsbaunachfrage von rund 400 000 Wohnungen ihr künftiges Niveau nur wenig zu unterschreiten. Auf mittlere Sicht dürfte die Bauwirtschaft ein kaum höheres Wohnungsbauvolumen zu erwarten haben als heute. An der Anzahl der Wohnungen gemessen, wäre das weniger als vor Beginn des Wohnungsbaubooms, allerdings werden inzwischen größere und besser ausgestattete Wohnungen nachgefragt.

Die Unternehmen des Rohbaugewerbes werden, um ihre Anlagen wieder befriedigend auslasten zu können, vermutlich noch weitere Kapazitäten aufgeben müssen. Eine Wirtschaftspolitik, die sie mit massiven Aufträgen davon abhalten wollte, ginge Versprechungen ein, die sie in Zukunft nicht einlösen könnte. Das Ausbaugewerbe dürfte, obwohl es den Produktionseinbruch in seiner vollen Höhe erst im nächsten Jahr vor sich hat, seine derzeitigen Kapazitäten auf längere Sicht eher nutzen können, da für Altbauten ein erheblicher Sanierungs- und Modernisierungsbedarf besteht. Hinderlich sind dabei die hohen Kosten, mit denen es seine Leistungen anbietet; da die Mieter von Altbauwohnungen häufig zu der Gruppe mit niedrigem Einkommen zählen, lassen sich die Modernisierungskosten nur schwer durch höhere Mieten finanzieren. Abhilfe könnten Zins- und Investitionszuschüsse schaffen, wie sie in dem zweiten Sonderprogramm enthalten sind. Sofern solche Subventionen im Rahmen der Städtesanierung ohnehin vorgesehen sind, könnten sie zur Sicherung von Anschlußaufträgen bereits jetzt gewährt werden.

Derartige Auswege werden auch für die Bauwirtschaft insgesamt erwogen, wenn etwa eine dauerhafte Aufstockung der Mittel für den sozialen Wohnungsbau gefordert wird, die über das hinausgeht, was schon zu Beginn des Jahres zur Stützung der Baunachfrage beschlossen wurde. Am Bedarf an Wohnungen, so wird argumentiert, fehle es nicht, wenn diese nur preisgünstig angeboten oder billig vermietet werden. Die Gewährung von öffentlichen Mitteln, wie Zinszuschüssen, mindert jedoch nur die Finanzierungskosten, sie verbilligt nicht die Bauproduktion und damit die Verwendung volkswirtschaftlicher Ressourcen. Dies kann allein die Bauwirtschaft selbst leisten, wobei der Rationalisierungszwang, der während des Nachfragesogs gering war, hilfreich sein sollte, da mit Kostensenkungen auch die Absatzaussichten günstiger werden.

Allerdings hat die Hoffnung, daß die Bauwirtschaft sich unter dem Druck weichender Nachfrage zu grundlegenden Rationalisierungsmaßnahmen aufraffen würde, in den Jahren 1966/67 getrogen. Bleibt es bei den kostspieligen Produktionsverfahren, so werden viele Bauwillige zum Verzicht gezwungen sein, und die Kapazitäten müßten noch weiter schrumpfen.

243. Die Anpassungsfähigkeit der Bauwirtschaft könnte jedoch überfordert werden, wenn auch bei gewerblichen Bauten der Auftragsmangel weiter anhält. Da bei nachlassender Investitionsneigung am meisten an kapazitätserweiternden Anlagen, die neue Bauten erfordern, gespart wird und diese nach einer Belebung der Investitionsneigung meist nicht zuerst geschaffen werden, besteht die Gefahr, daß die Bauunternehmen, durch den Anpassungszwang im Wohnungsbau ohnehin stark belastet, ihre Kapazitäten bis dahin nicht aufrecht erhalten. Der Staat könnte in diesem Falle, ohne den Kurs der Stabilitätspolitik zu durchkreuzen, mit vermehrten eigenen Bauaufträgen die vorübergehenden Lücken schließen. Dazu mag im kommenden Jahr mehr Anlaß bestehen als im Jahr 1974.

Keinen Erfolg verspricht dagegen der Versuch, mit einem neuerlichen Inflationsschub die Baunachfrage wieder in Gang zu setzen. Zwar würden dann manche der Bauherren, die am Markt vorbeigebaut haben, doch noch auf ihre Kosten kommen, aber der Anreiz für neue Bauprojekte dürfte angesichts der jüngsten Erfahrungen nur gering sein, zumal auch die Besitzer von Geldvermögen, wie die Entwicklung auf dem Kapitalmarkt in diesem Jahr gezeigt hat, kaum noch bereit sind, sich infolge niedriger Zinsen um ihr Erspartes bringen zu lassen (Ziffern 193 ff.).

DRITTES KAPITEL

Zur voraussehbaren Entwicklung

244. Seinem gesetzlichen Auftrag entsprechend hat der Sachverständigenrat die absehbare wirtschaftliche Entwicklung aufzuzeigen. Eine solche Vorausschau ist — darauf haben wir wiederholt hingewiesen — stets mit Unsicherheiten behaftet. Die Unsicherheit vergrößert sich, wenn — wie es gegenwärtig der Fall ist — die konjunkturelle Lage labil ist. Nicht einmal auf kurze Sicht scheint die wirtschaftliche Entwicklung schon programmiert; mehr denn je hängt sie ab von den Entscheidungen der staatlichen Instanzen und der Privaten, von denen wir nicht wissen, wie sie ausfallen werden. Besonders ungewiß ist diesmal auch die weitere Wirtschaftsentwicklung im Ausland. Dort, wo Informationen fehlen, müssen wir Hypothesen setzen; es handelt sich also um eine bedingte Prognose.

245. Hinsichtlich des Verhaltens der wirtschaftspolitischen Instanzen haben wir eine Fortsetzung der bisherigen Stabilisierungspolitik angenommen; für einen Kurswechsel liegen bislang keine bindenden Absichtserklärungen vor.

Konjunkturpolitisch ist es dabei von Vorteil, daß die Bundesbank bei flexiblen Wechselkursen außenwirtschaftlich weitgehend autonom ist; sie kann nun die Expansionsrate der Zentralbankgeldmenge und damit den Spielraum für die gesamtwirtschaftliche Ausgabenexpansion bestimmen. Es paßt ins Bild von der veränderten Rollenverteilung in der Konjunkturpolitik, wenn wir bei unserer Vorausschau den Rahmenbedingungen, die sie setzt, größeres Gewicht einräumen, als das früher der Fall war.

246. Im einzelnen haben wir angenommen:

— Die Geldpolitik hält an ihrem Stabilisierungskurs fest. Die Bundesbank weitet die Geldbasis zwar etwas stärker aus als in den letzten Monaten, begrenzt die Ausweitung jedoch auf eine Rate, die bei deutlich abnehmendem Geldwertschwund eine merkliche Zunahme der Auslastung des Produktionspotentials im Verlauf des Jahres zuläßt. Dabei werden die Zinsen um so stärker sinken, je mehr sich die Erwartungen auf einen Rückgang der Inflationsraten verstärken.

— Die Finanzpolitik trägt weiterhin zur Stützung der Beschäftigung bei. Die Haushalte werden entsprechend den Planungen vollzogen; trotz der im wesentlichen durch die Steuer- und Kindergeldreform bedingten Zunahme der Defizite kommt es weder zu Steuererhöhungen noch zu Abstrichen an dem geplanten Ausgabenvolumen. Konjunkturpolitische Sondermaßnahmen werden nur dann in Kraft gesetzt, wenn an anderer Stelle Ausgabenpläne gekürzt werden.

— Die Währungspolitik überläßt die Bewertung des Wechselkurses der D-Mark gegenüber den Währungen außerhalb des Floating-Blocks grundsätzlich dem Markt. Das bedeutet nach aller Voraussicht eine spürbare Höherbewertung der D-Mark; wir unterstellen, daß diese etwa dem Ausmaß der unterschiedlichen Kosten- und Preisentwicklung im Inland und Ausland entspricht (unveränderte reale Wechselkurse).

247. Bei diesen Annahmen besteht Spielraum für eine Expansion der gesamtwirtschaftlichen Ausgaben von 7 vH bis 8 vH. Inwieweit der Spielraum zur Finanzierung von mehr Produktion und inwieweit zur Finanzierung der Inflation genutzt wird, hängt nicht zuletzt ab vom Verhalten der autonomen Gruppen. Hinsichtlich der Einkommenspolitik sind wir davon ausgegangen, daß Unternehmen und Gewerkschaften die Risiken in Rechnung stellen, die überzogene Preis- und Lohnforderungen unter den Bedingungen einer konsequenten Stabilisierungspolitik für Absatz und Beschäftigung bedeuten. Es wurde unterstellt, daß beide Seiten 1975 nicht mehr als eine Konsolidierung ihrer Verteilungsposition anstreben, was allerdings nicht heißt, daß sich im konjunkturellen Verlauf ein solches Ergebnis auch einstellt.

248. Unsere Vorausschau beschreibt eine Entwicklung, die wir beim augenblicklichen Stand unseres Wissens und unter den angegebenen Bedingungen für die wahrscheinlichste halten. Sie enthält somit auch solche Tendenzen, die wir als Fehlentwicklungen werten müssen und die es nach Möglichkeit zu vermeiden gilt. Die in Form einer volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung vorgelegten Größen sind daher nicht als Ziele aufzufassen.

Überdies brauchen weder die Annahmen noch die Ergebnisse unserer Vorausschau Wirklichkeit zu werden. Was wir darüber hinaus für erreichbar halten, aber auch das, was wir nicht ausschließen können, haben wir in Alternativrechnungen unter abgewandelten Bedingungen aufzuzeigen versucht (Ziffern 356 ff.).

249. Bevor wir uns der Binnenkonjunktur zuwenden, gehen wir auf den Verlauf der Weltkonjunktur ein. Sodann behandeln wir die Haushaltsgestaltung des Staates, die im Rahmen der von der Geldpolitik gesetzten Daten neben der Lohnpolitik den Konjunkturverlauf in besonderem Maße prägt.

I. Die Weltkonjunktur im Jahre 1975

250. Die meisten Industrieländer der westlichen Welt stehen am Ende des Jahres 1974 in einer Phase ausgeprägter Konjunkturschwäche bei anhaltend starkem Preisauftrieb und großen Ungleichgewichten in ihren Zahlungsbilanzen. Die Wirtschaftspolitik versucht allenthalben, einen restriktiven Kurs zu verfolgen; hie und da hat die zunehmende Arbeitslosigkeit jedoch bereits zu Lockerungen geführt. Es ist zu vermuten, daß sich diese Tendenz während des Winters verstärken wird. Trotzdem wird sich der Abschwung 1975 fortsetzen, die Auslastung der Sachkapazitäten wird also abnehmen und die Arbeitslosigkeit erheblich ansteigen. Dabei wird es zwischen den Industrieländern keine großen Unterschiede geben.

251. Damit stellt sich die Frage nach den Reaktionen der Wirtschaftspolitik. In allen Ländern werden Konjunkturhilfen diskutiert, in manchen Fällen wurden sie schon eingeleitet, in anderen zumindest angekündigt. Zwar erscheint ein deutlicher Beschäftigungseffekt expansiver Politik um so weniger gesichert, je weiter die Inflationsgewöhnung fortschreitet. Einige Länder haben die Erfahrung gemacht, daß expansive Maßnahmen mehr die Preis- und Kostenentwicklung anheizen und nicht so sehr Produktion und Beschäftigung anregen. Doch ist dies eine Einsicht, die angesichts hoher Arbeitslosenquoten oft verdrängt wird. So ist damit zu rechnen, daß die meisten Länder ihre Wirtschaftspolitik schon bald, soweit sie es aus außenwirtschaftlichen Gründen können, expansiver ausrichten werden.

252. Namentlich die monetäre Politik, die bisher die Hauptlast der Inflationsbekämpfung getragen hat, stößt zunehmend auf Widerstand: Es wird befürchtet, daß es bei der erreichten Enge des monetären Rahmens rasch zu weiteren Beschäftigungseinbußen kommen wird, da die hohen Lohnkosten nicht mehr erfolgreich überwälzt werden können. Damit wächst der Druck, die restriktive monetäre Politik — kaum daß sie zu wirken begonnen hatte — zu lockern. Dies ist wohl schon im Herbst 1974 geschehen, so etwa in Japan, in den Vereinigten Staaten, in Großbritannien und in den Niederlanden. In den Ländern mit besonders großen Leistungsbilanzdefiziten dürfte eine solche Politik allerdings die außenwirtschaftlichen Probleme verschärfen, soweit sie nicht Aussicht auf entsprechende Kapitalimporte haben.

253. Für die Finanzpolitik stellt sich das Problem eines Kurswechsels weniger ausgeprägt, da sie in den meisten Ländern schon bisher nicht restriktiv wirkte. Wie so oft, fiel es auch 1974 schwer, die öffentlichen Haushalte als Mittel der Restriktionspolitik einzusetzen. Im Jahre 1975 dürfte die Finanzpolitik verstärkt auf Expansionskurs gehen. Sie wird versuchen, die sozialen Härten der Arbeitslosigkeit zu mindern, die private Investitionstätigkeit zu begünstigen und Sparbeschlüsse bei den Ausgabenansätzen zu revidieren.

254. Auch wenn man für die beschriebene Änderung der Wirtschaftspolitik einen hohen Grad an Wahrscheinlichkeit unterstellt, bleiben die Aussichten auf eine grundlegende konjunkturelle Tendenzänderung im Verlauf des Jahres 1975 unsicher. Die Lockerung könnte über die direkten Nachfrageeffekte — vor allem bei den öffentlichen Ausgaben — die Dispositionen der Unternehmen positiv beeinflussen. Expansive Finanzpolitik und gelockerte Geldpolitik würden sowohl bei den Anlageinvestitionen von Staat und Unternehmen als auch im Wohnungsbau die Nachfragesituation verbessern helfen. Schließlich könnten auch die Konsumenten ihre bisher geübte Kaufzurückhaltung, insbesondere bei langlebigen Gebrauchsgütern, revidieren. All das mag für den Augenblick ausreichen, den Konjunkturabschwung abzufangen; die Stabilisierung wäre damit aber erneut vertagt und dann nur um so schwerer zu erreichen. Auf den Arbeitsmarkt würde sich das nach aller Erfahrung erst mit Verzögerung auswirken. Immerhin dürfte erreicht werden, daß der Beschäftigungsrückgang im Verlauf des Jahres 1975 zum Stillstand kommt. Das reale Bruttosozialprodukt der Industrieländer wird auch unter diesen Voraussetzungen im Durchschnitt des Jahres 1975 den Vorjahresstand nur wenig überschreiten (1 vH), nachdem es 1974 stagniert hatte (Tabelle 22).

255. Besonders ungünstig ist die Ausgangslage für 1975 in den Vereinigten Staaten, deren Wirtschaft sich seit Jahresbeginn 1974 in einer Rezession bei gleichzeitig starkem Preisauftrieb befindet. Der anhaltende Produktionsrückgang hat dort die Arbeitslosenquote auf 6 vH ansteigen lassen; damit scheint ein Punkt erreicht, an dem die vorrangig auf Inflationsbekämpfung gerichtete Wirtschaftspolitik, vor allem die restriktive Geldpolitik, nicht mehr aufrechterhalten wird. Von einer Lockerung der Geldpolitik sowie expansiv wirkenden Maßnahmen der Finanzpolitik ist eine Milderung der Rezessionstendenzen zu erwarten, vor allem durch eine Wiederbelebung der Investitionsneigung, nicht zuletzt im Wohnungsbau. Ein Anstieg der Arbeitslosenquote auf mehr als 7 vH gegen Ende des kommenden Jahres dürfte allerdings kaum vermieden werden. Wegen des niedrigen Produktionsstandes um die Jahreswende 1974/75 und der Wirkungsverzögerung von Belebungsmaßnahmen wird das reale Bruttosozialprodukt im Durchschnitt des Jahres 1975 etwas niedriger sein als 1974 (— 1 vH).

256. In der Europäischen Gemeinschaft ist die Ausgangslage Ende 1974, was Auslastungsgrad und Auftragspolster betrifft, uneinheitlich. Die für die Entwicklung im kommenden Jahr bestimmenden Faktoren sind dagegen bemerkenswert ähnlich; in allen Ländern ist die Investitionsneigung schwach. Die Arbeitslosigkeit wird weiter kräftig ansteigen. Auch wenn es einigermaßen rasch gelingen sollte, die Erwartungen und Dispositionen der Unternehmen und wohl auch der Konsumenten — mit Wirkung vor allem auf die Käufe von dauerhaften Gebrauchsgütern — durch eine Lockerung der Restriktionen auf monetärem Gebiet zu beeinflussen, wird doch in den meisten Gemeinschaftsländern 1975 die Wachs-

Tabelle 22

Zur internationalen Konjunkturentwicklung

Land	Anteil am Bruttosozialprodukt der OECD-Länder [1]	Anteil am Export der Bundesrepublik [2]	Bruttosozialprodukt (real) [3]		Verbraucherpreise [3]		Wareneinfuhr (Volumen) [3]	
	1973		1974	1975	1974	1975	1974	1975
	vH		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH					
Bundesrepublik Deutschland	+10,9	.	+ ½	+2 a)	+ 7	+ 6 a)	+ 5	+5 a)
Frankreich	+ 8,0	+13,0	+4	+3½	+14	+13	+ 8	+6
Italien	+ 4,3	+ 8,4	+4½	+0	+19	+20	− 2	+1
Niederlande	+ 1,9	+10,2	+2½	+2	+10½	+10	+ 2½	+4
Belgien	+ 1,4	+ 8,2	+4½	+3	+12½	+12	+ 8	+5
Großbritannien	+ 5,4	+ 4,7	±0	+1	+15	+16	+ 3	+2
Irland	+ 0,2	+ 0,3	+3	+2	+17	+14	+ 6	+4
Dänemark	+ 0,9	+ 2,3	+1½	+1½	+14½	+15	− 1	+3
EG der Neun [4]	+32,9	+47,1	+2	+2	+12½	+12	+ 4½	+4
Vereinigte Staaten	+40,0	+ 8,5	−1½	−1	+11½	+11	− 1	−2
Japan	+12,9	+ 1,5	−3	+5	+25	+16	− 3	+5
Schweden	+ 1,6	+ 3,3	+3½	+3	+10	+10	+10	+7
Schweiz	+ 1,3	+ 5,6	+1	+1	+10	+ 8	+ 3	+3
Österreich	+ 0,8	+ 4,7	+5	+4	+10	+11	+ 8½	+7
Insgesamt [4]	+89,5	+70,7	− ½	+1	+13½	+12	+ 1	+1½

[1]) Anteil am nominalen Bruttosozialprodukt in Preisen und Wechselkursen von 1973; Quelle: OECD.
[2]) Anteil an der nominalen Warenausfuhr.
[3]) Eigene Schätzung.
[4]) Zusammengewogen mit den Anteilen am nominalen Bruttosozialprodukt 1973 der OECD-Länder.
a) Bedingte Prognose I.

tumsrate des Jahres 1974 nicht erreicht werden. In Italien ist es angesichts der wieder härter werdenden sozialen Auseinandersetzungen sogar zweifelhaft, ob eine Belebung der Wirtschaft gelingen wird; dort dürfte 1975 das Sozialprodukt stagnieren (1974: 4½ vH). Am anderen Ende der Skala dürfte Frankreich mit 3 vH bis 4 vH Anstieg des realen Bruttosozialprodukts liegen, während die übrigen Länder eine Zunahme in der Größenordnung von 1 vH bis 3 vH erwarten können.

257. Für eine Bremsung des Preisanstiegs bestehen 1975 nicht nur in der Gemeinschaft und in den Vereinigten Staaten, sondern in fast allen industrialisierten Ländern der Welt nur geringe Chancen. Eine nennenswerte Entlastung ist allein von den Preisen für Öl und Rohstoffe zu erwarten; die einen werden nicht mehr steigen, die anderen zunächst weiter sinken, wenigstens bis bei einer Belebung der Weltkonjunktur die Rohstofflager wieder aufgefüllt werden. Die Verbraucherpreise für Nahrungsmittel werden dagegen mit großer Wahrscheinlichkeit bald wieder stärker steigen, als sie es 1974 unter dem Einfluß eines reichlichen Angebots taten. Zudem scheinen in vielen Ländern die Kostenerhöhungen für industrielle Produkte noch nicht voll auf die Verbraucherpreise überwälzt worden zu sein. Wird der monetäre Rahmen, wie zu erwarten ist, künftig wieder etwas weiter sein als bisher, dann werden die Anbieter wohl nicht ohne Erfolg versuchen, dies nachzuholen. Die Aussicht auf anhaltende Preissteigerungen dürfte allein schon dafür sorgen, daß die Nominallohnforderungen im allgemeinen

hoch bleiben; entsprechend stark wird der Lohnkostendruck sein.

Nur wenigen Ländern dürfte es gelingen, den Anstieg der Verbraucherpreise unter 10 vH zu halten. In den meisten Ländern werden die Steigerungsraten zwischen 10 vH und 15 vH liegen und damit nicht sehr weit unter denen des Jahres 1974. Sicherlich wird unter diesen Umständen die Neigung wieder zunehmen, durch direkte Eingriffe in die Preis- und Lohnbildung die Inflation zu bremsen — trotz der enttäuschenden Erfahrungen, die damit in der Vergangenheit gemacht wurden.

258. Die Zahlungsbilanzungleichgewichte, die sich als Folge der Ölpreisexplosion herausgebildet haben, stellen ein erhebliches Risiko für die weltwirtschaftliche Entwicklung im kommenden Jahr dar. Zwar werden sich diese Ungleichgewichte aller Voraussicht nach 1975 nicht mehr verschärfen, sie werden sich aber auch nicht merklich verringern. Die Entwicklung der Weltkonjunktur würde anders verlaufen als zuvor skizziert, wenn sich eine Reihe bedeutender Defizitländer — vor allem Großbritannien und Italien, möglicherweise aber auch Frankreich — gezwungen sehen würde, zur Vermeidung der außenwirtschaftlichen Zahlungsunfähigkeit drastische Maßnahmen zu ergreifen. Angesichts der bereits verschlechterten Beschäftigungslage in diesen Ländern ist dabei jedoch nicht an eine Verschärfung der Nachfragerestriktion zu denken, mit deren Hilfe versucht werden könnte, die Einfuhr zu drosseln und die Ausfuhr zu stimulieren. Diese Erwartung würde sich ohnehin nur dann erfüllen können, wenn die Nachfrage in anderen Ländern entsprechend expandierte. Auch Währungsabwertungen oder das „Herunterfloaten" flexibler Wechselkurse werden nach den jüngeren Erfahrungen wohl nicht ohne weiteres die außenwirtschaftlichen Positionen verbessern (Ziffer 7). Im übrigen hat die Erfahrung gezeigt, daß die Preiselastizitäten im Außenhandel kurzfristig gering sind, Abwertungen also die Importnachfrage nicht rasch im erwünschten Umfang zurückdrängen und die Ausfuhr nicht steigern. Aus all diesen Gründen sind daher dirigistische Eingriffe in den Handel und in den Kapitalverkehr zu befürchten.

259. Um dies zu verhindern, muß das sich verschärfende Problem des Recycling der Ölgelder umgehend gelöst werden (Ziffern 13 ff.). Als besonders problematisch wird sich die mangelnde Bonität einiger Defizitländer erweisen: ohne die Bürgschaft Dritter haben sie schon heute Schwierigkeiten, Auslandskredite zu erhalten, um ihre Ölrechnungen zu begleichen. Die Auseinandersetzungen um die erste Gemeinschaftsanleihe der Europäischen Gemeinschaft haben gezeigt, wie begrenzt die Bereitschaft ist, solche Bürgschaften zu übernehmen. Ohne strenge Auflagen, die zu einer restriktiven Wirtschaftspolitik zwingen, wird es allerdings nicht abgehen.

260. Die Aussichten für die Entwicklung des Welthandels im kommenden Jahr hängen in hohem Maße davon ab, daß es nicht zu Störungen infolge unüberwindlicher Zahlungsbilanzschwierigkeiten kommt. Da aber auch unter dieser Voraussetzung die Weltkonjunktur recht schwach sein wird — fortdauernder Abschwung im ersten Teil des Jahres, allmähliche Belebung im späteren Verlauf — kann für den Welthandel dem Volumen nach nur eine geringe Expansion erwartet werden. Der Export der Industrieländer wird 1975 erheblich weniger zunehmen als 1974, nämlich in der Größenordnung von 4 vH (1974: 9 vH). Dabei wird die Ausfuhr in die Ölförderländer und in die Staatshandelsländer wesentlich zur Ausweitung beitragen. Der Export der Ölförderländer wird, im Gegensatz zur vorjährigen Entwicklung, wieder ansteigen; die vorwiegend Rohstoffe exportierenden Länder werden ihre Ausfuhr angesichts der Konjunkturschwäche in den Industrieländern nur wenig ausweiten können. Insgesamt dürfte sich der Welthandel dem Volumen nach nur noch um 3 vH bis 4 vH (1974: 6 vH) erhöhen.

Die Aufblähung der Welthandelswerte durch Preissteigerungen und Wechselkursveränderungen, die 1974 besonders groß war (wertmäßig betrug der Anstieg, in US-Dollar gerechnet, rund 45 vH), wird 1975 erheblich geringer sein. Bei den Terms of Trade, die sich 1974 einschneidend zu Lasten der Industrieländer verschoben haben, ist im Verlauf des Jahres 1975 wieder eine Verbesserung zu erwarten, mehr gegenüber den Rohstoffländern, weniger gegenüber den Ölförderländern.

II. Die öffentlichen Finanzen im Jahre 1975

261. In der Bundesrepublik werden von den Haushalten der Gebietskörperschaften 1975 starke expansive Impulse ausgehen, da der Staat mit der Reform der Lohn- und Einkommensteuer die Privaten entlastet und für den Familienlastenausgleich erheblich mehr als bisher aufwendet (Tabelle 16):

- Durch die Änderung des Steuertarifs wird die Steuerlast der Privaten, legt man die Schätzung des Bundesfinanzministeriums zugrunde, um 7 Mrd DM vermindert, in erster Linie, weil der steuerfreie Grundbetrag, der allen Einkommensbeziehern zugute kommt, erhöht wird. Mit zunehmendem Einkommen wird dieser Steuervorteil indessen immer kleiner, da die Steuerprogression trotz des Wegfalls der Ergänzungsabgabe verschärft wird. Ledige, die ein Einkommen über 80 000 DM, und Verheiratete, die ein Einkommen über 160 000 DM zu versteuern haben, zahlen künftig mehr Steuern als bisher.
- Durch die Neuregelung des Familienlastenausgleichs erhalten die privaten Haushalte 5½ Mrd DM mehr. Bei der Berechnung der Lohn- und Einkommensteuer können sie zwar keinen Kindergeldfreibetrag mehr geltend machen, doch erhalten sie statt dessen für jedes Kind ein Kindergeld. Bei Haushalten mit einem Grenzsteuersatz von 50 vH gleicht dieses Kindergeld die bisherige Steuerersparnis und das bisherige Kindergeld nahezu aus; für Haushalte mit niedrigerem

Grenzsteuersatz ist die neue Regelung dagegen von Vorteil. [1])

— Schließlich sparen die privaten Haushalte 5 Mrd DM an Steuern, weil ihnen zusätzliche Steuervergünstigungen eingeräumt werden; sie können von ihren Aufwendungen für die Alters- und Krankenversicherung 60 vH mehr als bisher steuermindernd von ihrem Einkommen absetzen; Arbeitnehmer erhalten zudem einen höheren Freibetrag. Dagegen verlieren die Privaten 2½ Mrd DM an Vergünstigungen, da die Sparprämien künftig nur noch bis zu einer bestimmten Einkommensgrenze gewährt werden und da die Vermögensteuer nicht mehr steuermindernd vom Einkommen abgezogen werden kann.

— Durch sonstige Steuerrechtsänderungen werden allerdings insbesondere die Unternehmen um 1 Mrd DM mehr belastet. Ein höherer Freibetrag bei der Gewerbesteuer für kleinere Unternehmen und ein höherer Vorsteuerabzug bei der Umsatzsteuer für die Landwirtschaft bringen zwar Steuervorteile, doch stehen dem Mehrbelastungen bei der Vermögensteuer und bei der Grundsteuer gegenüber.

Alles in allem erhöht sich das Einkommen der Privaten aufgrund der neuen Einnahmenregelungen und der Erhöhung des Kindergeldes um 14 Mrd DM. Dadurch können die meisten privaten Haushalte, vor allem solche mit Kindern und niedrigem Einkommen mehr Ansprüche an das Produktionspotential geltend machen; die Bezieher von sehr hohen Einkommen sowie viele Unternehmen werden dagegen höher besteuert. Die Nettoeinkommen der Arbeitnehmer werden infolge der Steuerreform um 1½ Prozentpunkte stärker als die Bruttoeinkommen zunehmen; ohne Steuerreform würden sie dagegen um 2 Prozentpunkte weniger als die Bruttoeinkommen steigen.

262. Mit der Absicht, die expansiven Impulse der Steuerreform nicht noch zu verstärken, empfahl der Finanzplanungsrat im Juni 1974 den Gebietskörperschaften, die Ausgabenexpansion zu zügeln und, abgesehen von den durch die Kindergeldreform bedingten Mehrausgaben, den Zuwachs des Haushaltsvolumens auf 10 vH zu begrenzen. Anders als in den vergangenen Jahren dürfte die Empfehlung diesmal Wirklichkeit werden. Unter dem Eindruck, daß wegen der Steuerreform und wegen der gedämpften Konjunktur die Steuereinnahmen spärlicher fließen und die Haushaltsdefizite rasch anschwellen, werden sich viele Gebietskörperschaften gezwungen sehen, neue Ausgabenwünsche abzuweisen und geplante Ausgabenvorhaben zu vertagen. Wir nehmen aber nicht an — die bisher vorliegenden Haushaltsentwürfe des Bundes und einiger Länder bestärken uns darin —, daß in einem Wettlauf zwischen Einnahmenausfällen und Ausgabenkürzungen die vom Finanzplanungsrat gesetzte Obergrenze nenneswert unterschritten wird; zu groß sind bereits die eingegangenen Ausgabenverpflichtungen und zu sehr sehen sich inzwischen selbst die Gebietskörperschaften der unteren Ebenen für die Beschäftigung verantwortlich [1]).

263. Bei unserer Vorausschau gehen wir davon aus, daß 1975 die Ausgaben der Gebietskörperschaften — in der Abgrenzung der Finanzstatistik — um 9½ vH auf 350 Mrd DM ansteigen. Einschließlich der 11 Mrd DM Mehrausgaben für das Kindergeld wird das Haushaltsvolumen 361 Mrd DM betragen.

Konjunkturneutral ist dagegen ein Ausgabenvolumen von 335 Mrd DM. Für die expansiven Impulse, die von den Haushalten der Gebietskörperschaften ausgehen, steht somit ein Betrag von 26 Mrd DM. Der konjunkturelle Impuls der Steuerreform wird also noch beträchtlich verstärkt (Ziffer 330).

264. Die Einnahmen werden 1975 um 7 vH steigen. Die Gebietskörperschaften dürfen 310 Mrd DM einnehmen, darunter 256 Mrd DM an Steuern, so daß das Finanzierungsdefizit 51 Mrd DM betragen wird.

Alllerdings führt nicht das gesamte Haushaltsdefizit auch zu einer Belastung der Kreditmärkte. Ein Teil der Kreditaufnahme entspricht nur dem, was dem Staat nach der Konzeption des konjunkturneutralen Haushalts als normale Verschuldung offensteht, weil sich die Privaten daran gewöhnt haben, daß der Staat in diesem Ausmaß ihre Ersparnisse in Anspruch nimmt.

Darüber hinaus kann er in Höhe der konjunkturbedingten Steuerausfälle auf Kreditmittel zurückgreifen, welche die Privaten wegen ihrer geringen Ausgabenneigung nicht nutzen. Die verbleibende Hälfte seines Kreditbedarfs also, so viel wie der konjunkturelle Impuls, wird der Staat indes möglicherweise zu Lasten privater Kreditwünsche decken müssen (Ziffer 328).

265. Die Ausgaben der Sozialversicherung werden 1975 um 12½ vH auf 192 Mrd DM zunehmen. Dem stehen Einnahmen in Höhe von 197 Mrd DM ge-

[1]) Im öffentlichen Dienst ersetzt das neue Kindergeld die Kinderzuschläge, die den Bediensteten im Rahmen ihres Gehalts anstelle des gesetzlichen Kindergeldes gewährt wurden. Da diese Zuschläge, anders als das gesetzliche Kindergeld, bisher schon für das erste und das zweite Kind gezahlt wurden, würde der öffentliche Dienst dadurch einen besonderen Einkommensvorteil verlieren. Wir haben bei unseren Vorausschätzungen unterstellt, daß dieser Vorteil durch einen entsprechenden Besoldungsausgleich wiederhergestellt wird.

[1]) Der Entwurf des Bundeshaushalts sieht zwar — ohne die Mehrausgaben für das Kindergeld, aber einschließlich 2,5 Mrd DM gestundeter Zuschüsse an die Sozialversicherung — nur einen Anstieg der Ausgaben um 7 vH vor; dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß er keinen Zuschuß an den Haushalt der Europäischen Gemeinschaft mehr enthält, da die Europäische Gemeinschaft statt dessen direkt am Steueraufkommen beteiligt werden soll. Die geplanten Bundesausgaben und der an die Europäische Gemeinschaft zu übertragende Teil der Steuereinnahmen zusammengenommen steigen um 9½ vH. Außerdem ist im Haushaltsvolumen nicht das Konjunkturprogramm vom September 1974 enthalten, das großenteils erst 1975 kassenwirksam wird.

genüber. In der Zuwachsrate der Einnahmen (10½ vH) schlägt sich auch nieder, daß die Beitragssätze für die Arbeitslosenversicherung und der Krankenversicherung um fast einen Prozentpunkt angehoben werden.

266. Die Struktur der Staatsausgaben wird sich 1975 wesentlich ändern (Tabelle 23). Bedingt durch die kräftige Aufstockung des Kindergeldes, der Renten sowie der Ausbildungsförderung für Schüler und Studenten und infolge einer verstärkten Inanspruchnahme von Arbeitslosengeld steigen die Einkommensübertragungen an private Haushalte sprunghaft an. Dagegen wird der Staat nicht wesentlich mehr an zusätzlichen Investitionsvorhaben in Angriff nehmen als im Jahr 1974; auch die Sachkäufe des Staates, die mit den Personalaufwendungen in den Verbrauchsausgaben enthalten sind, werden nur wenig steigen. Der Spielraum für Investitionen und Sachausgaben hängt indessen vor allem von der Entwicklung der Personalausgaben ab.

III. Zur voraussichtlichen Entwicklung der Binnenkonjunktur

267. Die westdeutsche Wirtschaft befindet sich seit der zweiten Jahreshälfte 1973 in einem konjunkturellen Abschwung, der sich aller Voraussicht nach bis ins Jahr 1975 fortsetzen wird: Der Auslastungsgrad des Produktionspotentials wird weiter zurückgehen und die Arbeitslosigkeit zunächst noch zunehmen, die Stabilisierung von Preisen und Kosten wird indes deutliche Fortschritte machen.

Tabelle 23

Einnahmen und Ausgaben des Staates [1])

Schätzung für das Jahr 1974 und Prognose für das Jahr 1975 [2])

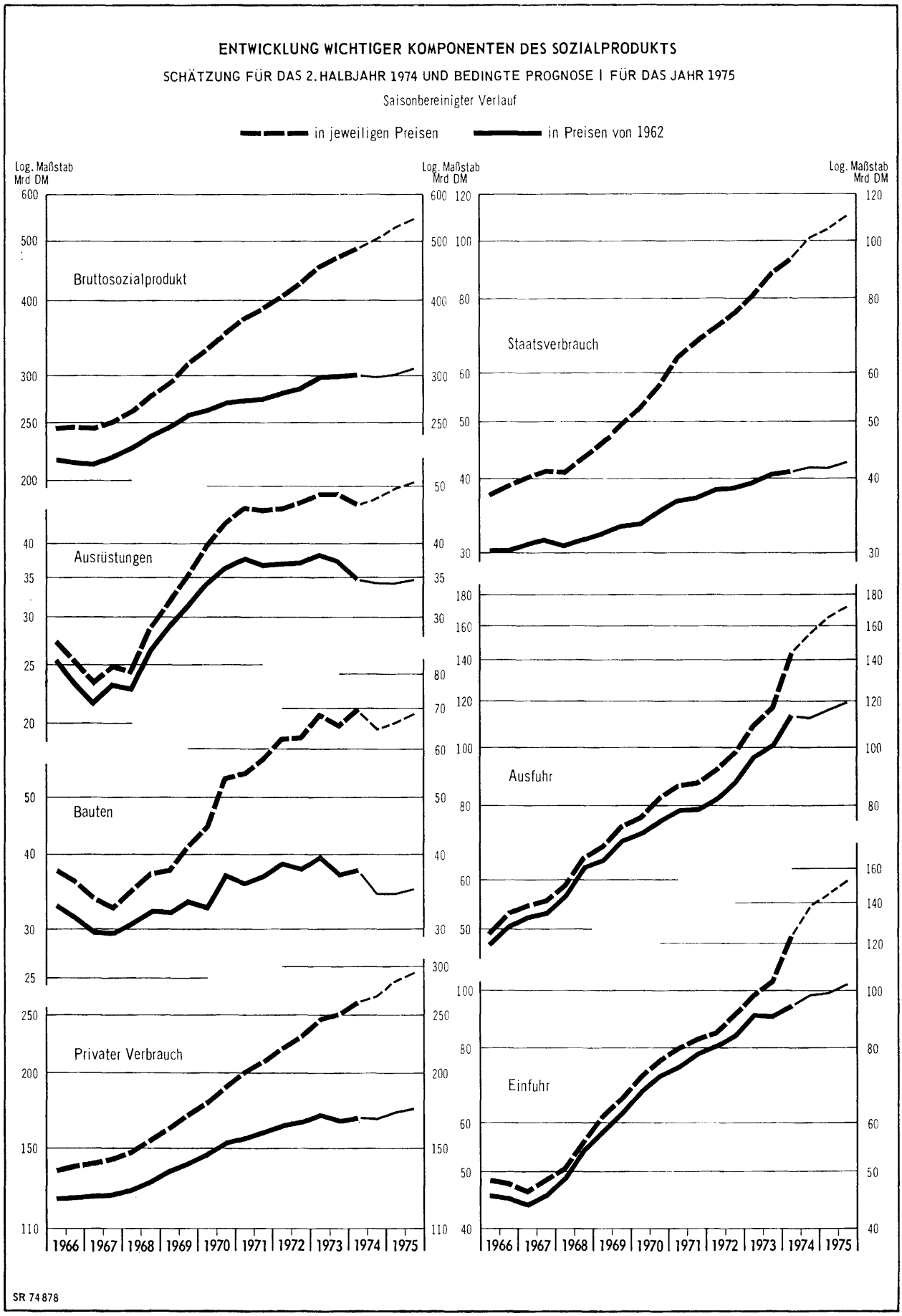
	1973		1974	1975
	Mrd DM	Anteil in vH	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH	
Einnahmen insgesamt	390,7	100,0	+ 8½	+ 7
Steuern	232,4	59,5	+ 7	+ 5
Sozialversicherungsbeiträge	128,7	32,9	+11	+10½
Sonstige laufende Einnahmen	20,1	5,1	+ 6	+ 7½
Vermögensübertragungen und Abschreibungen	9,4	2,4	+ 9½	+ 8
Ausgaben insgesamt	376,7	100,0	+15	+13
Staatsverbrauch	168,6	44,8	+15	+10½
Einkommensübertragungen	146,6	38,9	+14	+18
Private Haushalte	123,2	32,7	+15½	+19½
Unternehmen und übrige Welt	23,4	6,2	+ 5½	+ 8
Zinsen	9,6	2,6	+22	+24
Vermögensübertragungen	19,6	5,2	+11½	+ 6
Investitionen	32,4	8,6	+17	+ 7½
	Mrd DM			
Finanzierungssaldo [3])	+14,0	.	− 8	−35
Sozialversicherung	+13,7	.	+ 7	+ 5
Gebietskörperschaften	+ 0,2	.	−15	−41
nachrichtlich: in der Abgrenzung der Finanzstatistik	−13,0	.	−29	−51

[1]) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen einschließlich Sozialversicherung. Die hier ausgewiesenen Größen sind mit den entsprechenden Angaben der Finanzstatistik in der Tabelle 17 und in der Tabelle 25 nicht voll vergleichbar. So werden beispielsweise die Investitionen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen im Zeitraum der Produktion, in der Finanzstatistik bei Bezahlung der Rechnung verbucht.

[2]) Veränderungsraten gerundet.

[3]) Überschuß: +, Defizit: —.

Schaubild 35



Entscheidende Bedeutung für den weiteren Konjunkturverlauf messen wir unter den genannten konjunkturpolitischen Bedingungen (Ziffer 246) dem Ergebnis der kommenden Lohnverhandlungen zu. Bei unserer Vorausschau sind wir von der Erwartung ausgegangen, daß der Lohnpolitik ein Schritt in Richtung auf stabilisierungsgerechte Tarifabschlüsse gelingt. Entsprechend dieser Erwartung und aufgrund der Tatsache, daß 1975 von den öffentlichen Haushalten stark expansive Wirkungen ausgehen werden, halten wir es für wahrscheinlich, daß der Konjunkturabschwung im Laufe des Jahres zum Stillstand kommen und in einen Aufschwung münden wird.

268. In unsere Rechnung haben wir eine Anhebung der effektiven Stundenverdienste (einschließlich aller Nebenleistungen, wie verlängerter Urlaub, Gewährung eines Urlaubsgeldes, Ausgleich für Arbeitszeitverkürzung etc.) von rund 8½ vH eingestellt. Diese Rate entspricht der mittleren von drei Varianten, die wir in unseren Alternativrechnungen zugrunde gelegt haben; sie ist keineswegs eine Orientierungszahl für künftige Lohnverhandlungen. Mit ihr darf nicht jene Rate verwechselt werden, die sich daraus für den Jahresdurchschnitt 1975 errechnet. Wegen der Vorbelastung aus dem Jahre 1974 — am Jahresende dürfte das Effektivlohnniveau je Stunde schon um 3 vH über dem Jahresdurchschnitt 1974 liegen (Überhang) — ergibt sich hier eine deutlich höhere Steigerungsrate (10½ vH bis 11 vH). Der Lohnkosteneffekt ist wegen der Anhebung der Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung noch um einen halben Prozentpunkt höher zu veranschlagen.

269. Erweist sich unsere Lohnsetzung als zutreffend, so läuft das aller Voraussicht nach nicht auf eine Erhöhung der Gewinnspannen hinaus. Die Verteilungsposition der Arbeitnehmer verbessert sich noch. Ob es unter diesen Umständen zu einer Tendenzwende bei den Investitionen kommt, ist nicht sicher. Es ist zwar nach aller Erfahrung nicht so, daß erst die Gewinne steigen müssen, damit die Investitionsbereitschaft zunimmt; in der Regel reicht es schon aus, daß sich die Gewinnerwartungen verbessern, und hierfür könnte die Abkehr von den hohen Lohnsteigerungsraten ein Indiz sein. Nach der starken Kompression der Gewinnraten in den vergangenen fünf Jahren bedarf es aber vermutlich deutlicherer lohnpolitischer Signale, damit sich ein nachhaltiger Investitionsaufschwung einstellt.

270. Nach den Ergebnissen des Ifo-Investitionstests plant die Industrie, ihre realen Investitionen nur wenig zu steigern. Das gleiche gilt für den Bereich der öffentlichen Versorgungsunternehmen. Die meisten anderen Wirtschaftszweige, allen voran das Baugewerbe, aber auch der Handel und die Landwirtschaft, wollen ihre Investitionen sogar merklich einschränken. Selbst wenn man in Rechnung stellt, daß die Unternehmen ihre künftigen Investitionen im Abschwung erfahrungsgemäß unterschätzen, lassen die Planungen für 1975 allenfalls eine Stagnation der realen Ausrüstungsinvestitionen erwarten.

271. In unserer Vorausschau haben wir angenommen, daß der Nachfragerückgang bei Investitionsgütern nach der Jahreswende zum Stillstand kommt und im weiteren Verlauf in einen leichten Anstieg übergeht. Den steigenden Bestellungen dürften die Lieferungen rasch folgen, da die Investitionsgüterhersteller vielfach über hohe unausgenutzte Kapazitäten verfügen. Selbst bei dieser Annahme würde allerdings 1975 das Investitionsvolumen des Jahres 1974 gerade nur erreicht. Die Investitionsquote, das heißt der Anteil der Ausrüstungsinvestitionen an der Gesamtnachfrage, der seit 1970 ständig gesunken ist, wäre abermals niedriger und damit der niedrigste seit Anfang der sechziger Jahre überhaupt.

272. Auch bei den Bauinvestitionen erwarten wir allenfalls im späteren Jahresverlauf eine leichte Zunahme; im Jahresdurchschnitt ergibt sich dabei nochmals ein Rückgang (−3½ vH).

- Im Wohnungsbau dürfte sich die Nachfrage weiter stabilisieren, zumal viele Bauwillige bei sinkenden Hypothekenzinsen aufgeschobene Bauvorhaben in Angriff nehmen könnten. Da die Anpassung der Produktion an das deutlich niedrigere Nachfrageniveau noch nicht abgeschlossen ist — zahlreiche auf dem Höhepunkt des Booms begonnene Wohnungen befinden sich noch im Innenausbau —, ist vor allem im Ausbaugewerbe mit einem weiteren kräftigen Rückgang zu rechnen.
- Bei gewerblichen Bauten ist im Einklang mit dem Verlauf bei den Ausrüstungsinvestitionen zwar nicht mit einem weiteren Rückgang zu rechnen, aber auch nicht mit einem nennenswerten Anstieg, da die Bereitschaft zu Kapizitätserweiterungen vorerst gering bleiben wird.
- Die öffentlichen Bauinvestitionen hingegen dürften weiter zunehmen, nach dem kräftigen Anstieg in diesem Jahr allerdings merklich verlangsamt.

273. Von den Lagerinvestitionen werden nur geringe Impulse ausgehen. Industrie und Handel haben in letzter Zeit die Vorratshaltung zwar merklich eingeschränkt, doch besteht angesichts der unsicheren Absatzerwartungen vorerst wenig Neigung, die Läger wieder aufzustocken; die Mehrheit der Unternehmen beurteilt diese jedenfalls nach wie wie vor als zu groß. Dabei mag die Überlegung eine Rolle spielen, daß die Lieferfristen derzeit recht kurz und Engpässe selbst dann nicht zu befürchten sind, wenn der Absatz die Erwartungen deutlich übertreffen sollte. Unter diesen Voraussetzungen bilden selbst niedrigere Zinssätze erfahrungsgemäß nur einen geringen Anreiz zu verstärkter Vorratshaltung.

274. Unsicher sind wir nicht nur hinsichtlich der Investitionen, sondern auch in bezug auf die Exportschätzung. Der Anstieg der Auslandsnachfrage hat sich in den letzten Monaten merklich abgeschwächt; dies mag eine vorübergehende Entwicklung sein, sicher ist das jedoch nicht:

Tabelle 24

Die wichtigsten Daten der Volkswirt

Schätzung für das 2. Halbjahr 1974

Absolute Werte

	Einheit	1973	1974	1975	1974		1975	
					1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
Verwendung des Sozialprodukts in jeweiligen Preisen								
Privater Verbrauch	Mrd DM	496,8	530,9	578,7	253,0	277,9	275,4	303,3
Staatsverbrauch	Mrd DM	168,6	194,2	214,6	89,0	105,2	98,5	116,1
Bruttoanlageinvestitionen [1]	Mrd DM	230,0	227,7	234,9	108,5	119,2	109,3	125,6
Ausrüstungen	Mrd DM	96,5	93,9	100,0	45,4	48,5	48,3	51,7
Bauten	Mrd DM	133,6	133,8	134,9	63,1	70,7	61,0	73,9
Vorratsveränderungen	Mrd DM	+ 9,6	+ 4,4	+ 6,2	+ 7,4	− 3,0	+ 8,2	− 2,0
Außenbeitrag	Mrd DM	+25,3	+37,9	+40,6	+20,7	+17,2	+20,5	+20,1
Ausfuhr	Mrd DM	226,2	299,1	337,7	142,7	156,4	163,9	173,8
Einfuhr	Mrd DM	200,8	261,2	297,1	122,0	139,2	143,4	153,7
Bruttosozialprodukt in Preisen von 1962	Mrd DM	930,3	995,1	1 075,0	478,6	516,5	511,9	563,1
Privater Verbrauch	Mrd DM	337,8	336,1	346,3	162,1	174,0	166,0	180,3
Staatsverbrauch	Mrd DM	79,9	82,8	84,3	39,5	43,3	40,1	44,2
Bruttoanlageinvestitionen	Mrd DM	152,1	140,8	138,3	68,3	72,5	65,2	73,1
Ausrüstungen	Mrd DM	75,3	68,9	68,9	34,1	34,8	33,6	35,3
Bauten	Mrd DM	76,8	72,0	69,4	34,3	37,7	31,6	37,8
Ausfuhr	Mrd DM	196,8	225,7	234,9	112,5	113,2	115,2	119,7
Einfuhr	Mrd DM	180,8	192,1	201,3	93,3	98,8	98,5	102,8
Bruttosozialprodukt	Mrd DM	593,8	596,4	607,6	294,4	302,0	294,4	313,2
Preisentwicklung								
Privater Verbrauch	1962 = 100	147,0	158,0	167,1	156,1	159,7	165,9	168,2
Bruttosozialprodukt	1962 = 100	156,7	166,9	176,9	162,6	171,0	173,9	179,8
Entstehung des Sozialprodukts								
Erwerbstätige [2]	1 000	26 659	26 190	25 825	26 265	26 115	25 665	25 985
Arbeitszeit	Stunden	.	.	.	.	.	.	.
Arbeitsvolumen	Mrd Std.	.	.	.	.	.	.	.
Produktivität	DM je Std.	.	.	.	.	.	.	.
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1962	Mrd DM	594,1	596,7	607,9	294,9	301,8	294,9	313,0
Verteilung des Volkseinkommens								
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	Mrd DM	498,5	546,9	590,5	261,0	285,9	279,1	311,4
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	Mrd DM	218,7	217,9	235,3	105,4	112,5	111,2	124,1
Nettosozialprodukt zu Faktorkosten	Mrd DM	717,3	764,8	825,8	366,4	398,4	390,3	435,5
Nettoeinkommen [4]								
aus unselbständiger Arbeit	Mrd DM	317,7	341,7	373,8	167,5	174,2	181,4	192,4
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	Mrd DM	169,0	167,2	185,4	80,6	86,7	87,5	97,9
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	Mrd DM	574,7	616,8	672,0	294,2	322,6	320,6	351,4

[1] Einschließlich Investitionsteuer.
[2] Ab 1974 eigene Schätzung.

Tabelle 24

schaftlichen Gesamtrechnungen

und Vorausschau auf das Jahr 1975

Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH

	1973	1974	1975	1974		1975	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
Verwendung des Sozialprodukts in jeweiligen Preisen							
Privater Verbrauch	+10,2	+ 7	+ 9	+ 6,6	+ 7	+ 9	+ 9
Staatsverbrauch	+15,1	+15	+10½	+15,5	+15	+10½	+10½
Bruttoanlageinvestitionen	+ 5,8	− 1	+ 3	− 0,8	− 1	+ ½	+ 5½
Ausrüstungen	+ 4,3	− 2½	+ 6½	− 3,6	− 1½	+ 6½	+ 6½
Bauten	+ 6,9	+ 0	+ 1	+ 1,3	− 1	− 3½	+ 4½
Vorratsveränderungen	.	.	.	.	.	.	.
Außenbeitrag	.	.	.	.	.	.	.
Ausfuhr	+18,9	+32	+13	+32,5	+32	+15	+11
Einfuhr	+14,9	+30	+13½	+27,1	+33	+17½	+10½
Bruttosozialprodukt in Preisen von 1962	+11,5	+ 7	+ 8	+ 7,0	+ 7	+ 7	+ 9
Privater Verbrauch	+ 2,9	− ½	+ 3	− 1,1	± 0	+ 2½	+ 3½
Staatsverbrauch	+ 4,0	+ 3½	+ 2	+ 4,0	+ 3	+ 1½	+ 2
Bruttoanlageinvestitionen	+ 1,1	− 7½	− 2	− 7,2	− 7½	− 4½	+ 1
Ausrüstungen	+ 2,0	− 8½	± 0	− 9,0	− 8	− 1½	+ 1½
Bauten	+ 0,3	− 6	− 3½	− 5,4	− 7	− 8	+ ½
Ausfuhr	+16,2	+14½	+ 4	+17,6	+12	+ 2½	+ 5½
Einfuhr	+ 9,8	+ 6½	+ 5	+ 3,6	+ 9	+ 5½	+ 4
Bruttosozialprodukt	+ 5,3	+ ½	+ 2	+ 1,3	− ½	± 0	+ 3½
Preisentwicklung							
Privater Verbrauch	+ 7,0	+ 7½	+5½ bis 6	+ 7,7	+ 7	+ 6½	+ 5½
Bruttosozialprodukt	+ 5,9	+ 6½	+ 6	+ 5,7	+ 7½	+ 7	+ 5
Entstehung des Sozialprodukts							
Erwerbstätige [2]	+ 0,3	− 2	− 1½	− 1,2	− 2½	− 2	− ½
Arbeitszeit [3]	− 0,6	− 1½	− 1	− 1,3	− 1	− 1½	− ½
Arbeitsvolumen	− 0,3	− 3	− 2½	− 2,5	− 3½	− 3½	− 1
Produktivität	+ 5,6	+ 3½	+ 4	+ 4,0	+ 3	+ 3½	+ 4½
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1962	+ 5,3	+ ½	+ 2	+ 1,4	− ½	± 0	+ 3½
Verteilung des Volkseinkommens							
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	+13,5	+ 9½	+ 8	+10,1	+ 9½	+ 7	+ 9
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	+ 9,0	− ½	+ 8	− 0,4	− ½	+ 5½	+10½
Nettosozialprodukt zu Faktorkosten	+12,1	+ 6½	+ 8	+ 6,9	+ 6½	+ 6½	+ 9½
Nettoeinkommen [4]							
aus unselbständiger Arbeit	+ 8,9	+ 7½	+ 9½	+ 8,7	+ 6½	+ 8½	+10½
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	+ 4,9	− 1	+11	− 3,3	+ 1	+ 8½	+13
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	+ 9,1	+ 7½	+ 9	+ 7,2	+ 7½	+ 9	+ 9

[3] Einschließlich Veränderung der Arbeitstage.

[4] Für 1975 einschließlich der Erhöhung des Kindergeldes.

— Aus unserer Einschätzung der Weltkonjunktur (Ziffern 250 ff.) folgt, daß sich die Expansion des Welthandels 1975 spürbar verlangsamen wird. Hinzu kommt, daß sich viele unserer Handelspartner weiterhin vor erhebliche Zahlungsbilanzprobleme gestellt sehen, und nicht zu erkennen ist, wie sie gelöst werden.

— Was die Bundesrepublik bei den Defizitländern möglicherweise an Exporten einbüßt, könnte sie bei Exporten in die ölproduzierenden Länder vielleicht nicht voll, aber doch zu einem Teil wieder wettmachen. Relativ optimistisch sind wohl auch die Absatzchancen in den Staatshandelsländern zu beurteilen, aus denen die westdeutschen Exporteure in den letzten Monaten größere Aufträge erhalten haben.

— Überdies kann man erwarten, daß angesichts der geringen Kapazitätsauslastung die deutschen Unternehmen ihre Verkaufsanstrengungen auf den Exportmärkten noch verstärken. Unter den von uns gemachten währungspolitischen Bedingungen (unveränderte reale Wechselkurse) können sie zwar nicht mehr von den höheren Inflationsraten im Ausland profitieren; ihre Wettbewerbssituation wird sich aber auch nicht verschlechtern.

Wägt man alle Argumente gegeneinander ab, so spricht mehr für die Annahme, daß sich der Anstieg der Auslandsnachfrage fortsetzen wird. Doch selbst wenn sich diese Einschätzung als unzutreffend erweisen sollte, wird wegen der großen Auftragsbestände die Warenausfuhr real weiterhin zunehmen. Allerdings wird die hohe Zuwachsrate des Jahres 1974 bei weitem nicht wieder erreicht werden; für den Jahresdurchschnitt 1975 rechnen wir, Waren und Dienstleistungen zusammengenommen, sogar nur mit der bescheidenen Steigerung von 4 vH.

275. Hoffnungen auf eine konjunkturelle Tendenzwende finden ihre Stütze vor allem in der Erwartung einer deutlichen Belebung der Verbrauchskonjunktur: Infolge der Steuer- und Kindergeldreform werden die Nettoeinkommen der Arbeitnehmer erstmals seit langer Zeit wieder merklich stärker zunehmen als die Bruttoeinkommen; auch bei unserer Annahme deutlich niedrigerer Lohnabschlüsse ergibt sich hieraus für die Nettoeinkommen ein kräftiger Anstieg. Dabei werden vor allem Haushalte mit geringerem Einkommen begünstigt, die eine vergleichsweise hohe Verbrauchsquote aufweisen (Ziffer 261).

Ausschlaggebend für die Entwicklung des privaten Verbrauchs ist freilich nicht allein die Kaufkraft, sondern auch die Kaufbereitschaft. Solange die Arbeitsplätze und damit die Einkommenserwartungen als unsicher erscheinen, halten sich die privaten Haushalte erfahrungsgemäß bei ihren Käufen zurück. In unserer Rechnung haben wir deshalb für das Jahr 1975 eine gleichhohe Sparquote eingesetzt wie für das Jahr 1974; dennoch dürften sich die Verbrauchsausgaben der privaten Haushalte um etwa 9 vH erhöhen; unter der Annahme einer anhaltenden Abschwächung des Preisanstiegs bedeutet dies auch eine spürbare Zunahme des realen Verbrauchs (3 vH).

276. Bei der von uns zugrunde gelegten Nachfrageentwicklung wird das reale Sozialprodukt — nach einer Stagnation im Winterhalbjahr — wieder expandieren, im späteren Jahresverlauf sogar stärker als das Produktionspotential, dessen Wachstumsrate wir auf 3 vH veranschlagen. Im Vorjahresvergleich (Jahresdurchschnitt 1975 gegen Jahresdurchschnitt 1974) ergibt dies eine Zuwachsrate von etwa 2 vH, nach nur ½ vH im Jahre 1974.

277. Bei einer Belebung von Nachfrage und Produktion wird auch die Wareneinfuhr im Jahresverlauf wieder etwas stärker zunehmen: Die Industrie dürfte die Lagerbestände bei Rohstoffen und Vorprodukten aufstocken, allerdings in Erwartung weiter sinkender Weltmarktpreise zunächst nur zögernd. Vor allem aber wird sich die Einfuhr von Fertigwaren verstärken, wenn sich die Verbrauchskonjunktur belebt und bei sich abschwächender Konjunktur im Ausland der Konkurrenzdruck von seiten ausländischer Anbieter zunimmt.

Trotzdem wird sich das Importdefizit nicht verringern. Bei unseren Annahmen über die Entwicklung von Ausfuhr und Einfuhr bleibt der Anteil des Außenbeitrags am nominalen Sozialprodukt mit fast 4 vH unangemessen hoch.

278. Bis zur konjunkturellen Tendenzwende, mit der wir im Verlauf des Jahres 1975 rechnen, scheint uns ein weiterer Rückgang der Beschäftigung und damit eine Zunahme der Arbeitslosigkeit vorgezeichnet: Wo die Unternehmen dem Kostendruck nicht durch Preiserhöhungen auszuweichen vermögen — und hierfür sehen wir unter den Annahmen unserer Prognose nur begrenzten Spielraum —, werden sie nicht umhin können, ihren Personalbestand weiter abzubauen; die Möglichkeiten, die steigenden Kosten mit einer nochmaligen Reduktion der Gewinnspannen aufzufangen, sind nur gering. Je deutlicher die Wende bei der Lohnpolitik gelingt, desto mehr dürften die Unternehmen in Erwartung eines neuen Aufschwungs versuchen, die Arbeitskräfte mit Hilfe von Kurzarbeit durchzuhalten; je weniger die Wende gelingt, desto mehr werden sie Arbeitskräfte entlassen.

In den nächsten Monaten wird freilich die Situation auf dem Arbeitsmarkt zusätzlich dadurch belastet, daß die Anzahl der Arbeitslosen aus saisonalen Gründen, vor allem in den witterungsabhängigen Außenberufen, rasch ansteigen wird. Soweit es sich um den üblichen jahreszeitlichen Einfluß handelt, der je nachdem, wie streng der Winter ausfallen wird, mehr oder weniger groß sein kann, wird ihre Zahl im Frühjahr rasch wieder sinken. Was den konjunkturellen und strukturellen Kern der Arbeitslosigkeit anlangt, sind wir allerdings weniger optimistisch. Hier dürfte es erst im späteren Jahresverlauf und dann auch nur allmählich zu einem Rückgang kommen. Aufs ganze Jahr bezogen ist jedenfalls mit einer merklich höheren Zahl von Arbeitslosen als 1974 zu rechnen.

279. Unter der Annahme, daß die monetäre Politik die Überwälzungsmöglichkeiten begrenzt, wird man mit weiteren Fortschritten bei der Stabilisierung des Preisniveaus rechnen können, zumal da, der niedrigen Kapazitätsauslastung wegen, der Preiswettbewerb rege bleiben wird. Hinzu kommt, daß sich die starke Verteuerung von Mineralöl und Rohstoffen, die das gesamtwirtschaftliche Kostenniveau 1974 kräftig in die Höhe getrieben hatte, nicht wiederholen wird. Die hiervon ausgehenden preisdämpfenden Effekte werden sich zunächst nur auf den konsumfernen Produktionsstufen, im späteren Verlauf aber auch auf den konsumnahen Märkten bemerkbar machen.

280. Bei den Verbraucherpreisen, gemessen am Preisindex für die Lebenshaltung, rechnen wir mit einer weiteren Verlangsamung im Anstieg. Dabei gehen wir davon aus, daß auch der Preisauftrieb bei industriell erzeugten Gütern abklingt, der bislang noch ungebrochen war.

Für 1975 veranschlagen wir die laufende Rate des Preisanstiegs (Jahresende 1975 gegenüber Jahresende 1974 gerechnet) auf etwa 5 vH. Da Ende des Jahres 1974 das Preisniveau schon um 3 vH höher liegen wird als im Jahresdurchschnitt (Überhang), ergibt sich daraus für das ganze Jahr 1975 mit 5½ vH bis 6 vH eine etwas höhere Steigerungsrate.

VIERTES KAPITEL
Vollbeschäftigung für morgen

I. Wovon auszugehen ist

281. Inflation und Zahlungsbilanzungleichgewichte gefährden seit Jahren die internationale Arbeitsteilung. Infolge der Ölkrise haben sich die Gefahren im Jahre 1974 so sehr verschärft, daß sie zu beherrschenden Themen in der Welt wurden. Die Frage nach grundsätzlichen Lösungen, wie die einer Reform der Weltwährungsordnung, ist gleichwohl in den Hintergrund gedrängt worden. Die flexiblen Wechselkurse erwiesen sich als nützlich, mit vielen Schwierigkeiten fertig zu werden; doch zeigte sich auch, daß sie kein Allheilmittel sind, wenn die Inflationsanfälligkeit groß ist. Wo sie Zahlungsbilanzprobleme nicht verhindern können, wird Zuflucht bei Aushilfen mannigfacher Art gesucht. Immerhin wächst die Einsicht, daß ad-hoc-Maßnahmen keine dauerhafte Lösung darstellen. Bittere Erfahrungen erweisen auch mehr und mehr, daß das Beschäftigungsproblem mit Hilfe einer expansiven Geldpolitik nicht zu lösen ist; gleichwohl ist die Wirtschaftspolitik in den meisten Ländern der westlichen Welt nur zaghaft und zögernd auf Antiinflationskurs gegangen.

282. Die Instabilität in der westlichen Welt birgt erhebliche Gefahren für Länder, die so eng in die Weltwirtschaft verflochten sind, wie die Bundesrepublik. Nicht nur ihre außenwirtschaftliche, sondern auch ihre binnenwirtschaftliche Stabilität wird bedroht, weil der Geldwertschwund, wenn er sich draußen fortwährend beschleunigt, selbst bei flexiblen Wechselkursen nicht gänzlich vom Inland fernzuhalten ist. Der internationale Waren- und Kapitalverkehr, der nach dem zweiten Weltkrieg mit viel Mühe von zahlreichen Schranken befreit worden ist, wird in seiner Entwicklung gefährdet, weil Zahlungsbilanzprobleme Kräfte auf den Plan rufen, die sich Heil von einer Renationalisierung erhoffen. Desintegrationstendenzen in der Weltwirtschaft würden aber, kämen sie zum Durchbruch, die wohlstandsfördernde Wirkung der internationalen Arbeitsteilung beeinträchtigen. Es ist also das eigene Interesse, das die Bundesrepublik dazu drängt, in den Problemen der anderen auch ihre eigenen zu sehen.

283. Dies kann jedoch nicht heißen, daß internationale Rücksichten Vorrang vor allem anderen haben sollten. Inflationäre Entwicklungen hinzunehmen, um die Zahlungsbilanzprobleme des Auslands zu entschärfen, hieße nicht nur, daß die Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik das Ziel der Preisniveaustabilität und mit ihm auch die langfristige Sicherung von Vollbeschäftigung und Wirtschaftswachstum aufgeben würde; eine solche Nachgiebigkeit wäre auch deshalb töricht, weil wir dann unsere Wirtschaftspolitik an einem beklagenswerten Zustand der Weltwirtschaft ausrichten würden — und dies ohne jede Chance, dadurch die gegenwärtigen Schwierigkeiten beheben oder dauerhaft auch nur mindern zu können. Das müssen wir unseren westlichen Handelspartnern deutlich zu machen versuchen, und im übrigen müssen wir auf die Einsicht hoffen, daß eine Renationalisierung dem längerfristigen Interesse aller widerspricht. Das Beispiel stabilitätspolitischer Erfolge im Inland könnte dabei von Nutzen sein; hilfreich wären auch Stützungsmaßnahmen für Länder, die eine Stabilisierung bei freiem Außenwirtschaftsverkehr zwar ernsthaft wollen, den Kurs ihrer Wirtschaftspolitik aber ohne Überbrückungshilfen nicht zu ändern vermögen. Multilaterale Lösungen sind allerdings bilateralen vorzuziehen, namentlich weil sie an bestimmte stabilitätspolitische Voraussetzungen in den Empfängerländern geknüpft sein sollten.

284. Zahlungsbilanzungleichgewichte und Inflation kennzeichnen auch die Lage und die absehbare Entwicklung in der Europäischen Gemeinschaft; es kommt hinzu, daß die reale Expansion abnimmt und die Arbeitslosigkeit steigt. Die Situation ist in den einzelnen Mitgliedsstaaten allerdings sehr unterschiedlich (Ziffern 51 ff.). Auch integrationspolitisch bietet die Gemeinschaft ein beklagenswertes Bild: Der Kern des Floating-Blocks ist bis auf die Beneluxländer, Dänemark und die Bundesrepublik zusammengeschmolzen; von den gemeinsamen Institutionen gerät der Agrarmarkt mehr und mehr in Verruf, der Währungsfonds ist funktionslos, und der geplante Regionalfonds kommt nicht voran; nationale Alleingänge gefährden gelegentlich sogar die Zollunion; für die angestrebte Wirtschafts- und Währungsunion, die eine Stabilitätsgemeinschaft werden sollte, haben sich die Aussichten verschlechtert; und über die lange umstrittene Gemeinschaftsanleihe hinaus finden sich nur wenig Anzeichen europäischer Solidarität.

285. Von den Problemen ihrer europäischen Partnerstaaten wird die Bundesrepublik in besonderem Maße berührt, weil die weitgehende Integration der Märkte die Mengen- und Preisbewegungen in den Mitgliedsländern eng verknüpft — und zwar auch dann noch, wenn flexible Wechselkurse den gegenseitigen Verbund lockern. Eigenes Interesse gebietet deshalb hier stärker als anderswo, weitere Ungleichgewichte in den Gemeinschaftsländern vermeiden zu helfen, solange Unterstützung die Erfolgschancen einer ernsthaften Stabilisierungsanstrengung verbessert.

286. Freilich fordern — gerade wegen des engen Marktverbundes — nicht wenige von der Bundesrepublik sich dem Preisauftrieb der anderen anzupassen. Abgesehen von den grundsätzlichen Bedenken

würde dann auf den stabilitätspolitischen Beitrag verzichtet, den die Bundesrepublik wegen ihres wirtschaftlichen Gewichts leisten kann. Ein Nachgeben wäre schließlich deshalb fatal, weil die unter den Bedingungen des Jahres 1974 unvermeidlichen Kosten für die Rückgewinnung der Stabilität — weniger Beschäftigung und Wachstum — bereits bezahlt, die Erträge — hohe Beschäftigung und mehr Wachstum durch wiedergewonnene Stabilität — aber noch nicht eingebracht sind und auch nur bei einem Beharren auf dem eingeschlagenen Kurs eingebracht werden können.

Allerdings würde es auch nicht genügen, mit „europäischen" Argumenten und dem Hinweis auf das Eigeninteresse bei unseren Partnern um mehr Stabilität zu werben. In einigen Mitgliedsländern sind die wirtschaftlichen Schwierigkeiten so groß, daß Stabilisierungsanstrengungen ohne erhebliche Überbrükkungshilfen von außen kaum zu erwarten sind. Schon aus eigenem Interesse wird die Bundesrepublik mit ihren Währungsreserven hier Beistand leisten müssen. Nicht zur Disposition stehen darf die Stabilitätspolitik selbst; denn eine Kapitulation würde uns unzumutbare Kosten aufladen und Europa noch weiter zurückwerfen.

287. In der Bundesrepublik hat sich 1974 erwiesen, daß Stabilisierungspolitik selbst unter ungünstigen Bedingungen erfolgversprechend ist. Zwar wird in diesem Jahr das Niveau der Verbraucherpreise um rund 7 vH über seinem Vorjahresstand liegen, der Zuwachs des realen Sozialprodukts nur etwa ½ vH betragen und der Außenbeitrag sich auf 38 Mrd DM, das sind 4 vH des Bruttosozialprodukts, belaufen; keines der vier im Stabilitäts- und Wachstumsgesetz genannten Ziele ist also gegenwärtig erfüllt. Vergleicht man diese Ergebnisse jedoch — wie es hier richtig ist — mit dem, was im Herbst 1973 nach Ausbruch der Ölkrise und zu Beginn dieses Jahres nach der Lohnrunde als Zielverletzungen zu befürchten war, erhält man ein anderes Bild. Damals rechnete man mit mehr Inflation, kaum mehr mit einer Zunahme des realen Sozialprodukts und erwartete einen Außenbeitrag, der unter dem von der Bundesregierung mittelfristig angestrebten Zielwert (1,5 vH bis 2 vH des Sozialprodukts) lag; allerdings schätzte man wohl weniger Arbeitslosigkeit voraus, als inzwischen eingetreten ist.

288. Daß die Inflation langsamer fortgeschritten ist, als zu Jahresbeginn allenthalben befürchtet worden war, gehört zu den bemerkenswertesten Entwicklungen des Jahres 1974. Vermutlich hat das dazu geführt, daß die Erwartung eines steigenden Inflationstrends in der Bundesrepublik heute durchbrochen ist; denn Erwartungen werden von Erfahrungen geprägt, und es ist zur Erfahrung geworden, daß die außenwirtschaftlich abgesicherte Geldpolitik den Geldwertschwund bremsen kann. Eine Rolle mag auch spielen, daß man der Bundesbank ein Durchhalten des bisher verfolgten Restriktionskurses zutraut. Mit der Dämpfung der Inflationserwartungen hat die Stabilisierungspolitik einen nicht zu überschätzenden Anfangserfolg erzielt; denn die Erwartung immer höherer Geldentwertungsraten ist eine der wichtigsten Ursachen dafür, daß sich das Inflationstempo tatsächlich beschleunigt.

289. Allerdings hat sich gezeigt, daß die Kosten der Inflation, die bei deren Bekämpfung zutage treten, um so höher sind, je weiter die Inflationsgewöhnung fortgeschritten ist. Diese Kosten zeigen sich besonders deutlich in einer Arbeitslosenquote, die zwar im internationalen Vergleich nicht hoch erscheinen mag, die es in der Bundesrepublik aber seit Ende der fünfziger Jahre nicht mehr gegeben hat. Die persönlichen Probleme, die aus dem Verlust des Arbeitsplatzes erwachsen, sind nicht gering zu achten, wenn materiell für die Arbeitslosen heute auch besser als früher gesorgt ist. Immerhin mindern diese Ausgleichszahlungen die Last von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit soweit, daß Stabilitätspolitik deswegen nicht vorzeitig aufgegeben werden muß.

290. Das starke Drängen der Bevölkerung auf mehr Stabilität hat es der Wirtschaftspolitik erlaubt, in der Inflationsbekämpfung konsequent zu sein. Dabei hat die Marktwirtschaft ihre große Anpassungsfähigkeit abermals erwiesen. Die enttäuschenden Erfahrungen, die einige unserer westlichen Nachbarländer mit dirigistischen Eingriffen gemacht haben, bestätigen dieses Urteil.

Noch ist der Erfolg nicht gesichert. Das Erreichte sollte der Wirtschaftspolitik aber Mut machen, den eingeschlagenen Weg fortzusetzen. Je klarer diese die Bereitschaft dazu erkennen läßt, desto mehr ist damit zu rechnen, daß die Inflationsgewöhnung schwindet und daß der zur Verfügung stehende Finanzierungsspielraum weniger für Preissteigerungen als vielmehr für eine reale Expansion genutzt wird. Die Abweichungen von den Zielen der Wirtschaftspolitik, die für 1974 zu beklagen sind, werden gleichwohl nur schrittweise korrigiert werden können. Inwieweit es gelingt, den Preisauftrieb zu dämpfen, Produktion und Beschäftigung wieder anzuregen und beide wieder mehr für das Inland statt für den Export zu nutzen, hängt von der Einsicht aller ab.

II. Worauf es ankommt

Die geldpolitische Grundlinie

291. In der Bundesrepublik ist in den vergangenen achtzehn Monaten respektiert worden, daß Inflationsbekämpfung beginnt und endet mit der Unnachgiebigkeit der Notenbank. In keinem Land sonst ist das Geld, das für einen ungehemmten Fortgang der Inflation erforderlich ist, ähnlich konsequent verweigert worden. In keinem Land sonst war auch die Unterstützung für einen in diesem einfachen Sinne völlig klaren Kurs der Geldpolitik so bereitwillig. Mag auch die Illusion noch verbreitet sein, mit einer nachgiebigen Geldpolitik könnten Probleme der Wirtschaftspolitik, namentlich Probleme der Vollbeschäftigungspolitik, dauer-

haft gelöst oder immerhin gemildert werden; seit dem Frühjahr 1973 ist verhindert worden, daß diese Illusion die Politik bestimmte. Das ist ein in hohem Maße bemerkenswerter Vorgang.

292. Nur wenn die Versorgung der Wirtschaft mit Geld auf ein Maß beschränkt wird, das mit stabilem Geldwert vereinbar ist, und nur wenn dies gleichsam zu den Spielregeln für alle gehört, hat die Geldpolitik den Rang, der ihr ordnungspolitisch, das heißt für die Funktionsfähigkeit des marktwirtschaftlichen Systems, zukommt. Selbstverständlich ist eine stabilitätskonforme Geldpolitik kein Heilmittel gegen alle wirtschaftlichen Krankheiten. Trotzdem ist ein Umdenken nötig. In den Köpfen möglichst vieler Menschen sollte sich festsetzen: Probleme, die eine stabilitätskonforme Geldpolitik nicht löst, löst eine nachgiebige Geldpolitik auch nicht, jedenfalls nicht dauerhaft und nicht zu erträglichen Kosten. Für solche Probleme müssen andere und können andere Mittel gefunden werden (Ziffern 431 ff.).

Aus diesem Grunde stellt der von der Bundesregierung außenwirtschaftlich abgesicherte und von ihr auch sonst bislang unterstützte Versuch der Deutschen Bundesbank, der Wirtschaft eine stetige und stabilisierungskonforme Entwicklung der Geldbasis, das heißt der Menge desjenigen Geldes, das nur durch Mitwirkung der Notenbank entstehen kann, streng vorzugeben und damit alle — Unternehmen, private Haushalte, autonome Gruppen und selbst die öffentliche Hand — zu zwingen, die solchermaßen geschaffenen Grenzen für die monetäre Expansion als Rahmenbedingung ihres eigenen Handelns zu akzeptieren, ein Experiment dar, dessen Bedeutung weit über die gegenwärtige stabilisierungspolitische Situation und auch weit über unser Land hinaus reicht und jedenfalls viel zu gering veranschlagt wird, wenn man sie vor allem an dem mißt, was die Zwischenergebnisse der Stabilisierungsanstrengungen noch zu wünschen übriglassen. Der ordnungspolitische Rang dieses Experiments ist durchaus den ordnungspolitischen Grundentscheidungen der frühen Nachkriegszeit vergleichbar.

293. Es gilt, diese neue Politik fortzusetzen. Das heißt nicht, sie im Drängen auf einen raschen Stabilisierungserfolg zu überziehen und mit Beschäftigungsfolgen zu belasten, die sie auf Dauer diskreditieren könnten; es wäre ein fatales Mißverständnis mit vermutlich schlimmen Folgen, käme es dahin, daß der stabilitätspolitische Kurs wegen der gegenwärtig und noch für einige Zeit ungünstigen Beschäftigungslage als gegen die Interessen der Arbeitnehmer gerichtet angesehen wird. Das konnte bisher vermieden werden. Selbst jene, die es am ehesten angeht, haben einen solchen Einwurf massiv bisher nicht erhoben. Das ist nicht selbstverständlich. Das Ordnungssystem in der Bundesrepublik und ihre staatlichen Institutionen haben sich als belastbar erwiesen. Durch die gegenwärtigen Schwierigkeiten hindurch kann man sehen, daß die Wirtschaft unseres Landes in einem guten Zustand ist. All dies sollte ausreichen, die Belastungsprobe auch in ihrem Höhepunkt, der im kommenden Winter zu erwarten ist, mit Erfolg zu bestehen.

294. Ein Erfolg wäre auch international von erheblicher Bedeutung. Die Einsicht, daß Stabilität und Funktionstüchtigkeit der marktwirtschaftlichen Ordnung am Gelde hängen, die Menge des in der Gesamtwirtschaft verfügbaren Geldes deshalb nicht zur Disposition derer stehen darf, die danach drängen, diese Einsicht wächst auch anderswo. In vielen Ländern lassen die politischen und sozialen Bedingungen jedoch derzeit nicht zu, auf solche Einsicht eine konsequente Politik zu gründen. Scheitert die geldpolitische Stabilisierungsstrategie der Bundesrepublik, so darf weniger noch als bisher damit gerechnet werden, daß sie anderswo überhaupt versucht wird.

Dringend benötigt die Bundesrepublik international mehr Verbündete auf dem Wege einer geldpolitischen Stabilisierung. Noch ist nicht gesichert, wenn auch zu hoffen, daß in einem neuen konjunkturellen Aufschwung die außenwirtschaftlichen Schotten halten, die uns erlaubt haben, seit 1973 einen Abstand von rund 10 vH zwischen der durchschnittlichen Inflationsrate in der Welt und derjenigen im Inland zu schaffen. Es sollte daher das Ziel nicht aufgegeben werden, die Länder zusammenzuhalten, die aus den inflatorischen Erfahrungen der vergangenen Jahre die Konsequenzen ziehen und ihre Geldpolitik auf die Konvention einer strengen Kontrolle der monetären Expansion an der Geldbasis zu gründen bereit sind. Die Regeln des europäischen Floating-Blocks wären daher eher zu härten als aufzuweichen (Ziffer 430). Man sollte den Block als Kern für einen künftigen Hartwährungsblock auch dann zusammenhalten, wenn sich zeigte, daß die Gruppe der Länder, die sich strengen Regeln der geldpolitischen Disziplin stellen wollen, nicht alsbald größer wird.

Die Verkrampfung lösen

295. Die starken Inflationsimpulse, die um die Jahreswende 1973/74 von der drastischen Verteuerung des Erdöls ausgingen, stellten den angestrebten Stabilisierungserfolg in Frage, kaum daß er erreichbar schien. Die Anpassungsfähigkeit der Wirtschaft war zuvor schon gefordert; sollte die allmähliche Rückkehr zu mehr Stabilität ohne unzumutbare Beschäftigungseinbußen gelingen, so war sie es jetzt um so mehr. Überfordert war sie jedoch nicht, wenn sich alle bereitfanden, ihren Teil der zusätzlichen Anpassungslast zu tragen. Das sahen nicht alle so. Die Arbeitnehmer verlangten Lohnsteigerungen, die sie von jeder Anpassung freihalten sollten; die Unternehmen leisteten keinen großen Widerstand, darauf setzend, daß sie sich über die Preise zurückholen konnten, was sie zunächst scheinbar aufgaben. Ein Nachgeben der Geldpolitik war mit im Kalkül.

Die Bundesbank ließ sich indes nicht beirren. Statt den auf Abbau der Inflationsgewöhnung gerichteten Kurs zu verlassen, versagte sie der Wirtschaft das Geld, das der Inflation ihren Lauf gelassen hätte. So mußten die Unternehmen in ihren Gewinnen auffangen, was sie gehofft hatten, in den Prei-

sen überwälzen zu können. Um so mehr suchten sie den Ausweg darin, Arbeitskräfte freizusetzen, die ihnen nun, da die Nachfrage die hohen Lohnsteigerungen nicht vergütete, zu teuer geworden waren. Sinkende Erträge und steigende Arbeitslosigkeit waren so das Ergebnis des Verteilungskampfes, auch wenn dieser nicht in der Schärfe gemeint gewesen sein mochte, die ihm das knapp gehaltene Geldangebot verlieh.

296. Um was es in der gegenwärtigen Situation rückläufiger Inlandsausgaben und steigender Arbeitslosenzahlen geht, erschließt sich vor allem durch den Zusammenhang zwischen Gewinnentwicklung und Investitionsneigung.

Nach unserer Diagnose nimmt die Realrendite des investierten Sachvermögens unter zyklischen Schwankungen seit mehr als einem Jahrzehnt trendmäßig ab (Ziffer 144). Gleiches gilt für die durchschnittliche Gewinnmarge im verarbeitenden Gewerbe. Ungewöhnlich ist, daß sich die Marge im Aufschwung 1972/73 nicht verbesserte, sondern weiter rückläufig blieb; sie erreichte 1973 einen Wert, der erheblich unter dem von 1967 lag, dem bis dahin ungünstigsten Jahr für die Bezieher von Gewinneinkommen. Im Jahr 1974, in dem selbst die gesamtwirtschaftliche Gewinnsumme das Niveau des Vorjahres unterschritt, dürfte die Gewinnmarge erneut fühlbar zusammengedrückt worden sein.

Die realen Investitionen, die über die konjunkturellen Schwankungen hinweg bis 1970 einem deutlichen Aufwärtstrend folgten, sind seither nur noch wenig gestiegen und 1974 sogar kräftig zurückgegangen. Nach dem Investitionsboom Ende der sechziger Jahre ist darin zunächst vor allem eine konjunkturelle Normalisierung zu sehen. Dem üblichen Zyklenmuster entspricht jedoch nicht, daß die Investitionstätigkeit im Aufschwung von 1972/73 nur wenig zunahm, selbst wenn man in Rechnung stellt, daß dieser Aufschwung von der Stabilisierungspolitik frühzeitig gekappt wurde; der starke Rückgang im Jahre 1974 entspricht in etwa dem Einbruch bei den Investitionen im Rezessionsjahr 1967. Der Anteil der privaten Bruttoanlageinvestitionen am Bruttosozialprodukt liegt 1974 sogar unter dem bisher tiefsten Wert von 1967.

297. Der Befund läßt vermuten, daß die geringere Bereitschaft zu investieren mit dem Schrumpfen der Gewinnspannen zusammenhängt. Allerdings läßt sich die Zurückhaltung der Investoren möglicherweise nicht ohne Rest aus der verschlechterten Gewinnsituation erklären.

298. Einzuräumen ist zunächst, daß seit Jahren Kräfte des Marktes auf die Gewinnspannen drücken und Verhaltensänderungen den Zusammenhang zwischen Gewinnen und Investitionen zu lockern vermögen. So kann

— das Verteilungsgeschehen eine trendmäßige Verschlechterung der Gewinnposition widerspiegeln, die darauf beruht, daß über die Zyklen hinweg Arbeit im Vergleich zum Kapital knapper geworden ist,

— die gesamtwirtschaftliche Gewinnmarge seit 1969 deshalb dauerhaft unter Druck geraten sein, weil die außerordentliche Höherbewertung der D-Mark einen lange Zeit bestehenden gewinnwirksamen Wettbewerbsvorteil der deutschen Exporteure beseitigt hat,

— die Entscheidung für Investitionen heute weniger hohe Gewinne voraussetzen als früher, etwa weil die Risiken großer Investitionsvorhaben vielfach besser verteilbar sind; bei schrumpfenden Gewinnspannen braucht dann nicht weniger investiert zu werden.

Für diese Einräumungen mögen gute Gründe sprechen; die Vermutung, daß die rückläufige Investitionstätigkeit Ausfluß rückläufiger Gewinnspannen ist, beseitigen sie gleichwohl nicht.

299. Was gegenwärtig zu denken geben muß, ist, daß die Unternehmensgewinne 1974 weit mehr noch als im Jahre zuvor und auch weit stärker als im Rezessionsjahr 1967 in die Zange steigender Kosten und einer nachhaltig gedämpften Expansion der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage gerieten.

Obwohl sich die Preise für Rohstoffe und Vorprodukte aus dem Ausland erheblich stärker verteuerten als die Exporte, und dadurch das beschnitten wurde, was gesamtwirtschaftlich real zu verteilen war, wurden die Löhne so kräftig angehoben, daß die Verschlechterung der Terms of Trade weitgehend im Unternehmensbereich hängen blieb. Die Lohnvereinbarungen des Jahres 1974 ließen die Reallöhne mehr noch als in den Jahren zuvor über das kostenniveauneutrale Maß hinaus steigen.

Das kam hinzu: Bis in das Jahr 1973 hinein war die ungünstige Entwicklung der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen — im Vergleich zu den Lohneinkommen — weniger zu Lasten der Eigner von risikotragendem Kapital als zu Lasten der Geldvermögensbesitzer gegangen; von Jahr zu Jahr steigende Inflationsraten, die zunächst nur verzögert die Nominalzinsen nach oben drückten, ließen die realen Zinslasten schrumpfen oder verkehrten sie — sofern die Inflationsrate die Nominalzinsen überholt hatte — in reale Gewinne (Ziffern 144 f.). Seit die Inflationsraten weitgehend in die Nominalzinsen eingegangen sind, werden die Einkommen aus Geldvermögen jedoch nur noch insoweit entwertet, als sie aus Kontrakten mit langfristiger Zinsbildung und aus Spareinlagen stammen. Was den Geldvermögensbesitzern mehr zufließt, geht den Beziehern von Gewinneinkommen aber verloren.

300. Vieles spricht deshalb dafür,

— daß die Ertragslage vieler Unternehmen sich 1974 entscheidend verschlechtert hat,

— daß hier der Schlüssel liegt für die schwache Investitionstätigkeit und auch dafür, daß die verbleibenden Investitionen besonders stark auf Rationalisierung gerichtet waren und dadurch mehr Arbeitskräfte freigesetzt als an anderer Stelle für die Besetzung neuer Arbeitsplätze benötigt wurden, und

— daß Arbeitskräfte eher und häufiger entlassen wurden als in früheren Abschwungsphasen und daß dies Ausdruck des gleichen Motivs ist.

Wer dem zustimmt, kann sich nicht der Einsicht verschließen, daß die Kompression der Gewinnmargen zu weit gegangen ist; wer ihm nicht voll beizupflichten vermag, sollte immerhin zugestehen, daß eine Expansion der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage allein die anstehenden Probleme der realen Entwicklung nicht löst, sondern den Preisauftrieb wieder beschleunigt. Hoher Beschäftigungsstand und angemessenes Wachstum bei Geldwertstabilität sind dauerhaft nur zurückzugewinnen, wenn die Ertragslage der Unternehmen entkrampft wird.

Die Binnennachfrage anregen

301. Daß viele Unternehmen im Export eine Hilfe gefunden haben, mindert zwar die akuten Beschäftigungsprobleme, löst aber die dauerhaften nicht, die aus dem Schrumpfen der Erträge und dem damit verbundenen Rückgang der Investitionsneigung resultieren.

Der Mangel an Binnenabsatz ist es, der anzeigt, wie weit wir derzeit vom konjunkturellen Gleichgewicht entfernt sind. Hätten die Exporte in den Jahren 1973 und 1974 nur so stark zugenommen, wie es dem längerfristigen Trend entspricht, so wäre das Sozialprodukt 1974 rein rechnerisch noch um rund 10 Mrd DM bis 15 Mrd DM geringer ausgefallen. Der Abstand zum Sozialprodukt bei mittlerer Auslastung des Produktionspotentials würde dann nicht 30 Mrd DM, wie es ohnehin der Fall ist, sondern 40 Mrd DM bis 45 Mrd DM betragen. Dies sind Kosten der Inflation, Kosten, die man zum Teil schon seit Jahren vor sich herschiebt, wie es besonders eindrücklich die schließlich unumgängliche Bereinigung der inflationsgetriebenen Bautätigkeit ausweist.

302. Klar muß man sehen, daß nur ein Teil dieser Produktions- und Absatzlücke ein Problem des Nachfragemangels darstellt; nur insoweit könnte also die Lücke dadurch dauerhaft wieder geschlossen werden, daß man die gesamtwirtschaftliche Nachfrageexpansion fördert. Mindestens ebenso gravierend ist das Problem des steigenden Kostenniveaus. Man kann die Kosten in ihrer Relation zum Preisniveau nur senken, wenn man entweder das Preisniveau noch stärker erhöht oder wenn dafür gesorgt wird, daß die Preise, welche die Unternehmen insgesamt zu bezahlen haben — das sind die Einfuhrpreise, die Löhne und die Zinsen —, unter Berücksichtigung aller Produktivitätsfortschritte weniger stark steigen als die Preise, die die Unternehmen erhalten.

303. Beklagenswert ist, daß auch der Teil der binnenwirtschaftlichen Absatzlücke, der sich als ein Problem des akuten Nachfragemangels darstellt, nicht bedenkenlos geschlossen werden kann, solange das Problem des Kostenniveaus nicht gelöst ist.

Quantifizieren lassen sich die Anteile an der Absatzlücke nicht. Gering dürfte jedoch die Bedeutung auch des akuten Nachfragemangels nicht sein. Das ist besonders an der Entwicklung des Auslandsabsatzes zu erkennen. In den vergangenen zwei Jahren ist die Auslandsnachfrage zunächst von einer boomartigen Weltkonjunktur angetrieben worden; der frühzeitige Beginn der Restriktionspolitik in der Bundesrepublik verschärfte das Konjunkturgefälle noch und hielt es aufrecht, als die Weltkonjunktur sich abzukühlen begann. Da die Abhängigkeit des Außenhandels von internationalen Unterschieden der Konjunkturlage auch bei beweglichen Wechselkursen nicht aufgehoben, sondern nur gemindert ist, die neu gewonnene Autonomie der Geldpolitik es jedoch erlaubte, ein viel größeres Konjunkturgefälle herbeizuführen als früher, ergaben sich außenwirtschaftliche Überschüsse in bisher nicht gekannter Größenordnung. Die Restriktionspolitik war, obwohl primär der Inflationsbekämpfung gewidmet, von Anfang an auch Bekämpfung der Gefahr eines neuen exportgetriebenen Booms gewesen, und sie blieb es teilweise, als der Exportsog mehr und mehr abgelöst wurde von einem Exportdruck. Worauf es ankommt: Die Restriktionspolitik mußte, wenn sie eine bestimmte Gesamtwirkung erzielen wollte, die Binnennachfrage so stark und so nachhaltig treffen, weil großen Teilbereichen der Volkswirtschaft die Aussicht offen stand, mehr zu exportieren oder Importangebote zu verdrängen; und da sie der Art ihrer Wirkungsmöglichkeiten zufolge vor allem die privaten Investitionen trifft, gingen also — kurzgeschlossen — die vermehrten Ausfuhrüberschüsse zu einem erheblichen Teil auf Kosten der Investitionen. Unausweichlich war das alles freilich allein wegen der vorangegangenen Inflationsgewöhnung, deren Bekämpfung unaufschiebbar geworden war. Geheilt werden kann es nur durch eine Normalisierung der Binnennachfrage, und diese wiederum kann konsequent erst angepackt werden, wenn das Kostenniveau unter Kontrolle ist.

304. Nicht nur die Überlegung, daß heimische Investitionen für die Volkswirtschaft lohnender sein dürften als die Kapitalexporte, die mit den Leistungsbilanzüberschüssen notwendigerweise verbunden sind, auch außenwirtschaftliche Rücksichten drängen dazu, die Normalisierung der Binnennachfrage zu betreiben. Denn während unsere Partner im Außenhandel schon mit dem Problem ihrer hohen Ölrechnungen nicht fertig werden, vermehren wir ihre Sorgen durch unsere Überschüsse (Ziffern 194 ff.). Die zu erwartende Ungeduld der Partnerländer spricht dafür, trotz der ruhigen Hand, die in allem nötig ist, bei der Stabilisierung des Kostenniveaus und der dann wieder möglichen Expansion der Binnennachfrage etwas aufs Tempo zu drücken. Ohnehin wird es, unseren alternativen Vorausschätzungen zufolge, nicht leicht sein, 1975 die Normalisierung im Außenbeitrag über erste Ansätze hinauszubringen.

Stabilisierung auf mittlere Sicht

305. Was sich an Fehlentwicklungen über Jahre hinweg angestaut hat, kann nicht binnen kurzem

behoben werden. Die Stabilisierungspolitik muß der Wirtschaft einen angemessenen Raum lassen, sich in ihren Dispositionen von der bisherigen Inflationsgewöhnung zu lösen und auf mehr Stabilität einzustellen. Allmählichkeit in der Inflationsbekämpfung

- erlaubt es, bald die Arbeitslosigkeit abzubauen, wenn auch nicht in einem Ausmaß, daß wieder Spannungen am Arbeitsmarkt vorherrschen,
- bewahrt die, die langfristige Zinsversprechen zu hohen Sätzen abgeschlossen haben, vor einer plötzlichen Überschuldung, ohne jedoch ihre Inflationserwartungen voll zu honorieren,
- begrenzt die Aufgabe der Finanzpolitik, unerwünschten Beschäftigungseinbrüchen entgegenzuwirken, auf ein tragfähiges Maß und
- berücksichtigt den konjunkturellen Verbund mit dem Ausland, der, wenngleich gemildert, auch noch unter dem Regime flexibler Wechselkurse besteht.

Kein Argument wäre es, die Stabilisierung deshalb weniger ehrgeizig zu betreiben, weil der Staat dann weniger Steuereinnahmen zu erwarten hätte; denn mit einer Abschwächung des Preisauftriebs steigen auch die Preise für die Güter und Leistungen, die der Staat nachfragt, langsamer.

306. Die schwierige Lage gebietet ein abgewogenes, doch nicht den Verzicht auf ein energisches, auch risikobereites Handeln. Helfen sollte, daß der Ölschock, die Strukturkrise am Baumarkt, die Absatzeinbuße an Automobilen, vor allem aber der Verlust an Arbeitsplätzen gesamtwirtschaftliche Zusammenhänge für viele sichtbar gemacht und so die Einsicht gefördert hat, daß ohne Geldwertstabilität Vollbeschäftigung nicht dauerhaft zu sichern und ohne vorübergehende Anpassungslasten Geldwertstabilität nicht zurückzugewinnen ist. Wie weit die Bereitschaft geht, derartige Lasten zu tragen, ist ungewiß; gewiß ist aber, daß sie überfordert wird, wenn der Stabilisierungserfolg sich nicht schon im Verlauf des Jahres 1975 für alle deutlich zeigt. Bis dahin ist die stabilisierungspolitische Grundlinie durchzuhalten; das ist die Voraussetzung für den nachhaltigen Erfolg.

307. Die gesamtwirtschaftlichen Produktionsmöglichkeiten sind gegenwärtig so wenig genutzt, daß es vorerst nicht an Spielraum für eine konjunkturelle Belebung fehlt. Die Unterauslastung erlaubt vorübergehend Wachstumsraten des realen Sozialprodukts, die diejenigen des Produktionspotentials übersteigen. Ist diese jedoch wieder normal genutzt, so kann die Produktion nur noch im Maße des Potentialwachstums zunehmen. Die Wachstumsrate des Produktionspotentials nimmt seit 1971 ab; im nächsten Jahr dürfte nur noch eine Rate von 3 vH erzielt werden gegenüber einem Durchschnitt der Jahre 1962 bis 1973 von 4½ vH (Ziffer 222). Hier wird deutlich, welche Konsequenzen eine rückläufige Investitionstätigkeit für die künftige Güterversorgung hat. Bliebe es bei derart niedrigen Raten, so hätten alle, Private wie Staat, in ihren Ansprüchen erheblich und dauerhaft zurückzustecken. Versäumnisse hier, wo die Weichen für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung auf mittlere und lange Sicht gestellt werden, sind nur über Jahre korrigierbar. Deshalb gilt es, die Expansion der gesamtwirtschaftlichen Produktionsmöglichkeiten bewußt zu fördern.

308. Nicht minder wichtig als der Umfang der Investitionen ist ihre Struktur; sie entscheidet letztlich über die Komponenten des volkswirtschaftlichen Kapitalstocks, die ihrerseits die potentielle Struktur der Produktion von Gütern und Leistungen festlegen. Die Richtmaße hat dabei der künftige Bedarf, nicht der von heute zu setzen. Das ist zu bedenken, wenn es darum geht, die jetzt in der Phase des konjunkturellen Abschwungs freigesetzten Produktivkräfte wieder einzugliedern.

Im allgemeinen kann man darauf vertrauen, daß der Markt durch seine Abstimmungsmechanismen einen zukunftsorientierten Strukturwandel zuwege bringt. Gerade in einer Abschwungsphase werden die Unternehmen um Neuerungen bei Produkten und Fertigungsverfahren sowie im Ansatz bemüht sein; der sich verschärfende Wettbewerb erzwingt eine stärkere Ausrichtung auf die Wünsche der Nachfrager. Nicht immer gibt das Marktgeschehen allerdings die richtigen Signale. Unter den gegenwärtigen Bedingungen muß vor allem die ausgeprägte Exportorientierung der deutschen Wirtschaft beunruhigen; durch sie könnten die Investitionspläne der Unternehmen erneut zu sehr auf den ausländischen Bedarf ausgerichtet werden.

Der Staat kann den Strukturwandel im privaten Bereich durch Ausgaben für zukunftsweisende Forschungsprojekte und Infrastrukturinvestitionen, auch etwa dadurch fördern, daß er — wie es heute mit erheblichem Einsatz geschieht — die Mobilität der Arbeitskräfte durch Beihilfen der verschiedensten Art voranbringt.

309. Das Jahr 1975 muß die konjunkturelle Wende bringen; zugleich gilt es, der Geldwertstabilität und einem hohen Beschäftigungsstand wieder ein Stück näherzukommen. Allerdings sind Preissteigerungen hinzunehmen, die als unvermeidlich gelten müssen, weil keine marktwirtschaftliche Stabilisierungsstrategie sie zu verhindern vermag, es sei denn, man nähme Beschäftigungsrisiken in Kauf, die von der Gesellschaft als untragbar beurteilt werden. Den unvermeidlichen Preisanstieg, der im Verlauf des Jahres nur bei Hinnahme allzu schwerer Anpassungslasten unterschritten werden könnte, allerdings auch nicht überschritten zu werden braucht, veranschlagen wir mit 4 vH; dieser Wert steht für den Anstieg des Preisniveaus im Verlauf des Jahres 1975, also von Dezember 1975 auf Dezember 1974 gerechnet. Das durchschnittliche Preisniveau des Jahres 1975 würde sich in diesem Falle um knapp 2½ vH erhöhen gegenüber dem Stand vom Anfang des Jahres. Wird zudem berücksichtigt, daß das Preisniveau am Jahresende 1974 schon um 3 vH über dem durchschnittlichen Stand des Jahres 1974 liegen wird (Überhang), so ist es für unvermeidlich zu halten, daß das Niveau der Verbraucherpreise des Jahres 1975 um 5 vH bis 5½ vH über dem des

Jahres 1974 liegen wird. Der Preisindex für das Bruttosozialprodukt dürfte dann etwa um ebensoviel steigen.

Einen geringeren Anstieg des Preisniveaus halten wir nicht für erreichbar, weil der Kostendruck nach wie vor groß ist, weil wiederum mit einem Anheben administrierter Preise zu rechnen ist und weil sich importierte Waren auch 1975, wenngleich weit weniger als im Jahr zuvor, verteuern dürften. Zudem sind die Widerstände nicht gering zu achten, die von der keineswegs schon überwundenen Inflationsgewöhnung herrühren. Es wäre bereits ein großer Schritt vorwärts, wenn der Preisanstieg im Verlauf des Jahres 1975 um etwa 2 Prozentpunkte niedriger ausfallen würde, als die Verlaufsrate im Jahr 1974 (6 vH). Die Inflationsdämpfung würde sich allmählich vollziehen.

Einen größeren Anstieg des Preisniveaus halten wir für vermeidbar, weil die zurückhaltende Nachfrage und der sich verschärfende Wettbewerb im Zusammenhang mit der Unterauslastung der Kapazitäten verhindern werden, daß die Unternehmen schon 1975 wieder die Gewinnspannen realisieren können, die sie für auskömmlich halten. Der Preisanstieg ist im Jahresvergleich allerdings nur dann auf 5 vH bis 5½ vH zu begrenzen, wenn alle Möglichkeiten einer Dämpfung des Preisauftriebs auch genutzt werden.

III. Was zu tun ist

310. Dies muß man zusammen sehen:

— Die Notwendigkeit einer Geldpolitik, welche der Wirtschaft weiterhin die Zeichen auf „Rückgewöhnung an Stabilität" setzt und keinen Zweifel daran läßt, daß jeder sein eigenes Interesse nur mit Vorteil verfolgt, wenn er diese Zeichen beachtet,

— die Notwendigkeit, die Verkrampfung in der Wirtschaft zu lösen, die derzeit verhindert, daß auf der Basis der Chance auskömmlicher Gewinne die Investitionen gewagt werden, ohne die weder kurzfristig ein hoher Beschäftigungsstand wieder erlangt noch für die Zukunft ein wachsender Wohlstand gesichert werden kann, und

— die Notwendigkeit, aus außenwirtschaftlichen Rücksichten und eigenem Interesse nach Kräften einen Abbau der unerwünscht hohen außenwirtschaftlichen Überschüsse einzuleiten.

311. Hieraus erwächst die Zuweisung der Rollen an die Geldpolitik, die Währungspolitik, die Finanzpolitik und an diejenigen, die wirtschaftliche Macht und damit gesamtwirtschaftliche Verantwortung tragen:

— Die monetäre Politik ist bei ihrer radikalen Abkehr von den inflatorischen Raten der Geldvermehrung zunächst über den Pfad hinausgegangen, der zu einer längeren Phase der allmählichen Stabilisierung paßt, und sie mußte dies tun, um den Prozeß der Inflationsgewöhnung zu stoppen und umzukehren. Sie kann jetzt auf diesen Pfad gehen. Bis zu dem Zeitpunkt, an dem sich die Erwartungen auf weiter abnehmende Inflationsraten gefestigt haben werden, ist dies jedoch ein Pfad, auf dem die Geldpolitik dem Stabilisierungsprozeß ständig etwas vorgreift und ihn so vorantreibt.

— Währungspolitisch ist die Grundeinstellung nötig, einer marktgerechten Bewertung der D-Mark, die dem Fortgang der Stabilisierung im Inland und der unvermindert anhaltenden Inflation im Ausland Rechnung trägt, nicht entgegenzutreten. Nicht im Widerspruch zu den Erfordernissen der monetären Politik stünde es, wenn sich bei einer kräftigen Höherbewertung der D-Mark eine kräftige Senkung des Zinsniveaus im Inland ergäbe.

— Die Finanzpolitik hatte zuletzt die Aufgabe, nur vorsichtig dort gegenzuhalten, wo sich als Folge der scharfen monetären Restriktion unerwünschte Überreaktionen zeigten. Sie kann sich jetzt mehr dem Ziel widmen, dämpfende Wirkungen der monetären Politik auf Produktion und Beschäftigung abzufangen.

— Die autonomen Gruppen haben 1974 entscheidend dazu beigetragen, wenn auch zum Teil im Irrtum, das Kostenniveau auf eine Höhe zu bringen, auf der es in der Konfrontation mit den von der Geldpolitik beschränkten Finanzierungsspielräumen zu der Verkrampfung bei der Investitionsneigung und zum Rückgang der Beschäftigung kommen mußte. Ihre Aufgabe ist es jetzt, diese Verkrampfung zu lösen.

Monetäre Politik

312. Die Geldpolitik hat bis zum Herbst 1974 die Expansion der Geldbasis an eine Jahresrate von etwa 6 vH herangeführt. Sie kann dabei nicht stehenbleiben. Da sich auf mittlere Frist monetäre Expansion und Expansion der gesamtwirtschaftlichen Ausgaben parallel entwickeln, müßte ein solcher Kurs den Auslastungsgrad des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials, das derzeit mit einer Jahresrate von 3 vH wächst, weiter senken; denn der zunächst für unvermeidlich zu haltende Anstieg des Preisniveaus wird nur allmählich geringer werden.

Orientierungsgröße für die Bemessung der anzusteuernden Expansion der Geldbasis könnte sein, was den Finanzierungsspielraum für einen Zuwachs des Sozialprodukts entsprechend dem Wachstum des Produktionspotentials schafft, zuzüglich der Rate der Preisniveausteigerung, die wir 1975 für unvermeidlich halten, das heißt einen Finanzierungsspielraum, bei dem der Auslastungsgrad des Produktionspotentials unverändert bleiben könnte. Geht man dabei vom Jahresende 1974 aus, so erfordert das — bei unveränderter Neigung zur Kassenhaltung — eine Expansion der Geldbasis im Verlauf des Jahres 1975 von etwa 7 vH. Den Beschäftigungsstand vom Jahresende 1974 beizubehalten, käme

jedoch als Zielgröße nicht in Betracht. Im Verlauf des Jahres 1975 soll der Beschäftigungsstand wieder steigen. Andererseits darf man eine völlig unveränderte Neigung zur Kassenhaltung nicht unterstellen; bleibt Zentralbankgeld knapp, so werden vermutlich noch weitere Möglichkeiten gesucht und auch gefunden werden, das verfügbare Zentralbankgeld effizienter einzusetzen (Ziffer 181). Stellt man dies in Rechnung, so könnte die Geldpolitik stabilisierungsgerecht genannt werden, wenn sie anstrebt, die Geldbasis im Verlauf des Jahres 1975 um 8 vH bis 9 vH ansteigen zu lassen. Die Jahreszuwachsrate 1975 gegenüber 1974 würde dann 7 vH bis 7 1/2 vH betragen. Es sollte nur dann etwas mehr sein, wenn sich die Ausgabenneigung im privaten Sektor weiter abschwächt und die Kassenhaltung sich wieder normalisiert, also zunimmt.

313. Eine solche Begrenzung für die Expansion der Geldbasis halten wir für notwendig, weil eine expansive Wendung der monetären Politik allenfalls teilweise — und nicht einmal dies wäre sicher — einen stärkeren Einfluß auf die Produktion hätte, ihre Hauptwirkung aber wohl in einer weiteren Erhöhung des Preisniveaus läge. Daß der ausreichende Spielraum dann auch genutzt wird, und wenn er genutzt wird, daß dies in einer Weise geschieht, bei der möglichst viel zur Finanzierung zusätzlicher Produktion und möglichst wenig zur Finanzierung der Inflation absorbiert wird, liegt nicht in der Hand der Bundesbank.

314. Wegen der abgeschwächten Ausgabenneigung und wegen der inzwischen wieder mehr auf eine Abnahme der Inflation gerichteten Erwartungen kann damit gerechnet werden, daß sich auch bei einer weiterhin mäßigen Expansion der Geldbasis die Tendenz zur Senkung des Zinsniveaus fortsetzt. Diese Tendenz wäre dann nicht Ausdruck einer Wendung hin zu expansiver monetärer Politik, sondern Ausdruck davon, wie sich das Marktsystem selbst hilft, eine ungenügende Ausgabenneigung zu beleben. Es bestehen auch keine Bedenken dagegen, daß die Bundesbank die Erwartungen, die sich auf eine Senkung der Zinsen richten, stärkt und damit hilft, diese herbeizuführen. Dies gilt allerdings nur dann, wenn nicht neue inflatorische Impulse, etwa von der Lohnpolitik, die gestärkten Stabilisierungshoffnungen aufs neue stören.

315. Große Beunruhigung ruft weiterhin hervor, daß die öffentlichen Haushalte im Jahre 1975 ein Kassendefizit in spektakulärer Höhe zu decken haben und daher die Kreditmärkte mit einer großen Mehrnachfrage nach Krediten belasten werden.

Zwar ist die Frage noch unbeantwortet, wie es auf mittlere Sicht mit der Staatsverschuldung weitergehen soll, und diese Unsicherheit mag die Investoren und die Anleger am Kapitalmarkt belasten. Im Vordergrund steht jedoch die Frage, ob kurzfristig die monetären Märkte durch die staatlichen Kreditwünsche überfordert sein müssen. Wir meinen, daß dies nicht unbedingt der Fall zu sein braucht. Die konjunkturelle Bedeutung der einzelnen Komponenten des staatlichen Finanzierungsdefizits ist sehr unterschiedlich. Ein Teil des Kreditbedarfs des Staates besteht in der, mittelfristig gesehen, „normalen" Zunahme der Staatsverschuldung (Ziffer 413). Ein weiterer Teil dient zum Ausgleich von Steuerausfällen, die lediglich Reflex der abgeschwächten Ausgabenneigung im privaten Sektor der Volkswirtschaft sind. Die Finanzierung dieser beiden Komponenten ist konjunkturneutral, das heißt ohne eine Beeinträchtigung der Kreditnachfrage von Privaten möglich. Reicht die Geldversorgung im Hinblick auf die gesamtwirtschaftlichen Zielgrößen aus, so nimmt der Staat mit der konjunkturneutralen Verschuldung nicht mehr Kredite auf, als im Angebot an Finanzierungsmitteln ohnehin für ihn vorgesehen ist. Denn die Zielvorstellung für die Expansion der gesamtwirtschaftlichen Ausgaben, zu der die Geldversorgung passen soll, enthält ja nicht etwa den Auftrag an die öffentlichen Haushalte, ihre Ausgaben entsprechend der Ausgabenneigung der Privaten einzuschränken, sich also kontraktiv zu verhalten. Eine Belastung der monetären Märkte durch die Kreditnachfrage der öffentlichen Haushalte entsteht also nur insoweit, als die öffentlichen Ausgaben über das konjunkturneutrale Haushaltsvolumen hinausgehen. In diesem Maße stellt sich dann in der Tat die Frage, ob die öffentlichen Haushalte konjunkturgerecht sind und ob bei der hier angenommenen mäßigen Expansion der Geldbasis der Kreditbedarf des Staates Verklemmungen an den monetären Märkten hervorrufen wird — Verklemmungen, die sich auch so zeigen könnten, daß es zu einer an sich erwünschten Senkung des Zinsniveaus nicht käme. Eine quantitative Analyse des staatlichen Kreditbedarfs geben wir unter Ziffer 328.

Ebenso verbreitet ist die Sorge, der Staat werde zu leichtfertig einen Teil seines Finanzierungsdefizits durch Rückgriff auf seine Guthaben bei der Notenbank zu decken suchen. Die Bindung, der diese Guthaben unterliegen (Konjunkturausgleichsrücklage im Sinne des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes), müßte in diesem Falle dann aufgehoben werden [1]).

Für die Gebietskörperschaften aller Ebenen geht es um Guthaben von fast 11 Mrd DM. Die Auflösung dieser Guthaben ist Geldschöpfung bei der Notenbank und daher selbstverständlich bei der Steuerung der Geldbasis durch die Geldpolitik anzurech-

[1]) Die obligatorischen Konjunkturausgleichsrücklagen (2,9 Mrd DM) können nur durch eine Rechtsverordnung der Bundesregierung, die Einnahmen aus dem Stabilitätszuschlag (3,5 Mrd DM) nur durch ein Gesetz aufgelöst werden, in beiden Fällen ist die Zustimmung des Bundesrates erforderlich. Die freiwilligen Konjunkturausgleichsrücklagen des Bundes (1,0 Mrd DM) können durch einen Beschluß der Bundesregierung aufgelöst werden. Die Mittel aus der Investitionsteuer (0,9 Mrd DM, die dem Bund zu rund zwei Drittel zustehen) und der Stabilitätsanleihe des Bundes (2,5 Mrd DM) unterliegen keinen Zugriffsbeschränkungen. Alle bei der Bundesbank als Konjunkturausgleichsrücklage angesammelten Mittel dürfen nur zur Vermeidung einer die Ziele des § 1 Stabilitäts- und Wachstumsgesetz gefährdenden Abschwächung der allgemeinen Wirtschaftstätigkeit verwendet werden.

nen. Immerhin ist der hier in Frage stehende Betrag deutlich größer als der Zuwachs der Geldbasis, den wir im kommenden Jahr für angemessen halten. Falls die Guthaben rasch oder vollständig aufgelöst werden, müßte es sogar zu kompensatorischen Vorgängen bei anderen Quellen der Geldbasis kommen (Abbau der Wechsel- und Lombardkredite, Offen-Markt-Verkäufe, Verkauf von Devisenreserven). Würde so verfahren, gäbe es stabilitätspolitisch keine Einwände. Allerdings wäre zu wünschen, daß es im gegebenen Falle gelingt, eine Kompensation möglichst reibungslos zu bewerkstelligen, die Bundesbank also nicht zu Maßnahmen greifen müßte, die in der Öffentlichkeit Signalcharakter in Richtung „Restriktion" haben, während es allein darum ginge, die expansiven Wirkungen zu beschneiden, die von der Auflösung der staatlichen Notenbankguthaben andernfalls ausgehen.

316. Außerordentlich bedeutsam erscheint uns, daß der Kurs der Geldpolitik im voraus allen bekannt ist. Es wäre nicht gut, wenn sich Irrtümer wiederholten, wie sie das Jahr 1974 belastet, und zwar schwer belastet haben. Auch an der Jahreswende 1973/74 hatte die Bundesbank in ihren Verlautbarungen zwar deutlich gemacht, daß sie nicht vorhabe, jedwede Inflationsrate zu finanzieren, die von den öffentlichen Haushalten und der Lohnpolitik möglicherweise programmiert wird. Doch der Nachdruck dieser Erklärungen war offenbar nicht groß genug. An der Jahreswende 1974/75 wird dasselbe Problem bestehen. In der Wirtschaft und hier wiederum besonders bei den Tarifpartnern müßte es Verwirrung geben, wenn die Bundesbank glaubhaft zu machen bestrebt ist, daß sie die Chancen für eine sehr deutliche Dämpfung des Preisauftriebs voll zu nutzen gewillt sei, die Bundesregierung jedoch gesamtwirtschaftliche Zielwerte der Wirtschaftspolitik vertritt, die hinsichtlich der Inflationsbekämpfung sehr viel weniger ehrgeizig sind.

Unser Wissen über die quantitativen Zusammenhänge zwischen den steuerbaren monetären Größen einerseits und den gesamtwirtschaftlichen Ausgaben, der Beschäftigungs- und Preisniveauentwicklung andererseits ist nicht gut genug, als daß wir für die gegenwärtige Ausnahmesituation einer Inflationsbekämpfung bei Unterbeschäftigung dazu raten könnten, eine exakte Zielgröße für die Expansion der Zentralbankgeldmenge möglichst verbindlich zu erklären. Klarheit sollte jedoch herrschen hinsichtlich der Stärke der gesamtwirtschaftlichen Ausgabenexpansion, für die eine ausreichende Geldversorgung angestrebt werden wird — möglicherweise verbunden mit einem Vorbehalt hinsichtlich der Preisniveauentwicklung, der angibt, daß die Bundesbank gegenhalten werde, wenn der gewährte Finanzierungsspielraum fast vollständig zur Finanzierung der Inflation und kaum zur Finanzierung zusätzlicher Produktion genutzt wird. Eine klare Zielvorstellung ist für die Geldpolitik nicht weniger dringlich und zumutbar als etwa für die Finanzpolitik. Im Gegenteil, sie ist besonders dringlich, und zwar vor allem dann, wenn es zu den Spielregeln gehören soll, daß alle den Kurs der Geldpolitik zu respektieren haben.

Währungspolitik

317. Währungspolitik sollte es unter Bedingungen beweglicher Wechselkurse eigentlich nicht zu geben brauchen. Der freie Marktausgleich an den Devisenmärkten hält der Geldpolitik den Rücken frei und schafft Wechselkurse, unter denen der Saldo bei Ausfuhr und Einfuhr gerade übereinstimmt mit dem Saldo bei den internationalen Kapitalströmen.

Frei sind jedoch nicht die Wechselkurse der D-Mark gegenüber den Währungen des europäischen Floating-Blocks, und sicher ist nicht, daß die Kapitalverkehrsströme 1975 keine Wechselkursbewegung erzeugen, die mit Rücksicht auf den Außenhandel und dessen berechtigtes Verlangen nach einer im Trend einigermaßen überschaubaren Wechselkursentwicklung hinnehmbar ist.

318. Wegen der voraussichtlich anhaltenden Unterschiede zwischen den Inflationsraten im Ausland und derjenigen im Inland wird es allerdings tendenziell über den Markt wohl weiterhin zu einer Höherbewertung der D-Mark kommen. Ihr sich entgegenstellen hieße eine Verbesserung der Wettbewerbsposition der deutschen Exporteure und der mit Importangeboten konkurrierenden inländischen Produzenten herbeiführen, die angesichts unserer hohen Leistungsbilanzüberschüsse nicht erwünscht sein kann. Der Abstand zwischen den Inflationsraten im Ausland und im Inland ist derzeit nicht gering. Auf funktionsfähigen Devisenmärkten wird sich eine darauf beruhende Höherbewertung der D-Mark auch nicht in Sprüngen vollziehen und daher für den Außenhandel keine unzumutbare Anpassungsaufgabe stellen.

319. Es könnte aber sein, daß sich die internationalen Kapitalströme, wie es auch in der Vergangenheit vorgekommen ist, zeitweise nicht an den Bedingungen ausrichten, die auf mittlere Sicht durch die — allerdings nicht sicher bekannten — Wettbewerbsverhältnisse im Außenhandel und auf kurze Sicht durch die internationalen Zinsdifferenzen gesetzt sind. Unsicherheiten über die langfristige Kursentwicklung geben Erwartungen auf kurzfristige Wechselkursänderungen zu viel Raum, die Kapitalströme und über diese die tatsächliche Kursentwicklung zu bestimmen. In solchen Fällen können Interventionen hilfreich sein, die die Wechselkursbewegung glätten — gelegentlich auch weitere Hilfen für die Erwartungsbildung am Markt hinsichtlich dessen, was auf mittlere Frist marktgerecht sein könnte und daher schon heute die Anlageentscheidungen im Kapitalverkehr bestimmen sollte.

320. Aber selbst wenn all dies im Prinzip gelänge, bliebe doch ein Problem, das schon in der nächsten Zukunft eine größere Bedeutung erlangen könnte: Auch wenn man die Zinssätze, die im internationalen Kapitalverkehr eine bestimmende Rolle spielen, von Unterschieden in den Inflationsraten des Auslands und des Inlands bereinigt, also gleichsam Realzinsen vergleicht, werden beträchtliche Differenzen sichtbar. Die Bundesrepublik hat derzeit

ein sehr hohes Niveau der Realzinsen. Zum Teil, aber eben nur zum Teil, dürften die Gründe hierfür in den unterschiedlichen Stabilisierungsanstrengungen liegen. In vielen Ländern hat die Geldpolitik kein Zinsniveau bewirkt, in das auch nur die hohen Inflationsraten voll eingegangen wären, geschweige denn ein Zinsniveau, das bei den gegebenen Inflationsraten eine restriktive Wirkung der Geldpolitik anzeigte. Im Inland hingegen ist als Ergebnis der geldpolitischen Restriktion der Realzins derzeit vermutlich höher, als er auf Dauer sein kann. Auch solche Unterschiede können in der aktuellen Wechselkursbewegung ihren Niederschlag finden (dadurch, daß zeitweise die Mark höher bewertet wird, als der mittelfristigen Trendbewegung entspricht), zumal wenn es sich um vorübergehende Unterschiede handelt.

Schwieriger wird es, wenn die binnenwirtschaftlich orientierte Geldpolitik dauerhaft ein Realzinsgefälle zum Ausland aufrechterhalten wollte. Diese Frage stellt sich besonders, weil außer den schon genannten Gründen für die derzeit gegebenen Unterschiede in den Realzinsen der Einfluß zu bedenken ist, der von den anlagesuchenden Ölmilliarden auf das Zinsniveau in den Finanzzentren der Welt ausgeübt wird. Aus Gründen, die uns nicht bekannt sind, und die möglicherweise mit dem Rest an Kapitalverkehrskontrollen zusammenhängen, haben diese Kapitalströme bisher anscheinend nur in vergleichsweise geringem Umfange die Anlage in der D-Mark gesucht. Dies muß jedoch nicht so bleiben. Je mehr ein Erfolg der deutschen Stabilisierungsbemühungen offenbar macht, daß die Höherbewertung der D-Mark sich fortsetzen muß, desto unwahrscheinlicher wird es, daß die Unterschiede in den Nominalzinsen so stark, wie es 1974 anscheinend der Fall gewesen ist, darüber entscheiden, wohin sich die internationalen Kapitalströme wenden, und nicht auch die erwarteten Gewinne und Verluste, die sich mit erwarteten Wechselkursänderungen verbinden (und die sich bei funktionsfähigen Devisenterminmärkten in den Terminkursen für die einzelnen Währungen niederschlagen würden und damit auch kalkulierbar wären). Eine Politik, die im Inland einen Realzins aufrechterhält, der dauerhaft höher wäre als im Ausland, würde dann einen Daueranreiz für einen Kapitalzustrom setzen, der mit marktkonformen Mitteln kaum aufgehalten werden könnte.

321. Die Analyse dieser komplizierten Zusammenhänge führt zu der Schlußfolgerung, daß in der Bundesrepublik derzeit den Investoren bei der Finanzierung ihrer Anlagen ein wesentlich höherer Realzins abverlangt wird, als dem Angebot an Sparkapital in der Welt entspricht, das wegen der Bereicherung der Ölländer sehr reichlich geworden ist. Konkret: Im Wohnungsbau der Bundesrepublik müssen derzeit hohe Realzinsen gezahlt werden, obwohl in der Welt die Leistung von Ressourcen zu sehr niedrigen Realzinsen geliehen werden kann und obwohl die Inanspruchnahme solcher Quellen angesichts des Saldos unserer Leistungsbilanz überhaupt keine Sorgen zu machen brauchte. Denn die Bundesrepublik würde sich damit nicht etwa in Abhängigkeit von ausländischen Kapitalmärkten begeben, sondern zunächst einmal nur den außerordentlich hohen Kapitalexport vermindern, der gegenwärtig in doppelter Hinsicht ein Problem darstellt (Ziffern 167 ff.). Hält man das reichliche internationale Angebot an Sparkapital für vorübergehend — wozu allerdings wegen der Ölmilliarden kein Anlaß besteht (Ziffer 460) — so wäre es nur konsequent, aus stabilisierungspolitischen Gründen eine Anpassung der Volkswirtschaft an einen sehr niedrigen Realzins nicht zuzulassen. Ist man jedoch nicht dieser Meinung, wäre nur schwer zu begründen, warum die Volkswirtschaft darauf verzichtet, als Teilausgleich für den Einkommensverlust zugunsten der Ölländer wenigstens den Vorteil eines niedrigen Kapitalzinses wahrzunehmen. Diesen Vorteil nutzen, heißt nicht ohne weiteres in Widerspruch zu den Zielen der Stabilitätspolitik geraten. Ein solcher Widerspruch würde vermieden, wenn die Bundesrepublik eine Höherbewertung der Mark zuließe oder begünstigte (etwa durch Aufhebung des Verzinsungsverbots für Ausländereinlagen bei deutschen Banken), die über das unter Ziffer 311 angesprochene Maß hinausginge. Die Chancen der Exportwirtschaft würden dadurch zwar beeinträchtigt, die Chancen der binnenwirtschaftlich orientierten Bereiche jedoch verbessert. Dies würde eine Verminderung der Leistungsbilanzüberschüsse bedeuten und damit auch einen Wandel, der wegen der entgegengesetzten Entwicklung in der jüngsten Vergangenheit nur erwünscht sein könnte. Als Vorteil mag auch angesehen werden, daß auf diese Weise das in der Bundesrepublik inzwischen erreichte hohe Lohnniveau für die Unternehmen erträglicher würde; denn die im Zuge der Stabilisierung ohnehin erwartbare Entlastung auf der Seite der Zinskosten schlüge kräftiger und doch dauerhaft zu Buche. Nachteilig wäre eine solche Strategie allerdings für die Kapitalbesitzer im Inland. Sie würden sich mit einem sehr niedrigen Realzins begnügen müssen.

Hier ist eine wichtige Verknüpfung von Geldpolitik und Wechselkursbewegung zu beachten. Sollten Bundesregierung und Bundesbank aus den zuvor erörterten Gründen eine kräftige, wenn auch möglichst stetige Höherbewertung der Mark zulassen wollen und kommt über den Markt eine solche Höherbewertung zustande, so wird vermutlich eine deutliche Zinssenkung marktgerecht, das heißt vereinbar mit einem stetig aber begrenzt zunehmenden Angebot an Zentralbankgeld entsprechend einem geldpolitischen Kurs, wie er unter Ziffer 312 skizziert worden ist. Die Bundesbank sollte sich einer solchen Zinssenkungstendenz dann nicht etwa in den Weg stellen, sondern sie über die Beeinflussung der Zinserwartungen eher fördern, damit die Ablösung eines Teils der Auslandsnachfrage durch mehr Binnennachfrage sich möglichst reibungslos vollziehen kann. Sorgen hinsichtlich der Wirksamkeit ihres stabilitätspolitischen Kurses brauchte die Bundesbank nicht zu haben, solange sie die Expansion der Geldbasis fest im Griff hält.

322. Ob eine Abstimmung mit den Partnern im Floating-Block gefunden werden kann, die einen

gemeinsamen geldpolitischen Kurs und eine gemeinsame Haltung gegenüber allfälligen vom Markt bestimmten Änderungen der Wechselkurse nach außen erlaubt, vermögen wir nicht zu beurteilen. Würde die Interventionspflicht gegenüber den Währungen der Partner nur im gleichen Maße akut wie 1974, so würfe dies keine Probleme auf.

Finanzpolitik

323. Wenn es auch im kommenden Jahr nicht Aufgabe der monetären Politik sein soll, sich vorwiegend den Problemen der Beschäftigung zuzuwenden, so deshalb, weil nicht zu hoffen ist, daß eine Politik des leichten Geldes in ihren Wirkungen auf Beschäftigung und Preisniveau eine günstige Kombination aufweisen würde. Aus diesem Grunde kann und sollte die Finanzpolitik jetzt breitgestreut helfen, den unerwünscht starken Beschäftigungseinbruch zu mildern, soweit dieser ein Problem des gesamtwirtschaftlichen konjunkturellen Nachfragemangels ist. Soweit er ein Problem des überhöhten Kostenniveaus ist, kann die Finanzpolitik nicht helfen; hierfür ist hinsichtlich der Kosten für Vorleistungen der Volkswirtschaft, also die Einfuhren, die Wechselkurspolitik (Ziffern 317 ff.), hinsichtlich der Kosten für Arbeit die Lohnpolitik (Ziffern 336 ff.) zuständig.

324. Die Finanzpolitik sollte Spielraum haben, sowohl mit den Einnahmenregelungen als auch mit den Ausgaben der öffentlichen Haushalte beschäftigungserhöhende Impulse zu geben, auf der Ausgabenseite vor allem im Wege einer veränderten Struktur der Ausgaben.

325. Auf der Einnahmenseite wird es ohne zusätzliche Maßnahmen kräftige expansive Impulse geben durch die Steuerreform, die zum 1. Januar 1975 in Kraft tritt. [1]) Diese kommt damit, wie schon 1968 die Mehrwertsteuerreform, zu einem konjunkturell günstigen Zeitpunkt. Sie wird nach amtlichen Schätzungen in ihren Wirkungen auf die öffentlichen Haushalte einen Einnahmenausfall von 14 Mrd DM bringen. Da es sich um eine dauerhafte und nicht um eine nur vorübergehende, konjunkturpolitisch motivierte Steuersenkung handelt, darf man damit rechnen, daß die auf diese Weise den Privaten zusätzlich belassenen Einkommen zu einem normalen Anteil für den privaten Verbrauch verwendet werden, und daß auch die Investitionen, die dem privaten Verbrauch dienen, davon mitbestimmt sein werden.

326. Auf der Ausgabenseite wird sich der Staat schwerer tun, zur Erhöhung des Beschäftigungsstandes in stabilisierungsgerechter Form beizutragen. Schon wegen der in den kommenden Jahren ohnehin sehr stark steigenden öffentlichen Verschuldung hat der Staat darauf zu achten, eine ungehemmte Ausgabenexpansion wenn irgend möglich zu vermeiden. Die Vorbereitung konjunkturpolitisch motivierter Ausgabenprogramme ist zwar angezeigt; ausgeführt werden sollten solche Programme aber nur, sofern sich zeigt, daß die Ausgabenneigung der Privaten sich weiter abschwächt, oder sofern die Ausgabenansätze an anderer Stelle gekürzt werden (Ziffer 246).

Im Vordergrund des finanzpolitischen Bemühens sollte vielmehr eine Veränderung der Ausgabenstruktur der öffentlichen Haushalte stehen, die es erlaubte, mit diesen Ausgaben mittelbar die Leistungen einer möglichst großen Anzahl von Arbeitskräften in Anspruch zu nehmen. Der Weg hierzu führt in erster Linie über die Bemühung, die Verteuerung der Staatsleistungen in möglichst engen Grenzen zu halten, und dies ist vor allem eine Frage der Lohn- und Gehaltserhöhungen im öffentlichen Dienst, namentlich wenn man die Wirkungen berücksichtigt, die ein Tarifabschluß im staatlichen Bereich auf das Lohnniveau im ganzen hat, damit auf das Kostenniveau und schließlich auf die Preise, die der Staat im Bereich seiner Sachausgaben und Investitionen zu zahlen hat.

327. Wie erwähnt, erwarten wir für das Jahr 1975 ohne weitere konjunkturpolitisch motivierte Sonderprogramme Ausgaben der Gebietskörperschaften in Höhe von etwa 361 Mrd DM (Ziffer 263). Zugleich ist nach unseren Schätzungen mit Steuereinnahmen von 256 Mrd DM zu rechnen. Damit würde sich die volkswirtschaftliche Steuerquote, die Steuereinnahmen bezogen auf das Bruttosozialprodukt, um 0,4 Prozentpunkte ermäßigen.

Bei einer solchen Entwicklung der Steuerquote und einem Wachstum des Produktionspotentials um 3 vH sowie unter Einrechnung eines kurzfristig für unvermeidlich zu haltenden Anstiegs des Preisniveaus, gemessen am Preisindex für das Bruttosozialprodukt, von 5 vH (Ziffer 309) wäre ein Haushaltsvolumen der Gebietskörperschaften von 335 Mrd DM konjunkturneutral zu nennen. Um 26 Mrd DM würden also die von uns geschätzten Staatsausgaben über dieses Maß hinausgehen (Tabelle 25). Dieser Betrag steht für die konjunkturellen Impulse, die von einer Finanzpolitik, wie sie hier angenommen ist, zu erwarten wären.

328. Sehr viel größer wird das Finanzierungsdefizit der Gebietskörperschaften ausfallen. Um 51 Mrd DM werden voraussichtlich die laufenden Einnahmen des Staates, außer den Steuereinnahmen also die vielfältigen sonstigen Einnahmen mit Ausnahme der aus Krediten, hinter den Staatsausgaben zurückbleiben. Die Differenz zwischen diesem Betrag und den zuvor genannten 26 Mrd DM macht das aus, was wir die konjunkturneutrale Kreditaufnahme des Staates nennen. Sie setzt sich zusammen aus einem Sockel mittelfristig „normaler" öffentlicher Kreditaufnahme — dem entsprechen nach unseren Ansätzen für die Rechnungen für 1975 16 Mrd DM — und

[1]) Ein Teil der Haushaltswirkungen der Steuerreform wird sich buchungsmäßig auf der Ausgabenseite niederschlagen, da anstelle der Steuerbegünstigung für Steuerpflichtige mit Kindern künftig ein Kindergeld ausgezahlt wird.

Tabelle 25

Die Haushalte der Gebietskörperschaften 1975 [1])

	Einheit	1974	1975
Staatsausgaben bei gleicher Staatsquote wie im Basisjahr 1966 (3)	Mrd DM	297,6	326,4
Vollbeschäftigungssteuereinnahmen bei gleicher Steuerquote wie im Basisjahr 1966 (5)	Mrd DM	232,7	255,1
Vollbeschäftigungssteuereinnahmen bei gleicher Steuerquote wie im jeweiligen Jahr (6)	Mrd DM	244,8	264,1
nachrichtlich: Einnahmen konjunktureller Sondersteuern (6 a)	Mrd DM	+ 2,5	+ 0,4
Mehreinnahmen aufgrund erhöhter Steuerquote (7)	Mrd DM	+ 12,2	+ 0,9
Konjunkturneutrales Haushaltsvolumen (8)	Mrd DM	309,8	335,4
Tatsächliche Staatsausgaben (9)	Mrd DM	319,2	361,0
Konjunktureller Impuls (10)	Mrd DM	+ 9,4	+ 25,6
nachrichtlich: konjunktureller Impuls des Haushalts unter Einrechnung der konjunkturpolitischen Sondersteuern (10 a)	Mrd DM	+ 6,9	+ 25,2
Ex post: Abweichungen der realisierten Staatsquoten von der konjunkturneutralen (11)	Mrd DM	+ 5,0	+ 21,9
Veränderung des konjunkturellen Impulses gegenüber dem jeweiligen Vorjahr (12)	Mrd DM	+ 4,9	+ 16,2
Zum Vorjahresvergleich			
Steigerungsrate			
(a) der tatsächlichen Staatsausgaben gegenüber dem jeweiligen Vorjahr	vH	+ *12,9*	+ *13,1*
(b) des konjunkturneutralen Haushaltsvolumens gegenüber den tatsächlichen Staatsausgaben im jeweiligen Vorjahr	vH	+ *9,2*	+ *5,1*
Bestimmungsfaktoren von (b)			
(c) Wachstumsrate des Produktionspotentials in Preisen von 1962	vH	+ *3,7*	+ *3,0*
(d) „Konjunkturneutrale" Erhöhung des Preisniveaus des Bruttosozialprodukts	vH	+ *5,0*	+ *5,0*
(e) Veränderung des Ausgabenspielraumes durch Abweichung der Steuerquote von der des jeweiligen Vorjahres	vH	+ *0,1*	− *1,4*
(f) Basiskorrektur: Veränderung des Ausgabenspielraumes durch Abweichung der realisierten Staatsquote von der konjunkturneutralen im jeweiligen Vorjahr	vH	+ *0,2*	− *1,6*
Volkswirtschaftliche Steuerquote (13)	vH	*24,2*	*23,8*
Konjunkturneutrale Staatsquote (14)	vH	*29,8*	*29,4*
Beanspruchte Staatsquote (15)	vH	*30,7*	*31,6*
Realisierte Staatsquote (17)	vH	*30,2*	*31,3*
I. Komponenten des konjunkturneutralen Finanzierungssaldos [2])			
(a) Potentialorientierte Kreditaufnahme	Mrd DM	− 14,7	− 16,2
(b) Auslastungsbedingte Steuermehreinnahmen bzw. -mindereinnahmen	Mrd DM	− 7,7	− 11,3
(c) Inflationsbedingte Steuermehreinnahmen	Mrd DM	+ 3,4	+ 2,8
(d) Änderungen im Deckungsbeitrag der „Sonstigen Einnahmen"	Mrd DM	− 1,0	− 1,1
I. (a) bis (d) Konjunkturneutraler Finanzierungssaldo (= Finanzierungssaldo des konjunkturneutralen Haushalts)	Mrd DM	− 20,1	− 25,8
II. Tatsächlicher Finanzierungssaldo	Mrd DM	− 29,5	−51,4
I. ./. II. Konjunktureller Impuls der öffentlichen Haushalte: (expansiv: +; kontraktiv: −)	Mrd DM	+ 9,4	+ 25,6

[1]) Bund, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, Öffa, Europäische Gemeinschaften, Länder, Gemeinden (Gv.). Eigene Schätzung. — Die in Klammern eingefügten Zahlen weisen auf das Berechnungsverfahren in Tabelle 19 hin.

[2]) Methodische Erläuterungen siehe Tabelle 20.

aus dem Kreditbedarf aufgrund konjunkturbedingter Steuerausfälle (gegebenenfalls abzüglich inflationsbedingter Steuermehreinnahmen). Einen konjunkturneutral angelegten Haushalt unbeschadet konjunkturbedingter Steuerausfälle zu vollziehen, ist kein expansiver Vorgang; die Kürzung der Ausgaben wäre vielmehr ein kontraktiver Vorgang. Im Jahre 1975 werden rund 11 Mrd DM weniger Steuern aufkommen, als bei normaler Auslastung des Produktionspotentials (Vollbeschäftigung) zu erwarten wären. Auch die Finanzierung dieses Teils des Defizits der öffentlichen Haushalte ist konjunkturneutral möglich (Ziffer 413).

329. Selbst wenn man all jene Teile der staatlichen Kreditaufnahme aus dem Bild nimmt, die ohne Beeinträchtigung der Finanzierungswünsche der Privaten möglich erscheinen, bleibt ein bedeutender Betrag übrig, der für die expansiven konjunkturellen Impulse der Finanzpolitik im Jahre 1975 steht. Er ist, bezieht man ihn auf das inzwischen gewachsene Produktionspotential, ebenso hoch wie er zur Zeit der außerordentlich expansiven Finanzpolitik Anfang der siebziger Jahre war.

Angesichts der konjunkturell stark abgeschwächten Ausgabenneigung der Privaten brauchen expansive Impulse auch in dieser Größenordnung nicht von vornherein zu beunruhigen. Es kommt freilich entscheidend darauf an, daß diese Impulse sich vor allem in Beschäftigungswirkungen und nicht in Preisniveauwirkungen niederschlagen.

330. Sollen die für 1975 geplanten Ausgabenüberschüsse des Staates konjunkturgerecht genannt werden, so muß dies heißen, daß sie bei der anzustrebenden monetären Expansion auch finanziert werden können, ohne daß in unerwünschtem Maße private Finanzierungswünsche verdrängt werden müssen. Hier zeigen sich am ehesten die Grenzen für zulässige expansive Impulse der öffentlichen Haushalte. Soll die monetäre Expansion und damit die Expansion der gesamtwirtschaftlichen Ausgaben unter möglichst straffer Kontrolle bleiben, damit sich nicht die gesamten Stabilisierungsanstrengungen letztlich doch noch als vergeblich erweisen, soll aber zugleich dafür gesorgt werden, daß sich in dem für die Gesamtwirtschaft gesetzten Rahmen die private Ausgabenneigung erholt, so darf der Staat seinen konjunkturgerechten Ausgabenspielraum nicht zu hoch einschätzen.

Auch aus diesem Grunde ist es ein glücklicher Umstand, daß dauerhafte Steuersenkungen gerade Anfang 1975 in Kraft treten, der größere Teil der vorgesehenen expansiven Impulse der Finanzpolitik also über die Einnahmenseite geht und damit die privaten Ausgaben anregen wird. Obwohl die Veränderung der Finanzierungsstruktur bei den öffentlichen Haushalten unter der Annahme einer wirksamen Geldpolitik sicherlich nicht im vollen Umfang ein expansiver Vorgang ist (Ziffer 407), wird man von der Steuerreform, nicht zuletzt weil es hier um dauerhafte Neuregelungen geht, im ganzen wohl kräftige expansive Wirkungen erwarten dürfen.

Vorsichtiger ist zu beurteilen, was vom Volumen her die Ausgabenseite an expansiven Impulsen zusätzlich bringt; denn hier geht es um eine Umlenkung von Ausgabenspielräumen hin zum Staat. Was an privater Nachfrage verdrängt wird, dürfte zwar geringer sein, als der Staat zusätzlich geltend macht, so daß per Saldo expansive Wirkungen übrig bleiben. Doch anders als in einer Rezession ohne Inflationsprobleme, in der mit der Nachfrageabschwächung die ungenutzten Finanzierungsspielräume sich rasch erweitern und eine expansive Ausgabenpolitik des Staates daher sehr wirkungsvoll sein kann (Ziffer 418), ist sie unter den für 1975 anzustrebenden monetären Bedingungen vermutlich mit einer im Prinzip unerwünschten Beeinträchtigung privater Ausgaben verbunden. Vorläufig weisen die Ausgabenpläne der öffentlichen Hand, diese für sich genommen, also ohne die Auswirkungen der Steuerreform gerechnet, auf expansive Impulse hin, die nicht wesentlich über jene hinausgehen, die schon 1974 von den öffentlichen Haushalten ausstrahlten. Doch jede zusätzliche Erhöhung müßte diesen Konflikt verschärfen.

331. Nicht so sehr die kurzfristige Betrachtung ist es, die zu stabilitätspolitischen Bedenken gegen das voraussichtliche Haushaltsvolumen des Staates für das Jahr 1975 führt; Besorgnis muß vielmehr erregen, was in ihnen über 1975 hinaus an expansiven Impulsen angelegt ist. Daß sich so hohe Haushaltsdefizite ergeben, liegt samt und sonders in den Einnahmen- und Ausgabenansätzen für die normalen öffentlichen Etatposten, nicht etwa in konjunkturpolitisch motivierten Sonderprogrammen begründet. Die öffentlichen Haushalte werden also, wenn es nach 1975 nicht zu Einnahmenverbesserungen via Steuererhöhungen oder zu massiven Kürzungen der Ausgabenpläne kommt, möglicherweise noch in einer Zeit expansive Impulse enthalten, in der dies nicht mehr konjunkturgerecht ist. Von daher ist also das Bemühen der Finanzpolitik zu unterstützen, die Ausgabenexpansion in den normalen Haushalten wenn irgend möglich einzudämmen. Für das konjunkturgerechte Maß an antizyklisch wirkenden Staatsausgaben sollte in gesonderten Zusatzhaushalten gesorgt werden, die dann nicht in die Basis eingehen, von der aus man das Haushaltsvolumen für die künftigen Jahre fortzuschreiben geneigt ist, damit nicht das, was zunächst konjunkturpolitisch gemeint war, zu einer dauerhaften Erhöhung der Staatsquote führt.

332. Staatskredite von über 50 Mrd DM zu beschaffen, wird vermutlich selbst bei weiterhin gedämpfter privater Kreditnachfrage von der staatlichen Schuldenpolitik Virtuosität verlangen. Die Schuldenpolitik kann insbesondere versuchen, Verklemmungen an den Kreditmärkten dadurch zu vermeiden, daß sie die Fristigkeit der Neuverschuldung flexibel den Marktgegebenheiten anpaßt, und daß sie die Ergiebigkeit bestimmter Märkte verstärkt fördert und nutzt.

Unvermeidlich wird es vermutlich sein, einen erheblichen Teil der benötigten Kredite zunächst kurzfristig aufzunehmen und diese schwebende Staats-

schuld in Zeiten aufgelockerter Kapitalmärkte dann zu konsolidieren.

Wenn erfolgreich versucht würde, verstärkt Mittel der Sparer auch direkt, also ohne den Weg über das Bankensystem, aufzunehmen, wird die Entspannung am Bankenkreditmarkt von der außerordentlichen Höhe der staatlichen Neuverschuldung am wenigsten behindert. Dies wird um so leichter sein, je mehr die öffentliche Hand den Anlagewünschen der Sparer entgegenkommt. So kann sie etwa durch angemessene Stückelung der Staatsschuld auch solche Beträge an sich ziehen, die bislang nur für eine Anlage auf Sparkonten zur Verfügung standen. Auch könnten den Sparern wirksamer die lohnenden Möglichkeiten nahegebracht werden, ihre Mittel in Staatspapieren anzulegen.

Hilfreich kann auch eine Inanspruchnahme ausländischer Kreditmärkte sein. Dabei brauchte sich keine starke Tendenz zur Höherbewertung der D-Mark zu ergeben, wenn in dem Maße, wie längerfristige Mittel aus dem Ausland hereingenommen, kurzfristige Mittel hinausgelegt werden. Dagegen wäre eine Veränderung des Wechselkurses unvermeidlich, wenn zusätzliche Auslandskredite zu Lasten des derzeitigen hohen Kapitalexports der Bundesrepublik gehen sollen. In diesem Falle müßte sich in entsprechendem Umfang der Überschuß der Leistungsbilanz vermindern, es würde also eine Dämpfung der Exporte und eine Anregung von Importen herbeigeführt. Auch dies kann zweckmäßig sein (Ziffer 303). Nicht zweckmäßig wäre nur, wenn der Staat im Ausland Geld leiht, die Devisen am Devisenmarkt anbietet, die Bundesbank zur Erhaltung bestehender Wechselkursrelationen diese Devisen gegen Hergabe von D-Mark aus dem Markt nimmt und schließlich ihrerseits die angekauften Devisen in der Form niedrig verzinslicher Währungsreserven anlegt. Dann könnte die Bundesbank die D-Mark auch gleich direkt dem Staat leihen. Es träte dann wenigstens kein Zinsverlust ein.

333. Zu erörtern ist auch, welche Handlungsmöglichkeiten die Finanzpolitik über die schon geplanten oder beschlossenen ausgaben- und einnahmenpolitischen Maßnahmen hinaus in Erwägung ziehen könnte.

Nicht angezeigt erscheint uns derzeit, wie erwähnt, expansive Sonderprogramme für Ausgaben der öffentlichen Hand zu beschließen, die über das geplante Ausgabenvolumen von 361 Mrd DM noch hinausführten. Durch das, was in dem gegenwärtigen Kurs der Finanzpolitik schon angelegt ist und was sich aus einer mäßigen Lockerung der monetären Politik ergeben würde, wird dem entsprochen, was die konjunkturelle Situation erfordert. Eher ließe sich darüber streiten, ob es, was die öffentlichen Ausgaben anlangt, nicht schon zu viel ist. Sich unter dem Druck einer jahreszeitlichen Spitze in der Arbeitslosigkeit für mehr zu entschließen, hieße zusätzlich etwas für den späteren Verlauf des Jahres 1975 tun, für den es wahrscheinlich nicht konjunkturgerecht ist. An der Arbeitslosigkeit im kommenden Winter würde es jedoch mit Sicherheit nichts mehr ändern.

Sehr wohl könnte allerdings daran gedacht werden, vorbereitete Sondermaßnahmen, namentlich im Bereich der investiven Ausgaben, und hier nicht nur für Baumaßnahmen, schon bald zu einem Konjunkturprogramm zusammenzustellen und zu beschließen, aber nur, wenn zugleich anderswo Ausgabenpläne zurückgenommen werden, von denen man sich keine oder nur eine geringe beschäftigungserhöhende Wirkung versprechen kann.

Auch gegen Beschlüsse, die auf eine zügige Haushaltsführung abzielten, wäre nichts einzuwenden, weil die Ausgabenneigung der Privaten gerade in den ersten Monaten des nächsten Jahres noch unerwünscht schwach sein dürfte. Diesem Zweck könnte möglicherweise auch dienen, wenn für 1975 geplante Vorhaben vorgezogen und in einem besonderen Haushalt vorweg beschlossen werden.

Hilfreich sind auch Maßnahmen, die der Neigung der Gemeinden zu einem prozyklischen — an der Höhe ihrer laufenden Einnahmen orientierten — Ausgabenverhalten entgegenwirken können.

334. Zu prüfen ist, ob zur Belebung der stark abgeschwächten Investitionsneigung gezielte Maßnahmen der Finanzpolitik, etwa eine allgemeine Investitionsförderung, zweckmäßig wäre.

Bei investitionsfördernden Maßnahmen könnte man den Vorteil darin sehen, daß durch sie zusätzliche private und nicht staatliche Ausgaben veranlaßt würden. Allerdings muß man bei solchen Maßnahmen in der Regel in Kauf nehmen, daß der allergrößte Teil der zu zahlenden Subventionen auf Investitionsvorhaben entfiele, die ohnedies alsbald realisiert würden. Gerechtfertigt wären sie daher, wenn überhaupt, nur dadurch, daß sie dort, wo sie greifen, ein Vielfaches der Subventionszahlung an zusätzlichen Ausgaben der Investoren hervorrufen. Im übrigen ist auch hier zu bedenken, daß Investitionsprämien welcher Form auch immer den Kreditbedarf des Staates erhöhten und damit die Gesamtwirkung einer solchen Maßnahme nicht so hoch zu veranschlagen wäre, wie der Primärimpuls erwarten lassen könnte (Ziffer 404).

Der Sachverständigenrat ist der Auffassung, daß die Schwäche der Investitionsneigung zunächst am Ursprung behoben werden muß. Die Erträge und Ertragsaussichten der Unternehmen sind nicht nur aus konjunkturellen Gründen gedrückt, sondern auch wegen des hohen Kostenniveaus (Ziffer 299). Vor allem was die mittelfristigen Ertragsaussichten anlangt, muß die Besserung von der Lohnseite kommen. Schwächen sich dann die Inflationserwartungen weiter ab, werden auch die Zinskosten sinken können. Außenwirtschaftlich könnte dem nachgeholfen werden (Ziffer 321). Schließlich hilft die Steuerreform auch in der Breite, die dauerhaften Absatzchancen und damit den Bedarf an Investitionen zu erhöhen. Eine unmittelbare Investitionsförderung, durch die der Staat — zeitweise — einen Teil der Investitionskosten übernimmt, während zur gleichen Zeit die Privaten durch ihre Entscheidungen andere Kosten — dauerhaft — erhöhen, sollte im Rahmen der gegenwärtigen Stabilisierungspolitik unterbleiben können.

Sie würde auch Fragen der Ausgestaltung aufwerfen. Zunächst wäre an eine Anwendung des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes zu denken, das in seinem § 26 die Möglichkeit vorsieht, daß bei Investitionen die Einkommensteuerschuld um bis zu 7,5 vH der Investitionsausgaben gekürzt werden kann. Dadurch würden allerdings Unternehmen, die keine Gewinne haben oder für die unmittelbare Zukunft keine erwarten, nicht zu Investitionen angeregt; denn die Möglichkeit einer Kürzung der Steuerschuld darf nur für den Zeitraum des Jahres, in das die Investition fällt, und des darauffolgenden Jahres gewährt werden. Wollte man den Investitionsanreiz von der Gewinnsituation unabhängig machen, könnte an die Gestaltungsform angeknüpft werden, die 1973 für die Investitionsteuer gefunden worden ist, nun mit umgekehrten Vorzeichen. Doch die Erfahrungen, die mit den Verschiebungen über die Grenzen des Geltungszeitraums gemacht worden sind, lassen hier zurückschrecken (Ziffer 211).

Sollte trotz allem erwogen werden, in diese Richtung zu gehen, so müßte eine Entscheidung rasch getroffen werden, damit es nicht zu einer Zurückhaltung ohnehin geplanter Bestellungen von Investitionsgütern kommt. Es sollte nicht einmal offenbleiben, ob in Kürze neu und möglicherweise anders entschieden wird, es sei denn mit rückwirkender Kraft.

335. Der bei den geltenden Steuerregelungen mittelfristig zu erwartende Bedarf an Staatskrediten wird trotz der ungünstigen konjunkturellen Situation die Frage im Vordergrund der konjunkturpolitischen Diskussion halten, ob, inwieweit und wann eine Erhöhung bestimmter Steuern, namentlich der Mehrwertsteuer, die Einnahmenausfälle, welche die Steuerreform mit sich bringt, ausgleichen solle. Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer (und anderer wichtiger Verbrauchsteuern) wäre preisniveauneutral mit größter Wahrscheinlichkeit nicht möglich, und zwar vermutlich selbst dann nicht, wenn sie nicht zum Anlaß zusätzlicher Lohnforderungen genommen würde. Eine Gefährdung des Mindestziels der Stabilitätspolitik, das darin besteht, im Jahre 1975 auf jeden Fall eine Senkung der Inflationsrate zu erreichen, muß jedoch vermieden werden (Ziffer 311). Außerdem wäre eine Steuererhöhung 1975 auch nicht konjunkturgerecht; denn die Stützung der privaten Nachfrage durch die Steuerreform ist erwünscht (Ziffer 330). Kurz: Eine Mehrwertsteuererhöhung wäre kein annehmbarer Ersatz für zurückhaltende Lohn- und Gehaltssteigerungen im öffentlichen Dienst.

Einkommenspolitik

336. Da die Chancen gut bleiben, über die Globalsteuerung, namentlich die monetäre Politik, klare Marktdaten zu setzen, die den geplanten Fortgang der Stabilisierung signalisieren, und da hinreichend möglich erscheint, daß das Eigeninteresse die Marktpartner dahin führt, diese Signale zu beachten, hat der Staat nach wie vor keinerlei Anlaß, in die Einkommensbildung an den Märkten direkt einzugreifen. Damit das Vernünftige — und das heißt durchaus: das wohlverstandene Eigeninteresse — eine bessere Chance habe als 1974, halten wir allerdings für dringlich, daß die Regierung versucht, die Einkommenserwartungen der Bevölkerung für das Jahr 1975 sehr viel stärker, als dies bisher schon geschehen ist, von den Steigerungsraten des Jahres 1974 zu lösen und damit besser in Übereinstimmung zu bringen mit den Marktchancen, die, den Zielen der Wirtschaftspolitik für 1975 zufolge, die Unternehmen haben werden, die diese Einkommen zahlen und erwirtschaften sollen. Anfang 1974 ist dies nicht geglückt.

Die Stabilisierungspolitik würde einkommenspolitisch außerdem an Überzeugungskraft gewinnen, wenn der Staat seine Anstrengungen verstärkte, die Funktionsfähigkeit der Märkte zu verbessern — eine dauernde, vor allem auf mittelfristig erwartbare Erfolge ausgerichtete, aber nichts desto weniger dringliche Aufgabe (Ziffern 350 ff.).

337. Die Tarifvertragsparteien wehren sich seit Jahren mit Nachdruck dagegen, daß von außen mit quantitativen Vorstellungen in ihre lohnpolitische Diskussion eingegriffen wird. Besonders groß ist der Widerstand gegen staatliche Vorstellungen dieser Art, wie sie in früheren Jahren etwa im Rahmen der vom Stabilitäts- und Wachstumsgesetz für bestimmte Situationen vorgeschriebenen gesamtwirtschaftlichen Orientierungsdaten vorgelegt worden sind. Die Gewerkschaften berufen sich in ihrer Ablehnung darauf, daß lohnpolitische Leitlinien erfahrungsgemäß keine Hilfe dafür seien, daß Tarifverträge marktgerecht abgeschlossen werden, und daß sie im übrigen mit der Autonomie der Tarifpartner in Konflikt stehen. Solche Gründe sollten respektiert werden, solange die Tarifpartner bereit sind, die Verantwortung für das zu übernehmen, was sie im Rahmen ihrer Autonomierechte vereinbaren und damit gesamtwirtschaftlich bewirken. Der Staat kann sich für diesen Fall darauf beschränken, den Spielraum für eine stabilitätskonforme Expansion der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage zu schaffen und für funktionsfähige Märkte zu sorgen. Da dies im Prinzip eine klare Aufgaben- und Verantwortungsteilung darstellt, schlägt auch der Sachverständigenrat nicht vor, der Staat möge quantitativ formulierte Leitlinien für die Lohnpolitik bekanntgeben. Dies schließt jedoch eine öffentliche Diskussion über die gesamtwirtschaftlichen Folgen alternativer Verhaltensweisen in der Lohnpolitik nicht aus. Im Gegenteil.

Die Tarifautonomie gibt den Organisationen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer und deren Gliederungen bis hinunter zu den Betrieben ein Mandat, Entscheidungen vorzubereiten und zu treffen, deren kollektive Folgen zwar in besonderem Maße sie selbst, aber nicht nur sie selbst angehen. Die Tarifpartner können daher allenfalls die Folgen, die ihr Handeln in ihrem jeweiligen speziellen Markt- und Machtbereich hat, zu einer Angelegenheit allein ihrer Mitglieder erklären; die gesamtwirtschaft-

lichen Folgen ihres Handelns müßten sie gegenüber der Öffentlichkeit verantworten. Sie können zwar die gesamtwirtschaftliche Ausgabenexpansion und namentlich die monetäre Expansion nicht selbst bestimmen, sie können jedoch die Wirtschaftspolitik in den Konflikt bringen, sich kurzfristig entweder für eine — inflatorische — Finanzierung stabilitätswidriger Lohnsteigerungen oder für Arbeitslosigkeit entscheiden zu müssen.

Ein allgemeines Interesse ist hier einem partikularen Interesse gleichsam angehängt, und es machte keinen Sinn, wollte man verlangen, die Öffentlichkeit und der Staat sollten gespannt zwar, doch gleichsam sprachlos das Ergebnis dieser nichtöffentlichen Entscheidungsprozesse, das alle angeht, wie ein Naturereignis auf sich zukommen lassen. Als im Herbst 1973, während die ersten Erfolge einer in hohem Maße aussichtsreichen Stabilisierungsanstrengung sichtbar wurden, für den Bereich der Metallindustrie Forderungen auf Lohnerhöhungen gestellt wurden, die sich, alle Nebenleistungen eingerechnet, teilweise auf 20 vH und mehr beliefen, war offensichtlich, welch folgenschwerer Irrtum sich für die Gesamtwirtschaft abzeichnete. Selbst die gravierende Verengung des Spielraums für reale Einkommenserhöhungen, die sich aus der Ölkrise und der Verteuerung sonstiger Rohstoffe ergab, machte keinen Eindruck bei den Fordernden, obwohl die Arbeitnehmer in den Jahren davor ganz selbstverständlich teilhatten an den Vorteilen, welche die Volkswirtschaft aus einer anhaltenden Verbesserung im Verhältnis der Ausfuhrpreise zu den Einfuhrpreisen gezogen hatte. Heute ist fast allen klar, daß die Lohnrunde 1974 ein Irrtum gewesen ist, und die Wirtschaftspolitik muß nun darauf setzen, daß die Tarifpartner die Konsequenzen aus diesem ihrem Irrtum ziehen.

Um Mißverständnissen vorzubeugen, sei betont, daß die Verantwortung für diesen Irrtum selbstverständlich beide Tarifpartner zugleich trifft, diejenigen, die gefordert haben, und diejenigen, die gewährt haben. Wenn die Arbeitgeber Lohnsteigerungen zugestehen, die so hoch sind, daß sie die Produkte ihrer Unternehmen nicht mehr lohnend verkaufen können, daß sie nicht mehr erwarten können, bei Investitionen auf ihre Kosten zu kommen, daß sie aufgrund dessen Arbeitnehmer freisetzen, Investitionen unterlassen und einen Teil der Produktionskapazitäten der Volkswirtschaft brachliegen lassen müssen, so haben sie ihre gesamtwirtschaftliche Funktion in der Lohnpolitik nicht erfüllt, die eben darin besteht, Bedingungen zu verteidigen, unter denen die Produktivkräfte der Volkswirtschaft erhalten, ausgebaut und genutzt werden können.

Kann eine sachliche öffentliche Diskussion verhindern helfen, daß sich ein lohnpolitischer Irrtum wie der des Jahres 1974 alsbald wiederholt? Dem Sachverständigenrat ist des öfteren entgegengehalten worden, daß Tarifpolitik eine soziale Interaktion komplexer Art darstelle, daß sie eine politische Dimension habe, nicht zuletzt auch Machtkampf sei und daher nicht ohne großen Rest im Rechenwerk einer marktwirtschaftlichen Theorie aufgehe. Doch alles, was über das bloße Ökonomische hinausgeht, setzt die ökonomischen Sachzusammenhänge nicht außer Kraft. Es mag erklären, warum in der Lohnpolitik des Jahres 1974 so hohe Abschlüsse zustande kamen. Dies ändert aber nichts an der Feststellung, daß auf allen Seiten Schaden entstand, mißt man das Resultat an den gesamtwirtschaftlichen Zielen, die der Gesetzgeber dem Sachverständigenrat für seine Arbeit vorgegeben hat, und daß das lohnpolitische Handeln insoweit falsch war.

Die Frage ist, ob die Lohnpolitik schon auf dem Wege ist, für 1975 eine Einkommensentwicklung anzusteuern, die sich hinsichtlich ihrer gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen vertreten ließe.

338. Unter konjunkturellen und monetären Bedingungen, die den Spielraum für eine Expansion der gesamtwirtschaftlichen Ausgaben eng begrenzen, wird auch in der Lohnpolitik, wo Einkommenswünsche mit dem Nachdruck großer Marktmacht vorgetragen werden können, verstärkt unter dem Risiko gehandelt, daß man bei überzogenen Forderungen unter Umständen an der Menge verliert, was man am Stück gewinnt. Das war schon 1974 so und wird voraussichtlich 1975 noch deutlicher gelten. Der Zusammenhang zwischen Lohnhöhe und Beschäftigung ist klarer sichtbar, das Ziel der Arbeitsplatzsicherung dringlicher geworden.

Erwartungen, die auf stabilisierungskonforme Lohnabschlüsse gehen, stützen sich auch darauf, daß die Vertreter der Arbeitnehmerorganisationen in dem Bewußtsein eines großen Umverteilungserfolges seit 1969 handeln können und daher keine Schwierigkeiten haben sollten, unter den derzeitigen Umständen allenfalls an eine mittelfristige Konsolidierung, nicht an den Ausbau ihrer Position zu denken. Außerdem ist der Verteilungskampf für 1975 frei von der Belastung, die jahrelang aus den progressiv steigenden Ansprüchen des Staates auf Teilhabe an den Einkommen seiner Bürger entstand. Die Steuerreform wird wenigstens dieses eine Jahr einmal einen entgegengesetzten Effekt schaffen. Richtig ist, daß dies eigentlich eine Frage zwischen Bürger und Staat ist, nicht eine Frage der Tarifvertragsparteien. Doch da in der Vergangenheit die Steuerprogression ein Argument im Lohnstreit war, wird es diesmal gewiß auch die Steuerentlastung sein können.

339. Wenn trotz solcher günstigen Umstände die stabilitätspolitischen Sorgen vor der Lohnrunde 1975 groß bleiben, so liegt das einerseits an den ungünstigen Erfahrungen insbesondere aus dem Vorjahr, als die Tarifpartner nicht zur Kenntnis nehmen wollten, was der Markt dauerhaft für alle hergeben würde, andererseits und vor allem an dem Ausmaß an Veränderung in den Lohnsteigerungsraten, das nötig ist, um zu einem stabilisierungskonformen Pfad der Einkommensentwicklung zurückzukehren. Kaum mehr streitig ist, daß die Tarifabschlüsse für das Jahr 1975 bescheidener sein müssen, als sie 1974 waren. Doch noch immer scheint es in der öffentlichen Lohndiskussion als unrealistisch zu gelten oder als das zwar verständliche, aber doch nicht ganz ernst zu nehmende stabilitätspoli-

tische Werben der Regierung, wenn von Tariflohnsteigerungen die Rede ist, die erheblich unter 10 vH liegen. Steigerungsraten in der unmittelbaren Nachbarschaft von 10 vH gelten vielfach offensichtlich schon als Zurückhaltung. Dies ist beunruhigend. Denn hier bahnt sich möglicherweise ein neuer Irrtum hinsichtlich dessen an, was der Markt hergibt. Eine Gewöhnung an höhere Einkommenszuwächse scheint rasch vor sich zu gehen; zäh geht es zu, wenn Rückgewöhnung an das Normale auf dem Programm steht. Das mag verständlich sein. Man sollte aber die Menschen nicht für völlig unzugänglich halten für die Vorstellung, daß gerade weil die jüngsten Lohnsteigerungen so hoch waren, jetzt die Aufbesserung gering sein muß. Ohne diese Einsicht wird es nicht gehen. Denn ein Weniger um mehrere volle Prozentpunkte verglichen mit dem Vorjahr ist schon dann nötig, wenn sich die Situation der Unternehmen nur nicht weiter verschlechtern soll. Erst jenseits dessen begänne für die Tarifpartner die Selbstkorrektur (Ziffer 346).

340. Wegen des erheblichen Bedarfs an Differenzierung zwischen den Lohnabschlüssen der einzelnen Tarifbereiche mag es durchaus richtig sein, die öffentliche Lohndiskussion nicht im Zeichen eines anzustrebenden gesamtwirtschaftlichen Durchschnittswertes für Tariflohnsteigerungen zu führen. Auch der Sachverständigenrat verzichtet daher darauf. Wir halten jedoch für nötig, daß die Möglichkeiten für einen öffentlichen Konsensus über die Grundlinien der Tarifpolitik 1975 ausgeschöpft und so die Einkommenserwartungen rechtzeitig an ein stabilisierungskonformes Maß angepaßt werden.

Aufgrund unserer Analyse der gesamtwirtschaftlichen Lage und nach Anhörung der wirtschaftspolitischen Instanzen sowie der Vertreter der autonomen Gruppen schlagen wir vor, folgende sechs Punkte der Tarifpolitik 1975 für außer Streit zu halten:

— Erstens: Es gehört nicht zu den Zielen der Lohnpolitik für 1975, die Einkommensverteilung weiter zugunsten der beschäftigten Arbeitnehmer zu verändern.

— Zweitens: Sollte die konjunkturelle Entwicklung günstiger werden, als jetzt schon für wahrscheinlich zu halten ist, und sich daraus zeitweise eine überproportionale Zunahme der Gewinn- und Kapitaleinkommen ergeben, so wäre dies zu begrüßen, da die Ertragschancen der Unternehmen verbessert werden müssen, soll die Investitionsneigung sich nachhaltig beleben und ein hoher Beschäftigungsstand wieder sicher erscheinen.

— Drittens: Angesichts der jüngsten Entwicklung in der Einkommensverteilung stellen die Arbeitnehmer anders als in früheren Jahren keine Ansprüche wegen zurückliegender Preissteigerungen. In den anstehenden Tarifverträgen werden daher nur künftige Preissteigerungen berücksichtigt(vom jeweiligen Tarifabschluß an).

— Viertens: Die Lohnpolitik geht davon aus, daß der Anstieg des Preisniveaus sich weiter vermindern soll und daß die bisherige Stabilisierungspolitik einen nennenswerten Erfolg für 1975 so wahrscheinlich gemacht hat, daß es möglich ist, auf diesen Erfolg zu bauen.

— Fünftens: Ein größerer Erfolg in der Inflationsbekämpfung ist möglich, aber noch unsicher. Die Tarifpolitik sollte auf ihn setzen, wenn die Arbeitnehmer durch Nach- und Neuverhandlungsklauseln in Tarifverträgen gegen das Risiko, daß er sich nicht einstellt, abgesichert werden.

— Sechstens: Angesichts der unerwartet günstigen Entwicklung der Realeinkommen der Arbeitnehmer 1974 wird anerkannt, daß Lohnsteigerungen, die im Verlauf des Jahres 1974 wirksam wurden, namentlich Stufenerhöhungen, hinsichtlich der Vorbelastung, die sie für das Jahr 1975 mit sich bringen, den Neuabschluß für 1975 mitbestimmen müssen.

341. Über diese Grundsätze nicht zu streiten, heißt nicht eine Verengung des Handlungsspielraums im Rahmen der Tarifautonomie hinnehmen. In jedem einzelnen Vertrag ist ein Kompromiß darüber zu finden, wie groß angesichts der jeweiligen Ertragslage der Unternehmen das Zugeständnis ist, das die Arbeitnehmer im Hinblick auf die Sicherung eines hohen Beschäftigungsstandes machen oder auch umgekehrt, wie groß das Zugeständnis der Arbeitgeber bei günstiger Gewinnsituation einer Branche ausfällt. Auch die Erwartung hinsichtlich der Preisentwicklung, die einen Abschluß mitbestimmt, steht unter einer Unsicherheit, die voll niemand den Tarifpartnern abnehmen kann.

342. Wie erwähnt halten wir für erreichbar, den Anstieg des Niveaus der Preise für die Lebenshaltung im Verlauf des Jahres 1975, also Dezember 1975 gegen Dezember 1974 gerechnet, auf 4 vH zu senken (Ziffer 309) [1]). Im Verlauf des Jahres 1974 betrug der Anstieg rund 6 vH [2]). Ein Anstieg des Preisniveaus um etwa 5½ vH wäre die Obergrenze dessen, was mit dem unter viertens in Ziffer 340 gesagten gerade noch vereinbar wäre [3]). Anderenfalls müßte es im Verlauf des Jahres schon wieder zu einer Beschleunigung des Preisauftriebs kommen, mit vermutlich schlimmen Folgen für die lohnpolitische Situation Anfang 1976.

343. Es läßt sich vorstellen, daß in den Tarifververhandlungen der nächsten Monate der Wunsch der Arbeitnehmer eine gewichtige Rolle spielt, abgesichert zu werden gegenüber dem Risiko einer merklich ungünstigeren Preisentwicklung, als sie heute erreichbar erscheint, ja daß im einzelnen eine

---

[1]) Im Jahresdurchschnitt würde dann das Preisniveau um 5 vH bis 5½ vH über dem des Jahres 1974 liegen.

[2]) In der Veränderungsrate des Jahresdurchschnitts 1974 gegen 1973 — gut 7 vH — kommt die Beruhigung des Preisauftriebs, die es fortzusetzen gilt, noch nicht voll zur Geltung, weil aufgrund der besonders starken Preissteigerungen Ende 1973 das Preisniveau zu Beginn dieses Jahres bereits um fast 4 vH über dem durchschnittlichen Wert des Vorjahres lag.

[3]) Der Anstieg im Vergleich der Jahresdurchschnitte 1975 gegen 1974 betrüge dann etwa 6 vH.

solche Absicherung Voraussetzung für einen einigermaßen stabilisierungskonformen Tarifabschluß wäre. Diesem Wunsch könnte, wie erwähnt, mit Klauseln in Tarifverträgen genügt werden, durch die bei Erreichen eines bestimmten Niveaus der Verbraucherpreise die Regelungen des Tarifvertrages zur Neuverhandlung anstünden.

Solche Klauseln bergen allerdings, so hilfreich sie sein können, auch Gefahren. Sie sollen einen im Tarifvertrag vereinbarten Nominallohn hinsichtlich des mit diesem Nominallohn gemeinten Reallohns gegenüber unabsehbaren Geldwertrisiken absichern.

Ob der gemeinte und durch die Absicherungsklauseln zu schützende Reallohn marktgerecht ist, müssen die Tarifpartner sehr viel sorgfältiger prüfen, als sie es wohl bisher bei der Vereinbarung reiner Nominallöhne getan haben. Sonst drohen stärkere Beschäftigungsschwankungen als bisher (JG 73 Ziffer 340).

Anders als eine im vorhinein vereinbarte Nachzahlungspflicht bringen Neu- und Nachverhandlungsklauseln keinen Zwang mit sich, einen Lohn, den der Markt schon als zu hoch ausgewiesen hat, noch zu erhöhen. Obwohl die Möglichkeit nicht auszuschließen ist, daß jene, denen Neu- und Nachverhandlungsklauseln zur Verfügung stehen, gedrängt sein können, sie extensiv zu nutzen, halten wir dafür, daß in einer lohnpolitischen Situation wie der gegenwärtigen, in der das Interesse an Arbeitsplatzsicherung weithin im Vordergrund steht und in der die Chancen einer Verminderung der Inflationsrate vermutlich größer sind, als die meisten schon glauben wollen, die Vorteile einer „Laufzeit unter Vorbehalt" es rechtfertigen können, die mit ihr verbundenen Gefahren in Kauf zu nehmen. Der Sachverständigenrat hat das Für und Wider einer automatisierten Anpassung der Löhne an die Preisentwicklung in seinem letzten Jahresgutachten dargestellt (JG 73 Ziffern 339 ff.).

344. Trotz des Gestaltungsspielraums, der für den einzelnen Tarifvertrag wegen der je unterschiedlichen Marktbedingungen gegeben sein soll, sehen sich die Vertragspartner doch der Notwendigkeit gegenüber, den gesamtwirtschaftlichen Rahmen zu bedenken, von dem aus mitbestimmt ist, ob die Erwartungen, die sie hinsichtlich Realeinkommen und Beschäftigung mit dem verbinden, was sie vereinbaren, zutreffen werden oder nicht. Auf eine komplexe Weise ergibt sich aus dem Marktsystem, daß sich in keinem einzelnen Bereich der Volkswirtschaft realistische Realeinkommenserwartungen aus dem Zuwachs des Produktionsergebnisses je Erwerbstätigenstunde, der in eben diesem Bereich erzielt wird, ableiten lassen. Neben den von Bereich zu Bereich unterschiedlichen und auch wechselnden Marktbedingungen, die es zu berücksichtigen gilt, ist es in erster Linie der Produktivitätszuwachs in der Gesamtwirtschaft, an dem sich die Erwartungen ausrichten müssen. Zumal wer Tarifverträge abschließt, die einen Reallohn sichern sollen, muß dies bedenken. Niemandem kann daran gelegen sein, die Irrtümer zu wiederholen, denen man 1974 über das, was der Markt dauerhaft für alle hergibt, erlegen ist.

Nach unseren Schätzungen kann das gesamtwirtschaftliche Produktionsergebnis je Erwerbstätigenstunde 1975 um gut 4 vH höher liegen als 1974. Nicht fortsetzen wird sich voraussichtlich die Verteuerung unserer Einfuhr im Verhältnis zur Ausfuhr, die 1974 dazu geführt hat, daß ein großer Teil des Realeinkommenszuwachses, den die Volkswirtschaft erzielte, an das Ausland fiel. Unter Berücksichtigung dessen schlagen wir vor, die Zunahme des im Inland verteilbaren Realeinkommens, rechnet man je Erwerbstätigenstunde, auf gut 4 vH zu veranschlagen. Dies abzüglich einer Rate, durch welche die Tarifpartner eine Selbstkorrektur hinsichtlich des Verteilungsergebnisses 1974 vorzunehmen hätten, ergibt den Spielraum für die im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt erzielbare reale Erhöhung der Arbeitnehmereinkommen je Stunde.

Nicht zu wehren brauchten sich die Arbeitnehmer diesmal wegen einer Erhöhung der Abgabenlast, die der Staat ihnen auferlegt. Die Steuerreform bewirkt, daß die Nettoeinkommen der Arbeitnehmer im Durchschnitt um $3^1/_2$ vH stärker zunehmen werden, als es ohne Steuerreform der Fall sein würde. Da ohne Steuerreform aber die Nettoeinkommen um 2 vH weniger stark gestiegen wären als die Bruttoeinkommen, wird per Saldo der Effekt nicht mehr sehr augenfällig sein. Immerhin, die Entlastungen der Steuerreform lassen erwarten, daß sich die Nettoeinkommen diesmal um $1^1/_2$ vH mehr erhöhen als die Bruttoeinkommen.

345. Immer wieder gibt es große Mißverständnisse, wenn es um die Frage geht, was eine im Vorjahresvergleich gerechnete Zuwachsrate für die durchschnittlichen Verdienste der Arbeitnehmer aussagt, über die Tariflohnentwicklung, die zu ihr passen würde, und umgekehrt. Tatsächlich weichen die relativen Veränderungen gegenüber dem Vorjahr, die an den im Jahresdurchschnitt gezahlten Effektivlöhnen je Stunde gemessen werden, und die relativen Veränderungen, die im Jahresrhythmus der Tarifabschlüsse an den Tariflöhnen (einschließlich tariflich vereinbarter Nebenleistungen, soweit sie regelmäßig gezahlt werden) vorgenommen werden, oft wesentlich voneinander ab. Dafür gibt es mehrere Ursachen:

— Um wieviel der Jahresdurchschnitt der Effektivlöhne 1975 über dem Jahresdurchschnitt 1974 liegen wird, ist schon mitbestimmt dadurch, um wieviel das Lohneinkommen bereits Ende 1974 über dem Durchschnitt des Jahres 1974 liegt (Lohnüberhang am Jahresende). Selbst wenn die Einkommen im Verlauf des Jahres 1975 überhaupt nicht erhöht würden, läge doch der Jahresdurchschnitt 1975 schon um diesen Vom-Hundert-Satz über dem Vorjahresstand. Diese Vorbelastung macht sich vor allem dann unangenehm bemerkbar, wenn die Zuwachsrate im Jahresdurchschnitt gesenkt werden soll. Die in neuen Tarifverträgen zu vereinbarenden Steigerungsraten müssen dann unverhältnismäßig stark zurückgenommen werden.

— Zur Vorbelastung des Jahres 1975 kommt hinzu, was an tariflichen Vereinbarungen aus früheren Verträgen im kommenden Jahr in Kraft tritt.

— Die relative Veränderung der Effektivverdienste kann abweichen von den relativen Veränderungen der Tarifverdienste (Lohndrift).

— Zu den Einkommen aus unselbständiger Arbeit zählen außerdem die Beiträge der Arbeitgeber zur sozialen Sicherung. Auch deren Veränderung weicht oft von der Steigerungsrate der Bruttolöhne ab.

Um für die Lohndiskussion eine Hilfe zu geben, mit der Mißverständnisse vermieden werden könnten, zeigen wir im folgenden, um wieviel Prozent 1975 das durchschnittliche Einkommen aus unselbständiger Arbeit je Stunde über dem des Jahres 1974 liegen würde, wenn die Tariflöhne im Verlauf des Jahres 1975 um eine bestimmte Rate erhöht werden. Bei einer Anhebung der Tariflöhne im kommenden Jahr um

0; 2; 4; 6; 8 oder 10 vH

ergäbe sich eine Erhöhung der Bruttoeinkommen je Stunde im Vergleich der Jahresdurchschnitte 1975 und 1974 von

4,0; 5,7; 7,3; 9,0; 10,7 oder 12,3 vH.

Wir haben für die Zwecke dieser Rechnung der Einfachheit halber angenommen, daß die Steigerungsrate der Tariflöhne jeweils einheitlich für alle Neuabschlüsse gilt und weiter, daß ein ins Gewicht fallender Unterschied zwischen der Entwicklung der Tariflöhne und der Effektivverdienste 1975 nicht bestehen wird. Was die erhöhten Zahlungen der Arbeitgeberbeiträge zur sozialen Sicherung anbelangt, so würden sie den Spielraum für eine Steigerung der auszahlbaren Löhne und Gehälter vorab um rund ½ vH vermindern (Ziffer 268).

346. Unsere Rechnung läßt erkennen, wie stark Lohnerhöhungserwartungen, die heute durchaus noch vorkommen, den Spielraum, der durch den gesamtwirtschaftlichen Rahmen gegeben ist, überziehen, wenn sich an ihnen die gesamte Lohnrunde orientiert. Um dies zu verdeutlichen, wählen wir hierfür die Rate von 10 vH für die Erhöhung aller Tariflöhne (einschließlich tariflicher Nebenleistungen) im Rhythmus der anstehenden Abschlußtermine. Wie unsere Rechnung zeigt, würde sich daraus eine Entwicklung ergeben, derzufolge das Lohnniveau (Einkommen aus unselbständiger Arbeit je Stunde) 1975 mehr als 12 vH über dem des Jahres 1974 liegen würde. Dem wäre gegenüberzustellen der gesamtwirtschaftliche Spielraum für eine Erhöhung der Realeinkommen je Stunde von rund 4 vH. Soll auch nur erreicht werden, daß sich die Ertragslage der Unternehmen nicht weiter verschlechtert, müßte diesen Abstand eine Inflationsrate überbrükken, die weit über den Anstieg des Preisniveaus hinausgeht, der für unvermeidlich zu halten ist (Ziffer 309).

347. Stärker als in früheren Jahren wird die Lohnentwicklung 1975 wegen der im einzelnen sehr unterschiedlichen Lage am Arbeitsmarkt und an den Absatzmärkten der Unternehmen von Differenzierung geprägt sein müssen. Soll die Lohnerhöhung im Durchschnitt gleichwohl stabilisierungskonform bleiben, so bedeutet dies, daß in einzelnen Bereichen eine radikale Abkehr von den Steigerungsraten des Jahres 1974 unvermeidlich ist.

348. Hierfür wäre ein Beispiel zu setzen.

Trotz der Zurückhaltung, die dem Sachverständigenrat bei Vorschlägen für einzelne wirtschaftspolitische Maßnahmen und wohl auch für einzelne Entscheidungen auf dem Gebiet der Tarifpolitik auferlegt ist, halten wir, wie auch in früheren Jahren schon, für erforderlich und auch gerechtfertigt, die anstehenden Lohnverhandlungen für einen Tarifbereich, nämlich die für den öffentlichen Dienst, stärker als andere in die allgemeine wirtschaftspolitische Diskussion einzubeziehen.

Der Tarifabschluß im öffentlichen Dienst hat im Jahre 1974 eine Lohnrunde eingeleitet, für deren Ergebnisse es eine marktwirtschaftliche Rechtfertigung nicht gibt. Das Beispiel des öffentlichen Dienstes hat zudem in den anderen Bereichen den Maßstab für das Drängen auf Lohnsteigerungen gesetzt, der einen Weg zu Abschlüssen mitbestimmte, die dann in vielen Bereichen, freilich nicht im öffentlichen Dienst selbst, beschäftigungsmindernd gewirkt haben. Wir halten daher die Frage für berechtigt, ob nicht im öffentlichen Dienst diesmal ein Beispiel umgekehrten Vorzeichens gesetzt werden sollte. Diese Frage bedarf der öffentlichen Diskussion; denn die Legitimation der Tarifautonomie für den Bereich des öffentlichen Dienstes ist wegen der Vorgänge des Jahres 1974 in ein schiefes Licht geraten. Gewiß ist das Drängen der Arbeitnehmer auf Einkommensverbesserungen dort so verständlich wie anderswo auch. Doch die Entscheidung darüber, wie die Gesellschaft die Bediensteten des Staates aus den Steuergeldern aller zu vergüten hat, sollte sicherlich nicht — wie es vielleicht nicht selten der Fall ist — wesentlich davon bestimmt sein, welchen Widerstand Verhandlungspartner, die selbst von dem Kreis der Interessenten nicht unabhängig sind, dem Drängen eben dieser Interessenten entgegensetzen können, und auch davon, daß die Durchsetzung von Einkommensverbesserungen hier nicht durch Verhaltensrisiken begrenzt wird, die anderswo der Markt den Tarifpartnern in der Form der Arbeitsplatzrisiken einerseits und der Gewinnrisiken andererseits zuweist, und damit, so jedenfalls die Idee, die Verhandlungssituation in Balance hält und risikolose Verträge zu Lasten Dritter — hier der Steuerzahler — verhindert.

Nicht streitig ist, daß die Einkommen im öffentlichen Dienst mit der allgemeinen Einkommensentwicklung Schritt halten sollen. Anfang 1974 wurden die Einkommen der Staatsbediensteten im Durchschnitt um reichlich 12 vH angehoben. Am 1. Oktober trat eine Verkürzung der Normalarbeitszeit um 4,8 vH bei vollem Lohn- und Gehaltsausgleich in Kraft. Je Stunde gerechnet sind damit die Einkommen am Ende des Jahres 1974 um rund 17 vH höher als ein Jahr zuvor. Das ist mehr als in irgendeinem

anderen größeren Bereich der Volkswirtschaft. Es hat seine Begründung auch nicht in einem Zurückbleiben der Einkommen in der Zeit vor 1974. Seit längerem befindet sich der öffentliche Dienst hinsichtlich der Entwicklung der Verdienste (einschließlich aller Zahlungen außerhalb der linearen Besoldungserhöhungen) im Einklang mit den übrigen großen Bereichen der Volkswirtschaft. Auch läßt das Drängen in die Amtsstuben des Staates nicht darauf schließen, daß der Staat bei den Löhnen und Gehältern, die er anbieten kann, derzeit Schwierigkeiten hätte, seinen Bedarf an Arbeitskräften zu decken, er also Anlaß hätte, überdurchschnittliche Lohn- und Gehaltssteigerungen zu bewilligen, um den Staatsdienst attraktiver zu machen.

Hart umstritten wird sein, inwieweit die Arbeitszeitverkürzung vom 1. Oktober 1974 hinsichtlich der Vorbelastung, die sie für das Jahr 1975 darstellt, bei der nächsten Einkommensverbesserung anzurechnen ist.

— Es mag geltend gemacht werden, daß diese Regelung Teil eines schon vor längerer Zeit vereinbarten Tarifvertrages sei, deshalb mit den jetzt auszuhandelnden Verträgen nichts zu tun habe, und daß im übrigen mit dieser Änderung nur eine Entwicklung zur 40-Stunden-Woche nachvollzogen werde, die in den meisten anderen Bereichen der Volkswirtschaft schon früher abgeschlossen worden ist. Wir halten dieses Argument deshalb nicht für zwingend, weil jede tarifvertragliche Vereinbarung wirtschaftlich der Zeit zugerechnet werden muß, in der sie wirksam wird, und weil auch je Stunde gerechnet der öffentliche Dienst in den vergangenen Jahren nicht hinter der Einkommensentwicklung in der privaten Wirtschaft zurückgeblieben ist.

— Es mag geltend gemacht werden, daß die Arbeitszeitverkürzung bei weitem nicht überall im Staatsdienst durch den Einsatz zusätzlicher Kräfte ausgeglichen wird, daß vielmehr der Arbeitsausfall zumindest teilweise von den Bediensteten durch eine Mehrleistung je Stunde erkauft werde. Wir halten dieses Argument deshalb nicht für zwingend, weil grundsätzlich — und dies gilt für die Wirtschaft im ganzen — eine Steigerung der Realeinkommen je Stunde nur möglich ist, wenn je Stunde mehr geleistet wird. Von den Arbeitnehmern der übrigen Bereiche der Volkswirtschaft wird es kaum als ungewöhnlich angesehen werden, daß dies im Maße der dort gegebenen Möglichkeiten auch vom öffentlichen Dienst bedacht wird.

— Es mag geltend gemacht werden, daß es dem Sinn einer Neuregelung der Arbeitszeit mit vollem Lohnausgleich widerspreche, wenn dieser Lohnausgleich dann bei einem zeitlich benachbarten Lohn- und Gehaltstarifvertrag angerechnet werde. Wir halten dieses Argument deshalb nicht für zwingend, weil „nicht anrechnen" heißen würde, den gesamtwirtschaftlichen Spielraum für Einkommenserhöhungen stärker zu Lasten anderer Bereiche in Anspruch zu nehmen. Denn gesamtwirtschaftlich gilt: Man kann entweder einen Produktivitätszuwachs für eine Erhöhung der Summe der Einkommen nutzen oder bei unverändertem Einkommen die Arbeitszeit verkürzen, nicht beides. Durch einen Lohnausgleich bei Arbeitszeitverkürzung wird in Höhe dieses Ausgleichs ein Teil des Produktivitätszuwachses, der Realeinkommenssteigerungen erlaubt, „verbraucht"; er kann nicht noch einmal verteilt werden.

Viele werden es aus den zuvor genannten Gründen für ein angemessenes Ziel der zum 1. Januar 1975 festzulegenden Einkommensverbesserungen im öffentlichen Dienst halten, wenn durch diese der im Jahresdurchschnitt 1974 erreichte hohe Stand der Stundenverdienste konsolidiert wird, der Realwert also zwar erhalten bleibt, aber diesmal nicht steigt. Im Zusammenhang mit der Steuerreform bliebe dann netto noch immer ein mäßiges Plus (jedenfalls dann, wenn für den Wegfall des Kinderzuschlags im öffentlichen Dienst ein Ausgleich gewährt wird). Nimmt man an, daß das Preisniveau im Verlauf des Jahres, also Dezember gegen Dezember gerechnet, um etwa 5 vH steigt und damit im Jahresdurchschnitt 1975 um $5^1/_2$ vH bis 6 vH höher ist als 1974, so würde diese Schwelle wegen der hohen Vorbelastung des Jahres 1975 durch die Arbeitszeitverkürzung schon erreicht, wenn die Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst zum 1. Januar im Durchschnitt um rund 2 vH angehoben werden. Das mag selbst den Regierungen, Parlamenten, Bürgermeistern und Stadträten, die allesamt im kommenden Jahr drückende Sorgen bei der Finanzierung ihrer Haushalte haben, wenig vorkommen. Auch wir schlagen es nicht vor. Unser Vorschlag ist allerdings, die Lohndiskussion für den öffentlichen Dienst nicht bei einer Erhöhungsrate in der Nachbarschaft von zehn oder gar darüber zu beginnen.

Ein anderes Beispiel — auch dies kein Vorschlag — zeigt, wo die Schwelle liegen könnte, an der die Bediensteten des Staates noch kein besonderes Opfer für den Fortgang der Stabilisierungspolitik bringen, sondern nur akzeptieren, daß sie 1975 um so viel weniger Einkommenssteigerung haben, als ihnen 1974 über die durchschnittliche Steigerung in der Gesamtwirtschaft hinaus bewilligt worden ist, wiederum je Stunde gerechnet. Nimmt man wie zuvor an, daß das Preisniveau im Verlauf des nächsten Jahres um etwa 5 vH steigen wird (im Jahresdurchschnitt 1975 ist das Preisniveau dann rund $5^1/_2$ vH bis 6 vH höher als 1974) und weiter, daß in den übrigen Bereichen der Volkswirtschaft die Tariflöhne jeweils um $7^1/_2$ vH erhöht werden, was zu einer Erhöhung des Lohnniveaus im Vergleich der Jahresdurchschnitte von $9^1/_2$ vH führen würde, so würde der öffentliche Dienst diese Schwelle mit einer Lohn- und Gehaltserhöhung (alle möglicherweise vereinbarten Nebenleistungen eingerechnet) von rund $5^1/_2$ vH bis 6 vH erreichen; denn die Arbeitszeitverkürzung, die 1975 das erste Mal ein volles Jahr über wirksam sein wird, bewirkt bereits, daß hier die Durchschnittseinkommen je Stunde gerechnet, nächstes Jahr um $3^1/_2$ vH bis 4 vH höher sein werden als im Jahr 1974, in dem die kürzere Arbeitszeit nur für die letzten drei Monate galt.

Einkommenspolitik für die Landwirtschaft

349. Noch immer und mit steigenden Sätzen wird im Agraraußenhandel der Bundesrepublik die Ausfuhr subventioniert und die Einfuhr belastet. Im Verkehr mit Ländern, die nicht zur Europäischen Gemeinschaft gehören, kommt dies gegebenenfalls zu der gemeinschaftlichen Förderung der Ausfuhr und der Erschwerung der Einfuhr noch hinzu. Das Ganze wird „Grenzausgleich" genannt und hat, wie es häufig bei Subventionen und anderen protektionistischen Eingriffen in den Markt der Fall ist, mit den Ursprüngen der Regelung nichts mehr zu tun. Der Ursprung war das Bemühen, anläßlich der abrupten Wechselkursänderungen der Jahre 1969 und 1971 der Landwirtschaft einen zeitlichen Spielraum für die allmähliche Anpassung an die neuen Währungsrelationen innerhalb der Europäischen Gemeinschaft zu gewähren. Längst hat sich mit den anhaltend unterschiedlichen Inflationsraten auch das Kostenniveau der Landwirte in den Ländern der Gemeinschaft unterschiedlich entwickelt; für alle anderen Wirtschaftszweige haben die Wechselkursänderungen solche Unterschiede weitgehend ausgeglichen. Nicht so für die Landwirtschaft. Mit dem Grenzausgleich wird die Fiktion aufrechterhalten, als hätte sich etwa das Kostenniveau der italienischen Landwirte genauso entwickelt wie das der deutschen. Obwohl ein allmählicher Abbau des Grenzausgleichs zum Sinn der Regelung gehört hatte, ist es gelungen, sich im Europäischen Ministerrat jedem Ansinnen, der Abbau möge nun auch vorgenommen werden, zu widersetzen, ja die Partner mußten hinnehmen, daß der Abbau, den man nicht grundsätzlich verweigern konnte, an Bedingungen geknüpft worden ist, die mit der Sache nichts zu tun haben, deren Eintreten dafür aber so unwahrscheinlich ist, daß die Bauern hoffen dürfen, der Grenzausgleich werde noch lange währen. Inzwischen ist der Protektionssatz gegenüber Italien auf 12 vH, gegenüber Frankreich auf 19½ vH angewachsen und wenn sich, wie zu erwarten ist, die Höherbewertung der D-Mark fortsetzt, so werden diese Sätze weiter wachsen. Um diese Prozentsätze ist der Erlös der deutschen Landwirte aus ihren Produkten höher als der ihrer Kollegen in den Partnerländern des sogenannten gemeinsamen Agrarmarktes. Und während die Bundesregierung unter Berufung auf die Römischen Verträge massiv dagegen protestiert, daß diese Länder ihre Landwirtschaft verstärkt mit direkten Hilfen unterstützt, nimmt in der Bundesrepublik eine Verzerrung der Preisrelationen ihren Lauf, die schon jetzt eine Aufgabe der Rückanpassung von erschreckendem Ausmaß darstellt.

Dem Sachverständigenrat ist kein triftiger Grund bekannt geworden, warum all dies so bleiben müsse. Bei der Schätzung der für unvermeidlich zu haltenden Preisniveausteigerungen im Jahre 1975 sind wir davon ausgegangen, daß bei einer allfälligen Erhöhung der gemeinschaftlich festgesetzten Agrarpreise in der Europäischen Gemeinschaft die Erhöhung in der Bundesrepublik nicht voll wirksam wird, weil ein erster Schritt in Richtung Abbau des Grenzausgleichs getan wird.

Marktpolitik

350. Wenn die Funktionsfähigkeit der Märkte durch Marktmacht beeinträchtigt wird, so ist die Stabilitätspolitik gehindert, ihre Ziele friktionsfrei zu erreichen. Deshalb sollte die Stabilitätspolitik durch eine Förderung des Wettbewerbs unterstützt werden, die die Funktionsfähigkeit von Gütermärkten verbessert, zumindest aber verhindert, daß sie weiter abnimmt. Wer sich allein von der Erfahrung bestimmen läßt, wird dabei vielleicht von der Wettbewerbspolitik nicht viel Unterstützung erwarten:

- Zwar sind Kartelle in der Bundesrepublik verboten; aber die wettbewerbsfördernden Vorschriften des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) gelten nur für einen Teil der Unternehmen, weite Bereiche der Wirtschaft sind ausgenommen: Landwirtschaft, Verkehrswirtschaft, Energiewirtschaft, Banken und Versicherungen; nach dem „Mannesmann-Urteil" des Bundesgerichtshofes droht die binnenwirtschaftliche Rückwirkung von Exportkartellen der Kontrolle des Bundeskartellamtes zu entgleiten.
- Zwar enthält das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen Instrumente wie die Fusionskontrolle und das Verbot von Ausschließlichkeitsverträgen, die verhindern sollen, daß Unternehmen ihre Marktmacht erhöhen, Konkurrenten behindern und neue Wettbewerber vom Markteintritt abhalten; aber zugleich existieren in anderen Gesetzen — etwa des Patentrechts, des Steuerrechts, des Energierechts, aber auch anderer Bereiche des privaten und des öffentlichen Rechts — zahlreiche Vorschriften, die die Konzentration fördern oder den Wettbewerb unmittelbar beschränken.
- Zwar soll durch eine Reihe von Vorschriften des GWB die Wettbewerbsfähigkeit der mittelständischen Wirtschaft in einer Welt zunehmender Unternehmenskonzentration gestärkt werden; doch das geschieht in einer Form, durch die die mittelständischen Unternehmen tatsächlich nicht mehr ausreichend gehindert sind, den Wettbewerb wesentlich zu beschränken: durch Kooperation auch wettbewerbsbeschränkender Art, durch Aufstellung von Wettbewerbsregeln, die einen „nicht leistungsgerechten" Wettbewerb ausschließen, durch Ausarbeitung von Empfehlungen für konformes Marktverhalten (Mittelstandsempfehlungen).
- Zwar ist durch die Novellierung des GWB die Preisbindung der Zweiten Hand aufgehoben worden, aber zugleich fiel beim Bundeskartellamt die Registrierung der „unverbindlichen Preisempfehlungen" weg, die an die Stelle der Preisbindung getreten sind; der Mißbrauch dieses Vertriebsinstrumentes kann offenbar nur stichprobenweise kontrolliert werden.
- Zwar enthält das Gesetz nunmehr Aufgreifkriterien, die es dem Bundeskartellamt ermöglichen, gegen übermäßige Konzentration mit einer Kontrolle von Zusammenschlüssen vorzugehen; die Länge des Instanzenweges jedoch läßt zumindest die nachträgliche Fusionskontrolle als wenig erfolgversprechend erscheinen.

— Zwar sind durch die Novellierung des GWB objektive Tatbestände für Marktmacht sowie Aufgreifkriterien eingeführt worden, die es dem Bundeskartellamt erleichtern sollen, Verfahren gegen den Mißbrauch beherrschender Marktstellung einzuleiten; aber zugleich bewirkt der Zwang, allen substantiierten Einwänden der beklagten Unternehmen nachzugehen, im Verein mit der Problematik der Marktabgrenzung und der Unklarheit des Mißbrauchsbegriffs, daß das Amt in Beweisschwierigkeiten gerät, die vielfach prinzipiell unlösbar sind.

351. Mit solchen Unvollkommenheiten kann sich die Wettbewerbspolitik auf die Dauer nicht abfinden. Sie muß vor allem versuchen, konzentrationsfördernde Einflüsse anderer Rechtsgebiete systematisch abzubauen, Ausnahmebereiche stärker in den Wettbewerb einzubeziehen und der Wettbewerbspolitik zu unterwerfen, die Nutzung von Erleichterungen für den Mittelstand auf Mißbrauch ständig zu überprüfen, den Mißbrauch der Preisempfehlung wirksamer zu kontrollieren, die Chancen der Fusionskontrolle zu verbessern und die Möglichkeit einer Entflechtung zu prüfen.

352. Werden diese Aufgaben nicht gelöst, so besteht die Gefahr, daß das Interesse der Öffentlichkeit sich in bleibender Resignation auf die Rückzugslinie konzentriert, die aus gegebener Wettbewerbsbeschränkung resultierenden Preise und sonstigen Marktergebnisse zu kontrollieren, statt die Grundlagen des Wettbewerbs selbst zu verbessern. Die Mißbrauchskontrolle hat nicht nur das Argument gegen sich, daß sie von der marktwirtschaftlichen Behandlung der Probleme weg und zu einer verwaltungswirtschaftlichen hinführt; sie wird auch in ihren Möglichkeiten derzeit noch vielfach falsch eingeschätzt. Mißbrauch von Marktmacht zu unterbinden, kann nicht gelingen, wenn nur unerwünschtes Verhalten verboten ist. Vorschriften, die angeben würden, worin das erwünschte Verhalten bestehen soll, würden jedoch einen weitgehenden Eingriff in die marktwirtschaftliche Ordnung bedeuten; hinzu kommt, daß dem Problem der Preisrigidität auf diese Weise nicht beizukommen wäre. Im Gegenteil, man müßte befürchten, daß die Mißbrauchskontrolle in vielen Fällen eher zur behördlichen Sanktionierung hoher Kosten führte als dazu, daß diese reduziert würden.

353. Das Beispiel der administrierten Preise mag das veranschaulichen. Mit diesem Begriff bezeichnet man die Preise der dem Wettbewerb entzogenen Wirtschaftsbereiche, die behördlich festgesetzt oder genehmigt werden; Getreide und Milch, Strom und Gas, Leistungen von Bahn und Post sind nur einige Beispiele für Güter mit administrierten Preisen. Die Unternehmen, die diese Güter produzieren, sehen sich in Abständen zu Preiserhöhungen gezwungen, weil ihre Kosten gestiegen sind. Subjektiv vermögen die in diesen Unternehmen Tätigen keinen Unterschied zwischen ihrer Situation und der einer Wettbewerbsbranche zu erkennen, in der es ebenfalls von Zeit zu Zeit zu kostenbedingten Preissteigerungen kommt. Objektiv besteht durchaus ein Unterschied: je offener der Markt und je intensiver der Wettbewerb, desto größer ist auch die Wahrscheinlichkeit, daß Kostenerhöhungen nicht hingenommen und weitergegeben, sondern als Herausforderung betrachtet und durch Rationalisierung und Gewinnreduktion wenigstens teilweise aufgefangen werden; wo der Wettbewerb dagegen so schwach ist wie in den Bereichen mit administrierten Preisen, können sich die Unternehmen der Herausforderung zu möglichst produktiver Verwendung der Ressourcen weitgehend entziehen, eben weil es keine Konkurrenten gibt, die ihnen vormachen, wie ein Produktionsproblem mit geringeren Kosten gelöst werden kann, und sie damit vor die Wahl stellen, nachzuziehen oder zurückzubleiben.

Die Kontrolleistung, die der Wettbewerb auf diese Weise erbringt, ist von den Behörden nicht zu erwarten, denen es obliegt, die Erhöhung administrierter Preise zu verfügen oder zu genehmigen. Sie werden daher die unter Berufung auf gestiegene Kosten angemeldeten Preiserhöhungswünsche allenfalls etwas dämpfen können. Wenn die Unternehmen dies antizipieren und ihre Anmeldungen von vornherein entsprechend höher ansetzen, wird die Behörde lediglich vollziehend, nicht aber kontrollierend wirksam. Für die Mißbrauchskontrolle gilt das in gleicher Weise. Freilich werden Preiserhöhungen dann, wenn es sich um staatliche Unternehmen handelt, die politischen Einflüssen ausgesetzt sind, oft nicht im gewünschten Umfang zugestanden. Die Defizite, die sich auf diese Weise ansammeln, werden direkt oder indirekt von der Allgemeinheit finanziert. So erweist sich bei derartigen administrierten Preisen, daß sie gemessen an den tatsächlichen Kosten oft zu niedrig, gemessen an den notwendigen Kosten oft aber zu hoch sind. Daraus folgt: Wenn irgend möglich muß nicht die Kontrolle, sondern der Wettbewerb verstärkt werden. Das ist in vielen Bereichen mit administrierten Preisen nicht von vornherein ausgeschlossen; es muß immer wieder geprüft werden.

Wo Wettbewerb nicht möglich ist oder vermutlich dauerhaft schwach bleiben wird, da wird mindestens eine der beiden Alternativen praktikabel sein, die für Wettbewerb in Betracht kommen: Wettbewerb kann zum einen in gewissem Sinne internalisiert werden, und zum anderen ist es in vielen Fällen möglich, externen Wettbewerb zu simulieren.

Internalisiert wird der Wettbewerb, wenn organisationsinterne Anreizsysteme entwickelt werden, die produktivitätssteigernde, kostensparende, qualitätsverbessernde Leistungen belohnen. Die Schwierigkeit liegt darin, daß Vorschriften geändert, Traditionen durchbrochen, Hierarchien in Frage gestellt, Gewohnheiten aufgegeben und Motivationen umgestellt werden müssen. Oftmals erfordert dies übergreifende Strukturänderungen, so wenn es um die Revision von Vorschriften des Dienst- und Besoldungsrechts geht, die in öffentlichen Unternehmen die leistungsgerechte Entlohnung behindern mögen.

Die Widerstände, die sich aus solchen Gründen im Unternehmen selbst gegen die Internalisierung von Wettbewerb aufbauen, sind sehr ernst zu nehmen. Dem meist virtuosen Plädoyer, alles beim alten zu

belassen, kann man am ehesten begegnen, indem man externen Wettbewerb simuliert zum Beispiel durch öffentliche Ausschreibungen, mit denen Verfahren zur produktivitätssteigernden, kostensenkenden Lösung eines technischen oder organisatorischen Problems gesucht werden, das betriebsintern nicht lösbar zu sein schien.

354. Es genügt nicht, das Wettbewerbsverhalten der Anbieter zu fördern; auch durch das Verhalten der Nachfrager wird mitbestimmt, ob Einzelpreise gegen restriktive Impulse der Stabilisierungspolitik immun sind oder ob sie unter einem Druck stehen, der ihre Erhöhung dämpft oder womöglich verhindert. Den Nachfragern mangelt es oft an Möglichkeiten, ihre Interessen und Bedarfsvorstellungen zur Geltung zu bringen. Mit den traditionellen Mitteln der Wettbewerbspolitik ist dieses Defizit nicht auszugleichen.

Zu den dringendsten Aufgaben des Gesetzgebers auf dem Gebiet des Verbraucherschutzes gehört es derzeit, die einseitige Nutzung des Prinzips der Vertragsfreiheit zu korrigieren, die in der Form der Allgemeinen Geschäftsbedingungen die Position dessen, dem nichts übrig bleibt, als diese Bedingungen zu akzeptieren, teilweise bis zur Unterwerfung geschwächt hat. Derzeit liegt ein Referentenentwurf für eine gesetzliche Regelung vor, der in wesentlichen Punkten — Haftungsausschluß, Einschränkung von Gewährleistungsrechten, Beweislastklauseln, Vertragsstrafeversprechen und anderem mehr — die Möglichkeit von Anbietern zur einseitigen Festsetzung von Vertragsbedingungen einschränken will. Die Mißbrauchskontrolle über rechtswidrige Allgemeine Geschäftsbedingungen könnte den Kartellbehörden übertragen werden, die auch andere Verbandsempfehlungen bereits registrieren und überwachen.

Es wäre zu prüfen, inwieweit das Gesetz gegen unlauteren Wettbewerb, das die Anbieter voreinander schützt, ergänzt werden müßte durch Regelungen, die die Verbraucher vor Irreführung und Täuschung der Anbieter besser in Schutz nehmen. Zu erwägen ist auch, ob Anbieter bei ihren Werbeaussagen nicht stärker zur Offenlegung nachteiliger und schädlicher Wirkungen ihrer Produkte verpflichtet werden sollten.

Preiswiderstand erwächst auch aus sachgerechter, ausgewogener Information, die nicht vom Anbieterinteresse dominiert ist. Die Funktionsfähigkeit vieler Konsumgütermärkte könnte möglicherweise verbessert werden, wenn den Verbrauchern solche Information zu erschwinglichen Aufwendungen an Geld und Zeit zugänglich gemacht wird.

355. So wenig Anlaß besteht, sich von solcher Erleichterung und Bestärkung des Preiswiderstands stabilitätspolitisch mehr zu erhoffen als eine spürbare Erhöhung der Beweglichkeit der Nachfrage, so wenig darf man andererseits darauf verzichten, auch mit den Mitteln der Verbraucherpolitik darauf hinzuwirken, daß die Einschränkungen in der Funktionsfähigkeit der Märkte, die die Chancen der Globalsteuerung verringern, soweit wie möglich aufgehoben werden.

IV. Wie es sein könnte

356. Jede wirtschaftliche Strategie für das Jahr 1975 und für die weitere Zukunft wird von der Öffentlichkeit unter dem Eindruck steigender Arbeitslosigkeit nicht allein am Ehrgeiz im Stabilitätsziel, sondern auch daran gemessen werden, welche Chancen sie aufzeigt, den Anstieg der Arbeitslosigkeit aufzuhalten und die Arbeitsplätze wieder sicherer zu machen. Unstreitig ist, daß die Wirtschaftspolitik Bedingungen setzen muß, die mehr Beschäftigung möglich machen; streitig könnte dagegen sein, ob sie dies auch auf die Gefahr hin tun soll, daß der Geldwertschwund sich wieder beschleunigt und in der Inflationsgewöhnung ein vermeidbarer Rückfall eintritt. Den Streitpunkt entscheiden heißt mehr als nur den Konflikt zugunsten des einen oder des anderen Ziels lösen wollen; es heißt auch die Weichen stellen für eine Verschärfung oder eine Beseitigung des Konflikts in der Zukunft.

357. Bei unserer Vorausschau (bedingte Prognose I) sind wir davon ausgegangen, daß die Wirtschaftspolitik den Kampf gegen die Inflation fortführt (Ziffer 246). Sie setzt Bedingungen, die eine Zunahme der Kapazitätsauslastung und der Beschäftigung begünstigen, diese aber nur gewährleisten, wenn die Tarifparteien in ihrem Verteilungskampf das Beschäftigungsziel mit im Auge zu haben, so daß sich der Anstieg des Kostenniveaus und mit diesem auch der Anstieg des Preisniveaus deutlich verlangsamen können. Wir haben unterstellt, daß in der Lohnpolitik nur die Aufrechterhaltung der erreichten Verteilungsposition angestrebt wird, bei den Tarifabschlüssen aber etwas höhere Preissteigerungen einkalkuliert werden, als sich am Markt durchsetzen lassen; die Verteilungsposition für die Arbeitnehmer verbessert sich also noch. Der Druck auf die Gewinnmargen hält an; immerhin dürfte die Kurskorrektur in der Lohnpolitik die Gewinnerwartungen wieder heben. Die Investitionsneigung wird sich daher leicht beleben, jedoch nicht genug, um die Produktion schon bald nachhaltig anzuregen und die Arbeitslosigkeit spürbar abzubauen. Die Unternehmen werden nach wie vor im Export eine Stütze suchen, und die Importneigung wird nur wenig zunehmen. Unter den angenommenen Bedingungen kommt es also zu einer geringeren Zunahme von Produktion und Beschäftigung, als wir für möglich, und zu einem höheren Preisanstieg sowie einem größeren Außenbeitrag, als wir für nötig halten.

358. Wir nehmen für gegeben, daß die Tarifparteien Risiken vermeiden wollen, wie sie bei einer solchen Strategie noch für die Arbeitsplätze und die Erträge bestehen. Es sollte daher weder ausgeschlossen sein, daß die Unternehmen weniger bereitwillig als bisher hohe Lohnsteigerungen hinnehmen, noch daß die Arbeitnehmer einen Teil des Verteilungsvorsprungs, der ihnen im Jahr 1974 zugefallen ist, für die Sicherheit der Arbeitsplätze einsetzen. Der Abschlag zu den in unserer bedingten Prognose I angenommenen Lohnabschlüssen kann durchaus groß sein; denn bei dem, was den Arbeit-

nehmern dann an zusätzlicher Kaufkraft bleibt, ist auch ein zusätzlicher Stabilisierungserfolg in Rechnung zu stellen. Kommt es zu einer solchen Wende der Lohnpolitik, so ist in dem von der Notenbank zu finanzierenden Ausgabenspielraum bei niedrigeren Inflationsraten mehr Platz für eine Zunahme von Produktion und Beschäftigung, als dies unter den lohnpolitischen Annahmen der bedingten Prognose I der Fall wäre.

359. Vielen mag indessen der Weg, die Vollbeschäftigung nicht gegen, sondern über mehr Stabilität zu erreichen, zu lang und bei der derzeitigen Arbeitslosigkeit auch zu gefahrvoll scheinen. Wenn in den kommenden Monaten die Arbeitslosenzahlen allein schon aus saisonalen Gründen beschleunigt steigen, könnte sich der Druck auf die Wirtschaftspolitik, ihren Kurs zu ändern, mehr und mehr verstärken. Angesichts der erreichten Stabilitätserfolge könnte die Versuchung groß sein, den Kampf gegen die Inflation zu unterbrechen und darauf zu setzen, ihn später, bei etwas höherem Geldwertschwund zwar, aber auch bei höherer Beschäftigung, wieder aufzunehmen. So könnte die Bundesbank gedrängt werden, die Zügel zu lockern und zu gewähren, was die Privaten und der Staat an Finanzierungsbedarf geltend machen. Die Hoffnungen, die sich mit einer solchen Strategie verbinden, liegen darin, daß sich bei sinkenden Zinsen die Investitionsneigung beleben würde und daß die konjunkturellen Impulse der Finanzpolitik, ohne zu Restriktionen auf den Kreditmärkten zu führen, voll expansiv wirken könnten. Ob diese Erwartungen realistisch sind, ist indes nicht ausgemacht. Zu berücksichtigen ist, wie die Lohnpolitik bei einem Kurswechsel reagieren wird. Von dem Konflikt mit dem Beschäftigungsziel scheinbar befreit, werden die Arbeitnehmer mehr fordern, um ihren Verteilungsvorsprung nicht zu verlieren, ihn womöglich sogar auszubauen, und die Unternehmen werden auch mehr zugestehen, da sie mit genügend großen Preiserhöhungsspielräumen rechnen, wenn sich auch die Tarifabschlüsse des Jahres 1974 vielleicht nicht wiederholen. Mit der erneuten Beschleunigung des Preisauftriebs würde sich auch die Erwartung eines sinkenden Zinsniveaus als Illusion erweisen.

360. Wie sich die Wirtschaftspolitik und die Tarifparteien letztlich entscheiden, können wir nicht absehen. Wir haben daher die Wirkungen der drei skizzierten Handlungsalternativen, die sich abzeichnen, in drei Alternativrechnungen zusammengefaßt. Bei zwei dieser Alternativen strebt die Wirtschaftspolitik mittelfristig die Sicherung der Vollbeschäftigung bei Stabilität an, eröffnet aber schon für 1975 die Chance, mehr Stabilität und mehr Beschäftigung zu erreichen: Bei der bedingten Prognose I, die wir bereits vorgestellt haben, nutzt die Lohnpolitik diese Chance nur wenig, schafft aber auch keine neuen Risiken; bei der bedingten Prognose II schöpft sie die Chancen voll aus. Bei der bedingten Prognose III dagegen versucht die Wirtschaftspolitik, mehr Vollbeschäftigung gegen mehr Stabilität einzutauschen und glaubt, die Risiken für die Zukunft in Kauf nehmen zu können.

Für die bedingte Prognose II haben wir angenommen:

- Die monetäre Politik sorgt wie bei der bedingten Prognose I für eine Ausweitung der Zentralbankgeldmenge, mit der eine gesamtwirtschaftliche Ausgabenexpansion um 7 bis 8 vH finanziert werden kann;
- die Lohnpolitik nimmt in den Tarifabschlüssen nicht mehr als den unvermeidlichen Preisniveauanstieg vorweg und toleriert zur Sicherung der Arbeitsplätze 1975 eine Korrektur der Verteilungsrelationen zugunsten der Unternehmen;
- die Finanzpolitik vollzieht ihre Ausgaben im geplanten Umfang; Einsparungen bei den Personalausgaben infolge der geringeren Lohn- und Gehaltserhöhungen werden für beschäftigungserhöhende Sonderprogramme verwendet;
- die Währungspolitik fördert die Erwartungen auf eine Höherbewertung der D-Mark, um den Außenbeitrag mittelfristig zugunsten der Inlandsverwendung einzuschränken;
- die Agrarpolitik nimmt hin, daß bei der Höherbewertung der D-Mark der Grenzausgleich für landwirtschaftliche Produkte nicht angehoben wird.

Für die bedingte Prognose III haben wir angenommen:

- Die monetäre Politik beengt die gesamtwirtschaftliche Ausgabenexpansion nicht;
- die Finanzpolitik vollzieht die geplanten Ausgaben; Mehrausgaben, die sich aus höheren Personalkosten und aus höheren Preisen für Güter ergeben, die der Staat nachfragt, führen indessen nicht zu Ausgabenkürzungen an anderer Stelle;
- in der Lohnpolitik nehmen die Tarifabschlüsse noch höhere Inflationsraten vorweg als bei der bedingten Prognose I.

361. Um die Ergebnisse, die wir unter den Bedingungen der drei Alternativen erwarten, vergleichen zu können, geben wir für die wichtigsten Größen im volkswirtschaftlichen Kreislaufzusammenhang Schätzungen an (Tabelle 26). Sie sollen der Tendenz nach die Wirkungen aufzeigen, die sich aus den Entscheidungen der Wirtschaftspolitik und der Tarifparteien ergeben.

Diese Wirkungen können sich allerdings erst im Verlauf des Jahres zeigen. Die wirtschaftliche Lage im ersten Halbjahr 1975 ist schon weitgehend durch die Entwicklung in diesem Jahr vorherbestimmt; dies gilt insbesondere für die Arbeitslosigkeit. Die Abweichungen zwischen den drei bedingten Prognosen, die sich im zweiten Halbjahr 1975 ergeben, kommen infolgedessen in den Jahresdurchschnittszahlen nicht voll zum Ausdruck. Was in den drei Alternativen für die Zukunft angelegt ist, wird sich in seinem vollen Ausmaß erst 1976 zeigen.

362. Unter den Bedingungen der zweiten Alternative wird der Druck von den Lohnkosten, aber auch von den Kapitalkosten, auf die Gewinnmargen nach-

Tabelle 26

Daten zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung für das Jahr 1975

Veränderung gegenüber 1974 in vH [1])

	Bedingte Prognosen		
	I	II	III
Entstehung des Sozialprodukts			
Arbeitsvolumen [2])	− 2½	− 2	− 2½
Produktivität	+ 4	+ 4	+ 4
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1962	+ 2	+ 2½	+ 1½
Verwendung des Sozialprodukts in Preisen von 1962			
Privater Verbrauch	+ 3	+ 3	+ 2½
Staatsverbrauch	+ 2	+ 2	+ 2
Bruttoanlageinvestitionen	− 2	+ 2	− 2
Ausrüstungen	± 0	+ 3	− ½
Bauten	− 3½	+ 1	− 3½
Ausfuhr	+ 4	+ 3	+ 4
Einfuhr	+ 5	+ 5½	+ 4½
Bruttosozialprodukt	+ 2	+ 2½	+ 1½
Preisentwicklung			
Privater Verbrauch	+5½ bis 6	+5 bis 5½	+ 7½
Bruttosozialprodukt	+ 6	+ 5	+ 7½
Verwendung des Sozialprodukts in jeweiligen Preisen			
Privater Verbrauch	+ 9	+ 8½	+10
Staatsverbrauch	+10½	+ 9	+11½
Bruttoanlageinvestitionen	+ 3	+ 6	+ 4
Ausrüstungen	+ 6½	+ 8½	+ 7
Bauten	+ 1	+ 4½	+ 2½
Ausfuhr	+13	+11	+14
Einfuhr	+13½	+14	+14½
Bruttosozialprodukt	+ 8	+ 7½	+ 9
Verteilung des Volkseinkommens			
Bruttoeinkommen			
aus unselbständiger Arbeit (Summe)	+ 8	+ 6½	+ 9
je Stunde	+11	+ 9	+12½
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (Summe)	+ 8	+ 9½	+ 9
Volkseinkommen	+ 8	+ 7½	+ 9
Nettoeinkommen [3])			
aus unselbständiger Arbeit (Summe)	+ 9½	+ 8½	+10
aus Unternehmereinkommen und Vermögen (Summe)	+11	+12½	+12

[1]) Veränderungsraten gerundet.
[2]) Einschließlich Veränderung der Arbeitstage.
[3]) Einschließlich der Erhöhung des Kindergeldes.

lassen. Wichtiger als dies dürfte jedoch sein, daß die Unternehmen ihre Ertragsaussichten in günstigerem Licht sehen. Wir erwarten daher, daß sie nicht nur Projekte nachholen, die sie wegen der hohen Zinskosten bislang aufgeschoben haben, sondern daß sich ihre Investitionsneigung nachhaltig belebt. Vor allem diese Impulse, aber auch vermehrte Aufträge des Staates, bewirken, daß die gesamtwirtschaftliche Produktion im Verlauf des Jahres 1975 deutlich stärker expandiert als bei der bedingten Prognose I (Schaubild 36), und daß entsprechend mehr Arbeitslose wieder beschäftigt werden können. Das Ausmaß der Beschäftigungszunahme mag auf den ersten Blick klein erscheinen, denn die Arbeitslosigkeit wird im ersten Halbjahr noch hoch sein; im zweiten Halbjahr wird sie bereits spürbar abnehmen, und diese Tendenz wird sich über das Jahresende hinaus fortsetzen. Gegen Ende des Jahres 1975 könnte die Anzahl der Arbeitslosen schon um mehrere Hunderttausend niedriger sein als um die Jahreswende 1974/75.

Zu den Ergebnissen dieser Alternative gehört auch, daß die Produktionszunahme, im Vergleich zur bedingten Prognose I mit weniger Auslandsnachfrage erreicht wird, und die inländische Mehrnachfrage nicht allein den Produzenten im Inland, sondern auch denen im Ausland zugute kommt. Der Außenbeitrag ist also geringer, wenngleich noch nicht viel geringer als im Jahre 1974. Da die monetäre Politik neue Preiserhöhungsspielräume nicht zuläßt, halten die Fortschritte bei der Preisstabilisierung an. Die Verbraucherpreise dürften zum Jahresende 1975 um einen Prozentpunkt niedriger sein als bei der bedingten Prognose I. Dies bedeutet für die Arbeitnehmer, daß der Zuwachs ihres Realeinkommens durch die größere Zurückhaltung bei den Lohnabschlüssen kaum geschmälert wird, ihre Arbeitsplätze dagegen erheblich sicherer werden.

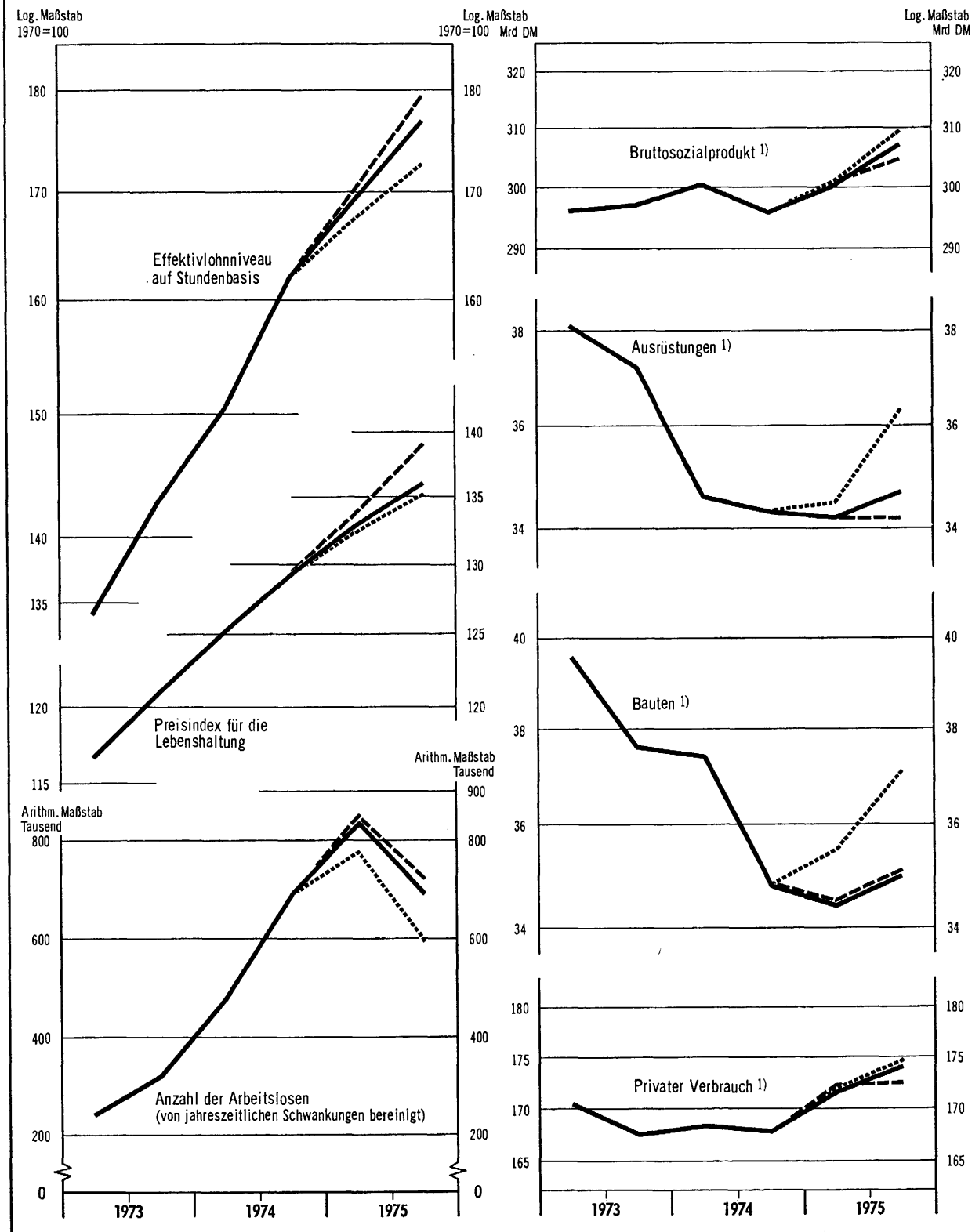
363. Die Ergebnisse der bedingten Prognose III weisen aus, daß mit einer nachgiebigen Geldpolitik auch kurzfristig wenig gegen die Arbeitslosigkeit getan werden kann. Obwohl der Finanzierungsspielraum die gesamtwirtschaftliche Nachfrage nicht beengt, dürfte diese nicht wesentlich höher sein als bei den anderen Alternativen. Insbesondere bei der Investitionsneigung wäre trotz sinkender Zinsen keine Belebung zu erwarten. Die Restriktionen kommen hier von der Lohnpolitik, die den Kostendruck dann nochmals spürbar erhöht, ohne daß die Unternehmen Aussicht hätten, den Kosten mit Preisen begegnen zu können, die nicht schon in den Lohnsteigerungen vorweggenommen sind; ihre Ertragserwartungen werden sich nicht bessern. Die Investitionsneigung wird gering bleiben und die Neigung, Arbeitskräfte zu entlassen, wird anhalten. Wo wegen der expansiven Impulse der Steuerreform die Nachfrage hoch ist, wie beim privaten Verbrauch, wird sie durch die beschleunigte Teuerung aufgezehrt. So geht bei dieser Strategie, die mehr Beschäftigung gegen mehr Stabilität gewinnen wollte, letztlich beides verloren. Die Auslastung des Produktionspotentials geht weiter zurück, der Sockel der Arbeitslosigkeit bleibt hoch, der Außenbeitrag wird nicht abgebaut und der Geldwertschwund beschleunigt sich wieder.

Schaubild 36

ZU ALTERNATIVEN DER KONJUNKTURPOLITIK

Bedingte Prognosen: ——— I ····· II – – – – III

Saisonbereinigter Verlauf



1) In Preisen von 1962.

SR 74 877

FÜNFTES KAPITEL
Zur stabilitätspolitischen Konzeption

I. Stabilität ist Vollbeschäftigung für morgen

364. Die Erfahrung zeigt, wie wenig die Menschen auch in wirtschaftlichen Fragen davor geschützt sind, gegen ihre eigenen Interessen zu handeln. Das kann aus Irrtum, aus Kurzsichtigkeit und auch deshalb geschehen, weil sie sich in ihrem täglichen Handeln — einzeln oder gemeinsam, miteinander oder gegeneinander — nach unzureichenden Spielregeln richten.

Es gehört zu den folgenschwersten Mißverständnissen der Wirtschaftspolitik, daß die Frage eines Konflikts zwischen den Zielen der Vollbeschäftigung, des Wirtschaftswachstums und einer gerechteren Einkommensverteilung einerseits und dem Ziel der Geldwertstabilität andererseits vordergründig, verkürzt und deshalb falsch gesehen wird. Ein stabiles Preisniveau ist kein Wert an sich; der hohe Rang dieses Zieles ergibt sich vielmehr aus der Wirkungsweise der Marktwirtschaft. In dieser Ordnung ist es nämlich nicht möglich

— Vollbeschäftigung auch morgen,

— angemessenes Wachstum auf die Dauer und

— Redlichkeit im Streit um das verteilbare Einkommen

zu haben, wenn man fortwährend hohe oder gar zunehmende Inflationsraten zuläßt. So gesehen steht das Ziel der Geldwertstabilität für eben diese Ziele. Wird die zeitliche Dimension nicht vergessen, so besagt die These vom Konflikt zwischen den Hauptzielen der Wirtschaftspolitik nichts anderes, als daß — bei Inflation — Vollbeschäftigung, Wachstum und gerechtere Einkommensverteilung zeitlich mit sich selbst in Konflikt stehen. Bei Stabilität verspricht das gleichzeitige Bemühen um diese drei Ziele dagegen zumindest in dem Sinne Erfolg, daß Aktionen, die Konflikte mit sich bringen könnten, in ihren Wirkungen deutlicher als bisher und vor allem frühzeitiger erkennbar werden. Konflikte sind also nicht ausgeschlossen, aber sie erscheinen eher lösbar, weil Fehlverhalten leichter zurechenbar und deshalb weniger wahrscheinlich ist.

365. Im Grunde ist das nicht verwunderlich. Es ist das Miteinander und Gegeneinander wirtschaftlicher und sozialer Interessen, das die Gesellschaft beherrscht. Das Ergebnis sind tägliche Kompromisse, ohne die eine Gesellschaft nicht auskommen kann. Diese Kompromisse werden den Vorstellungen und Forderungen der Beteiligten nur teilweise entsprechen. Unbefriedigend können sie auch deshalb sein, weil bei den Handelnden Unklarheiten und Irrtümer über die Wirkung dessen bestehen, was sie angestrebt haben. So kommt es nicht selten vor, daß selbst machtvolle Gruppen gegen ihre eigenen Interessen handeln.

Bei den großen wirtschaftspolitischen Zielen ist dieser Fall etwa dann gegeben, wenn die Lohnpolitik eine Kosteninflation in Gang bringt und diese auch finanziert wird. Die Interessen der autonomen Gruppen sind Verbesserung der Lohneinkommen und Sicherung der Arbeitsplätze auf der einen Seite, Gewinnerzielung und Gewinnsicherung auf der anderen Seite. Beide Parteien verstoßen immer wieder gegen ihre eigenen Interessen von morgen, wenn sie mit dem Ausweg in die Inflation rechnen können; sie setzen dann auf Lohn- und Preiserhöhungen und hoffen, auf diese Weise ihre Verteilungsposition verbessern oder wenigstens halten zu können. Weil jeder sich in dem gemeinsam veranstalteten inflatorischen Prozeß aber betrogen sieht oder jedenfalls Angst hat, die inflationsbedingte, der Höhe nach im voraus jedoch unbekannte Entwertung des eigenen Einkommens nicht rechtzeitig und nicht vollständig genug abwehren zu können, entsteht ein Teufelskreis, in dem sich Inflationserwartungen und tatsächlicher Geldwertschwund wechselseitig treiben. Je weiter dieser Prozeß fortschreitet, desto gravierender werden die negativen Wirkungen auf Produktion, Wachstum, Beschäftigung und auf das geldwirtschaftliche Rechensystem. Früher oder später muß es daher zur Inflationsbekämpfung kommen, und die Folgen für Beschäftigung und Wachstum sind dann um so verheerender, je später mit der Therapie begonnen wird.

366. In das Miteinander und Gegeneinander der Interessen ist auch der Staat einbezogen. Denn sehr viele Interessenbeziehungen laufen über ihn und in zahlreichen Fällen ist der Staat gleichsam als Agent von Interessen tätig oder als deren Clearingstelle anzusehen. Die Bereitstellung staatlicher Leistungen und ihre Finanzierung sowie die über ihn bewirkte Umverteilung der Einkommen muß unter diesem Aspekt gesehen und beurteilt werden — auch im Hinblick auf Irrtümer und Kurzsichtigkeit. Denn es wird auch bei Politikern nicht selten sein, daß sie die Wirkungen ihrer Aktionen nach Breite und zeitlicher Tiefe nicht überschauen.

367. Außerdem sind die Handlungsmöglichkeiten nicht gleichmäßig verteilt. Besonders problematisch sind daher die Wirkungen der Inflation auf die Einkommensverteilung; sie treffen einseitig diejenigen, die zu schwach sind, sich im Marktgeschehen erfolgreich zur Wehr zu setzen. Auch wer die Verteilungswirkungen selbst billigen sollte, wird nicht legitim finden können, daß sie, wie es bei Inflation geschieht, im Wege der Täuschung erreicht werden.

368. Ob die Gruppen verleitet werden, ihre Interessen in einer Weise zu verfolgen, durch die sie sich — bezieht man die Zukunft ein — zu ihnen in Widerspruch setzen, hängt nicht zuletzt von den Spielregeln ab, unter denen sich das Miteinander und Gegeneinander von Interessen vollziehen. Viele Interessengegensätze sind zwar unaufhebbar, doch sollten diejenigen Spielregeln gefunden werden, die erwarten lassen, daß jedem möglichst rasch die Folgen seines Tuns deutlich gemacht werden; nur dann kann er vernünftig entscheiden.

369. Die Spielregeln des Konzepts der Globalsteuerung herkömmlicher Art wiesen dem Staat mehr Verantwortung für die Ziele Vollbeschäftigung und stetiges Wachstum zu, als er tragen konnte. Das Konzept förderte die Irrtümer,

— daß es möglich sei, jederzeit allein durch die Wirtschaftspolitik eine gesamtwirtschaftliche Nachfrage zu schaffen, die Vollbeschäftigung und stetiges Wirtschaftswachstum sichert,

— daß der Staat in Erfüllung seiner konjunkturpolitischen Aufgaben die gegenwärtige Dimension seiner Ziele gegenüber der zukünftigen nicht bevorzugen werde,

— daß die autonomen Gruppen und auch der Staat durch freiwillige Zurückhaltung aus gesamtwirtschaftlicher Verantwortung im täglichen Streit den Interessenausgleich heute mit ausreichender Rücksicht auf morgen suchen würden.

Der gefährlichste dieser Irrtümer ist die Illusion, der Staat könne gleichsam eine „Vollbeschäftigungsgarantie" abgeben und einhalten. Er kann dies nicht. Er kann wirksam nur Vollbeschäftigungsrisiken abwehren, die ihre Ursache nicht in einem stabilitätswidrigen Verhalten der Privaten (und der staatlichen Instanzen selbst) haben. Solange dieser Irrtum besteht, wird die Aufgabe, die Stabilität zurückzugewinnen, immer wieder vertagt und damit die Situation verschlimmert.

Das Reden vom Zielkonflikt zwischen Vollbeschäftigung und Wachstum einerseits und Stabilität andererseits hat die Illusion geweckt, hier könne es mehr als kurzfristig um die Entscheidung über eine Priorität gehen. Die Sachzusammenhänge, die hier verschleiert werden, zeigen indessen, daß — denkt man nur weit genug — Vollbeschäftigung und Wachstum keine konkurrierenden Ziele zur Stabilität sind, sondern daß der Kampf gegen die Dauerinflation nichts anderes ist als der Versuch, Vollbeschäftigung und Wachstum in der Zukunft zu sichern.

370. Aus diesem Grund ist das starke Drängen in der Bevölkerung auf mehr Stabilität und die Bereitschaft, für deren Wiedergewinnung notfalls Opfer zu bringen, das größte wirtschaftspolitische Potential der Bundesrepublik. Es ist das Drängen, den völlig legitimen und auch unvermeidlichen Kampf der Interessen unter Bedingungen zu führen, die ständig dazu zwingen, bei dem, was man heute tut, die Zukunft zu bedenken — es also nicht dahin kommen zu lassen, daß man sich beim Durchsetzen seiner Interessen in Widerspruch zu ihnen bringt. Diesen Willen zu stärken und der beschriebenen Verschleierung entgegenzutreten, ist eine elementare Aufgabe für alle, welche die zugleich freiheitliche und wohlstandsfördernde Ordnung unserer Wirtschaft erhalten wollen. Das gilt insbesondere für die Politiker. Denn diese verlieren den Spielraum für Entscheidungen, die nicht nur kurzfristig richtig sind, wenn bei den Menschen, für die sie handeln sollen, die Zukunft hinter dem Schleier übersteigerter Tagesinteressen verschwindet. Der Auftrag des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes, **gleichzeitig** einen hohen Beschäftigungsstand, Stabilität des Preisniveaus und außenwirtschaftliches Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem wirtschaftlichen Wachstum zu sichern, ist nicht Ausdruck einer Illusion des Gesetzgebers, sondern ein Auftrag an alle, ihre Interessen illusionsfrei zu verfolgen.

371. Dies mag ein sehr hoher Anspruch sein. Er ist jedoch nicht mehr als eine konkrete Utopie, auf die hin die Spielregeln angelegt sein sollten, Regeln also, die alle zu beachten haben und deren Anwendung oder Nichtanwendung nicht unter ein Plebiszit des Tages gestellt ist — ganz so wie auch Verfassungsnormen, anders als einfache Gesetze, nicht von pragmatischen, an der jeweiligen Situation orientierten Entscheidungen berührt werden dürfen. Solche Regeln haben zum Ziel, das Ergebnis des in der Gesellschaft herrschenden Interessenstreites im ganzen zu verbessern und die Verteilung aussichtsreicher Handlungsmöglichkeiten gleichmäßiger zu machen; keineswegs sollen sie jedoch Interessen unterdrücken.

372. Das Substrat der wirtschaftlichen Interessen in einer arbeitsteiligen Wirtschaft ist das Geld. Die Menge und damit auf die Dauer der Wert des Geldes sollten daher nicht zur Disposition derer stehen, die es begehren — auch nicht zur Disposition des Staates, insoweit er selbst Träger wirtschaftlicher Interessen ist. Die um das Geld Streitenden sollten sich die Menge des insgesamt verfügbaren Geldes also von außen vorgeben lassen. Zur Zeit der Goldwährung und später unter den Bedingungen des Weltwährungssystems von Bretton Woods sollte eine solche „Objektivierung" der Geldversorgung und des Geldwerts durch den Respekt vor weltwirtschaftlichen Bedingungen, die eine einzelne Volkswirtschaft nicht nennenswert beeinflussen kann, gewährleistet werden. Das ist nur für eine gewisse Zeit und nur unvollkommen gelungen. Es muß vielleicht einmal neu versucht werden. Unter den gegenwärtigen Bedingungen des Weltwährungssystems muß sich die einzelne Volkswirtschaft indessen auf eigene Weise helfen.

Im Sinne der zuvor angestellten Überlegungen ist es die Idee der Unabhängigkeit der Notenbank, die hier allein weiterhilft. Die Notenbank soll durch Objektivierung der Geldversorgung dazu beitragen, daß die vielfältigen wirtschaftlichen Interessen, die sich mit dem Geld verbinden, von allen Interessenten unter Bedingungen verfolgt werden, unter denen diese nicht in Widerspruch zu ihren eigenen Zwecken geraten. Stabilität des Geldwerts ist dann

kein Ziel mehr, sondern eine Spielregel. Rechtzeitig kann sichtbar werden, wann ein wirtschaftliches Ziel, höhere Löhne etwa, in Widerspruch zu einem anderen, Vollbeschäftigung etwa, verfolgt wird. Und es wird dann nicht mehr möglich sein, einen unredlichen Vorteil aus der Verkürzung eines Maßstabs zu ziehen, mit dem zu messen alle übereingekommen sind.

Welchen Rang ein solcher „contrat social" hat, wird deutlich, wenn man für einen Augenblick unterstellt, eine Notenbank wäre bereit, die Geldwertstabilität dem Beschäftigungsziel zu opfern. Rasch würden dann die Tarifparteien und auch die öffentliche Hand erkennen, daß derjenige am besten abschneidet, der das Blatt seiner nominalen Ansprüche am weitesten ausreizt. Langfristig würde das freilich niemandem Gewinn, aber allen Inflation und später nur um so größere Beschäftigungsprobleme eintragen.

Gerade nach den jüngsten Erfahrungen erscheinen bei uns die Chancen nicht gering, daß die Notenbank ihre konsequente Geldpolitik fortzuführen vermag; denn die Illusion, Arbeitslosigkeit könne stets aufs neue durch zusätzliche Preissteigerungen überspielt werden, ist im Schwinden begriffen.

373. Die Geldversorgung zu objektivieren, ist zwar notwendig, aber noch nicht ausreichend für eine konfliktfreie Stabilitätspolitik. Der Staat, Einflüsse aus dem Ausland sowie all diejenigen, die im privaten Bereich wirtschaftliche Macht haben, können es auch unter Bedingungen einer objektivierten Geldversorgung dahin bringen, daß immer wieder neu die Kraftprobe „heute gegen morgen" entsteht und bestanden werden muß.

Wie der Staat Belastungen der Stabilitätspolitik bewirkt, wie er sie vermeiden kann und wie er helfen kann, unzumutbare Beschäftigungsrisiken von den Privaten abzuwenden, muß für den Fall einer wirksamen Geldpolitik neu durchdacht werden. Der Sachverständigenrat plädiert für eine Finanzpolitik, die stärker als bisher auf eine kontinuierliche Erfüllung der öffentlichen Aufgaben angelegt ist.

Außenwirtschaftliche Störungen sind auch unter den gegenwärtigen Bedingungen beweglicher Wechselkurse, die eine entscheidende Voraussetzung für die hier vorgetragene wirtschaftspolitische Konzeption erst geschaffen haben, nicht ausgeschlossen. Störungen von der Geldpolitik fernzuhalten, darf jedoch als erreichbar angesehen werden.

Die private Wirtschaft ist mit Marktmacht durchsetzt, am Arbeitsmarkt sogar von ihr beherrscht. Man darf zwar damit rechnen, daß eine Objektivierung der Geldversorgung zu illusionsfreiem Handeln zwingen und insoweit die Marktmacht einschränken würde. Aber es gibt keinen Zweifel, daß die starke Beschleunigung der Inflation in den vergangenen Jahren nicht mit Mangel an Wettbewerb erklärt werden kann, weswegen man in bezug auf die Stabilisierung auch ehrgeizig sein darf. Doch stellen aggressives Marktverhalten und geminderte Flexibilität der Preise und Einkommen sicherlich eine Belastung der Stabilitätspolitik dar. Obwohl Erfolge hier nicht kurzfristig erwartet werden können, darf das Bemühen nicht aufhören, auf den Gütermärkten den Preiswettbewerb zwischen den Anbietern zu intensivieren sowie den Preiswiderstand der Nachfrager zu stärken und auch auf dem Arbeitsmarkt Ursachen für einen Mißbrauch der Macht abzubauen.

Das Geschehen auf dem Arbeitsmarkt, wo die Marktmacht durch das Privileg der Tarifautonomie sanktioniert ist, wird nicht allein durch das Streben bestimmt, in Tarifverhandlungen das herauszufinden, was der Markt dauerhaft für alle hergibt; die Arbeitnehmer versuchen außerdem über eine Steigerung der Nominallöhne eine gerechtere Einkommensverteilung zu erlangen. Daß es hier Grenzen gibt, würde unter den Bedingungen einer wirksamen Geldpolitik nicht erst in der Sackgasse der Inflation sichtbar. Je mehr die Illusion entfällt, daß man mit hohen Nominallohnsteigerungen einen nachhaltigen verteilungspolitischen Erfolg erzielen könnte, desto dringender stellt sich allerdings die Frage, wie dem Drängen nach einer gerechteren Einkommensverteilung auf eine weniger selbsttäuschende Weise Raum gegeben werden kann. Es führt nach wie vor kein Weg an der Einsicht vorbei, daß eine nachhaltige Entschärfung des Verteilungskampfes, soweit das in einer Marktwirtschaft überhaupt möglich ist, nur durch die Umverteilungspolitik des Staates und darüber hinaus nur in einer Weise zu erreichen ist, bei der sich die Bedingungen ändern, unter denen die Einkommen am Markt verteilt werden. Das Mittel dazu ist in erster Linie die Vermögenspolitik.

II. Geldpolitik

374. Die außenwirtschaftliche Absicherung durch flexible Wechselkurse hat die Geldpolitik von der Fessel befreit, bei ihren auf Geldwertstabilität gerichteten Aktionen stets auf das außenwirtschaftliche Gleichgewicht Rücksicht nehmen und schließlich diesem Ziel sogar Vorrang geben zu müssen, sofern nicht durch eine Änderung des Wechselkurses vorübergehend neuer Handlungsspielraum geschaffen wurde. Das Instrumentarium der Geldpolitik kann nun konsequent für die Ziele der Stabilisierung eingesetzt werden. Wie groß die Rolle ist, die der Geldpolitik zugewiesen werden kann, hängt davon ab, in welcher Weise die durch geldpolitische Maßnahmen verursachten monetären Impulse auf das Preisniveau und auf realwirtschaftliche Vorgänge einzuwirken vermögen. Je weniger gesichert die Kenntnisse über das Durchwirken monetärer Impulse sind, desto größere Vorsicht ist bei der Zuweisung von Aufgaben an die Geldpolitik geboten. Es wäre freilich falsch, der Geldpolitik eine bestimmte Rolle nur dann zu übertragen, wenn man Sicherheit über das Ergebnis gewonnen zu haben glaubt. Eine Entscheidung für eine bestimmte Rollenzuweisung ist zweckmäßig, wenn das Ergebnis besser auszufallen verspricht, als bei alternativen Rollenverteilungen einschließlich der bereits erprobten.

Unsere Kenntnis der kurzfristigen Zusammenhänge zwischen Änderungen der Geldmenge und nachfolgenden Änderungen der Beschäftigung und des Preisniveaus ist unvollkommen. Was die monetäre Politik auf mittlere Sicht zu erreichen vermag, ist uns genauer bekannt als die kurzfristigen Wirkungen. Von daher ist es sinnvoll zu verlangen, daß die monetäre Politik mittelfristig orientiert ist. Dies bedeutet keinesfalls, ihr ein bescheidenes Ziel zu setzen. Denn bei einer mittelfristigen, tendenziell auf Verstetigung der Geldversorgung angelegten Politik sind die monetären Bedingungen in den Plänen von Banken, Unternehmen und privaten Haushalten besser antizipierbar, der Bedarf an Revision der Pläne ist geringer, Irrtümer mit der Folge einer Fehlleitung von Ressourcen treten weniger auf. Selbstverständlich sind mit einer verstetigten Geldversorgung nicht alle Störungen des Wirtschaftsprozesses beseitigt. Aber es besteht die begründete Hoffnung, daß eine mittelfristig orientierte Geldpolitik gesamtwirtschaftlich bessere Ergebnisse erzielt als eine kurzfristig, nach den mutmaßlichen Erfordernissen des Augenblicks handelnde.

Preisniveau- und Beschäftigungswirkungen der Geldpolitik

375. Unbestritten ist, daß ein Zusammenhang zwischen Geldmenge und Inflation besteht. Die für die Entstehung des nominalen Sozialprodukts notwendigen Umsätze müssen finanziert werden. Steigt das nominale Sozialprodukt schneller als das reale, so bedeutet dies, daß auch die gesamtwirtschaftlichen Ausgaben stärker zunehmen als im Falle eines gleichbleibenden Preisniveaus. Zwar können wachsende Ausgaben auch durch die häufigere Verwendung eines konstanten Geldbestandes getätigt werden. Die Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes kann jedoch nicht beliebig zunehmen oder, anders ausgedrückt, die durchschnittliche Kassenhaltung der Wirtschaftssubjekte im Verhältnis zu den Ausgaben kann in einer arbeitsteiligen Wirtschaft nicht beliebig vermindert werden, so daß schließlich zusätzliches Geld in den Wirtschaftskreislauf gelangen muß, wenn der Anstieg der Ausgaben möglich sein soll. Die Ausweitung der Geldmenge über die Zunahme derjenigen gesamtwirtschaftlichen Ausgaben hinaus, die für die normale Auslastung eines wachsenden Produktionspotentials bei gleichbleibendem Preisniveau benötigt wird, ist eine notwendige, wenn auch nicht eine hinreichende Bedingung des Auftretens inflatorischer Prozesse.

Zwischen einer Ausweitung der Geldmenge und zusätzlichen Preissteigerungen steht eine ganze Kette von Anpassungsvorgängen auf den Finanz- und Gütermärkten; diese mögen nicht durchgängig überschaubar sein, der fundamentale Zusammenhang ist dennoch hinreichend bekannt. Angenommen, die Notenbank bewirkt eine Ausdehnung der Geldmenge. Sie kann dies zum Beispiel erreichen, wenn sie von Nichtbanken Wertpapiere erwirbt. Sie kann aber auch den Banken — gleich auf welchem Wege — zusätzliches Zentralbankgeld zuführen, denn diese werden bestrebt sein, das zinslose Zentralbankgeld gegen ertragbringende Aktiva, zum Beispiel auch Wertpapiere, auszutauschen. Beide Vorgänge führen zu Gutschriften auf Sichtkonten bei Banken oder zur Erhöhung des Bargeldumlaufs. Es werden also zunächst die Kassen voller. Bei gleichbleibendem Preisniveau steigt deren realer Wert, ohne daß dadurch ein entsprechender zusätzlicher Nutzen gestiftet würde. Es besteht deshalb ein Anreiz, das zusätzliche Geld besser verzinslich anzulegen, aber auch mehr Güter zu kaufen. Zusätzliches Geldangebot drückt auf den Zins. Investitionen werden angeregt und weitere Güter nachgefragt. Reichen die realen Angebotsmöglichkeiten nicht aus, die gestiegene Nachfrage zu befriedigen, so steigen die Preise, damit aber auch die Nachfrage nach Geld und somit der Zins, bis schließlich das Gleichgewicht der relativen Preise bei einem höheren Preisniveau wiederhergestellt ist. Man kann sich diesen Transmissionsprozeß komplizierter oder einfacher ausmalen, stets läßt sich mit einiger Plausibilität ableiten, daß eine Geldmengenexpansion über den Anstieg der realen Angebotsmöglichkeiten hinaus schließlich auch zu einem Anstieg des Preisniveaus führen wird. Was wir über diesen Transmissionsmechanismus wissen, reicht allerdings nicht aus, jeweils voraussagen zu können, wann und in welchem Ausmaß sich bestimmte monetäre Impulse auf die Höhe des Preisniveaus auswirken.

Freilich muß der Anstoß zu Preissteigerungen nicht von einer Geldmengenexpansion kommen. Steigen die Kosten, etwa weil Importgüter teurer werden oder weil das Kapital relativ knapper wird oder weil über den Produktivitätsfortschritt hinausgehende Lohnforderungen durchgesetzt werden, so versuchen die Unternehmen, die gestiegenen Kosten in den Preis weiterzuwälzen. Dies kann ihnen mittelfristig jedoch nur gelingen, wenn zusätzliches Geld zur Verfügung gestellt wird. Andernfalls müssen die Preise der jeweils anderen Faktoren oder die Gewinne entsprechend sinken, oder es geht die Beschäftigung zurück.

Wir können also konstatieren: Auf mittlere Sicht gibt es in einer Volkswirtschaft, deren Produktionspotential im Durchschnitt normal ausgelastet ist, keine Inflation ohne eine monetäre Expansion, die das Wachstum des Produktionspotentials übersteigt. Es kann darüber hinaus unterstellt werden, daß in der Regel eine derartige monetäre Expansion eine entsprechende Inflation zur Folge hat.

376. Weitaus vorsichtiger muß nach dem gegenwärtigen Stand des Wissens ein Urteil über den Zusammenhang zwischen Geldmenge und Konjunktur ausfallen. Gewiß kann sich ein Aufschwung beschleunigen und, begleitet von inflationären Entwicklungen, womöglich zur Überhitzung steigern, wenn der drängenden Geldnachfrage vom Angebot her bereitwillig nachgegeben wird. Auch kann ein Boom im Prinzip dadurch gebremst werden, daß das Angebot zusätzlichen Geldes gedrosselt wird. Schwer abzuschätzen ist dann jedoch, wann und in welchem Ausmaß das Geldangebot eingeschränkt werden soll. Man weiß nicht genug über die Dauer der Verzögerung und den Grad der Wirkung, die derartige mo-

netäre Impulse schließlich auf die realwirtschaftlichen Vorgänge haben werden. Eine zu spät einsetzende und zu kräftige Restriktion mag einen sich ohnehin anbahnenden Abschwung derart verstärken, daß er nur schwer und möglicherweise zu spät wieder aufgefangen werden kann.

Noch schwieriger ist die Prognose für eine Rezession. Gewiß ist, daß auch im konjunkturellen Abschwung, selbst wenn die Geldversorgung reichlich ist, die weitere Vermehrung der Geldmenge irgendwann über einen auch noch so lockeren Transmissionsriemen die reale Produktion wieder ankurbeln würde. Möglicherweise liegt dieser Zeitpunkt aber viel zu spät oder, falls der Abschwung in einem früheren Stadium abgefangen wird, tritt die volle expansive Wirkung erst dann ein, wenn der Aufschwung bereits fortgeschritten ist und schon der Dämpfung bedarf. Aus diesen Gründen können monetäre Maßnahmen selbst zur Verursachung und Verstärkung konjunktureller Bewegungen beitragen. Dies mag in der Vergangenheit durchaus der Fall gewesen sein. In der monetären Politik die alleinige Ursache für Konjunkturschwankungen zu sehen, ginge freilich angesichts der mannigfachen, durchaus auch abrupten, und deshalb wohl auch Zyklen auslösenden Veränderungen im realen Bereich sicher zu weit.

Wir können also konstatieren: Eine Variation der Geldmenge kann Konjunkturschwankungen auslösen, verstärken und dämpfen. Wovon Ausmaß und zeitliche Verzögerung der Wirkung monetärer Impulse auf den Konjunkturverlauf jeweils abhängen, ist nicht hinreichend bekannt. Die kurzfristigen Wirkungen von Geldmengenvariationen auf die Beschäftigung sind in jedem Falle weniger verläßlich als die mittelfristigen Wirkungen auf das Preisniveau. Eine antizyklische, auf die Beschäftigung gerichtete Geldpolitik braucht gleichwohl nicht unter allen Umständen fehlindiziert zu sein (Ziffer 390). Aber schon eine mittelfristig orientierte Geldpolitik dient, wenn sie für ein stabiles Preisniveau sorgt, auch der Beschäftigung.

377. Vieles spricht dafür, daß die Geldpolitik vorrangig am Ziel der Geldwertstabilität anknüpft. In einer Zeit, die, wie die gegenwärtige, durch einen Hang zur Übernachfrage geprägt ist, folgt das Preisniveau kaum noch dem konjunkturellen Auf und Ab, sondern eher einem mittelfristig auszuziehenden Pfad. Das Ziel der Geldwertstabilität ist deshalb bei der Geldpolitik allemal in guten Händen, sind doch deren verläßliche und nutzbare Wirkungen in erster Linie die mittelfristigen Wirkungen auf das Preisniveau. Die Geldpolitik hätte danach die monetäre Expansion so zu steuern, daß ein monetärer Spielraum für einen gesamtwirtschaftlichen Ausgabenzuwachs erreicht wird, der zu einem mittelfristig gesetzten Stabilisierungsziel paßt. Sie würde in diesem Fall auch die kurzfristigen Schwankungen in der Beschäftigung glätten, weil sich die Konditionen, zu denen man Geld erhält, automatisch verschlechtern oder verbessern, je nachdem ob die Ausgabenneigung in der Wirtschaft zunimmt oder abnimmt.

Wieweit ein von der Geldpolitik gewährter Spielraum der monetären Expansion für einen Zuwachs des realen Sozialprodukts, wieweit für Preissteigerungen genutzt wird, hängt gewiß von mancherlei Faktoren ab, wie etwa der Höhe der nominalen Tariflohnvereinbarungen oder dem Investitionsverhalten der Unternehmen. Es können ungünstige Kombinationen von Änderungen des Preisniveaus und der Beschäftigung eintreten. Für die Lösung solcher Probleme ist die monetäre Politik nicht sehr hilfreich. Will die Geldpolitik vorrangig Beschäftigungsschwankungen gezielt entgegenwirken, so besteht nicht nur die Gefahr, daß die erwünschten realwirtschaftlichen Effekte nicht oder zum falschen Zeitpunkt eintreten. Darüber hinaus kann über kurzfristigem Handeln auch das mittelfristige Ziel aus dem Visier geraten; frühzeitig könnten etwa die realwirtschaftlichen Effekte von Wirkungen auf das Preisniveau abgelöst werden.

378. Soll der Geldpolitik die Rolle der Stabilisierung des Preisniveaus zugewiesen werden, so setzt das voraus, daß die monetäre Expansion mit Hilfe des Instrumentariums der Bundesbank auch beherrscht werden kann. Geld entsteht jedoch auf vielfältige Weise durch Handlungen von Banken, Nichtbanken, Staat und Ausland — etwa dadurch, daß eine Bank freie Liquiditätsreserven auflöst, um Kredite zu gewähren, was sich in zusätzlichen Sichteinlagen oder Bargeld der Zahlungsempfänger niederschlägt, oder dadurch, daß der Staat aus einem bei der Bundesbank unterhaltenen Konto oder durch Inanspruchnahme eines Kassenkredits die Ausführung öffentlicher Aufträge bezahlt, oder auch dadurch, daß Ausländer mit Währungen von Ländern des Floating-Blocks bei Banken Sichtdepositen erwerben und die Banken diese Währungen, weil der festgesetzte Interventionspunkt erreicht ist, gegen Guthaben bei der Zentralbank eintauschen. Direkt kann die Bundesbank also nicht auf die Expansion der Geldmenge Einfluß nehmen. In allen angeführten Fällen ging die Geldschaffung jedoch mit einer Zunahme an Zentralbankgeld einher. Die vielfältigen Arten der Geldentstehung haben gemeinsam, daß dafür Zentralbankgeld zur Verfügung gestellt werden muß. Zentralbankgeld kann aber nur die Bundesbank schaffen. Hierauf beruht ihre Fähigkeit, Einfluß auf die Höhe der Geldmenge auszuüben.

Es gibt zwar Möglichkeiten für die Entstehung von Zentralbankgeld, auf die die Bundesbank keinen Einfluß hat. Zum Beispiel kann der Bund bei der Bundesbank Kassenkredite aufnehmen oder dort unterhaltene Konten, wie etwa die Konjunkturausgleichsrücklage, in Anspruch nehmen. Auch gibt es einige weitere Plafonds bei der Bundesbank, deren Nutzung sie selbst nicht in der Hand hat. Diese Möglichkeiten, Zentralbankgeld zu schaffen, sind jedoch auf Beträge beschränkt, die abzuschöpfen die Bundesbank angesichts der ihr zur Verfügung stehenden Kompensationsmöglichkeiten nicht in Verlegenheit bringt, will sie tatsächlich das Entstehen von Zentralbankgeld steuern. Schließlich ist das größte Hemmnis einer autonomen Kontrolle der Zentralbankgeldmenge, nämlich die außenwirtschaftlich erzwungene Bereitstellung von Zentralbankgeld, seit

dem Übergang zu beweglichen Wechselkursen gegenüber den meisten wichtigen Währungen praktisch beseitigt.

Die Bundesbank ist demnach in der Lage, die Expansion der Menge an Zentralbankgeld mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln zu steuern (Ziffer 384). Allenfalls könnte sie bei ihrer kompensatorischen Zentralbankgeldsteuerung dann in Schwierigkeiten geraten, wenn die Banken zu große freie Liquiditätsreserven in Form von jederzeit in Zentralbankgeld eintauschbaren Wertpapieren, in Form von offenen Rediskontkontingenten und in Form von Lombardzusagen aufgebaut haben (Ziffer 386). Die zu neutralisierenden Beträge könnten dann nämlich kurzfristig das Kompensationspotential der Bundesbank übersteigen. Die Bundesbank hat es jedoch bei der gegebenen Absicherung nach außen in der Hand, die freien Liquiditätsreserven der Kreditinstitute niedrig zu halten.

Zentralbankgeldmenge und monetäre Expansion

379. Eine Zunahme der Zentralbankgeldmenge ist, wie gesagt, unabdingbare Voraussetzung für jedwede monetäre Expansion. Wegen der Pflicht der Banken, Mindestreserven zu halten, und überhaupt wegen der Notwendigkeit, gewisse Reserven zu haben, kann eine Expansion der Einlagen und des Bargeldumlaufs nur vonstatten gehen, wenn das dafür erforderliche Zentralbankgeld zur Verfügung gestellt wird. Die Höhe der Mindestreservesätze und die recht stabile Neigung zur Bargeldhaltung bestimmen — allerdings zusammen mit den Entscheidungen des Publikums über die Aufteilung der Bankeinlagen auf Sichtdepositen einerseits, Termin- und Spardepositen andererseits — darüber, wieviele Einheiten Geld im monetären System auf der Basis einer Einheit Zentralbankgeld (Geldbasis) geschaffen werden können. Wenn also die Bundesbank auch die Entwicklung des Geldvolumens nicht unmittelbar steuern kann, so dominiert sie doch über die Steuerung der Zentralbankgeldmenge die monetäre Expansion.

380. Damit ist die Frage aufgeworfen, wieviel Zentralbankgeld die Bundesbank bereitstellen soll, wenn es gilt, den monetären Spielraum für die angestrebte Rate der gesamtwirtschaftlichen Ausgabenexpansion zu schaffen. Die Summe der Zentralbankgeldbestände bei den Banken und beim Publikum (Bargeldumlauf, Bankreserven), erfüllt nicht das Kriterium, alle Maßnahmen der Notenbankpolitik, die hierauf Einfluß haben, auszuweisen. Die für die monetäre Expansion relevante Zentralbankgeldmenge kann nicht nur über eine Kontrolle der Entstehung von Zentralbankgeld, sondern auch über administrativ verfügte Bindungen und Freisetzungen von Zentralbankgeld auf dem Wege der Mindestreservepolitik gesteuert werden. Durch Änderungen der Reservesätze kann auf der Seite der Verwendung von Zentralbankgeld derjenige Betrag weggenommen oder zugefügt werden, welcher — gemessen an den Zielen der monetären Politik — zuviel oder zuwenig entstanden ist. Durch eine Anhebung der Mindestreservesätze erhöht die Bundesbank den Bedarf an Zentralbankgeld bei gegebenen mindestreservepflichtigen Bankeinlagen; sie zwingt also die Banken, entweder einen Teil ihrer freien Liquiditätsreserven in Zentralbankgeld umzuwandeln, dieses jedoch nicht als Basis weiterer Ausleihungen zu verwenden, sondern es als Einlage bei der Bundesbank zu halten — oder aber, falls sie das nicht wollen oder mangels freier Reserven nicht können, ihre Kredite absolut einzuschränken, so daß der Bedarf an Zentralbankgeld im Bankensystem auf die Höhe des vorhandenen Zentralbankgeldes zurückgeführt wird (JG 73 Ziffer 171). Die Effekte der Mindestreservepolitik müssen durch ein Bereinigungsverfahren erfaßt werden, das die Steuergröße stets dann, wenn Mindestreservesatzänderungen vorgenommen werden, entsprechend korrigiert. Steigt bei konstanter Zentralbankgeldmenge aufgrund mindestreservepolitischer Maßnahmen das Reserve-Soll, welches die Kreditinstitute bei der Notenbank zu halten haben, so muß die bereinigte Zentralbankgeldmenge um diesen Betrag geringer sein, werden die Reservesätze herabgesetzt, so muß die bereinigte Zentralbankgeldmenge um die freigesetzten Reserven höher sein.

381. *Um die Zentralbankgeldmenge von dem Effekt mindestreservepolitischer Maßnahmen zu bereinigen, kommt ein Verfahren in Betracht, bei welchem Periode für Periode die Änderung des Reserve-Solls unter der Annahme unveränderter Bankeinlagen ermittelt wird; die so errechneten Beträge entsprechen den durch Änderungen der Reservesätze eingeschlossenen beziehungsweise freigegebenen Zentralbankgeldbeständen, sie werden laufend addiert, die Summe wird dann von der unbereinigten Zentralbankgeldmenge als Korrekturposten abgesetzt. Soll die bereinigte Zentralbankgeldmenge als Steuergröße möglichst nur die unmittelbaren Wirkungen des Notenbankverhaltens abbilden, so muß die Berechnung nach einzelnen Einlagearten getrennt vorgenommen werden, solange für unterschiedliche Einlagearten verschiedene Reservesätze gelten und daher Änderungen der Einlagenstruktur, auf die die Notenbank direkt nicht einwirken kann, das Mindestreserve-Soll mitbestimmen (Methodischer Anhang V). Wir haben uns für dieses Verfahren entschieden. Es liegt der Berechnung der in Schaubild 27 dargestellten Zentralbankgeldmenge zugrunde.*

Würde man ein einfacheres Bereinigungsverfahren wählen, bei welchem die Korrektur der Zentralbankgeldmenge lediglich mit einem durchschnittlichen Reservesatz vorgenommen würde, so würde die Zentralbankgeldmenge nicht nur um den reinen Effekt mindestreservepolitischer Maßnahmen korrigiert, sondern auch um den Einfluß der von Banken und Nichtbanken bewirkten Verschiebungen zwischen Sicht-, Termin- und Spareinlagen, also um Änderungen des durchschnittlichen Reservesatzes, die eintreten können, ohne daß mindestreservepolitische Maßnahmen ergriffen worden sind. Änderungen in der Einlagenstruktur haben zwar über längere Fristen hinweg keinen nennenswerten Einfluß auf die mit einem durchschnittlichen Reservesatz bereinigte Zentralbankgeldmenge. Im vorigen Jahr sind sie allerdings ins Gewicht gefallen (JG 73 Ziffer 184).

382. *Eine andere Abgrenzung und Korrektur der Zentralbankgeldmenge verwendet die Bundesbank. Sie errechnet eine „Zentralbankgeldmenge bei konstanten Reservesät-*

zen". Bei dem Verfahren der Bundesbank werden zum Bargeldumlauf die mit aktuellen Reservesätzen multiplizierten Bestände an inländischen Sicht-, Termin- und Spareinlagen des jeweiligen Monats addiert (Methodischer Anhang V). Die von der Bundesbank verwendete korrigierte Zentralbankgeldmenge hat ebenfalls die Eigenschaft, daß sie auf Veränderungen des Mindestreserve-Solls, die Nichtbanken und Banken über eine Änderung der Einlagenstruktur bewirken, nicht reagiert. Indes verzichtet die Bundesbank darauf, von Periode zu Periode Effekte von Mindestreservesatzänderungen zu berechnen und explizit in die Korrektur der Zentralbankgeldmenge einzubeziehen. Die Bundesbankreihe ist also nicht um die Effekte vergangener Reservesatzänderungen bereinigt; sie zeigt, wie groß die Zentralbankgeldmenge in den vergangenen Perioden gewesen wäre, wenn stets die aktuellen Reservesätze gegolten hätten. Werden durch Maßnahmen der Mindestreservepolitik die Reservesätze geändert, so muß die Reihe für alle Perioden neu berechnet werden. Dies muß kein Nachteil sein. Unter geldpolitischen Gesichtspunkten kommt es darauf an, die monetäre Expansion künftiger Perioden zu steuern und dafür Zentralbankgeldvorgaben zu bestimmen. Das ist auch mit der nach dem Bundesbankverfahren korrigierten Zentralbankgeldmenge möglich. Dabei muß allerdings auf die Auswertung von Erfahrungen der Vergangenheit weitgehend verzichtet werden: eine systematische Verknüpfung der mit dem Verfahren der Bundesbank korrigierten Zentralbankgeldmenge etwa mit der Geldmenge M_1 ist für alle Perioden, in denen andere Reservesätze als die gegenwärtigen gegolten haben, analytisch nicht befriedigend. Was sich als empirischer Befund darstellt, sagt dann über den tatsächlichen Zusammenhang zwischen den beiden Größen in der Vergangenheit nichts aus, da er nicht nur von der geldpolitischen Konstellation der Vergangenheit, sondern auch von den gegenwärtig ergriffenen mindestreservepolitischen Maßnahmen bestimmt ist; er kann deswegen nicht als Ergebnis von Entscheidungen der Banken und Nichtbanken in der Vergangenheit interpretiert werden.

Die Zentralbankgeldmenge in der Abgrenzung der Bundesbank unterscheidet sich außerdem von der von uns berechneten dadurch, daß sie nicht alle Bestände an aktuell vorhandenem Zentralbankgeld enthält, sondern nur jene, die bereits für die inländische monetäre Expansion verwendet worden sind. Die Überschußguthaben der Kreditinstitute und die Mindestreserven auf Ausländereinlagen bleiben — im Gegensatz zu der von uns verwendeten Abgrenzung der Zentralbankgeldmenge — außer Ansatz. Unter den gegenwärtigen geldpolitischen Bedingungen sind die Überschußguthaben quantitativ sicherlich nicht von großer Bedeutung. Solange die Banken die Möglichkeit haben, ihre freien Liquiditätsreserven durch den Ankauf von Geldmarktpapieren, für die die Bundesbank eine Rückkaufsverpflichtung eingegangen ist, zu vergrößern oder auch durch den Aufbau offener Rediskontkontingente, indem sie die Refinanzierung von Handelswechseln vermindern, verfügen sie stets über eine profitable Alternative zur Haltung „überschüssiger" Guthaben auf Zentralbankkonten. Überschußguthaben werden dann in der Regel nur eine Durchgangsstation sein; sie gewinnen jedoch Bedeutung, sobald diese Möglichkeiten ausgeschöpft sind, was wiederum von der Bundesbank mitbestimmt wird, weil diese die Rediskontkontingente verändern und den Verkauf liquider Geldmarktpapiere verweigern kann.

Problematisch scheint es uns auch, die Ausländereinlagen als nicht bedeutsam für die inländische monetäre Expansion anzusehen. Die Einbeziehung von Mindestreserven auf Ausländereinlagen in die Zentralbankgeldmenge wäre zum Beispiel dann nicht sinnvoll, wenn ausländische D-Mark-Guthaben bei deutschen Banken nur angesammelt würden, um Transaktionen unter Ausländern in D-Mark zu ermöglichen. Eine solche Tendenz, daß die D-Mark als internationales Zahlungsmittel andere Währungen verdrängt, sehen wir aber nicht. Es läßt sich vielmehr, gerade in Zeiten monetärer Restriktion, beobachten, daß Ausländereinlagen bereits bald nachdem sie deutschen Banken zugeflossen sind, auf Inländerkonten durchsickern. Dadurch erhöht sich das Reserve-Soll für inländische Einlagen, die Zentralbankgeldmenge in der Abgrenzung der Bundesbank steigt. Damit haben aber Entscheidungen des Publikums und der Banken — und nicht der Notenbank selbst — die Veränderung der Zentralbankgeldmenge bewirkt. Ein expansiver Effekt wird zwar ausgewiesen, aber erst wenn die dadurch ermöglichte inländische monetäre Expansion bereits stattgefunden hat.

Zur Ausgestaltung der mengenorientierten Geldpolitik

383. Seit dem Übergang zu flexiblen Wechselkursen braucht die Geldpolitik, um das Volumen des entstehenden Zentralbankgeldes zu kontrollieren, bloß noch vergleichsweise geringe Mengen zu bewegen. Dies zeigt Tabelle 27, aus der die wichtigsten Quellen von Zentralbankgeld und deren quantitativer Beitrag zur Menge des entstandenen Zentralbankgeldes in den letzten Jahren zu entnehmen sind. Wir haben für die Entstehungskomponenten eine institutionelle Gliederung gewählt, welche ausweist, wieviel Zentralbankgeld jeweils durch Transaktionen der Bundesbank mit dem Ausland, der öffentlichen Hand und den Kreditinstituten entsteht. Offenmarkt-Transaktionen der Bundesbank mit Nichtbanken, die neuerdings an Gewicht gewinnen, werden von der Bundesbank nicht gesondert ausgewiesen; sie sind in der Position „sonstige Bestimmungsgründe" erfaßt.

Tabelle 27 weist aus, welch entscheidende Bedeutung der Veränderung der Währungsreserven in früheren Jahren zukam. Allein durch das Auslandsgeschäft der Bundesbank ist von Anfang 1971 bis zum 1. Vierteljahr 1973 ungefähr zweieinhalbmal so viel Zentralbankgeld geschaffen worden, wie — gemessen an der bereinigten Zentralbankgeldmenge — für die (nicht einmal stabilitätskonforme) inländische monetäre Expansion benötigt worden ist. Erst die Befreiung der Bundesbank von der Interventionspflicht gegenüber dem Dollar brachte die aus dieser nicht regulierbaren Quelle fließenden Beträge in Größenordnungen, die einer kompensatorischen Mengensteuerung Chancen gaben.

384. Im Konzept der Zentralbankgeldsteuerung wäre eine über die Märkte operierende Zentralbankpolitik durchaus in der Lage, den gewünschten Erfolg zu erzielen. Administrativ verfügter Bindungen oder Freisetzungen von Zentralbankgeld bedürfte es nicht. Die angestrebte Rate der monetären Expansion an der Geldbasis könnte dadurch verwirklicht werden, daß eine mit den Mengen operierende Offenmarkt-Politik und eine darauf abgestimmte Refinanzierungspolitik, die den Diskontsatz flexibel den Marktbedingungen anpaßt, dem monetären System soviel Zentralbankgeld zuführt, wie es zur Erfüllung der Bargeldabzüge und des für

Tabelle 27

Bestimmungsgründe der Zentralbankgeldmenge [1])

Vierteljahr	Entstehung (+) bzw. Vernichtung (−) von Zentralbankgeld				Zentralbankgeldmenge	Nachrichtlich: Bereinigte Zentralbankgeldmenge [5])
	Ausland [2])	öffentliche Hand	Kreditinstitute [3])	sonstige Bestimmungsgründe [4])		
	Mrd DM					
1971 1. Vj.	+ 6,3	−4,6	−2,0	−0,9	− 1,2	−1,3
2. Vj.	+ 8,2	−1,7	+2,2	+0,5	+ 9,2	+2,6
3. Vj.	− 2,5	−0,3	+4,0	−0,9	+ 0,3	+1,5
4. Vj.	+ 2,5	+2,0	−3,1	−0,4	+ 1,0	+4,1
1972 1. Vj.	+ 4,5	−5,2	−2,3	−0,6	− 3,6	−0,5
2. Vj.	+ 4,1	+1,2	−0,6	−1,0	+ 3,7	+4,0
3. Vj.	+10,7	+2,6	+3,3	−2,1	+14,5	+2,7
4. Vj.	− 2,4	+4,4	+0,7	+1,5	+ 4,2	+4,6
1973 1. Vj.	+20,4	−4,4	−3,5	−1,6	+10,9	+3,2
2. Vj.	+ 0,1	+0,1	−4,6	+0,8	− 3,6	−0,5
3. Vj.	+ 7,1	−3,3	+0,1	−2,8	+ 1,1	+0,4
4. Vj.	− 0,5	+6,4	+0,9	−1,6	+ 5,2	+4,0
1974 1. Vj.	− 2,8	−4,7	−0,3	−0,6	− 8,4	−3,9
2. Vj.	+ 5,4	−0,4	−3,7	+1,7	+ 3,0	+3,0
3. Vj.	− 6,5	−3,1	+9,3	−3,7	− 4,0	+1,0

[1]) Bargeldumlauf und Zentralbankguthaben der Banken.
[2]) Veränderung der Auslandsforderungen der Bundesbank unter Berücksichtigung des Ausgleichspostens zu anderen als transaktionsbedingten Veränderungen der Währungsreserven (hauptsächlich Zuteilung von IWF-Sonderziehungsrechten und Änderungen des DM-Wertes der Währungsreserven aufgrund von Paritätsänderungen).
[3]) Refinanzierung saldiert mit dem Bestand an Mibilisierungs- und Liquiditätspapieren im Besitz der Banken.
[4]) U. a. Änderungen im Bardepot und Offenmarkt-Transaktionen der Bundesbank mit Nichtbanken.
[5]) Bereinigt um den Effekt von Mindestreservesatzänderungen.

Quelle für Grundzahlen: Deutsche Bundesbank

vertretbar erachteten Reservezuwachses bei unveränderten Mindestreservesätzen benötigt. Die Mindestreservepolitik, die den Nachteil hat, daß sie diskriminierend wirkt — Erträge der über die Banken laufenden Geldvermögensbildung sind durch die Reservepflicht, soweit diese höher ist als eine ohnehin notwendige Reservehaltung der Kreditinstitute, gleichsam mit einer Sondersteuer belegt, verglichen mit den Erträgen aus anderen Formen des Geldkapitals und des Sachvermögens (JG 72 Ziffern 398 f.) — wäre nicht nötig, vorausgesetzt, die Entstehung von Zentralbankgeld könnte durch eine mengenorientierte Offenmarkt- und Refinanzierungspolitik vollständig beherrscht werden.

Es spricht kein überzeugender Grund dagegen, die Offenmarkt-Politik als Instrument der Mengenpolitik auszubauen. Sie könnte zwar der Zentralbank bei kontraktiver Offenmarkt-Politik, also bei einem Verkauf von Offenmarkt-Papieren, hohe Zinskosten verursachen, im Gegensatz zur Mindestreservepolitik, die ihre Wirkung durch administrative Verfügung erzielt. Eine Notenbank ist indes keine Institution, für die ein einzelwirtschaftliches Gewinnkalkül angemessen wäre. Daher kann es keinesfalls Aufgabe der Bundesbank sein, betriebswirtschaftliche Verluste um den Preis volkswirtschaftlicher Kosten, die bei administrativen Eingriffen unabsehbar sind, zu vermeiden. Aber selbst wenn man eine einzelwirtschaftliche Betrachtung wählt, so ist zu bedenken, daß es sich bei dem Zentralbankgeld, das die Bundesbank durch Verkauf von Offenmarkt-Papieren an sich zieht, um Geld handelt, das Ban-

ken und Nichtbanken früher gegen Hergabe verzinslicher Aktiva von der Bundesbank erworben haben. Schließlich verliert seit dem Übergang zum Block-Floating auch das Argument an Gewicht, die aus der mengenorientierten Offenmarkt-Politik resultierenden Ausschläge im Zinsniveau könnten wegen der Zinsreagibilität internationaler Kapitalströme die außenwirtschaftliche Absicherung der Politik erschweren. Gewiß ist die Masse an reinen Offenmarkt-Papieren in der Bundesrepublik noch verhältnismäßig klein; die Funktionsfähigkeit und Belastbarkeit des Kapitalmarktes als „offener Markt" ist von seiten der Bundesbank noch nicht ausgelotet. Dies ließe sich ändern — wenn auch nicht von heute auf morgen. Derweil müßte jedoch die Mindestreservepolitik ihre Funktion bei der Steuerung der monetären Expansion noch behalten.

385. Abgesehen von Änderungen der Mindestreservesätze können alle Instrumente der Bundesbankpolitik so eingesetzt werden, daß sie zusammen eine Offenmarkt-Politik aus einem Guß bilden. Ja, nur dann, wenn sie auf solche Weise eingesetzt werden, steuert die Bundesbank die Geldbasis konsequent, denn sämtliche Konditionen, zu denen Zentralbankgeld bereitgestellt wird, bilden dann eine Einheit. Das bedeutet, die Kosten der Refinanzierung der Kreditinstitute bei der Bundesbank müssen mit den Sätzen für Offenmarkt-Titel abgestimmt sein. Will die Bundesbank Zentralbankgeld an sich ziehen, so muß sie die Konditionen, zu welchen die Kreditinstitute Offenmarkt-Titel erwerben können, attraktiv machen. Sie muß zu diesem Zweck jeweils diejenigen Marktzinssätze schätzen, bei denen gerade die gewünschte Menge an Zentralbankgeld abgeschöpft wird.

Irrtümer bei der Schätzung der Zinsen könnten vermieden werden, wenn nicht die Zinsen, sondern die Menge der zu emittierenden Offenmarkt-Titel festgelegt wird, und diejenigen Käufer zum Zuge kommen, die die höchsten Zinsgebote abgeben (Tenderverfahren). Wenn der Satz für Offenmarkt-Titel als Orientierung für die Konditionen gilt, zu welchen die Notenbank auf dem Wege der Refinanzierung Zentralbankgeld abgibt, ist gewährleistet, daß der Mengeneffekt der Offenmarkt-Politik auch eintritt, und nicht durch einen Rückgriff der Banken auf ihre Refinanzierungsmöglichkeiten bei der Zentralbank unterlaufen wird.

Wenn die Notenbank durch Verkäufe von Offenmarkt-Titeln die Zentralbankgeldmenge reduziert und der Diskontsatz unmittelbar den (in diesem Fall steigenden) Marktzinsen folgt, dann ist es für die Banken nicht lohnend, durch Refinanzierung das abgeflossene Zentralbankgeld (oder auch nur einen Teil davon) zurückzuholen. Allgemein ausgedrückt: Die Unterschiede zwischen den einzelnen Möglichkeiten der Zentralbankgeldbeschaffung verschwinden, wenn für alle ein einheitlicher Preis gilt. Die Notenbank hat es in der Hand, durch Operationen auf dem offenen Markt die Höhe der Zentralbankgeldmenge zu bestimmen, auch ohne daß Plafonds (Kontingente) für einzelne Arten der Entstehung von Zentralbankgeld eingerichtet werden müßten.

386. Dienen die Rediskontkontingente nur dem Zweck, daß bei Irrtum über die richtige Höhe des Diskontsatzes keinesfalls mehr Wechsel eingereicht werden können, als die Mengenbeschränkung zuläßt, dann wirken sie wie ein Sicherheitsnetz und sind durchaus mit einem Konzept der Mengensteuerung vereinbar. Offene Rediskontkontingente (ebenso wie offene Lombardmöglichkeiten) stellen allerdings eine potentielle Reserve an Zentralbankgeld dar, deren Aktualisierung allein bei den Banken liegt. Genauso verhält es sich mit den Geldmarktpapieren, die in die Marktregulierung einbezogen sind. Auch sie können von den Banken jederzeit in aktuelles Zentralbankgeld umgewandelt werden. Solange die Bundesbank die offenen Rediskontkontingente und die Abgabesätze für Geldmarktpapiere mit Marktregulierung ständig so niedrig hält, daß die freien Liquiditätsreserven nur einen Betrag ausmachen, der andernfalls aus Gründen der Vorsicht (wegen der Pflicht zur Erfüllung des Mindestreservesolls und wegen der Bargeldabzüge der Nichtbanken) von den Banken in Form von Überschußreserven gehalten würde, bestehen auch in dieser Hinsicht keine Bedenken. Den Banken bleibt es dann nur erspart, die notwendige und deshalb zur Kreditexpansion nicht verwendbare Reserve in Form von unverzinslichen Überschußguthaben bei der Bundesbank halten zu müssen. Das erklärt auch, warum diese Überschußguthaben im Verhältnis zu den freien Liquiditätsreserven eine so untergeordnete Rolle spielen. In das Konzept paßt auch noch, wenn den Banken bei der Bildung freier Liquiditätsreserven ein etwas größerer Spielraum gelassen wird, damit die Bundesbank nicht eine zu große Last der Feinsteuerung der Zentralbankgeldmenge zu tragen hat. Worauf es ankommt: Die freien Liquiditätsreserven müssen stets auf eine Größenordnung beschränkt bleiben, die es der Bundesbank erlaubt, im Falle einer Umwandlung in Zentralbankgeld diesen Zuwachs durch andere Maßnahmen zu kompensieren. Andernfalls würde die Bundesbank die Expansion der Zentralbankgeldmenge und damit die monetäre Expansion nicht mehr dominieren.

387. Obwohl die Wahl der richtigen Höhe der von der Bundesbank vorzugebenden Zinssätze von erheblicher Bedeutung ist, weil damit bei gegebener Nachfrage die Zentralbankgeldmenge bestimmt wird, die tatsächlich entsteht oder verschwindet, ist es nicht Ziel der Geldpolitik, bestimmte Zinssätze am Markt zu erreichen oder zu halten. Soll die Bundesbank die Zentralbankgeldmenge steuern, kann und darf sie nicht gleichzeitig über die Höhe der Zinssätze in der Wirtschaft befinden wollen. Niveau und Struktur der Zinsen ergeben sich vielmehr aus dem Zusammenwirken des Angebots an Zentralbankgeld und der Nachfrage von Banken und Nichtbanken an allen monetären Märkten (JG 73 Ziffer 171). Die Zinssätze sind also Resultante aus dem von der Bundesbank beeinflußten Angebot von Geld und aus den autonomen Entscheidungen der Banken und Nichtbanken über die Nachfrage nach Geld. Ein Sinken wie ein Steigen des Zinses wegen rückläufiger oder zunehmender Nachfrage nach Geld

muß hingenommen werden. Für sich betrachtet zeigt ein sinkender Zins ebensowenig eine Lockerung der Geldpolitik an wie ein steigender Zins eine Verschärfung des Restriktionskurses bedeutet. Das alles schließt nicht aus, daß die Notenbank bei unerwünschten Ausschlägen einzelner Zinssätze die Zinsstruktur durch gegenläufige Geschäfte mit Papieren unterschiedlicher Fristigkeit zu beeinflussen sucht. Das Zinsniveau ist jedenfalls keine Größe, an der Stärke und Wirkungsrichtung der Geldpolitik abgelesen werden könnten; es kann deshalb auch als sinnvolle Steuergröße nicht in Betracht kommen.

Stabilisierungspolitische Grenzen der mengenorientierten Geldpolitik

388. Das angestrebte Ergebnis einer mengenorientierten Geldpolitik kann auf verschiedene Weise beeinträchtigt werden. Eine Steuerung der Geldbasis garantiert noch nicht, daß auch die Höhe der gesamtwirtschaftlichen Ausgaben vollständig beherrscht wird. Änderungen des Geldangebots werden über eine ganze Kette von Preis- und Mengenreaktionen auf Finanz- und Gütermärkten in Änderungen der gesamtwirtschaftlichen Ausgaben transformiert. Die Substitionsbeziehungen der einzelnen Märkte untereinander sind nicht konstant. Dies schlägt sich in Änderungen der Relation von Gesamtausgaben zu Geldbasis nieder. Eine systematische Bewegung scheint von daher zu kommen, daß die Wirtschaftseinheiten sich den Konsequenzen einer mengenorientierten Geldpolitik dadurch zu entziehen versuchen, daß sie ihre Kassenhaltung mehr oder weniger stark rationalisieren, also die Nutzung ihres Geldvermögens ändern (Ziffer 181).

389. Selbstverständlich darf nicht erwartet werden, daß eine mittelfristig ausgerichtete Zentralbankgeldsteuerung alle Flexibilität in denjenigen Relationen beseitigt, welche für das Durchwirken monetärer Impulse sorgen. Aber würden Ausschläge im Zuwachs der Zentralbankgeldmenge weitgehend unterbunden, so wäre die Hoffnung begründet, gesamtwirtschatflich bessere Ergebnisse zu erzielen. Hat sich die Wirtschaft an eine verstetigte Geldversorgung gewöhnt, so befindet sie sich, in bezug auf die monetären Bedingungen, im Gleichgewicht. Der private Sektor hat dann das zur Geldversorgung passende System relativer Preise und die zugehörige Höhe der Gesamtausgaben gefunden. Konjunkturell bedeutsam ist dann nur ein Abweichen der tatsächlichen Geldversorgung vom mittelfristigen Pfad. Schwankungen im Zuwachs der Gesamtausgaben und im Auslastungsgrad des Produktionspotentials, welche durch das Abweichen der tatsächlichen von der gleichsam konjunkturneutralen Geldversorgung hervorgerufen werden, hat dann die Geldpolitik zu verantworten.

390. Auch wenn die monetäre Politik eine gleichmäßige Geldversorgung gewährleisten würde, könnten einmalige oder wiederkehrende Schwankungen in der Zunahme der Gesamtausgaben oder im Preisniveau, mit der Folge ungünstiger Preis-Mengen-Kombinationen, nicht mit Sicherheit ausgeschlossen werden. Die Geldpolitik sollte dem Grundsatz nach solchen Schwankungen gegenüber gleichmütig sein. In jedem Fall kann sie dies, wenn stabilitätswidriges Verhalten des Staates oder der autonomen Gruppen dafür verantwortlich ist (Ziffer 391). Ein etwas modifiziertes Urteil gilt, wenn Störungen von seiten des Auslandes auftreten (Ziffer 393). Allerdings könnten auch von keinem Politikbereich zu verantwortende Veränderungen im Ausgabenverhalten der Unternehmen und Privaten, die sich in der Neigung zur Kassenhaltung niederschlagen, zu einmaligen oder zyklischen Veränderungen in der Beschäftigung und im Auslastungsgrad des Produktionspotentials führen. Um solchen Problemen Rechnung zu tragen, kann es angebracht sein, im Rahmen einer Marge die Geldpolitik mäßig antizyklisch zu gestalten. Wie groß diese Marge sein darf, muß die Erfahrung lehren. Zurückhaltung ist in jedem Falle geboten, denn stets besteht die Gefahr, daß Veränderungen im Zuwachs der Geldbasis unerwünschte Preis- oder Mengenreaktionen erzeugen können.

391. Störungen können durch stabilitätswidriges Verhalten des Staates auftreten. Dabei ist wohlgemerkt nicht an die Wirkungen von Aktionen des Staates gedacht, wie sie etwa durch die Bildung oder Auflösung von Guthaben oder Konjunkturausgleichsrücklagen bei der Bundesbank oder durch die Inanspruchnahme oder Rückzahlung von Kassenkrediten entstehen; eine mit derartigen Handlungen des Staates verbundene Geldbasisveränderung kann von der Bundesbank, soweit sie nicht ohnehin erwünscht ist, durch Einsatz ihres Instrumentariums kompensiert werden (Ziffer 399). Worum es hier geht, sind insbesondere solche Veränderungen der dem finanzpolitischen Einfluß unterliegenden Größen, die — auch bei Kompensation eventuell damit verbundener Veränderungen der Geldbasis durch die Notenbank — inflatorische Wirkungen haben, wie eine erhebliche und plötzliche Anhebung des Niveaus der Ansprüche des Staates an das Produktionspotential. Solche Störungen von seiten des Staates geben keinen Anlaß, von der mittelfristigen Orientierung der Zentralbankgeldsteuerung abzuweichen [1]).

[1]) Anders zu beurteilen sind Veränderungen von Steuern auf den Verbrauch oder in der Wirkung ähnliche Maßnahmen. Mit ihnen wird insbesondere das reale Austauschverhältnis zwischen Gütern und den Produktionsfaktoren einschließlich Übernahme von Risiko beeinflußt. Damit verändert sich auch die Relation von Güterpreisen einerseits und Löhnen und Gewinnen andererseits. Wollte man etwa die Überwälzung der Mehrwertsteuer auf die Preise nicht zulassen, so müßten Löhne und Gewinne kompensatorisch sinken. Dies ist in der Regel ohne Druck auf die Beschäftigung schwer möglich. Es ist deshalb auch schon in der Vergangenheit die unmittelbare Wirkung der Mehrwertsteuer auf das Preisniveau hingenommen worden (JG 66 Ziffern 303 ff.). Will man dies auch in Zukunft, so muß die Notenbank den durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuersätze hervorgerufenen Einmaleffekt des Anstiegs des gesamtwirtschaftlichen Ausgabenniveaus auch finanzieren.

Die Frage, wie eine konjunkturgerechte Finanzpolitik auszusehen habe, wenn der Geldpolitik die Aufgabe der Konjunktursteuerung nicht oder nicht allein überlassen werden kann, bleibt hiervon unberührt.

392. Ähnliche Probleme wirft für die Geldpolitik ein stabilitätswidriges Verhalten der autonomen Gruppen auf (Ziffern 431 ff.). Fordern die Arbeitnehmer Einkommenssteigerungen, die mit Vollbeschäftigung bei Preisniveaustabilität nicht erreichbar sind, und gestehen ihnen die Arbeitgeber solche Einkommenssteigerungen zu, so entsteht auf kurze Sicht ein Zielkonflikt. Beschäftigungswirkungen treten zwar nicht sofort ein, sie mögen deshalb bei Tarifabschlüssen nicht antizipiert werden. Bei konsequenter Geldpolitik wird aber der Konflikt auf jeden Fall zu Lasten der Beschäftigung gehen.

393. Schließlich gibt es auch Einflüsse vom Ausland, die die Ergebnisse einer mengenorientierten Geldpolitik beeinträchtigen können. Es ist hier weniger an mögliche Devisenzuflüsse aus dem Floating-Block bei Erreichen des oberen Interventionspunktes gedacht, die, für sich genommen, die Geldbasis vergrößern, und auch nicht an außenwirtschaftliche Störungen, die sich aus dem internationalen Konjunkturverbund ergeben mögen. Gedacht ist vielmehr an eine Inflationsübertragung, die sich aus einer starken Verschlechterung der Terms of Trade ergeben mag, wie jetzt durch die Preissteigerungen für Rohöl und andere Rohstoffe, oder weil eine Beschleunigung der Inflation im Ausland grobe Verzerrungen in der Preisstruktur mit sich bringt. Zwar braucht das Preisniveau in solchen Fällen nicht unbedingt zu steigen. Es müßte dann an anderer Stelle zu kompensierenden Preissenkungen kommen. Möglicherweise würde jedoch eine konsequente mengenorientierte Geldpolitik, die im Falle größerer Veränderungen der Preisrelationen ein Ansteigen des Preisniveaus nicht finanziert, dazu führen, daß Unterbeschäftigung entsteht. Soweit die ausländische Wirtschaftspolitik ein vom Inland her unbeeinflußbares Datum ist, hat die Geldpolitik dann nur die Wahl, entweder die geschilderten Nachteile in Kauf zu nehmen oder den inflatorischen Impulsen aus dem Ausland durch Bereitstellung zusätzlichen Zentralbankgeldes gerade soweit nachzugeben, daß diese Nachteile nicht entstehen.

Konjunkturneutrale und konjunkturgerechte Geldpolitik

394. Gälte es, ein bereits stabiles Preisniveau aufrecht zu erhalten, so hätte die Rate der monetären Expansion dem mittelfristigen Wachstum des Produktionspotentials zu entsprechen (möglicherweise korrigiert um trendmäßige Veränderungen in der Relation von Gesamtausgaben zu Geldbasis). Hält man einen ständigen geringen Anstieg des Preisniveaus für unvermeidlich, so käme diese Anstiegsrate hinzu. Wir nennen eine Geldpolitik konjunkturneutral, wenn sie bewirkt, daß die Geldbasis mit einer Rate ansteigt, die dem Wachstum des Produktionspotentials zuzüglich der dauerhaft als unvermeidlich anzubahnenden Inflationsrate entspricht. Die Steuerung der Geldbasis wäre konjunkturgerecht, wenn die Rate der Geldbasisexpansion innerhalb einer engen Marge mäßig antizyklisch von der konjunkturneutralen Rate abwiche.

Befindet sich die Wirtschaft in dem Sinne über längere Zeit im Gleichgewicht, daß bei konjunkturgerechter Geldpolitik und Finanzpolitik die Auslastung des Produktionspotentials nur wenig um ihr Optimum schwankt, so sind die Ziele der Preisniveaustabilität und Vollbeschäftigung gleichzeitig und dauerhaft erreicht.

395. Gilt es aber, erst von einer noch hohen Inflationsrate auf eine Rate herunterzukommen, mit der man sich langfristig abzufinden bereit ist, dann reicht die für Preisniveaustabilität aufgestellte Regel einer konjunkturneutralen Geldpolitik nicht aus. Im Vordergrund steht jetzt das Ziel der Rückgewinnung von Preisniveaustabilität. Das Hauptziel der Geldpolitik besteht also darin, die Inflationsrate Jahr für Jahr um einen spürbaren Betrag herabzudrücken. Dies kann schneller, aber auch langsamer geschehen. Konjunkturgerecht, genauer stabilisierungsgerecht wäre die Zulassung derjenigen Ausgabenexpansion, bei der unter der Annahme einer stabilisierungskonformen Lohnpolitik und eines konjunkturgerechten Verhaltens des Staates unter der Nebenbedingung einer sinkenden Inflationsrate, der Beschäftigungsstand am höchsten ist.

Zusammenfassung

396. Die von flexiblen Wechselkursen flankierte Geldpolitik ist ein äußerst kraftvolles Instrument. Da die Bundesbank die Zentralbankgeldmenge steuern kann und die Entwicklung der Zentralbankgeldmenge die monetäre Expansion dominiert und da Inflation ohne eine über das Wachstum des Produktionspotentials hinausgehende monetäre Expansion dauerhaft unmöglich ist, kann die Geldpolitik einen angestrebten oder für zulässig erachteten Anstieg des Preisniveaus durchsetzen, wenn auch ein hinreichend gesicherter Zusammenhang zwischen Geldmenge und Inflation nur auf mittlere Sicht besteht. Es liegt deshalb auf der Hand, daß die Geldpolitik das geeignete Instrument zur Stabilisierung des Preisniveaus ist. Zwar haben Veränderungen in der Zuwachsrate der Zentralbankgeldmenge auch Auswirkungen auf die Produktionsmengen. Da aber Ausmaß und Verzögerung der Wirkung von Veränderungen der Geldbasis nicht nur von deren Dosierung sondern vermutlich auch davon abhängen, in welchem Zeitpunkt eines konjunkturellen Aufschwungs oder Abschwungs diese vorgenommen werden und auch davon, welches die Ursachen der konjunkturellen Bewegung sind, ist antizyklische Geldpolitik zumindest so lange noch mit erheblichen Gefahren der Fehlsteuerung behaftet, wie man die kurzfristigen Wirkungen monetärer Impulse auf das Verhalten der realen und monetären Größen im konkreten Fall nicht genauer vorherzusagen vermag.

Allenfalls läßt sich eine gemäßigt antizyklische Steuerung der Geldbasis vertreten, welche auf Schwankungen in der Ausgabenneigung der Wirtschaft zu reagieren hätte, die von keinem Politikbereich zu verantworten sind. Die Zuwachsraten der Zentralbankgeldmenge dürfen dann im Rahmen einer Marge etwas größer oder etwas geringer sein als die des Trends. Im übrigen spricht alles dafür, daß die Geldpolitik ihr vielfältiges Instrumentarium ganz überwiegend dazu verwendet, die Geldbasis stetig ansteigen zu lassen.

Eine einmalige Niveauverschiebung an der Geldbasis wäre nur in bestimmten Ausnahmefällen gerechtfertigt. Stabilitätswidriges Verhalten des Staates oder der autonomen Gruppen darf nicht zum Anlaß genommen werden, mehr Zentralbankgeld zur Verfügung zu stellen, als es die Regel für eine konjunkturneutrale Geldpolitik erlaubt. Ließe sich die Bundesbank darauf ein, so gäbe sie die Herrschaft über das Geld, die sie durch die Freigabe der Wechselkurse gewonnen hat, weitgehend an die Tarifvertragsparteien und an die öffentlichen Haushalte ab.

III. Finanzpolitik

397. Die stabilitätspolitische Rolle der Finanzpolitik muß in ihrem Spannungsverhältnis zu den anderen Aufgaben der öffentlichen Finanzwirtschaft gesehen werden: nämlich der Bereitstellung von Leistungen, die über den Markt nicht oder nur in unzureichender Weise angeboten werden können, sowie einer Korrektur der sich aus dem Marktprozeß ergebenden Einkommensverteilung. Der stabilitätspolitische Auftrag, der aus der nationalökonomischen Auswertung der großen Wirtschaftskrisen früherer Jahrzehnte entstanden ist und im Mittelpunkt des herkömmlichen Konzepts der Globalsteuerung steht, verlangt eine dem zyklischen Konjunkturverlauf entgegengesetzte und insoweit antizyklische Variation der Staatstätigkeit.

Es gehört nicht nur in der Bundesrepublik zu den enttäuschenden Erfahrungen der beiden vergangenen Jahrzehnte, daß sich — angesichts des starken politischen Drängens, das hinter den Staatsaufgaben steht — dieser Auftrag nur schwer verwirklichen läßt. Wenn sich die Finanzpolitik so häufig als überfordert erwies, so lag das außer an der hohen Ausgabenneigung des Staates selbst vor allem daran, daß seit langem die konjunkturelle Entwicklung eher zur Übernachfrage als zur Unterbeschäftigung tendiert. Galt die Sorge der frühen Nachkriegsjahre vor allem einer zu geringen Nachfrage, so sieht sich der Staat seither häufiger aufgefordert, durch Zurückhaltung bei den eigenen Aufgaben einen Ausgleich für überschäumende private Nachfrage zu schaffen, als eine private Ausgabenlücke zu füllen; er kommt daher verhältnismäßig selten in die Lage, die Erfüllung drängender öffentlicher Aufgaben auch einmal beschleunigt voranzutreiben. Außerdem hat sich zumindest de facto erwiesen, daß der Spielraum für eine antizyklische Variation sowohl bei den Ausgaben als auch bei den Steuereinnahmen so stark auf Teilbereiche des Haushalts begrenzt ist, daß das Konzept der Globalsteuerung auch von da her in Frage gestellt war.

398. Der Sachverständigenrat ist seit langem der Auffassung, daß schon aus Gründen dieses Zielkonflikts, dem die öffentlichen Haushalte in der Vergangenheit selten gewachsen waren, aber auch um der Möglichkeit einer stetigen Erfüllung der anderen öffentlichen Aufgaben willen, die Rolle der Finanzpolitik im Konzept der Globalsteuerung weniger anspruchsvoll formuliert werden sollte, diese Rolle dann aber auch konsequenter als bisher auszufüllen wäre. Die Herstellung von außenwirtschaftlichen Bedingungen, die eine wirksame Geldpolitik erlauben, lassen es jetzt als realistisch erscheinen, eine solche Beschränkung und zugleich Härtung der stabilitätspolitischen Ansprüche an die Finanzpolitik vorzunehmen. Es erweist sich, daß in der Hochkonjunktur die Finanzpolitik von der Aufgabe, antizyklisch zu handeln, weitgehend entlastet werden kann, ja daß es unter Bedingungen eines unelastischen Geldangebots sogar unzweckmäßig sein kann, ihr diese Aufgabe zu stellen.

Die Abgrenzung von der monetären Politik

399. Eine Besinnung auf die stabilitätspolitischen Möglichkeiten der Finanzpolitik muß von den gesamtwirtschaftlichen Wirkungen finanzpolitischer Impulse ausgehen. Zuvor sollte jedoch deren Abgrenzung von den Impulsen der monetären Politik klar sein. Wir schlagen vor,

- Geldpolitik im Hinblick auf ihre Verantwortung für die Versorgung der Wirtschaft mit Geld, namentlich die Verantwortung für die Expansion der Geldbasis,
- Finanzpolitik im Hinblick auf ihre Verantwortung für das Volumen und die Struktur der öffentlichen Ausgaben sowie die öffentlichen Einnahmenregelungen

zu definieren.

Wer die Geldpolitik nicht nur als Tun, sondern auch als Unterlassen der für sie zuständigen Instanzen definiert hat, muß diesem Vorschlag folgen. Wer dem folgt, muß von der verbreiteten Übung ablassen, die vielfältigen monetären Teilimpulse, die mit finanzpolitischen Maßnahmen verbunden sein können, zur Finanzpolitik zu zählen. Monetäre Teilimpulse der Finanzpolitik, etwa die Stillegung öffentlicher Einnahmen bei der Zentralbank, sind für eine Geldpolitik, die die Geldbasis zu steuern hat, als Marktfaktoren anzusehen wie andere Marktfaktoren auch, etwa die Refinanzierung von Handelswechseln bei gegebenen Konditionen; sie hat sie zu kompensieren, zuzulassen oder auch zu verstärken — je nachdem, was die konjunkturelle Si-

tuation gerade verlangt [1]). Jede dieser Entscheidungen — Kompensieren, Zulassen, Verstärken — läßt also die Verantwortung der Finanzpolitik für den Teilimpuls in der Verantwortung der Geldpolitik für die monetäre Gesamtgröße aufgehen, deren Veränderung allein wirkungs-analytische Bedeutung hat.

Um ein Beispiel zu geben: Die selbstauferlegte Pflicht des Staates, einen Teil der Steuereinnahmen bei der Notenbank stillzulegen, kann durchaus die Bedeutung haben, den Spielraum für öffentliche Ausgaben einzuengen. Allein in der Ausgabensenkung wäre dann der finanzpolitische Impuls zu sehen, nicht auch in der Vernichtung von Zentralbankgeld. Diese stünde vielmehr unter dem Vorbehalt einer allfälligen Korrektur durch entgegengesetzt wirkende Maßnahmen der monetären Politik und wäre daher dieser zuzurechnen.

Zur Wirkungsanalyse konjunktureller Impulse der Finanzpolitik

400. Die stabilitätspolitische Bedeutung der öffentlichen Haushalte liegt in ihren unmittelbaren und mittelbaren Wirkungen auf die Auslastung des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials und auf das Preisniveau. Sie kann ausnahmsweise auch im Abfangen unerwünschter struktureller Wirkungen liegen, die mit der monetären Politik unter Umständen verbunden sind — so wenn diese aus Gründen der Inflationsbekämpfung stärker, als es gemeinhin (im Rahmen einer engen Marge) der Fall sein soll, von einer am Produktionspotential orientierten Expansion der Geldbasis abweichen muß (Ziffer 422).

Auf die Auslastung des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials und das Preisniveau hat die Finanzpolitik Einfluß durch

— Einwirkungen auf das Niveau der gesamtwirtschaftlich geltend gemachten Ansprüche an das Produktionspotential sowie

— Einwirkungen auf die Struktur der Ansprüche an das Produktionspotential, indem sie

  — den Anteil des Staates an der Inanspruchnahme des Produktionspotentials zu Lasten oder zugunsten der privaten Ansprüche verändert,

  — die Struktur der öffentlichen Ansprüche an das Produktionspotential verändert oder

  — auf die Struktur der privaten Ansprüche an das Produktionspotential einwirkt.

401. Eine Änderung des Niveaus der gesamtwirtschaftlich geltend gemachten Ansprüche an das Produktionspotential, zum Beispiel eine Erhöhung, bewirkt der Staat unmittelbar oder mittelbar durch seine Ausgaben, wenn er selbst mehr Güter kauft als bisher oder mehr Faktorleistungen beansprucht, etwa von Arbeitskräften, oder wenn er durch Einkommens- oder Vermögensübertragungen andere in den Stand setzt oder anregt, ihrerseits höhere Ansprüche geltend zu machen. Die Einwirkung auf das Niveau der gesamtwirtschaftlich geltend gemachten Ansprüche kann auch von Änderungen in den Einnahmenregelungen des Staates, namentlich von Änderungen der Steuergesetze, ausgehen, durch die der Staat das „Vermögen" der Privaten beeinflußt, Einkommen zu erzielen und zu behalten oder in bestimmter Weise zu verwenden.

Änderungen im Niveau der Ansprüche an das Produktionspotential dürften regelmäßig auch mit einer — geplanten oder ungeplanten, oft auch unmerklichen — Änderung in der Struktur der Ansprüche verbunden sein. Denn die unter Ziffer 400 genannten Einwirkungen auf die Struktur von privaten und staatlichen Ansprüchen sowie auf den Anteil der staatlichen verglichen mit den privaten Ansprüchen können im Prinzip von jeder finanzpolitischen Maßnahme ausgehen. Die folgenden Überlegungen knüpfen jedoch durchweg an der primären Einwirkung auf das Niveau der gesamtwirtschaftlich geltend gemachten Ansprüche an. Sie nennen wir den konjunkturellen Impuls der Maßnahme. [1]) Die Primärwirkung, der Impuls, besteht also bei der staatlichen Nachfrage von Gütern oder Faktorleistungen in einem unmittelbaren Anspruch an das Produktionspotential, bei den Einkommens- und Vermögensübertragungen sowie den Steuern zunächst unmittelbar in der oben bezeichneten „Vermögens"-Wirkung, erst mittelbar in einer Einwirkung auf die Ansprüche an das Produktionspotential.

Die Bedeutung fiskalischer Maßnahmen sowohl im Hinblick auf das Niveau wie auch auf die Struktur der Ansprüche an das Produktionspotential bleibt nicht auf die Primärwirkungen beschränkt. Aus den Primärwirkungen ergeben sich Änderungen in der wirtschaftlichen Situation Dritter, die nun ihrerseits ihre Ausgabenpläne ändern — und so fort. Dabei ist nicht sicher, daß die Fernwirkungen im einzelnen oder auch in ihrer Gesamtheit in die gleiche Richtung gehen wie die Wirkungen der fiskalischen Impulse, die am Anfang der Wirkungskette standen (Ziffer 414).

402. Wenn der Staat erhöhte Ansprüche an das Produktionspotential stellt, ohne zugleich durch verschärfte steuerliche Einnahmenregelungen private Ansprüche zurückzudrängen, ist noch nicht ausgemacht, daß diese Ansprüche auch real durchgesetzt werden. Es kann vielmehr auch zu einer Erhöhung des Preisniveaus kommen, so daß die erhöhten Ansprüche ganz oder teilweise inflatorisch verpuffen. Die Art und die Aufteilung der Wirkungen hängt ab

— von der konjunkturellen Situation (Ziffern 403 f.),

— von der Elastizität des monetären Systems, das heißt von der Strenge oder der Nachgiebigkeit

[1]) Eine solche Abgrenzung der Geldpolitik und Finanzpolitik schließt nicht aus, daß sich die Verantwortungsbereiche der einzelnen Institutionen überschneiden, so etwa beim Bundesfinanzminister; sie schließt jedoch Konfusion in der Wirkungsanlayse aus.

[1]) Um Mißverständnisse zu vermeiden, sprechen wir nicht mehr vom „konjunkturellen Effekt".

der Geldpolitik gegenüber der Geldnachfrage und von den Möglichkeiten und der Neigung in der Wirtschaft, zeitweise mit einer verminderten Kassenhaltung auszukommen (Ziffer 404), sowie

— von der Anpassungsfähigkeit der Märkte (Ziffer 405).

Aber auch wenn zusätzliche steuerliche Einnahmenregelungen getroffen werden, die private Ansprüche an das Produktionspotential zurückdrängen sollen, bleibt zu prüfen, in welchem Umfang dies tatsächlich erhöhte staatliche Ansprüche kompensiert (Ziffer 406).

403. Sind allenthalben Teile des Produktionspotentials ungenutzt, das heißt, werden in einer Situation der Unterbeschäftigung Güter und Dienste bei gegebenen Preisen reichlich angeboten, so kann es sein, daß die Wirkung erhöhter kreditfinanzierter Ausgaben allein in einer höheren Auslastung des Produktionspotentials besteht. Treffen allerdings die erhöhten Ansprüche, die der Staat geltend macht oder bei anderen bewirkt, in einer Situation der Vollbeschäftigung auf ein unelastisches Angebot, so werden zunächst in denjenigen Bereichen, auf die die zusätzliche Nachfrage trifft, die Preise steigen; die Preise auf anderen Märkten werden folgen.

Selbst wenn eine Umlenkung des Angebots in Gang kommen sollte, und selbst wenn an einzelnen Märkten die Preise sogar sinken, weil die anderswo gestiegenen Preise soviel Kaufkraft absorbieren, daß diese nun hier fehlt — eine Erhöhung des Niveaus der Preise wird unvermeidlich sein, es sei denn, wegen der Kreditnachfrage des Staates wird eine Reduktion privater Ausgabenentscheidungen bewirkt, die mindestens dem Mehr an staatlich bestimmter Nachfrage entspricht.

404. Eine solche kompensatorische Reduktion privater Ausgaben kann sich ergeben, wenn zu den Gütern, die bei vermehrter Nachfrage nicht vermehrt angeboten werden, das Geld gehört. Macht der Staat durch erhöhte Ausgaben zusätzliche Ansprüche an das Produktionspotential unmittelbar oder mittelbar geltend und finanziert er diese Ausgaben nicht durch zusätzliche Steuereinnahmen — derart, daß andere Ansprüche der Privaten an das Produktionspotential entsprechend der Mehrbeanspruchung durch den Staat zurückgedrängt werden —, so muß er sich an den Kreditmärkten verschulden. Wegen der vermehrten Kreditnachfrage des Staates könnten bei ausreichend unelastischem Geldangebot die Zinssätze so stark steigen, daß genügend andere Geldnachfrager zurückzustehen bereit sind und in dem erforderlichen Umfang — zumindest vorläufig — von ihren Ausgabeplänen ablassen. Was zunächst auf eine Erhöhung des Niveaus der Ansprüche an das Produktionspotential hinauszulaufen scheint (Primärwirkung), würde auf diese Weise lediglich zu einer Änderung der Struktur der Ansprüche führen. Das Preisniveau brauchte trotz Vollbeschäftigung und trotz erhöhter staatlicher Ansprüche nicht zu steigen (Gesamtwirkung).

405. Die Elastizität des monetären Systems könnte allerdings auch in der Anpassungsfähigkeit bei der Kassenhaltung liegen (Ziffer 181). Doch selbst wenn auch dies nicht der Fall ist, muß sich der beschriebene Prozeß nicht reibungslos vollziehen, und zwar selbst dann nicht, wenn es tatsächlich zu der kompensatorischen, zinsbedingten Mindernachfrage der Privaten kommt. Aus den expansiven Impulsen der Finanzpolitik kann nämlich auch eine Wirkungskombination entstehen, in der steigendes Preisniveau mit sinkendem Beschäftigungsstand verbunden ist. Dies muß zum Beispiel dann erwartet werden, wenn die erhöhten staatlichen und die verminderten privaten Ansprüche an das Produktionspotential zusammen zu einer Änderung der Struktur der Ansprüche an das Produktionspotential führen, an die sich die Struktur des gesamtwirtschaftlichen Angebots nicht ohne einigen Zeitbedarf anpassen kann. Zumindest vorübergehend würden in diesem Falle die Preiserhöhungen in den nachfragebegünstigten Bereichen die Preissenkungen in den benachteiligten Bereichen überwiegen, während sich zugleich — friktionsbedingt — ein Teil der Ressourcen der Volkswirtschaft im Zustand der Reorganisation befände und damit unbeschäftigt bliebe. In einer wachsenden Wirtschaft ist dies ein Ausnahmefall. Mängel in der Preisflexibilität, etwa aufgrund vermachteter Märkte, könnten diesen Schwierigkeiten jedoch schon bei geringeren Herausforderungen Gewicht geben.

Eine Geldpolitik, die das Geldangebot festhält, kann zwar verhindern, daß die gesamtwirtschaftliche Ausgabenexpansion, also der Zuwachs des nominalen Bruttosozialprodukts, erheblich und dauerhaft über ein angestrebtes Maß hinausgeht. Sie kann jedoch — vor allem kurzfristig — nicht sicherstellen, daß der finanzielle Spielraum vor allem für zusätzliche Produktion und kaum für eine Erhöhung des Preisniveaus genutzt wird. Die Aufteilung der Wirkungen wird ungünstig sein, wenn die Funktionsfähigkeit der Märkte (einschließlich des Arbeitsmarktes) gestört ist oder wenn die Anpassungsfähigkeit des Marktsystems durch abrupte Änderungen der Nachfragestruktur überfordert wird.

Im Prinzip sind es solche Schwierigkeiten, die jede merkliche Strukturänderung in der Volkswirtschaft zu einer Belastung der Stabilitätspolitik werden lassen können, wenn sich daraus vorübergehend güterwirtschaftliche Friktionen bei erheblichen Änderungen der relativen Preise ergeben.

406. Dies gilt nicht zuletzt für größere finanzpolitische Reformprogramme, und zwar selbst dann, wenn sie von vornherein nicht auf eine Änderung des Niveaus der Ansprüche an das Produktionspotential, sondern ausschließlich auf eine Änderung der Struktur dieser Ansprüche angelegt sind. Im Verhältnis von Staat zu Privaten ist ein solcher Fall dann gegeben, wenn der Staat wegen neuer öffentlicher Aufgaben seinen Anteil an der Inanspruchnahme des Produktionspotentials erhöhen will und zugleich seinen Bürgern — verbunden mit Hinweisen auf die Verwendung — in entsprechendem Umfange zusätzliche Steuern abverlangt, also im

Grundsatz eine stabilitätskonforme Finanzierung der zusätzlichen Ausgaben vorsieht.

Es ist nämlich nicht gewährleistet, daß die Bürger eine erhöhte Steuerbelastung und die damit ihnen angesonnene Einschränkung im privaten Verbrauch ohne weiteres akzeptieren. Abgesehen davon, daß sie kurzfristig mit vermindertem Sparen reagieren können, werden sie, namentlich wenn sie Marktmacht haben, versuchen, die erhöhte Steuerbelastung in ihren Preisen zu überwälzen. Das kann sich auf den Gütermärkten abspielen; es kann auch der Arbeitsmarkt sein. Stabilitätspolitisch besonders bedeutsam ist es etwa, wenn der größte Teil der Bürger so verfährt, diese also als Arbeitnehmer ihre organisierte Marktmacht nutzen, um den für sie zentralen Preis, den Nettolohn, zu verteidigen (Ziffer 344).

Die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik seit dem Jahre 1969 muß man nicht zuletzt von da her sehen. In dieser Zeit haben der Staat und die Arbeitnehmer zugleich ihren Anteil an der Inanspruchnahme des Produktionspotentials zu erhöhen versucht — der Staat im Zeichen der inneren Reformen, die Arbeitnehmer im Zeichen des Kampfes um eine verbesserte Einkommensverteilung. Der Staat war in der strategisch ungünstigeren Position, da er gleichzeitig die Verantwortung für die gesamtwirtschaftliche Stabilität zu tragen hatte; so unterlag er in dieser Konkurrenz. Die volkswirtschaftliche Steuerquote konnte er zwar erhöhen, doch die großen Mehreinnahmen reichten zu nicht viel mehr, als notwendig war, die Einkommenswünsche desjenigen Teils der im Verteilungskampf mobilisierten Arbeitnehmer zu befriedigen, den er selbst beschäftigt.

407. Einer erhöhten Besteuerung rechnen wir entsprechend der unter Ziffer 399 vorgenommenen Abgrenzung primäre Wirkungen auf die gesamtwirtschaftlich geltend gemachten Ansprüche an das Produktionspotential zu, nicht auch einer erhöhten Kreditaufnahme. (Die Wirkungen einer Kreditaufnahme zählen also zu den Sekundärwirkungen der Ausgabenerhöhung, zu deren Finanzierung sie dienen.) Warum steuerlich finanzierte Staatsausgaben anders zu behandeln sind als kreditfinanzierte, ist zu begründen. Unter den Bedingungen einer wirksamen Geldpolitik sind die Unterschiede sicherlich geringer, als gemeinhin angenommen wird. Unzutreffend wäre es jedoch, wollte man die nachfrageeindämmenden — und damit volkswirtschaftliche Ressourcen freisetzenden — Wirkungen einer vermehrten Kreditnachfrage des Staates denen einer Steuererhöhung von entsprechender Größe gleichsetzen.

a) Steuern sind in der Regel auf Dauer angelegt und beeinträchtigen das „Vermögen" der Privaten, Einkommen zu erzielen, zu behalten oder in bestimmter Weise zu verwenden. Die Volkswirtschaft ist an sie angepaßt oder muß sich — möglicherweise verzögert — an sie anpassen. Anders beim Staatskredit: Tritt an die Stelle von Steuererhöhungen eine Erweiterung der staatlichen Verschuldung, dann wird zwar ebenfalls Kaufkraft absorbiert und insoweit private Nachfrage eingedämmt. Aber wegen der geringeren Wirkungsbreite (siehe b) und auch wegen besserer Ausweichmöglichkeiten der Privaten (siehe c) ist hier ein geringerer Verdrängungseffekt zu vermuten als bei einer Finanzierung über Steuern — zumindest hat man mit einem längeren Zeitbedarf für die Anpassung zu rechnen. Der Unterschied zwischen staatlicher Verschuldung und Steuern wird noch deutlicher, wenn man Veränderungen in der staatlichen Kreditaufnahme aufgrund einer unstetigen Ausgabenerhöhung des Staates unterstellt. Die damit einhergehenden Schwankungen in den Zinssätzen beeinflussen nur die Ausgabenentscheidungen derjenigen, bei denen der Zinsvorteil ins Gewicht fällt, der mit einer zeitlichen Verschiebung von Ausgaben verbunden ist. Konjunkturpolitisch motivierte Steueränderungen, die nur auf bestimmte Zeit gelten, ähneln hierin einer vorübergehenden Kreditaufnahme des Staates.

b) Die allgemeinen Steuern auf das Einkommen und den privaten Verbrauch und auch die fiskalisch ergiebigen Spezialakzisen haben eine große Wirkungsbreite; sie sichern daher breitgestreute Verdrängungswirkungen. Auch Änderungen werfen hier zumeist keine gravierenden Probleme der Strukturanpassung auf — jedenfalls dann nicht, wenn sie sich in kleinen Schritten vollziehen, die Anpassungsfähigkeit des Marktsystems also nicht überfordern. Anders beim Staatskredit: Hier gilt die Vermutung einer zunächst geringeren Wirkungsbreite; denn die Zinswirkung trifft vor allem die zinsabhängigen Ausgaben, und das sind in erster Linie Investitionen. Je geringer aber die Wirkungsbreite ist, desto größer sind im Normalfall die Friktionen, die eine Maßnahme mit sich bringt; so wird sie zu einer Belastung der Stabilitätspolitik [1]). Eine Ausnahme davon dürfte sein, wenn der Staat seine Bauinvestitionen ausdehnen und die dazu erforderlichen Ausgaben durch Kredite finanzieren möchte. In diesem Falle kann die Wirkungsenge der Kreditnachfrage (verbunden mit der Ausgabenerhöhung für einen bestimmten Zweck) von Vorteil sein, denn die Zinssatzerhöhung, die mit der Verschuldung einhergeht, drängt die zinsempfindliche private Baunachfrage zurück, setzt also gerade solche Ressourcen frei, die der Staat in Anspruch nehmen möchte.

c) Die Besteuerung ist ein Eingriff in die wirtschaftlichen Verhältnisse der Privaten, dem diese in ihrer Gesamtheit nicht ausweichen können. Die Besteuerten können zwar auf eine Steueränderung kurzfristig mit einer veränderten Ausgabenneigung reagieren, die privaten Haushalte also das Sparen als Puffer nutzen; doch die Erfahrung lehrt, daß bei dauerhaft gemeinten

[1]) Unberührt davon bleibt, daß Zinsänderungen als Reflex konjunktureller Schwankungen in den privaten Ausgaben hilfreich sind; sie stellen ein Moment der Selbstregulierung des Marktes dar und bewirken eine Dämpfung eben dieser Schwankungen.

Steueränderungen das Ausgabenverhalten sich bald anpaßt. Anders beim Staatskredit: Da hier die unmittelbare Wirkung über die monetären Märkte geht, ist der Anreiz groß, zunächst Ausweichmöglichkeiten in einer Veränderung der Kassenhaltung oder der Geldkapitalbildung zu suchen. Selbst dann, wenn die Geldpolitik die Zentralbankgeldmenge konsequent steuert, ist das monetäre System ja nicht vollkommen unelastisch (Ziffern 388 f.). Zusätzliche Kreditnachfrage des Staates muß also keineswegs via Zinswirkungen privater Nachfrage in entsprechendem Umfang zurückdrängen. Das gilt insbesondere wiederum für eine Kreditaufnahme wechselnder Höhe; an sie sind die Privaten nicht angepaßt und werden daher kurzfristig ihre Ausweichmöglichkeiten nutzen. Bei Staatskrediten, die dauernd für eine entsprechende Erhöhung der Ausgaben aufgenommen werden, dürfte sich mit der Zeit ein Anpassungsprozeß vollziehen — ähnlich wie bei den allgemeinen Steuern, wenn auch vermutlich nicht so rasch.

d) Wir gehen im allgemeinen von der Hypothese aus, daß dauerhafte Steuererhöhungen, indem sie den privaten Verbrauch (einschließlich der ihm gewidmeten Investitionen) eindämmen, so viel an Produktivkräften freisetzen, daß der Staat seine Ausgaben im Umfang der unter Vollbeschäftigungsbedingungen zu erwartenden Steuermehreinnahmen erhöhen kann, ohne konjunkturelle Impulse auszulösen. Dasselbe gilt umgekehrt für den Fall einer Steuersenkung. Zumindest mittelfristig gesehen halten wir diese Hypothesen für wohlbegründet [1]). Dabei sehen wir die nachfrageeindämmende Wirkung daran geknüpft, daß ein Steuergesetz eine Bedrohung bestimmter wirtschaftlicher Vorgänge mit einer Steuerpflicht ausspricht, nicht daran, daß die Steuerpflicht selbst eintritt beziehungsweise die Steuerzahlung geleistet wird. Die Steuerwirkung ist demnach beispielsweise auch dann unverändert gegeben, wenn wie etwa in einer Rezession, Unternehmen und private Haushalte bei gegebenen Steuerregelungen ihre Gesamtausgaben einschränken und im Zusammenhang damit ihre Steuerzahlungen kleiner werden. Anders beim Staatskredit: Hier hängt das Ausmaß, in dem private Nachfrage durch staatliche Verschuldung beschränkt wird, von der Konjunkturlage ab. So ist es in einer Rezession auch unter den Bedingungen einer wirksamen Geldpolitik möglich, ja wahrscheinlich, daß vom Staat zusätzliche Kredite aufgenommen werden können, ohne eine nennenswerte Zinssteigerung zu bewirken — und das heißt zugleich, ohne in kompensierendem Umfang private Nachfrage zurückzudrängen. Nicht so ist es vermutlich in der Hochkonjunktur, wenn der Staat in scharfer Konkurrenz mit den Unternehmen um die Ersparnisse der privaten Haushalte steht.

[1]) In der kurzfristigen Analyse erscheinen bei größeren Änderungen der volkswirtschaftlichen Steuerquote Vorbehalte angebracht (Ziffer 406).

408. Zusammenfassend ist festzuhalten: Die Wirkung fiskalischer Impulse, die auf eine Erhöhung im Niveau der Ansprüche an das Produktionspotential hinausläuft, besteht in einer Veränderung der Auslastung des Produktionspotentials oder in einer Veränderung des Preisniveaus, häufig in einer Kombination aus beidem. Die Kombination kann auch derart sein, daß eine Erhöhung des Preisniveaus mit einer Senkung des Beschäftigungsstandes einhergeht.

Diese ungünstige Wirkungskombination ist zu erwarten, wenn trotz unelastischen Geldangebots in einer Situation der Vollbeschäftigung erhöhte staatliche Ansprüche geltend gemacht werden, welche die kurzfristige Anpassungsfähigkeit des Marktsystems mit seinem Spiel von Veränderungen der relativen Preise und Einkommen und den dadurch hervorgerufenen güterwirtschaftlichen Reaktionen überfordern. Im Prinzip bergen alle größeren Änderungen in der Struktur der Ansprüche an das Produktionspotential diese Gefahr.

Die Chance, mit der Beschaffung der staatlichen Einnahmen (einschließlich Kredite) zugleich in dem Maße private Ansprüche an das Produktionspotential zurückzudrängen, wie durch die Einnahmen zusätzliche staatliche Ansprüche finanziert werden sollen, ist am größten bei dauerhaften Steuerregelungen, am geringsten bei wechselnder staatlicher Kreditaufnahme. Unter der Bedingung eines unelastischen monetären Systems können die nachfragezurückdrängenden Wirkungen einer Kreditaufnahme allerdings denen einer Steuererhöhung nahe kommen.

Dasselbe für eine wachsende Wirtschaft: Der konjunkturneutrale Haushalt

409. Nicht jede Änderung im Niveau der Ansprüche an das Produktionspotential, welche der Staat stellt oder bei Privaten bewirkt, ist konjunktur- und stabilitätspolitisch bemerkenswert. Das Produktionspotential wächst, und in diesem Maße können auch die Ansprüche an das Produktionspotential wachsen, ohne daß es zu einer Überbeanspruchung kommt, ja die Ansprüche müssen sogar in diesem Maße wachsen, soll es nicht zu einer Unterauslastung kommen. Es sind vielmehr die Abweichungen vom Wachstum des Produktionspotentials, und zwar erstens die Abweichungen in der Zunahme der Ansprüche im ganzen und zweitens gravierende Änderungen in der Struktur der Ansprüche, denen konjunktur- und stabilitätspolitische Bedeutung zukommt. Dabei ist zu berücksichtigen, daß nicht allein die Änderung von Ansprüchen betrachtet werden darf, sondern drittens auch das Niveau, von dem aus die Änderung stattfindet; eine Abweichung vom Potentialwachstum kann im Hinblick auf das Niveau von Ansprüchen Normalisierung bedeuten, wie umgekehrt eine potentialorientierte Entwicklung möglicherweise ein anomales Niveau beibehält. Dies sind die drei Grundgedanken, aus denen heraus der Sachverständigenrat seit 1967 das Konzept des konjunkturneutralen Haushalts entwickelt hat.

410. Niveau- und Strukturprobleme staatlicher oder staatlich bewirkter Ansprüche an das Produktionspotential haben gemeinsam, daß sie aus Abweichungen von dem erwachsen, an was die Wirtschaft gewöhnt ist, an was sie sich angepaßt hat. Gewöhnungsprozesse brauchen Zeit; um dem Rechnung zu tragen, liegen dem Konzept des konjunkturneutralen Haushalts mittelfristige Bezugsgrößen zugrunde. Darf angenommen werden, daß die Wirtschaft an das Niveau und die Struktur staatlicher Ansprüche sowie an die Art der staatlichen Einnahmenregelungen, insbesondere die Steuergesetze angepaßt ist, so befindet sie sich insoweit im Gleichgewicht. Die Unternehmen und privaten Haushalte haben die Struktur der Preise und Einkommen sowie die Produktionsstruktur gefunden, die zu diesen Ansprüchen an das Produktionspotential und zu diesen Einnahmenregelungen passen. Maßnahmen des Staates, die Abweichungen von diesem Gleichgewicht mit sich bringen und daher neue Anpassungsprozesse erforderlich machen, bewirken eine Änderung der Produktionsstruktur. Das geschieht im Marktsystem über Änderungen der relativen Preise und der Einkommen; allerdings läuft dieser Prozeß nicht ohne weiteres friktionslos ab.

411. Freilich ist zu bedenken, daß die Volkswirtschaft sowohl im privaten als auch im öffentlichen Bereich einem dauernden Strukturwandel unterworfen ist. Das System der Marktwirtschaft bewältigt solchen ständigen Wandel in der Regel, ohne daß es seine Stabilität verliert — jedenfalls dann, wenn der Wandel sich in kleinen Schritten vollzieht. Sie hat sich im Lauf der Jahrzehnte an eine außerordentliche Erhöhung der Staatsquote (Anteil, zu dem der Staat mittelbar oder unmittelbar das Produktionspotential in Anspruch nimmt) sowie an eine entsprechende Erhöhung der volkswirtschaftlichen Steuerquote gewöhnt, ohne daß wir ernste Zweifel haben müßten, es wäre heute etwa schon aus diesem Grunde besonders schwer, die gesamtwirtschaftlichen Ziele der Vollbeschäftigung und der Stabilität des Preisniveaus zu erreichen.

Ein Konzept mittelfristiger Bezugsgrößen zur quantitativen Würdigung der konjunkturellen Impulse der öffentlichen Haushalte muß diesem stetigen Strukturwandel Rechnung tragen, also wenn nötig, eine Änderung der mittelfristigen Bezugsgrößen vorsehen.

Der Sachverständigenrat hat sich zunächst für ein festes Basisjahr seiner Rechnungen zum konjunkturneutralen Haushalt entschieden. Aus den Gründen, die im Jahresgutachten 1970 dargelegt sind (JG 70 Ziffer 329) und unter dem Zugeständnis, daß ein voluntaristisches Moment hierbei unvermeidlich ist, wählten wir das Jahr 1966 und damit dessen Strukturquoten im öffentlichen Sektor (Staatsquote, volkswirtschaftliche Steuerquote und — davon abhängig — konjunkturbereinigte Kreditfinanzierungsquote) als Basis. Eine bewegliche Basis hat den Nachteil, daß es nur sehr schwer möglich ist, in einer einigermaßen einwandfreien Weise trendbestimmte Bewegungen aus den jährlichen Schwankungen der Strukturquoten herauszulösen und zugleich so zeitnah zu bleiben, daß den jeweiligen Gewöhnungsprozessen Rechnung getragen wäre. Wiederholt haben wir geprüft, ob sich Trendbewegungen zeigen, die in der Summe auf eine Verfälschung der Analyse hinausliefen und daher eine Revision der Basisjahrentscheidung nötig machten. Das ist bisher nicht der Fall gewesen. Die kumulierten Änderungen in der volkswirtschaftlichen Steuerquote und in der realisierten Staatsquote kompensierten sich weitgehend. Die für die Jahre seit 1966 ermittelten konjunkturellen Impulse weisen zwar erhebliche Schwankungen auf, jedoch keinen überzeugenden Trend.

Gleichwohl ist unter denen, die sich mit dem Konzept des konjunkturneutralen Haushalts befassen, das Unbehagen hinsichtlich des festen und nunmehr schon recht lange zurückliegenden Basisjahres immer größer geworden. Auch ist zu bedenken, daß mit der Steuerreform 1975 eine strukturelle Änderung eintritt, die auf Jahre hinaus die (konjunkturbereinigte) staatliche Kreditfinanzierungsquote gegenüber dem Durchschnitt der vergangenen Jahre merklich erhöhen wird, wenn nicht Steuererhöhungen beschlossen werden, die die Ausfälle bei den Steuern auf das Einkommen ganz oder teilweise ausgleichen. Eine allmähliche Gewöhnung fände statt, die es nötig machte, sie zum Anlaß einer entsprechenden Korrektur der mittelfristigen Bezugsgrößen des Konzepts zu nehmen. Wir erwägen daher, den Rechnungen zum konjunkturneutralen Haushalt künftig doch eine bewegliche Basis zugrunde zu legen.

412. Das Konzept des konjunkturneutralen Haushalts zielt darauf ab, Änderungen im Niveau der durch staatliche Ausgaben bestimmten Ansprüche an das Produktionspotential (Änderungen der beanspruchten Staatsquote) sowie steuerpolitisch bewirkte Änderungen der privat bestimmten Ansprüche (Änderungen der volkswirtschaftlichen Steuerquote) quantitativ zu erfassen, und zwar in beiden Fällen nur die Primärwirkungen der staatlichen Aktionen (Ziffer 401).

Nicht verkannt wird, wie erwähnt, daß auch Änderungen in der Struktur der staatlichen Ansprüche sowie finanzpolitische Einflüsse auf die Struktur der privaten Ansprüche von erheblicher konjunktur- und stabilitätspolitischer Bedeutung sein können. Was wir hierüber wissen, reicht jedoch nicht aus, dieser Bedeutung quantitativ Ausdruck zu verleihen. Die Wirkungszusammenhänge im Marktsystem sind so komplex, daß es nur ausnahmsweise möglich ist, mehr als die Wirkungsrichtung (expansiv, kontraktiv, inflatorisch, stabilisierend) von Strukturänderungen dieser Art zu kennzeichnen.

413. Die monetäre Seite der Analyse der konjunkturellen Impulse der Finanzpolitik ist die Aufteilung des Finanzierungssaldos des Staates in eine konjunkturneutrale und eine konjunkturbedeutsame Komponente. Letztere ist größengleich mit dem konjunkturellen Impuls der öffentlichen Haushalte, der sich als Differenz von tatsächlichen und konjunkturneutralen Staatsausgaben — unter Berücksichtigung einer etwaigen Änderung der volkswirtschaftlichen Steuerquote — ergibt. Bei konjunkturneutralem Haushaltsgebaren nimmt der Staat nicht mehr Kredite auf, als im Angebot an Finanzierungsmitteln gleichsam ohnehin für ihn vorgesehen ist. Dies gilt zunächst für dasjenige Kreditvolumen, das es dem Staat erlaubt, einen bestimmten Anteil des Produktionspotentials kreditfinanziert in Anspruch zu nehmen. Es gilt aber auch, wenn im konjunkturellen Abschwung Steuerausfälle entstehen,

die den öffentlichen Kreditbedarf erhöhen. Diese zusätzliche Kreditnachfrage kann konjunkturneutral befriedigt werden; denn was Unternehmen oder private Haushalte bei anderer Konjunkturlage dem Staat mehr an Steuern hätten zahlen müssen, ist an Finanzierungsmitteln verfügbar — ja, es ist sogar mehr vorhanden, denn bei höheren privaten Ausgaben hätten nicht nur höhere Steuern, sondern auch diese Ausgaben selbst finanziert werden müssen.

414. Ist bestimmt, wie stark die staatlichen Ansprüche an das Produktionspotential vom konjunkturneutralen Maß abweichen, und damit auch das Ausmaß der staatlichen Kreditaufnahme, dem konjunktur- und stabilitätspolitisch Bedeutung zukommt — beide Seiten der Sache sollten im Bild sein —, so stellt sich die Frage nach den Wirkungen (einschließlich Fernwirkungen) der solchermaßen bestimmten Impulse wiederum als eine Frage nach der Kombination von Wirkungen auf den Beschäftigungsstand und das Preisniveau, und zwar so, daß sie — wenn überhaupt — nur im Zusammenhang mit der jeweiligen Konjunkturlage und der jeweiligen Elastizität des monetären Systems beantwortet werden kann (Ziffern 402 ff.). Nichtkonjunkturneutrale Staatsausgaben wirken, wie erwähnt, im günstigsten Fall ausschließlich beschäftigungserhöhend (zum Beispiel bei allgemeiner Unterbeschäftigung), im weniger günstigen Fall teils beschäftigungserhöhend, teils inflatorisch, im ungünstigsten Fall zugleich inflatorisch und beschäftigungssenkend (zum Beispiel bei Vollbeschäftigung und unelastischer Geldversorgung). Wichtig ist, daß in jedem Falle die Abweichung des tatsächlichen vom konjunkturneutralen Haushaltsvolumen für die Größe der finanzpolitischen Impulse steht. Die Analyse der jeweiligen konjunkturellen und monetären Situation muß dann helfen, Art und Stärke der Einzelwirkungen zu bestimmen. Daher ist das Etikett „expansiv" und „kontraktiv" für das Ergebnis unserer Rechnungen zum konjunkturneutralen Haushalt (der konjunkturelle Impuls) stets allein auf die Primärwirkungen der jeweiligen finanzpolitischen Maßnahmen bezogen. Ob beispielsweise aufgrund einer staatlichen Ausgabenerhöhung, die vom Impuls her beschäftigungserhöhend wirkt, auch bei Beachtung der Fernwirkungen insgesamt dieser Effekt eintritt, läßt sich nicht situationsneutral bestimmen. Erst das Urteil darüber, ob der öffentliche Haushalt im Hinblick auf die aktuelle wirtschaftliche Situation „konjunkturgerecht" ist, verlangt Wirkungsvorstellungen, die über die Ermittlung der finanzpolitischen Primärimpulse hinausgehen.

415. Wie jedes wirkungsanalytische Konzept enthält auch das Konzept des konjunkturneutralen Haushalts normative Elemente; denn im sozialen Bereich ist Wirkungsanalyse auch Zurechnung von Verantwortung. Wird beispielsweise eine Erhöhung von Staatsausgaben durch Steuererhöhungen (im Sinne des Konzepts) stabilitätskonform finanziert, wehren sich jedoch die Besteuerten gegen den Willen des Gesetzgebers, indem sie — und hierauf kommt es an — mit Marktmacht eine Überwälzung in den Löhnen und Preisen durchsetzen (Ziffer 406), und kommt es deshalb zu einer Erhöhung des Preisniveaus, oder, wenn dies nicht zugelassen wird, zu einer Einschränkung der Beschäftigung, so weist das Konzept die Verantwortung für die Folgen (streng genommen: die Verursachung) nicht der Finanzpolitik sondern denjenigen zu, die sich mit Marktmacht wehren (gegebenenfalls auch der Wettbewerbspolitik, insoweit diese für die Beseitigung oder die Mißbrauchskontrolle von Marktmacht zuständig ist) [1]). Nur für Abweichungen vom konjunkturneutralen Haushalt trifft die stabilitätspolitische Verantwortung die Finanzpolitik, wobei allerdings, das sei ausdrücklich wiederholt, nicht konjunkturgerecht sein muß, was konjunkturneutral ist.

Wichtig ist auch die wirkungsanalytische Trennung des Verantwortungsbereichs der Finanzpolitik von dem der monetären Politik — ein Problem, das nicht nur ausnahmsweise Bedeutung haben dürfte. Es tritt vor allem auf, wenn man die zuvor erörterte staatliche Kreditaufnahme (oder auch Schuldentilgung) im Zusammenhang mit Differenzen zwischen tatsächlichen und konjunkturneutralen Staatsausgaben konjunkturell würdigen möchte (Ziffer 413). Hinsichtlich der Wirkungen staatlicher Kreditnachfrage müßte zur klaren Trennung der Verantwortungsbereiche von einer normalen Situation — einer konjunkturneutralen Geldversorgung also (Ziffer 394) — ausgegangen werden. Oft werden jedoch monetäre Politik und Finanzpolitik zugleich von dem abweichen, was man konjunkturneutral zu nennen hat. Es wäre dann gewiß nicht richtig, beispielsweise einen Staatshaushalt, der bei Vollbeschäftigung expansiv angelegt ist, etwa deshalb konjunkturneutral zu nennen, weil zugleich die monetäre Politik so restriktiv ist, daß der expansive Effekt der Finanzpolitik auf das Preisniveau gerade ausgeglichen wird.

Wie erwähnt, kann in diesem Falle die Wirkungskombination durchaus ungünstig sein, etwa in Arbeitslosigkeit und Preisniveaustabilität bestehen. Nach dem derzeitigen Stand unseres Wissens kann jedoch über empirische Wirkungsanalysen leider keine weitere Zurechnung von Ursache und Verantwortung gewonnen werden; denn über die Wirkungen zusätzlicher Kreditnachfrage bei konjunkturneutraler Geldversorgung ist zu wenig bekannt. Wir müssen vorläufig an der Stelle stehen bleiben, wo es heißt: Jeder verantwortet seine Abweichung vom konjunkturneutralen Pfad. Doch das ist nicht wenig, wenn wir wenigstens den konjunkturneutralen Pfad bestimmen können. Eine nichtkonjunkturneutrale Finanzpolitik mag wegen der besonderen Umstände der Situation zugleich konjunkturgerecht sein; ist sie es nicht, so bürdet sie der Volkswirtschaft Anpassungslasten bei Produktion, Verwendung und Verteilung des Sozialprodukts auf, die sie zu verantworten hat. Die Finanzpolitik bringt dann die

---

[1]) Bei der Schätzung des sogenannten konjunkturneutralen Preisniveauanstiegs, der in die Rechnungen zum konjunkturneutralen Haushalt eingeht, wird nur berücksichtigt, was an Preisniveausteigerung als Folge der Steuererhöhungen (etwa einer Mehrwertsteuererhöhung) unvermeidlich erscheint.

übrigen Bereiche der Stabilitätspolitik, namentlich die monetäre Politik, in die gleiche Art von Zielkonflikten, wie sie von einem nicht marktgerechten und nicht stabilitätskonformen Verhalten derjenigen geschaffen werden, die im privaten Sektor der Wirtschaft, auf den Gütermärkten und dem Arbeitsmarkt, ihre Ansprüche mit Marktmacht vortragen.

Beschränkung der stabilitätspolitischen Aufgaben

416. Die eingangs erörterten Argumente zugunsten einer Beschränkung, aber zugleich Härtung der stabilitätspolitischen Aufgaben der Finanzpolitik werden durch Einsichten in die Wirkungsweise finanzpolitischer Maßnahmen unter den Bedingungen einer wirksamen Geldpolitik ergänzt. Wird das Geldangebot streng begrenzt, so ist es nicht mehr nötig, von den öffentlichen Haushalten eine generell antizyklische Finanzpolitik zu verlangen.

Ist beispielsweise die konjunkturelle Situation durch eine allgemeine Übernachfrage gekennzeichnet, so würde eine staatliche Ausgabenzurückhaltung im Zeichen antizyklischer Finanzpolitik eben nicht ohne weiteres eine Reduktion der gesamtwirtschaftlichen Ausgaben bedeuten. Vielmehr wäre zu erwarten, daß die Verminderung der Kreditnachfrage des Staates, die sich daraus ergeben und eine Zinssenkungstendenz auslösen müßte, sehr rasch andere Nachfrager anlockt; da sie mit dem Staat um die Ersparnisse der Privaten konkurrieren, würde die Lücke bald geschlossen sein.

Die gleiche Skepsis hätte eine generell antizyklische Einnahmenpolitik gegen sich. Steuererhöhungen in der Hochkonjunktur bedeuten eine Verminderung der öffentlichen Kreditnachfrage. Bei Steuererhöhungen, die nur vorübergehend gelten sollen, spricht — gerade in der Hochkonjunktur — wenig dafür, daß ihre nachfrageeindämmenden Wirkungen viel größer sind als diejenigen einer Kreditaufnahme entsprechenden Umfangs.

417. Der Sachverständigenrat plädiert für eine Finanzpolitik, die mehr als bisher auf Verstetigung angelegt ist. Eine rationelle Erfüllung der öffentlichen Aufgaben erfordert Kontinuität. Die mittelfristig vorgegebenen oder zu planenden Staatsaufgaben können sich daher in den Haushalten der einzelnen Jahre nur dann stabilitätskonform niederschlagen, wenn nicht, wie es der Fall ist, nahezu gegenüber jedem Haushaltsentwurf von der Stabilitätspolitik antizyklische Forderungen erhoben werden. Der Preis wäre allerdings: Respektierung der Daten, welche die Geldpolitik setzt. Dann läge stabilisierungskonformes Verhalten von selbst stärker im Interesse des Staates. Die gesamtwirtschaftliche Verantwortung der Finanzpolitik wäre dann erträglicher. Schon der Verzicht des Staates auf prozyklisches Verhalten, das es in der Vergangenheit oft genug gegeben hat, wäre angesichts des großen Gewichts der öffentlichen Haushalte ein wichtiger stabilitätspolitischer Beitrag. Je mehr dieses Ziel erreicht würde, um so geringer wäre dann die stabilitätspolitische Bedeutung der Frage, ob die öffentliche Ausgabenexpansion ausschließlich durch Steuern oder auch durch verstärkte Kreditaufnahmen finanziert wird (solange abrupte Änderungen der Finanzierungsstruktur vermieden werden).

418. Die politische und die wirkungsanalystische Skepsis im Hinblick auf die Möglichkeit und Zweckmäßigkeit einer antizyklischen Ausgabenpolitik gilt, auch unter dem Regime einer wirksamen Geldpolitik, nicht für den Fall eines unerwünscht starken konjunkturellen Abschwungs und einer Rezession. In solchen Konjunkturphasen sind antizyklische, weil hier expansive Ausgabenprogramme leicht durchsetzbar. Zwar ist in einer solchen Situation mit zusätzlichen Ausgaben eine entsprechende zusätzliche Kreditnachfrage des Staates verbunden — und dies hemmt die Zinssenkungstendenzen, die in solchen Konjunkturphasen die Selbstheilungskräfte im privaten Sektor der Wirtschaft anregen; doch wenn private Ausgaben in erheblichem Umfang ausfallen, darf die anregende Wirkung zusätzlicher Staatsausgaben beträchtlich höher eingeschätzt werden als die dämpfende Wirkung der zusätzlichen Ansprüche des Staates an die Kreditmärkte (Ziffer 403). Selbstverständlich wäre dabei auch auf eine konjunkturgerechte Struktur der zusätzlichen Ausgaben des Staates zu sehen. Von erhöhten Löhnen und Gehältern im öffentlichen Dienst würde zwar der private Verbrauch gewinnen, zugleich aber möglicherweise der relative Preis für Arbeit, also der Lohn, allgemein nach oben getrieben und damit ein kontraktiver Effekt für die Beschäftigung hervorgerufen werden.

Sehr wichtig wäre es auch, die mittelfristige Grundorientierung der Finanzpolitik wirksam gegenüber der Gefahr abzuschirmen, daß konjunkturpolitisch motivierte Ausgabenprogramme in die Normalhaushalte Eingang finden und so zur Basis einer stabilitätswidrigen Fortschreibung mit „normalen" Zuwachsraten werden. Hier helfen eine Finanzpolitik auf der Grundlage des Konzepts des konjunkturneutralen Haushalts und das Prinzip, konjunkturpolitisch motivierte Ausgabenprogramme in Zusatzhaushalten auszubringen.

419. Bei den Einnahmenregelungen des Staates läßt sich nicht einmal für Phasen starker Konjunkturabschwächung ohne Einschränkung sagen, daß eine antizyklische Variation keine Bedenken gegen sich hätte.

Vorübergehende Änderungen in den Steuern auf das Einkommen werden erfahrungsgemäß zu einem erheblichen Teil im Sparverhalten aufgefangen. Außerdem ist im konjunkturellen Abschwung in der Regel vor allem die abgeschwächte Investitionsneigung, weniger der private Verbrauch das Problem der Konjunkturpolitik. Bei einer Senkung der Einkommensteuer läge aber gerade beim Konsum die anregende Wirkung, während gleichzeitig die höheren staatlichen Ansprüche an die Kreditmärkte die Selbstheilungskräfte hinsichtlich der Investitionsneigung behindern würden. Nur wenn es tatsächlich einmal in erster Linie der private Verbrauch ist, der einer Stützung bedarf, sollte zu

steuerlichen Maßnahmen dieser Art gegriffen werden; denn ihn erreicht die monetäre Politik nur mittelbar. Dies würde auch — allerdings mit umgekehrtem Vorzeichen — für den Fall der Hochkonjunktur gelten.

420. Günstiger ist das Urteil über die konjunkturpolitisch motivierte Variation spezieller Einnahmenregelungen; denn mit ihnen kann die monetäre Politik wirksam unterstützt werden. Wenn in der Hochkonjunktur eine Investitionsteuer einen Teil der Aufgabe übernimmt, die Investitionsneigung zu dämpfen, braucht die Geldpolitik nicht so restriktiv zu sein und nicht so hohe Zinssteigerungen zu bewirken. Eine solche Steuer knüpft an der Verwendung von Mitteln und nicht an deren Beschaffung an, ist aber im übrigen in der Wirkung auf die Besteuerten einer Kreditverteuerung ähnlich. Das hat Vorteile, wenn ein sehr hohes Zinsniveau — sei es aus außenwirtschaftlichen, sei es aus binnenwirtschaftlichen Gründen — unerwünscht ist (JG 73 Ziffer 214), oder wenn der Spielraum der monetären Politik ausgeschöpft ist, der durch den Grundsatz „mittelfristige Orientierung, allenfalls mäßig antizyklisch" (Ziffer 390) umschrieben wird.

421. Die Schuldenpolitik des Staates erhält unter den Bedingungen einer wirksamen Geldpolitik einen erhöhten Stellenwert. Schuldenpolitik besteht vor allem darin, die Fälligkeitsstruktur der Staatsschuld zu verändern. Sie kann die monetäre Politik stören, jedoch auch helfen, unerwünschte Engpässe auf monetären Teilmärkten zu vermeiden.

Hilfreich ist die Schuldenpolitik, wenn sie dazu beiträgt, eine als konjunkturgerecht erkannte Zunahme der Staatsverschuldung ohne Verzerrungen der Zinsstruktur an den Kreditmärkten unterzubringen. Bei großen konjunkturbedingten Steuerausfällen mag es vorkommen, daß die Geldkapitalbildung des Publikums im Hinblick auf den Zeithorizont ihrer Anlagebereitschaft nicht zu den herkömmlichen Fristen einer dauerhaften Staatsverschuldung paßt. Dann kann es unbedenklich sein, die durchschnittlichen Fristen der öffentlichen Neuverschuldung wesentlich zu verkürzen und eine Konsolidierung für später vorzusehen.

Störend ist die Schuldenpolitik, wenn sie die Elastizität des monetären Systems erhöht oder senkt und damit die Verbindung zwischen der Steuergröße der monetären Politik, nämlich der Zentralbankgeldmenge, einerseits sowie den Ausgabenentscheidungen der Unternehmen und privaten Haushalte andererseits unerwünscht lockert. Solche Wirkungen kann die Schuldenpolitik dann haben, wenn generell in großem Umfang kurzfristige statt langfristige Staatsschuldtitel ausgegeben werden. Diese erfüllen für viele Unternehmen und auch für private Haushalte die Funktion einer Liquiditätsreserve — eine Funktion, die sonst vor allem die Termineinlagen bei Banken haben. Der Wechsel von den Termineinlagen zu kurzfristigen Schuldtiteln des Staates ist zentralbankgeldsparend, weil nur bei Schuldbeziehungen, die über Banken laufen, eine Mindestreservepflicht entsteht. Die gleiche Wirkung haben daher Maßnahmen, die dazu führen, daß ganz allgemein der Anteil an Staatsschuldtiteln abnimmt, der von Banken gehalten wird, der Anteil der von Unternehmen und privaten Haushalten gehalten wird, hingegen steigt.

Selbstverständlich kann das, was in der einen Situation störend ist, in einer anderen hilfreich sein. Die konjunkturpolitisch motivierte Schuldenpolitik ist so gesehen ein Teil der monetären Politik, allerdings in der Verantwortung der Regierung, eine Aufgabenteilung, bei der sich das Problem des abgestimmten Verhaltens stellt.

422. Wenn es gilt, die monetäre Politik gezielt zu unterstützen und zu ergänzen, kann auch eine Finanzpolitik, die, für sich genommen, der monetären Politik entgegenzuwirken scheint, gelegentlich konjunkturgerecht sein. Ist ausnahmsweise eine sehr scharfe monetäre Restriktion erforderlich, etwa zur Bekämpfung einer Inflationsgewöhnung, so besteht die Gefahr von Überreaktionen in Teilbereichen der Volkswirtschaft. In solchen Fällen hilft die Finanzpolitik, wenn sie — etwa in Form von sogenannten Strukturhilfen — der monetären Politik teilweise entgegenwirkt. Sie setzt auf diese Weise die monetäre Politik in den Stand, an ihrer globalen Restriktion festzuhalten.

IV. Flankensicherung

Außenwirtschaftliche Absicherung

423. Die Stabilitätspolitik sollte außenwirtschaftlich abgesichert sein. Flexible Wechselkurse machen es grundsätzlich möglich, auf Dauer aus dem internationalen Preisverbund auszuscheren.

Sie verhindern, daß eine konsequente Steuerung der Geldbasis durch außenwirtschaftliche Einflüsse unterlaufen wird. (Devisenzuflüsse aus Ländern, mit denen die Bundesrepublik feste Wechselkurse vereinbart hat, bilden zwar eine Gefahrenquelle, doch eine kontrollierbare.)

Sie unterbrechen den internationalen Preiszusammenhang. Steigen im Ausland die Preise stärker als im Inland, so wird bei flexiblen Wechselkursen eine Höherbewertung der D-Mark im Prinzip verhindern, daß der Preisanstieg auf den Außenhandelsmärkten auf das Preisniveau im Inland durchwirken kann, anders als im Falle fester Wechselkurse, bei denen die Preisentwicklung im Inland eng mit der im Ausland verknüpft ist.

424. Betonen, daß der wirtschaftspolitische Handlungsspielraum durch flexible Wechselkurse beträchtlich erweitert wird, heißt nicht annehmen, daß die inländische Wirtschaft von allen störenden Einflüssen aus dem Ausland automatisch abgeschirmt ist. Es bleibt nämlich zum einen das Problem, ob und inwieweit inflatorische Impulse aus dem Ausland rechtzeitig abgefangen werden können, zum

anderen das Problem, inwieweit eine Lockerung des Konjunkturverbunds mit dem Ausland möglich ist. Beides ist ohne Zweifel miteinander verwoben.

425. Für die Situation, mit der wir es gegenwärtig in der Bundesrepublik zu tun haben, ist bedeutsam,

— daß der Wechselkurs der D-Mark gegenüber den Ländern des Floating-Blocks nicht flexibel ist, insoweit also noch inflationäre Impulse über den Preiszusammenhang auf den Märkten wirksam werden könnten,

— daß einige Länder durch Interventionen an den Devisenmärkten Wechselkurse bewirken können, die den Unterschieden in den Inflationsraten nicht Rechnung tragen, und

— daß gegenwärtig in der Bundesrepublik der Agrarsektor mit Hilfe des Grenzausgleichs — also quasi durch einen gespaltenen Wechselkurs — von Aufwertungseinflüssen weitgehend freigehalten wird (Ziffer 349).

426. Diese Sonderfaktoren werden also die Möglichkeit beeinträchtigen, daß sich die Bundesrepublik ganz von der internationalen Preisentwicklung loslösen kann. Grundsätzliche Überlegungen lassen den Schluß zu, daß der internationale Konjunkturverbund angesichts starker internationaler Handels- und Kapitalverflechtungen auch bei flexiblen Wechselkursen nur gelockert, nicht aufgehoben ist.

427. *Konjunkturelle Impulse, die vom Ausland auf das Inland einwirken (und umgekehrt), gibt es im Prinzip bei flexiblen Wechselkursen ebenso wie bei festen. Sie bestehen darin, daß die Anreize für den internationalen Handel und zugleich die Anreize für den internationalen Kapitalverkehr verändert werden, etwa wenn ein ausländischer Nachfragestoß bei einer konjunkturellen Abschwächung im Inland unsere Exporteure veranlaßte, gleichzeitig mit den höheren Exporten über günstigere Zahlungs- und Kreditbedingungen für ihre ausländischen Kunden auch für einen erhöhten Kapitalexport zu sorgen.*

Die Wirkung dieser Impulse zeigt sich in veränderten Salden der Leistungsbilanz und der Kapitalbilanz oder in einer Angleichung des Konjunkturverlaufs zwischen Inland und Ausland. Je rascher die ausländischen Impulse auf weite Bereiche der inländischen Wirtschaft durchwirken, um so geringer werden die beobachtbaren Veränderungen in der Zahlungsbilanz sein. Dies macht es so schwierig, Veränderungen des Leistungsbilanzsaldos im Hinblick auf die Frage nach dem internationalen Konjunkturverbund zu interpretieren; indizieren sie doch zum einen die Stärke der internationalen konjunkturellen Impulse wie zum anderen die Unvollkommenheit ihrer Wirkungsbreite. (Das gleiche gilt im Hinblick auf die Frage nach dem internationalen Preisverbund, wenn sich Impulse für den internationalen Handel und für den internationalen Kapitalverkehr aus temporären internationalen Unterschieden in den Bewegungen der Preisniveaus ergeben.)

428. *Flexible Wechselkurse werden solche Impulse — anders als feste — teilweise abfangen. Ganz abfangen können sie diese jedoch nur, wenn die Geldpolitik den veränderten Anreizen für den Außenhandel und den Kapitalverkehr entgegenwirkt, also etwa aus solchen Gründen von ihrem Kurs einer stetigen Erhöhung der Geldbasis abweicht.*

Die Fähigkeit der Geldpolitik, der gesamtwirtschaftlichen Expansion Grenzen zu setzen, bleibt jedoch davon unbeeinträchtigt. Nutzt sie diese Fähigkeit, so würde sich die Wirkung von Impulsen, die auf eine erhöhte (verminderte) Inanspruchnahme unseres Produktionspotentials durch das Ausland hinauslaufen, im Grenzfall allein in einer veränderten Struktur der realisierten Ansprüche an das Produktionspotential zeigen (nicht auch in einem veränderten Niveau der realisierten Ansprüche). Die Belastung der Stabilisierungspolitik durch die Impulse vom Ausland sind also von der gleichen Art wie diejenigen, die sich aus einer nichtkonjunkturneutralen Haushaltspolitik des Staates ergeben. Die Überlegungen, die wir dazu unter Ziffern 400 ff. angestellt haben, gelten daher auch hier [1]).

Unberührt hiervon bleibt vor allem die Frage, wie stark sich ein Land unter Bedingungen flexibler Wechselkurse auf mittlere Sicht von einer inflationären Entwicklung im Ausland abhängen kann; hier ist der Unterschied zu einem System fester Wechselkurse wesentlich größer. Im Prinzip ist das möglich.

429. Die Möglichkeiten eines vollständigen Ausscherens aus dem internationalen Preiszusammenhang auf mittlere Sicht werden unter Umständen beeinträchtigt, wenn viele Länder die stabilisierungspolitischen Chancen flexibler Wechselkurse nicht nutzen.

So wie ein Land bei flexiblen Wechselkursen die Chance nutzen kann, eine wirksame Stabilitätspolitik zu treiben, so hat es auch eine größere Möglichkeit, inflatorischen Kräften im Innern nachzugeben, denn die außenwirtschaftliche Schranke fehlt, die bei festen Wechselkursen besteht und durch den Verlust von Devisenreserven anzeigt, wann die binnenwirtschaftlichen Ansprüche überzogen sind. Mißbrauchen viele Länder diese Möglichkeit, so kommt es, wie gegenwärtig, zu einem Inflationsprozeß in der Welt, der sich möglicherweise selbst beschleunigt (Ziffer 22).

In diesem Falle ist es auch bei flexiblen Wechselkursen einem einzelnen Land nur begrenzt möglich, Stabilität zu wahren. Von einer beliebig hohen und sich gar noch beschleunigenden Inflationsrate in der Welt bei freiem Waren- und Kapitalverkehr kann sich ein einzelnes Land wie die Bundesrepublik auch mit einem flexiblen Wechselkurs auf Dauer nur unvollkommen absichern. Trotzdem gilt auch dann noch, daß flexible Wechselkurse die unter diesen Umständen bestmögliche außenwirtschaftliche Absicherung gewähren.

---

[1]) Die wirkungsanalytische Aussagekraft des Saldos der Leistungsbilanz beziehungsweise — was das gleiche ist — des Finanzierungssaldos gegenüber dem Ausland ist also auch nicht größer als die Aussagekraft des Finanzierungssaldos der öffentlichen Haushalte. Hier wie dort stellt sich die schwierige Aufgabe, das zu isolieren, was als „konjunktureller Impuls" von außen auf die Wirtschaft eingewirkt hat (im Falle der öffentlichen Haushalte als von der Finanzpolitik zu verantworten, im Falle des Auslandes als marktbestimmter Störfaktor).

430. Auch wenn Unvollkommenheiten der außenwirtschaftlichen Absicherung bestehen, so gibt es derzeit doch keine praktikable Alternative zu flexiblen Wechselkursen. Das heißt nicht, Bestrebungen für unnötig zu halten, ein neues internationales Regelsystem zu finden, das mehr stabilitätspolitische Disziplin von allen verlangt und gewährleistet. Wo die Bedingungen für einen Festkursblock — wie ihn der Floating-Block im Ansatz darstellt —, günstig erscheinen, spricht alles dafür, daß sie weiter in Richtung auf einen Hartwährungsblock, dessen Mitglieder strenge geldpolitische Regeln einzuhalten bereit sind, ausgebaut werden. Jede Aufweichung der Bedingungen hingegen würde aus dem Floating-Block letztlich einen Weichwährungsblock à la Bretton Woods machen und damit wieder Keime des Zerfalls legen.

Stabilitätsgerechte Einkommens- und Marktpolitik

431. Gehört es zu den Spielregeln der Marktwirtschaft, daß den Marktteilnehmern nicht freigestellt sein darf zu entscheiden, wie groß die monetäre Expansion ist, so kommt es für den Stabilisierungserfolg, soll er ohne Beschäftigungseinbußen bleiben, entscheidend auf das Handeln der beteiligten Gruppen und auf die Bedingungen an, unter denen es sich am Markt vollzieht. Denn eine Geldpolitik, die das Geldangebot festhält, kann zwar verhindern, daß die gesamtwirtschaftliche Ausgabenexpansion erheblich und auf Dauer über das von ihr gewollte Maß hinausgeht; sie hat es jedoch nicht in der Hand, vor allem nicht kurzfristig, wie sich die Ausgaben, die sie zuläßt, auf Mengen und Preise aufteilen. Das hängt vom Handeln der Gruppen und von der Funktionsfähigkeit der Märkte ab.

432. Die auf Stabilität des Preisniveaus gerichtete Geldpolitik brauchte keinen Konflikt mit dem Beschäftigungsziel zu fürchten, wenn die Preise auf den Güter- und Faktormärkten, wie im Idealmodell marktwirtschaftlicher Koordination, allein Ausdruck der relativen Knappheit der Güter und der zu ihrer Produktion erforderlichen Faktoren wären. Steigenden Preisen hier stünden dann sinkende Preise dort gegenüber, je nachdem, wie sich die relative Knappheit ändert — sei es weil sich die Nachfrage verschiebt, sei es weil sich die Angebotsbedingungen wandeln. Das tatsächliche Geschehen auf den Märkten ist jedoch nur ein unvollkommenes Abbild dieses Modells.

Ein Grund hierfür sind Friktionen im Anpassungsprozeß, die sich daraus ergeben können, daß Veränderungen der Nachfragestruktur oder Veränderungen der Angebotsbedingungen, wie sie etwa der technische Fortschritt schafft, von den Marktteilnehmern nicht sogleich erkannt werden, oder, sind sie erkannt, nicht sogleich für dauerhaft gehalten werden. Dies kann die notwendigen Anpassungen verzögern. Friktionen treten auch dann auf, wenn die Produktionsfaktoren nicht mobil genug sind, um schon bei mäßigen Verschiebungen in den Preisrelationen von einem Bereich zum andern zu wandern. In Bereichen, zu denen sich die Nachfrage hin verlagert, müssen die Preise dann stärker als mittelfristig notwendig steigen, um Kapital und Arbeitskräfte anzuziehen, und das heißt zugleich, daß — bei begrenztem Geldangebot — anderen Bereichen mehr kaufkräftige Nachfrage entzogen wird und — bei gegebenen Preisen — mehr Beschäftigungseinbußen auferlegt werden, als dauerhaft erforderlich ist.

Vor allem aber kann Marktmacht ein Grund dafür sein, daß die Stabilisierungspolitik in Konflikt mit dem Beschäftigungsziel gerät. Marktmacht kann sich sowohl darin äußern, daß einer dauerhaft notwendigen Verschiebung der Preisstruktur Widerstand entgegengesetzt wird, als auch darin, daß aktiv versucht wird, die Preisrelationen gegen die Marktkräfte zu ändern. Macht haben Unternehmen auf Gütermärkten, wenn sie der Wettbewerb nicht zwingt, ihr Angebot so günstig wie möglich zu gestalten, um Nachfrage auf sich zu ziehen; Macht ist aber auch auf Faktormärkten im Spiel, insbesondere auf dem Arbeitsmarkt, wenn die Arbeitnehmer, gewerkschaftlich zusammengeschlossen, in den Lohnverhandlungen den Verbänden der Arbeitgeber gegenübertreten.

433. Gerade die jüngste Erfahrung zeigt, daß der mit Marktmacht ausgetragene Verteilungskampf, ist die monetäre Politik außenwirtschaftlich abgesichert und die Finanzpolitik konjunkturgerecht, den Stabilitätskurs erheblich belastet, wenn die Marktmacht stabilitätswidrig genutzt wird. Sie kann so von den beteiligten Gruppen genutzt werden, und die Versuchung dazu ist groß,

- aus Irrtum über das Verteilbare (Ziffer 434),
- aus Sorge, die Gegenseite könne sich bei eigener Zurückhaltung einen Vorsprung verschaffen (Ziffern 435 ff.),
- aus dem Bestreben, die eigene Verteilungsposition dauerhaft auszubauen (Ziffer 440).

Die Marktmacht als Quelle stabilitätswidrigen Verhaltens der Tarifpartner zu beseitigen, steht nicht zur Diskussion. Die Tarifautonomie ist aus guten Gründen gewollt. Auch wäre es keine Lösung, sie durch staatliche Lohn- und Preiskontrollen außer Kraft zu setzen, da damit zugleich der marktwirtschaftliche Abstimmungsprozeß im ganzen aufgehoben würde. Im übrigen lehren die ausländischen Beispiele, daß solche Eingriffe keine Hilfe in einem auf Dauer angelegten Zielkonflikt sind. Worauf es ankommt, ist also, der Neigung entgegenzuwirken, Marktmacht stabilitätswidrig zu nutzen.

434. Ein gut Teil der Irrtümer, die verhindern, daß die Tarifpartner in der Auseinandersetzung um das verteilbare Einkommen jene Löhne und Preise finden, die der Markt mittelfristig ohne Beschäftigungseinbußen hergibt, weil ihnen zyklische Ausschläge im Wirtschaftsablauf einen verzerrten Eindruck des Erreichbaren vermitteln, läßt sich durch konsequente Globalsteuerung ausräumen. Dazu gehört vor allem, daß die monetäre Politik keinen Zweifel über den Ausgabenspielraum läßt, den sie zu finanzieren gewillt ist, und daß die Finanzpolitik

eindeutig erkennen läßt, einen wie großen Teil des Produktionspotentials sie dem Staat freihalten will und mit welchen Mitteln. Wie sich dies im volkswirtschaftlichen Kreislauf zusammenfügt, können Orientierungsdaten zeigen; sie decken den Verteilungsspielraum auf, müssen dessen Nutzung aber nicht präjudizieren. Orientierungsdaten, wie sie die Bundesregierung nach dem Stabilitäts- und Wachstumsgesetz vorzulegen hat, sollten daher von den Tarifpartnern nicht in die Nähe verbindlicher Leitlinien gerückt oder als solche mißverstanden und als Eingriff in ihre Autonomierechte zurückgewiesen werden.

435. Die Nutzung der gewerkschaftlichen Marktmacht aus Sorge, die Gegenseite könne sich sonst im Verteilungskampf einen Vorsprung verschaffen, hat ihre Wurzel nicht zuletzt in einem Mangel an Wettbewerb auf den Gütermärkten. Der Versuch, stabilitätswidrig hohe Lohnsteigerungen durchzusetzen, kann ganz allgemein dazu dienen, die Arbeitnehmer an den Gewinnen zu beteiligen, die die Unternehmen aus der Beschränkung des Wettbewerbs ziehen; er kann insbesondere aber auch darauf gerichtet sein, den Arbeitnehmern einen Ausgleich dafür zu schaffen, daß diese als Nachfrager auf den Gütermärkten oft der schwächere Marktpartner sind.

436. Gelänge es, den Wettbewerb auf den Gütermärkten zu erhöhen, so könnte dies ein wesentlicher Beitrag sein, den Verteilungskampf zu entschärfen. Die wichtigste Handhabe gegen das Entstehen von Anbietermacht auf den Gütermärkten und, wo sich dies nicht verhindern läßt, gegen die mißbräuchliche Nutzung einer marktbeherrschenden Stellung bietet das im Jahre 1973 novellierte Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen. Es verbietet den Unternehmen, sich zum Zwecke der Beschränkung des Wettbewerbs zusammenzuschließen, unterwirft die kapitalmäßige Verflechtung von Unternehmen ab einer bestimmten Umsatzgröße einer Kontrolle, einer vorbeugenden jedoch nur bei sehr großen Zusammenschlüssen, und gibt dem Bundeskartellamt die Möglichkeit der Mißbrauchsaufsicht über marktbeherrschende Unternehmen.

Das Kartellamt hat das durch die Novellierung des Gesetzes geschärfte Instrument der Mißbrauchsaufsicht in verschiedenen, zum Teil weithin beachteten Fällen erprobt. Dabei zeigte sich, daß damit — trotz mancher Erfolge im einzelnen — Breitenwirkung kaum erzielt werden kann, weil eine Behörde in aller Regel nicht in der Lage ist, jene Preise oder Kosten herauszufinden, die sich bei Wettbewerb eingestellt hätten. Nach wie vor muß daher das Streben der Wettbewerbspolitik darauf gerichtet sein, Regelungen durchzusetzen, die das Entstehen von Marktmacht verhindern. Hier kommt der vorbeugenden Fusionskontrolle erhebliche Bedeutung zu; doch obwohl der Gesetzgeber mit der Novellierung einen wichtigen Schritt nach vorn getan hat, bietet auch sie noch längst keine Handhabe, Anbietermacht im Keim zu ersticken (JG 72 Ziffern 394 ff.). Von den Kriterien her, an die die Kontrolle anknüpft, läßt sie Zusammenschlüssen, die Marktmacht begründen, noch immer viel Raum. Das Erlaubnisrecht, das im Gesetz dem Bundeswirtschaftsminister eingeräumt ist, macht selbst den Zusammenschluß sehr großer Unternehmen möglich, wenn sich dieser mit gesamtwirtschaftlichen Vorteilen oder mit einem überragenden Interesse der Allgemeinheit begründen läßt. Bis eine Fusion rechtskräftig als nicht zulässig erklärt ist, können, wenn der Rechtsweg von den Betroffenen ausgeschöpft wird, viele Jahre ins Land gehen. Schon vorgenommene Zusammenschlüsse lassen sich dann nicht mehr leicht rückgängig machen. Auch hat sich der Gesetzgeber bislang gescheut, den eingeschlagenen Weg konsequent weiterzugehen bis hin zur Entflechtung von Monopolen, auch wenn diese ohne Fusionen zustande gekommen sind.

Vom allgemeinen Kartellverbot sind überdies wichtige Bereiche ausgenommen, so die Agrarwirtschaft, die Verkehrswirtschaft, die Energiewirtschaft, auch Banken und Versicherungen. Zu begrüßen wäre, wenn in diesen Bereichen ebenfalls dem Wettbewerbsprinzip in höherem Maße Geltung verschafft würde, als es bislang der Fall ist. Mit dem Argument daß sich Wettbewerb hier nur schwer herstellen lasse, darf man sich jedenfalls nicht zufriedengeben. Wo sich Wettbewerb tatsächlich nicht herstellen läßt, sind zumeist doch Möglichkeiten denkbar, ihn in seinen Wirkungen wenigstens teilweise zu ersetzen, so etwa durch interne Anreizsysteme, die produktivitätssteigernde und kostensparende Leistungen belohnen.

437. Es muß auch nicht dabei bleiben, daß sich die Gewerkschaften zu Lohnforderungen, die stabilitätswidrig hoch sind, gedrängt fühlen, um ein Gegengewicht gegen Anbietermacht auf den Konsumgütermärkten zu schaffen, das auf diesen Märkten selbst nicht besteht. Hier kann die Verbraucherpolitik Hilfestellung leisten.

Auf vielen Märkten erwachsen den Anbietern Vorteile daraus, daß die Verbraucher nur über unzureichende Informationen verfügen, sei es weil die Kosten der Informationsbeschaffung für den einzelnen Verbraucher zu hoch sind, sei es weil ihm die notwendigen Informationen von den Anbietern vorenthalten werden. Zu den hier in Frage stehenden Informationen gehören nicht nur solche über Preisunterschiede der einzelnen Anbieter von Gütern gleicher oder vergleichbarer Qualität; Informationen über die Qualität, die Leistung und sonstige Eigenschaften der verschiedenen Produkte, die zur Dekkung eines bestimmten Bedarfs in Betracht kommen, sind hier ebenso bedeutsam, ferner alle jene Informationen, die der Verbraucher haben muß, um seine Bedarfe überprüfen oder auch Möglichkeiten für Einsparung und Verzicht erkennen zu können. Fehlende oder fehlerhafte Information ist gleichbedeutend mit unzureichender Markttransparenz. Dies macht den Wettbewerb unvollkommen; der einzelne Anbieter ist dann nicht gezwungen, seine Produkte möglichst preiswert auf den Markt zu bringen, um Nachfrage auf sich zu ziehen oder die vorhandene nicht an andere Anbieter zu verlieren. Die Markttransparenz zu erhöhen, können Preisvergleiche helfen, wie sie die Bundesregierung bisher auf etwa

sechzig regionalen Märkten finanziert hat. Außerdem unterstützt die Bundesregierung erste Vorarbeiten zu einem Verbraucher-Informations-System, das, auf breiter Basis errichtet, zu einem wirksamen Instrument gegen Anbietermacht auf den Konsumgütermärkten werden könnte. Ein solches System darf allerdings nicht konzentrationsfördernd wirken, muß also auch über regional beschränkte Angebote informieren, was neben anderem eine Regionalisierung der vergleichenden Warentests erfordert.

438. Die Verbraucher benötigen aber nicht nur mehr Information, sollen sie den Anbietern besser Widerpart leisten können, sondern sie benötigen auch mehr Schutz als Vertragspartner auf den Märkten. Schutzwürdig ist das Interesse der Verbraucher, von den Anbietern nicht übervorteilt zu werden, sei es durch Täuschung über die Folgen einer Kaufentscheidung, die Eigenschaften oder Wirkungen der angebotenen Güter, sei es durch Ausschluß oder Beschränkung der Haftung für zugefügte Schäden. Obenan steht hier die Forderung, den Rechtsvorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches, das die Rechte und Pflichten aus Kaufverträgen unparteiisch regelt, gegenüber den von Anbietern diktierten allgemeinen Geschäftsbedingungen wieder mehr Geltung zu verschaffen. Schutzwürdig ist auch das Interesse der Verbraucher, daß ihre Wahlmöglichkeiten durch die Anbieter nicht beschränkt und unbewußte Verhaltensdispositionen von diesen nicht ausgenutzt werden, daß sie Kritik an den angebotenen Gütern und Leistungen öffentlich äußern und daß sie selbst, einzeln oder als Gruppe, rechtlich Klage erheben können, wenn sie den Wettbewerb unter den Anbietern beschränkt oder Anbietermacht mißbräuchlich genutzt finden. Vieles davon ist in der Rechtsordnung zwar nicht gänzlich ungeregelt; die bestehenden Normen sind jedoch häufig noch unzureichend.

439. So hilfreich die Wettbewerbspolitik und die Verbraucherpolitik sein können, wenn es die Neigung zu mindern gilt, Marktmacht in der Einkommenspolitik zu nutzen, so bleibt doch die Gefahr, daß der Verteilungskampf, soweit er um eine dauerhafte Vergrößerung des jeweiligen Anteils am Volkseinkommen geführt wird, stabilitätswidrig oder, wenn die Notenbank die inflatorischen Folgen nicht finanziert, beschäftigungsgefährdend ausgetragen wird.

Den Verteilungskampf stabilitätsgerecht austragen, heißt indes nicht ihn aufheben müssen, sondern nur ihn mit anderen Waffen führen.

440. Den Ansatzpunkt für eine dauerhafte Veränderung der Einkommensverteilung, die nicht ständig den Konflikt zwischen Stabilität und Beschäftigung heraufbeschwören soll, sehen wir bei der Vermögensbildung und nicht bei überhöhten Nominallohnsteigerungen. Ein zusätzlicher Einkommensanteil der Arbeitnehmer schmälert notwendigerweise den Gewinnanteil der Unternehmen. Die Gewinne haben nur, aber auch die Funktion, die Unternehmen für das Verlustrisiko zu entschädigen, das diese tragen. Soll eine Minderung der Gewinne daher nicht zu dem Versuch führen, diese durch entsprechende Preiserhöhungen zu verteidigen, oder, weil das bei konsequenter monetärer Politik fehlschlägt, einen Rückgang der Investitionsneigung und damit Beschäftigungseinbußen verursachen, so muß die Veränderung der Einkommensverteilung bei der komplementären Beziehung zwischen Gewinn, Risiko und Haftung ansetzen.

Mit den damit aufgeworfenen Fragen haben wir uns in unserem Jahresgutachten 1972 auseinandergesetzt und eine Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer bei begrenzter Haftung zur Diskussion gestellt (JG 72 Ziffern 501 ff.). Worauf es ankommt ist, daß sich die Arbeitnehmer mit der Beteiligung am Gewinn auch am Risiko der Unternehmen beteiligen, indem sie in begrenztem Umfang Haftung übernehmen. Dazu bedarf es keiner Kapitaleinlage; vielmehr reicht es aus, daß die Arbeitnehmer nicht die gesamte Lohnsteigerung, die sie erzielen könnten, fest kontrahieren, sondern daß die Auszahlung eines Teilbetrags zuzüglich eines Gewinnanteils von der Höhe des Gewinns abhängig gemacht wird. Im Normalfall ist ihr Einkommen dann höher als bei voller Kontrahierung der möglichen Lohnsteigerung. Die begrenzte Haftung, die Risikominderung der Unternehmen, besteht darin, daß der Gewinnanteil entfällt und der nicht fest kontrahierte Teil der möglichen Lohnsteigerung geschmälert wird, wenn Verluste eintreten. Wie eine solche Gewinnbeteiligung im einzelnen ausgestaltet werden soll, ob auf betrieblicher oder überbetrieblicher Ebene, ob mit oder ohne Aufbringungsfonds, die angesichts der unterschiedlichen Ertragslage einzelner Unternehmen und Branchen eine gleichmäßigere Gewinnbeteiligung aller Arbeitnehmer gewährleisten, vor allem aber die individuellen Verlustrisiken mindern könnten, diese und ähnliche Fragen sind, so bedeutsam sie sein mögen, letztlich nicht ausschlaggebend. Bei einer gesetzlichen Rahmenregelung sollte es den Tarifpartnern selbst überlassen bleiben, die Modalitäten auszuhandeln. Entscheidend ist die Verbindung von Gewinnbeteiligung und Haftung.

SECHSTES KAPITEL

Längerfristige Folgen der Erdölkrise

441. Die Vervierfachung des Preises für Rohöl gegenüber dem Stand von Mitte 1973 war möglich, weil sich das OPEC-Kartell seiner wirtschaftlichen Macht seit dem Teheraner Abkommen von 1971 mehr und mehr bewußt geworden war, einer Anbietermacht, die sich auf den hohen Grad an Abhängigkeit der meisten Industrieländer von importiertem Rohöl gründet (Schaubild 37) und die das Kartell nun rücksichtslos ausnutzte.

Die Aktion der Ölländer traf die Verbraucherländer unvorbereitet, so daß diese kurzfristig nicht imstande waren, Gegenmacht zu formieren und der Preiserhöhung wirkungsvoll Widerstand entgegenzusetzen.

Wenig Hoffnung besteht, daß der Ölpreis von selbst in die Nähe des Preises zurückfällt, der vor der Ölkrise gegolten hatte. Auch wird überwiegend die Aussicht für gering gehalten, daß es den Verbraucherländern gelingen könnte, ihn durch strategische Maßnahmen rasch und kräftig herabzudrücken. Solange die Ölproduzenten jedoch den erzwungenen Vorteil des Ölpreises gegenüber den Preisen der Produkte aus den Industrieländern ganz oder teilweise aufrechtzuerhalten vermögen, ergeben sich für die Abnehmer von Öl erhebliche kurzfristige sowie mittel- und langfristige Folgen, mit denen sie fertig zu werden haben.

442. Die unmittelbare Konsequenz der Ölpreisverteuerung für die Verbraucherländer zusammengenommen ist ein stärkerer Anstieg ihrer Importpreise als ihrer Exportpreise, also eine Verschlechterung der Terms of Trade (Schaubild 38). Ein Teil des sonst Inländern zur Verfügung stehenden Einkom-

Schaubild 37

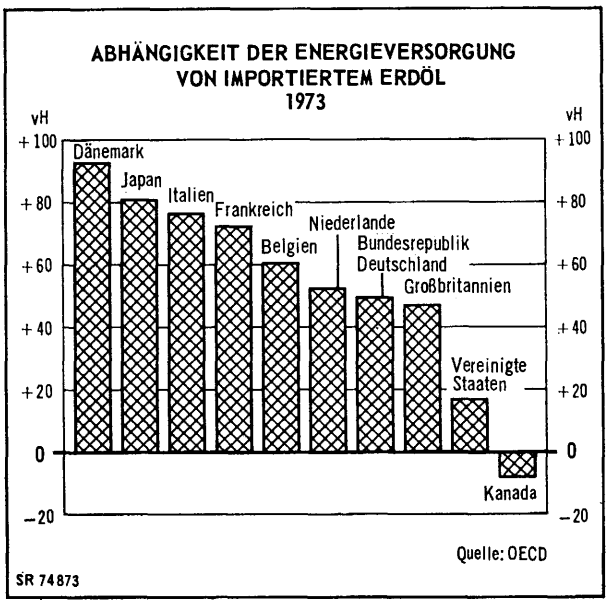
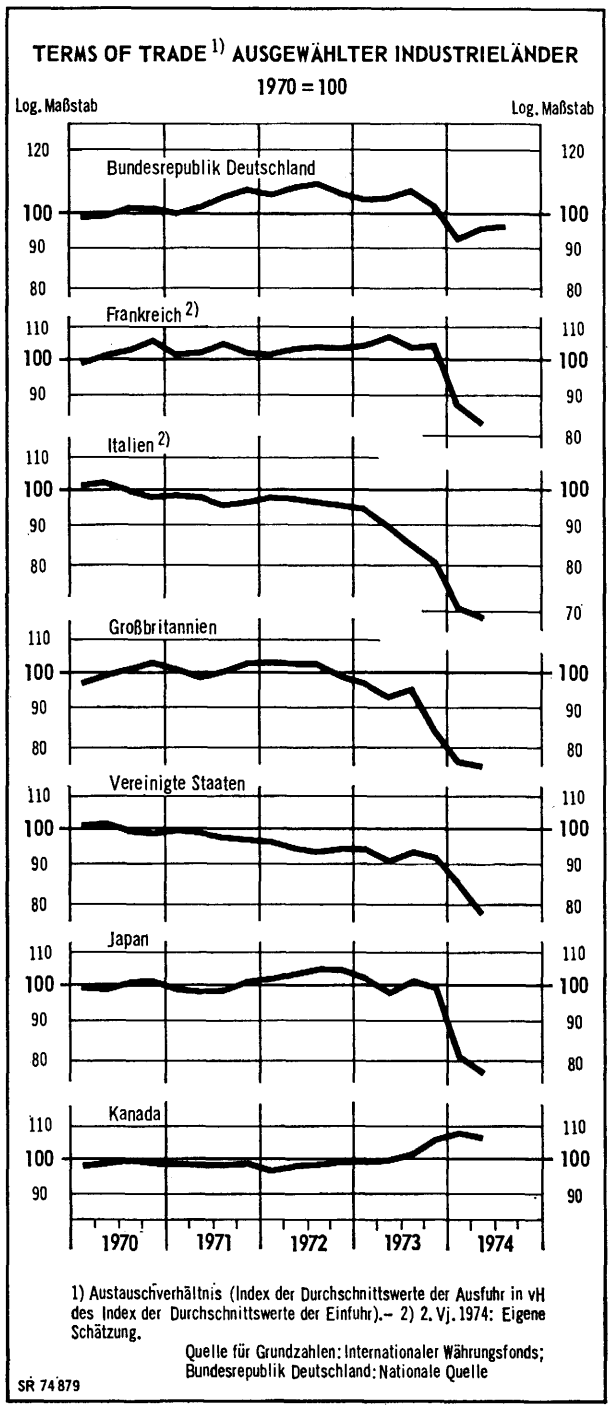


Schaubild 38



mens wird auf diese Weise an die ölexportierenden Staaten abgetreten. Bleibt es bei den verschlechterten Terms of Trade, so wird Jahr für Jahr ein Teil des jeweils hinzukommenden Reichtums der Verbraucherländer auf die ölproduzierenden Länder entweder direkt oder in Form von monetären Ansprüchen an das zukünftige Sozialprodukt übertragen. Von diesem Umverteilungsprozeß am schwersten betroffen sind freilich die rohstoffarmen und zum Teil auch übervölkerten Entwicklungsländer, denen es ohnehin an Wachstumschancen gebricht.

Die teurer gewordenen Ölimporte müssen, soweit Öl nicht eingespart werden kann, bezahlt werden, sei es mit zusätzlichen Exporten, sei es durch Übertragung von Sachvermögen, sei es durch die Abgabe von Schuldversprechen. Die ölproduzierenden Länder können ihre Mehreinnahmen, die für 1974 auf Beträge zwischen 40 Mrd $ und 60 Mrd $ geschätzt werden, zunächst nur zum geringeren Teil für zusätzliche Importe von Konsumgütern und Investitionsgütern verbrauchen. Es bleiben also erhebliche Mittel übrig, die nur in den Industrieländern selbst angelegt werden können. Soweit mit ihnen nicht Beteiligungen und anderes Sachvermögen erworben wird, müssen sich die Industrieländer gegenüber den ölproduzierenden Ländern verschulden, und zwar von Jahr zu Jahr zusätzlich in dem Umfang, wie die Ölproduzenten nicht oder noch nicht in der Lage sind, ihre Geldforderungen zur Bezahlung von Importen für Investitionen zu Hause oder in dritten Ländern zu verwenden. Gleichgültig, wo die ölproduzierenden Länder ihre Einnahmenüberschüsse anlegen, stets handelt es sich um Geld, das schließlich Erträge abwerfen soll. Aus den Einkommen, die nun auf die Öllieferanten übertragen werden, wäre in den Industrieländern freilich ein viel geringerer Teil gespart worden als derjenige, der jetzt zur Anlage drängt. Mit der Umverteilung der Einkommen zugunsten der ölproduzierenden Länder ist also eine Erhöhung der Weltsparquote verbunden, die eine erhebliche Umschichtung der Nachfrage von Konsumgütern auf Investitionsgüter mit sich bringen kann.

Man braucht nicht viel Phantasie zu haben, um sich vorstellen zu können, daß all diese Umschichtungen und die aus ihnen und aus der Ölpreisverteuerung selbst resultierenden Änderungen des Preisgefüges nicht reibungslos vor sich gehen. Weltweit ist deshalb der Wirtschaftspolitik die schwierige Aufgabe gestellt, die Folgen der sprunghaften Veränderung der relativen Preise, soweit sich diese nicht durch Gegenstrategien rückgängig machen läßt, in kleine Schritte der Anpassung umzusetzen, damit die ungünstigen Einflüsse auf Preisniveau, Beschäftigung und Wachstum in der Welt in erträglichen Grenzen gehalten werden können. Ein besonderes Erschwernis hierbei ist die unterschiedliche Ausgangslage der ölverbrauchenden Länder.

I. Zur Frage des „richtigen" Ölpreises

443. Wo der „richtige" Preis für Rohöl zu liegen hätte, ist schwer zu bestimmen. Herrschte reger Wettbewerb unter den Anbietern und wären die Vorkommen praktisch unbegrenzt, so müßte der Preis den langfristigen Grenzkosten entsprechen, also jenen Kosten (einschließlich der für Anlagen), die die Förderung des letzten noch benötigten Fasses Öl pro Tag gerade verursacht. Das wären nur Bruchteile eines Dollars. Sind die bekannten Vorkommen jedoch unbegrenzt und die Ergebnisse neuer Explorationen ungewiß, so werden sich auch bei Wettbewerb Ölproduzenten finden, die darauf spekulieren, daß zukünftig Öl knapper sein wird und deshalb ihre Gewinne, abgezinst auf die Gegenwart, höher sein werden als die gegenwärtigen Gewinne, wenn sie etwas mehr Öl im Boden lassen; damit würde dann auch in der Gegenwart Öl knapper und teurer. Keinesfalls würde sich jedoch für die Gegenwart ein Preis ergeben, der höher ist als der auf die Gegenwart diskontierte Kostenpreis der nächstteuren Substitutionsmenge, und zwar abgezinst über den Zeitraum, für den die billigen Vorkommen reichen [1]). Da der Kostenpreis von Öl, das aus Ölschiefern oder Teersänden gewonnen würde, heute in einer Größenordnung von sechs bis acht Dollar je Faß läge, und da auch die herkömmlichen Ölvorkommen bei hohem Verbrauch noch etliche Jahre reichten, müßte ein so bestimmter Wettbewerbspreis für Öl jedenfalls ganz erheblich unter diesen sechs bis acht Dollar liegen.

Ganz anders ist die Lage, wenn ein Angebotsmonopol für Erdöl besteht. Ein Monopolist mag es vorteilhaft finden, zumindest nicht über den Preis hinauszugehen, zu dem erhebliche Mengen eines auf andere Weise gewonnenen Öls auf den Markt drängen könnten. Er mag freilich einen höheren Preis als den der potentiellen Anbieter wählen und darauf vertrauen, daß die Investitionen, die für den Markteintritt nötig wären, um das zusätzliche Angebot auf den Markt zu bringen, unterbleiben, weil er stets einen Preis, der die Kosten der in den Markt eintretenden Konkurrenten deckt, unterbieten könnte. Schließlich kann sich der Monopolist auch dann, wenn er annimmt, daß die Investitionen für die Produktion von Substitutionsenergien vorgenommen werden, einen Vorteil davon versprechen, seine Abnehmer durch weit über den Preis für das potentielle Angebot liegende Preisforderungen auszubeuten, sofern die Zeit bis zur Ausreifung der konkurrieren-

[1]) Genaugenommen ist der Zeitraum, für den die herkömmlichen Vorräte reichen, seinerseits abhängig von der Entwicklung des Ölpreises bis zu dem Zeitpunkt, von dem ab das nächstteure Substitutionsöl zum Verbrauch herangezogen wird und damit auch von dem Preis, der für das Substitutionsöl gezahlt werden muß. Von dem Augenblick, von dem ab es lohnt, mehr Öl im Boden zu lassen, bis hin zu dem Zeitpunkt, von dem ab Substitute auf den Markt kommen, muß der Preis kontinuierlich steigen, weil die Zeitspanne, über die der Preis der nächstteuren Substitutionsmenge abzuzinsen ist, immer kürzer wird, je näher der Zeitpunkt heranrückt, von dem ab das Substitutionsöl gebraucht wird. Da die Nachfrage um so geringer ist, je höher der Preis steigt, wird bei kontinuierlich steigendem Preis für das Öl aus den billigen Vorkommen dieses Öl also länger reichen als — wie oben vereinfacht angenommen — bei einem Preis, der vor Beginn des Preisanstiegs galt.

den Investitionen nur lang genug und währenddessen die Preiselastizität der Nachfrage nach seinem Öl gering genug ist.

Für die zuletzt genannte Strategie hatten sich die OPEC-Länder offenbar entschieden. Diese Entscheidung ist nicht nur unter dem Aspekt der ungerechtfertigten, weil auf Macht beruhenden Umverteilung von Einkommen zu beklagen, sondern vor allem auch deshalb, weil sie die Verbraucherländer zwingt, knappe Ressourcen für die Gewinnung von Substitutionsenergien einzusetzen, obwohl ein herkömmlicher Energieträger, das Rohöl, noch in ausreichendem Maße mit einem weit geringeren Faktoreinsatz erzeugt werden kann. Produktionsfaktoren werden also fehlgeleitet, weil die sinnvolle Reihenfolge in der Ausschöpfung der unterschiedlichen Energiequellen in der Welt wegen des Mißbrauchs wirtschaftlicher Macht seitens der Ölländer nicht eingehalten werden kann.

444. Eine solche Preisstrategie konnten die OPEC-Länder freilich nur deshalb einschlagen, weil sie sich zu einem Kartell zusammengeschlossen hatten. Die Erfahrung lehrt, daß die Mitglieder eines Kartells, also eines Kollektivmonopols — solange sie weitgehend selbständig sind, und das ist hier der Fall —, weder den gleichen Willen noch die gleiche Fähigkeit zur (gemeinsamen) Gewinnmaximierung haben wie ein Einzelmonopol. Es erhebt sich deshalb die Frage, wie wahrscheinlich es ist, daß die erzwungene Verschiebung der Relation zwischen dem Rohölpreis und den Preisen anderer Güter von den Ölanbietern aufrechterhalten werden kann.

Der Ölpreis mag schon deshalb ins Wanken geraten oder das OPEC-Kartell gar zusammenbrechen, weil die einzelnen Mitglieder stark divergierende Interessen haben. Sieht man einmal ab von jenen armen und bevölkerungsreichen Ländern mit recht begrenzter Ölproduktion wie Indonesien und Nigeria, die jeden Dollar für Käufe im Ausland gebrauchen können, so sind im wesentlichen zwei Gruppen von ölproduzierenden Ländern zu unterscheiden. Die eine Gruppe umfaßt Länder mit hoher Bevölkerungsdichte und guten Industrialisierungsaussichten, wie Iran und Algerien; diese sind daran interessiert, rasch viel einzunehmen, um dann das eingenommene Geld, wenn auch nicht in vollem Umfang, in Projekte zu stecken, die später, wenn die Ölvorräte zur Neige gehen, das wirtschaftliche Wachstum in diesen Ländern zu tragen und ausreichende Einkommen abzuwerfen vermögen. Die andere Gruppe umfaßt Länder mit niedriger Bevölkerungsdichte und geringen heimischen Investitionsmöglichkeiten, wie Saudi-Arabien, Kuwait und die kleineren Ölscheichtümer, deren vornehmliches Interesse der lukrativen Anlage ihrer Gelder im Ausland gilt, um später von den Renten aus diesen Anlagen leben zu können. Die Länder der zweiten Gruppe könnten gewillt sein, weitaus mehr Öl im Boden zu lassen als jetzt, wenn sich nicht genügend günstige Anlagemöglichkeiten bieten. Sie berücksichtigen daher stärker als die anderen Länder die Rückwirkungen ihrer Entscheidungen auf die Entwicklung ihrer Renditechancen bei der Anlage von Geldvermögen. Aber sie wollen die Last der Produktionsdrosselung nicht allein tragen, nur damit der Preis für alle hoch gehalten werden kann. Eventuell würden sie mehr Öl zu einem niedrigeren Preis anbieten, wenn ihnen dann für ihre Devisenüberschüsse gute Anlagemöglichkeiten geboten werden. Der ersten Gruppe kommt es mehr auf den hohen Preis für die nähere Zukunft als auf die Anlagemöglichkeiten an, da sie ihr Kapital im Laufe weniger Jahre ertragbringend im eigenen Lande investieren zu können meinen.

445. Die Interessengegensätze, die sich hier zeigen, lassen erwarten, daß das Kartell den Preis nicht auf der jetzigen Höhe wird halten können. Die Symptome, die auf eine Schwächung oder gar den Zerfall des Kartells hindeuten, wie zu starke Mengenexpansion, Diskussionen über die Preise, unterschwellige Meinungsverschiedenheiten darüber, wie die Last einer Begrenzung der Angebotsexpansion verteilt werden soll, sind schon zu beobachten. Selbst wenn darüber das Kartell deutliche Risse bekommen sollte, wird der Preis wohl kaum wieder in die Nähe des Preises vom Sommer 1973 zurückfallen. Dafür sind sich die Ölländer zu sehr der Macht bewußt geworden, die sich aus ihrer oligopolistischen Angebotsstruktur ergibt.

446. Die Verbraucherländer können das ihre dazu beizutragen versuchen, daß der Kartellpreis rasch gebrochen wird. Die wirksamste Strategie ist ohne Frage die der äußersten Sparsamkeit beim Verbrauch von Energie und der Substitution von Öl, wo immer es geht. Eine solche Strategie wird von den Vereinigten Staaten favorisiert. Diese versprechen sich von ihr dann einen Erfolg, wenn sie von den wichtigsten Verbraucherländern gemeinsam angewandt wird. Sie könnte noch von Maßnahmen flankiert werden, die den ölproduzierenden Ländern günstige Anlagemöglichkeiten für ihre Öleinnahmen weitgehend versperren. Eine solche Zangenstrategie, Verminderung der Nachfrage einerseits und Verwehren der Kapitalanlage andererseits, könnte, das sei nicht bestritten, die Preisforderungen der Ölproduzenten erheblich hinabdrücken. Sie ist jedoch mit dem Risiko verknüpft, daß die Produzenten ebenfalls eine Kampfstrategie wählen und den Ölhahn wieder zudrehen. Davon würden die Verbraucherländer dann jedoch, je nach ihrer Abhängigkeit von importiertem Öl, unterschiedlich betroffen. Es müßten schon recht weitgehende Abmachungen über gegenseitige Hilfe im Ernstfall getroffen werden, wenn sich die stärker vom Importöl abhängigen Länder, wie die EG-Mitgliedsstaaten oder gar Japan, auf eine derartig riskante Strategie einlassen sollten. Im übrigen ist in marktwirtschaftlichen Systemen allein schon Sparsamkeit im Verbrauch und kurzfristige Substitution, soweit sie über das vom höheren Rohölpreis erzwungene Maß hinausgeht, schwer durchzusetzen, es sei denn der Ölverbrauch wird durch zusätzliche Steuern noch zusätzlich verteuert.

447. Längerfristig ist die Situation freilich anders zu beurteilen. Je entschlossener die Verbraucherländer darangehen, neue Ölquellen und auch andere Energiequellen zu erschließen, desto größer ist die

Aussicht, daß die Position des Ölpreises im System der relativen Preise schließlich wieder zurückgenommen werden muß. Je deutlicher die Verbraucherländer machen, daß sie trotz der Kostennachteile später vornehmlich die eigenen Energiequellen nutzen werden, desto größer ist zudem auch die Aussicht, daß sich die Ölländer, schon bevor alle möglichen Maßnahmen zur längerfristigen Substitution des Kartellöls ergriffen worden sind, von dieser Entschlossenheit bei ihrer kurzfristigen Preispolitik beeindrucken lassen.

II. Veränderte Preisrelationen

448. Wer sich nicht auf allzu riskante Spekulationen einlassen will, muß wohl damit rechnen, daß der Ölpreis noch für längere Zeit relativ hoch bleiben wird. Man wird deshalb nach Wegen suchen müssen, wie die schädlichen Wirkungen der abrupten Änderung im System der relativen Preise möglichst weitgehend vermieden, das heißt vornehmlich, wie die unvermeidlichen Anpassungsprozesse über einen längeren Zeitraum gestreckt werden können.

449. Die unmittelbare Wirkung der abrupten und sprunghaften Verteuerung eines für die Produktion so wichtigen Rohstoffes wie das Erdöl, die wohl kaum verhindert werden kann, ist das Durchwirken dieser Verteuerung auf die Preise all jener Produkte, zu deren Herstellung unmittelbar oder mittelbar Erdöl benötigt wird. Ebensowenig kann der Preisanstieg jener Produkte vermieden werden, die, wie die Kohle oder das Erdgas, das Rohöl in einigen Produktionsprozessen zu ersetzen vermögen. Damit steigen freilich auch die Preise solcher Produkte, die direkt oder indirekt mit den das Öl substituierenden Energieträgern erzeugt werden. Dies alles hat — noch allein von der Angebotsseite her gesehen — die Tendenz, die Preisstruktur erheblich zu verändern. Damit aber wird sich auch die Struktur der Nachfrage verschieben. Die Preise der Güter, die nun mehr als vorher gefragt sind, steigen bei zunächst gegebener Angebotsstruktur, während es dort, wo die Nachfrage zurückgeht, zu geringeren Preissteigerungen oder gar zu Preissenkungen kommt. Unter diesen Umständen wäre es schon als Erfolg zu verbuchen, wenn es gelänge, die Erhöhung des Preisniveauanstiegs auf ein Maß zu beschränken, das der gesamtwirtschaftlichen Kostenerhöhung durch die Verteuerung des Öls und seiner Substitutionsprodukte bei gegebener Angebotsstruktur entspricht. Eine Geldpolitik, die versuchte, auch diesen Anstieg des Preisniveaus zu unterbinden (das heißt, das Durchwirken des negativen Terms-of-Trade-Effekts auf das Preisniveau zu verhindern), liefe Gefahr, statt dessen zusätzliche Arbeitslosigkeit zu erzeugen. Auch ohne diesen Kraftakt ist die Aufgabe schon schwer genug, wenn man bedenkt, daß sich die Produktionsstruktur nur über längere Zeiträume hinweg an geänderte Kosten- und Nachfragestrukturen anpassen kann, in der Zwischenzeit aber eine erhebliche Zahl von Einzelpreisen weit über das kostenbedingte Maß hinaus steigen wird, so daß kompensierende Preissenkungen ohnehin notwendig sind.

450. Man kann die Gefahren, die aus der abrupten Veränderung der relativen Preise entstehen, noch von einer anderen Seite beleuchten. Die ölpreisbedingten Kostensteigerungen führen zu einem Anstieg des Preisniveaus, ohne daß es in den Verbraucherländern deshalb nominal mehr an Einkommen zu verteilen gäbe, als es bei Ausbleiben der Ölpreiserhöhungen der Fall gewesen wäre. Die Einkommmen würden also bei gleicher Produktion nicht ausreichen, diese zu kaufen. Soweit die Ölproduzenten nicht mit ihren Einnahmenüberschüssen zusätzliche Güter kaufen, und das ist vorläufig nur in begrenztem Ausmaß der Fall, entsteht in den Verbraucherländern eine Nachfragelücke, die für sich genommen zu Unterbeschäftigung führt, wenn sie nicht über die Märkte oder durch wirtschaftspolitische Maßnahmen geschlossen wird. Voraussetzung für das Schließen der Lücke ist, daß sich Teilnehmer am Wirtschaftsprozeß verschulden, seien es die Konsumenten, die Investoren, der Staat oder das Ausland. Für die Ölimportländer als Gruppe scheidet das Ausland als Schuldner aus, da als Ausland nur die Ölproduzenten übrig bleiben, die ja gerade die Überschüsse in der Handelsbilanz erzielen. Sie können nur die Gläubiger derer sein, die sich in den Verbraucherländern verschulden müssen. Für ein einzelnes Verbraucherland kann freilich auch das Ausland, hier also der Rest der eigenen Gruppe, der Schuldner sein, nämlich dann, wenn, wie im Falle der Bundesrepublik, die anderen Länder verstärkt jene Güter nachfragen, die das betreffende Land anzubieten hat. Von den Konsumenten könnte ein Beitrag zum Schließen der Lücke insoweit kommen, als sie weniger sparen (oder sich stärker verschulden). Die Investitionsneigung wird, soweit es per Saldo zu einem Nachfrageausfall kommt, zurückgehen. Es darf aber nicht vergessen werden, daß sich infolge der Ölpreiserhöhung zusätzliche Investitionsanreize ergeben. Denn zum einen entsteht aus der Erhöhung der Weltsparquote eine Tendenz zum Sinken des Realzins, zum anderen werden zahlreiche Projekte attraktiv, die direkt oder indirekt der Substitution von Rohöl und anderen teurer gewordenen Produkten dienen. Auch spielt die konjunkturelle Situation eine Rolle. So kann es sein, daß die außenwirtschaftlich bestimmte Nachfragelücke in einem Land gerade wünschenswert erscheint, in einem anderen dagegen zusätzliche Probleme schafft. Es wird aber vermutlich auch Länder geben, bei denen eine unerwünschte Nachfragelücke bleibt, die dann nur durch Verschuldung des Staates geschlossen werden könnte.

Wer auch immer sich verschuldet — daß die Schuldner gerade diejenigen Güter nachfragen, bei denen die Nachfrage infolge der Ölpreiserhöhung zurückgegangen ist, dürfte zumeist nur teilweise der Fall sein. Soweit es jedoch andere Güter sind, steht zu befürchten, daß zunächst deren Preise steigen, während die Auslastung der Produktionskapazitäten für andere Güter möglicherweise zurückgeht.

Da die Anpassungsaufgabe allen ölimportierenden Ländern gestellt war, wenn auch nicht für alle gleichermaßen, könnte man einen Teil des diesjährigen zusätzlichen Inflationsschubs und der zusätzlichen Arbeitslosigkeit in der Welt so erklären.

Je größer die Anpassungsfähigkeit des Marktsystems ist, desto weniger braucht das Problem der Nachfragelücke zu beunruhigen. Immerhin könnten sich manche Länder genötigt sehen, für einige Zeit eine expansive Finanzpolitik zur Stützung der privaten Ausgabenneigung zu betreiben. Wenn es sich jedoch mehr um ein Problem der Verschiebung in der Nachfragestruktur und weniger um eine Lücke in der Gesamtnachfrage handelt, würde eine expansive Finanzpolitik vor allem die Inflation verstärken und den Anpassungsprozeß womöglich verzögern; soll das vermieden werden, müssen vorübergehende Friktionen in Kauf genommen werden.

451. Wie schon erwähnt, sind die Öllieferländer vorläufig nicht in der Lage, die gewaltigen Mehreinnahmen an Devisen, die sie erzielen, ganz oder auch nur zum großen Teil für den Kauf von Gütern in den ölimportierenden Ländern zu verwenden. Deren mangelnde Fähigkeit zu absorbieren ist das Spiegelbild der schon erörterten Nachfragelücke in den Verbraucherländern. Es wäre wohl vorschnell, daraus zu folgern, daß es keine Probleme gäbe, könnten die Ölländer ihre zusätzlichen Einnahmen nur rasch genug für Importe aus den Verbraucherländern ausgeben. Denn wären sie dazu tatsächlich in der Lage, würden sie, wie schon erwähnt, nicht nur Güter jener Unternehmen kaufen wollen, bei denen inländische Nachfrage ausgefallen ist. Stieße ihre Nachfrage aber auf ein unelastisches Angebot, würden auch die Preise der von ihnen gekauften Güter steigen. Ihre Terms-of-Trade-Gewinne schmölzen dahin. Das aber könnte zu erneut höheren Ölpreisforderungen führen. Gäbe keine Seite nach, wären die Folgen für Preisniveau und Beschäftigung in der Welt unabsehbar.

Der Mangel an Absorptionsfähigkeit der Ölländer hat den Ausbruch eines solchen akuten Verteilungskampfes verhindert, ohne daß damit das letzte Wort über den Ausgang der zunächst erfolgreichen Ölpreisaggression gesprochen wäre. Weil die Ölländer nicht so schnell absorbieren können, sind sie gezwungen, ihr überschüssiges Geld zunächst in den Verbraucherländern anzulegen. Das macht es diesen möglich, den Anpassungsprozeß in kleinen Schritten vorzunehmen und in dieser Zeit vielleicht Terrain zurückzugewinnen. Diese Chance gilt es zu nutzen. Daß dabei die Ausgangslage und die Möglichkeit einzelner Länder, die freien Mittel an sich zu ziehen, recht unterschiedlich sind, wirft freilich — wie bereits erwähnt — das nicht minder schwierige Recycling-Problem auf (Ziffern 14 ff.).

III. Hin zum neuen Gleichgewicht

452. Längerfristig wird die infolge der Ölverteuerung aus der Balance geratene Weltwirtschaft einem neuen Gleichgewicht zustreben. Dies wird jedoch nicht, wie manche fürchten und andere hoffen, allein dadurch geschehen, daß sich die Strukturen von Produktion und Nachfrage allmählich der abrupt geänderten Preisstruktur anpassen. Vielmehr wird dieser Anpassungsprozeß in seinem Verlauf auch Rückwirkungen auf die Struktur der Preise von Gütern und Faktoren haben.

Auf ein neues Gleichgewicht hin wirkt, daß die Ölländer im Laufe der Zeit verstärkt

- ihre Mehreinnahmen aus dem Ölexport für Güter ausgeben werden, die sie in den Industrieländern kaufen und zu Hause verwenden,
- in anderen Entwicklungsländern — allein oder gemeinsam mit Industrieländern — direkt investieren werden, was ebenfalls zu Käufen in den Industrieländern führt,
- den anderen Entwicklungsländern Kredite zur Finanzierung von Projekten und Programmen, entweder direkt oder über eigene Fonds oder über bestehende internationale Institutionen, gewähren werden, was die gleiche Folge hat,
- in den Industrieländern direkt investieren werden, indem sie neue Projekte finanzieren, sich an deren Finanzierung beteiligen, Anteile an bestehenden Unternehmen oder ganze Unternehmen erwerben oder Immobilien erstehen, und
- den Industrieländern direkt oder über internationale Institutionen längerfristige Kredite einräumen werden, sei es in Form von Darlehen, sei es durch den Kauf von festverzinslichen Wertpapieren.

Je mehr dies geschieht, desto weniger wird die kurzfristige Anlage der Ölgelder eine Rolle spielen.
Das zukünftige Gleichgewicht hängt aber auch davon ab,

- inwieweit und zu welchen Konditionen die Industrieländer den Ölländern Anlagemöglichkeiten für ihr überschüssiges Kapital eröffnen,
- inwieweit es den Industrieländern gelingt, zunehmend Öl durch andere Produktionsfaktoren (nicht nur andere Energieträger) zu ersetzen, und
- ob und mit welchen Mitteln die Industrieländer die Erschließung eigener Ölvorkommen und anderer Energiequellen, sowie die Erforschung neuer Verfahren zur Energiegewinnung vorantreiben.

453. Allgemein hat überrascht, wieviel die Ölländer insgesamt im ersten Jahr nach der drastischen Ölpreissteigerung bereits absorbiert haben. Schätzungen gehen dahin, daß es sich bei den zusätzlichen Importen um fast ein Fünftel ihrer Mehreinnahmen gehandelt hat. Zwar ist durchaus denkbar, daß zunächst neben zusätzlichen Konsumwünschen auch Projekte vorhanden waren, die nur der Verwirklichung harrten. Selbst wenn der Anteil an den Mehreinnahmen, die für Importe verwendet werden, zunächst noch einmal zurückgehen sollte, mit-

telfristig wird er steigen, weil einige Ölproduzenten willens und in der Lage sind, ihre Länder forciert zu industrialisieren, zumal wenn Geld keine große Rolle spielt. Andere Ölländer werden hingegen auf Dauer Anlagemöglichkeiten für ihr Geld im Ausland suchen.

454. Ein Teil der überschüssigen Mittel wird in die Entwicklungshilfe für jene Länder gehen, die selbst über keine Quellen des Reichtums, wie knappe Rohstoffe, verfügen. Hier ist schon manches geschehen. Die Weltbank hat bis August Mittel in Höhe von 1,2 Mrd $ erhalten. Auch gibt es Fonds und bilaterale Abkommen der Ölländer, die aus den Überschüssen dotiert und mit denen Projekte und Programme in Entwicklungsländern finanziert werden; so haben etwa Algerien und die arabischen Staaten des Persischen Golfs einen Sonderfonds für afrikanische Länder eingerichtet, um deren Belastung durch den gestiegenen Ölpreis zu mildern. Der Iran vereinbarte mit Ägypten eine Kredithilfe in Höhe von 850 Mio $. Außerdem ist eine Reihe von Absichtserklärungen abgegeben worden. Selbst wenn angenommen wird, daß die Hilfsbereitschaft groß wäre, könnten doch die Bäume nicht in den Himmel wachsen, da die Fähigkeit der betreffenden Entwicklungsländer, Kapital zu absorbieren, nur langsam gesteigert werden kann; denn bald werden nicht mehr das Kapital, sondern das Know-how und qualifizierte Arbeit die limitierenden Faktoren sein. Hier würden, woran auch bereits gedacht ist, von Ölländern und Industrieländern gemeinschaftlich betriebene Fonds weiterhelfen, wobei von den Industrieländern Know-how und Fachkräfte zur Verfügung gestellt werden müßten. Soweit die Investitionsbereitschaft der Ölländer geht und soweit die begünstigten Entwicklungsländer Kapital absorbieren können, wird dies zu zusätzlichen Importen aus den Industrieländern führen.

455. Auch wenn man die eigene Absorption der Ölländer und deren Investitionen in den Entwicklungsländern großzügig bemißt, bleibt ein bedeutender, wenn auch abnehmender Teil der Mehreinnahmen aus Ölverkäufen übrig, der nur in den Industrieländern angelegt werden kann. Die Ölländer sind also darauf angewiesen, nach geeigneten Anlagemöglichkeiten zu suchen. Ihr Interesse geht freilich dahin, möglichst wertgesicherte und gut rentierliche Anlagen zu finden. Ihr Problem ist, daß Anlagen in den Ländern, die das Geld am nötigsten brauchen, oft am wenigsten sicher erscheinen. Erwerben die Ölländer Immobilien und Beteiligungen an angesehenen Unternehmen, so treiben sie deren Preise in die Höhe. Leihen sie ihr Geld langfristig an Banken aus oder kaufen sie festverzinsliche Wertpapiere, so drücken sie auf den Zins, und das bei den Beträgen, um die es sich handelt, möglicherweise nicht wenig.

456. Die Industrieländer wären allerdings nicht gut beraten, wenn sie den Ölländern nach Kräften langfristige Anlagemöglichkeiten verwehrten. Denn solange sie in hohem Maße vom Ölimport abhängig sind, müssen sie schon aus Gründen der Versorgungssicherheit daran interessiert sein, daß auch die Ölländer auf ihren Wohlstand und ihr wirtschaftliches Wachstum bedacht sind. Freilich schadeten sich die Industrieländer nur selbst, wenn sie aus Angst, sie könnten leer ausgehen, sich um die Ölgelder rangelten und dabei gegenseitig in den Konditionen überböten, obwohl auf längere Sicht immer weitere Ölmilliarden bei ihnen Anlage suchen werden. Da das Geld nicht von selbst in die krisen- und inflationsanfälligen Länder fließt, ist es notwendig und zweckmäßig, daß die Industrieländer gemeinschaftlich Anleihen zugunsten solcher Länder aufnehmen, wie es etwa bei der EG-Anleihe der Fall war (Ziffer 34). Ebenso gut, vielleicht besser sogar, eignen sich internationale Organisationen, an denen auch die Ölländer beteiligt sind, für die Kanalisierung der Zahlungsströme.

Auf keinen Fall sollte die momentane Sorge, die Schuldner, wer sie auch sein mögen, dazu verleiten, Konditionen zuzugestehen, die zu der reichlichen Verfügbarkeit von Kapital nicht passen. Kommt man beispielsweise dem Begehren der Ölländer nach Sicherheit bei der Anlage ihres Geldes entgegen, indem man entweder in Sonderziehungsrechten (Ziffer 25) oder in einer verhältnismäßig harten Währung kontrahiert oder indem man gar die Schuld an einen Preisindex von Industriegütern bindet, so müßte die vereinbarte Nominalverzinsung gering, sogar sehr gering ausfallen. Denn man darf nicht übersehen, daß Öl, das bei den gegenwärtigen Preisen im Boden bleibt, vermutlich künftig zu niedrigeren Preisen als gegenwärtig, die Inflation nicht gerechnet, verkauft werden muß.

457. Ein Druck auf den Ölpreis kann dadurch entstehen, daß die Verbraucherländer Öl einsparen, sei es indem sie das Öl durch andere Energieträger wie Kohle oder Erdgas ersetzen, sei es, daß sie mehr und mehr energiesparend produzieren. Was ein hoher Ölpreis in dieser Hinsicht zu bewirken vermag, hat das Jahr 1974 bereits gezeigt. Zwar nahm das reale Sozialprodukt der Industrieländer im ersten Halbjahr um 1½ vH ab; die Öleinfuhr aus den OPEC-Ländern sank jedoch in den ersten sechs Monaten dieses Jahres um rund 5 vH gegenüber der gleichen Vorjahresperiode. Zum alten Ölpreis hingegen wäre vermutlich sogar etwas mehr Öl als damals eingeführt worden. Der Einsparungseffekt dürfte sich freilich nicht beliebig fortsetzen lassen; er sollte aber auch nicht durch administrative Verbilligung gemindert werden. So gut es zu wissen ist, daß Sonntagsfahrverbot, Geschwindigkeitsbegrenzung und ähnliche administrative Maßnahmen im Ernstfall weitere Einsparungen möglich machen, so sind diese doch für zumindest jene Länder entbehrlich, die nicht unter besonderen Zahlungsbilanzschwierigkeiten leiden.

458. Hervorragende Bedeutung dafür, wie das langfristige Gleichgewicht schließlich aussehen wird, haben alle jene Maßnahmen und Handlungen, die darauf gerichtet sind, langfristig das Angebot an Öl und anderen Energien zu erhöhen und sich dadurch vom Öl der OPEC-Länder mehr und mehr unabhängig zu machen. Wie schon erwähnt, liegen die Ko-

sten für die Gewinnung von Öl aus Ölschiefern und Teersänden weit über den Produktionskosten des OPEC-Öls. Gewaltige Investitionen sind nötig, will man aus diesen Quellen neues Ölangebot schaffen. Große Risiken bergen auch Investitionen für die Erzeugung von Kernenergie.

So bedeutsam es ist, daß mit derartigen Investitionen möglichst bald in größerem Umfang begonnen wird, will man sich aus der Abhängigkeit von den jetzigen Öllieferländern befreien, so kann man sich doch nicht alleine darauf verlassen, daß die notwendigen Investitionsentscheidungen alsbald von privaten Unternehmen angesichts der gegenwärtigen hohen Preise für Rohöl getroffen werden; denn die Höhe des zukünftigen Preises ist ungewiß. Die Ölländer könnten stets den kostendeckenden Preis für das neu gewonnene Öl oder für äquivalente neue Energien unterbieten. Herrschte beim Ölangebot Wettbewerb, dann wäre die Erschließung dieser Energiequellen vorläufig auch noch nicht an der Reihe. Da aber Anbietermacht und nicht Wettbewerb den gegenwärtigen Ölpreis bestimmt, ist es gleichwohl aus Gründen der Versorgungssicherheit sinnvoll, solche Investitionen einzuleiten. Will man wegen der schlechten Erfahrungen mit Produktionen in staatlicher Regie lieber private Investoren auf den Plan rufen, so muß man ihnen gewisse Garantien dafür bieten, daß sie später ihre Erzeugnisse auch zu angemessenen Preisen werden absetzen können. Das geht auch jene Länder an, auf deren Gebiet sich keine oder wenig oder nur weniger gute Vorkommen befinden, die erschlossen werden könnten. Hier eröffnet sich ein Feld für die Kooperation unter den Industrieländern. Denn es sollten diejenigen Möglichkeiten zuerst ausgeschöpft werden, die am wenigsten kostspielig sind. Es wäre verhängnisvoll, wollte nun jedes Land eigene Energiequellen erschließen, gleichgültig wieviel Ressourcen es dafür aufzuwenden hätte. Es ist schon genug, daß überhaupt Produktionsfaktoren bei der Energieerzeugung fehlgelenkt werden müssen, damit der Macht der Ölländer Paroli geboten werden kann. Autarkiestreben der einzelnen Industrieländer wäre weit weniger erfolgreich und würde die Kosten dieser Strategie nur unnötig erhöhen.

459. Auf einem anderen Blatt steht, ob man es weitgehend den großen internationalen Ölkonzernen überlassen, ja ihnen vielleicht sogar steuerliche oder sonstige Anreize geben sollte, Investitionen zur Erschließung von Energiequellen, auch anderer Art als Öl, vorzunehmen. Zwar mögen die Ölkonzerne besondere Erfahrungen mitbringen, die bei solchen Investitionen genutzt werden könnten. Die Konzerne verfügen als oligopolistische Anbieter über so viel Macht, daß man diese nicht ohne besondere Not noch vergrößern sollte. Eine nationale Kontrolle ihrer Macht ist wegen der internationalen Verflechtung nicht recht möglich. Wegen der Undurchsichtigkeit der Unternehmensgebilde ist ein Urteil darüber, ob die Konzerne ihre Macht mißbrauchen, noch schwerer, als das allgemein schon der Fall ist. Ohne Zweifel haben die Ölgesellschaften während der Zeit des von den Ölländern gegenüber einigen Abnehmerländern verfügten Lieferboykotts und der Mengenbeschränkungen für die übrige Welt viel zum Ausgleich der unterschiedlichen Versorgungsschwierigkeiten auf lautlose Weise beigetragen. Wer aber den Standpunkt vertritt, daß wirtschaftliche Macht von Übel ist, muß darauf drängen, daß auch diese Gesellschaften, wenn ein ausreichender Grad von Wettbewerb und von Transparenz nicht hergestellt werden kann, einer Kontrolle unterworfen werden.

460. Wie das zukünftige Gleichgewicht aussehen wird, kann niemand genau voraussagen. Deshalb sind die Schätzungen der Kapitalbeträge, die die Ölländer exportieren, so unterschiedlich. Sie bewegen sich für die Zeit bis 1980 zwischen 300 Mrd $ und 800 Mrd $. Eines muß jedenfalls deutlich gesehen werden: Die Entwicklung des Ölpreises und der Realverzinsung der Ölgelder, Einsparungen im Verbrauch und Begrenzung der Angebotsexpansion sind voneinander abhängig. Ein hoher Ölpreis drückt nicht nur die Nachfrage; die aus ihm resultierenden Einnahmenüberschüsse der Ölländer drücken auch die Realverzinsung des Kapitals in der Welt. Der hohe Ölpreis fördert aber auch Investitionen zur Einsparung von Energie und zur Verbesserung des Energieangebots. Das mag wegen der vermehrten Kapitalnachfrage die Realverzinsung wieder aufbessern, den Ölpreis der Zukunft aber rascher hinabdrücken. Hohe Einnahmenüberschüsse beschleunigen die eigene Absorption der Ölländer; das wiederum dürfte den Terms-of-Trade-Gewinn der Ölländer schmälern.

Wie man das ganze auch wendet, sicher ist, daß die Ölländer nicht alles gleichzeitig haben können, einen im Verhältnis zum Preis ihrer Importgüter hohen Exportpreis für Öl, und den noch von langer Dauer, und eine gute, möglichst noch wertgesicherte Verzinsung ihres überschüssigen Kapitals. Mittel- und langfristig gesehen können die Verbraucherländer die Entwicklung also einigermaßen gelassen betrachten, wenn sie sich nicht durch die Anfangswirkungen der Ölpreiserhöhung zu sehr irritieren lassen und deshalb vorschnell Dinge tun, die sie langfristig binden. Hochrechnungen aus den ölbedingten Defiziten des ersten Jahres führen zu unrealistischen Ergebnissen über die zu erwartende Umverteilung des Reichtums in der Welt. Gewiß sind die Ölländer vorläufig die Gewinner, und das um so mehr, je stärker die Verbraucherländer sich bei ihren Entscheidungen von den augenblicklichen Sorgen fehlleiten lassen. Wieviel die Ölländer langfristig erreichen, ist jedenfalls nicht ausgemacht.

So paradox es auch klingen mag, weit beunruhigender als die langfristige Entwicklung ist die Frage, ob und wie die Industrieländer mit den unmittelbaren Folgen der Ölpreiserhöhung fertig werden, die für viele von ihnen schon bestehende Probleme, insbesondere die Inflation und außenwirtschaftliche Ungleichgewichte, noch verschärft haben. Wenn man dieser Probleme nicht Herr wird, drohen ernste Gefahren, nicht nur für die unmittelbar betroffenen Länder, sondern für die Gesamtheit der Industrieländer der westlichen Welt.

Anhang

Seite

I. Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 179

II. Auszug aus dem Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft 181

III. Verzeichnis der Gutachten des Sachverständigenrates 182

IV. Sondergutachten vom 17. Dezember 1973: Zu den gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen der Ölkrise 183

V. Methodische Erläuterungen 199

VI. Statistischer Anhang 203

I.

Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Vom 14. August 1963 (Bundesgesetzbl. I S. 685)

in der Fassung des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, vom 8. November 1966 (Bundesgesetzbl. I S. 633) — § 6 Abs. 1 —, und des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft, vom 8. Juni 1967 (Bundesgesetzbl. I S. 582) — § 6 Abs. 2

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

(1) Zur periodischen Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland und zur Erleichterung der Urteilsbildung bei allen wirtschaftspolitisch verantwortlichen Instanzen sowie in der Öffentlichkeit wird ein Rat von unabhängigen Sachverständigen gebildet.

(2) Der Sachverständigenrat besteht aus fünf Mitgliedern, die über besondere wirtschaftswissenschaftliche Kenntnisse und volkswirtschaftliche Erfahrungen verfügen müssen.

(3) Die Mitglieder des Sachverständigenrates dürfen weder der Regierung oder einer gesetzgebenden Körperschaft des Bundes oder eines Landes noch dem öffentlichen Dienst des Bundes, eines Landes oder einer sonstigen juristischen Person des öffentlichen Rechts, es sei denn als Hochschullehrer oder als Mitarbeiter eines wirtschafts- oder sozialwissenschaftlichen Institutes, angehören. Sie dürfen ferner nicht Repräsentant eines Wirtsaftsverbandes oder einer Organisation der Arbeitgeber oder Arbeitnehmer sein oder zu diesen in einem ständigen Dienst- oder Geschäftsbesorgungsverhältnis stehen. Sie dürfen auch nicht während des letzten Jahres vor der Berufung zum Mitglied des Sachverständigenrates eine derartige Stellung innegehabt haben.

§ 2

Der Sachverständigenrat soll in seinen Gutachten die jeweilige gesamtwirtschaftliche Lage und deren absehbare Entwicklung darstellen. Dabei soll er untersuchen, wie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig Stabilität des Preisniveaus, hoher Beschäftigungsstand und außenwirtschaftliches Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wachstum gewährleistet werden können. In die Untersuchung sollen auch die Bildung und die Verteilung von Einkommen und Vermögen einbezogen werden. Insbesondere soll der Sachverständigenrat die Ursachen von aktuellen und möglichen Spannungen zwischen der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und dem gesamtwirtschaftlichen Angebot aufzeigen, welche die in Satz 2 genannten Ziele gefährden. Bei der Untersuchung sollen jeweils verschiedene Annahmen zugrunde gelegt und deren unterschiedliche Wirkungen dargestellt und beurteilt werden. Der Sachverständigenrat soll Fehlentwicklungen und Möglichkeiten zu deren Vermeidung oder deren Beseitigung aufzeigen, jedoch keine Empfehlungen für bestimmte wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen aussprechen.

§ 3

(1) Der Sachverständigenrat ist nur an den durch dieses Gesetz begründeten Auftrag gebunden und in seiner Tätigkeit unabhängig.

(2) Vertritt eine Minderheit bei der Abfassung der Gutachten zu einzelnen Fragen eine abweichende Auffassung, so hat sie die Möglichkeit, diese in den Gutachten zum Ausdruck zu bringen.

§ 4

Der Sachverständigenrat kann vor Abfassung seiner Gutachten ihm geeignet erscheinenden Personen, insbesondere Vertretern von Organisationen des wirtschaftlichen und sozialen Lebens, Gelegenheit geben, zu wesentlichen sich aus seinem Auftrag ergebenden Fragen Stellung zu nehmen.

§ 5

(1) Der Sachverständigenrat kann, soweit er es zur Durchführung seines Auftrages für erforderlich hält, die fachlich zuständigen Bundesminister und den Präsidenten der Deutschen Bundesbank hören.

(2) Die fachlich zuständigen Bundesminister und der Präsident der Deutschen Bundesbank sind auf ihr Verlangen zu hören.

(3) Die Behörden des Bundes und der Länder leisten dem Sachverständigenrat Amtshilfe.

§ 6

(1) Der Sachverständigenrat erstattet jährlich ein Gutachten (Jahresgutachten) und leitet es der Bundesregierung bis zum 15. November zu. Das Jahresgutachten wird den gesetzgebenden Körperschaften von der Bundesregierung unverzüglich vorgelegt und zum gleichen Zeitpunkt vom Sachverständigenrat veröffentlicht. Spätestens acht Wochen nach der Vorlage nimmt die Bundesregierung gegenüber den gesetzgebenden Körperschaften zu dem Jahresgutachten Stellung. In der Stellungnahme sind insbesondere die wirtschaftspolitischen Schlußfolgerungen, die die Bundesregierung aus dem Gutachten zieht, darzulegen.

(2) Der Sachverständigenrat hat ein zusätzliches Gutachten zu erstatten, wenn auf einzelnen Gebieten Entwicklungen erkennbar werden, welche die in § 2 Satz 2 genannten Ziele gefährden. Die Bundesregierung kann den Sachverständigenrat mit der Erstattung weiterer Gutachten beauftragen. Der Sachverständigenrat leitet Gutachten nach Satz 1 und 2 der Bundesregierung zu und veröffentlicht sie; hinsichtlich des Zeitpunktes der Veröffentlichung führt er das Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft herbei.

§ 7

(1) Die Mitglieder des Sachverständigenrates werden auf Vorschlag der Bundesregierung durch den Bundespräsidenten berufen. Zum 1. März eines jeden Jahres — erstmals nach Ablauf des dritten Jahres nach Erstattung des ersten Gutachtens gemäß § 6 Abs. 1 Satz 1 — scheidet ein Mitglied aus. Die Reihenfolge des Ausscheidens wird in der ersten Sitzung des Sachverständigenrates durch das Los bestimmt.

(2) Der Bundespräsident beruft auf Vorschlag der Bundesregierung jeweils ein neues Mitglied für die Dauer von fünf Jahren. Wiederberufungen sind zulässig. Die Bundesregierung hört die Mitglieder des Sachverständigenrates an, bevor sie ein neues Mitglied vorschlägt.

(3) Die Mitglieder sind berechtigt, ihr Amt durch Erklärung gegenüber dem Bundespräsidenten niederzulegen.

(4) Scheidet ein Mitglied vorzeitig aus, so wird ein neues Mitglied für die Dauer der Amtszeit des ausgeschiedenen Mitglieds berufen; Absatz 2 gilt entsprechend.

§ 8

(1) Die Beschlüsse des Sachverständigenrates bedürfen der Zustimmung von mindestens drei Mitgliedern.

(2) Der Sachverständigenrat wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden für die Dauer von drei Jahren.

(3) Der Sachverständigenrat gibt sich eine Geschäftsordnung.

§ 9

Das Statistische Bundesamt nimmt die Aufgaben einer Geschäftsstelle des Sachverständigenrates wahr. Die Tätigkeit der Geschäftsstelle besteht in der Vermittlung und Zusammenstellung von Quellenmaterial, der technischen Vorbereitung der Sitzungen des Sachverständigenrates, dem Druck und der Veröffentlichung der Gutachten sowie der Erledigung der sonst anfallenden Verwaltungsaufgaben.

§ 10

Die Mitglieder des Sachverständigenrates und die Angehörigen der Geschäftsstelle sind zur Verschwiegenheit über die Beratungen und die vom Sachverständigenrat als vertraulich bezeichneten Beratungsunterlagen verpflichtet. Die Pflicht zur Verschwiegenheit bezieht sich auch auf Informationen, die dem Sachverständigenrat gegeben und als vertraulich bezeichnet werden.

§ 11

(1) Die Mitglieder des Sachverständigenrates erhalten eine pauschale Entschädigung sowie Ersatz ihrer Reisekosten. Diese werden vom Bundesminister für Wirtschaft im Einvernehmen mit dem Bundesminister des Innern festgesetzt.

(2) Die Kosten des Sachverständigenrates trägt der Bund.

§ 12

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin.

§ 13

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

II.

Auszug aus Bundesgesetzblatt, Jahrgang 1967, Teil I S. 582

Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft

Vom 8. Juni 1967

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

Bund und Länder haben bei ihren wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen die Erfordernisse des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zu beachten. Die Maßnahmen sind so zu treffen, daß sie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig zur Stabilität des Preisniveaus, zu einem hohen Beschäftigungsstand und außenwirtschaftlichem Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wirtschaftswachstum beitragen.

§ 2

(1) Die Bundesregierung legt im Januar eines jeden Jahres dem Bundestag und dem Bundesrat einen Jahreswirtschaftsbericht vor. Der Jahreswirtschaftsbericht enthält:

1. die Stellungnahme zu dem Jahresgutachten des Sachverständigenrates auf Grund des § 6 Abs. 1 Satz 3 des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vom 14. August 1963 (Bundesgesetzbl. I S. 685) in der Fassung des Gesetzes vom 8. November 1966 (Bundesgesetzbl. I S. 633);
2. eine Darlegung der für das laufende Jahr von der Bundesregierung angestrebten wirtschafts- und finanzpolitischen Ziele (Jahresprojektion); die Jahresprojektion bedient sich der Mittel und der Form der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, gegebenenfalls mit Alternativrechnungen;
3. eine Darlegung der für das laufende Jahr geplanten Wirtschafts- und Finanzpolitik.

(2) Maßnahmen nach § 6 Abs. 2 und 3 und nach den §§ 15 und 19 dieses Gesetzes sowie nach § 51 Abs. 3 des Einkommensteuergesetzes und nach § 19 c des Körperschaftsteuergesetzes dürfen nur getroffen werden, wenn die Bundesregierung gleichzeitig gegenüber dem Bundestag und dem Bundesrat begründet, daß diese Maßnahmen erforderlich sind, um eine Gefährdung der Ziele des § 1 zu verhindern.

§ 3

(1) Im Falle der Gefährdung eines der Ziele des § 1 stellt die Bundesregierung Orientierungsdaten für ein gleichzeitiges aufeinander abgestimmtes Verhalten (konzertierte Aktion) der Gebietskörperschaften, Gewerkschaften und Unternehmensverbände zur Erreichung der Ziele des § 1 zur Verfügung. Diese Orientierungsdaten enthalten insbesondere eine Darstellung der gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge im Hinblick auf die gegebene Situation.

(2) Der Bundesminister für Wirtschaft hat die Orientierungsdaten auf Verlangen eines der Beteiligten zu erläutern.

§ 4

...

III.

Verzeichnis der Gutachten des Sachverständigenrates

Als Veröffentlichungen des Sachverständigenrates sind bisher erschienen:

Jahresgutachten 1964/65: „Stabiles Geld — Stetiges Wachstum" (am 11. Januar 1965)

Jahresgutachten 1965/66: „Stabilisierung ohne Stagnation" (am 13. Dezember 1965)

Jahresgutachten 1966/67: „Expansion und Stabilität" (am 30. November 1966)

Jahresgutachten 1967/68: „Stabilität im Wachstum" (am 6. Dezember 1967); darin enthalten: Sondergutachten vom März 1967: „Zur Konjunkturlage im Frühjahr 1967"

Jahresgutachten 1968/69: „Alternativen außenwirtschaftlicher Anpassung" (am 4. Dezember 1968)

Jahresgutachten 1969/70: „Im Sog des Booms" (am 3. Dezember 1969); darin enthalten: Sondergutachten vom 30. Juni 1969 und 3. Juli 1968: „Binnenwirtschaftliche Stabilität und außenwirtschaftliches Gleichgewicht"; Sondergutachten vom 25. September 1969: „Zur lohn- und preispolitischen Situation Ende September 1969"; Sondergutachten vom 4. Oktober 1969: „Zur währungspolitischen Situation Anfang Oktober 1969"

Jahresgutachten 1970/71: „Konjunktur im Umbruch — Risiken und Chancen —" (am 3. Dezember 1970); darin enthalten: Sondergutachten vom 9. Mai 1970: „Zur Konjunkturlage im Frühjahr 1970"

Jahresgutachten 1971/72: „Währung, Geldwert, Wettbewerb — Entscheidungen für morgen —" (am 22. November 1971); darin enthalten: Sondergutachten vom 24. Mai 1971: „Zur konjunktur- und währungspolitischen Lage im Mai 1971"

Jahresgutachten 1972/73: „Gleicher Rang für den Geldwert" (am 6. Dezember 1972); darin enthalten: Sondergutachten vom 3. Juli 1972: „Zur währungspolitischen Lage im Juli 1972"

Jahresgutachten 1973/74: „Mut zur Stabilisierung" (am 22. November 1973); darin enthalten: Sondergutachten vom 4. Mai 1973: „Zur konjunkturpolitischen Lage im Mai 1973"

Das Sondergutachten vom 17. Dezember 1973: „Zu den gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen der Ölkrise" ist im Anhang dieses Jahresgutachtens enthalten.

Alle Veröffentlichungen sind im W. Kohlhammer-Verlag Stuttgart-Mainz erschienen.

IV.

SACHVERSTÄNDIGENRAT
zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Sondergutachten vom 17. Dezember 1973

Zu den gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen der Ölkrise

I. Einleitung

1. Als der Sachverständigenrat Mitte November mit den abschließenden Arbeiten an seinem Jahresgutachten befaßt war, wurde von Tag zu Tag klarer erkennbar, daß der Bundesrepublik wie anderen Industrieländern der westlichen Welt Einschränkungen in der Versorgung mit Erdöl drohten, die die Wirtschaftspolitik vor bisher unbekannte Aufgaben stellen würden. Dem gesetzlichen Auftrag gemäß und entsprechend den Erfordernissen der Monate und Wochen, in denen das Jahresgutachten geplant, entworfen und niedergeschrieben worden war, widmete es sich den Fragen, welche Wege die Stabilisierungspolitik in einer Phase der Konjunkturabschwächung bei so gut wie ungebrochenem inflatorischen Preisanstieg zu gehen habe, sollte dabei das Risiko eines Beschäftigungsrückgangs so klein wie möglich gehalten werden. Es lag nahe, nun auch die Fragen einzubeziehen, die die Erdölkrise aufwarf. Nach reiflicher Überlegung kam der Rat jedoch zu dem Schluß, von einer Überarbeitung und Erweiterung des Gutachtens abzusehen. Noch lagen zu wenig konkrete Informationen über die Vorgänge auf dem Mineralölmarkt vor, um mehr als Allgemeines und Spekulatives über die auftauchenden Probleme der Energieversorgung auszusagen.

Der Sachverständigenrat legt nunmehr gemäß § 6 Abs. 2 des Sachverständigenratsgesetzes der Bundesregierung ein Sondergutachten vor, das den Auswirkungen der Erdölkrise auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung gewidmet ist.

2. Seit den fünfziger Jahren hat sich die Struktur der Energiewirtschaft in außergewöhnlich raschem Tempo gewandelt: Die Steinkohle, bis dahin die klassische Energiequelle der modernen Industriewirtschaften, wurde in der Industrie, im Verkehrswesen und in den privaten Haushalten mehr und mehr durch Mineralölprodukte ersetzt. Erhebliche Preisdifferenzen, aber auch technische Vorzüge, Bequemlichkeit und Sauberkeit sprachen für die Substitution. Der energiepolitische Verzicht auf billige Importkohle beschleunigte diesen Prozeß. Hinzu kam, daß der Bedarf an Benzin und Dieselöl in dem Maße wuchs, in dem die Motorisierung in allen Bereichen zunahm. Dies alles führte dazu, daß das Erdöl innerhalb verhältnismäßig kurzer Zeit zur wichtigsten Energiequelle wurde. Nicht weniger als 55 vH des Verbrauchs an Primärenergie werden heute durch das Mineralöl gedeckt.

3. Für die Versorgung mit Mineralöl spielt die heimische Erzeugung nur eine untergeordnete Rolle. Der Bedarf muß so gut wie ganz durch Einfuhren gedeckt werden. Dabei stammen etwa zwei Drittel der Einfuhren aus den Ländern des Nahen Ostens. Mehr und mehr bricht sich bei den Regierungen dieser Länder die Überzeugung Bahn, daß es für sie zweckmäßig sei, ihre Ölvorkommen zu schonen und deshalb die Ausfuhr zu drosseln. Um den Einnahmenausfall wettzumachen, gingen sie gleichzeitig dazu über, die Preise drastisch zu erhöhen. Der Krieg mit Israel ließ schließlich das Erdöl zur Waffe werden, die es den arabischen Ländern erlaubte, durch vollkommenes Embargo oder durch Reduktion der Belieferung politischen Druck auf die Länder der westlichen Welt auszuüben.

4. Die Einschränkung in der Versorgung mit Mineralölprodukten trifft unmittelbar oder mittelbar so gut wie alle Wirtschaftsbereiche und verändert die gesamtwirtschaftlichen Größen. Diese Wirkungen abzuschätzen und zu fragen, welche Möglichkeiten sich anbieten, mit einem Minimum an Eingriffen in die marktwirtschaftliche Ordnung der Probleme Herr zu werden, ist Gegenstand des vorliegenden Sondergutachtens. Dafür hatten wir eine Annahme hinsichtlich des Ausmaßes und der Dauer der Erdölkrise zu treffen. Wir haben angenommen, daß die arabischen Staaten ihre Restriktion der Erdölförderung gegenüber dem, was für Januar 1974 geplant ist, weder verschärfen noch lockern und daß das ganze Jahr 1974 im Zeichen der sich daraus für den Erdölmarkt ergebenden Bedingungen stehen wird. Bei der Annahme über die Dauer haben wir uns auch von der Vorstellung leiten lassen, daß wie erwähnt die Frage der Lieferbereitschaft der arabischen Länder nicht allein vom politischen Anlaß der Krise her zu sehen ist. Kaum nötig ist der Hinweis, daß es sich hier um Annahmen handelt, die von der Wirklichkeit sowohl nach dem Guten wie nach dem Schlechten hin überholt werden können.

5. Unerhört vielfältig und miteinander verflochten sind die Fragen, die die Menschen im Zusammenhang mit der Erdölkrise beschäftigen:

Wie knapp wird Erdöl 1974 sein? Wie groß sind die Substitutionsmöglichkeiten im Ernergiebereich, und wie kann man es dahin bringen, daß sie genutzt werden? Wie sollen die knapp gewordenen Energieträger zugeteilt werden, damit der Ausfall bei Produktion und Beschäftigung, der zusätzliche Preisauftrieb sowie soziale Härten möglichst gering bleiben? Über den Preis? Durch Rationierung? Über den Preis, kombiniert mit Verwendungsbeschränkungen? Über den Preis, kombiniert mit sozialen Hilfen? Wird es noch einmal einen Schub an Preissteigerungen geben?

Sollen und können Übergewinne der Mineralölwirtschaft verhindert werden? Sollen und können Knappheitsgewinne in anderen Bereichen verhindert werden? Können soziale Härten einer engpaßbedingten Verteuerung bestimmter Waren gemildert werden? Wie stark werden die Produktionsmöglichkeiten beschränkt sein? Wird die Nachfrage ohne Änderung des Stabilisierungskurses der Wirtschaftspolitik die reduzierten Produktionsmöglichkeiten immerhin ausschöpfen? Wie viele Menschen werden arbeitslos werden? Wieviel davon ist unvermeidlich? Wird es schwere Beschäftigungseinbrüche in Teilbereichen der Volkswirtschaft geben? Aufgrund von Angebotsengpässen, etwa in chemieabhängigen Wirtschaftszweigen? Aufgrund ölkrisenbedingter Nachfrageausfälle, etwa im Automobilsektor? Wie groß ist die anzustrebende gesamtwirtschaftliche Ausgabenexpansion? Ist es die Globalsteuerung, die helfen kann? Die Strukturpolitik? Wie groß ist das verteilbare Einkommen der Volkswirtschaft, wenn die Preissteigerungen auf das unvermeidliche Maß beschränkt bleiben sollen? Welche Lohnerhöhungen sind angemessen? Wie sollen die ölkrisenbedingten Preissteigerungen in der Lohnpolitik behandelt werden? Was soll die Wirtschaftspolitik anders zusätzlich machen, wenn sich die Ölkrise gegenüber dem gegenwärtig allenthalben angenommenen Krisentyp wesentlich verschärft? Und wenn sie sich überraschend rasch abschwächt? Was muß die Bundesrepublik auf europäischer Ebene tun? Müssen sofort Maßnahmen ergriffen werden, die für die Zukunft die Volkswirtschaft gegenüber Gefahren wie den gegenwärtigen besser absichern? Ist eine solche Absicherung überhaupt möglich? Wie kann und muß sich die Volkswirtschaft an eine wahrscheinlich dauerhaft teurere Energieversorgung anpassen? Wie weit kann eine solche Verteuerung gehen? Ist möglicherweise für längere Zeit wirtschaftliches Wachstum unmöglich geworden?

Wir können nicht sagen, daß wir auf alle diese Fragen eine Antwort wüßten, die wir ausreichend fänden. Man muß aber auch nicht alle Antworten haben, um vernünftige Entscheidungen treffen zu können. Mehr denn je besteht Anlaß zu der Einsicht, daß es nicht die Machbarkeit der gesamtwirtschaftlichen Größen ist, die der Wirtschaftspolitik Führung gibt, sondern die Einsicht in die Zusammenhänge, wobei Quanten nur das Gerüst sind, die das relative Gewicht von Problemen zu erkennen erlauben.

II. Zur Lage

6. Nachdem die Belieferung der Bundesrepublik mit Rohöl und Mineralölerzeugnissen bis Ende November 1973 noch kaum beeinträchtigt war, sind inzwischen die ersten Auswirkungen der Lieferbeschränkungen, die die arabischen Staaten verfügt haben, spürbar. Im Dezember dürften die Gesamteinfuhren um etwa 6 vH hinter den bei normaler Entwicklung erwarteten Mengen zurückbleiben. Voll werden die bisherigen Förderkürzungen wegen der mehrwöchigen Transportdauer des Öls aus den Ländern um den Persischen Golf erst im Januar 1974 sichtbar sein. Es werden dann voraussichtlich 15 vH weniger Rohöl und Ölprodukte importiert werden können als im Januar 1973 (11,8 Millionen t); gemessen an dem inzwischen noch gewachsenen Bedarf werden sogar 20 vH der Einfuhrmenge fehlen.

Bei einzelnen Produkten sind die Verknappungen noch größer. Spürbare Engpässe bestehen bei der Versorgung mit Rohbenzin (Naphta), das Grundlage für eine Vielzahl von chemischen Erzeugnissen ist. Auch bei schwerem Heizöl ist der Mangel ausgeprägt. Zum Teil ist dies damit zu erklären, daß die Raffinerien jetzt relativ mehr leichteres Rohöl erhalten. Stark wirken sich auch die besonderen Versorgungsschwierigkeiten der holländischen Raffinerien aus, die sonst annähernd die Hälfte der deutschen Einfuhr an Mineralölprodukten liefern.

Von der Einschränkung der Erdölförderung durch die arabischen Staaten werden die einzelnen Länder unterschiedlich betroffen. Um eine möglichst gleichmäßige Versorgung der Abnehmerländer sicherzustellen, verlangt das von den Erdölgesellschaften, die Zuordnung von Empfängerländern und Förderländern zu verändern; das bedingt Umstellungen im Erdöltransport und in den Raffinerien. Dadurch können zeitweilig Engpässe in der Belieferung der Verbraucher auftreten. So wird das Angebot nicht nur durch die Kürzung der Erdölförderung verringert, sondern kurzfristig möglicherweise auch durch Friktionen in der Verteilung und Verarbeitung von Erdöl.

7. Für den Januar 1974 haben die arabischen Staaten eine weitere Kürzung ihrer Förderungen um 5 vH beschlossen; diese wären dann um 30 vH niedriger als im September 1973. Noch ist nicht sicher, ob alle Länder dies wahrmachen werden; ungewiß ist auch, wie lange es bei einer solchen Kürzung bleibt, und in welchem Umfang zum Ausgleich die Bezüge aus anderen Ländern gesteigert werden können.

Der Sachverständigenrat hat dazu Experten gehört. Er hat den Eindruck gewonnen, daß die Annahme realistisch erscheint, die westdeutsche Wirtschaft werde 1974 mit 25 vH bis 30 vH weniger arabischem Öl auskommen müssen. Da dieses bisher rund zwei Drittel unseres Rohölbedarfs deckte, entspricht das einer Verringerung der Versorgung um etwa 15 vH bis 20 vH. Bei der Einfuhr von Mineralölprodukten dürfte der Ausfall eher an der Obergrenze dieses Bandes liegen. Wir sind daher in unseren Überlegungen davon ausgegangen, daß die Versorgungslage 1974 durch ein Minderaufkommen an Mineralöl und Ölprodukten um annähernd 20 vH gekennzeichnet sein wird; das sind rund 30 Millionen t, gemessen an dem, was vor der Krise bei einer dem Wachstum des Produktionspotentials entsprechenden Zunahme des Sozialprodukts im kommenden Jahr benötigt worden wäre.

8. Vom Gesamtaufkommen an Mineralölerzeugnissen (nach Umwandlung) verbrauchen die Haushalte und Kleinverbraucher einschließlich militärischer Dienststellen knapp 40 vH, die Industrie reichlich 20 vH als Energie und weitere 15 vH für nichtenergetische Zwecke, der Verkehr etwa 25 vH.

Die 1974 auftretende Angebotslücke läßt sich zum Teil durch sparsameren Umgang mit der Energie schließen; ganz beseitigen läßt sie sich damit jedoch nicht. Will man den Rückgriff auf die freiwilligen oder gar auf die gesetzlichen Reserven der Mineralölwirtschaft vermeiden — zusammen beliefen sie sich Anfang Dezember 1973 auf mehr als 23 Millionen t —, so bleibt neben einer stärkeren Nutzung der hohen Lagerbestände der Haushalte, die derzeit auf 20 bis 25 Millionen t leichtes Heizöl geschätzt werden, vor allem die Möglichkeit, Mineralöl durch andere Energieträger zu ersetzen.

9. Für die Substitution von Mineralöl kommt im wesentlichen nur Steinkohle in Betracht, da der Bezug von Erdgas und die Förderung von Braunkohle im Jahre 1974 über die Planansätze hinaus kaum weiter gesteigert werden können. Nach Auffassung der Energieexperten der Regierung, der Wirtschaftsforschungsinstitute und der Industrie erscheint es technisch möglich, innerhalb von 12 Monaten 7,7 bis 8,7 Millionen t schweres und 6,1 bis 9,2 Millionen t leichtes Heizöl durch Kohle zu ersetzen, sofern die Substitution unverzüglich eingeleitet wird. Der Mehrbedarf an Steinkohle könnte durch einen Abbau der vorhandenen Haldenbestände, die derzeit rund 17 Millionen t betragen und durch eine erhöhte Förderung gedeckt werden. Auch die Transportmöglichkeiten ließen eine solche Umstellung zu. Eine andere Frage ist, ob die vorhandenen Substitutionsmöglichkeiten auch genutzt werden.

10. Durch die Verringerung der Rohölimporte wird die Wirtschaft der Bundesrepublik vor das Problem gestellt, daß infolge eines Rohstoffengpasses die vorhandenen Produktionsmöglichkeiten nicht ausgeschöpft werden können; der Mangel an Erdöl setzt der Ausweitung des Angebots Grenzen. Das ist eine neue Situation. Bisher bestimmten der Kapitalbestand sowie die zu erwartenden Investitionen und das verfügbare Arbeitsvolumen die Höhe der Wachstumsrate des Produktionspotentials. Rohstoffengpässe traten nicht auf oder konnten ohne Störungen des Wachstumsprozesses rasch überwunden werden, das heißt, die Rohstoffversorgung paßte sich dem Wachstumsprozeß elastisch an. Nunmehr werden die Produktionsmöglichkeiten von der Erdölversorgung limitiert.

11. Aber nicht nur das Angebot, sondern auch die Nachfrage wird direkt von der Erdölkrise betroffen. Weniger Rohölzufuhren bedeuten für private Haushalte u. a. weniger Benzin. Eine solche Einschränkung der Benzinversorgung aber zwingt, weniger als bisher mit dem eigenen Auto zu fahren. Augenblicklich wird das durch Sonntagsfahrverbot und Geschwindigkeitsbegrenzung erreicht. Weniger weit fahren und weniger schnell fahren heißt aber auch, weniger oft und weniger große Wagen kaufen. Die Drosselung der Rohölzufuhr führt also zu einem Absinken der Nachfrage nach Automobilen und trifft damit einen Wirtschaftszweig, der seinerseits wieder eng mit anderen Wirtschaftszweigen als Abnehmer von Vorprodukten verbunden ist. Wird das Autofahren eingeschränkt, dann fallen die nicht so wichtigen Fahrten fort. Auch das ist mit einem Nachfrageausfall verbunden, der hier vor allem die Gastronomie trifft. So treten mit der Erdölkrise partiell Nachfragerückgänge auf, von denen einige Wirtschaftszweige besonders hart getroffen werden.

12. Die Vollbeschäftigung wird durch die Erdölkrise von zwei Seiten gefährdet: Durch die Einschränkung der Produktionsmöglichkeiten und durch den partiellen Nachfragerückgang. Was sich von beiden stärker auswirkt, bestimmt die tatsächliche Produktion und Beschäftigung. Reicht die Erdölversorgung nicht mehr aus, die vorhandenen Kapazitäten optimal auszulasten und muß die Produktion gedrosselt oder eingeschränkt werden, dann wird Arbeit freigesetzt. Das kann zu Kurzarbeit führen, aber auch zu Arbeitslosigkeit. Ein Nachfragerückgang in einzelnen Bereichen hat dort Produktionseinschränkungen zur Folge und damit Kurzarbeit oder Arbeitslosigkeit. Stehen den Nachfragerückgängen in einigen Bereichen Nachfragesteigerungen in anderen Bereichen gegenüber, dann braucht es insgesamt nicht zu einer Freisetzung von Arbeitskräften zu kommen, vorausgesetzt, Ausbildung und Mobilität der freigesetzten Arbeitskräfte ermöglichen einen Arbeitsplatzwechsel. Wenn dagegen den Minderausgaben in einigen Bereichen keine Mehrausgaben in anderen Bereichen gegenüberstehen, der partielle Nachfragerückgang also zu einer Erhöhung der privaten Ersparnis führt, dann besteht die Gefahr, daß die Nachfrage nicht ausreicht, selbst die durch die Ölkrise verringerten Produktionsmöglichkeiten auszufüllen, und daß dadurch Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit entstehen.

Die Wirtschaft sieht sich durch die Verringerung der Rohölzufuhren also mit neuen Schwierigkeiten konfrontiert, Schwierigkeiten, denen nicht mit den herkömmlichen Mitteln konjunktureller Steuerung Herr zu werden ist. Zwar sind ausreichend Arbeitsplätze vorhanden, um jedem Arbeitswilligen Arbeit zu geben, und das umfangreiche und weiter zunehmende Anlagevermögen würde einen realen Zuwachs an Gütern und Leistungen ermöglichen, jedoch mangelt es an einem wichtigen Rohstoff, um die Maschinen voll laufen zu lassen und alle Arbeitsplätze besetzen zu können. Der Erdölengpaß verringert das Wachstum, ja führt möglicherweise zur Stagnation, und Arbeitskräfte werden freigesetzt.

13. Das Erdöl wird teurer; die Förderländer verlangen einen höheren Preis. Am Markt vorhandene „freie Spitzen" müssen zu Preisen erworben werden, die oft ein Vielfaches der Preise vor der Erdölkrise betragen. Die Kosten für importiertes Rohöl steigen. Im Inland ist Erdöl knapp: Die verfügbaren Mengen sind geringer als die Mengen, die die Erdölverbraucher zu erwerben hofften. Der Preis für das knappe Gut Erdöl geht hinauf. Aber höhere Preise für Erdöl bedeuten auch höhere Preise für Erdölprodukte. Teurer werden dann z. B. Synthese-Fasern für die Textilproduktion, Kunststoffe für die Elektroindustrie, Synthese-Kautschuk für die Automobilindustrie, Kunstharze für die Farbenindustrie, Verpackungen im Einzelhandel, Düngemittel für die Landwirtschaft und Kosmetika. Erdöl und Erdölprodukte stehen in Konkurrenz zu anderen Waren: das Erdöl zur Kohle,

die Kunstfaser zur Wolle, der Kunststoff zu Holz oder Gummi. Der Mangel an Erdöl und Erdölprodukten und die steigenden Preise für diese Waren führen zu einer Verlagerung der Nachfrage auf die Substitutionsgüter, deren Preise dadurch ebenfalls angehoben werden. Und schließlich treten kurzfristige Friktionen in der Belieferung mit Erdölprodukten auf, sei es, daß zeitweise die Belieferung mit Rohöl stockt oder es zeitweise an bestimmten Erdölderivaten mangelt. Auch diese Friktionen führen zu Preiserhöhungen. Von den Preissteigerungen beim Erdöl wird die ganze Wirtschaft berührt. Zwar ist der Anteil der Kosten für Erdöl an den Gesamtkosten gering, stärkere Preissteigerungen für dieses Produkt aber können durchaus zu einer merkbaren Verteuerung beitragen und die von der Wirtschaftspolitik angestrebte Verringerung des Preisauftriebs behindern. In Teilbereichen fällt Nachfrage als Folge der Erdölkrise aus. Hier kann es zu einer Preisberuhigung kommen. Dem können Preissteigerungen in anderen Bereichen gegenüberstehen, wenn die Nachfrage sich dorthin verlagert.

14. Die erdölbedingte Beeinträchtigung der Produktionsmöglichkeiten bedeutet, daß 1974 weniger Realeinkommen als im Vorjahr zusätzlich verteilt werden kann, möglicherweise insgesamt nicht mehr als 1973. Schon bisher gingen die Ansprüche über das hinaus, was real befriedigt werden konnte. Nun kommen neue Ansprüche hinzu, die von allen Gruppen geltend gemacht werden, vom Staat, der Wirtschaft und den privaten Haushalten. Sie können nicht alle befriedigt werden. Aber wer will und soll zurückstehen? Man wird wohl kaum einem Bereich die ganze Last der Anpassung an die verringerten Produktionsmöglichkeiten aufbürden können. Zurückhaltung in allen Bereichen ist unumgänglich, bei den privaten und öffentlichen Investitionen allerdings weniger als beim privaten Verbrauch.

Verteilungsprobleme entstehen nicht nur durch die Verringerung der Produktionsmöglichkeiten insgesamt, sondern auch durch partielle Mangelerscheinungen an Erdöl und Erdölprodukten und den daraus resultierenden Preissteigerungen. Es entstehen Knappheitsrenten, das heißt zusätzliche Gewinne. Diese gehen entweder zu Lasten von Gewinnen anderer Unternehmen, die von Absatzminderungen getroffen werden oder zu Lasten der privaten Haushalte, wenn sie die Knappheitspreise zahlen. Solche Umverteilungsgewinne können dazu beitragen, daß das Angebot an Erdöl und Erdölprodukten erhöht und Substitutionsprozesse in Gang gesetzt werden; eine stärkere Umverteilung kann aber auch zu einer unzumutbaren Belastung einzelner Wirtschaftsbereiche und des sozialen Friedens führen und würde damit zu einem Problem der Wirtschaftspolitik.

15. Die Auswirkungen der Erdölkrise haben die Probleme der Stabilisierungspolitik nicht verdrängt, sondern verschärft. Viel kommt jetzt darauf an, Wege zu finden, auf denen man sich mit den Antworten auf die Erdölkrise nicht zugleich die Möglichkeit nimmt, am Stabilisierungsziel unbeirrt festzuhalten. Ob dies gelingt, wird nicht zuletzt davon abhängen, mit welchem Geschick die Aufgabe gelöst wird, den verknappten Rohstoff auf die verschiedenen Verwendungszwecke und Verbraucher aufzuteilen.

III. Das Zuteilungsproblem

16. Im Rahmen einer marktwirtschaftlichen Ordnung wird das Zuteilungsproblem über die Veränderung der relativen Preise gelöst. Die sich gleichzeitig verändernden Bedingungen für Produktion, Beschäftigung und Gewinnerzielung sorgen dafür, daß sich allmählich auch die Produktionsstruktur den veränderten Knappheitsverhältnissen anpaßt. Das Wachstum, das zunächst durch den verknappten Faktor begrenzt ist, braucht deshalb langfristig nicht beeinträchtigt zu werden.

17. *Wird ein Gut knapp, so steigt sein Preis. Um wieviel der Preis steigt, hängt davon ab, wie stark die Nachfrage nach dem Gut bei steigendem Preis zurückgeht und wieviel an zusätzlichem Angebot durch das Anziehen des Preises hervorgelockt werden kann. Je preiselastischer die Nachfrage und das Angebot sind, desto geringer wird der Preisanstieg sein, der nötig ist, damit sich Angebot und Nachfrage wieder decken. Handelt es sich um ein nicht in beliebigen Mengen produzierbares Gut, dessen Angebot, wie jetzt beim Erdöl, künstlich beschränkt wird, dann ist das Angebot unelastisch, im Grenzfall sogar starr. Ist dieses Gut außerdem noch ein wichtiger Produktionsfaktor, der in manchen Produktionen aus technischen Gründen in einem relativ festen Einsatzverhältnis zu anderen Produktionsfaktoren steht, so ist auch die Nachfrage unelastisch. Bei unelastischem Angebot und unelastischer Nachfrage ist ein im Verhältnis zu der Entwicklung der übrigen Preise sehr großer Preisanstieg nötig, um die Nachfrage soweit zurückzudrängen, daß sie dem verknappten Angebot und damit auch der verminderten Produktion und Beschäftigung entspricht. Der Preisanstieg kann jedoch geringer ausfallen, wenn es technisch möglich ist und bei allmählich steigendem Preis auch immer lohnender wird, das fragliche Gut durch ein anderes oder mehrere andere zu ersetzen. Handelt es sich wie beim Erdöl um einen Produktionsfaktor, so vollzieht sich diese Substitution auf zweierlei Weise. Zum einen werden Erdöl und Ölprodukte in den Produktionsprozessen durch andere Energieträger und Rohstoffe ersetzt, und zwar um so mehr, je höher ihr Preis in Relation zu den Preisen der Substitutionsgüter steigt und je länger der Zeitraum ist, für den die Verknappung erwartet wird. Zum anderen ändern sich die nachgefragten Mengen der Güter des privaten Verbrauchs, weil sich die Preise der Güter unterschiedlich entwickeln. Dadurch entstehen Produktions- und Beschäftigungsprobleme in Teilbereichen der Wirtschaft. Der durch die Veränderung der relativen Preise ausgelöste Wandel in den Verbrauchsgewohnheiten braucht Zeit; noch mehr Zeit mag vergehen, bis der Wandel in der Nachfragestruktur eine entsprechende Anpassung in der Produktionsstruktur bewirkt hat.*

18. *Würde das Rohöl ganz allmählich knapper und teurer, so vollzögen sich die beschriebenen Anpassungsprozesse ebenfalls langsam und ohne gravierende Störungen. Steht hingegen plötzlich und unerwartet eine nennenswert geringere Menge an Rohöl zur Verfügung, so können die unmittelbaren Auswirkungen auf Produktion und Beschäftigung, Preisniveau und Einkommensverteilung Ausmaße erreichen, die im Verhältnis zu den gewünschten längerfristigen Wirkungen unangemessen groß erscheinen. Verfehlt wäre es freilich, wegen solcher Befürchtun-*

gen den Preismechanismus außer Funktion zu setzen und die Probleme über rasch ersonnene Zuteilungssysteme lösen zu wollen, denn dann würde man die Produktivkraft der Volkswirtschaft mit Sicherheit weit mehr als notwendig schmälern. Man verlöre völlig den Boden unter den Füßen, wenn das Problem der Zuteilung der knappen Produkte auf die verschiedenen Verwendungszwecke nicht so weit wie möglich über die Preise gelöst würde. Wichtig kann es allerdings sein, den Anpassungsprozeß zu entlasten, um die unerwünschten Nebenwirkungen hinsichtlich Einkommensverteilung und Beschäftigung gering zu halten.

19. Im konkreten Fall, den wir angenommen haben, wird die Versorgung mit Mineralöl und Ölprodukten für das ganze Jahr 1974 um 30 Millionen t geringer ausfallen, als vor der Krise erwartet wurde. Will man einerseits den Lenkungsmechanismus der Preise seiner großen Vorzüge wegen aufrechterhalten, andererseits aber trotzdem unerwünscht große Auswirkungen auf Produktion, Beschäftigung und Verteilung verhindern, so muß nach Wegen gesucht werden, wie die Nachfrage vorweg durch möglichst einfache Eingriffe (einschließlich der Einflußnahme auf Verhaltensweisen) beschnitten werden kann, deren Folgen für die von ihnen Betroffenen zumutbar sind und die keine oder nur geringe Auswirkungen auf Produktion und Beschäftigung haben. Anzustreben wäre, die Nachfrage auf diese Weise dem verminderten Angebot so weit anzupassen, daß im übrigen, und das heißt im größten Teil der Volkswirtschaft, der Ausgleich von Angebot und Nachfrage dem Markt und damit grundsätzlich auch dem freien Spiel der Preise überlassen bleiben kann, ohne daß dabei noch Beschäftigungseinbrüche und Änderungen der Einkommensverteilung befürchtet werden müßten, die weit über das hinausgehen, was auch konjunkturelle Schwankungen mit sich bringen. Zu beachten ist, daß schon leichte, erst recht freilich schwere Eingriffe in den marktwirtschaftlichen Prozeß eine möglicherweise längerfristig gewünschte Anpassung verzögern können. Dies wiegt um so schwerer, je mehr man damit rechnen muß, daß eine unterstellte Verknappung von Erdöl länger als ein Jahr anhält und sich im Zeitablauf womöglich noch verschärft. Um diese Verzögerung der langfristigen Anpassung möglichst gering zu halten, müssen frühzeitig Entwicklungen in die Wege geleitet werden, die allmählich einer aus der Ölverknappung resultierenden zunehmenden Energieknappheit entgegenwirken (Ziffer 63).

Einsparung von Heizöl

20. Keine negativen Nebenwirkungen auf Produktion und Beschäftigung dürften die vorgesehenen Einsparungen von leichtem Heizöl in privaten Haushalten und bei gewerblichen Kleinverbrauchern haben. Ein Appell, die Raumtemperatur um ein bis zwei Grad zu senken und nicht oder wenig genutzte Räume nicht zu beheizen, könnte bei normalem Winterwetter eine Verbrauchsminderung von mehreren Millionen Tonnen leichten Heizöls erbringen. Wir haben in unsere Rechnung eine Einsparung von 4 Millionen t eingesetzt. Auch durch eine Verminderung der durchschnittlichen Füllung der Öltanks, eine bei Fortdauer der Ölkrise über 1974 hinaus freilich nur begrenzt wiederholbare Aktion, würde den Ölbedarf nennenswert senken. Sorgte man dafür, daß die Füllung der Öltanks im Jahresmittel um 20 vH gesenkt würde, so ergäbe sich bei der angenommenen Tanklagerkapazität von knapp 30 Millionen t eine Einsparung um 6 Millionen t. Hinzu käme dann noch die schwer abzuschätzende Substitution von Heizöl durch Kohle bei Haushalten und Kleinverbrauchern. Von der technisch möglichen Substitution wird um so mehr in die Tat umgesetzt werden, je mehr sich das Verhältnis der Preise von Heizöl und Kohle zuungunsten des Heizöls verschiebt. Wir haben angenommen, daß die Haushalte und Kleinverbraucher, nimmt man alles zusammen, mit insgesamt 12½ Millionen t leichtem Heizöl weniger beliefert werden könnten. Damit soziale Härten vermieden werden, die durch den Anstieg der Heizölpreise entstehen, sind bereits globale Zuschüsse an Wohngeldempfänger beschlossen worden. Die Zuschüsse sind im allgemeinen nicht an die verbrauchten Mengen gebunden, so daß der Anreiz zur Einsparung von Heizöl bestehen bleibt. Unterschiedliche Belastungen der Haushalte, die aus erheblichen Unterschieden in den Heizölpreisen entstehen, muß man hinnehmen, will man nicht das gesamte Heizöl verteuern oder komplizierte Zuteilungssysteme praktizieren.

Auch in der Industrie gibt es Einsparungsmöglichkeiten, die keine Minderung der Produktion im Gefolge haben. Wir haben dafür 0,5 Millionen t Heizöl angesetzt, obwohl nicht auszuschließen ist, daß konsequentes Aufspüren unnötigen Energieverbrauchs noch größere Einsparungen möglich machte.

Substitution von Heizöl

21. An nächster Stelle wäre die Substitution von schwerem Heizöl durch Kohle zu nennen. Wir sind davon ausgegangen, daß das schwere Heizöl im Preis weiter ansteigt, so daß für immer mehr Verbraucher, für die eine Substitution technisch möglich ist, diese auch ökonomisch sinnvoll wird. Für die Umstellung auf Kohle spielt jedoch nicht nur der jeweilige Preis, sondern auch der zukünftig erwartete Preis eine Rolle, da die Umstellung mit Investitionskosten verbunden ist, die sich erst über längere Zeit amortisieren. Im Bereich der nicht industrieeigenen Kraftwerke kann der Staat unmittelbar darauf Einfluß nehmen, daß rasch umgestellt wird. Die Bereitschaft zur Umstellung in der Industrie ließe sich dadurch verbessern, daß der Staat seine Haltung zum Import von Kohle revidiert und damit kundtut, daß er auch auf längere Sicht die Vorteile des Kohleeinsatzes zu gewährleisten bereit ist. Will man nicht allein auf den steigenden Preis von schwerem Heizöl und die Ankündigung eines verstärkten Kohleimports setzen, so könnte man auch daran denken, die für die Umstellung notwendigen Investitionen anzuregen, indem man sie, etwa durch Abschreibungserleichterungen, subventionierte.

Wir sind davon ausgegangen, daß bei allen nicht industriellen Kraftwerken, bei denen es technisch

möglich ist, die Umstellung auch tatsächlich vollzogen wird. Man muß hier freilich mit einer Überwälzung der Kosten auf die Strompreise rechnen. Durch diese Umstellung können etwa 4 Millionen t schweres Heizöl eingespart werden. Für die Industrie haben wir angenommen, daß — möglicherweise mit den erwähnten Nachhilfen — etwa zwei Drittel der technischen Substitutionsmöglichkeiten für schweres, zum Teil auch für leichtes Heizöl genutzt und damit knapp 3 Millionen t eingespart werden.

Knappes Naphta

22. Kurzfristig so gut wie keine Substitutionsmöglichkeiten gibt es für Mineralölprodukte als Basis eines großen Teils der chemischen Industrie. Zur ohnehin schon bestehenden internationalen Knappheit an Benzol ist durch die Ölkrise jetzt die Verknappung des quantitativ bedeutendsten Rohstoffs der Petrochemie, des Rohbenzins (Naphta), hinzugekommen. Es erscheint nicht möglich, aufgrund der für die übrigen Nachfragebereiche schon verfügten oder erwarteten Einsparungen von Rohöl eine volle Versorgung der chemischen Industrie sicherzustellen. Folgen für die Produktionsmöglichkeiten zeigen sich bereits. Weniger noch als anderswo lassen sie sich anhand der Primärwirkungen quantitativ abschätzen. Denn die Produkte der chemischen Industrie sind ihrerseits auf der Ebene der nachfolgenden Produktionsstufen großenteils nicht substituierbar, was dazu führen kann, daß sich beträchtliche Produktionsausfälle ergeben, sofern es an bestimmten Stoffen fehlt, und zwar unter Umständen selbst dann, wenn diese an Quantum und Wert sonst völlig unbedeutend sind. Keine der jetzt allenthalben angestellten gesamtwirtschaftlichen Input-Output-Analysen kann dies sichtbar machen. Wegen der außerordentlichen Vielfalt petrochemischer Erzeugnisse halten wir die Risiken, die sich aus einer unzureichenden Rohstoffversorgung der Chemieindustrie ergeben können, für besonders gravierend.

Einsparung von Benzin

23. Nicht eindeutig ist das Urteil über die Einsparung von Benzin beim Kraftverkehr. Ohne größere Bedenken können wohl die verordneten Geschwindigkeitsbeschränkungen, die eine Einsparung von schätzungsweise 1 Million t erbringen, beibehalten werden. Die Verschiebungen in der Nachfrage nach Automobilen von solchen mit hoher zu solchen mit geringer Leistung muß man freilich in Kauf nehmen.

Problematischer sind die Auswirkungen des praktizierten Sonntagsfahrverbots. Behielte man es bei, würde es, aufs Jahr gerechnet, Einsparungen von 2 Millionen t Benzin möglich machen. Mit der Einführung des Sonntagsfahrverbots ist jedoch die Nachfrage nach Automobilen über das Maß hinaus zurückgegangen, das konjunkturell zu erwarten war. Hält diese Kaufzurückhaltung an, droht der Automobilindustrie und ihren Zulieferern für die Dauer der Krise eine erhebliche Unterbeschäftigung und damit strukturelle Arbeitslosigkeit, für deren Behebung es keine Patentrezepte gibt. Auch diejenigen Wirtschaftszweige, die an Sonntagen den Autofahrern Leistungen anbieten wie Hotels und Gaststätten, werden von dem Sonntagsfahrverbot betroffen. Schließlich ist der Widerstand der Bevölkerung nicht gering zu werten, die sich weitgehend in der Freiheit begrenzt sieht, das Auto für die Nutzung der Freizeit zu verwenden. Deshalb werden Überlegungen angestellt, wie die Freude am Auto erhalten, so der Rückgang der Automobilnachfrage gemildert und trotzdem die gleiche oder gar eine größere Menge Benzin eingespart werden kann.

Beschränkte man das Sonntagsfahrverbot auf jeden zweiten Sonntag, würde die Einsparung wahrscheinlich auf erheblich weniger als die Hälfte zurückgehen, von der Schwierigkeit der Überwachung ganz abgesehen, wenn für jeden Sonntag jeweils die Hälfte der Autos eine — wenn auch von außen sichtbare — Fahrerlaubnis erhält.

Auch eine Regelung, die es jedem Autohalter erlaubt, einen Tag der Woche frei zu wählen, oder die ihm nach einem Zufallsmechanismus einen bestimmten Tag zuweist, an dem er stets auf sein Auto verzichten muß, dürfte nicht dieselbe Einsparung wie das Sonntagsfahrverbot erbringen, da jeweils Fahrten auf andere Wochentage verlagert würden; im wesentlichen entfiele je eine Fahrt zwischen Wohnung und Arbeitsstätte pro Woche, sofern das Auto sonst regelmäßig für diesen Zweck genutzt wird.

24. Alternativ zum Fahrverbot könnte die Menge an Benzin durch Zulassung oder gar Stimulierung hoher Preise begrenzt werden. Damit werden jedoch einige Probleme aufgeworfen.

Soll Bevölkerungskreisen mit niedrigen Einkommen der hohe Benzinpreis nicht zugemutet werden, müßten sie bestimmte Grundmengen verbilligt erhalten. Die subventionierte Grundmenge könnte auch allen Autohaltern zugeteilt werden. Für und gegen jedes dieser Systeme und viele mögliche Modifizierungen gibt es mehr oder weniger gute Gründe.

Wenn rasch eine Entscheidung gefällt werden muß, empfiehlt es sich, mit einem möglichst einfachen Rationierungssystem zu beginnen, also etwa jedem Autohalter eine Grundmenge an Benzin zu verbilligen, indem ihm (unentgeltlich) Marken zugeteilt werden, die ihm beim Benzinkauf mit einem bestimmten Wert angerechnet werden, die er aber auch frei verkaufen kann. Die Benzinmarken sind von den Lieferanten der Tankstellen entsprechend ihrem Wert an Zahlungsstatt anzunehmen; die Lieferanten tragen die Last der Verbilligungsaktion. Jeder darf zum Marktpreis beliebige Mengen von Benzin kaufen. Der Preis würde sich frei bilden und gegebenenfalls stark steigen. Die Menge und der Wert der Marken würde für einen bestimmten Zeitraum, etwa einen Monat, festgelegt, und zwar aufgrund des in der Mineralölwirtschaft erwarteten freien Benzinpreises, den mittleren Einstandskosten der Gesellschaften sowie der mindestens für den

Autoverkehr zur Verfügung zu stellenden Benzinmenge. Anders als bei einem Höchstpreissystem bliebe ein Anreiz zum Import zusätzlichen Benzins wegen der Möglichkeit des Verkaufs zum freien Preis erhalten. Allerdings sind die durchschnittlichen Einkaufspreise der Lieferanten unterschiedlich und schwanken zudem im Zeitablauf. Importeure, die auf freie Spitzenmengen am Weltmarkt angewiesen sind, haben zur Zeit weit höhere Einstandspreise als die großen Mineralölgesellschaften. Hier kann sich ein Problem der Differenzierung hinsichtlich der Übernahme der Lasten der Verbilligungsaktion stellen, das aber nicht von vornherein als unlösbar anzusehen ist.

25. Als weitere Möglichkeit, die Einsparung von Benzin über den Preis zu steuern und gleichzeitig eine Grundmenge ohne Belastung der Staatskasse zu verbilligen, böte sich die Einführung einer Andienungspflicht für das gesamte Tankstellenbenzin gegenüber einer staatlichen Stelle an. Das Benzin würde zu kostennahen Preisen von dieser Stelle aufgenommen und zu einem einheitlichen Knappheitspreis den Andienenden wieder abgegeben. Durch die Entscheidung darüber, welche Mengen sie aufnimmt und zu welchen Preisen sie diese wieder abgibt, kann die Andienungsstelle dafür sorgen, daß genügend Benzin eingespart wird und daß aus den Nettoabschöpfungen die Kosten der Benzinscheine getragen werden. Dieses System schlösse nicht aus, daß Spitzenmengen zu einem sehr hohen (kostennahen) Preis aufgenommen werden, wenn anders die gewünschte Gesamtbenzinmenge nicht erhältlich ist.

26. Eine andere Lösung des Rationierungsproblems bestünde darin, für die gesamte Benzinmenge Benzinmarken auszugeben, diese jedoch nicht mit einem Wert auszustatten. Die Mineralölgesellschaften hätten diese Menge zu einem kostennahen Preis anzubieten. Über den freien Handel der Benzinmarken würden sich dann Verteilungswirkungen zugunsten derer ergeben, die auf das zugeteilte Benzin ganz oder teilweise verzichten.

27. Bei allen Rationierungssystemen erweist es sich als schwierig, gleichzeitig Einsparungen zu erzielen und unerwünschte Wirkungen bei der Einkommensverteilung zu vermeiden. Trotz aller genannten Vorbehalte sei unterstellt, daß ein Rationierungs- oder Subventionierungssystem gefunden wird, das die gleichen Einsparungen wie das Sonntagsfahrverbot erbringt und gleichzeitig die durch das Sonntagsfahrverbot bewirkte Zurückhaltung beim Kauf von Automobilen wieder zu einem guten Teil rückgängig macht.

Die Lücke

28. Zählt man alle Einsparungen und die Ausnutzung von Substitutionsmöglichkeiten zusammen und berücksichtigt schließlich noch, daß der Eigenverbrauch der Raffinerien wegen des verminderten Durchsatzes um etwa 1½ Millionen t Öl zurückgeht und der militärische Verbrauch geringfügig gesenkt werden kann, so vermindert sich die Versorgungslücke von rund 30 Millionen t auf 5 bis 6 Millionen t. Sollen die gesetzlichen und freiwilligen Vorräte nicht angetastet werden und will man die Vorwegbeschränkungen bei der Versorgung der privaten Haushalte nicht noch weiter treiben, so müssen diese Mengen über den Markt eingespart werden. Ohne nennenswerte Einschränkungen der gesamtwirtschaftlichen Produktion wird das kaum möglich sein. Wo diese Einschränkungen vorgenommen werden sollen, muß dem Grundsatz nach über den Markt entschieden werden. Dabei ergibt sich im Zweifel die rationellste Verwendung der Güter, die unmittelbar oder mittelbar aufgrund der Ölkrise knapp geworden sind, das heißt die geringstmögliche Produktionsminderung. Immer wieder hat das marktwirtschaftliche System gerade auch unter starken Belastungen eine erstaunliche Elastizität bewiesen. Diese gilt es zu nutzen, die Findigkeit und Organisationskraft all der vielen, die in der Umstellung und Anpassung ihre wirtschaftliche Aufgabe, ihre Chance sehen. Es gibt schwerlich einen Ersatz dafür.

Die Folge ist natürlich auch, daß die Nachfrager, indem sie um die knappen Güter konkurrieren, deren Preise in die Höhe treiben. Es entstehen Knappheitsgewinne. Das hat freilich auch eine gute Seite. Infolge der hohen Preise werden bestehende Substitutionsmöglichkeiten genutzt und eventuell neue aufgespürt, so daß der Preisanstieg bald gemildert wird. Größere Beschäftigungsrückgänge sind nur dort zu erwarten, wo etwa Produkte verarbeitet werden, die nicht substituiert werden können, die bei mäßigen Preissteigerungen aber nicht ausreichend zur Verfügung stehen und in den Mengen, in denen sie zu den hohen Preisen angeboten würden, nicht gekauft werden könnten, weil die hohe Elastizität der Nachfrage nach den Enderzeugnissen eine Überwälzung der Kosten in den Preisen kaum erlaubt.

Knappheitsgewinne

29. Insbesondere wenn und soweit die Knappheitsgewinne bei den Ölgesellschaften entstehen, werden sie als Stein des Anstoßes empfunden. Zum Teil könnten sie zwar abgeschöpft werden, etwa indem man den Ölgesellschaften auferlegt, die Lasten der Benzinsubventionierung im Zusammenhang mit der Rationierung zu übernehmen. Das wäre aber möglicherweise nicht genug. Eine spezielle Besteuerung der Ölgesellschaften ließe unsere Rechtsordnung nicht zu.

30. Als umfassende Lösung dieses Problems böte sich die Einführung einer allgemeinen Andienungspflicht für alle Mineralölprodukte an, wie sie für Benzin allein bereits im Zusammenhang mit der Benzinrationierung erörtert wurde. Die Knappheitsgewinne könnten dann vom Staat abgeschöpft werden. Fraglich ist freilich, ob die Ölgesellschaften in der gegenwärtigen Situation unter diesen Umstän-

den die gleiche Menge an Öl ins Land brächten wie ohne Andienungspflicht, selbst wenn man ihnen einen ansehnlichen Gewinn beließe.

31. Wir haben keine Andienungspflicht unterstellt, sondern sind davon ausgegangen, daß zunächst so verfahren wird, wie von der Regierung mit den Erdölgesellschaften abgesprochen. Die Gesellschaften legen ihre Kalkulationen offen und gestalten die Preise so, daß sie nicht mehr als einen angemessenen Gewinn erzielen. Zwar sind die Gewinne nicht genau zu kontrollieren, allein schon wegen der internationalen Verflechtungen der meisten dieser Konzerne nicht. Da es aber auch nationale Gesellschaften gibt und die Entwicklung der Rohölpreise beobachtet werden kann, dürfte es gelingen, das Entstehen der Renten bei den Mineralölgesellschaften zu einem guten Teil zu vermeiden.

32. Dies wird allgemein als Erfolg gebucht. Man sollte jedoch nicht verhehlen, daß auch eine Stillhalteaktion der Mineralölgesellschaften, mit der dem Drängen auf ein Höchstpreissystem begegnet wird, die mehr oder weniger unvermeidlichen Einkommensverteilungswirkungen einer Knappheitssituation nicht verhindert. Die Knappheitsgewinne sind nicht schon deshalb vollständig aus der Volkswirtschaft verschwunden, weil sie nicht mehr bei den Mineralölkonzernen entstehen können. Denn dadurch, daß die Preise unter den Knappheitspreisen bleiben, erhalten diejenigen, die beliefert werden, weniger als sie zu diesen Preisen haben möchten, können jedoch für ihre eigenen Produkte jene Preise fordern, die sie erzielen würden, wenn sie selbst zum Knappheitspreis kaufen müßten. In einigen Branchen, die ohne Knappheitsrenten Verluste aufweisen würden, können so vielleicht Beschäftigungsrückgänge vermieden werden; in anderen dürften jedoch Zusatzgewinne entstehen. Diese Zusatzgewinne könnten auch nicht durch allgemein höhere Löhne auf die Arbeitnehmer übertragen werden, da höhere Löhne gut wie schlecht verdienende Unternehmen träfen und somit trotz der Zusatzgewinne in Teilbereichen Beschäftigungsrisiken entstünden.

Es bleibt also ein recht geringer Vorteil für die Einkommensverteilung, der den Nachteilen gegenübersteht, die sich daraus ergeben können, daß der Preis als Lenkungsinstrument ausgeschaltet, die Zuteilung der knappen Mineralölprodukte also dem Ermessen der Anbieter anvertraut wird. Es wird deren Einsicht überlassen zu entscheiden, wo ihre Produkte am nötigsten gebraucht werden. Weil sie sich vorläufig an Referenzmengen orientieren können, mag das Ergebnis, was die Beschäftigungswirkungen der Krise anbelangt, im ganzen nicht gar so schlecht sein. Doch schon bald würden ergänzende Vermittlungsstellen nötig, um in Härtefällen die Versorgung außerhalb der traditionellen Lieferbeziehungen sicherzustellen.

33. Ein Sonderproblem des gespaltenen Mineralölmarktes bildet die Frage nach den Überlebenschancen der freien Importeure. Dadurch, daß die Mineralölgesellschaften in der Lage sind, kostennahe Preise zu nehmen, die sich auf einer Mischung der Kosten des eigenen Rohöls und den Einstandspreisen des zugekauften Öls aufbauen, können manche Importeure, die den Mineralölgesellschaften lange durch niedrigere Preise zu schaffen gemacht haben, nicht mehr konkurrieren und müssen aus dem Markt ausscheiden. Ihren Abnehmern, den Heizölhändlern und Tankstellen, kann möglicherweise mit Hilfe des wettbewerbsrechtlichen Diskriminierungsverbots geholfen werden. Sonst müßte man auch hier Zuflucht nehmen zu dem grundsätzlich problematischen freiwilligen Zusammenspiel zwischen dem Staat und den Mächtigen der Privatwirtschaft, in diesem Fall den Mineralölgesellschaften, in dem diese sich verpflichten, die lästigen Wettbewerber vorläufig nicht aus dem Markt zu drängen, sondern ihrerseits zu gleichen Bedingungen zu beliefern.

Notbehelfe nur vorübergehend

34. Man wird wohl abwarten müssen, wie sich, falls die Ölkrise vorläufig anhält, die bisherigen und weiteren Versuche, den Marktmechanismus durch Eingriffe in die Nachfrage, durch Einkommenshilfen sowie durch spontane und unverbindlich organisierte Zuteilungshilfen unter Vermeidung echter Knappheitspreise zu entlasten, im weiteren Verlauf der Entwicklung bewähren. Eine Zeitlang können Preisniveau, Produktion und Beschäftigungsstand davon profitieren, daß die Energieverknappung nicht sofort und mit voller Wucht auf das System der relativen Preise durchschlägt. Auch die Einkommensverteilung wird, da das Entstehen von Knappheitsgewinnen immerhin eingeschränkt ist, vorläufig wohl nicht allzusehr belastet werden. All dies sind aber, das sei mit Nachdruck betont, Vorteile, die abnehmen werden. Bald kann sogar das Gegenteil eintreten. Die marktwirtschaftliche Steuerung zum Teil außer Kraft zu setzen, ist aber nur dann sinnvoll, wenn die veränderten Bedingungen im Energiebereich nicht dauerhaft sind und es vor allem darauf ankommt, die Probleme der Schockwirkung zu mildern und eine möglicherweise unnötige Anpassung an zeitweise extrem veränderte Daten zu vermeiden. Entfallen diese Gründe, müssen die erwähnten Maßnahmen und Verhaltensweisen möglichst bald zugunsten einer verstärkten Lenkung über den Preismechanismus abgebaut werden, damit die langfristigen Wachstumschancen der Volkswirtschaft genutzt werden können. Andernfalls würde man sich bei zunehmender Verzerrung der Produktionsstruktur nur immer weiter in ein Dickicht von Dirigismen begeben, was schließlich keinem der gesamtwirtschaftlichen Ziele dienlich sein könnte. Für ein System der umfassenden Kontingentierung gar spricht nichts als ein trügerisches Vorurteil.

Europäische Aspekte

35. Das Zuteilungsproblem stellt sich auch auf internationaler Ebene. In der Europäischen Gemeinschaft sind die Partnerländer in unterschiedlichem Ausmaß vom arabischen Lieferboykott betroffen. Die Förderländer des vorderen Orients verfügten gegenüber England und Frankreich keinerlei Kürzungen der

Rohölzufuhr, die Niederlande hingegen belegten sie mit einem totalen Lieferstopp. Für die übrigen Partnerstaaten gelten dieselben Beschränkungen wie für die Bundesrepublik. Auf diese Lieferpolitik der arabischen Förderländer haben die Mitgliedstaaten der Gemeinschaft bisher nicht die Antwort gefunden, die Last verminderter Energieversorgung gemeinsam zu tragen. Dieser Mangel an solidarischem Verhalten setzt sich um in tiefgreifenden Zweifel an den Chancen für den Fortgang der europäischen Integration.

Die Unterschiede in der Ölversorgung können nicht im Interesse eines einzelnen Partnerlandes liegen, auch dann nicht, wenn diesem selbst die volle Belieferung zugesichert worden ist. Dort ergäben sich zwar keine krisenbedingten Beschränkungen der Angebotsmöglichkeiten. Zum einen beschnitte jedoch die enge güterwirtschaftliche Verflechtung innerhalb der EWG diesem Land beträchtlich die Absatzmöglichkeiten für seine Exportgüter in den Partnerstaaten, wo Produktion und Realeinkommen stagnieren. Zum anderen könnten diejenigen der zur Produktion benötigten Rohstoffe und Vorerzeugnisse, die aus den Partnerländern eingeführt werden, nicht mehr in ausreichendem Maße bezogen werden. Ein Land, das sich einmal dazu entschlossen hat, mit anderen die Vorteile der internationalen Arbeitsteilung zu nutzen, wird hinnehmen müssen, daß diese Vorteile untrennbar verbunden sind mit dem Risiko, von den wirtschaftlichen Schwierigkeiten seiner Handelspartner mit betroffen zu werden.

Die Bereitschaft zum Verzicht auf einen kurzfristigen Vorteil in der Ölversorgung genügt nicht. Es bedarf darüber hinaus der Koordination der einzelstaatlichen Maßnahmen, wobei insbesondere die Rolle der internationalen Erdölkonzerne als de facto wichtigste Verteiler des Öls zwischen den Förder- und Verbraucherländern zu berücksichtigen ist. Bemühten sich nämlich die einen, mittels Rationierung und Höchstpreisvorschriften den Mineralölverbrauch auf das knappe Angebot zu begrenzen, während die anderen ganz auf die freie Preisbildung als Zuteilungsmechanismus vertrauten, würden die ersten relativ stärkere Lieferkürzungen hinzunehmen haben als die letzten. Wenn sich bei unseren Partnerländern die Neigung zu direkten Eingriffen in die Preisbildung verstärken sollte, hätte die Bundesregierung dafür einzutreten, unerwünschte Wirkungen steigender Mineralölpreise nicht sogleich zum Anlaß zu nehmen, bei der Überwindung der Ölkrise auf die Zuteilungsfunktion des Marktes zu verzichten.

IV. Zur Revision der Prognose

36. In der Status-quo-Prognose unseres jüngsten Jahresgutachtens (JG 73 Ziffern 244 ff.) sind wir zu dem Ergebnis gelangt, daß sich der konjunkturelle Abschwung in der westdeutschen Wirtschaft 1974 aller Voraussicht nach fortsetzen wird. Nicht die Angebotsmöglichkeiten, sondern die Nachfrage, so war zu erwarten, setzte der gesamtwirtschaftlichen Expansion 1974 Grenzen. Nunmehr ist davon auszugehen, daß die konjunkturellen Einflüsse von den Auswirkungen der Ölkrise überlagert werden. Die Kaufzurückhaltung, die diese in einzelnen Wirtschaftsbereichen mit sich bringt, wird sich auf andere Bereiche übertragen. Obwohl sich damit die Gesamtnachfrage weiter abschwächen dürfte, ist nicht von vornherein ausgemacht, ob die verfügbare Energie auch nur jene Produktion zulassen wird, die ausreicht, selbst diese verminderte Nachfrage zu befriedigen. Entscheidend dafür, wie stark die Drosselung der Rohölzufuhr das mögliche Wirtschaftswachstum begrenzt, ist vor allem, welche Maßnahmen zur Substitution und zur Einsparung von Mineralölerzeugnissen ergriffen und wie schnell sie wirksam werden.

Angebot

37. Bei der Überprüfung unserer Status-quo-Prognose sind wir davon ausgegangen, daß durch Substitution und Einsparung die für 1974 zu erwartende Fehlmenge an Mineralölerzeugnissen von 30 Millionen t auf 5½ Millionen t herabgedrückt werden kann.

Im einzelnen haben wir dabei unterstellt, daß die gegebenen technischen Möglichkeiten zum Ersatz von Heizöl durch Kohle

- bei Kraftwerken mit etwa 4 Millionen t nahezu vollständig,
- bei Industrieunternehmen mit etwa 3 Millionen t zu zwei Dritteln und
- bei privaten Haushalten mit etwa 2½ Millionen t kaum zur Hälfte

genutzt werden. Die Unsicherheit über die Dauer der Ölverknappung und über das künftige Preisverhältnis zwischen den einzelnen Energieträgern dürfte zunächst einem höheren Einsatz von Kohle entgegenstehen.

Zu diesem Minderverbrauch von knapp 9½ Millionen t an Mineralöl und Ölprodukten kommt eine weitgehende Ausschöpfung aller Einsparungsmöglichkeiten. Hierfür haben wir insgesamt einen Betrag von 15½ Millionen t Mineralöl angesetzt. Davon entfallen auf den Bereich

- der Industrie und der Raffinerien knapp 2 Millionen t,
- der privaten Haushalte etwa 10 Millionen t,
- des Verkehrs etwa 3½ Millionen t.

38. Inwieweit der Fehlbetrag von 5½ Millionen t Einschränkungen der Produktion erzwingt, ist nur schwer zu bestimmen. Dies zum einen, weil nicht von vornherein feststeht, welcher Bereich in welchem Ausmaß die erforderlichen Kürzungen zusätzlich hinzunehmen hat, zum anderen weil weithin unbekannt ist, wie rasch und flexibel die Industrie ihre Produktionsverfahren und ihre Produktionsstruktur an solche Störungen anzupassen weiß [1]). Wird die fehlende

[1]) Über diese Unsicherheit helfen auch Rechnungen mit Input-Output-Tabellen nicht hinweg, selbst wenn sie jüngeren Datums als die derzeit verfügbaren wären, da sie von einem festen Verhältnis von Materialeinsatz und Produktionsausstoß ausgehen.

Menge nicht aus den gesetzlichen oder freiwilligen Vorräten der Mineralölwirtschaft entnommen und wird unterstellt, daß alle Verbrauchergruppen — Industrie, Verkehr, private Haushalte — entsprechend ihrem Anteil am Mineralölverbrauch einsparen, so ist 1974 ein Zuwachs der gesamtwirtschaftlichen Produktion von etwa 1 vH gegenüber 1973 möglich. Geht indessen das Minderaufkommen allein zu Lasten der Industrie, so könnte nur noch ein Bruttoinlandsprodukt erstellt werden, das um $^1/_2$ vH geringer ist als im Vorjahr. Diese Spanne von +1 vH bis $-^1/_2$ vH bildet demnach den Bereich für die 1974 vom Angebotspotential her mögliche Veränderungsrate des Bruttoinlandsprodukts. Dabei wurde ein gewisser Abschlag für Produktionsausfälle infolge von Anpassungsschwierigkeiten unterstellt.

Nachfrage

39. Vor Ausbruch der Energiekrise rechneten wir damit, daß die Nachfrage aus Inland und Ausland im kommenden Jahr um $2^1/_2$ vH mehr an heimischer Produktion beanspruchen würde als 1973. Unter den gewandelten Bedingungen der Ölkrise werden allerdings nicht mehr alle vorgesehenen Ausgaben verwirklicht; andere Ausgaben treten neu hinzu. Bei der Revision unserer Prognose sind wir davon ausgegangen, daß

- die Geldpolitik weiterhin restriktiv bleibt,
- die Investitionsteuer für den Energiebereich, wie bereits angekündigt, aufgehoben wird, im übrigen aber die Maßnahmen des Stabilitätsprogramms vom Mai gültig bleiben,
- durch den Verzicht auf die Streckung der Gemeinschaftsaufgaben von Bund und Ländern und durch die Gewährung der Heizölsubventionen dem Staat Mehrausgaben von 1 Mrd. DM entstehen,
- die Lohnpolitik sich noch nicht auf das, was marktgerecht ist, einstellt, sondern sich zunächst noch an den Abschlüssen der letzten Monate orientiert.

Obwohl diese Bedingungen eine gewisse Lockerung der Restriktionspolitik bedeuten, rechnen wir mit einer geringeren Nachfrage für 1974 als bei Abgabe unseres Jahresgutachtens. Die Investoren werden sich wegen der Unsicherheit darüber, ob ihr Produktionsprogramm noch den künftigen Absatzmöglichkeiten entspricht, mehr zurückhalten; zwar wird es auch zu zusätzlichen Investitionsanstrengungen kommen, die darauf zielen, Mineralöl als Energieträger und Rohstoff zu ersetzen, doch dürften die realen Anlageinvestitionen insgesamt im kommenden Jahr niedriger sein als 1973. Die privaten Haushalte können infolge zusätzlicher Preissteigerungen nicht mehr so viele Güter kaufen, wie es ohne Ölkrise möglich gewesen wäre. Vom Ausland werden geringere Impulse ausgehen, als zunächst erwartet wurde, denn auch dort werden sich Produktion und Nachfrage und mithin auch der Importbedarf vermindern.

40. Dem Ausfall an gesamtwirtschaftlicher Nachfrage steht jedoch nicht in gleichem Ausmaß ein Rückgang der Ansprüche an die heimische Produktion gegenüber, da infolge des Erdölboykotts und der beschränkten Lieferfähigkeiten wichtiger Handelspartner ausländisches Angebot fehlt und teilweise durch inländische Erzeugnisse zu ersetzen ist. Die von uns geschätzte Nachfrage erfordert eine gesamtwirtschaftliche Produktion, die um 1 vH höher ist als die des Vorjahres, um soviel also, wie wir bei günstiger Nutzung der knappen Energie 1974 für erreichbar halten.

41. Mit diesem Produktionsniveau ist eine stärkere Abnahme des Arbeitsvolumens verbunden, als noch vor kurzem zu erwarten stand. Konnten wir in unserem Jahresgutachten bei einem Zuwachs der gesamtwirtschaftlichen Produktion um $2^1/_2$ vH und einem Anstieg der Arbeitsproduktivität um $4^1/_2$ vH noch mit einem Rückgang des Arbeitsvolumens um 2 vH rechnen, so dürfte dieser nun, da die Energieknappheit den möglichen Produktionszuwachs auf 1 vH begrenzt, größer ausfallen. Um wieviel, hängt von der Entwicklung der Arbeitsproduktivität ab. Die Erhöhung des Beschäftigungsrisikos durch die Energiekrise könnte dafür sprechen, daß sie mehr als vordem erwartet steigt. Andererseits werden die Friktionen, die durch die Umstellung auf andere Energieträger oder durch unzureichende Belieferung mit erdölintenvisen Vorprodukten im Produktionsprozeß entstehen dürften, hemmend wirken. Wir nehmen an, daß diese Wirkungen überwiegen werden, und schätzen deshalb die Zunahme der Arbeitsproduktivität nur noch auf 4 vH. Ist dies richtig, so wird das Arbeitsvolumen um 3 vH zurückgehen. Ungewiß ist jedoch, ob die Unternehmen die notwendige Anpassung des Arbeitsvolumens an die verlangsamte Produktionstätigkeit stärker über die Reduzierung der Arbeitszeit vornehmen oder stärker über die Verringerung der Beschäftigtenzahl. Die Lohnpolitik hat dies mit in der Hand. Die rasche Zunahme der Anzahl von Kurzarbeitern macht deutlich, daß die Unternehmen bislang noch bestrebt sind, ihren Personalbestand nach Möglichkeit zu halten, nicht zuletzt wohl, weil sie mit einer kurzen Dauer der Krise rechnen mögen. Je länger diese anhält und je höher die Lohnsteigerungen ausfallen, um so mehr ist dann allerdings auch mit einem Abbau der Beschäftigtenzahl zu rechnen. Unter der Annahme, daß das ganze Jahr 1974 im Zeichen der Krise stehen wird, daß diese zunächst aber noch keinen Einfluß auf die Lohnforderungen hat, dürfte die durchschnittlich geleistete Arbeitszeit um reichlich 1 vH, die Beschäftigtenzahl um fast 2 vH zurückgehen. Zum Teil wird sich dies nur darin äußern, daß die Arbeitsplätze freiwillig ausscheidender Mitarbeiter — ältere etwa, die in den Ruhestand treten, oder ausländische Arbeitskräfte, die in ihre Heimatländer zurückkehren — nicht ersetzt werden. Der restliche Teil schlägt sich in einem Anstieg der Arbeitslosigkeit nieder. Wir rechnen damit, daß 1974 im Jahresdurchschnitt etwa 400 000 Personen arbeitslos sein werden.

42. Nicht bekannt ist, wie hoch der Preis sein wird, zu dem im nächsten Jahr Erdöl bezogen wird. Geht

man davon aus, daß der Einfuhrpreis für Erdöl doppelt so hoch wie vor Ausbruch der Krise sein wird, so dürfte der Preisanstieg für die im Inland hergestellten Güter im Durchschnitt um 1 bis 1½ vH höher sein als wir in unserem Jahresgutachten angenommen haben. Daß der zusätzliche Preisauftrieb nicht wesentlich über jenes Maß hinausgeht, das durch die Verteuerung der Einfuhr vorgegeben wird, ist zum einen das Ergebnis des von uns unterstellten Zuteilungssystems für Mineralölprodukte, zum anderen die Wirkung der Restriktionspolitik.

Gelingt es jedoch nicht, die fehlende Menge von 5½ Millionen t an Mineralölprodukten durch anteilsmäßige Kürzung bei allen Verbrauchergruppen einzusparen, muß also der Fehlbetrag ganz oder auch nur überwiegend von der Industrie getragen werden, so übersteigt die von uns vorausgeschätzte Nachfrage die Angebotsmöglichkeiten. Der Markt wird dann mit Preissteigerungen die überhöhten Ansprüche zurückdrängen. Zugleich führt die Produktionseinschränkung zu einem weiteren Abbau der Beschäftigung.

Daten zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung für das Jahr 1974

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH

	Revidierte Prognose	Mögliche Zielgrößen
Bruttosozialprodukt in jeweiligen Preisen ..	+8½	+7
Bruttosozialprodukt in Preisen von 1962 ..	+1	+1
Erwerbstätige	−2	.
Arbeitszeit	−1	.
Produktivität	+4	.
Preisindex des Bruttosozialprodukts		
einschließlich Investitionsteuer	+7½	+6
ohne Investitionsteuer .	+6½	+5½
Preisindex des Privaten Verbrauchs	+8	+7

V. Was stabilitätspolitisch zu tun ist

43. Die Wirtschaftspolitik und alle, deren Verhalten gesamtwirtschaftliche Bedeutung hat, sehen sich einer komplizierten, jedoch nicht prinzipiell unlösbaren Aufgabe gegenüber. Zu Panik und allgemeiner Krisenstimmung besteht kein Anlaß; in jedem Falle wäre beides kaum hilfreich. Es geht nicht um die Gefahr von Hungern und Frieren. Es geht darum, eine überraschend aufgetretene Herausforderung zu meistern, ohne doch sogleich die Ziele zu vergessen, zu denen die Wirtschaftspolitik im Jahre 1973 aufgebrochen war.
Anzustreben ist,

— daß die inlandswirksamen Gesamtausgaben nicht stärker über das durch die Ölkrise reduzierte Angebotspotential hinausgehen, als den unvermeidlichen Preissteigerungen entspricht;

— daß die real wirksame Nachfrage das verkürzte Angebot auch ausschöpft;

— daß die von den eingeschränkten Produktionsmöglichkeiten her unvermeidliche Minderung des Beschäftigungsstandes nicht räumlich oder branchenmäßig allzu konzentriert auftritt;

— daß Investitionen angeregt werden, welche die Engpaßprobleme aufgrund des veränderten Energieangebots lösen helfen.

Nur wenn dies gelingt, lassen sich Inflation und Arbeitslosigkeit auf ein Mindestmaß beschränken, bleiben die Anpassungslasten für die Betroffenen zumutbar und die Gefahren einer kumulativen Selbstverstärkung des konjunkturellen Abschwungs gering, kann die nötige Umstellung der Wirtschaft auf eine vermutlich dauerhaft veränderte Situation im Energiebereich rasch begonnen werden.

Unserer revidierten Vorausschau auf das Jahr 1974 zufolge erscheinen diese Ziele unter den Bedingungen des wirtschaftspolitischen Status quo nicht gewährleistet: Der Preisauftrieb würde über das als unvermeidlich anzusehende Maß hinausgehen. Die Nachfrage dürfte das reduzierte Angebotspotential zwar fast vollständig ausschöpfen, was bedeutete, daß die Arbeitslosigkeit nicht größer wäre, als unvermeidlich scheint; bedenklich starke Produktionseinschränkungen drohen jedoch Teilbereichen der Volkswirtschaft; die Möglichkeiten der Wirtschaft, sich durch Umstellungsinvestitionen an die Ölkrise anzupassen, sind behindert.

44. Dies erfordert eine Politik, die auf den ersten Blick so widersprüchlich erscheinen mag, als wenn jemand auf der einen Schiene eines Gleises vorwärts, auf der anderen rückwärts fahren wollte:

Die Ölkrise hat zwar die konjunkturell bedingte Abschwächung der Nachfrageexpansion so verstärkt, daß die real wirksamen Ansprüche an das Produktionspotential nunmehr weit weniger zunehmen, als es dessen normalem Wachstum entspricht. Zugleich hat jedoch das verminderte Energieangebot die gesamtwirtschaftlichen Produktionsmöglichkeiten noch stärker als die gesamtwirtschaftliche Nachfrage schrumpfen lassen. Sollen also Maßnahmen ergriffen werden, welche die Gefahr einer kritischen Zuspitzung der Lage in bestimmten Teilbereichen der Volkswirtschaft abwehren, und weitere, die die erwähnten Anpassungsinvestitionen in Gang bringen, so müßten zugleich — da das Energieangebot eine verstärkte Gesamtexpansion der Produktion nicht zuläßt — die übrigen Ansprüche an das Produktionspotential noch weiter zurückgenommen werden.

Da man die Politik der Globalsteuerung nicht zugleich lockern und verschärfen kann, sehen wir

keine andere Möglichkeit, als daß die Ansprüche der privaten Haushalte im Rahmen des privaten Verbrauchs eingeschränkt werden. Die reale, also von Preissteigerungen bereinigte Veränderung des privaten Verbrauchs müßte dann gegenüber 1973 sogar leicht negativ werden.

Der Versuch, dieser Zwangslage zu entweichen, würde lediglich Preissteigerungen erzeugen, verbunden mit den bekannten Verschiebungen in der Einkommensverteilung zu Lasten derer, die sich nicht oder nicht rasch genug anpassen können; einige zusätzliche Einfuhren würden bewirkt, wegen der Energieverknappung jedoch keine zusätzliche inländische Produktion und keine Verminderung der Arbeitslosigkeit, bei ungebrochener Lohnexpansion sogar das Gegenteil.

45. Auch wenn eine Vorausschau auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung des Jahres 1974 mit besonders großen Unsicherheiten behaftet ist, müssen sich die wirtschaftspolitischen Instanzen entschließen, ihr Verhalten auf einen Satz gesamtwirtschaftlicher Zielgrößen hin zu koordinieren. Wir regen hierzu folgendes an:

— Solange sich Ausmaß und Dauer der Versorgungsschwierigkeiten im Energiebereich nicht besser übersehen lassen, stellt sich die Wirtschaftspolitik, was den Produktionsspielraum anbelangt, auf einen möglichen Zuwachs des realen Bruttozosialprodukts vom 1 vH ein.

— Ein Anstieg der Verbraucherpreise von 7 vH im Jahresdurchschnitt 1974 gegenüber 1973 wird für unvermeidlich gehalten. Beim Preisindex des Bruttosozialprodukts beträgt die entsprechende Veränderungsrate 6 vH.

— Als Zielgröße für die Expansion der inlandswirksamen gesamtwirtschaftlichen Ausgaben wäre demnach ein Satz von 7 vH anzustreben.

— Angesichts der reduzierten Produktionsmöglichkeiten wird eine Verminderung des Arbeitsvolumens, also der Beschäftigtenzahl und der durchschnittlich geleisteten Arbeitszeit zusammengenommen, wie sie unter Status-quo-Bedingungen zu erwarten ist, also eine Verminderung um 3 vH, als unvermeidlich angesehen (Ziffer 41).

— Aus strukturellen Gründen ist eine mäßige, aber rasche, allerdings nicht globale Ausweitung öffentlicher und privater Investitionen zu Lasten des privaten Verbrauchs wünschenswert.

46. Die unvermeidlichen Preissteigerungen sind zu erläutern:

In unserem Jahresgutachten hatten wir bei einer Zielgröße für den Zuwachs des realen Bruttosozialproduktes von 3 vH einen Anstieg des Niveaus der Verbraucherpreise von 5,5 vH (Jahresdurchschnitt 1974 gegen den Jahresdurchschnitt 1973) für unvermeidlich gehalten. Aus der Verteuerung des Erdöls ergäbe sich bei kostenorientierter Preisbildung eine Verteuerung der Güter und Dienstleistungen des privaten Verbrauchs von etwa 1½ vH. Knappheitsbedingte Preiserhöhungen kämen hinzu. In Anbetracht der ungünstigen Beschäftigungslage werden sich allerdings nicht alle diese Preissteigerungen gegenüber dem Verbrauch durchsetzen lassen, falls die Geldmengenexpansion stabilisierungskonform bleibt und die Einkommensexpansion stabilisierungskonform wird. An vielen Stellen werden aus Mangel an Nachfrage Preissteigerungen unterbleiben oder geringer ausfallen, an anderen wird die Knappheitssituation ölabhängiger Produkte starke Preissteigerungen erlauben. So ergeben sich aus dem Zusammenspiel von Konjunkturlage und Ölkrise auch Verschiebungen in der Gewinnsituation innerhalb des Unternehmensbereichs, nicht nur eine Teuerung für den Endverbraucher. Unter den gegebenen Umständen schätzen wir das Maß an unvermeidlichen Preissteigerungen für das Jahr 1974 auf 7 vH. Der Preisindex des Bruttosozialprodukts wird demgegenüber nennenswert weniger ansteigen, weil sich die Verteuerung der Importe, namentlich des Rohöls, hier nicht niederschlägt, sondern lediglich die Verteuerung der Wertschöpfung.

47. Den unter Ziffer 45 dargelegten Zielgrößen würden eine eingeschränkte Lockerung der steuerlichen Restriktion, gezielte Mehrausgaben der öffentlichen Hand, eine starke Dämpfung des Lohnauftriebs sowie ein Festhalten an der monetären Restriktion entsprechen. [1]) Unberührt bleibt die Notwendigkeit von administrativen Maßnahmen, die dazu beitragen, daß die Beschränkung der Produktionsmöglichkeiten, die sich aus der Ölkrise ergibt, möglichst gering ausfällt (Ziffern 20 ff.). An der Zielsetzung, möglichst bald zu einer Eindämmung der Inflation zu kommen, würde sich trotz der noch einmal besonders widrig gewordenen Umstände nichts ändern.

48. Was die **Finanzpolitik** angeht, so wird erwogen, ab sofort die konjunkturpolitische Sonderbesteuerung der Investitionen aufzuheben.

Erwünscht wäre, wenn dadurch

— Investitionen zur Anpassung an die veränderte Energiesituation rasch in Gang kämen. Hierbei geht es nicht nur um Investitionen im Energiebereich und in der Substitution von Erdöl durch Kohle bei den Energieverbrauchern. Dringlich sind auch Investitionen, die etwa einer Ersetzung erdölabhängiger Vorprodukte durch andere Materialien oder einer Anpassung des Produktions-

[1]) Ein Mitglied des Sachverständigenrates, Claus Köhler, ist der Auffassung, daß der weiter fortschreitende Prozeß der Nachfragedämpfung restriktive Eingriffe nicht mehr rechtfertigt. Ein Beibehalten der restriktiven Maßnahmen würde den Nachfrageanstieg — der gegenwärtig gerade noch ausreicht den durch die Erdölkrise eingeschränkten Kapazitätsspielraum auszulasten (Zuwachsrate der Auftragseingänge in der Industrie im Oktober 1973: +7,3 vH) — weiter drosseln und neben der durch die Erdölkrise bedingten strukturellen Arbeitslosigkeit auch noch zu konjunktureller Arbeitslosigkeit führen. Einer zu starken Dämpfung des Nachfrageanstiegs könnte, neben der Aufhebung der Investitionsteuer und gezielten Mehrausgaben der öffentlichen Hand, durch Wiedereinsetzung des § 7 b sowie durch eine dosierte Erhöhung liquider Mittel der Banken und Zinssenkungen begegnet werden.

programms dienen. Eine selektive Aussetzung der Investitionsteuer wäre daher nicht begründet.

— die Nachfrage nach Kraftfahrzeugen belebt würde. Ein erheblicher Teil der Kraftfahrzeuge dient gewerblichen Zwecken und unterliegt daher der Investitionsteuer. Die Lage der Automobilindustrie legt es nahe, potentielle Käufer, die eine Aufhebung der Investitionsteuer abwarten wollen, nicht länger vom Kauf abzuhalten.

— die Nachfrage im Bereich des gewerblichen Hochbaus belebt würde. Auch hier ist es der sektoral besonders starke Nachfrageausfall, verbunden mit der Möglichkeit einer massierten Unterbeschäftigung, der die Aufhebung der Investitionsteuer unbedenklich erscheinen läßt.

Unerwünscht wäre, wenn dadurch

— in der Wirtschaft allgemein eine Welle von Nachholinvestitionen in Gang gesetzt würde, die sich mit der Investitionsteuer aufgestaut haben dürfte. Dies käme verfrüht. Zwar sind die Investitionspläne der Unternehmen weit geringer, als mittelfristig gesehen „normal" genannt werden müßte. Doch dieser Maßstab muß beiseite gelegt werden, solange die gesamtwirtschaftlichen Produktionsmöglichkeiten von der Energieseite her begrenzt sind.

— der Eindruck vermittelt würde, die Bundesregierung gebe ihren Stabilisierungskurs auf, sie kapituliere also vor der Aufgabe, die Probleme der Erdölkrise zu bewältigen, ohne dabei das Stabilitätsziel aus den Augen zu verlieren.

Angesichts der Konjunkturlage und der absehbaren konjunkturellen Tendenzen halten wir für möglich, daß die unerwünschten Wirkungen weniger stark ins Gewicht fallen als die erwünschten, wenn es nicht zu einer allgemeinen Kehrtwendung in der Stabilitätspolitik kommt.

49. Der Plan, wegen der voraussichtlich ungünstigen Lage der Bauwirtschaft die steuerlichen Regelungen gemäß § 7 b Einkommensteuergesetz vorzeitig wieder in Kraft zu setzen, stößt auf die gleichen Bedenken wie die Aufhebung der Investitionsteuer. Außerdem gibt es hier für den Plan, die private Nachfrage zu stützen, keine Gründe, die sich aus den speziellen Problemen der Energieversorgung herleiten. Ja, die Bauwirtschaft gehört sogar, zieht man ihre Zulieferer mit in Betracht, zu den Wirtschaftszweigen, deren Angebotsmöglichkeiten durch den Mangel an Erdöl besonders beeinträchtigt sind. Die gezielten Maßnahmen im Bereich der öffentlichen und der öffentlich beeinflußten Bautätigkeit sollten ausreichen, der Abschwächung der Baukonjunktur dort, wo sich diese regional zu einem konjunkturellen Einbruch steigert, angemessen entgegenzutreten.

50. Was die Ausgaben des Staates anbelangt, so halten wir für konjunkturgerecht, wenn die Gebietskörperschaften das Haushaltsvolumen, das wir in unserem Jahresgutachten für die Alternative I mit einem Betrag von 313 Mrd. DM angegeben haben (JG 73 Ziffer 347), zuzüglich unabwendbarer Mehrausgaben für die Eindämmung schwerwiegender regionaler und sektoraler Fehlentwicklungen auch dann aufrechterhalten, wenn dabei die geplante Steuerdeckungsquote aufgrund konjunkturbedingter Einnahmeausfälle sinkt. Sollte man dabei auf Notenbankguthaben zurückgreifen, so hätte die Bundesbank allerdings die Vermehrung an Zentralbankgeld, die sich aus einem solchen Vorgang ergäbe, mit Maßnahmen, die auf andere Komponenten der Entstehung von Zentralbankgeld einwirken, zu kompensieren, soweit die Erfordernisse der monetären Politik nichts anderes geböten.

51. Maßnahmen der Finanzpolitik, die expansiven Charakter haben, also zusätzliche Ansprüche an das Produktionspotential darstellen oder bewirken, erweitern nicht etwa, sondern verkürzen den Spielraum für eine Zunahme des realen Konsums der privaten Haushalte. Denn das Gesamtangebot von Gütern und Diensten ist wegen des beschränkten Energieangebots begrenzt und kann auch durch vermehrte Importe kurzfristig nicht beliebig ausgeweitet werden. Dem hat auch die **Lohnpolitik** Rechnung zu tragen. Durch sie wird der größte Teil der privaten Verbrauchsausgaben ebenso vorbestimmt wie die mit Abstand bedeutendste Komponente des volkswirtschaftlichen Kostenniveaus. Zwar läßt sich eine quantitative Orientierungshilfe für marktgerechte Lohnerhöhungen im Jahre 1974 vom Konsumspielraum her kaum gewinnen; man kann sich jedoch anhand des vermutlich streng limitierten Angebots an Gütern und Diensten vergegenwärtigen, wie wenig aussichtsreich ein scharfer Kampf um hohe Nominallohnsteigerungen derzeit ist. Chancen für eine kräftige Einkommensumverteilung zugunsten der Arbeitnehmer sehen wir nicht, hingegen die Gefahr, daß den Stabilisierungsbemühungen des Jahres 1973 jede Aussicht auf Erfolg genommen wird.

52. Obwohl die Lohnerhöhungswünsche der Arbeitnehmer und ihrer Organisationen, gemessen an dem, was für die anstehende Tarifrunde gefordert wird, noch keinen Einfluß von seiten der veränderten gesamtwirtschaftlichen Situation erkennen lassen, halten wir es für möglich, daß sich das Bewußtsein hinsichtlich dessen, was real möglich ist, allmählich wandelt. Vielleicht könnte die Ölkrise sogar helfen, den Teufelskreis der Preis-Lohnspirale zu durchbrechen.

Die veränderte Arbeitsmarktlage und die weiteren Aussichten für die Beschäftigungsentwicklung lassen bescheidene Lohnerhöhungen marktgerecht erscheinen. Wir regen erneut an, bei den anstehenden Lohnabschlüssen als Verhandlungsgrundlage von den Regeln der kostenniveauneutralen Lohnpolitik unter Berücksichtigung der für unvermeidlich zu haltenden Preissteigerungen auszugehen. Die daraus sich ergebende Orientierungshilfe für stabilisierungskonforme Lohnerhöhungen mag zwar nicht in jedem Einzelfall zum marktgerechten Lohn führen. Es geht jedoch gegenwärtig beim Streit um den richtigen Lohn nicht um die Genauigkeit von zehntel Prozenten, sondern um mehrere volle Prozentpunkte.

53. Da derzeit von einem Nachholanspruch der Arbeitnehmer hinsichtlich ihrer effektiven Verdienste kaum die Rede sein kann (JG 73 Ziffer 326), sollte für die Arbeitnehmer-Organisationen das Lohnniveau des Jahres 1973 als Basis unstreitig sein. Wir nehmen jedenfalls an, daß hierüber am ehesten Einvernehmen hergestellt werden kann. Zumeist wenig umstritten ist auch der gesamtwirtschaftlich erzielbare Produktionszuwachs je Erwerbstätigenstunde. Wir haben ihn für das Jahr 1974 auf 4 vH geschätzt. Sehr schwer ist hingegen die Klärung der Frage, wie hoch die als unvermeidlich anzusehenden Preissteigerungen anzusetzen sind. Wie erwähnt schlagen wir vor, die Wirtschaftspolitik möge einen durchschnittlichen Anstieg der Verbraucherpreise von 7 vH trotz der Ölkrise als erreichbar ansehen und anstreben. Ein Teil dieser Preissteigerungen ist allerdings allein der Niederschlag der verteuerten Einfuhr, namentlich beim Öl. Insoweit stehen hinter den Preissteigerungen keine Einkommen von Inländern, die etwa verteilt werden könnten. Zusätzliche Erlöse aus Preissteigerungen bei der Ausfuhr wiegen diese Mehrausgaben an ausländische Lieferanten diesmal bei weitem nicht auf. Um 1½ vH wird das verteilbare Realeinkommen der Volkswirtschaft 1974 aus diesen Gründen schon dann geringer sein, wenn sich, wie wir in unserer Vorausschau angenommen haben, die Steigerung der Rohölpreise auf eine Verdoppelung des Standes vor der Krise (September 1973) beschränkt. Wollte jeder einen Einkommensausgleich für die ölbedingte Verteuerung seiner Einkäufe, so hieße das im Zweifel, den inflatorischen Effekt oder den Beschäftigungseffekt der Krise vervielfältigen, da niemand sich den Nachteil ohne Gegenwehr wird zuschieben lassen. Auch dies sollte eigentlich für alle einsehbar sein und eine stabilisierungskonforme Einigung der Tarifpartner nicht entscheidend behindern.

Nimmt man die drei genannten Komponenten zusammen und berücksichtigt zudem einen geringen Anstieg der Arbeitgeberbeiträge zur sozialen Sicherung, so ergibt sich, daß im Vergleich der Jahresdurchschnitte 1973 und 1974 ein Anstieg der effektiven Stundenverdienste von 9½ vH vertretbar erscheint. Dieser würde erreicht, wenn die Effektivlöhne im Jahresrhythmus der Tarifverträge um jeweils rund 8½ vH erhöht würden. Selbstverständlich macht es dabei keinen Unterschied, in welcher Form die Einkommenssteigerungen gewährt werden, ob als Stundenlohnerhöhungen, als zusätzliches Urlaubsgeld oder zusätzliches Weihnachtsgeld oder in irgendeiner anderen Form. Ebenso spielt es keine Rolle, ob normale Tarifverträge, Rahmentarifverträge, Betriebsvereinbarungen oder sonstige Abmachungen die Anspruchsgrundlage abgeben.

54. Gemessen an den angemeldeten Forderungen mag ein Steigerungssatz von 8½ vH gering erscheinen. Gemessen an dem möglichen Produktionszuwachs der Volkswirtschaft (1 vH) ist er aber hoch zu nennen. Auch der Einwand, die Nettoeinkommen würden nennenswert weniger zunehmen als die Bruttoeinkommen, erscheint nicht stichhaltig. Denn es gibt ja in außerordentlich hohem Maße Ansprüche an das Sozialprodukt, die ebenfalls unabweisbar sind und die nicht aus Leistungseinkommen geltend gemacht werden, so etwa die Ansprüche des Staates und die Ansprüche der Bezieher von Transfereinkommen. Diese Ansprüche nehmen gerade in einer Situation wie der gegenwärtigen notwendigerweise überdurchschnittlich zu. Es ist auch keineswegs sicher, ob Lohnsteigerungen um jeweils 8½ vH mit dem Ziel einer Begrenzung des Preisauftriebs auf 7 vH voll vereinbar sind, wenn zugleich der restriktive Kurs der Wirtschaftspolitik gelockert wird und dadurch nennenswerte zusätzliche Ansprüche an das Produktionspotential bewirkt werden. Diese Lockerung muß deshalb sehr eng begrenzt sein. Andernfalls müßte der reale private Verbrauch weiter eingeschränkt werden, entweder durch stärkere Preissteigerungen (ohne Lohnausgleich) oder durch eine entsprechend stärkere Reduktion der Lohnsteigerungen. Dabei ist einkalkuliert, daß die Sparneigung der privaten Haushalte trotz der hohen Preissteigerungen und stagnierender Realeinkommen hoch bleibt, was nicht selbstverständlich ist.

Optimistisch zugunsten des Spielraums für Reallohnerhöhungen ist außerdem die Annahme, daß sich wegen der Konjunkturlage die Erdölkrise aufs ganze gesehen nicht in einer unvermeidlichen Extrasteigerung der durchschnittlichen Gewinne auswirkt. Spielraum für zusätzliche Gewinne im einzelnen muß gewährt sein, soll das Marktsystem seine Leistungsfähigkeit in der Bewältigung unvorhersehbarer Anpassungsaufgaben erweisen. Wir erwarten jedoch, daß es 1974 wegen der ungünstigen Konjunkturlage neben den Unternehmen mit knappheitsbedingten Sondereinkommen genügend andere gibt, die sich mit geringen Gewinnen begnügen müssen, ohne daß sie deshalb gleich ihre Investitionen übermäßig einschränken.

55. Es heißt, daß es sehr schwierig sein werde, Lohnverträge abzuschließen, die eine Lohnsteigerung unter 10 vH bringen. Das mag so sein. Wir haben dies so wenig zu beurteilen wie den Wirklichkeitssinn derjenigen, die Tarifforderungen für begründbar halten, welche bei einer angenommenen Inflationsrate von 7 vH auf eine Lohnsteigerung (einschließlich aller Nebenforderungen) von mehr als 20 vH hinauslaufen. Falls sich der spektakuläre Abstand zwischen dem, was gefordert wird, und dem, was mit den gesamtwirtschaftlichen Bedingungen noch vereinbar erscheint, vorläufig nicht verringern lassen sollte, wäre es möglicherweise ratsam, die anstehenden Lohnabschlüsse zunächst einmal auf unbestimmte Zeit zu vertagen. Dies könnte hilfreich auch deshalb sein, weil sich weder die weitere konjunkturelle Entwicklung noch das Ausmaß und die voraussichtliche Dauer der Energiekrise mit der wünschenswerten Klarheit schon überblicken lassen. Ein laufender Abschlag auf die in den späteren Abschlüssen zu vereinbarenden Lohnerhöhungen könnte immerhin sogleich abgesprochen und gezahlt werden. Fatal hingegen wäre es, sollten sich die Tarifpartner unter Zeitdruck auf Verträge verständigen, für die sich, wie schon bei den Forderungen, sachliche Gründe kaum finden lassen, sondern mit denen man in der Furcht, den Beifall und die Gefolgschaft der Arbeitnehmer zu

verlieren, die Tarifautonomie in der Weise zu retten versucht, daß man sie als System zur Austragung von Konflikten nicht wirklich nutzt und damit letztlich gegenstandslos werden läßt.

56. Die **monetäre Politik** kann die Probleme energiebedingter Angebotsengpässe nicht lösen helfen. Eine konjunkturpolitische Aufgabe, durch verstärkte monetäre Expansion zusätzliche Nachfrage nach den Leistungen andernfalls ungenutzter Produktivkräfte hervorzulocken, gibt es daher trotz der ungünstigen Beschäftigungsentwicklung derzeit nicht. Zu lösen ist die Aufgabe einer Umschichtung von Ansprüchen an das Produktionspotential, nicht die Aufgabe, diese Ansprüche im ganzen zu erhöhen.

So braucht die monetäre Politik von ihrem auf allmähliche Stabilisierung des Preisniveaus ausgerichteten Kurs nicht abzulassen. Was bedeutet dies konkret? Wegen der Energieengpässe war die Zielgröße für den Zuwachs des realen Bruttosozialprodukts von etwa 3 vH auf etwa 1 vH zu korrigieren. Unter Berücksichtigung der unvermeidlichen Preissteigerungen — hier gemessen an der Verteuerung der Wertschöpfung, also nicht an den Verbraucherpreisen — ist daher nur noch eine inlandswirksame gesamtwirtschaftliche Ausgabenexpansion von 7 vH zu finanzieren. So gesehen wäre die Zielgröße für die monetäre Expansion sogar nach unten zu korrigieren. Allerdings brauchte die Bundesbank, sobald das Lohnproblem auf eine einigermaßen stabilisierungskonforme Weise gelöst ist, weniger als bisher Sorge zu haben, daß eine stärkere monetäre Expansion alsbald in entsprechendem Umfange für neue Ausgabenwünsche genutzt wird. Vermutlich würde zunächst vor allem eine Normalisierung in der Kassenhaltung und in der Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes eintreten. Keinesfalls besteht jedoch Anlaß, gegenwärtig schon ein Signal zu setzen, das einen Kurswechsel der monetären Politik anzeigte.

Nicht als Kurswechsel zu interpretieren wäre es indes, wenn die Bundesbank in den kommenden Monaten darauf verzichtete, einer Tendenz zur weiteren Senkung des Zinsniveaus entgegenzutreten. Diese Tendenz wird sich von der Veränderung der Nachfrage nach Geld her vermutlich bald stärker durchsetzen. Der Kurs der monetären Politik ist unverändert, solange die Bundesbank dieser Tendenz nicht durch verstärkte Expansion der (bereinigten) Zentralbankgeldmenge nachhilft.

57. Die **Strukturpolitik** sieht sich gegenwärtig besonders hohen Erwartungen gegenüber; die kritische Entwicklung einiger Teilbereiche der Wirtschaft legt das durchaus nahe. Doch entspricht die Art der Probleme, die zur Lösung anstehen, nur bedingt den Möglichkeiten der Strukturpolitik; zudem dürfte das, was ihr aus aktuellen Gründen abverlangt wird, vielfach nicht auf Dauer zu rechtfertigen sein. Nicht zuletzt wegen der Grenzen, die dem strukturpolitischen Handeln gesetzt sind, läßt sich eine Aufhebung der global wirkenden Investitionssteuer vertreten. Was hat gleichwohl strukturpolitisch zu geschehen?

58. Im Energiebereich ist die Substitution von schwerem Heizöl durch Kohle vordringlich (Ziffer 21); anders als bei den Kraftwerken läßt sie sich bei der Erzeugung industrieller Produkte nur schleppend an. Hier gilt es, die Umstellung schneller auf den Weg zu bringen, zumal unter anderem wegen im Bau befindlicher Kraftwerke auf Ölbasis ein hoher zusätzlicher Bedarf an schwerem Heizöl für die nächsten Jahre zu erwarten ist.

59. Durch eine jeweils spezifische Verknüpfung von Ursachen sind einige Wirtschaftsbereiche mehr als andere in Bedrängnis geraten: die Bauwirtschaft, die Kraftfahrzeugindustrie samt vielen Zulieferbereichen und die Textilindustrie.

Die Notwendigkeit, den Abschwung in der Bauwirtschaft gezielt zu mildern, ist unstrittig (Ziffer 48). In der Kraftfahrzeugindustrie sind Produktionsumstellungen auf neue, marktgünstigere und weniger unmittelbar oder mittelbar ölabhängige Produkte kurzfristig nicht möglich, eher schon in der Textilindustrie. Das mag den Gedanken nahelegen, dort wo die heimischen Produkte mit Importen konkurrieren, Handelsschranken zugunsten des Inlandes zu errichten. Einem solchen Ansinnen sollte widerstanden werden. Konkrete Hilfen können allenfalls im Rahmen der regionalpolitischen Programme gewährt werden, sofern die dort jeweils festgelegten Bedingungen erfüllt sind.

60. Vor besonders schwierige Aufgaben dürfte sich die Arbeitsmarktpolitik gestellt sehen. Im Grundsatz sollten die Beschäftigungsrisiken, die sich aus der Lage am Energiemarkt ergeben, möglichst von allen in gleicher Weise getragen werden; tatsächlich werden aber die Folgen ungleich verteilt sein, zumal sie in der Regel nicht von dem Einfluß der konjunkturell differenzierten Absatzlage auf die Beschäftigung zu trennen sind. Von uns eingeholte Auskünfte lassen immerhin erwarten, daß die Unternehmen über die beschäftigungspolitische Nutzung des Arbeitsplatzwechsels und des Abbaues von Überstunden hinaus zunächst möglichst wenig Arbeitskräfte entlassen, sondern zur Kurzarbeit übergehen werden. Soweit ein starker Rückgang in der Beschäftigung unvermeidlich ist, könnten vor allem die Möglichkeiten der Verminderung der Alterserwerbstätigkeit genutzt werden. Im übrigen könnte helfen, wenn über eine verstärkte Beteiligung der Arbeitnehmer an den Bildungsmöglichkeiten Arbeitskräfte für eine bestimmte Zeitspanne aus dem Arbeitsmarkt genommen würden.

Nicht auszuschließen ist — einzelne Meldungen scheinen eine solche Vermutung zu belegen —, daß das Verlangen drängender wird, Arbeitskräfte aus Ländern, die nicht der Europäischen Gemeinschaft angehören, zugunsten einheimischer Arbeitskräfte zu repatriieren. Auch wenn dem vertragliche Pflichten nicht entgegenstehen, ist eine solche Lösung wegen der möglichen Folgen für bestimmte Tätigkeiten und Berufsbereiche, etwa bei öffentlichen Versorgungsbetrieben oder in der Bauwirtschaft nicht ohne weiteres zu rechtfertigen. Außerdem stehen allgemeine Bedenken einem „Export von Ar-

beitslosigkeit" entgegen: Selbst das Ziel, auf mittlere Sicht die Anzahl der ausländischen Arbeitskräfte zu vermindern, bietet angesichts der weltweiten Ölkrise wohl keinen hinreichenden Grund, dies gerade jetzt zu tun.

VI. Wenn es anders kommt

61. Nur für wenige Wochen läßt sich die voraussichtliche Versorgung mit Erdöl einigermaßen zuversichtlich überblicken. Es kann auch schlimmer kommen, als in diesem Gutachten angenommen worden ist. Die Probleme werden dann nicht einfach proportional mit der Fehlmenge beim Rohöl wachsen. Die Einsparungsmöglichkeiten, die keine oder nur geringe Rückwirkungen auf Produktion und Beschäftigung haben, wären schon weitgehend verbraucht. Man müßte sich daher in diesem Fall auf eine gravierende Reduktion der gesamten wirtschaftlichen Aktivität einstellen. Hierbei die Lasten einigermaßen gleichmäßig zu verteilen, ohne zugleich unsere Wirtschaftsordnung außer Kraft zu setzen, wäre die Aufgabe. Wir halten es jedoch nicht für angezeigt, in diesem Sondergutachten Lösungsmöglichkeiten zu erörtern.

62. Möglich ist auch, daß es weniger schlimm kommt. Dies ist selbst dann nicht unwahrscheinlich, wenn die arabischen Länder offiziell für unabsehbare Zeit bei ihrer restriktiven Förderpolitik bleiben. Auch bisher schon gab es Öllieferungen abseits der abgestimmten Linie der OAPEC-Staaten. Nicht zuletzt darf man vielleicht erwarten, daß in nicht zu ferner Zukunft ein Erdölpreis gefunden wird, wenn auch ein recht hoher, zu dem man am Weltmarkt unbeschränkt — nicht nur Spotmengen — einkaufen kann.

Unter diesen Umständen würde das gesamtwirtschaftliche Angebotspotential sehr rasch größer werden. Es wäre dann zunächst die Nachfrage, welche die tatsächliche Zunahme von Produktion und Beschäftigung bestimmte. Nicht sicher wäre, daß sie sich umgehend von selbst so stark belebte, wie es zu einer optimalen Auslastung des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials paßte. Eine Politik der Konjunkturanregung wäre im Prinzip möglich geworden. Es wäre allerdings angezeigt, nur sehr maßvoll Gas zu geben, da zu gewärtigen ist, daß eine Welle von Nachholinvestitionen und solchen Investitionen, mit denen sich die Wirtschaft an erwartete langfristige Änderungen im Energieangebot anpassen will, in Gang kommt, sobald das Vertrauen in eine wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung wieder allgemein geworden ist. Auch die Kaufzurückhaltung der privaten Haushalte könnte rasch der Neigung weichen, aufgeschobene Anschaffungen nachzuholen.

VII. Mittel- und langfristige Aspekte der Krise

63. Auch wenn die Krise vorübergeht, also die Lieferungen von Öl nicht mehr auf dem derzeitig niedrigen Stand belassen oder gar weiter gekürzt werden, kann man nicht erwarten, daß dann wieder die Mengen mit der Rate zunehmen, mit der man vor der Krise gerechnet hat. Zu bedenken ist auch, daß die Verfügungsmacht über das Erdöl dort bleibt, wo sie ist, die Ölhähne also auch wieder zugedreht werden können. Schließlich ist damit zu rechnen, daß der Preis des Rohöls weiter steigen wird, zunächst möglicherweise stärker als der anderer Energieträger.

Die Nöte und Ängste, die daraus vielfach abgeleitet werden, könnten zu Kurzschlußhandlungen verführen, die später die ganze Volkswirtschaft auf lange Zeit belasten würden. Davor ist zu warnen. Es gibt zu viele — schon bekannte — Arten der Energiegewinnung, als daß man sich leisten könnte, einfach solche voranzutreiben, die technisch, aber nicht ökonomisch nahe liegen. Vieles wird die private Wirtschaft, durch die Krise aufgerüttelt, von selbst forciert betreiben. Manches kann auch der Staat auf den Weg bringen, aber nicht wahllos und schon morgen, weil er nun den Vorwurf des Nichtstuns fürchtet, sondern nach sorgfältiger Prüfung der Möglichkeiten, die dann zu einem Konzept führen sollte, das ausgewogen ist zwischen Sicherheit und Wirtschaftlichkeit. Blinde Protektion für die heimische Kohle aus Gründen der Sicherheit wäre genau so falsch wie die Förderung von Projekten, die wenig Aussicht für eine wirtschaftliche Energiegewinnung bieten. Kohle gibt es nicht nur in Deutschland und Öl nicht nur in arabischen Ländern. Die Erwartung steigender Preise läßt die Ausbeutung von Ölquellen wirtschaftlich werden, die bisher nicht in Angriff genommen wurde, weil die Quellen schwerer zugänglich sind. Aus Ölschiefer und aus Ölsänden kann ebenfalls Öl gewonnen werden. Dies alles setzt auch dem Anstieg der Preise für Öl aus den traditionellen Lieferländern Grenzen.

Mag der Weg zur billigen Kernenergie noch weit sein, auch vor Erreichen dieses Zieles wird man nicht aus Energiemangel auf wirtschaftliches Wachstum verzichten müssen. Erst einmal herausgefordert, haben Menschen immer wieder vollbracht, was zunächst unmöglich schien. So ist gar nicht unwahrscheinlich, daß innerhalb weniger Jahre Energie wieder als reichlich vorhanden gilt und genügend Öl als Rohstoff der Chemie zur Verfügung steht. Dies soll kein Plädoyer für Sorglosigkeit sein. Es soll nur die aus dem Lot geratene Argumentation wieder gerade rücken. Dringlich erscheint, daß man sich, mit oder ohne Hilfe des Staates, durch langfristige Verträge oder Beteiligungen Rohstoffquellen sichert und, damit auch Sicherheit besteht, vor allem in solchen Ländern, deren Wirtschafts- und Gesellschaftssystem dem unseren ähnlich ist. Wichtig ist ferner, sich an Forschungsprojekten zur Verbilligung der Energiegewinnung und zur Erschließung neuer und neuartiger Energiequellen zu beteiligen. So können die Risiken für die Zukunft erheblich gemindert werden, ohne daß man sich langfristig Lasten aufbürdet, die möglicherweise die gegenwärtigen Lasten der Ölkrise weit übersteigen.

V.
Methodische Erläuterungen

Zur Bestimmung des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials (Sachkapazitäten)

1. Verwendete Symbole für die Jahre t, t + 1, . . ., t + n:

K_t	Bruttoanlagevermögen am Jahresanfang
$\frac{1}{2}(K_t+K_{t+1})$	jahresdurchschnittliches Bruttoanlagevermögen
Y_t	reales Bruttoinlandsprodukt
Y_t^*	gesamtwirtschaftliches Produktionspotential
P_t^*	Produktionspotential des Sektors Unternehmen
k_t	statistisch gemessene Kapitalproduktivität
$\hat{k}_t$	trendmäßige Kapitalproduktivität
k_t^*	trendmäßige Kapitalproduktivität, bei Vollauslastung der Sachkapazitäten
u_t	Zufallsvariable
λ_t	Auslastungsgrad des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials

2. Das gesamtwirtschaftliche Produktionspotential setzt sich additiv zusammen aus dem potentiellen Produktionsvolumen des Sektors Unternehmen (ohne Wohnungsvermietung) und den Beiträgen des Staates, der Wohnungsvermietung und der privaten Haushalte und Organisationen ohne Erwerbscharakter zum realen Bruttoinlandsprodukt. Beim Staat und den übrigen Bereichen außerhalb des Sektors Unternehmen (ohne Wohnungsvermietung) wird dabei angenommen, daß deren Produktionspotential stets voll ausgelastet und damit mit ihren Beiträgen zum Bruttoinlandsprodukt identisch ist.

   Der Auslastungsgrad des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials errechnet sich nach der Relation:

$$\lambda_t = \frac{Y_t}{Y_t^*}$$

3. Das Produktionspotential des Sektors Unternehmen (ohne Wohnungsvermietung) ist das Produkt des jahresdurchschnittlichen Bruttoanlagevermögens und der von Auslastungsschwankungen bereinigten trendmäßigen Kapitalproduktivität bei Vollauslastung der Sachkapazitäten.

$$P_t^* = \frac{k_t^*}{2}(K_t + K_{t+1})$$

4. Die Berechnung der in die Potentialschätzung eingehenden Kapitalproduktivitäten erfolgt in zwei Schritten. Zunächst werden trendmäßige Kapitalproduktivitäten mit Hilfe einer logarithmisch-linearen Trendfunktion errechnet:

$$\log \hat{k}_t = \log a + t \log b + u_t$$

   Darauf erhält man die Kapitalproduktivität für die Potentialberechnung dadurch, daß der Trend parallel durch denjenigen Wert der empirisch gemessenen Kapitalproduktivität im jeweiligen Stützbereich verschoben wird, der von seinem Trendwert am weitesten nach oben abweicht.

$$\log k_t^* = a_o + \log \hat{k}_t,$$
$$\text{wobei } a_o = \max [\log k_t - \log \hat{k}_t] \text{ ist.}$$

   Als Stützbereich für die Trendberechnung wird eine Periode von konstanter Länge angenommen, die die Dauer von etwa zwei Konjunkturzyklen umfaßt und die jeweils um das abgelaufene Jahr aktualisiert wird, um den Trendverlauf möglichst gegenwartsnah zu bestimmen. Der so berechnete Trend geht ausschließlich in die Potentialschätzung des Berichtszeitraumes ein.

5. Das Produktionspotential bei jahresdurchschnittlicher Auslastung der Sachkapazitäten des Sektors Unternehmen (ohne Wohnungsvermietung) wurde ermittelt als Produkt des durchschnittlichen Bruttoanlagevermögens und der von Auslastungsschwankungen bereinigten trendmäßigen Kapitalproduktivität bei einer Auslastung der Sachanlagen wie im Durchschnitt des Zeitraums 1963 bis 1973 (knapp 97½ vH). Hinzugefügt wurden, um das Produktionspotential bei durchschnittlicher Auslastung der gesamtwirtschaftwirtschaftlichen Sachkapazitäten zu bestimmen, die Beiträge des Staates, der Wohnungsvermietung und der privaten Haushalte und Organisationen ohne Erwerbscharakter zum realen Bruttoinlandsprodukt. Für diese Bereiche wurde folglich angenommen, daß ihre Sachkapazitäten stets voll ausgelastet waren.

6. Über die Entwicklung der einzelnen Komponenten des Potentialwachstums wurden folgende Annahmen gemacht:

   — Bei der Fortschreibung des vom Statistischen Bundesamt geschätzten Bruttoanlagevermögens bis zum Jahresende 1975 wurde davon ausgegangen, daß die realen Bruttoanlageinvestitionen der Unternehmen 1974 um 7½ vH und 1975 um 1½ vH abnehmen.

— Die rechnerischen Abgänge wurden nach einem Verfahren geschätzt, das einer quasi-logistischen Verteilungsfunktion ähnelt.

— Für die Berechnung der trendmäßigen Kapitalproduktivität in den Jahren 1974 und 1975 wurde als Stützbereich die Periode 1964 bis 1973 zugrunde gelegt. Der Trend wurde durch die empirisch gemessene Kapitalproduktivität des Jahres 1970 verschoben.

Zur Berechnung der bereinigten Zentralbankgeldmenge

1. Die Zentralbankgeldmenge ist in der von uns verwendeten Abgrenzung definiert als

(1) $Z_t = BG_t + MR_t + UR_t$

Die Symbole haben folgende Bedeutung:

Z Zentralbankgeldmenge

BG Bargeldumlauf

MR Mindestreserven

UR Überschußreserven

t Zeitindex

Die Bereinigung der Mindestreserven um den Effekt von Reservesatzänderungen erfolgt mit Hilfe eines Korrekturpostens

(2) $MR_t^b = MR_t + K_t$

Dabei bedeuten:

MR^b Bereinigte Mindestreserven

K Korrekturposten

Es ist

(3) $K_t = \sum_{\tau=t_o}^{t} \triangle K_\tau$

mit

(4) $\triangle K_\tau = -(r_t - r_{t-1})\, E_{t-1}$

Dabei bedeuten

r Reservesatz

E Reservepflichtige Bankeinlagen

τ Zeitindex für die Kumulation des Korrekturpostens

t_o Zeitpunkt, zu welchem die Kumulation des Korrekturpostens begonnen wird

Die bereinigte Zentralbankgeldmenge Z^b ergibt sich dann als

(5) $Z_t^b = BG_t + (MR_t + K_t) + UR_t$

2. Gelten für unterschiedliche Einlagearten verschiedene Reservesätze, so ist r ein durchschnittlicher Reservesatz (Reserve-Soll in vH der reservepflichtigen Einlagen), welcher nicht nur auf mindestreservepolitische Maßnahmen, sondern auch auf vom Publikum und von den Banken bewirkte Verschiebungen in der Einlagenstruktur reagiert. Soll die Zentralbankgeldmenge nur um die reinen Effekte mindestreservepolitischer Maßnahmen bereinigt werden, so muß die Bereinigung nach einzelnen Einlagearten getrennt vorgenommen werden. Für die Mindestreserven gilt

(6) $MR_t = \sum_{i=1}^{n} r_{it}\, E_{it}$

Dabei ist

i Index der Einlagearten, für die unterschiedliche Reservesätze gelten

Die Bereinigung erfolgt getrennt für jede Einlagenart nach den Formeln (2) bis (4). Die nach einzelnen Einlagearten bereinigte Zentralbankgeldmenge ist dann

(7) $Z_t^b = BG_t + \sum_{i=1}^{n} (r_{it}E_{it} + K_{it}) + UR_t$

Nach Ausdruck (7) wird die Zentralbankgeldmenge nur um den reinen Effekt mindestreservepolitisch bewirkter Reservesatzänderungen bereinigt, denn für den Korrekturposten gilt

(8) $\triangle K_\tau = \sum_{i=1}^{n} -(r_{it} - r_{it-1})\, E_{it-1}$

Dieser Ausdruck ist nur dann ungleich Null, wenn die Bundesbank wenigstens einen der Reservesätze zwischen zwei Zeitpunkten ändert.

3. Die „Zentralbankgeldmenge bei konstanten Reservesätzen", wie sie die Bundesbank berechnet, ist zu jedem Zeitpunkt t wie folgt definiert:

$Z_t^{KR} = BG_t + \sum_{i=1}^{n} r_{iT}\, E_{it}^l$

Dabei ist

E_{it}^l Reservepflichtige Verbindlichkeiten gegenüber Inländern

Der Zeitindex t läuft von t_o bis T; t_o ist der Zeitpunkt, zu welchem die Berechnung der Reihe begonnen wird.

Zum Konzept des konjunkturneutralen Haushaltes

A. Die verwendeten Symbole haben folgende Bedeutung:

P_t^r Produktionspotential in Preisen von 1962 im Jahr t

p_t „konjunkturneutrale" Erhöhung des Preisniveaus (Deflator des Bruttosozialproduktes) im Jahr t (in vH)

P_t^n Produktionspotential, inflationiert mit dem Deflator des Bruttosozialproduktes im Vorjahr (t − 1) und der „konjunkturneutralen" Erhöhung des Preisniveaus (p_t) im Jahr t

P_t^i Produktionspotential in jeweiligen Preisen (Deflator des Bruttosozialproduktes) im Jahr t

l_v Normalauslastungsgrad des Produktionspotentials (in vH)

G_t^i tatsächliche Staatsausgaben im Jahr t

g_o Anteil der Staatsausgaben am Produktionspotentials (Staatsquote) im Basisjahr (in vH)

G_t^n Staatsausgaben im Jahr t bei gleichem Staatsanteil am Produktionspotential wie im Basisjahr: $\frac{(g_o \cdot P_t^n)}{100}$

Y_t^i Bruttosozialprodukt in jeweiligen Preisen im Jahr t

Y_t^v Bruttosozialprodukt bei Normalauslastung des Produktionspotentials (P_t^n) im Jahr t

Y_t^n Bruttosozialprodukt bei „konjunkturneutralem" Preisniveau im Jahr t

t_o volkswirtschaftliche Steuerquote (Anteil der tatsächlichen Steuereinnahmen am Bruttosozialprodukt) im Basisjahr (in vH)

t_t volkswirtschaftliche Steuerquote im Jahr t (in vH)

T_t^v Vollbeschäftigungssteuereinnahmen im Jahr t bei gleicher Steuerquote wie im jeweiligen Jahr

T_t^n Vollbeschäftigungssteuereinnahmen im Jahr t bei gleicher Steuerquote wie im Basisjahr: $\frac{(t_o - Y_t^n)}{100}$

H_t^n konjunkturneutrales Haushaltsvolumen im Jahr t

n_t konjunkturneutrale Staatsquote im Jahr t (in vH)

b_t beanspruchte Staatsquote im Jahr t (in vH)

i_t realisierte Staatsquote im Jahr t (in vH)

S_t sonstige Einnahmen im Jahr t

K_t^n potentialorientierte Kreditaufnahme im Jahr t

F_o^i tatsächlicher Finanzierungssaldo im Basisjahr

B. Definitionen

$$Y_t^v = \frac{l_v \cdot P_t^n}{100}$$

$$Y_t^n = Y_t^i \frac{P_t^n}{P_t^i}$$

$$T_t^v = \frac{t_t \cdot Y_t^v}{100}$$

$$T_t^n = \frac{t_o \cdot Y_t^v}{100}$$

$$H_t^n = \frac{g_o \cdot p_t^n}{100} + \frac{(t_t - t_o)\, Y_t^v}{100}$$

Die Differenz der Steuerquoten des laufenden (t_t) und des Basisjahres (t_o) — als Maß für Veränderungen in den Entzugseffekten des Steuersystems — gewichten wir, anders als bei den Rechnungen in früheren Gutachten, nicht mehr mit dem Bruttosozialprodukt in jeweiligen Preisen (Y_t^i) sondern mit dem Bruttosozialprodukt bei Normalauslastung des Produktionspotentials zu konjunkturneutralen Preisen (Y_t^v). Hierdurch sollen konjunkturbedingte und inflationsbedingte Schwankungen im Steueraufkommen besser als bisher bei der Ermittlung des konjunkturneutralen Haushaltsvolumens ausgeschaltet werden. Konjunkturbedingte und inflationsbedingte Schwankungen in den Steuerquoten vermögen wir allerdings nach wie vor nicht hinreichend genau zu erfassen (siehe JG 70 Ziffer 341).

Konjunktureller Impuls:

$H_t^n > G_t^i$: kontraktiv

$H_t^n = G_t^i$: konjunkturneutral

$H_t^n < G_t^i$: expansiv

konjunkturneutrale Staatsquote: $n_t = \frac{H_t^n}{P_t^n} \cdot 100$

beanspruchte Staatsquote: $b_t = \frac{G_t^i}{P_t^n} \cdot 100$

realisierte Staatsquote: $i_t = \frac{G_t^i}{P_t^i} \cdot 100$

potentialorientierte Kreditaufnahme im Basisjahr:

$$K_o^n = F_o^i + \frac{t_o}{100} \cdot (Y_o^v - Y_o^i)$$

C. Zur Berechnung der Steigerungsrate für eine konjunkturneutrale Ausweitung der Staatsausgaben (bezogen auf die Ist-Ausgaben des Vorjahres)

$$\left(\frac{H_{t+1}^n}{G_t^i} - 1\right) \cdot 100 = \left[\frac{\left(\frac{H_t^n}{G_t^i} \cdot \frac{P_t^i}{P_t^n}\right) \cdot \left(\frac{P_{t+1}^r}{P_t^r}\right) \cdot (100 + p_{t+1})}{100} + \frac{(t_{t+1} - t_t)\, Y_{t+1}^v}{G_t^i \cdot 100} - 1\right] \cdot 100 =$$

$$= \left[\frac{\left(\frac{P_{t+1}^r}{P_t^r} \cdot \frac{(100 + p_{t+1})}{100}\right)}{\frac{i_t}{n_t}} + \frac{(t_{t+1} - t_t)\, Y_{t+1}^v}{G_t^i \cdot 100} - 1\right] \cdot 100$$

Zwischen den Werten der konjunkturneutralen Steigerungsrate in Zeile (b) der Tabelle 22 und den Werten in den Zeilen (c), (d), (e) und (f) besteht folgender Zusammenhang:

$$b = \left[\frac{\frac{[100 + (c)]}{100} \cdot \frac{[100 + (d)]}{100}}{\frac{100 - (f)}{100}} + \frac{(e)}{100} - 1 \right] \cdot 100$$

Die Größe (f) ist eine Zusammenfassung der in Tabelle 18 des Jahresgutachtens 1971 ausgewiesenen Größen (f) und (g).

D. Zur Berechnung des konjunkturneutralen Finanzierungssaldos

(a) potentialorientierte Kreditaufnahme:

$$K_t^n = K_0^n \cdot \frac{P_t^n}{P_0^n}$$

Diese Größe tritt an die Stelle der früher ausgewiesenen „konjunkturneutralen längerfristigen Kreditaufnahme" zuzüglich der auslastungs- und inflationsbedingten Änderung im Deckungsbeitrag dieser Größe (früher zusammen mit (d)).

(b) auslastungsbedingte Steuermehreinnahmen beziehungsweise Mindereinnahmen:

$$\frac{t_t}{100} \cdot (Y_t^n - Y_t^v)$$

(c) inflationsbedingte Steuermehreinnahmen:

$$\frac{t_t}{100} \cdot (Y_t^i - Y_t^n)$$

(d) Änderung im Deckungsbeitrag der „Sonstigen Einnahmen":

$$\left(S_t - S_0 \frac{P_t^n}{p_0^i}\right)$$

Der konjunkturneutrale Finanzierungssaldo ergibt sich als Summe der Komponenten (a) bis (d).

VI.
Statistischer Anhang

Erläuterung von Begriffen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für die Bundesrepublik Deutschland	Seite	204
Tabellenteil	Seite	207
Teil A, Internationale Tabellen	Tabellen	1* — 13*
Teil B, Tabellen für die Bundesrepublik Deutschland	Tabellen	14* — 59*

Erläuterung von Begriffen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für die Bundesrepublik Deutschland

1. Sektoren der Volkswirtschaft

Die inländischen wirtschaftlichen Institutionen sind in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zu Sektoren zusammengefaßt. In der Grundeinteilung werden drei Sektoren unterschieden, nämlich Unternehmen, Staat und private Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter.

Zu den **Unternehmen** rechnen alle Institutionen, die vorwiegend Waren und Dienstleistungen produzieren bzw. erbringen und diese gegen spezielles Entgelt verkaufen, das in der Regel Überschüsse abwirft oder mindestens die Kosten deckt. Hierzu gehören unter anderem auch landwirtschaftliche Betriebe, Handwerksbetriebe und Freie Berufe, ferner Bundesbahn, Bundespost und sonstige öffentliche Unternehmen, unabhängig von ihrer Rechtsform. Einbezogen in den Unternehmenssektor ist auch die Wohnungsvermietung einschließlich der Nutzung von Eigentümerwohnungen.

Der **Staat** umfaßt folgende öffentliche Körperschaften: Bund einschl. Lastenausgleichsfonds und ERP-Sondervermögen, Länder einschließlich Stadtstaaten, Gemeinden und Gemeindeverbände, und zwar Hoheits- und Kämmereiverwaltungen (also nicht ihre Unternehmen), ferner Zweckverbände, soweit sie Aufgaben erfüllen, die denen der Gebietskörperschaften entsprechen, und die Sozialversicherung einschließlich der Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst. In die Sozialversicherung einbezogen ist ein fiktiver Pensionsfonds für Beamte, der unterstellt werden muß, damit das Einkommen der Beamten mit dem anderer Arbeitnehmergruppen vergleichbar dargestellt werden kann.

In den Sektor der **privaten Haushalte** sind die privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter eingeschlossen, wie Kirchen, religöse und weltanschauliche Organisationen, karitative, kulturelle und wissenschaftliche Organisationen, politische Parteien, Gewerkschaften, Sportvereine, gesellige Vereine usw., die wie der Staat ihre Leistungen überwiegend ohne Entgelt „verkaufen".

2. Das Sozialprodukt und seine Entstehung

Das **Sozialprodukt** gibt in zusammengefaßter Form ein Bild der wirtschaftlichen Leistung der Volkswirtschaft.

Von seiner Entstehung her gesehen wird das Sozialprodukt über das **Inlandsprodukt** berechnet. Ausgangsgröße für die Ermittlung des Inlandsprodukts sind in der Regel die Produktionswerte (Umsatz, Bestandsveränderung an Halb- und Fertigfabrikaten, selbsterstellte Anlagen) der Wirtschaftsbereiche. Zieht man hiervon die sogenannten Vorleistungen (Materialeinsatz usw.) ab, erhält man den Beitrag der Bereiche zum **Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen.**

Erhöht man das Bruttoinlandsprodukt um die Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die inländische Institutionen von der übrigen Welt bezogen haben, und zieht man die Erwerbs- und Vermögenseinkommen ab, die an die übrige Welt gezahlt worden sind, ergibt sich das **Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen.**

Das Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen ist, von seiner Verwendung her gesehen, gleich der Summe aus dem (Privaten und Staats-) Verbrauch, den Investitionen und den Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen (einschließlich der Erwerbs- und Vermögenseinkommen aus der übrigen Welt) nach Abzug der Einfuhren von Waren und Dienstleistungen (einschließlich der Erwerbs- und Vermögenseinkommen für die übrige Welt).

Zieht man vom Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen die verbrauchsbedingten, zu Wiederbeschaffungspreisen bewerteten Abschreibungen ab, erhält man das **Nettosozialprodukt zu Marktpreisen.** Hieraus leitet sich durch Kürzung um die indirekten (bei der Gewinnermittlung abzugsfähigen) Steuern und durch Addition der für die laufende Produktion gezahlten staatlichen Subventionen das **Nettosozialprodukt zu Faktorkosten** ab. Es ist identisch mit dem Volkseinkommen.

Die einzelnen Begriffe hängen, schematisch dargestellt, wie folgt zusammen:

	Bruttoinlandsprodukt
+	Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen zwischen Inländern und der übrigen Welt
=	Bruttosozialprodukt
—	Abschreibungen
=	Nettosozialprodukt zu Marktpreisen
—	Indirekte Steuern
+	Subventionen
=	Nettosozialprodukt zu Faktorkosten
=	Volkseinkommen

3. Verteilung des Volkseinkommens

Das Volkseinkommen ist die Summe aller Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die Inländern zugeflossen sind.

In der Verteilungsrechnung des Volkseinkommens werden zwei wichtige Einkommensarten unterschieden, nämlich Einkommen aus unselbständiger Arbeit und Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen.

Das **Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit** umfaßt die Bruttolohn- und -gehaltssumme, die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung und die zusätzlichen Sozialaufwendungen der Arbeitgeber für Krankheitsfälle, Altersvorsorge u. ä.

Das **Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen** enthält das Einkommen der privaten Haushalte und des Staates aus Zinsen, Nettopachten, Einkommen aus immateriellen Werten, Dividenden und sonstigen Ausschüttungen der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit sowie Einkommen der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit, und zwar nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden bzw. auf die öffentliche Schuld. Dazu kommen die nicht ausgeschütteten Gewinne der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit (Kapitalgesellschaften, Genossenschaften usw.).

Die Anteile der Sektoren am Volkseinkommen enthalten noch die direkten Steuern, derjenige der privaten Haushalte außerdem die Beiträge zur Sozialversicherung.

Erhöht man den Anteil der privaten Haushalte (und privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter) am Volkseinkommen um die Renten, Pensionen, Unterstützungen und ähnliches, die die privaten Haushalte usw. vom Staat und von der übrigen Welt bezogen haben, und zieht man von dieser Summe die von ihnen an den Staat geleisteten direkten Steuern, Sozialversicherungsbeiträge und sonstigen laufenden Übertragungen sowie die an die übrige Welt geleisteten laufenden Übertragungen ab, ergibt sich das **verfügbare Einkommen** des Haushaltssektors. Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte kann sowohl einschließlich als auch ohne nichtentnommene Gewinne der Einzelunternehmen und Personengesellschaften dargestellt werden. Dasselbe gilt für die **Ersparnis** der privaten Haushalte, die man erhält, wenn man vom verfügbaren Einkommen den Privaten Verbrauch abzieht.

4. Verwendung des Sozialprodukts

In der Verwendungsrechnung werden der Private Verbrauch, der Staatsverbrauch, die Investitionen und der Außenbeitrag unterschieden.

Der **Private Verbrauch** umfaßt die Güter- und Dienstleistungskäufe der inländischen privaten Haushalte für Konsumzwecke sowie den Eigenverbrauch (Käufe minus Verkäufe, ohne Investitionsgüter) der privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter. Neben den tatsächlichen Käufen sind auch bestimmte unterstellte Käufe einbegriffen, wie der Eigenverbrauch der Unternehmer, der Wert der Nutzung von Eigentümerwohnungen und ähnliches. Der Verbrauch auf Geschäftskosten wird nicht zum Privaten Verbrauch gerechnet, sondern zu den Vorleistungen der Unternehmen. Nicht enthalten sind ferner die Käufe von Grundstücken und Gebäuden, die zu den Investitionen zählen.

Der **Staatsverbrauch** entspricht den Aufwendungen des Staates für Verwaltungsleistungen, die der Allgemeinheit ohne spezielles Entgelt zur Verfügung gestellt werden. Zu den Aufwendungen für Verwaltungsleistungen zählen die Waren- und Dienstleistungskäufe des Staates (ohne Käufe von Investitionsgütern für zivile Zwecke), die Einkommen der im Staatsdienst Beschäftigten, ferner unterstellte Nettomieten für die vom Staat benutzten eigenen Gebäude und Abschreibungen auf diese Anlagen und das bewegliche Sachvermögen. Um den Staatsverbrauch zu ermitteln, wird von den Aufwendungen der Wert der Staatsleistungen abgesetzt, die verkauft oder für die Gebühren erhoben werden. Zu den laufenden Aufwendungen für Verteidigungszwecke zählen auch die Käufe von Rüstungsgütern und militärischen Bauten. Sachleistungen der Sozialversicherung, der Sozialhilfe usw. an private Haushalte zählen zum Staatsverbrauch und nicht zum Privaten Verbrauch.

Die **Investitionen** setzen sich aus Anlageinvestitionen (Ausrüstungen und Bauten) und der Vorratsveränderung zusammen.

Die **Anlageinvestitionen** umfassen die gesamten privaten und staatlichen Käufe dauerhafter Produktionsmittel sowie die selbsterstellten Anlagen. Als dauerhaft werden in diesem Zusammenhang diejenigen Produktionsmittel angesehen, deren Nutzungsdauer mehr als ein Jahr beträgt und die normalerweise aktiviert und abgeschrieben werden; ausgenommen sind geringwertige Güter.

Die Anlageinvestitionen werden unterteilt in **Ausrüstungsinvestitionen** (Maschinen und maschinelle Anlagen, Fahrzeuge usw.) und **Bauinvestitionen** (Wohngebäude, Verwaltungsgebäude, sonstige gewerbliche Bauten, Straßen, Brücken, Wasserwege usw.).

Die **Vorratsveränderung** ist zu Wiederbeschaffungspreisen bewertet und damit frei von Scheingewinnen und -verlusten, die aus den preisbedingten Änderungen der Buchwerte resultieren.

Als **Außenbeitrag** wird die Differenz zwischen der Ausfuhr und Einfuhr von Waren und Dienstleistungen bezeichnet. Erfaßt werden die Waren- und Dienstleistungsumsätze zwischen Inländern und der übrigen Welt. Einbezogen in die Ausfuhr sind Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die Inländer von der übrigen Welt bezogen haben; in der Einfuhr sind die an die übrige Welt geflossenen Erwerbs- und Vermögenseinkommen enthalten.

Beim Vergleich mit entsprechenden Positionen der Zahlungsbilanz ist zu beachten, daß in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen die übrige Welt neben dem Ausland auch die DDR und Berlin (Ost) umfaßt.

5. Das Sozialprodukt in konstanten Preisen und die Preisentwicklung des Sozialprodukts

Das Sozialprodukt und die wichtigsten Teilgrößen der Entstehungs- und Verwendungsrechnung werden auch in konstanten Preisen (von 1962) berechnet. Man spricht in diesem Fall auch vom realen Sozialprodukt im Gegensatz zum nominalen, das in jeweiligen Preisen ausgedrückt ist. Dividiert man

nominale durch die entsprechenden realen Größen, erhält man Preisindizes auf der Basis 1962. Diese Preisindizes haben eine wechselnde Wägung, das heißt, ihnen liegt der „Warenkorb" des jeweiligen Berichtsjahres zugrunde. Sie zeigen den Preisstand im Berichtsjahr verglichen mit dem von 1962; die Entwicklung gegenüber dem jeweiligen Vorjahr ist aus ihnen — wegen der wechselnden Wägung — nur mit Einschränkungen abzulesen.

Weitere Hinweise zum Inhalt der in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen verwendeten Begriffe werden in den Fußnoten zu den einzelnen Tabellen gegeben.

Tabellenteil

Tabelle 1*

Bevölkerung und Erwerbstätige in den EG-Ländern

1 000

Jahr	EG insgesamt [1]	Bundesrepublik Deutschland [2]	Frankreich	Italien	Niederlande	Belgien	Luxemburg	Großbritannien	Irland	Dänemark
	Gesamtbevölkerung									
1956	162 657	49 797	43 843	48 921	10 888	8 900	308	51 430	2 898	4 466
1957	164 220	50 434	44 311	49 181	11 022	8 963	309	51 657	2 885	4 488
1958	165 841	51 056	44 789	49 476	11 185	9 024	311	51 870	2 853	4 515
1959	167 437	51 634	45 240	49 831	11 347	9 072	313	52 157	2 846	4 547
1960	172 232	55 433	45 684	50 198	11 483	9 119	315	52 559	2 832	4 581
1961	173 923	56 175	46 163	50 523	11 637	9 166	319	52 956	2 818	4 617
1962	176 020	56 837	46 998	50 843	11 801	9 218	323	53 404	2 830	4 647
1963	177 976	57 389	47 816	51 198	11 964	9 283	326	53 672	2 850	4 684
1964	179 703	57 971	48 310	51 600	12 125	9 367	330	53 995	2 864	4 720
1965	181 438	58 619	48 758	51 987	12 293	9 448	333	54 328	2 876	4 758
1966	182 942	59 148	49 164	52 332	12 455	9 508	335	54 592	2 884	4 797
1967	183 990	59 286	49 548	52 667	12 597	9 557	335	54 868	2 899	4 839
1968	185 054	59 500	49 914	52 987	12 726	9 590	337	55 141	2 910	4 867
1969	186 524	60 067	50 315	53 317	12 873	9 613	339	55 366	2 921	4 891
1970	188 090	60 651	50 768	53 661	13 032	9 638	340	55 496	2 944	4 929
1971	189 750	61 284	51 249	54 005	13 194	9 673	345	55 668	2 978	4 960
1972	191 159	61 669	51 700	54 401	13 330	9 711	348	55 877	3 014	4 994
	Erwerbstätige insgesamt									
1956	71 310 [a]	23 387	19 645	20 561	4 078	3 505 [a]	.	24 509	1 125	1 915 [a]
1957	72 102 [a]	23 881	19 801	20 657	4 100	3 529 [a]	.	24 537	1 084	1 925 [b]
1958	72 060 [a]	23 965	19 742	20 665	4 062	3 492 [a]	.	24 272	1 068	1 939 [b]
1959	72 125 [a]	24 184	19 566	20 666	4 104	3 471 [a]	.	24 344	1 060	1 999 [b]
1960	74 119	26 092	19 600	20 630	4 182	3 481	134	24 776	1 055	2 054
1961	74 618	26 453	19 601	20 677	4 243	3 510	134	25 058	1 053	2 084 [b]
1962	74 689	26 545	19 664	20 450	4 328	3 566	136	25 215	1 060	2 116 [b]
1963	74 705	26 608	19 843	20 139	4 387	3 592	136	25 223	1 066	2 142 [b]
1964	74 999	26 630	20 060	20 066	4 464	3 641	138	25 501	1 071	2 186
1965	74 872	26 780	20 123	19 680	4 502	3 648	139	25 750	1 069	2 226
1966	74 663	26 698	20 246	19 377	4 537	3 665	140	25 895	1 066	2 264 [b]
1967	74 052	25 829	20 312	19 596	4 523	3 654	138	25 492	1 060	2 312
1968	74 080	25 850	20 291	19 585	4 565	3 650	139	25 303	1 063	2 320 [b]
1969	75 034	26 251	20 615	19 676	4 641	3 711	140	25 313	1 066	2 342
1970	75 787	26 582	20 905	19 686	4 696	3 774	144	25 120	1 053	2 374
1971	75 941	26 575	21 033	19 639	4 730	3 816	148	24 744	1 055	2 382
1972	75 557 [a]	26 400	21 173	...	4 694	3 814	151	24 571	1 045	2 388

[1] EG der Sechs; bis 1959 ohne Saarland und Berlin.
[2] Bis 1959 ohne Saarland und Berlin.
[a] Schätzung des SAEG.
[b] Unsichere oder geschätzte Angaben.

Quelle: SAEG (Bundesrepublik Deutschland ab 1960 korrigiert nach nationaler Quelle)

Tabelle 2*

Beschäftigte Arbeitnehmer [1]) und Arbeitslose [2]) in den EG-Ländern

1 000

Jahr	EG insgesamt [3])	Bundesrepublik Deutschland [4])	Frankreich	Italien	Niederlande	Belgien	Luxemburg	Großbritannien	Irland [5])	Dänemark
	Beschäftigte Arbeitnehmer									
1956	48 016 a)	17 483	13 354	11 345	3 125	2 625 a)	.	22 727	.	.
1957	49 232 a)	17 992	13 694	11 624	3 167	2 669 a)	.	22 759	.	.
1958	49 577 a)	18 188	13 803	11 721	3 145	2 633 a)	.	22 498	.	.
1959	50 027 a)	18 508	13 752	11 854	3 199	2 627 a)	.	22 573	.	.
1960	52 444	20 257	13 898	12 257	3 296	2 645	91	23 009	650 a)	1 580
1961	53 522	20 730	14 049	12 588	3 369	2 694	92	23 299	650	1 613 b)
1962	54 487	21 032	14 254	12 885	3 465	2 757	94	23 468	659 b)	1 647 b)
1963	55 360	21 261	14 572	13 093	3 536	2 804	94	23 488	669 b)	1 668 b)
1964	56 074	21 484	14 905	13 088	3 623	2 878	96	23 781	680 b)	1 710 b)
1965	56 297	21 757	15 076	12 780	3 676	2 911	97	24 045	702 b)	1 741
1966	56 494	21 765	15 306	12 669	3 722	2 934	98	24 201	702	1 754 b)
1967	56 176	21 054	15 470	12 918	3 718	2 919	97	23 722	705	1 803
1968	56 602	21 183	15 552	13 076	3 775	2 919	97	23 525	715	1 839 b)
1969	58 078	21 752	15 988	13 388	3 865	2 986	99	23 465	726	1 856
1970	59 295	22 246	16 398	13 552	3 933	3 063	103	23 263	725	1 902
1971	59 893	22 396	16 651	13 641	3 977	3 121	107	22 877	737	1 909
1972	60 084 a)	22 340	16 909	...	3 951	3 136	111	22 707	730	1 947
	Arbeitslose									
1959	1 936	480	140	1 128	63	125	.	480	62	44
1960	1 381	271	130	836	30	114	.	377	31	31
1961	1 113	181	111	710	22	89	.	347	27	24
1962	983	155	123	611	23	71	.	467	27	22
1963	914	186	140	504	25	59	.	558	30	32
1964	904	169	114	549	22	50	.	404	29	19
1965	1 085	147	142	714	27	55	.	347	29	16
1966	1 167	161	148	759	37	62	.	361	32	18
1967	1 498	459	196	679	79	85	.	559	36	22
1968	1 436	323	254	684	72	103	.	586	37	39
1969	1 195	179	223	655	53	85	.	581	36	31
1970	1 137	149	262	609	46	71	.	618	42	24
1971	1 265	185	338	609	62	71	.	799	42	30
1972	1 522	246	384	697	108	87	.	885	48	30
1973	1 536	273	394	668	110	91	.	630	44	20

[1]) Quelle: SAEG (Bundesrepublik Deutschland ab 1960 korrigiert nach nationaler Quelle).
[2]) Quelle: UN-Monthly Bulletin, ILO-Bulletin of Labour Statistics, ILO-International Labour Review.
[3]) EG der Sechs.
[4]) Beschäftigte Arbeitnehmer; bis 1959 ohne Saarland und Berlin.
[5]) Ohne Landwirtschaft, Fischerei und private häusliche Dienste. Revidierte Zahlenreihe ab 1966.
a) Schätzung des SAEG.
b) Unsichere oder geschätzte Angaben.

Tabelle 3*

Bruttosozialprodukt der EG-Länder

Mrd Eur

Jahr	EG insgesamt [1]	Bundesrepublik Deutschland [2]	Frankreich	Italien	Niederlande	Belgien	Luxemburg	Großbritannien	Irland	Dänemark
	in jeweiligen Preisen und Wechselkursen									
1956	147,7	47,7	55,0	26,2	8,6	9,7	0,4	58,7	1,5	4,5
1957	157,6	52,0	57,3	28,2	9,3	10,3	0,4	62,1	1,6	4,8
1958	165,5	55,8	59,1	30,3	9,5	10,4	0,4	64,9	1,6	5,0
1959	169,4	60,7	55,2	32,2	10,1	10,7	0,4	68,2	1,7	5,5
1960	191,2	72,0	61,1	34,9	11,2	11,4	0,5	72,2	1,8	6,0
1961	212,8	82,4	66,5	38,9	12,4	12,1	0,5	77,1	2,0	6,6
1962	235,0	90,0	74,4	43,7	13,4	13,0	0,5	81,0	2,1	7,4
1963	258,5	96,0	83,4	50,0	14,6	13,9	0,5	86,2	2,3	7,9
1964	285,8	105,2	92,5	54,7	17,2	15,6	0,6	93,8	2,6	9,0
1965	310,0	115,1	99,2	58,9	19,2	17,0	0,7	100,8	2,8	10,2
1966	334,0	122,7	107,9	63,7	20,8	18,3	0,7	107,3	2,9	11,1
1967	353,6	123,9	116,4	70,1	22,9	19,6	0,7	111,0	3,2	12,1
1968	385,3	135,0	127,6	75,6	25,3	20,9	0,8	104,5	3,1	12,4
1969	429,5	153,7	139,7	83,3	28,7	23,2	0,9	111,7	3,6	14,2
1970	485,4	187,3	145,7	93,2	32,2	25,9	1,0	122,2	4,0	15,7
1971	536,3	207,5	162,0	101,0	36,4	28,4	1,0 [a]	136,1	4,5	17,2
1972	602,8	236,9	180,4	109,3	42,6	32,5	1,2 [a]	149,3	5,4	19,4
	in Preisen und Wechselkursen von 1963									
1956	176,0	62,2	58,3	32,9	11,3	10,9	0,4 [b]	70,7	1,9	5,7
1957	185,3	65,7	61,7	34,7	11,6	11,2	0,5 [b]	72,2	1,9	6,0
1958	191,2	68,2	63,5	36,4	11,5	11,1	0,5 [b]	72,7	1,9	6,2
1959	201,4	73,2	65,4	38,8	12,1	11,4	0,5 [b]	75,5	1,9	6,6
1960	221,6	84,6	70,1	41,2	13,1	12,0	0,5	79,0	2,0	7,0
1961	234,4	89,2	73,9	44,7	13,6	12,6	0,5	81,7	2,1	7,4
1962	247,1	92,8	78,9	47,5	14,1	13,3	0,5	82,7	2,2	7,9
1963	258,5	96,0	83,4	50,0	14,6	13,9	0,5	86,2	2,3	7,9
1964	274,2	102,4	89,0	51,5	15,9	14,9	0,6	90,8	2,4	8,6
1965	287,4	108,1	93,1	53,3	16,8	15,4	0,6	93,0	2,4	9,0
1966	299,8	111,3	98,3	56,5	17,2	15,9	0,6	94,6	2,5	9,3
1967	309,9	111,0	103,2	60,3	18,2	16,6	0,6	96,9	2,6	9,6
1968	328,9	119,1	108,4	64,2	19,4	17,2	0,6	100,0	2,8	10,1
1969	353,2	128,8	116,7	67,9	20,8	18,4	0,7	101,2	3,0	10,9
1970	373,7	136,3	123,7	71,2	22,2	19,6	0,7	103,2	3,1	11,3
1971	386,8	140,0	130,5	72,3	23,0	20,3	0,7 [a]	105,8	3,1	11,7
1972	402,5	144,3	137,5	74,6	24,0	21,4	0,7 [a]	108,3	3,3	12,3

[1] EG der Sechs; bis 1959 ohne Saarland und Berlin.
[2] Bis 1959 ohne Saarland und Berlin.
[a] Unsichere oder geschätzte Angaben.
[b] Schätzung des SAEG.

Quelle: SAEG

Tabelle 4*

Bruttosozialprodukt je Einwohner der EG-Länder

Eur

Jahr	EG insgesamt [1]	Bundesrepublik Deutschland [2]	Frankreich	Italien	Niederlande	Belgien	Luxemburg	Großbritannien	Irland	Dänemark
	in jeweiligen Preisen und Wechselkursen									
1956	908	959	1 255	536	787	1 095	1 320	1 141	529	1 001
1957	960	1 032	1 293	573	844	1 153	1 418	1 202	552	1 059
1958	998	1 093	1 320	612	845	1 154	1 402	1 250	574	1 101
1959	1 012	1 175	1 221	646	892	1 183	1 437	1 307	612	1 213
1960	1 110	1 298	1 337	696	979	1 253	1 568	1 374	651	1 300
1961	1 223	1 467	1 441	769	1 066	1 323	1 590	1 455	704	1 429
1962	1 335	1 584	1 582	859	1 136	1 406	1 599	1 516	757	1 600
1963	1 453	1 673	1 745	977	1 220	1 499	1 689	1 606	807	1 689
1964	1 590	1 815	1 915	1 060	1 416	1 662	1 915	1 737	912	1 916
1965	1 709	1 964	2 035	1 133	1 559	1 797	1 989	1 855	973	2 135
1966	1 826	2 074	2 194	1 218	1 672	1 920	2 071	1 965	1 021	2 324
1967	1 922	2 089	2 350	1 331	1 820	2 046	2 113	2 023	1 087	2 500
1968	2 082	2 269	2 557	1 428	1 990	2 183	2 302	1 895	1 071	2 548
1969	2 303	2 558	2 777	1 563	2 228	2 416	2 630	2 018	1 225	2 899
1970	2 581	3 089	2 870	1 737	2 475	2 692	3 004	2 202	1 358	3 186
1971	2 826	3 387	3 160	1 869	2 759	2 936	3 027 [a]	2 444	1 523	3 474
1972	3 153	3 841	3 489	2 008	3 193	3 350	3 347 [a]	2 673	1 777	3 884
	in Preisen und Wechselkursen von 1963									
1956	1 082	1 249	1 330	673	1 034	1 227	.	1 375	654	1 283
1957	1 129	1 303	1 393	705	1 050	1 249	.	1 397	658	1 340
1958	1 153	1 335	1 418	735	1 032	1 232	.	1 402	649	1 368
1959	1 203	1 417	1 447	778	1 067	1 256	.	1 448	676	1 452
1960	1 287	1 526	1 535	821	1 142	1 318	1 628	1 503	716	1 531
1961	1 348	1 588	1 600	884	1 166	1 377	1 664	1 542	757	1 611
1962	1 404	1 633	1 679	933	1 193	1 446	1 672	1 548	777	1 690
1963	1 453	1 673	1 745	977	1 220	1 499	1 689	1 606	807	1 689
1964	1 526	1 766	1 841	997	1 312	1 588	1 786	1 681	833	1 826
1965	1 584	1 844	1 910	1 026	1 364	1 634	1 806	1 711	852	1 898
1966	1 639	1 881	2 000	1 079	1 380	1 676	1 821	1 733	855	1 930
1967	1 684	1 872	2 083	1 146	1 444	1 732	1 823	1 765	899	1 991
1968	1 777	2 001	2 171	1 211	1 523	1 799	1 912	1 813	973	2 065
1969	1 894	2 145	2 319	1 273	1 612	1 911	2 047	1 828	1 020	2 233
1970	1 987	2 248	2 437	1 326	1 701	2 033	2 110	1 860	1 038	2 286
1971	2 039	2 285	2 546	1 339	1 744	2 096	2 093 [a]	1 901	1 056	2 357
1972	2 106	2 339	2 660	1 371	1 803	2 201	2 146 [a]	1 938	1 079	2 456

[1] EG der Sechs; bis 1959 ohne Saarland und Berlin.
[2] Bis 1959 ohne Saarland und Berlin.
[a] Unsichere oder geschätzte Angaben.

Quelle: SAEG

Tabelle 5*

Bruttoinlandsprodukt der EG-Länder

Mrd Eur

Jahr	EG insgesamt [1]	Bundesrepublik Deutschland [2]	Frankreich	Italien	Niederlande	Belgien	Luxemburg	Großbritannien	Irland	Dänemark
	in jeweiligen Preisen und Wechselkursen									
1956	147,4	47,8	54,9	26,2	8,5	9,6	0,4	58,0	1,5	4,5
1957	157,3	52,1	57,2	28,1	9,2	10,2	0,5	61,4	1,5	4,8
1958	165,1	55,8	59,1	30,2	9,3	10,3	0,4	63,9	1,6	5,0
1959	169,0	60,7	55,2	32,0	10,0	10,6	0,5	67,4	1,7	5,5
1960	190,8	72,0	61,0	34,8	11,1	11,3	0,5	71,5	1,8	6,0
1961	212,6	82,6	66,5	38,7	12,2	12,0	0,5	76,3	1,9	6,6
1962	234,7	90,2	74,3	43,5	13,3	12,9	0,5	79,9	2,1	7,4
1963	258,1	96,2	83,3	49,8	14,4	13,8	0,6	84,9	2,3	7,9
1964	285,4	105,5	92,4	54,4	17,0	15,5	0,6	92,7	2,6	9,1
1965	309,6	115,5	99,0	58,6	19,0	16,8	0,7	99,5	2,7	10,2
1966	333,5	123,0	107,7	63,3	20,7	18,1	0,7	106,2	2,9	11,2
1967	353,0	124,2	116,2	69,7	22,7	19,4	0,7	109,9	3,1	12,1
1968	384,5	135,1	127,5	75,2	25,2	20,8	0,8	103,6	3,0	12,4
1969	428,6	153,8	139,6	82,7	18,6	23,1	0,9	110,6	3,5	14,2
1970	484,9	187,7	145,5	92,7	32,2	25,7	1,0	120,9	3,9	15,8
1971	535,7	207,8	161,9	100,4	36,5	28,2	1,1 [a]	134,6	4,5	17,3
1972	602,1	237,0	180,4	108,7	42,6	32,2	1,2 [a]	147,9	5,3	19,5
	in Preisen und Wechselkursen von 1963									
1956	175,8	62,3	58,2	32,9	11,2	10,8	0,4 [b]	70,3	1,8	5,7
1957	185,1	65,8	61,7	34,6	11,5	11,1	0,5 [b]	71,7	1,8	6,0
1958	190,8	68,1	63,5	36,3	11,4	11,0	0,5 [b]	71,9	1,8	6,2
1959	201,0	73,2	65,5	38,6	11,9	11,3	0,5 [b]	74,8	1,9	6,6
1960	221,3	84,6	70,1	41,1	13,0	11,9	0,5	78,3	2,0	7,0
1961	234,2	89,4	73,9	44,5	13,4	12,5	0,5	80,9	2,1	7,4
1962	246,8	93,0	78,8	47,3	14,0	13,2	0,5	81,6	2,1	7,9
1963	258,1	96,2	83,3	49,8	14,4	13,8	0,6	84,9	2,3	7,9
1964	273,8	102,7	88,8	51,2	15,7	14,8	0,6	89,7	2,3	8,6
1965	287,0	108,5	92,9	53,0	16,6	15,3	0,6	91,7	2,4	9,0
1966	299,4	111,6	98,1	56,1	17,1	15,8	0,6	93,5	2,4	9,3
1967	309,4	111,3	103,0	60,0	18,0	16,4	0,6	95,7	2,5	9,7
1968	328,2	119,2	108,1	63,7	19,3	17,1	0,6	99,1	2,8	10,1
1969	352,3	129,0	116,4	67,3	20,6	18,2	0,7	100,1	2,9	11,0
1970	373,1	136,6	123,4	70,7	22,1	19,4	0,7	102,0	3,0	11,3
1971	386,2	140,2	130,2	71,9	23,0	20,1	0,7 [a]	104,4	3,1	11,8
1972	401,8	144,4	137,3	74,2	24,0	21,1	0,8 [a]	106,8	3,2	12,4

[1] EG der Sechs; bis 1959 ohne Saarland und Berlin.
[2] Bis 1959 ohne Saarland und Berlin.
a) Unsichere oder geschätzte Angaben.
b) Schätzung des SAEG.

Quelle: SAEG

Tabelle 6*

Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen der EG-Länder

Eur

Jahr	EG insgesamt [1]	Bundesrepublik Deutschland [2]	Frankreich	Italien	Niederlande	Belgien	Luxemburg	Großbritannien	Irland	Dänemark
	in jeweiligen Preisen und Wechselkursen									
1956	2 067 a)	2 046	2 794	1 273	2 083	2 736 a)	.	2 367	1 319	2 338 a)
1957	2 182 a)	2 182	2 890	1 361	2 256	2 883 a)	.	2 500	1 418	2 472 b)
1958	2 291 a)	2 328	2 993	1 460	2 296	2 937 a)	.	2 634	1 491	2 564 b)
1959	2 344 a)	2 512	2 822	1 551	2 426	3 061 a)	.	2 767	1 605	2 758 b)
1960	2 574	2 761	3 114	1 687	2 665	3 240	3 727	2 884	1 706	2 897
1961	2 849	3 124	3 391	1 872	2 884	3 420	3 809	3 045	1 839	3 169 b)
1962	3 142	3 399	3 777	2 128	3 072	3 604	3 844	3 170	1 975	3 516 b)
1963	3 455	3 615	4 199	2 474	3 289	3 848	4 082	3 368	2 112	3 697 b)
1964	3 806	3 963	4 604	2 713	3 804	4 249	4 622	3 635	2 390	4 141 b)
1965	4 135	4 313	4 922	2 976	4 216	4 618	4 804	3 865	2 551	4 569
1966	4 467	4 608	5 319	3 266	4 563	4 943	4 987	4 099	2 703	4 932 b)
1967	4 767	4 809	5 722	3 556	5 027	5 312	5 158	4 310	2 910	5 244
1968	5 190	5 228	6 281	3 838	5 520	5 690	5 627	4 095	2 861	5 358 b)
1969	5 712	5 858	6 771	4 204	6 152	6 215	6 412	4 371	3 292	6 071
1970	6 398	7 061	6 961	4 709	6 866	6 818	7 199	4 812	3 731	6 635
1971	7 055	7 818	7 695	5 113	7 712	7 378	7 179 b)	5 439	4 252	7 267
1972	7 969	8 979	8 520	5 627 a)	9 069	8 441	7 811 b)	6 020	5 071	8 160
	in Preisen und Wechselkursen von 1963									
1956	2 465 a)	2 664	2 962	1 598	2 740	3 088 a)	.	2 867	1 641	2 996 a)
1957	2 568 a)	2 755	3 115	1 675	2 807	3 140 a)	.	2 921	1 701	3 127 b)
1958	2 647 a)	2 843	3 215	1 755	2 805	3 152 a)	.	2 961	1 690	3 186 b)
1959	2 787 a)	3 026	3 347	1 870	2 907	3 263 a)	.	3 071	1 773	3 301 b)
1960	2 986	3 244	3 577	1 991	3 110	3 431	3 858	3 161	1 879	3 412
1961	3 139	3 380	3 768	2 152	3 156	3 576	3 982	3 229	1 977	3 571 b)
1962	3 304	3 504	4 007	2 311	3 226	3 706	4 018	3 236	2 027	3 712 b)
1963	3 455	3 615	4 199	2 474	3 289	3 848	4 082	3 368	2 112	3 697 b)
1964	3 651	3 857	4 427	2 553	3 520	4 060	4 314	3 519	2 181	3 947 b)
1965	3 833	4 051	4 618	2 695	3 687	4 199	4 365	3 562	2 227	4 064
1966	4 010	4 180	4 848	2 895	3 764	4 315	4 391	3 611	2 253	4 097 b)
1967	4 177	4 310	5 071	3 060	3 983	4 496	4 452	3 754	2 397	4 177
1968	4 430	4 612	5 330	3 255	4 226	4 688	4 679	3 916	2 587	4 345 b)
1969	4 695	4 912	5 649	3 422	4 449	4 914	4 971	3 956	2 732	4 682
1970	4 923	5 140	5 905	3 592	4 714	5 149	5 017	4 061	2 840	4 767
1971	5 085	5 276	6 191	3 660	4 868	5 267	4 925 b)	4 221	2 938	4 945
1972	5 318	5 470	6 487	3 839 a)	5 115	5 544	4 970 b)	4 348	3 065	5 177

[1] EG der Sechs; bis 1959 ohne Saarland und Berlin.
[2] Bis 1959 ohne Saarland und Berlin.
a) Schätzung des SAEG.
b) Unsichere oder geschätzte Angaben.

Quelle: SAEG (Bundesrepublik Deutschland ab 1960 korrigiert nach nationaler Quelle)

Tabelle 7*

Volkseinkommen und Einkommen aus unselbständiger Arbeit der EG-Länder

Mrd Eur in jeweiligen Wechselkursen

Jahr	EG insgesamt [1]	Bundesrepublik Deutschland [2]	Frankreich	Italien	Niederlande	Belgien	Luxemburg	Großbritannien	Irland	Dänemark
	Volkseinkommen									
1956	115,4	37,3	41,9	21,0	7,0	7,9	0,3	47,1	1,2	3,6
1957	123,1	40,8	43,4	22,6	7,6	8,4	0,3	50,0	1,3	3,9
1958	129,4	43,6	44,9	24,4	7,8	8,4	0,3	52,1	1,3	4,0
1959	131,7	47,3	41,3	25,9	8,3	8,6	0,3	54,8	1,4	4,4
1960	148,9	56,1	46,0	28,0	9,2	9,1	0,4	58,3	1,5	4,8
1961	165,3	63,9	50,1	31,1	10,1	9,6	0,4	62,4	1,6	5,3
1962	182,3	69,4	56,2	35,1	10,9	10,3	0,4	65,2	1,7	6,0
1963	200,5	73,9	62,9	40,3	11,9	11,0	0,4	69,5	1,9	6,3
1964	221,6	81,1	69,4	44,1	14,1	12,4	0,5	75,2	2,1	7,2
1965	240,5	88,8	74,5	47,5	15,7	13,5	0,5	80,3	2,2	8,0
1966	258,7	94,3	81,0	51,6	17,0	14,4	0,5	84,9	2,3	8,7
1967	273,0	94,0	87,8	56,6	18,7	15,3	0,5	87,5	2,5	9,4
1968	301,1	104,2	97,8	61,4	20,6	16,5	0,6	81,5	2,5	9,5
1969	333,9	117,0	106,5	67,9	23,6	18,3	0,7	85,6	2,8	10,9
1970	379,2	144,6	111,6	75,6	26,3	20,4	0,8	93,3	3,1	12,0
1971	418,5	159,3	124,1	82,5	29,5	22,4	0,8 [a]	104,9	3,5	13,2
1972	470,5	181,1	138,3	89,7	34,5	25,9	0,9 [a]	115,8	4,2	14,7
	Einkommen aus unselbständiger Arbeit									
1956	65,8	22,3	24,7	10,4	3,9	4,3	0,2	34,3	0,7	2,1
1957	70,7	24,5	25,6	11,4	4,3	4,7	0,2	36,3	0,7	2,2
1958	74,7	26,6	26,3	12,2	4,5	4,9	0,2	37,7	0,7	2,3
1959	76,0	28,5	24,6	13,1	4,7	4,9	0,2	39,5	0,8	2,6
1960	86,0	34,0	26,7	14,5	5,2	5,2	0,2	42,5	0,8	2,8
1961	97,5	39,8	29,9	16,2	6,0	5,5	0,2	45,9	0,9	3,2
1962	110,0	44,4	33,9	18,8	6,6	6,0	0,3	48,5	1,0	3,6
1963	123,5	47,6	38,7	22,9	7,4	6,6	0,3	50,9	1,1	3,8
1964	137,3	52,1	43,0	25,6	8,8	7,4	0,3	55,2	1,2	4,4
1965	149,6	57,5	46,4	27,1	10,0	8,2	0,3	59,6	1,3	5,1
1966	161,6	61,9	50,1	29,0	11,2	9,0	0,4	63,8	1,4	5,6
1967	170,3	62,0	54,1	32,0	12,3	9,7	0,4	65,1	1,5	6,1
1968	185,9	66,6	60,4	34,8	13,5	10,3	0,4	60,8	1,5	6,3
1969	208,3	76,2	66,3	38,3	15,7	11,4	0,4	64,9	1,7	7,2
1970	242,4	96,5	70,0	44,8	18,0	12,7	0,5	72,4	2,0	8,2
1971	275,0	109,5	78,4	51,5	20,6	14,5	0,6 [a]	80,0	2,3	8,9 [a]
1972	311,2	125,5	87,8	56,5	23,7	17,0	0,7 [a]	89,1	2,7	10,0 [a]

[1] EG der Sechs; bis 1959 ohne Saarland und Berlin.
[2] Bis 1959 ohne Saarland und Berlin.
[a] Unsichere oder geschätzte Angaben.

Quelle: SAEG

Tabelle 8*

Privater Verbrauch der EG-Länder

Mrd Eur

Jahr	EG insgesamt [1]	Bundesrepublik Deutschland [2]	Frankreich	Italien	Niederlande	Belgien	Luxemburg	Großbritannien	Irland	Dänemark
	in jeweiligen Preisen und Wechselkursen									
1956	92,8	28,1	35,0	17,7	5,2	6,6	0,2	38,4	1,2	3,1
1957	98,8	30,6	36,6	18,8	5,5	7,1	0,3	40,5	1,2	3,2
1958	103,1	33,0	37,3	19,9	5,6	7,1	0,3	42,7	1,3	3,4
1959	104,0	35,2	34,5	20,8	5,9	7,4	0,3	45,0	1,3	3,6
1960	115,3	41,1	37,4	22,4	6,4	7,8	0,3	47,3	1,4	3,9
1961	127,9	46,8	40,9	24,5	7,2	8,2	0,3	49,8	1,5	4,3
1962	141,4	51,3	45,8	27,5	7,9	8,6	0,3	52,8	1,6	4,9
1963	156,6	54,6	51,6	32,1	8,7	9,3	0,3	56,2	1,7	5,1
1964	170,0	58,7	56,3	34,8	9,9	9,9	0,4	60,0	1,9	5,8
1965	184,4	64,7	60,3	37,2	11,1	10,8	0,4	64,0	2,0	6,3
1966	199,5	69,5	65,1	40,9	12,1	11,6	0,4	67,8	2,1	7,0
1967	212,8	71,3	70,5	45,1	13,1	12,3	0,4	69,8	2,2	7,7
1968	228,9	75,4	77,2	48,1	14,4	13,3	0,5	65,5	2,2	7,8
1969	252,3	84,6	83,8	52,5	16,4	14,4	0,5	69,4	2,5	8,8
1970	281,2	100,8	86,2	59,7	18,5	15,5	0,5	75,2	2,7	9,5
1971	311,4	112,1	96,4	64,6	20,7	17,0	0,6 [a]	83,4	3,0	10,2
1972	349,8	128,0	107,7	70,3	23,8	19,5	0,7 [a]	94,0	3,5	11,1
	in Preisen und Wechselkursen von 1963									
1956	106,7	34,5	36,4	21,5	6,6	7,5	0,3 [b]	45,4	1,4	3,9
1957	112,5	36,7	38,9	22,4	6,6	7,8	0,3 [b]	46,3	1,4	3,9
1958	115,7	38,5	39,4	23,2	6,6	7,8	0,3 [b]	47,5	1,4	4,1
1959	120,5	40,7	40,3	24,4	6,9	7,9	0,3 [b]	49,6	1,4	4,3
1960	131,2	47,0	42,3	25,9	7,3	8,3	0,3	51,5	1,5	4,5
1961	139,1	50,0	44,9	27,7	7,7	8,5	0,3	52,7	1,6	4,9
1962	147,6	52,7	48,1	29,5	8,2	8,9	0,3	53,8	1,6	5,2
1963	156,6	54,6	51,6	32,1	8,7	9,3	0,3	56,2	1,7	5,1
1964	164,1	57,4	54,4	33,1	9,3	9,6	0,4	57,9	1,8	5,6
1965	172,4	61,2	56,8	34,0	10,0	10,0	0,4	58,9	1,8	5,8
1966	180,4	63,5	59,6	36,3	10,3	10,3	0,4	60,0	1,8	6,0
1967	187,5	64,0	62,8	38,9	10,8	10,6	0,4	61,2	1,9	6,3
1968	196,1	66,5	65,7	40,8	11,6	11,2	0,4	62,7	2,0	6,4
1969	209,4	71,6	69,9	43,3	12,4	11,8	0,4	62,8	2,1	7,0
1970	222,7	76,6	73,3	46,6	13,4	12,3	0,4	64,4	2,2	7,1
1971	233,7	80,8	77,8	47,9	13,9	12,8	0,4 [a]	66,0	2,2	7,3
1972	243,9	83,5	82,3	49,8	14,3	13,6	0,5 [a]	69,9	2,3	7,6

[1] EG der Sechs; bis 1959 ohne Saarland und Berlin.
[2] Bis 1959 ohne Saarland und Berlin.
a) Unsichere oder geschätzte Angaben.
b) Schätzung des SAEG.

Quelle: SAEG

Tabelle 9*

Staatsverbrauch der EG-Länder

Mrd Eur

Jahr	EG insgesamt [1]	Bundesrepublik Deutschland [2]	Frankreich	Italien	Niederlande	Belgien	Luxemburg	Großbritannien	Irland	Dänemark
	in jeweiligen Preisen und Wechselkursen									
1956	19,3	6,1	7,6	3,1	1,3	1,1	0,0	9,9	0,2	0,6
1957	20,4	6,6	7,9	3,3	1,4	1,2	0,0	10,4	0,2	0,6
1958	21,4	7,4	7,7	3,6	1,4	1,3	0,1	10,6	0,2	0,7
1959	22,2	8,2	7,4	3,9	1,4	1,4	0,1	11,3	0,2	0,7
1960	24,9	9,8	7,9	4,2	1,5	1,4	0,1	12,0	0,2	0,8
1961	27,9	11,5	8,6	4,6	1,7	1,5	0,1	13,0	0,2	0,9
1962	32,0	13,4	9,6	5,4	2,0	1,6	0,1	13,9	0,3	1,1
1963	36,4	14,9	10,8	6,5	2,2	1,8	0,1	14,6	0,3	1,2
1964	39,4	15,6	11,8	7,4	2,7	2,0	0,1	15,6	0,3	1,3
1965	43,5	17,5	12,5	8,3	3,0	2,2	0,1	17,0	0,4	1,6
1966	47,1	19,1	13,3	8,8	3,3	2,4	0,1	18,5	0,4	1,8
1967	50,4	20,3	14,3	9,4	3,7	2,7	0,1	20,0	0,4	2,1
1968	54,4	21,1	16,1	10,2	4,0	2,9	0,1	18,6	0,4	2,2
1969	60,4	24,2	17,4	11,0	4,6	3,2	0,1	19,5	0,5	2,5
1970	68,5	29,8	18,0	11,8	5,3	3,5	0,1	22,0	0,6	3,2
1971	80,4	35,7	20,0	14,4	6,2	4,0	0,1 [a]	25,0	0,7	3,8
1972	92,4	42,0	22,2	16,1	7,1	4,8	0,1 [a]	28,3	0,8	4,4
	in Preisen und Wechselkursen von 1963									
1956	25,6	8,4	9,1	4,9	1,9	1,2	0,1 [b]	13,4	0,3	0,8
1957	26,4	8,8	9,4	4,9	1,9	1,2	0,1 [b]	13,2	0,2	0,9
1958	27,0	9,5	9,0	5,2	1,9	1,3	0,1 [b]	12,9	0,2	0,9
1959	28,7	10,4	9,6	5,4	1,8	1,4	0,1 [b]	13,2	0,2	0,9
1960	30,8	11,8	9,8	5,7	1,9	1,5	0,1	13,5	0,3	1,0
1961	32,3	12,6	10,2	5,9	2,0	1,5	0,1	14,0	0,3	1,0
1962	34,6	13,9	10,6	6,2	2,1	1,6	0,1	14,4	0,3	1,1
1963	36,4	14,9	10,8	6,5	2,2	1,8	0,1	14,6	0,3	1,2
1964	37,0	14,8	11,2	6,8	2,3	1,9	0,1	14,9	0,3	1,2
1965	38,5	15,5	11,5	7,0	2,3	2,0	0,1	15,3	0,3	1,3
1966	39,4	15,9	11,8	7,3	2,4	2,1	0,1	15,7	0,3	1,4
1967	40,9	16,4	12,3	7,6	2,4	2,2	0,1	16,6	0,3	1,5
1968	41,9	16,4	12,8	7,9	2,5	2,3	0,1	16,8	0,3	1,6
1969	43,9	17,2	13,5	8,1	2,6	2,4	0,1	16,4	0,4	1,7
1970	45,5	18,0	13,9	8,3	2,7	2,5	0,1	16,7	0,4	1,9
1971	48,1	19,3	14,4	8,7	2,8	2,7	0,1 [a]	17,3	0,4	2,0
1972	50,1	20,2	15,0	9,1	2,9	2,9	0,1 [a]	17,9	0,5	2,2

[1] EG der Sechs; bis 1959 ohne Saarland und Berlin.
[2] Bis 1959 ohne Saarland und Berlin.
a) Unsichere oder geschätzte Angaben.
b) Schätzung des SAEG.

Quelle: SAEG

Tabelle 10*

Bruttoanlageinvestitionen der EG-Länder

Mrd Eur

Jahr	EG insgesamt [1]	Bundesrepublik Deutschland [2]	Frankreich	Italien	Niederlande	Belgien	Luxemburg	Großbritannien	Irland	Dänemark
	in jeweiligen Preisen und Wechselkursen									
1956	31,3	11,3	10,7	5,4	2,1	1,8	0,1	8,8	0,3	0,7
1957	33,7	11,6	11,7	6,1	2,4	1,8	0,1	9,6	0,2	0,8
1958	34,7	12,5	12,1	6,2	2,1	1,7	0,1	10,0	0,2	0,9
1959	36,5	14,3	11,2	6,7	2,3	1,9	0,1	10,7	0,2	1,0
1960	42,2	17,3	12,4	7,7	2,6	2,2	0,1	11,7	0,3	1,2
1961	49,5	20,8	14,3	8,8	3,0	2,4	0,1	13,1	0,3	1,4
1962	55,8	23,4	16,2	10,1	3,2	2,7	0,1	13,5	0,4	1,5
1963	61,5	24,8	18,6	11,8	3,4	2,8	0,2	14,1	0,4	1,6
1964	70,1	28,4	22,0	11,8	4,3	3,4	0,2	16,8	0,5	2,0
1965	74,4	30,6	24,2	11,0	4,7	3,7	0,2	18,0	0,6	2,2
1966	79,7	31,6	26,8	11,7	5,3	4,1	0,2	19,2	0,6	2,4
1967	81,5	28,6	29,2	13,3	5,9	4,4	0,2	20,4	0,6	2,7
1968	89,0	31,2	31,7	14,9	6,6	4,4	0,2	19,3	0,6	2,6
1969	101,6	37,1	35,5	17,1	6,9	4,8	0,2	20,3	0,8	3,1
1970	121,0	49,5	37,7	19,7	8,1	5,7	0,3	22,1	0,9	3,4
1971	133,1	55,5	41,7	20,3	9,2	6,1	0,3 [a]	24,2	1,0	3,7
1972	146,6	61,6	46,8	21,1	9,9	6,8	0,4 [a]	26,9	1,2	4,1
	in Preisen und Wechselkursen von 1963									
1956	37,7	15,5	10,9	6,5	2,6	2,1	0,1 [b]	10,1	0,3	0,9
1957	39,3	15,5	11,9	7,1	2,7	2,1	0,1 [b]	10,6	0,3	0,9
1958	40,4	16,1	12,6	7,2	2,4	1,9	0,1 [b]	10,7	0,2	1,0
1959	43,8	18,0	13,0	7,9	2,7	2,1	0,1 [b]	11,5	0,3	1,2
1960	49,2	20,9	14,0	8,8	3,0	2,4	0,1	12,6	0,3	1,3
1961	54,5	22,9	15,7	9,9	3,2	2,7	0,1	13,8	0,3	1,5
1962	58,5	24,2	17,1	10,9	3,3	2,8	0,2	13,8	0,4	1,6
1963	61,5	24,8	18,6	11,8	3,4	2,8	0,2	14,1	0,4	1,6
1964	67,3	27,7	21,1	11,0	4,0	3,2	0,2	16,3	0,5	1,9
1965	69,4	29,0	22,6	10,1	4,2	3,3	0,2	17,0	0,5	2,0
1966	72,6	29,2	24,6	10,5	4,6	3,6	0,2	17,4	0,5	2,1
1967	73,3	26,8	26,1	11,7	4,9	3,7	0,2	18,7	0,5	2,3
1968	78,5	28,9	27,5	12,8	5,5	3,6	0,1	19,5	0,6	2,3
1969	86,1	32,4	30,5	13,9	5,4	3,8	0,2	19,7	0,7	2,5
1970	93,2	36,0	32,6	14,4	5,9	4,1	0,2	20,1	0,7	2,7
1971	96,2	37,7	34,4	13,9	6,0	4,0	0,2 [a]	20,2	0,8	2,7
1972	99,4	38,4	36,8	13,8	5,9	4,2	0,2 [a]	20,4	0,8	2,8

[1] EG der Sechs; bis 1959 ohne Saarland und Berlin.
[2] Bis 1959 ohne Saarland und Berlin.
[a] Unsichere oder geschätzte Angaben.
[b] Schätzung des SAEG.

Quelle: SAEG

Tabelle 11*

Außenhandel der EG-Länder [1])

Mrd Eur in jeweiligen Preisen und Wechselkursen

Jahr	EG insgesamt [2])	Bundesrepublik Deutschland [3])	Frankreich	Italien	Niederlande	Belgien	Luxemburg	Großbritannien	Irland	Dänemark
	Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen									
1956	27,8	10,2	6,8	3,0	4,1	3,3	0,4	12,9	0,4	1,5
1957	31,1	12,1	7,0	3,7	4,5	3,4	0,4	13,5	0,5	1,6
1958	31,5	12,3	7,3	3,8	4,5	3,3	0,3	13,2	0,5	1,7
1959	34,2	13,8	7,6	4,1	4,9	3,3	0,4	13,6	0,5	1,8
1960	38,3	14,3	9,2	5,1	5,6	3,7	0,4	14,4	0,6	1,9
1961	41,3	15,5	9,6	5,8	5,8	4,0	0,4	15,0	0,7	2,0
1962	43,9	16,4	9,9	6,5	6,3	4,4	0,4	15,4	0,7	2,2
1963	48,0	17,9	11,0	7,1	6,8	4,8	0,4	16,3	0,7	2,4
1964	54,2	20,0	12,1	8,2	7,8	5,6	0,5	17,1	0,8	2,8
1965	60,6	21,9	13,6	9,9	8,5	6,1	0,5	18,4	0,9	3,0
1966	66,8	24,6	15,0	11,0	9,1	6,6	0,5	19,7	1,1	3,2
1967	71,7	26,5	16,0	11,9	9,7	7,1	0,5	19,9	1,1	3,4
1968	80,2	29,7	17,3	13,6	10,8	8,0	0,6	21,1	1,2	3,5
1969	93,4	34,5	20,1	15,6	12,8	9,7	0,7	23,6	1,3	4,0
1970	109,4	41,3	23,6	17,4	15,1	11,3	0,8	27,0	1,4	4,5
1971	122,6	45,1	27,5	19,5	17,2	12,4	0,8 [a])	30,3	1,6	5,1
1972	138,6	51,3	31,1	21,8	19,6	14,0	0,9 [a])	32,0	1,9	5,6
	Einfuhr von Waren und Dienstleistungen									
1956	27,6	8,6	7,7	3,4	4,3	3,3	0,3	12,8	0,5	1,5
1957	30,4	10,0	8,0	4,0	4,7	3,5	0,3	13,4	0,5	1,6
1958	29,1	10,3	7,6	3,6	4,2	3,1	0,3	12,8	0,6	1,5
1959	30,5	11,6	6,8	3,8	4,6	3,4	0,3	13,7	0,6	1,8
1960	35,4	12,5	8,1	5,2	5,4	3,8	0,4	15,6	0,7	2,0
1961	38,5	13,7	8,6	5,8	5,8	4,2	0,4	15,4	0,8	2,1
1962	42,5	15,3	9,4	6,8	6,2	4,4	0,4	15,7	0,8	2,4
1963	47,9	16,5	10,7	8,4	6,9	5,0	0,5	16,6	0,9	2,4
1964	53,2	18,4	12,3	8,2	8,1	5,7	0,5	18,8	1,0	2,9
1965	58,0	21,6	12,8	8,3	8,7	6,1	0,5	19,2	1,2	3,2
1966	63,8	22,7	14,8	9,7	9,3	6,7	0,5	20,0	1,2	3,4
1967	66,4	22,2	15,8	11,1	9,8	7,0	0,5	21,2	1,2	3,6
1968	73,8	25,2	17,4	11,8	10,8	8,0	0,6	22,0	1,4	3,7
1969	88,9	30,6	21,1	14,3	12,8	9,5	0,7	23,2	1,6	4,3
1970	105,2	37,9	23,1	17,3	15,6	10,7	0,7	26,1	1,8	4,9
1971	116,4	41,8	26,1	18,7	17,3	11,8	0,8 [a])	28,5	1,9	5,3
1972	130,5	47,1	29,5	21,4	18,5	13,2	0,9 [a])	32,3	2,1	5,5

[1]) Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen einschließlich der innergemeinschaftlichen Transaktionen.
[2]) EG der Sechs; bis 1959 ohne Saarland und Berlin.
[3]) Bis 1959 ohne Saarland und Berlin.
[a]) Unsichere oder geschätzte Angaben.

Quelle: SAEG

Tabelle 12*

Industrielle Produktion der EG-Länder

1970 = 100

Jahr	EG insgesamt [1]	Bundesrepublik Deutschland [2]	Frankreich [2]	Italien	Niederlande	Belgien	Luxemburg	Großbritannien [2]	Irland [2]	Dänemark
1955	40	41	42	33	36	54	67	67	45	.
1956	43	44	45	35	39	58	72	67	44	.
1957	46	46	49	38	40	58	72	68	43	.
1958	47	48	51	39	40	55	69	67	44	.
1959	50	51	52	44	45	57	73	70	49	.
1960	56	58	57	51	49	62	79	76	52	.
1961	60	61	60	56	51	65	81	76	57	.
1962	63	63	63	61	54	69	78	77	61	.
1963	66	65	67	67	57	74	79	80	64	.
1964	71	71	72	67	63	79	86	86	69	.
1965	73	75	73	70	66	81	87	89	71	.
1966	77	76	79	79	70	82	84	90	75	.
1967	78	75	81	86	73	84	84	90	81	.
1968	85	83	84	91	81	88	88	95	90	.
1969	94	94	95	94	91	97	100	98	97	.
1970	100	100	100	100	100	100	100	100	100	.
1971	103	102	104	100	107	103	99	100	104	.
1972	109	106	115	104	116	109	103	102	109	.
1973	115	114	120	114	125	115	115	110	120	.

[1] EG der Sechs; zusammengewogen mit den Anteilen an der Industrieproduktion der EG im Jahre 1970. 1973: EG der Acht.
[2] Ohne Bau.

Quelle: OECD

Tabelle 13*

Zur Preis- und Lohnentwicklung

1970

Zeitraum	Bundesrepublik Deutschland	Frankreich	Italien	Niederlande	Belgien	Großbritannien
						Verbraucher
1967	93	85	92	.	90	85
1968	95	89	93	.	93	89
1969	97	95	95	96	96	94
1970	100	100	100	100	100	100
1971	105	106	105	108	104	109
1972	111	112	111	116	110	117
1973	119	120	123	126	118	128
1974 1. Hj.	126	132	138	135	127	143
						Großhandels
1967	98	85	89	93	91	86
1968	92 a)	84	90	94	91	90
1969	95 a)	93	93	94 a)	95	93
1970	100 a)	100	100	100 a)	100	100
1971	104 a)	102	103	101 a)	99 a)	109
1972	108 a)	107	108	105 a)	104 a)	115
1973	117 a)	123	126 a)	118 a)	116 a)	123
1974 1. Hj.	132 a)	156	168 a)	...	134 a)	144
						Durchschnittswerte
1969	98	91	95	96	95	94
1970	100	100	100	100	100	100
1971	102	106	106	102	97	106
1972	103	107	108	103	99	111
1973	104	118	...	107	...	125
1974 1. Hj.	116	...	...	...	...	...
						Durchschnittswerte
1969	102	90	96	94	96	96
1970	100	100	100	100	100	100
1971	99	103	108	105	102	105
1972	97	104	109	104	101	109
1973	102	113	...	109	...	140
1974 1. Hj.	125	...	...	...	...	...
						Bruttostundenverdienste
1969	88	91	82	90	92	91
1970	100	100	100	100	100	100
1971	114	111	114	112	111	111
1972	124	124	125	126	127	126
1973	136	139	156	143	147	142
1974 1. Hj.	150	157	181	162	...	154
						Anteil am Warenhandel [4]) der
1969—1973	×	*13,0*	*9,2*	*11,6*	*8,9*	*4,0*

[1]) Nationale Quellen.
[2]) Quelle: OECD.
[3]) Belgien, Frankreich, Italien, Niederlande, Großbritannien, Schweiz: Tarifliche Stundenlöhne. — Japan: Bruttomonatsverdienste.

Tabelle 13*

in wichtigen Industrieländern

= 100

Schweden	Schweiz	Vereinigte Staaten	Kanada	Japan	Zeitraum
preise [1])					
89	92	86	89	84	1967
91	94	90	93	88	1968
93	97	94	97	93	1969
100	100	100	100	100	1970
107	107	104	103	106	1971
114	114	108	108	111	1972
121	124	114	116	124	1973
131	133	123	125	148	1974 1. Hj.
preise [1])					
89	93	91	92	94	1967
90	93	93	94	94	1968
94	96	96	99	97	1969
100	100	100	100	100	1970
104	102	103	101	99	1971
109	106	108	108	100	1972
121	117	122	132	116	1973
147	134	138	155	148	1974 1. Hj.
der Ausfuhr [2])					
92	96	95	98	95	1969
100	100	100	100	100	1970
105	106	103	100	100	1971
109	112	106	103	99	1972
121	117	124	114	107	1973
...	...	...	...	...	1974 1. Hj.
der Einfuhr [2])					
93	93	94	98	96	1969
100	100	100	100	100	1970
106	100	105	102	102	1971
107	103	113	105	94	1972
121	113	134	112	106	1973
...	...	...	...	...	1974 1. Hj.
in der Industrie [2]) [3])					
88	94	95	92	85	1969
100	100	100	100	100	1970
107	110	106	109	114	1971
123	119	113	117	132	1972
133	130	121	127	163	1973
144	...	127	138	160	1974 1. Hj.
Bundesrepublik Deutschland in vH					
3,1	*4,5*	*9,3*	*1,1*	*1,8*	1969—1973

[4]) Einfuhr + Ausfuhr.
[a]) Ohne Mehrwertsteuer.

Tabelle 14*

Bevölkerung und Erwerbstätigkeit

Zeitraum	Einwohner (Wohnbevölkerung)	Erwerbspersonen	Erwerbsquote [1]	Erwerbstätige			Offene Stellen	Arbeitslose	Arbeitslosenquote [3]
				insgesamt	darunter Abhängige				
					zusammen	darunter nichtdeutsche Arbeitnehmer [2]			
	1 000		vH	1 000					vH
1950	46 908	21 577	*46,0*	19 997	13 674	.	116	1 580	*10,4*
1951	47 413	21 952	*46,3*	20 520	14 286	.	116	1 432	*9,1*
1952	47 728	22 289	*46,7*	20 910	14 754	.	115	1 379	*8,5*
1953	48 172	22 684	*47,1*	21 425	15 344	.	123	1 259	*7,6*
1954	48 710	23 216	*47,7*	21 995	15 968	73	137	1 221	*7,1*
1955 [4]	49 203	23 758	*48,3*	22 830	16 840	80	200	928	*5,2*
1956	49 797	24 196	*48,6*	23 435	17 483	99	219	761	*4,2*
1957	50 434	24 602	*48,8*	23 940	17 992	108	217	662	*3,5*
1958	51 056	24 807	*48,6*	24 124	18 188	127	216	683	*3,6*
1959	51 634	24 857	*48,1*	24 381	18 508	167	280	476	*2,5*
1960	52 183	25 027	*48,0*	24 792	19 005	.	449	235	*1,2*
1960	55 433	26 518	*47,8*	26 247	20 257	279	465	271	*1,3*
1961	56 175	26 772	*47,7*	26 591	20 730	507	552	181	*0,9*
1962	56 837	26 845	*47,2*	26 690	21 032	629	574	155	*0,7*
1963	57 389	26 930	*46,9*	26 744	21 261	773	555	186	*0,9*
1964	57 971	26 922	*46,4*	26 753	21 484	902	609	169	*0,8*
1965	58 619	27 034	*46,1*	26 887	21 757	1 119	649	147	*0,7*
1966	59 148	26 962	*45,6*	26 801	21 765	1 244	540	161	*0,7*
1967	59 286	26 409	*44,5*	25 950	21 054	1 014	302	459	*2,1*
1968	59 500	26 291	*44,2*	25 968	21 183	1 019	488	323	*1,5*
1969	60 067	26 535	*44,2*	26 356	21 752	1 366	747	179	*0,8*
1970	60 651	26 817	*44,2*	26 668	22 246	1 807	795	149	*0,7*
1971	61 284	26 910	*43,9*	26 725	22 414	2 128	648	185	*0,8*
1972	61 669	26 901	*43,6*	26 655	22 435	2 285	546	246	*1,1*
1973	61 974	26 985	*43,5*	26 712	22 564	...	572	273	*1,2*
1968 1. Hj.	59 376	26 198	*44,1*	25 749	20 925	955	404	449	*2,1*
2. Hj.	59 625	26 384	*44,2*	26 186	21 440	1 083	573	198	*0,9*
1969 1. Hj.	59 888	26 421	*44,1*	26 179	21 528	1 241	689	242	*1,1*
2. Hj.	60 247	26 648	*44,2*	26 533	21 977	1 490	805	115	*0,5*
1970 1. Hj.	60 532	26 690	*44,1*	26 504	22 036	1 684	806	186	*0,8*
2. Hj.	60 889	26 944	*44,3*	26 832	22 456	1 930	784	112	*0,5*
1971 1. Hj.	61 141	26 847	*43,9*	26 646	22 316	2 048	680	201	*0,9*
2. Hj.	61 427	26 972	*43,9*	26 803	22 512	2 208	616	169	*0,7*
1972 1. Hj.	61 575	26 823	*43,6*	26 542	22 292	2 225	525	281	*1,2*
2. Hj.	61 763	26 981	*43,7*	26 768	22 578	2 344	567	213	*0,9*
1973 1. Hj.	61 878	26 906	*43,5*	26 625	22 467	...	591	281	*1,2*
2. Hj.	62 070	27 065	*43,6*	26 798	22 660	...	553	267	*1,2*
1974 1. Hj.	62 065	26 896	*43,3*	26 355	22 240	...	342	541	*2,4*

[1] Anteil der Erwerbspersonen (Erwerbstätige + Arbeitslose) an der Wohnbevölkerung.
[2] Jahreszahlen: Bis 1960 Stand Ende Juli, 1961 Stand Ende Juni. — Halbjahreszahlen: eigene Schätzung.
[3] Anteil der Arbeitslosen an den abhängigen Erwerbspersonen (abhängige Erwerbstätige + Arbeitslose).
[4] Ohne Sarland und Berlin.

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit

Tabelle 15*

Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen

Anteil in vH

Jahr	Alle Wirtschaftsbereiche		Land- und Forstwirtschaft [1]		Produzierendes Gewerbe [2]		Handel und Verkehr [3] [4]		Übrige Bereiche [4] [5]	
			Erwerbstätige							
	Selbständige [6]	Abhängige	insgesamt	darunter Abhängige	insgesamt	darunter Abhängige	insgesamt	darunter Abhängige	insgesamt	darunter Abhängige
1950	31,6	68,4	24,8	5,0	42,6	37,3	16,0	11,6	16,6	14,5
1951	30,4	69,6	23,4	4,5	43,3	38,2	16,8	12,5	16,5	14,4
1952	29,4	70,6	22,2	4,2	43,8	38,7	17,5	13,2	16,6	14,5
1953	28,4	71,6	21,0	3,9	44,5	39,6	18,1	13,8	16,5	14,3
1954	27,4	72,6	19,8	3,6	45,6	40,9	18,1	13,9	16,4	14,3
1955 [7]	26,2	73,8	18,6	3,2	46,7	42,2	18,5	14,3	16,2	14,1
1956	25,4	74,6	17,7	3,0	47,5	43,1	18,7	14,5	16,2	14,0
1957	24,8	75,2	17,0	2,8	47,4	43,0	19,3	15,1	16,4	14,2
1958	24,6	75,4	16,3	2,6	47,5	43,2	19,4	15,1	16,7	14,5
1959	24,0	76,0	15,5	2,4	47,7	43,4	19,6	15,2	17,2	15,0
1960	23,0	76,9	14,4	2,2	48,2	43,9	19,9	15,7	17,5	15,2
1960	22,8	77,2	13,6	1,9	47,6	43,9	17,5	13,1	21,2	18,3
1961	22,0	78,0	13,0	1,7	48,2	44,6	17,4	13,2	21,4	18,5
1962	21,2	78,8	12,4	1,6	48,4	44,8	17,3	13,4	21,9	19,1
1963	20,5	79,5	11,8	1,5	48,4	44,9	17,6	13,7	22,2	19,4
1964	19,7	80,3	11,2	1,5	48,4	45,0	17,6	13,9	22,7	20,0
1965	19,1	80,9	10,7	1,4	48,9	45,4	17,6	14,0	22,9	20,2
1966	18,8	81,2	10,4	1,3	48,6	45,2	17,7	14,0	23,3	20,6
1967	18,9	81,1	10,2	1,2	47,3	44,0	18,0	14,3	24,5	21,6
1968	18,4	81,6	9,7	1,2	47,6	44,5	17,8	14,3	24,8	21,7
1969	17,5	82,5	9,1	1,1	48,5	45,5	17,6	14,2	24,8	21,7
1970	16,6	83,4	8,5	1,1	48,8	45,8	17,5	14,2	25,2	22,3
1971	16,0	84,0	7,9	1,1	48,8	45,8	17,7	14,5	25,6	22,7
1972	15,6	84,4	7,4	1,0	48,5	45,5	18,0	14,8	26,1	23,1
1973	15,1	84,9	6,8	1,0	48,3	45,4	18,2	15,0	26,6	23,6

[1] Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei.
[2] Energiewirtschaft und Wasserversorgung, Bergbau, Verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe.
[3] Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung.
[4] Ab 1960 (Bundesgebiet) geänderte Abgrenzung durch Einführung der neuen Wirtschaftszweigsystematik (1961).
[5] Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe, sonstige Dienstleistungen und Wohnungsvermietung, Organisationen ohne Erwerbscharakter und private Haushalte, Gebietskörperschaften und Sozialversicherung, ohne Angabe des Wirtschaftsbereiches.
[6] Einschließlich mithelfende Familienangehörige.
[7] Ohne Saarland und Berlin.

Tabelle 16*

Beiträge zusammengefaßter Wirtschafts

a) Mrd

Zeitraum	Bruttoinlandsprodukt [1]	Land- und Forstwirtschaft [2]	Produzierendes Gewerbe insgesamt	Produzierendes Gewerbe Energiewirtschaft [3] und Bergbau	Produzierendes Gewerbe Verarbeitendes Gewerbe	Produzierendes Gewerbe Baugewerbe	Handel und Verkehr [4]	Dienstleistungen [5]	Staat [6]	Private Haushalte usw. [7]
	in jeweiligen Preisen									
1950	98,05	9,98	48,68	5,08	38,30	5,30	19,99	10,00	7,63	1,77
1951	120,01	12,04	61,81	6,27	49,03	6,51	23,75	11,61	8,76	2,04
1952	136,97	13,06	69,80	7,38	54,93	7,49	28,53	13,12	10,14	2,32
1953	147,72	13,16	76,89	8,61	59,35	8,93	29,34	14,68	10,98	2,67
1954	159,06	13,47	83,58	9,25	64,67	9,66	31,01	16,39	11,74	2,87
1955 [8]	182,00	14,23	97,16	9,98	75,28	11,90	36,03	18,57	12,86	3,15
1956	200,95	14,65	107,27	11,36	82,75	13,16	40,04	21,14	14,35	3,50
1957	218,89	15,27	116,04	12,36	89,90	13,78	44,40	23,38	15,99	3,81
1958	234,37	16,16	123,87	12,93	96,00	14,94	47,16	25,60	17,44	4,14
1959	255,14	16,47	136,59	13,51	105,34	17,74	51,28	28,45	17,97	4,38
1960	284,77	17,11	154,72	14,67	120,06	19,99	56,07	32,10	20,06	4,71
1960	302,55	17,31	164,69	15,95	127,55	21,19	59,31	34,44	21,84	4,96
1961	333,45	17,48	182,05	16,04	141,36	24,65	64,17	39,50	24,95	5,30
1962	360,91	17,76	196,16	16,58	151,68	27,90	70,91	43,04	27,33	5,71
1963	384,77	18,91	205,83	17,45	158,34	30,04	76,07	47,47	30,33	6,16
1964	422,14	20,39	227,39	18,07	174,75	34,57	82,40	52,27	33,18	6,51
1965	462,02	19,69	250,07	18,93	194,52	36,62	88,96	58,56	37,76	6,98
1966	492,10	20,71	262,12	19,60	203,12	39,40	94,71	64,71	42,22	7,63
1967	496,86	20,97	257,56	19,29	201,38	36,89	95,82	69,72	44,74	8,05
1968	540,54	20,76	287,70	21,34	226,52	39,84	103,18	76,21	47,85	8,64
1969	605,68	22,45	326,29	22,51	258,63	45,15	112,62	86,10	54,23	9,79
1970	686,96	21,53	375,13	25,95	293,28	55,90	124,84	98,07	63,28	11,11
1971	762,54	22,26	408,29	27,83	315,89	64,57	137,42	114,38	75,24	12,95
1972 [9]	834,63	24,78	439,97	30,06	337,85	72,06	150,00	130,35	84,93	14,30
1973	930,64	27,36	484,39	32,90	375,85	75,64	167,94	148,55	97,74	16,16
1968 1. Hj.	254,31	10,02	133,81	10,35	105,75	17,71	48,15	37,03	22,87	4,13
2. Hj.	286,23	10,74	153,89	10,99	120,77	22,13	55,03	39,18	24,98	4,51
1969 1. Hj.	283,43	11,26	150,96	10,97	120,74	19,25	52,39	41,76	25,27	4,59
2. Hj.	322,25	11,19	175,33	11,54	137,89	25,90	60,23	44,34	28,96	5,20
1970 1. Hj.	323,62	10,79	175,57	12,75	139,40	23,42	58,10	47,01	30,10	5,25
2. Hj.	363,34	10,74	199,56	13,20	153,88	32,48	66,74	51,06	33,18	5,86
1971 1. Hj.	362,68	10,44	195,02	13,65	152,82	28,55	64,43	55,45	35,51	6,13
2. Hj.	399,86	11,82	213,27	14,18	163,07	36,02	72,99	58,93	39,73	6,82
1972 1. Hj.	397,91	11,48	210,65	14,71	163,39	32,55	69,93	63,75	40,05	6,75
2. Hj. [9]	436,72	13,30	229,32	15,35	174,46	39,51	80,07	66,60	44,88	7,55
1973 1. Hj.	447,42	13,00	235,60	16,21	184,02	35,37	80,48	72,31	45,22	7,51
2. Hj.	483,22	14,36	248,79	16,69	191,83	40,27	87,46	76,24	52,52	8,65
1974 1. Hj.	479,33	13,83	245,18	...	...	...	86,14	79,33	60,55	

[1] Die Summen der Beiträge der Wirtschaftsbereiche zum Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen sind ab 1968 größer als das Bruttoinlandsprodukt insgesamt. Die Differenz ergibt sich aus der unterschiedlichen Buchung der Umsatzsteuer auf Investitionsgüter bzw. der Investitionsteuer in der Entstehungs- und Verwendungsrechnung des Sozialprodukts.

[2] Einschließlich Tierhaltung und Fischerei.

[3] Einschließlich Wasserversorgung.

Tabelle 16*

bereiche zum Bruttoinlandsprodukt

DM

Bruttoinlandsprodukt	Land- und Forstwirtschaft [2]	Produzierendes Gewerbe insgesamt	Energiewirtschaft [3] und Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe	Handel und Verkehr [4]	Dienstleistungen [5]	Staat [6]	Private Haushalte usw. [7]	Zeitraum	
in Preisen von 1962											
143,49	13,01	63,85	8,64	45,08	10,13	29,65	17,58	15,00	4,40	1950	[8]
158,56	14,97	72,76	9,78	51,72	11,26	31,96	18,90	15,57	4,40	1951	
172,58	15,10	81,50	10,26	58,68	12,56	33,97	20,99	16,38	4,64	1952	
186,85	16,18	90,83	10,23	65,45	15,15	36,23	23,02	16,68	4,91	1953	
201,30	15,52	99,91	10,73	73,08	16,10	38,75	24,67	17,47	4,98	1954	
225,57	15,37	115,96	11,81	85,49	18,66	43,68	26,91	18,42	5,23	1955	
241,77	15,27	125,10	12,83	92,41	19,86	48,11	28,96	18,93	5,40	1956	
255,39	15,75	131,40	13,17	98,71	19,52	51,39	30,91	20,32	5,62	1957	
264,42	16,71	136,74	12,95	103,66	20,13	52,11	32,14	21,01	5,71	1958	
283,91	17,25	148,79	13,45	112,99	22,35	56,31	34,26	21,55	5,75	1959	
309,37	17,92	165,47	14,62	127,56	23,29	61,43	36,46	22,51	5,58	1960	
328,59	18,17	176,09	15,90	135,50	24,69	64,96	39,05	24,46	5,86	1960	
347,06	18,35	188,01	16,07	145,06	26,88	67,77	41,35	25,91	5,67	1961	
360,91	17,76	196,16	16,58	151,68	27,90	70,91	43,04	27,33	5,71	1962	
373,28	18,68	202,29	17,20	156,51	28,58	72,98	44,99	28,54	5,80	1963	
398,50	20,13	220,20	17,93	170,59	31,68	76,14	46,87	29,36	5,80	1964	
421,03	17,88	236,20	18,28	185,03	32,89	80,69	49,72	30,74	5,80	1965	
433,01	18,33	242,16	18,89	188,58	34,69	82,50	52,07	32,06	5,89	1966	
432,09	20,50	236,06	18,15	184,41	33,50	82,65	53,86	33,07	5,95	1967	
462,89	21,11	259,11	18,83	205,58	34,70	86,78	55,59	34,24	6,06	1968	
500,94	20,38	286,89	20,10	230,19	36,60	94,00	58,26	35,22	6,19	1969	
530,59	20,63	304,86	22,04	243,81	39,01	99,78	61,90	37,08	6,34	1970	
545,78	21,46	312,26	22,80	248,41	41,05	101,84	64,95	38,80	6,47	1971	[9]
564,14	21,19	322,87	23,55	255,99	43,33	104,13	68,44	40,91	6,60	1972	
594,12	21,87	341,92	24,88	273,93	43,11	108,96	72,03	42,59	6,75	1973	
219,84	10,82	121,01	9,16	96,38	15,47	40,46	27,49	17,05	3,01	1968	1. Hj.
243,05	10,29	138,10	9,67	109,20	19,23	46,32	28,10	17,19	3,05		2. Hj.
238,35	10,29	135,12	9,85	109,32	15,95	43,73	28,66	17,48	3,07	1969	1. Hj.
262,59	10,09	151,77	10,25	120,87	20,65	50,27	29,60	17,74	3,12		2. Hj.
255,37	9,84	146,06	11,00	118,40	16,66	47,45	30,49	18,38	3,15	1970	1. Hj.
275,22	10,79	158,80	11,04	125,41	22,35	52,33	31,41	18,70	3,19		2. Hj.
265,14	10,37	151,65	11,40	121,89	18,36	48,61	32,05	19,25	3,21	1971	1. Hj.
280,64	11,09	160,61	11,40	126,52	22,69	53,23	32,90	19,55	3,26		2. Hj.
273,60	10,15	156,27	11,77	124,79	19,71	49,68	33,95	20,27	3,28	1972	1. Hj.
290,54	11,04	166,60	11,78	131,20	23,62	54,45	34,49	20,64	3,32		2. Hj.
290,70	10,53	167,28	12,48	134,56	20,24	52,80	35,62	21,12	3,35	1973	1. Hj.
303,42	11,34	174,64	12,40	139,37	22,87	56,16	36,41	21,47	3,40		2. Hj.
294,90	11,38	167,63	...	...	...	53,28	37,17	25,44		1974	1. Hj.

[4] Einschließlich Nachrichtenübermittlung.
[5] Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen, Wohnungsvermietung, Dienstleistungsunternehmen und Freie Berufe.
[6] Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.
[7] Häusliche Dienste und private Organisationen ohne Erwerbscharakter.
[8] Ohne Saarland und Berlin.
[9] Vorläufige Ergebnisse.

n o c h Tabelle 16*

Beiträge zusammengefaßter Wirtschafts

b) Anteil

Zeitraum	Land- und Forstwirtschaft [1]	Produzierendes Gewerbe				Handel und Verkehr [3]	Dienstleistungen [4]	Staat [5]	Private Haushalte usw. [6]
		insgesamt	Energiewirtschaft [2] und Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe				
	in jeweiligen Preisen								
1950	10,2	49,6	5,2	39,1	5,4	20,4	10,2	7,8	1,8
1951	10,0	51,5	5,2	40,9	5,4	19,8	9,7	7,3	1,7
1952	9,5	51,0	5,4	40,1	5,5	20,8	9,6	7,4	1,7
1953	8,9	52,1	5,8	40,2	6,0	19,9	9,9	7,4	1,8
1954	8,5	52,5	5,8	40,7	6,1	19,5	10,3	7,4	1,8
1955 [7]	7,8	53,4	5,5	41,4	6,5	19,8	10,2	7,1	1,7
1956	7,3	53,4	5,7	41,4	6,5	19,9	10,5	7,1	1,7
1957	7,0	53,0	5,6	41,1	6,3	20,3	10,7	7,3	1,7
1958	6,9	52,9	5,5	41,0	6,4	20,1	10,9	7,4	1,8
1959	6,5	53,5	5,3	41,3	7,0	20,1	11,2	7,0	1,7
1960	6,0	54,3	5,2	42,2	7,0	19,7	11,3	7,0	1,7
1960	5,7	54,4	5,3	42,2	7,0	19,6	11,4	7,2	1,6
1961	5,2	54,6	4,6	42,4	7,4	19,2	11,8	7,5	1,6
1962	4,9	54,4	4,6	42,0	7,7	19,6	11,9	7,6	1,6
1963	4,9	53,5	4,5	41,2	7,8	19,8	12,3	7,9	1,6
1964	4,8	53,9	4,3	41,4	8,2	19,5	12,4	7,9	1,5
1965	4,3	54,1	4,1	42,1	7,9	19,3	12,7	8,2	1,5
1966	4,2	53,3	4,0	41,3	8,0	19,2	13,1	8,6	1,6
1967	4,2	51,8	3,9	40,5	7,4	19,3	14,0	9,0	1,6
1968	3,8	52,9	3,9	41,6	7,3	19,0	14,0	8,8	1,6
1969	3,7	53,4	3,7	42,3	7,4	18,4	14,1	8,9	1,6
1970	3,1	54,1	3,7	42,3	8,1	18,0	14,1	9,1	1,6
1971	2,9	53,0	3,6	41,0	8,4	17,8	14,8	9,8	1,7
1972 [8]	2,9	52,1	3,6	40,0	8,5	17,8	15,4	10,1	1,7
1973	2,9	51,4	3,5	39,9	8,0	17,8	15,8	10,4	1,7
1968 1. Hj.	3,9	52,3	4,0	41,3	6,9	18,8	14,5	8,9	1,6
2. Hj.	3,7	53,4	3,8	41,9	7,7	19,1	13,6	8,7	1,6
1969 1. Hj.	3,9	52,7	3,8	42,2	6,7	18,3	14,6	8,8	1,6
2. Hj.	3,4	53,9	3,5	42,4	8,0	18,5	13,6	8,9	1,6
1970 1. Hj.	3,3	53,7	3,9	42,7	7,2	17,8	14,4	9,2	1,6
2. Hj.	2,9	54,4	3,6	41,9	8,8	18,2	13,9	9,0	1,6
1971 1. Hj.	2,8	53,1	3,7	41,6	7,8	17,6	15,1	9,7	1,7
2. Hj.	2,9	52,8	3,5	40,4	8,9	18,1	14,6	9,8	1,7
1972 1. Hj.	2,9	52,3	3,7	40,6	8,1	17,4	15,8	9,9	1,7
2. Hj. [8]	3,0	51,9	3,5	39,5	8,9	18,1	15,1	10,2	1,7
1973 1. Hj.	2,9	51,9	3,6	40,5	7,8	17,7	15,9	10,0	1,7
2. Hj.	2,9	51,0	3,4	39,3	8,3	18,0	15,6	10,8	1,8
1974 1. Hj.	2,9	50,5	...	...	...	17,8	16,4	12,5	

[1] Einschließlich Tierhaltung und Fischerei.
[2] Einschließlich Wasserversorgung.
[3] Einschließlich Nachrichtenübermittlung.
[4] Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen, Wohnungsvermietung, Dienstleistungsunternehmen und Freie Berufe.

noch Tabelle 16*

bereiche zum Bruttoinlandsprodukt

in vH

Land- und Forstwirtschaft [1]	Produzierendes Gewerbe insgesamt	Produzierendes Gewerbe Energiewirtschaft [2] und Bergbau	Produzierendes Gewerbe Verarbeitendes Gewerbe	Produzierendes Gewerbe Baugewerbe	Handel und Verkehr [3]	Dienstleistungen [4]	Staat [5]	Private Haushalte usw. [6]	Zeitraum	
				in Preisen von 1962						
9,1	44,5	6,0	31,4	7,1	20,7	12,3	10,5	3,1	1950	[7]
9,4	45,9	6,2	32,6	7,1	20,2	11,9	9,8	2,8	1951	
8,7	47,4	5,9	34,0	7,3	19,7	12,2	9,5	2,7	1952	
8,1	48,6	5,5	35,0	8,1	19,4	12,3	8,9	2,6	1953	
7,7	49,6	5,3	36,3	8,0	19,2	12,3	8,7	2,5	1954	
6,8	51,4	5,2	37,9	8,3	19,4	11,9	8,2	2,3	1955	
6,3	51,7	5,3	38,2	8,2	19,9	12,0	7,8	2,2	1956	
6,2	51,5	5,2	38,7	7,6	20,1	12,1	8,0	2,2	1957	
6,3	51,7	4,9	39,2	7,6	19,7	12,2	7,9	2,2	1958	
6,1	52,4	4,7	39,8	7,9	19,8	12,1	7,6	2,0	1959	
5,8	53,5	4,7	41,2	7,5	19,9	11,8	7,3	1,8	1960	
5,5	53,6	4,8	41,2	7,5	19,8	11,9	7,4	1,8	1960	
5,3	54,2	4,6	41,8	7,7	19,5	11,9	7,5	1,6	1961	
4,9	54,4	4,6	42,0	7,7	19,6	11,9	7,6	1,6	1962	
5,0	54,2	4,6	41,9	7,7	19,6	12,1	7,6	1,6	1963	
5,1	55,3	4,5	42,8	7,9	19,1	11,8	7,4	1,5	1964	
4,2	56,1	4,3	43,9	7,8	19,2	11,8	7,3	1,4	1965	
4,2	55,9	4,4	43,6	8,0	19,1	12,0	7,4	1,4	1966	
4,7	54,6	4,2	42,7	7,8	19,1	12,5	7,7	1,4	1967	
4,6	56,0	4,1	44,4	7,5	18,7	12,0	7,4	1,3	1968	
4,1	57,3	4,0	46,0	7,3	18,8	11,6	7,0	1,2	1969	
3,9	57,5	4,2	46,0	7,4	18,8	11,7	7,0	1,2	1970	
3,9	57,2	4,2	45,5	7,5	18,7	11,9	7,1	1,2	1971	[8]
3,8	57,2	4,2	45,4	7,7	18,5	12,1	7,3	1,2	1972	
3,7	57,6	4,2	46,1	7,3	18,3	12,1	7,2	1,1	1973	
4,9	55,0	4,2	43,8	7,0	18,4	12,5	7,8	1,4	1968	1. Hj.
4,2	56,8	4,0	44,9	7,9	19,1	11,6	7,1	1,3		2. Hj.
4,3	56,7	4,1	45,9	6,7	18,3	12,0	7,3	1,3	1969	1. Hj.
3,8	57,8	3,9	46,0	7,9	19,1	11,3	6,8	1,2		2. Hj.
3,9	57,2	4,3	46,4	6,5	18,6	11,9	7,2	1,2	1970	1. Hj.
3,9	57,7	4,0	45,6	8,1	19,0	11,4	6,8	1,2		2. Hj.
3,9	57,2	4,3	46,0	6,9	18,3	12,1	7,3	1,2	1971	1. Hj.
4,0	57,2	4,1	45,1	8,1	19,0	11,7	7,0	1,2		2. Hj.
3,7	57,1	4,3	45,6	7,2	18,2	12,4	7,4	1,2	1972	1. Hj.
3,8	57,3	4,1	45,2	8,1	18,7	11,9	7,1	1,1		2. Hj.
3,6	57,5	4,3	46,3	7,0	18,2	12,3	7,3	1,2	1973	1. Hj.
3,7	57,6	4,1	45,9	7,5	18,5	12,0	7,1	1,1		2. Hj.
3,9	56,8	...	...	...	18,1	12,6		8,6	1974	1. Hj.

[5] Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.
[6] Häusliche Dienste und private Organisationen ohne Erwerbscharakter.
[7] Ohne Saarland und Berlin.
[8] Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 17*

Sozialprodukt und

Mrd

Zeitraum	Bruttoinlandsprodukt	Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen zwischen Inländern und der übrigen Welt	Bruttosozialprodukt	Abschreibungen	Nettosozialprodukt zu Marktpreisen	Indirekte Steuern [1] abzüglich Subventionen [2]	Nettosozialprodukt zu Faktorkosten (Volkseinkommen)
	in jeweiligen Preisen						
1950 [3]	98,05	+0,05	98,10	8,32	89,78	12,84	76,94
1951 [3]	120,01	−0,01	120,00	10,12	109,88	16,64	93,24
1952 [3]	136,97	+0,03	137,00	11,55	125,45	19,74	105,71
1953 [3]	147,72	−0,02	147,70	11,99	135,71	21,80	113,91
1954 [3]	159,06	−0,46	158,60	12,65	145,95	23,42	122,53
1955 [3]	182,00	−0,60	181,40	14,05	167,35	26,37	140,98
1956 [3]	200,95	−0,45	200,50	15,79	184,71	28,17	156,54
1957 [3]	218,89	−0,39	218,50	17,74	200,76	29,47	171,29
1958 [3]	234,37	−0,07	234,30	19,59	214,71	31,43	183,28
1959 [3]	255,14	−0,24	254,90	21,47	233,43	34,94	198,49
1960 [3]	284,77	−0,07	284,70	24,27	260,43	38,17	222,26
1960	302,55	−0,25	302,30	25,73	276,57	40,87	235,70
1961	333,45	−0,85	332,60	29,26	303,34	45,33	258,01
1962	360,91	−0,81	360,10	33,48	326,62	49,17	277,45
1963	384,77	−0,77	384,00	37,19	346,81	51,05	295,76
1964	422,14	−1,24	420,90	41,17	379,73	55,48	324,25
1965	462,02	−1,62	460,40	46,21	414,19	58,94	355,25
1966	492,10	−1,40	490,70	50,68	440,02	62,93	377,09
1967	496,86	−1,36	495,50	53,80	441,70	65,71	375,99
1968	540,54	−0,54	540,00	57,40	482,60	65,74	416,86
1969	605,68	−0,48	605,20	63,95	541,25	80,60	460,65
1970	686,96	−1,36	685,60	74,78	610,82	81,63	529,19
1971 [4]	762,54	−0,64	761,90	85,11	676,79	91,11	585,68
1972 [4]	834,63	−0,03	834,60	93,55	741,05	101,16	639,89
1973 [4]	930,64	−0,34	930,30	103,21	827,09	109,84	717,25
1968 1. Hj.	254,31	−0,21	254,10	28,13	225,97	31,62	194,35
2. Hj.	286,23	−0,33	285,90	29,27	256,63	34,12	222,51
1969 1. Hj.	283,43	−0,33	283,10	30,72	252,38	36,63	215,75
2. Hj.	322,25	−0,15	322,10	33,23	288,87	43,97	244,90
1970 1. Hj.	323,62	−0,62	323,00	36,08	286,92	38,71	248,21
2. Hj.	363,34	−0,74	362,60	38,70	323,90	42,92	280,98
1971 1. Hj.	362,68	+0,72	363,40	41,43	321,97	44,23	277,74
2. Hj.	399,86	−1,36	398,50	43,68	354,82	46,88	307,94
1972 1. Hj.	397,91	+0,39	398,30	45,62	352,68	49,17	303,51
2. Hj. [4]	436,72	−0,42	436,30	47,93	388,37	51,99	336,38
1973 1. Hj.	447,42	−0,22	447,20	50,07	397,13	54,23	342,90
2. Hj.	483,22	−0,12	483,10	53,14	429,96	55,61	374,35
1974 1. Hj.	479,33	−0,73	478,60	56,40	422,20	55,76	366,44

[1] Einschließlich der Einnahmen des Staates aus dem Preisausgleich, der Beiträge zur gesetzlichen Unfallversicherung, der von Unternehmen gezahlten Verwaltungsgebühren und der von der EGKS erhobenen Umlagen.
[2] Einschließlich der Ausgaben des Staates für den Preisausgleich und der Zahlungen der EGKS.

Tabelle 17*

Volkseinkommen

DM

Brutto-inlandsprodukt	Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen zwischen Inländern und der übrigen Welt	Brutto-sozialprodukt	Abschreibungen	Nettosozialprodukt zu Marktpreisen	Zeitraum	
		in Preisen von 1962				
143,49	+0,11	143,60	12,70	130,90	1950	
158,56	+0,04	158,60	13,34	145,26	1951	
172,58	+0,12	172,70	14,06	158,64	1952	
186,85	+0,05	186,90	14,91	171,99	1953	
201,30	−0,50	200,80	15,93	184,87	1954	
225,57	−0,67	224,90	17,36	207,54	1955	[3]
241,77	−0,47	241,30	19,00	222,30	1956	
255,39	−0,39	255,00	20,69	234,31	1957	
264,42	+0,08	264,50	22,37	242,13	1958	
283,91	−0,11	283,80	24,25	259,55	1959	
309,37	+0,03	309,40	26,51	282,89	1960	
328,59	−0,19	328,40	28,09	300,31	1960	
347,06	−0,86	346,20	30,65	315,55	1961	
360,91	−0,81	360,10	33,48	326,62	1962	
373,28	−0,78	372,50	36,36	336,14	1963	
398,50	−1,20	397,30	39,35	357,95	1964	
421,03	−1,53	419,50	42,66	376,84	1965	
433,01	−1,31	431,70	46,05	385,65	1966	
432,09	−1,29	430,80	49,11	381,69	1967	
462,89	−0,59	462,30	52,20	410,10	1968	
500,94	−0,54	500,40	55,84	444,56	1969	
530,59	−1,19	529,40	59,73	469,67	1970	
545,78	−0,58	545,20	64,08	481,12	1971	[4]
564,14	−0,14	564,00	68,42	495,58	1972	[4]
594,12	−0,32	593,80	72,77	521,03	1973	[4]
219,84	−0,24	219,60	25,69	193,91	1968 1. Hj.	
243,05	−0,35	242,70	26,51	216,19	2. Hj.	
238,35	−0,35	238,00	27,45	210,55	1969 1. Hj.	
262,59	−0,19	262,40	28,39	234,01	2. Hj.	
255,37	−0,57	254,80	29,37	225,43	1970 1. Hj.	
275,22	−0,62	274,60	30,36	244,24	2. Hj.	
265,14	+0,46	265,60	31,48	234,12	1971 1. Hj.	
280,64	−1,04	279,60	32,60	247,00	2. Hj.	
273,60	+0,20	273,80	33,67	240,13	1972 1. Hj.	
290,54	−0,34	290,20	34,75	255,45	2. Hj.	[4]
290,70	−0,20	290,50	35,84	254,66	1973 1. Hj.	
303,42	−0,12	303,30	36,93	266,37	2. Hj.	
294,90	−0,50	294,40	37,99	256,41	1974 1. Hj.	

[3] Ohne Saarland und Berlin.
[4] Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 18*

Verteilung des Volkseinkommens

Mrd DM

Zeitraum	Volkseinkommen	Einkommen aus unselbständiger Arbeit		Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen				
				insgesamt		der privaten Haushalte [3]	der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit [4] = unverteilte Gewinne	des Staates [5]
		brutto [1]	netto [2]	brutto	netto			
1950 [6]	76,94	44,97	35,76	31,97	25,23	26,42	5,04	0,51
1951 [6]	93,24	54,53	42,77	38,71	30,90	32,22	5,59	0,90
1952 [6]	105,71	60,80	47,31	44,91	34,95	35,75	7,75	1,41
1953 [6]	113,91	67,14	52,32	46,77	35,16	36,72	8,55	1,50
1954 [6]	122,53	73,37	57,47	49,16	37,21	38,77	8,85	1,54
1955 [6]	140,98	83,67	65,29	57,31	45,26	44,68	10,48	2,15
1956 [6]	156,54	93,79	72,91	62,75	49,52	49,22	11,35	2,18
1957 [6]	171,29	102,87	79,39	68,42	53,45	53,32	12,49	2,61
1958 [6]	183,28	111,63	84,55	71,65	56,66	56,16	12,95	2,54
1959 [6]	198,49	119,56	90,92	78,93	61,47	61,99	14,65	2,29
1960 [6]	222,26	134,16	100,72	88,10	68,14	68,89	16,47	2,74
1960	235,70	142,83	107,25	92,87	71,98	72,54	17,49	2,84
1961	258,01	160,51	119,92	97,50	73,44	76,46	17,65	3,39
1962	277,45	177,48	132,04	99,97	73,66	79,00	17,39	3,58
1963	295,76	190,44	140,97	105,32	78,01	84,25	17,34	3,73
1964	324,25	208,42	154,19	115,83	87,12	92,70	19,20	3,93
1965	355,25	229,99	171,56	125,26	96,07	102,42	19,03	3,81
1966	377,09	247,56	181,65	129,53	99,32	106,95	18,87	3,71
1967	375,99	247,90	180,78	128,09	98,23	106,95	18,04	3,10
1968	416,86	266,31	190,76	150,55	118,16	123,23	23,70	3,62
1969	460,65	300,14	210,52	160,51	124,42	131,04	25,41	4,06
1970	529,19	353,19	241,65	176,00	141,04	148,26	23,58	4,16
1971 [7]	585,68	400,22	267,49	185,46	148,34	159,33	21,38	4,75
1972 [7]	639,89	439,15	291,85	200,74	161,12	175,58	21,91	3,25
1973 [7]	717,25	498,53	317,70	218,72	168,96	190,47	24,32	3,93
1968 1. Hj.	194,35	126,83	91,91	68,02	52,25	.	.	1,42
2. Hj.	222,51	139,98	98,85	82,53	65,91	.	.	2,20
1969 1. Hj.	215,75	140,69	100,71	75,06	57,80	.	.	1,86
2. Hj.	244,90	159,45	109,81	85,45	66,62	.	.	2,20
1970 1. Hj.	248,21	166,06	116,13	82,15	65,46	.	.	1,68
2. Hj.	280,98	187,13	125,52	93,85	75,58	.	.	2,48
1971 1. Hj. [7]	277,74	191,11	129,25	86,63	68,55	.	.	2,20
2. Hj. [7]	307,94	209,11	138,24	98,83	79,79	.	.	2,55
1972 1. Hj. [7]	303,51	209,30	142,72	94,21	76,71	.	.	1,23
2. Hj. [7]	336,38	229,85	149,13	106,53	84,41	.	.	2,02
1973 1. Hj. [7]	342,90	237,04	154,06	105,86	83,32	.	.	1,68
2. Hj. [7]	374,35	261,49	163,64	112,86	85,65	.	.	2,25
1974 1. Hj. [7]	366,44	261,02	167,51	105,42	80,55	.	.	0,96

[1]) Bruttolöhne und -gehälter und Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung (einschließlich der Zusatzversicherung im öffentlichen Dienst und der fiktiven Pensionsfonds für Beamte) sowie zusätzliche Sozialaufwendungen der Arbeitgeber.
[2]) Bruttoeinkommen minus Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung und minus Lohnsteuer.
[3]) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter; nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden.
[4]) Einschließlich der netto im Haushalt verbuchten öffentlichen Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit und der Einzelunternehmen u. ä im Bereich „Kreditinstitute".
[5]) Nach Abzug der Zinsen auf öffentliche Schulden.
[6]) Ohne Saarland und Berlin.
[7]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 19*

Volkseinkommen und Produktivität

Zeitraum	Volkseinkommen je Einwohner		Brutto- / Netto-einkommen aus unselbständiger Arbeit je beschäftigten Abhängigen [1]				Bruttoinlandsprodukt [2] je Erwerbstätigen [3] (Produktivität)		Lohnkosten je Produkteinheit [4]
	DM	1960=100	DM	1960=100	DM	1960=100	DM	1960 = 100	
1950 [5]	1 640	38,5	3 289	46,6	2 615	49,3	7 183	57,1	81,5
1951 [5]	1 967	46,2	3 817	54,1	2 994	56,5	7 737	61,5	87,7
1952 [5]	2 215	52,0	4 121	58,4	3 207	60,5	8 267	65,8	88,6
1953 [5]	2 365	55,5	4 376	62,0	3 410	64,3	8 737	69,5	89,1
1954 [5]	2 515	59,1	4 595	65,1	3 599	67,9	9 168	72,9	89,1
1955 [5]	2 865	67,3	4 969	70,4	3 877	73,2	9 898	78,7	89,3
1956 [5]	3 144	73,8	5 365	76,0	4 170	78,7	10 338	82,2	92,3
1957 [5]	3 396	79,7	5 718	81,0	4 413	83,3	10 694	85,1	95,2
1958 [5]	3 590	84,3	6 138	87,0	4 649	87,7	11 034	87,8	98,9
1959 [5]	3 844	90,3	6 460	91,5	4 912	92,7	11 740	93,4	98,0
1960 [5]	4 259	100	7 059	100	5 300	100	12 571	100	100
1960	4 252	100	7 051	100	5 178	100	12 594	100	100
1961	4 593	108,0	7 743	109,8	5 664	109,4	13 120	104,2	105,4
1962	4 882	114,8	8 439	119,7	6 151	118,8	13 596	108,0	110,9
1963	5 154	121,2	8 957	127,0	6 501	125,6	14 029	111,4	114,1
1964	5 593	131,5	9 701	137,6	7 045	136,1	14 964	118,8	115,9
1965	6 060	142,5	10 571	149,9	7 746	149,6	15 722	124,8	120,2
1966	6 375	149,9	11 374	161,3	8 200	158,4	16 219	128,8	125,4
1967	6 342	149,2	11 774	167,0	8 437	162,9	16 729	132,8	125,7
1968	7 006	164,8	12 572	178,3	8 841	170,7	17 907	142,2	125,5
1969	7 669	180,4	13 798	195,7	9 499	183,4	19 083	151,5	129,3
1970	8 725	205,2	15 877	225,2	10 660	205,9	19 960	158,5	142,1
1971 [6]	9 557	224,8	17 856	253,2	11 698	225,9	20 480	162,6	155,9
1972 [6]	10 376	244,0	19 574	277,6	12 750	246,2	21 215	168,5	165,0
1973 [6]	11 573	272,2	22 094	313,3	13 792	266,4	22 286	177,0	177,1
1968 1. Hj.	3 273	154,0	6 037	171,2	4 311	166,5	8 579	136,2	125,7
2. Hj.	3 732	175,5	6 529	185,2	4 527	174,9	9 322	148,0	125,2
1969 1. Hj.	3 603	169,5	6 535	185,3	4 592	177,4	9 143	145,2	127,7
2. Hj.	4 065	191,2	7 255	205,8	4 903	189,4	9 934	157,8	130,5
1970 1. Hj.	4 100	192,9	7 536	213,8	5 172	199,8	9 669	153,5	139,3
2. Hj.	4 615	217,1	8 333	236,4	5 485	211,9	10 288	163,4	144,8
1971 1. Hj.	4 543	213,7	8 564	242,9	5 677	219,3	9 972	158,4	153,4
2. Hj.	5 013	235,8	9 289	263,5	6 019	232,5	10 506	166,8	158,0
1972 1. Hj.	4 929	231,8	9 389	266,3	6 276	242,4	10 334	164,1	162,3
2. Hj. [6]	5 446	256,2	10 180	288,8	6 473	250,0	10 878	172,7	167,3
1973 1. Hj.	5 542	260,7	10 551	299,3	6 718	259,5	10 940	173,7	172,3
2. Hj.	6 031	283,7	11 540	327,3	7 073	273,2	11 345	180,2	181,8
1974 1. Hj.	5 904	277,7	11 737	332,9	7 377	284,9	11 212	178,1	187,1

[1] Inländerkonzept (nach dem Wohnort).
[2] Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1962.
[3] Inlandskonzept (nach dem Beschäftigungsort).
[4] Bereinigt um Änderungen in der Struktur der Erwerbstätigkeit;
berechnet als $\frac{\text{Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je beschäftigten Abhängigen (Inlandskonzept)}}{\text{Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1962 je Erwerbstätigen (Inlandskonzept)}}$
[5] Ohne Saarland und Berlin.
[6] Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 20*

Verwendung des

a) Mrd

Zeitraum	Bruttosozialprodukt	Privater Verbrauch	Staatsverbrauch	Anlageinvestitionen			Vorratsveränderung	Ausfuhr [1]	Einfuhr [1]	Außenbeitrag [2]
				insgesamt	Ausrüstungen	Bauten				
	in jeweiligen Preisen									
1950	98,10	62,88	14,23	18,74	8,63	10,11	+ 3,60	11,16	12,51	− 1,35
1951	120,00	73,08	17,60	22,90	10,97	11,93	+ 4,30	18,51	16,39	+ 2,12
1952	137,00	81,17	20,77	26,83	12,79	14,04	+ 5,10	21,84	18,71	+ 3,13
1953	147,70	88,74	21,42	30,44	13,78	16,66	+ 1,90	25,08	19,88	+ 5,20
1954	158,60	94,63	22,30	34,09	15,88	18,21	+ 2,60	30,47	25,49	+ 4,98
1955 [3]	181,40	106,09	24,15	42,63	20,06	22,57	+ 4,60	36,23	32,30	+ 3,93
1956	200,50	117,96	25,70	47,38	21,67	25,71	+ 3,00	43,57	37,11	+ 6,46
1957	218,50	128,53	27,86	48,77	21,77	27,00	+ 4,80	51,86	43,32	+ 8,54
1958	234,30	138,40	31,27	52,38	23,44	28,94	+ 3,60	53,46	44,81	+ 8,65
1959	254,90	147,74	34,26	60,07	26,02	34,05	+ 3,70	60,24	51,11	+ 9,13
1960	284,70	161,18	38,28	68,96	30,99	37,97	+ 7,90	69,48	61,10	+ 8,38
1960	302,30	172,43	41,12	72,66	32,54	40,12	+ 8,70	62,67	55,28	+ 7,39
1961	332,60	189,02	46,39	84,05	38,30	45,75	+ 6,60	65,16	58,62	+ 6,54
1962	360,10	205,20	53,47	93,77	41,89	51,88	+ 4,00	68,37	64,71	+ 3,66
1963	384,00	218,20	59,55	99,06	43,06	56,00	+ 2,10	74,49	69,40	+ 5,09
1964	420,90	234,95	62,24	113,49	47,25	66,24	+ 5,20	82,91	77,89	+ 5,02
1965	460,40	258,67	70,03	122,24	52,00	70,24	+10,00	90,87	91,41	− 0,54
1966	490,70	277,85	76,49	126,31	52,62	73,69	+ 3,60	102,29	95,84	+ 6,45
1967	495,50	285,31	81,14	114,43	48,02	66,41	− 1,30	110,12	94,20	+15,92
1968	540,00	301,77	84,34	124,78	52,87	71,91	+11,50	123,83	106,22	+17,61
1969	605,20	333,09	95,12	146,20	66,90	79,30	+16,00	141,85	127,06	+14,79
1970	685,60	369,01	109,04	181,08	82,90	98,18	+15,30	158,58	147,41	+11,17
1971	761,90	410,51	130,63	203,14	91,12	112,02	+ 5,40	174,23	162,01	+12,22
1972 [4]	834,60	450,92	146,50	217,41	92,49	124,92	+ 4,40	190,15	174,78	+15,37
1973	930,30	496,75	168,63	230,00	96,45	133,55	+ 9,60	226,15	200,83	+25,32
1968 1. Hj.	254,10	141,55	38,78	55,13	23,40	31,73	+11,10	57,32	49,78	+ 7,54
2. Hj.	285,90	160,22	45,56	69,65	29,47	40,18	+ 0,40	66,51	56,44	+10,07
1969 1. Hj.	283,10	156,09	43,33	64,70	30,57	34,13	+12,80	66,80	60,62	+ 6,18
2. Hj.	322,10	177,00	51,79	81,50	36,33	45,17	+ 3,20	75,05	66,44	+ 8,61
1970 1. Hj.	323,00	172,22	49,62	79,28	38,44	40,84	+17,20	75,31	70,63	+ 4,68
2. Hj.	362,60	196,79	59,42	101,80	44,46	57,34	− 1,90	83,27	76,78	+ 6,49
1971 1. Hj.	363,40	193,29	60,47	94,25	44,66	49,59	+ 8,60	85,34	78,55	+ 6,79
2. Hj.	398,50	217,22	70,16	108,89	46,46	62,43	− 3,20	88,89	83,46	+ 5,43
1972 1. Hj.	398,30	212,71	68,10	101,71	44,81	56,90	+ 9,30	90,27	83,79	+ 6,48
2. Hj. [4]	436,30	238,21	78,40	115,70	47,68	68,02	− 4,90	99,88	90,99	+ 8,89
1973 1. Hj.	447,20	237,45	77,07	109,38	47,12	62,26	+11,60	107,70	96,00	+11,70
2. Hj.	483,10	259,30	91,56	120,62	49,33	71,29	− 2,00	118,45	104,83	+13,62
1974 1. Hj.	478,60	253,01	89,00	108,49	45,43	63,06	+ 7,40	142,67	121,97	+20,70

[1] Waren- und Dienstleistungsverkehr mit der übrigen Welt.
[2] Ausfuhr ./. Einfuhr.

Tabelle 20*

Sozialprodukts

DM

Bruttosozialprodukt	Privater Verbrauch	Staatsverbrauch	Anlageinvestitionen insgesamt	Anlageinvestitionen Ausrüstungen	Anlageinvestitionen Bauten	Vorratsveränderung	Ausfuhr [1]	Einfuhr [1]	Außenbeitrag [2]	Zeitraum	
				in Preisen von 1962							
143,60	80,57	24,73	30,27	12,05	18,22	+ 4,00	15,50	11,47	+ 4,03	1950	[3]
158,60	86,90	27,12	31,86	13,20	18,66	+ 4,00	21,03	12,31	+ 8,72	1951	
172,70	94,92	29,74	34,63	14,13	20,50	+ 5,00	23,73	15,32	+ 8,41	1952	
186,90	105,33	29,82	40,53	15,55	24,98	+ 1,90	27,55	18,23	+ 9,32	1953	
200,80	111,78	30,60	45,63	18,38	27,25	+ 2,70	34,15	24,06	+10,09	1954	
224,90	123,36	32,00	55,12	22,98	32,14	+ 4,70	39,87	30,15	+ 9,72	1955	
241,30	134,25	32,18	59,87	24,21	35,66	+ 3,10	45,95	34,05	+11,90	1956	
255,00	142,64	33,73	59,81	23,66	36,15	+ 4,80	53,30	39,28	+14,02	1957	
264,50	149,87	36,53	62,31	25,12	37,19	+ 3,60	55,88	43,69	+12,19	1958	
283,80	158,41	39,81	69,65	28,13	41,52	+ 3,80	62,93	50,80	+12,13	1959	
309,40	171,14	42,20	76,76	33,07	43,69	+ 8,00	71,14	59,84	+11,30	1960	
328,40	183,15	45,26	80,87	34,72	46,15	+ 8,80	64,11	53,79	+10,32	1960	
346,20	194,70	48,12	88,88	39,64	49,24	+ 6,70	65,97	58,17	+ 7,80	1961	
360,10	205,20	53,47	93,77	41,89	51,88	+ 4,00	68,37	64,71	+ 3,66	1962	
372,50	212,53	57,19	96,04	42,74	53,30	+ 2,10	74,00	69,36	+ 4,64	1963	
397,30	223,51	56,79	107,36	46,45	60,91	+ 5,10	81,82	77,28	+ 4,54	1964	
419,50	238,50	59,53	112,33	49,44	62,89	+ 9,50	87,93	88,29	− 0,36	1965	
431,70	247,39	60,80	113,36	49,01	64,35	+ 3,40	97,36	90,61	+ 6,75	1966	
430,80	249,55	62,71	103,84	44,60	59,24	− 1,20	105,25	89,35	+15,90	1967	
462,30	258,98	62,68	112,10	49,30	52,80	+11,60	119,40	102,46	+16,94	1968	
500,40	279,00	65,76	125,70	60,45	65,25	+15,30	134,45	119,81	+14,64	1969	
529,40	298,45	68,95	140,12	70,53	69,59	+14,20	146,51	138,83	+ 7,68	1970	
545,20	315,14	73,98	146,47	73,91	72,56	+ 4,80	157,02	152,21	+ 4,81	1971	
564,00	328,21	76,88	150,43	73,86	76,57	+ 3,80	169,30	164,62	+ 4,68	1972	[4]
593,80	337,84	79,94	152,12	75,33	76,79	+ 7,90	196,81	180,81	+16,00	1973	
219,60	121,74	29,45	49,87	21,96	27,91	+11,20	55,14	47,80	+ 7,34	1968	1. Hj.
242,70	137,24	33,23	62,23	27,34	34,89	+ 0,40	64,26	54,66	+ 9,60		2. Hj.
238,00	131,25	30,81	57,11	28,17	28,94	+12,30	63,72	57,19	+ 6,53	1969	1. Hj.
262,40	147,75	34,95	68,59	32,28	36,31	+ 3,00	70,73	62,62	+ 8,11		2. Hj.
254,80	140,07	32,21	62,89	33,30	29,59	+15,90	70,36	66,63	+ 3,73	1970	1. Hj.
274,60	158,38	36,74	77,23	37,23	40,00	− 1,70	76,15	72,20	+ 3,95		2. Hj.
265,60	149,64	35,25	69,15	36,54	32,61	+ 7,50	77,52	73,46	+ 4,06	1971	1. Hj.
279,60	165,50	38,73	77,32	37,37	39,95	− 2,70	79,50	78,75	+ 0,75		2. Hj.
273,80	156,74	36,87	71,39	36,15	35,24	+ 7,90	80,98	80,08	+ 0,90	1972	1. Hj.
290,20	171,47	40,01	79,04	37,71	41,33	− 4,10	88,32	84,54	+ 3,78		2. Hj. [4]
290,50	163,87	37,96	73,62	37,43	36,19	+ 9,50	95,59	90,04	+ 5,55	1973	1. Hj.
303,30	173,97	41,98	78,50	37,90	40,60	− 1,60	101,22	90,77	+10,45		2. Hj.
294,40	162,07	39,49	68,31	34,06	34,25	+ 5,40	112,45	93,32	+19,13	1974	1. Hj.

[3] Ohne Saarland und Berlin.
[4] Vorläufige Ergebnisse.

n o c h Tabelle 20*

Verwendung des

b) Anteil

Zeitraum	Privater Verbrauch	Staatsverbrauch	Anlageinvestitionen insgesamt	Anlageinvestitionen Ausrüstungen	Anlageinvestitionen Bauten	Vorratsveränderung	Ausfuhr [1]	Einfuhr [1]	Außenbeitrag [2]
	in jeweiligen Preisen								
1950	64,1	14,5	19,1	8,8	10,3	+3,7	11,4	12,8	−1,4
1951	60,9	14,7	19,1	9,1	9,9	+3,6	15,4	13,7	+1,8
1952	59,2	15,2	19,6	9,3	10,2	+3,7	15,9	13,7	+2,3
1953	60,1	14,5	20,6	9,3	11,3	+1,3	17,0	13,5	+3,5
1954	59,7	14,1	21,5	10,0	11,5	+1,6	19,2	16,1	+3,1
1955 [3]	58,5	13,3	23,5	11,1	12,4	+2,5	20,0	17,8	+2,2
1956	58,8	12,8	23,6	10,8	12,8	+1,5	21,7	18,5	+3,2
1957	58,8	12,8	22,3	10,0	12,4	+2,2	23,7	19,8	+3,9
1958	59,1	13,3	22,4	10,0	12,4	+1,5	22,8	19,1	+3,7
1959	58,0	13,4	23,6	10,2	13,4	+1,5	23,6	20,1	+3,6
1960	56,6	13,4	24,2	10,9	13,3	+2,8	24,4	21,5	+2,9
1960	57,0	13,6	24,0	10,8	13,3	+2,9	20,7	18,3	+2,4
1961	56,8	13,9	25,3	11,5	13,8	+2,0	19,6	17,6	+2,0
1962	57,0	14,8	26,0	11,6	14,4	+1,1	19,0	18,0	+1,0
1963	56,8	15,5	25,8	11,2	14,6	+0,5	19,4	18,1	+1,3
1964	55,8	14,8	27,0	11,2	15,7	+1,2	19,7	18,5	+1,2
1965	56,2	15,2	26,6	11,3	15,3	+2,2	19,7	19,9	−0,1
1966	56,6	15,6	25,7	10,7	15,0	+0,7	20,8	19,5	+1,3
1967	57,6	16,4	23,1	9,7	13,4	−0,3	22,2	19,0	+3,2
1968	55,9	15,6	23,1	9,8	13,3	+2,1	22,9	19,7	+3,3
1969	55,0	15,7	24,2	11,1	13,1	+2,6	23,4	21,0	+2,4
1970	53,8	15,9	26,4	12,1	14,3	+2,2	23,1	21,5	+1,6
1971	53,9	17,1	26,7	12,0	14,7	+0,7	22,9	21,3	+1,6
1972 [4]	54,0	17,6	26,0	11,1	15,0	+0,5	22,8	20,9	+1,8
1973	53,4	18,1	24,7	10,4	14,4	+1,0	24,3	21,6	+2,7
1968 1. Hj.	55,7	15,3	21,7	9,2	12,5	+4,4	22,6	19,6	+3,0
2. Hj.	56,0	15,9	24,4	10,3	14,1	+0,1	23,3	19,7	+3,5
1969 1. Hj.	55,1	15,3	22,9	10,8	12,1	+4,5	23,6	21,4	+2,2
2. Hj.	55,0	16,1	25,3	11,3	14,0	+1,0	23,3	20,6	+2,7
1970 1. Hj.	53,3	15,4	24,5	11,9	12,6	+5,3	23,3	21,9	+1,4
2. Hj.	54,3	16,4	28,1	12,3	15,8	−0,5	23,0	21,2	+1,8
1971 1. Hj.	53,2	16,6	25,9	12,3	13,6	+2,4	23,5	21,6	+1,9
2. Hj.	54,5	17,6	27,3	11,7	15,7	−0,8	22,3	20,9	+1,4
1972 1. Hj.	53,4	17,1	25,5	11,3	14,3	+2,3	22,7	21,0	+1,6
2. Hj. [4]	54,6	18,0	26,5	10,9	15,6	−1,1	22,9	20,9	+2,0
1973 1. Hj.	53,1	17,2	24,5	10,5	13,9	+2,6	24,1	21,5	+2,6
2. Hj.	53,7	19,0	25,0	10,2	14,8	−0,4	24,5	21,7	+2,8
1974 1. Hj.	52,9	18,6	22,7	9,5	13,2	+1,5	29,8	25,5	+4,3

[1] Waren- und Dienstleistungsverkehr mit der übrigen Welt.
[2] Ausfuhr ./. Einfuhr.

noch Tabelle 20*

Sozialprodukts

in vH

Privater Verbrauch	Staatsverbrauch	Anlageinvestitionen insgesamt	Anlageinvestitionen Ausrüstungen	Anlageinvestitionen Bauten	Vorratsveränderung	Ausfuhr [1]	Einfuhr [1]	Außenbeitrag [2]	Zeitraum
			in Preisen von 1962						
56,1	17,2	21,1	8,4	12,7	+2,8	10,8	8,0	+2,8	1950
54,8	17,1	20,1	8,3	11,8	+2,5	13,3	7,8	+5,5	1951
55,0	17,2	20,1	8,2	11,9	+2,9	13,7	8,9	+4,9	1952
56,4	16,0	21,7	8,3	13,4	+1,0	14,7	9,7	+5,0	1953
55,7	15,2	22,7	9,2	13,6	+1,3	17,0	12,0	+5,0	1954
54,9	14,2	24,5	10,2	14,3	+2,1	17,7	13,4	+4,3	1955 [3]
55,6	13,3	24,8	10,0	14,8	+1,3	19,0	14,1	+4,9	1956
55,9	13,2	23,5	9,3	14,2	+1,9	20,9	15,4	+5,5	1957
56,7	13,8	23,6	9,5	14,1	+1,4	21,1	16,5	+4,6	1958
55,8	14,0	24,5	9,9	14,6	+1,3	22,2	17,9	+4,3	1959
55,3	13,6	24,8	10,7	14,1	+2,6	23,0	19,3	+3,7	1960
55,8	13,8	24,6	10,6	14,1	+2,7	19,5	16,4	+3,1	1960
56,2	13,9	25,7	11,5	14,2	+1,9	19,1	16,8	+2,3	1961
57,0	14,8	26,0	11,6	14,4	+1,1	19,0	18,0	+1,0	1962
57,1	15,4	25,8	11,5	14,3	+0,6	19,9	18,6	+1,2	1963
56,3	14,3	27,0	11,7	15,3	+1,3	20,6	19,5	+1,1	1964
56,9	14,2	26,8	11,8	15,0	+2,3	21,0	21,0	−0,1	1965
57,3	14,1	26,3	11,4	14,9	+0,8	22,6	21,0	+1,6	1966
57,9	14,6	24,1	10,4	13,8	−0,3	24,4	20,7	+3,7	1967
56,0	13,6	24,2	10,7	13,6	+2,5	25,8	22,2	+3,7	1968
55,8	13,1	25,1	12,1	13,0	+3,1	26,9	23,9	+2,9	1969
56,4	13,0	26,5	13,3	13,1	+2,7	27,7	26,2	+1,5	1970
57,8	13,6	26,9	13,6	13,3	+0,9	28,8	27,9	+0,9	1971
58,2	13,6	26,7	13,1	13,6	+0,7	30,0	29,2	+0,8	1972 [4]
56,9	13,5	25,6	12,7	12,9	+1,3	33,1	30,4	+2,7	1973
55,4	13,4	22,7	10,0	12,7	+5,1	25,1	21,8	+3,3	1968 1. Hj.
56,5	13,7	25,6	11,3	14,4	+0,2	26,5	22,5	+4,0	2. Hj.
55,1	12,9	24,0	11,8	12,2	+5,2	26,8	24,0	+2,7	1969 1. Hj.
56,3	13,3	26,1	12,3	13,8	+1,1	27,0	23,9	+3,1	2. Hj.
55,0	12,6	24,7	13,1	11,6	+6,2	27,6	26,1	+1,5	1970 1. Hj.
57,7	13,4	28,1	13,6	14,6	−0,6	27,7	26,3	+1,4	2. Hj.
56,3	13,3	26,0	13,8	12,3	+2,8	29,2	27,7	+1,5	1971 1. Hj.
59,2	13,9	27,7	13,4	14,3	−1,0	28,4	28,2	+0,3	2. Hj.
57,2	13,5	26,1	13,2	12,9	+2,9	29,6	29,2	+0,3	1972 1. Hj.
59,1	13,8	27,2	13,0	14,2	−1,4	30,4	29,1	+1,3	2. Hj. [4]
56,4	13,1	25,3	12,9	12,5	+3,3	32,9	31,0	+1,9	1973 1. Hj.
57,4	13,8	25,9	12,5	13,4	−0,5	33,4	29,9	+3,4	2. Hj.
55,1	13,4	23,2	11,6	11,6	+1,8	38,2	31,7	+6,5	1974 1. Hj.

[3] Ohne Saarland und Berlin.
[4] Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 21*

Investitionen

Mrd DM

Jahr	Insgesamt	Ausrüstungsinvestitionen			Bauinvestitionen				Vorratsveränderung
		zusammen	Unternehmen	Staat	zusammen	Unternehmen [1]	Staat	Wohnbauten	
1950 [2]	22,34	8,63	8,26	0,37	10,11	3,47	1,67	4,97	+ 3,60
1951 [2]	27,20	10,97	10,47	0,50	11,93	3,89	1,88	6,16	+ 4,30
1952 [2]	31,93	12,79	12,23	0,56	14,04	4,70	2,00	7,34	+ 5,10
1953 [2]	32,34	13,78	13,17	0,61	16,66	5,51	2,49	8,66	+ 1,90
1954 [2]	36,69	15,88	15,25	0,63	18,21	5,87	3,02	9,32	+ 2,60
1955 [2]	47,23	20,06	19,35	0,71	22,57	7,47	4,11	10,99	+ 4,60
1956 [2]	50,38	21,67	20,89	0,78	25,71	8,92	4,77	12,02	+ 3,00
1957 [2]	53,57	21,77	20,90	0,87	27,00	9,40	4,96	12,64	+ 4,80
1958 [2]	55,98	23,44	22,51	0,93	28,94	9,87	5,18	13,89	+ 3,60
1959 [2]	63,77	26,02	24,94	1,08	34,05	11,50	6,79	15,76	+ 3,70
1960 [2]	76,86	30,99	29,87	1,12	37,97	13,80	7,92	16,25	+ 7,90
1960	81,36	32,54	31,37	1,17	40,12	14,56	8,32	17,24	+ 8,70
1961	90,65	38,30	36,97	1,33	45,75	16,41	9,90	19,44	+ 6,60
1962	97,77	41,89	40,34	1,55	51,88	17,63	12,47	21,78	+ 4,00
1963	101,16	43,06	41,29	1,77	56,00	18,40	14,49	23,11	+ 2,10
1964	118,69	47,25	45,28	1,97	66,24	21,59	17,54	27,11	+ 5,20
1965	132,24	52,00	49,79	2,21	70,24	22,97	17,98	29,29	+10,00
1966	129,91	52,62	50,40	2,22	73,69	24,03	18,80	30,86	+ 3,60
1967	113,13	48,02	45,88	2,14	66,41	21,23	16,29	28,89	− 1,30
1968	136,28	52,87	50,82	2,05	71,91	23,33	18,55	30,03	+11,50
1969	162,20	66,90	64,57	2,33	79,30	26,84	21,05	31,41	+16,00
1970	196,38	82,90	79,94	2,96	98,18	34,49	26,55	37,14	+15,30
1971 [3]	208,54	91,12	87,53	3,59	112,02	39,55	27,79	44,68	+ 5,40
1972 [3]	221,81	92,49	88,84	3,65	124,92	42,93	27,35	54,64	+ 4,40
1973 [3]	239,60	96,45	92,52	3,93	133,55	45,40	28,44	59,71	+ 9,60

[1] Ohne Wohnbauten.
[2] Ohne Saarland und Berlin.
[3] Vorläufige Ergebnisse.

noch Tabelle 21*

Investitionen

Anteil in vH

Insgesamt	Ausrüstungsinvestitionen			Bauinvestitionen				Vorratsveränderung	Jahr	
	zusammen	Unternehmen	Staat	zusammen	Unternehmen [1]	Staat	Wohnbauten			
100	*38,6*	*37,0*	*1,7*	*45,3*	*15,5*	*7,5*	*22,2*	*+16,1*	1950	[2]
100	*40,3*	*38,5*	*1,8*	*43,9*	*14,3*	*6,9*	*22,6*	*+15,8*	1951	
100	*40,1*	*38,3*	*1,8*	*44,0*	*14,7*	*6,3*	*23,0*	*+16,0*	1952	
100	*42,6*	*40,7*	*1,9*	*51,5*	*17,0*	*7,7*	*26,8*	*+ 5,9*	1953	
100	*43,3*	*41,6*	*1,7*	*49,6*	*16,0*	*8,2*	*25,4*	*+ 7,1*	1954	
100	*42,5*	*41,0*	*1,5*	*47,8*	*15,8*	*8,7*	*23,3*	*+ 9,7*	1955	
100	*43,0*	*41,5*	*1,5*	*51,0*	*17,7*	*9,5*	*23,9*	*+ 6,0*	1956	
100	*40,6*	*39,0*	*1,6*	*50,4*	*17,5*	*9,3*	*23,6*	*+ 9,0*	1957	
100	*41,9*	*40,2*	*1,7*	*51,7*	*17,6*	*9,3*	*24,8*	*+ 6,4*	1958	
100	*40,8*	*39,1*	*1,7*	*53,4*	*18,0*	*10,6*	*24,7*	*+ 5,8*	1959	
100	*40,3*	*38,9*	*1,5*	*49,4*	*18,0*	*10,3*	*21,1*	*+10,3*	1960	
100	*40,0*	*38,6*	*1,4*	*49,3*	*17,9*	*10,2*	*21,2*	*+10,7*	1960	
100	*42,3*	*40,8*	*1,5*	*50,5*	*18,1*	*10,9*	*21,4*	*+ 7,3*	1961	
100	*42,8*	*41,3*	*1,6*	*53,1*	*18,0*	*12,8*	*22,3*	*+ 4,1*	1962	
100	*42,6*	*40,8*	*1,7*	*55,4*	*18,2*	*14,3*	*22,8*	*+ 2,1*	1963	
100	*39,8*	*38,1*	*1,7*	*55,8*	*18,2*	*14,8*	*22,8*	*+ 4,4*	1964	
100	*39,3*	*37,7*	*1,7*	*53,1*	*17,4*	*13,6*	*22,1*	*+ 7,6*	1965	
100	*40,5*	*38,8*	*1,7*	*56,7*	*18,5*	*14,5*	*23,8*	*+ 2,8*	1966	
100	*42,4*	*40,6*	*1,9*	*58,7*	*18,8*	*14,4*	*25,5*	*− 1,1*	1967	
100	*38,8*	*37,3*	*1,5*	*52,8*	*17,1*	*13,6*	*22,0*	*+ 8,4*	1968	
100	*41,2*	*39,8*	*1,4*	*48,9*	*16,5*	*13,0*	*19,4*	*+ 9,9*	1969	
100	*42,2*	*40,7*	*1,5*	*50,0*	*17,6*	*13,5*	*18,9*	*+ 7,8*	1970	
100	*43,7*	*42,0*	*1,7*	*53,7*	*19,0*	*13,3*	*21,4*	*+ 2,6*	1971	
100	*41,7*	*40,1*	*1,6*	*56,3*	*19,4*	*12,3*	*24,6*	*+ 2,0*	1972	[3]
100	*40,3*	*38,6*	*1,6*	*55,7*	*18,9*	*11,9*	*24,9*	*+ 4,0*	1973	

[1] Ohne Wohnbauten.
[2] Ohne Saarland und Berlin.
[3] Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 22*

Einkommen und Ersparnis

Mrd

Jahr	Erwerbs- und Vermögenseinkommen			Empfangene laufende Übertragungen [3]	Gesamtes Einkommen (brutto)	Geleistete laufende Übertragungen [4]	Verfügbares Einkommen
	insgesamt	Einkommen aus					
		unselbständiger Arbeit [2]	Unternehmertätigkeit und Vermögen				
1950	71,48	44,97	26,51	12,19	83,67	14,00	69,67
1951	86,88	54,53	32,35	13,57	100,45	17,22	83,23
1952	96,73	60,80	35,93	15,96	112,69	20,74	91,95
1953	104,11	67,14	36,97	17,70	121,81	23,31	98,50
1954	112,48	73,37	39,11	18,70	131,18	24,57	106,61
1955 [6]	128,78	83,67	45,11	20,95	149,73	27,29	122,44
1956	143,51	93,79	49,72	23,34	166,85	30,54	136,31
1957	156,77	102,87	53,90	28,44	185,21	34,27	150,94
1958	168,47	111,63	56,84	32,05	200,52	37,66	162,86
1959	182,33	119,56	62,77	33,08	215,41	41,66	173,75
1960	203,92	134,16	69,76	34,49	238,41	48,45	189,96
1960	216,29	142,83	73,46	40,63	256,92	54,17	202,75
1961	237,94	160,51	77,43	44,43	282,37	62,48	219,89
1962	257,54	177,48	80,06	48,89	306,43	70,36	236,07
1963	275,82	190,44	85,38	52,29	328,11	76,70	251,41
1964	302,36	208,42	93,94	57,73	360,09	83,93	276,16
1965	333,86	229,99	103,87	64,59	398,45	90,75	307,70
1966	356,22	247,56	108,66	70,77	426,99	101,42	325,57
1967	356,43	247,90	108,53	78,02	434,45	103,48	330,97
1968	391,22	266,31	124,91	82,34	473,56	113,83	359,73
1969	433,22	300,14	133,08	89,14	522,36	131,63	390,73
1970	504,63	353,19	151,44	97,49	602,12	159,74	442,38
1971	563,19	400,22	162,97	109,16	672,35	188,02	484,33
1972 [7]	618,91	439,15	179,76	124,27	743,18	210,16	533,02
1973	694,89	498,53	196,36	138,71	833,60	255,38	578,22

[1] Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter.
[2] Bruttolöhne und -gehälter und Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung (einschließlich der Zusatzversicherung im öffentlichen Dienst und der fiktiven Pensionsfonds für Beamte) sowie zusätzliche Sozialaufwendungen der Arbeitgeber.
[3] Leistungen der Sozialversicherung, öffentliche Pensionen, Leistungen der Gebietskörperschaften, laufende Übertragungen von Versicherungsunternehmen und der übrigen Welt.

Tabelle 22*

der privaten Haushalte [1])

DM

Privater Verbrauch	Ersparnis	Nichtentnommene Gewinne der Einzelunternehmen u. ä.	Ersparnis ohne nichtentnommene Gewinne [5])	Empfangene Vermögensübertragungen	Geleistete Vermögensübertragungen	Finanzierungssaldo [5])	Jahr	
62,88	6,79	4,71	2,08	0,01	0,09	2,00	1950	
73,08	10,15	7,79	2,36	0,02	0,18	2,20	1951	
81,17	10,78	6,28	4,50	0,06	0,26	4,30	1952	
88,74	9,76	4,05	5,71	0,68	0,39	6,00	1953	
94,63	11,98	4,97	7,01	1,34	0,55	7,80	1954	
106,09	16,35	9,13	7,22	0,55	0,77	7,00	1955	[6])
117,96	18,35	11,04	7,31	0,47	1,18	6,60	1956	
128,53	22,41	10,98	11,43	0,45	1,58	10,30	1957	
138,40	24,46	11,30	13,16	0,98	1,94	12,20	1958	
147,74	26,01	11,35	14,66	1,22	2,38	13,50	1959	
161,18	28,78	13,07	15,71	1,92	2,83	14,80	1960	
172,43	30,32	14,21	16,11	2,08	2,91	16,28	1960	
189,02	30,87	12,71	18,16	2,48	3,59	17,05	1961	
205,20	30,87	11,00	19,87	2,50	4,33	18,04	1962	
218,20	33,21	9,33	23,88	2,56	4,74	21,70	1963	
234,95	41,21	11,91	29,30	3,10	5,62	26,79	1964	
258,67	49,03	13,27	35,76	3,44	6,27	32,93	1965	
277,85	47,72	12,68	35,04	3,00	6,94	31,10	1966	
285,31	45,66	10,35	35,31	3,58	8,29	30,60	1967	
301,77	57,96	16,87	41,09	3,75	9,35	35,49	1968	
333,09	57,64	9,90	47,74	4,36	10,07	42,03	1969	
369,01	73,37	15,52	57,85	4,70	11,70	50,85	1970	
410,51	73,82	10,37	63,45	6,97	13,84	56,58	1971	
450,92	82,10	6,36	75,74	7,70	17,97	65,47	1972	[7])
496,75	81,47	3,57	77,90	8,33	19,01	67,22	1973	

[4]) Direkte Steuern, Sozialversicherungsbeiträge, Rückerstattungsbeträge u. ä., laufende Übertragungen an Versicherungsunternehmen und die übrige Welt; einschließlich Zinsen auf Konsumentenschulden.

[5]) Wegen Revision der Finanzierungsrechnung der Deutschen Bundesbank sind die Angaben ab 1970 mit denen der vorangegangenen Jahre nicht voll vergleichbar.

[6]) Ohne Saarland und Berlin.

[7]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 23*

Käufe der inländischen privaten

nach Verwen

Jahr	Insgesamt		Nahrungs- und Genußmittel [2])		Kleidung, Schuhe		Wohnungsmieten u. ä. [3])		Elektrizität, Gas, Brennstoffe	
	Mrd DM	vH	Mrd DM	vH	Mrd DM	vH	Mrd DM	vH	Mrd DM	vH
										in jeweiligen
1960	170,18	*100*	64,94	*38,2*	21,84	*12,8*	12,22	*7,2*	5,62	*3,3*
1961	186,44	*100*	69,52	*37,3*	23,88	*12,8*	14,48	*7,8*	6,03	*3,2*
1962	202,38	*100*	73,53	*36,3*	26,00	*12,8*	15,74	*7,8*	7,28	*3,6*
1963	215,24	*100*	76,38	*35,5*	27,08	*12,6*	17,69	*8,2*	8,64	*4,0*
1964	231,97	*100*	80,95	*34,9*	28,97	*12,5*	20,02	*8,6*	8,39	*3,6*
1965	255,51	*100*	86,92	*34,0*	32,28	*12,6*	22,56	*8,8*	9,05	*3,5*
1966	274,46	*100*	91,54	*33,4*	33,94	*12,4*	26,11	*9,5*	9,51	*3,5*
1967	281,84	*100*	92,37	*32,8*	33,86	*12,0*	29,47	*10,5*	10,19	*3,6*
1968	298,00	*100*	94,73	*31,8*	35,15	*11,8*	33,24	*11,2*	11,30	*3,8*
1969	328,59	*100*	101,22	*30,8*	38,24	*11,6*	37,98	*11,6*	12,30	*3,7*
1970	363,84	*100*	109,08	*30,0*	41,55	*11,4*	40,97	*11,3*	13,86	*3,8*
1971	404,50	*100*	118,10	*29,2*	46,95	*11,6*	44,87	*11,1*	15,37	*3,8*
1972 [5])	444,86	*100*	128,48	*28,9*	51,67	*11,6*	49,28	*11,1*	17,31	*3,9*
1973	490,22	*100*	141,54	*28,9*	54,65	*11,2*	54,87	*11,2*	21,75	*4,4*
										in Preisen
1960	180,58	*100*	67,85	*37,6*	22,83	*12,6*	14,00	*7,8*	5,88	*3,3*
1961	192,01	*100*	71,55	*37,3*	24,47	*12,7*	14,88	*7,7*	6,25	*3,3*
1962	202,38	*100*	73,53	*36,3*	26,00	*12,8*	15,74	*7,8*	7,28	*3,6*
1963	209,76	*100*	74,55	*35,5*	26,54	*12,7*	16,63	*7,9*	8,46	*4,0*
1964	220,89	*100*	77,13	*34,9*	28,00	*12,7*	17,67	*8,0*	8,32	*3,8*
1965	235,97	*100*	79,84	*33,8*	30,49	*12,9*	18,77	*8,0*	8,89	*3,8*
1966	244,87	*100*	81,66	*33,3*	31,28	*12,8*	19,91	*8,1*	9,25	*3,8*
1967	247,08	*100*	82,39	*33,3*	30,96	*12,5*	21,13	*8,6*	9,51	*3,8*
1968	256,43	*100*	84,12	*32,8*	32,16	*12,5*	22,32	*8,7*	10,26	*4,0*
1969	276,28	*100*	87,86	*31,8*	34,60	*12,5*	23,46	*8,5*	11,21	*4,1*
1970	295,67	*100*	91,95	*31,1*	36,26	*12,3*	24,44	*8,3*	11,97	*4,0*
1971	312,25	*100*	95,76	*30,7*	38,82	*12,4*	25,35	*8,1*	12,81	*4,1*
1972 [5])	325,49	*100*	98,23	*30,2*	40,49	*12,4*	26,43	*8,1*	14,11	*4,4*
1973	335,18	*100*	101,02	*30,1*	40,13	*12,0*	27,73	*8,3*	15,74	*4,7*

[1]) Hauptgruppen des Systematischen Güterverzeichnisses für den Privaten Verbrauch (1963).
[2]) Einschließlich Verzehr in Gaststätten.
[3]) Einschließlich Mietwert der Eigentümerwohnungen.

Tabelle 23*

Haushalte für den Privaten Verbrauch

dungszwecken [1])

Übrige Haushaltsführung		Verkehr, Nachrichtenübermittlung		Körper- und Gesundheitspflege		Bildung und Unterhaltung		Persönliche Ausstattung u. ä. [4])		Jahr
Mrd DM	vH	Mrd DM	vH	Mrd DM	vH	Mrd DM	vH	Mrd DM	vH	
Preisen										
23,75	14,0	15,05	8,8	6,84	4,0	11,93	7,0	7,99	4,7	1960
25,85	13,9	17,11	9,2	7,44	4,0	12,99	7,0	9,14	4,9	1961
28,01	13,8	19,62	9,7	8,00	4,0	13,93	6,9	10,27	5,1	1962
29,21	13,6	21,82	10,1	8,59	4,0	14,69	6,8	11,14	5,2	1963
31,85	13,7	24,16	10,4	9,49	4,1	15,93	6,9	12,21	5,3	1964
34,93	13,7	27,59	10,8	10,52	4,1	17,63	6,9	14,03	5,5	1965
37,32	13,6	30,41	11,1	11,38	4,1	18,74	6,8	15,51	5,7	1966
37,49	13,3	30,68	10,9	11,97	4,2	19,62	7,0	16,19	5,7	1967
38,56	12,9	33,78	11,3	12,82	4,3	20,82	7,0	17,60	5,9	1968
42,95	13,1	38,83	11,8	13,88	4,2	23,00	7,0	20,19	6,1	1969
49,08	13,5	45,29	12,4	15,21	4,2	26,20	7,2	22,60	6,2	1970
55,54	13,7	50,37	12,5	17,37	4,3	29,22	7,2	26,71	6,6	1971
61,77	13,9	54,38	12,2	18,96	4,3	32,73	7,3	30,28	6,8	1972 [5])
66,81	13,6	59,93	12,2	21,03	4,3	35,14	7,2	34,50	7,0	1973
von 1962										
25,71	14,2	15,46	8,6	7,26	4,0	12,80	7,1	8,79	4,9	1960
26,91	14,0	17,31	9,0	7,69	4,0	13,38	7,0	9,57	5,0	1961
28,01	13,8	19,62	9,7	8,00	4,0	13,93	6,9	10,27	5,1	1962
28,74	13,7	21,29	10,1	8,36	4,0	14,43	6,9	10,76	5,1	1963
30,86	14,0	23,24	10,5	8,96	4,1	15,26	6,9	11,45	5,2	1964
33,12	14,0	26,42	11,2	9,47	4,0	16,37	6,9	12,60	5,3	1965
34,53	14,1	28,13	11,5	9,65	3,9	17,04	7,0	13,42	5,5	1966
34,62	14,0	27,41	11,1	9,93	4,0	17,46	7,1	13,67	5,5	1967
35,41	13,8	29,32	11,4	10,26	4,0	18,25	7,1	14,33	5,6	1968
38,78	14,0	33,85	12,3	10,68	3,9	19,97	7,2	15,87	5,7	1969
42,58	14,4	38,31	13,0	11,19	3,8	21,68	7,3	17,29	5,8	1970
45,73	14,7	40,19	12,9	11,93	3,8	23,12	7,4	18,54	5,9	1971
48,44	14,9	40,98	12,6	12,17	3,7	24,97	7,7	19,67	6,0	1972 [5])
49,77	14,8	41,75	12,5	12,62	3,8	25,64	7,6	20,78	6,2	1973

[4]) Einschließlich Dienstleistungen der Kreditinstitute, der Versicherungsunternehmen, des Beherbergungsgewerbes u. ä.
[5]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 24*

Wirtschaftliche Beziehungen des Staates zu den anderen

Mrd

Jahr	Einnahmen				
	insgesamt	Steuern u. ä. Übertragungen [2]	Erwerbs- und Vermögenseinkommen [3]	Gebühren u. ä., Verkäufe von Land und gebrauchten Anlagen	Veränderung der Verbindlichkeiten [4]
					Staat insgesamt (einschließ
1962	141,94	128,45	5,57	5,12	2,80
1963	154,34	136,41	5,92	5,32	6,69
1964	166,71	148,52	6,32	5,94	5,93
1965	180,20	159,10	6,51	6,42	8,17
1966	193,11	171,74	7,06	7,16	7,15
1967	205,84	175,89	7,42	7,59	14,94
1968	218,38	189,73	8,07	8,16	12,42
1969	244,11	223,57	9,08	8,95	2,51
1970	276,60	248,76	9,91	9,65	8,28
1971	318,25	283,00	11,27	11,04	12,94
1972 [8]	354,09	315,32	10,85	12,74	15,18
1973	414,31	371,66	12,83	13,96	15,86
					Gebietskör
1962	101,62	89,66	3,81	5,08	3,07
1963	110,99	94,63	3,91	5,28	7,17
1964	120,55	103,72	4,03	5,90	6,90
1965	130,01	109,83	4,12	6,38	9,68
1966	137,07	117,26	4,34	7,13	8,34
1967	148,84	119,98	4,62	7,57	16,67
1968	153,41	128,19	5,36	8,12	11,74
1969	169,59	152,46	6,22	8,88	2,03
1970	189,62	164,71	6,53	9,58	8,80
1971	219,56	186,40	7,30	10,99	14,87
1972 [8]	241,03	204,30	6,43	12,68	17,62
1973	282,04	240,63	6,99	13,86	20,56
					Sozialver
1962	40,31	38,79	1,76	0,04	−0,28
1963	43,35	41,78	2,01	0,04	−0,48
1964	46,17	44,80	2,29	0,04	−0,96
1965	50,19	49,27	2,39	0,04	−1,51
1966	56,04	54,48	2,72	0,03	−1,19
1967	57,01	55,91	2,80	0,02	−1,72
1968	64,97	61,54	2,71	0,04	+0,68
1969	74,52	71,11	2,86	0,07	+0,48
1970	86,98	84,05	3,38	0,07	−0,52
1971	98,70	96,60	3,97	0,05	−1,92
1972 [8]	113,06	111,02	4,42	0,06	−2,44
1973	132,27	131,03	5,84	0,10	−4,70

[1] Dargestellt nach den Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Die Vorgänge zwischen den einzelnen Gruppen von Gebietskörperschaften des Staatssektors sind im Prinzip ausgeschlossen. Ausführliche Erläuterungen siehe Statistisches Bundesamt, Fachserie N, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1 1973, S. 58.

[2] Unterstellte Einzahlungen in „Pensionsfonds" für Beamte sind als Einnahmen der Sozialversicherung dargestellt.

[3] Einkommen aus öffentlichen Unternehmen und Vermögen.

Tabelle 24*

Sektoren der Volkswirtschaft und zur übrigen Welt [1])

DM

Ausgaben							Jahr
insgesamt	Käufe für den laufenden Bedarf	Investitionen [5])	Löhne, Gehälter u. ä. [6])	Zinsen auf öffentliche Schulden	Renten u. ä., Übertragungen, Subventionen [7])	Veränderung der Forderungen [4])	
lich Sozialversicherung)							
141,94	31,24	14,18	25,73	1,99	60,12	8,68	1962
154,34	34,56	16,39	28,54	2,19	61,66	11,00	1963
166,71	34,99	19,71	31,14	2,39	67,78	10,70	1964
180,20	38,64	20,44	35,46	2,70	76,59	6,37	1965
193,11	41,35	21,33	39,59	3,35	80,87	6,62	1966
205,84	43,91	18,76	42,02	4,32	88,24	8,59	1967
218,38	44,55	20,98	44,83	4,45	95,74	7,83	1968
244,11	49,69	23,84	50,89	5,02	105,16	9,51	1969
276,60	55,20	30,05	59,28	5,75	114,75	11,57	1970
318,25	66,22	31,97	70,53	6,52	128,54	14,47	1971
354,09	74,05	31,70	79,51	7,60	147,24	13,99	1972 [8])
414,31	84,55	33,15	91,74	8,90	166,14	29,83	1973
perschaften							
92,33	23,24	14,00	24,23	1,99	23,35	5,52	1962
101,06	25,79	16,21	26,91	2,19	21,73	8,23	1963
109,63	25,39	19,54	29,38	2,39	25,18	7,75	1964
118,35	27,50	20,28	33,51	2,70	30,36	4,00	1965
124,52	28,15	21,12	37,42	3,35	30,10	4,38	1966
135,12	29,74	18,52	39,71	4,32	31,49	11,34	1967
139,79	28,92	20,81	42,42	4,45	35,40	7,79	1968
155,65	32,06	23,65	48,17	5,02	38,95	7,80	1969
175,84	35,19	29,88	56,03	5,75	43,68	5,31	1970
205,25	41,74	31,75	66,82	6,52	49,30	9,12	1971
224,52	45,23	31,43	75,38	7,60	57,32	7,56	1972 [8])
264,46	50,79	32,81	87,04	8,90	64,13	20,79	1973
sicherung							
49,60	8,00	0,18	1,50	—	36,77	+3,15	1962
53,28	8,77	0,18	1,63	—	39,93	+2,77	1963
57,09	9,60	0,17	1,76	—	42,60	+2,96	1964
61,85	11,14	0,16	1,95	—	46,23	+2,37	1965
68,59	13,20	0,21	2,17	—	50,77	+2,24	1966
70,73	14,17	0,24	2,31	—	56,75	−2,74	1967
78,59	15,63	0,17	2,41	—	60,34	+0,04	1968
88,46	17,63	0,19	2,72	—	66,21	+1,71	1969
100,76	20,01	0,17	3,25	—	71,07	+6,26	1970
113,01	24,48	0,22	3,71	—	79,24	+5,36	1971
129,57	28,82	0,27	4,13	—	89,92	+6,43	1972 [8])
149,85	33,76	0,34	4,70	—	102,01	+9,04	1973

[4]) Quelle: Deutsche Bundesbank.
[5]) Käufe für Anlageinvestitionen sowie Käufe von Land.
[6]) Löhne und Gehälter sowie Arbeitgeberbeiträge zu öffentlichen Einrichtungen der sozialen Sicherung.
[7]) Die Versorgungsleistungen für Beamte sind als Ausgaben der Sozialversicherung dargestellt.
[8]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 25*

Vermögensbildung, Sachvermögensbildung und Finanzierungssalden

Mrd DM

Zeitraum	Inländische nichtfinanzielle Sektoren							Übrige Welt	Finanzielle Sektoren [2]	Insgesamt
	Private Haushalte	Unternehmen ohne Wohnungsvermietung	Unternehmen Wohnungsvermietung	Unternehmen zusammen [1]	Gebietskörperschaften	Sozialversicherung	zusammen [1]			
	I. Vermögensbildung [3]									
1962	18,3	19,8	+4,0	23,8	14,8	+ 3,6	60,5	+ 1,6	2,1	64,3
1963	21,5	16,5	+4,3	20,8	15,5	+ 3,5	61,3	+ 0,0	2,6	64,0
1964	26,8	20,3	+5,0	25,3	18,3	+ 4,0	74,5	+ 0,4	2,6	77,5
1965	32,9	21,2	+5,6	26,9	12,3	+ 4,0	76,1	+ 7,3	2,6	86,0
1966	31,1	19,3	+7,1	26,4	14,3	+ 3,8	75,6	+ 0,0	3,6	79,2
1967	30,6	18,0	+7,4	25,3	10,4	− 0,9	65,5	− 9,7	3,5	59,3
1968	35,2	27,6	+8,1	35,7	14,4	− 0,5	84,9	−10,3	3,8	78,4
1969	42,0	25,6	+5,2	30,9	25,8	+ 1,4	100,1	− 2,0	0,2	98,3
1970	46,7	34,0	+6,5	40,5	22,6	+ 6,9	116,7	− 1,2	6,2	121,6
1971	56,6	24,5	+8,2	32,7	21,1	+ 7,7	118,1	− 1,6	6,9	123,4
1972 [4]	66,0	26,6	+6,1	32,7	15,6	+ 8,6	123,0	− 2,2	7,5	128,3
1973	66,9	29,2	+1,3	30,5	27,3	+13,3	138,1	−10,4	8,7	136,4
1973 1. Hj.	32,1	22,9	−2,5	20,4	14,2	+ 6,3	72,9	− 4,0	2,0	70,9
2. Hj. [4]	34,9	6,4	+3,8	10,2	13,1	+ 7,0	65,1	− 6,4	6,7	65,5
1974 1. Hj.	34,5	18,1	+5,5	23,6	10,3	+ 3,3	71,7	−13,7	1,5	59,5
	II. Sachvermögensbildung									
1962	—	34,1	16,8	50,9	12,4	0,2	63,4	—	0,9	64,3
1963	—	30,9	17,6	48,5	14,4	0,2	63,1	—	0,9	64,0
1964	—	37,9	21,0	58,9	17,5	0,2	76,6	—	0,9	77,5
1965	—	44,2	22,6	66,8	17,9	0,2	84,9	—	1,1	86,0
1966	—	35,7	23,6	59,3	18,4	0,2	77,9	—	1,3	79,2
1967	—	20,7	21,3	42,0	15,7	0,3	58,0	—	1,3	59,3
1968	—	36,9	21,9	58,8	17,8	0,2	76,8	—	1,6	78,4
1969	—	53,5	22,4	75,9	20,1	0,2	96,2	—	2,0	98,3
1970	—	67,3	26,2	93,5	25,6	0,2	119,4	—	2,3	121,6
1971	—	61,8	32,1	93,9	26,8	0,3	120,9	—	2,5	123,4
1972 [4]	—	58,9	40,6	99,5	25,7	0,3	125,5	—	2,8	128,3
1973	—	62,4	43,9	106,3	26,2	0,6	133,1	—	3,3	136,4
1973 1. Hj.	—	37,2	20,5	57,7	11,8	0,3	69,7	—	1,2	70,9
2. Hj. [4]	—	25,2	23,4	48,6	14,5	0,4	63,4	—	2,1	65,5
1974 1. Hj.	—	27,1	16,8	43,8	14,3	0,3	58,4	—	1,1	59,5
	III. Veränderung der Forderungen									
1962	19,3	3,6	+0,3	3,3	5,5	+ 3,4	31,2	3,8	32,6	67,6
1963	22,9	6,7	+0,7	6,6	8,2	+ 3,3	40,5	5,4	42,9	88,8
1964	28,2	7,8	+0,1	7,8	7,8	+ 3,9	46,8	6,3	42,8	95,9
1965	34,6	9,8	+0,1	9,4	4,0	+ 3,8	50,4	8,7	48,1	107,1
1966	32,0	7,1	+0,6	6,8	4,4	+ 3,6	45,4	6,0	46,2	97,5
1967	31,7	16,0	+0,2	15,9	11,3	− 1,1	56,2	1,8	61,1	119,1
1968	38,3	18,0	+0,3	18,0	8,8	− 0,7	65,1	13,4	78,4	157,0
1969	46,1	20,1	+0,3	20,1	7,8	+ 1,2	75,7	11,4	78,3	165,4
1970	50,8	24,9	+0,3	24,9	5,3	+ 6,6	87,3	33,2	101,9	222,5
1971	62,4	25,6	+0,3	25,7	9,1	+ 7,4	102,6	18,6	110,2	231,4
1972 [4]	74,2	32,9	+0,3	33,0	7,4	+ 8,4	121,1	17,3	135,1	273,5
1973	70,7	27,2	−0,1	26,9	21,5	+12,5	127,7	29,5	130,1	287,3

noch Tabelle 25*

Zeitraum	Inländische nichtfinanzielle Sektoren							Übrige Welt	Finanzielle Sektoren [2]	Insgesamt
	Private Haushalte	Unternehmen ohne Wohnungsvermietung	Unternehmen Wohnungsvermietung	Unternehmen zusammen [1]	Gebietskörperschaften	Sozialversicherung	zusammen [1]			
noch: III. Veränderung der Forderungen										
1973 1. Hj.	35,7	11,8	+ 0,1	11,8	9,6	6,0	61,5	20,0	64,2	145,7
2. Hj. [4]	35,0	15,5	− 0,2	15,2	11,9	6,6	66,3	9,5	65,8	141,6
1974 1. Hj.	34,1	12,5	+ 0,2	12,5	0,3	3,0	49,6	11,7	41,2	102,5
IV. Veränderung der Verpflichtungen										
1962	+ 1,0	17,9	13,1	30,3	3,0	—	34,1	2,2	31,4	67,6
1963	+ 1,4	21,1	14,0	34,3	7,1	—	42,3	5,4	41,2	88,8
1964	+ 1,5	25,4	16,2	41,4	6,9	—	48,9	5,9	41,1	95,9
1965	+ 1,7	32,7	17,1	49,3	9,6	—	59,2	1,3	46,6	107,1
1966	+ 0,8	23,5	17,1	39,7	8,5	—	47,8	6,0	43,8	97,5
1967	+ 1,1	18,8	14,1	32,6	16,6	—	48,7	11,5	58,9	119,1
1968	+ 3,1	27,2	14,1	41,0	12,2	—	57,0	23,8	76,2	157,0
1969	+ 4,1	47,9	17,5	65,1	2,1	− 0,1	71,8	13,5	80,2	165,4
1970	+ 4,1	58,2	20,1	78,0	8,3	− 0,0	99,0	34,4	98,0	222,5
1971	+ 5,9	63,0	24,1	86,9	14,7	+ 0,1	105,4	20,2	105,7	231,4
1972 [4]	+ 8,2	65,1	34,8	99,7	17,5	+ 0,1	123,6	19,5	130,4	273,5
1973	+ 3,8	60,4	42,5	102,7	20,4	− 0,1	122,8	39,8	124,6	287,3
1973 1. Hj.	+ 3,6	26,1	23,1	49,1	7,2	− 0,1	58,3	24,0	63,5	145,7
2. Hj. [4]	+ 0,2	34,3	19,4	53,6	13,2	− 0,1	64,6	15,8	61,2	141,6
1974 1. Hj.	− 0,4	21,5	11,4	32,8	4,3	+ 0,1	36,4	25,4	40,8	102,5
V. Finanzierungssaldo [5] (= I ⁄ II oder III ⁄ IV)										
1962	+18,3	−14,3	−12,8	−27,1	+ 2,5	+ 3,4	− 2,9	+ 1,6	+1,2	—
1963	+21,5	−14,4	−13,3	−27,7	+ 1,1	+ 3,3	− 1,8	+ 0,0	+1,7	—
1964	+26,8	−17,6	−16,1	−33,6	+ 0,9	+ 3,9	− 2,1	+ 0,4	+1,7	—
1965	+32,9	−23,0	−17,0	−39,9	− 5,6	+ 3,8	− 8,8	+ 7,3	+1,5	—
1966	+31,1	−16,4	−16,5	−32,9	− 4,1	+ 3,6	− 2,4	+ 0,0	+2,3	—
1967	+30,6	− 2,7	−14,0	−16,7	− 5,3	− 1,1	+ 7,5	− 9,7	+2,2	—
1968	+35,2	− 9,3	−13,8	−23,1	− 3,4	− 0,7	+ 8,1	−10,3	+2,2	—
1969	+42,0	−27,9	−17,2	−45,0	+ 5,7	+ 1,2	+ 3,9	− 2,0	−1,9	—
1970	+46,7	−33,3	−19,7	−53,0	− 3,0	+ 6,6	− 2,7	− 1,2	+3,9	—
1971	+56,6	−37,3	−23,8	−61,2	− 5,6	+ 7,4	− 2,9	− 1,6	+4,4	—
1972 [4]	+66,0	−32,3	−34,5	−66,7	−10,1	+ 8,3	− 2,5	− 2,2	+4,7	—
1973	+66,9	−33,2	−42,6	−75,8	+ 1,1	+12,7	+ 4,9	−10,4	+5,4	—
1973 1. Hj.	+32,1	−14,3	−23,0	−37,3	+ 2,4	+ 6,1	+ 3,2	− 4,0	+0,8	—
2. Hj. [4]	+34,9	−18,8	−19,6	−38,4	− 1,4	+ 6,6	+ 1,7	− 6,4	+4,7	—
1974 1. Hj.	+34,5	− 9,0	−11,2	−20,2	− 3,9	+ 2,9	+13,2	−13,7	+0,4	—

[1] Bei der Summenbildung wurden intersektorale Ströme nicht mitaddiert.
[2] Banken, Bausparkassen, Versicherungen.
[3] Ersparnis und Vermögensübertragungen.
[4] Vorläufige Ergebnisse.
[5] Finanzierungsüberschuß (+) oder -defizit (—). Änderung des Nettogeldvermögens (Kasse + sonstige Forderungen — Verbindlichkeiten) eines Sektors.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 26*

Kassenmäßige Steuereinnahmen

Mio DM

Zeitraum	Insgesamt	darunter						
		Lohnsteuer	Veranlagte Einkommensteuer	Körperschaftsteuer	Steuern vom Umsatz [1] insgesamt	Steuern vom Umsatz [1] Umsatzsteuer (Mehrwert-)	Steuern vom Umsatz [1] Einfuhrumsatzsteuer	Mineralölsteuer
1950 [2]	18 802	1 807	2 087	1 449	4 987	.	.	73
1951 [2]	25 183	2 797	2 303	2 273	7 148	.	.	463
1952 [2]	31 215	3 658	3 925	2 780	8 736	.	.	590
1953 [2]	34 320	3 740	4 870	2 990	9 104	.	.	734
1954 [2]	35 894	3 875	4 588	3 071	9 766	.	.	781
1955 [2]	39 736	4 402	4 352	3 111	11 337	.	.	1 136
1956 [2]	44 530	5 402	4 728	3 637	12 437	.	.	1 415
1957 [2]	47 935	5 289	5 879	4 506	12 882	.	.	1 642
1958 [2]	50 188	5 932	5 473	5 190	13 506	.	.	1 665
1959 [2]	56 644	5 855	7 323	5 118	14 943	.	.	2 145
1960	66 627	8 102	8 963	6 510	16 917	.	.	2 664
1961	76 705	10 453	10 817	7 473	18 670	.	.	3 325
1962	84 480	12 315	12 218	7 790	20 036	.	.	3 699
1963	89 735	13 844	13 451	7 688	20 922	.	.	4 139
1964	98 061	16 092	14 101	8 018	22 845	.	.	6 071
1965	104 460	16 738	14 798	8 170	25 103	.	.	7 428
1966	111 154	19 055	16 075	7 687	25 989	.	.	8 016
1967	113 350	19 558	15 782	7 061	25 628	.	.	9 423
1968	120 378	22 080	16 272	8 553	25 779	18 786	6 994	9 875
1969	146 928	27 057	16 989	10 895	37 141	26 816	10 324	10 601
1970	152 318	35 086	16 001	8 716	38 125	26 791	11 334	11 512
1971	170 811	42 803	18 340	7 167	42 897	30 869	12 028	12 417
1972	195 510	49 770	23 140	8 495	46 981	34 153	12 828	14 227
1973	223 489	61 255	26 452	10 887	49 486	34 922	14 563	16 589
1973 1. Vj.	50 827	13 565	6 731	2 481	13 381	9 872	3 509	3 123
2. Vj.	51 290	12 972	5 789	2 380	11 911	8 165	3 746	3 647
3. Vj.	55 798	15 594	6 736	2 972	11 606	8 135	3 471	4 175
4. Vj.	65 574	19 122	7 195	3 054	12 587	8 750	3 837	5 644
1974 1. Vj.	53 245	15 163	6 995	2 624	13 389	9 325	4 064	2 601
2. Vj.	55 139	15 567	5 817	2 127	12 596	7 887	4 709	3 875
3. Vj.	...	18 481	6 553	2 739	11 996	7 336	4 660	4 167

[1] Bis 1967: Umsatzsteuer, Umsatzausgleichsteuer, Beförderungsteuer; ab 1968: Mehrwertsteuer einschließlich Umsatzsteuer alt, Einfuhrumsatzsteuer einschließlich Reste Umsatzausgleichsteuer, Beförderungsteuer; 1969: wie 1968 einschließlich Straßengüterverkehrsteuer; ab 1970: Mehrwertsteuer einschließlich Umsatzsteuer alt, Einfuhrumsatzsteuer einschließlich Reste Umsatzausgleichsteuer sowie ohne durchlaufende Posten.

[2] Ohne Saarland.

Tabelle 27*

Kreditmarktverschuldung der öffentlichen Haushalte [1])

Mio DM

Monatsende [2])	Insgesamt	Kürzerfristige Kredite					Längerfristige Kredite		
		Schatzwechsel	Unverzinsliche Schatzanweisungen, Steuergutscheine	Betriebsmittelkredite/ Kassenkredite		Kassenobligationen	Anleihen (Inhaberschuldverschreibungen)	Verzinsliche Schatzanweisungen	Kredite von Banken, Sparkassen, Versicherungen [3]), Bausparkassen
				Buchkredite der Deutschen Bundesbank	Kredite von anderen Banken u. ä.				
31. 3. 1950	1 216	.	405[a])	543		—	63	—	206
31. 3. 1951	1 912	.	862[a])	381		—	51	1	617
31. 3. 1952	2 899	583	836	292		—	63	56	1 070
31. 3. 1953	4 080	148	1 106	43		—	760	77	1 946
31. 3. 1954	5 872	130	883	34		—	1 516	91	3 219
31. 3. 1955	6 961	57	757	222		—	1 633	88	4 203
31. 3. 1956	7 993	42	511	44		—	1 716	87	5 593
31. 3. 1957	9 316	50	625	81		—	1 962	29	6 569
31. 3. 1958	10 973	—	843	91		—	1 584	55	8 400
31. 3. 1959	13 207	—	566	48		—	1 914	30	10 649
31. 3. 1960	17 598	22	1 186	175		183	2 871	523	12 638
31. 12. 1960	18 786	—	1 162	109		302	2 840	516	13 858
31. 12. 1961	24 591	—	538	201		792	4 892	355	17 813
31. 12. 1962	28 064	—	533	786		705	5 713	455	19 871
31. 12. 1963	34 102	—	452	1 784		611	7 651	555	23 050
31. 12. 1964	40 232	—	598	1 342		1 088	9 056	577	27 572
31. 12. 1965	49 503	523	856	1 403	412	1 173	11 500	497	33 140
31. 12. 1966	59 189	1 196	2 498	1 164	655	1 383	12 202	410	39 682
31. 12. 1967	73 326	204	7 729	2 211	341	3 189	14 048	319	45 286
31. 12. 1968	83 551	150	8 650	1 361	122	4 029	15 346	312	53 580
31. 12. 1969	85 744	—	2 407	1 974	99	3 659	15 422	271	61 913
31. 12. 1970	94 026	—	1 750	2 334	175	3 210	16 922	229	69 407
31. 12. 1971	107 802	—	1 750	2 349	588	2 570	19 790	187	80 568
31. 12. 1972 [4])	125 230	—	1 438	440	272	2 414	24 494	146	96 027
31. 12. 1973 [4])	139 403	—	1 064	2 851	311	1 812	27 337	129	105 899

[1]) Bund, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände.
[2]) Ab 31. 3. 1952 einschließlich Berlin (West), ab 31. 3. 1960 einschließlich Saarland.
[3]) Ohne Sozialversicherung.
[4]) Einschließlich „Offa" (1972: 3 236 Mio DM; 1973: 3 701 Mio DM längerfristige Kredite von Banken).
a) Einschließlich Schatzwechsel.

Tabelle 28*

Konsolidierte Bilanz des

Veränderung gegenüber dem

Zeitraum	I. Kreditgewährung an inländische Nichtbanken					II. Netto-Forderungssaldo gegenüber dem Ausland [3]			
			durch Kreditinstitute [2]					Kreditinstitute	
	insgesamt	durch Deutsche Bundesbank	zusammen	an inländische Unternehmen und Privatpersonen	an inländische öffentliche Haushalte	insgesamt	Deutsche Bundesbank	zusammen	darunter mittel- und langfristig
1963	+26,84	+0,98	+25,87	+22,32	+ 3,54	+ 3,29	+ 2,75	+0,55	+ 1,25
1964	+30,19	−1,03	+31,23	+25,16	+ 6,07	+ 1,70	+ 0,43	+1,27	+ 1,32
1965	+34,17	−0,43	+34,60	+27,54	+ 7,06	+ 0,03	− 1,30	+1,33	+ 1,14
1966	+28,20	+0,29	+27,91	+21,56	+ 6,36	+ 3,42	+ 1,89	+1,53	+ 1,14
1967	+32,89	+0,67	+32,22	+18,33	+13,89	+ 4,67	− 0,17	+4,84	+ 1,64
1968	+39,99	−2,07	+42,06	+30,90	+11,17	+10,70	+ 6,81	+3,89	+ 6,83
1969	+53,48	+0,67	+52,81	+51,22	+ 1,59	− 2,87	−10,52	+7,65	+11,97
1970	+50,53	−0,24	+50,77	+43,81	+ 6,97	+14,23	+21,60	−7,36	− 0,29
1971	+69,05	−0,63	+69,68	+59,52	+10,16	+11,52	+15,91	−4,40	− 3,28
1972	+86,41	−2,07	+88,48	+78,22	+10,26	+ 8,66	+15,49	−6,83	− 6,39
1973	+67,59	+2,37	+65,22	+54,63	+10,59	+23,98	+26,49	−2,51	− 7,21
1970 1. Vj.	+ 6,88	−2,01	+ 8,89	+ 7,71	+ 1,18	+ 1,55	+ 0,56	+0,99	+ 1,88
2. Vj.	+14,21	+0,42	+13,79	+12,88	+ 0,91	+ 4,31	+ 5,38	−1,07	− 0,14
3. Vj.	+ 9,31	−0,76	+10,06	+ 8,34	+ 1,72	+ 5,67	+ 8,03	−2,36	− 1,16
4. Vj.	+20,14	+2,12	+18,02	+14,87	+ 3,16	+ 2,70	+ 7,62	−4,92	− 0,87
1971 1. Vj.	+ 6,04	−2,41	+ 8,45	+ 6,83	+ 1,62	+11,93	+ 7,56	+4,37	− 0,42
2. Vj.	+16,49	+0,34	+16,15	+13,93	+ 2,22	+ 6,06	+ 3,28	+2,79	− 1,39
3. Vj.	+18,76	−0,08	+18,84	+16,56	+ 2,28	− 1,23	+ 1,78	−3,01	− 1,14
4. Vj.	+27,77	+1,52	+26,25	+22,20	+ 4,05	− 5,24	+ 3,30	−8,54	− 0,33
1972 1. Vj.	+12,78	−2,41	+15,19	+12,78	+ 2,41	+ 7,52	+ 3,18	+4,35	− 2,29
2. Vj.	+23,37	+0,01	+23,37	+20,73	+ 2,64	+ 4,56	+ 9,92	−5,36	− 2,54
3. Vj.	+17,53	−0,16	+17,69	+15,04	+ 2,65	+ 2,99	+ 4,41	−1,42	− 0,67
4. Vj.	+32,73	+0,49	+32,24	+29,68	+ 2,56	− 6,41	− 2,02	−4,39	− 0,89
1973 1. Vj.	+15,05	−0,63	+15,68	+12,72	+ 2,96	+12,73	+19,93	−7,19	− 1,51
2. Vj.	+18,05	+0,44	+17,61	+16,60	+ 1,01	+ 6,14	+ 2,73	+3,41	− 2,38
3. Vj.	+13,87	—	+13,87	+12,50	+ 1,36	+ 4,73	+ 8,27	−3,55	− 2,67
4. Vj.	+20,62	+2,55	+18,07	+12,81	+ 5,26	+ 0,38	− 4,45	+4,83	− 0,66
1974 1. Vj.	+ 6,03	−1,31	+ 7,34	+ 5,74	+ 1,60	+ 0,33	− 0,53	+0,86	+ 0,41
2. Vj.	+17,15	−1,23	+18,38	+13,58	+ 4,80	+ 5,38	+ 3,43	+1,96	+ 0,56
3. Vj.	+14,77	−0,04	+14,81	+ 9,41	+ 5,40	− 1,03	− 6,43	+5,40	+ 1,94

[1] Kreditinstitute einschließlich Bundesbank.
[2] Einschließlich Wertpapiere.
[3] Einschließlich Wertpapiere ausländischer Emittenten im Besitz des Bankensystems sowie einschließlich Entwicklungshilfekredite der Kreditanstalt für Wiederaufbau.

Tabelle 28*

Bankensystems (Geldvolumenrechnung) [1])

vorangegangenen Zeitraum in Mrd DM

III. Geldkapitalbildung				IV. Zentralbankeinlagen inländischer öffentlicher Haushalte	V. Sonstige Positionen [6])	VI. Geldvolumen [7]) (Bargeldumlauf und Sichteinlagen = I + II + V − III − IV)			Zeitraum
	darunter								
insgesamt [4])	Termingelder	Spareinlagen [5])	Inhaberschuldverschreibungen im Umlauf (netto)			insgesamt	Bargeldumlauf	Sichteinlagen inländischer Nichtbanken	
+24,49	+ 6,33	+11,55	+ 4,99	−0,61	− 1,85	+ 4,41	+1,27	+ 3,14	1963
+26,74	+ 5,64	+12,53	+ 6,60	−0,85	− 0,61	+ 5,40	+2,38	+ 3,02	1964
+28,67	+ 4,30	+16,26	+ 5,99	−1,11	− 1,06	+ 5,57	+1,77	+ 3,81	1965
+29,92	+ 8,63	+16,27	+ 3,28	−0,53	− 1,15	+ 1,09	+1,22	− 0,13	1966
+29,80	+ 8,44	+17,65	+ 1,80	+0,29	+ 0,83	+ 8,30	+0,63	+ 7,67	1967
+43,57	+14,10	+22,02	+ 4,65	+1,19	− 0,41	+ 5,53	+0,96	+ 4,57	1968
+43,22	+14,11	+21,59	+ 4,92	+0,44	− 0,98	+ 5,96	+2,10	+ 3,86	1969
+43,12	+11,98	+20,51	+ 7,90	+4,09	− 8,87	+ 8,69	+2,20	+ 6,49	1970
+58,12	+18,80	+28,48	+ 8,15	+4,20	− 5,00	+13,24	+3,52	+ 9,72	1971
+77,60	+24,64	+34,25	+14,49	−3,85	− 4,78	+17,55	+5,48	+12,07	1972
+77,68	+39,62	+19,65	+14,85	+4,22	− 7,10	+ 2,57	+1,75	+ 0,83	1973
+ 5,03	− 1,02	+ 3,58	+ 1,45	+3,25	− 6,13	− 5,98	−0,63	− 5,35	1970 1. Vj.
+ 9,84	+ 5,41	+ 1,86	+ 1,71	+0,25	− 3,34	+ 5,09	+0,93	+ 4,16	2. Vj.
+ 7,25	+ 2,26	+ 2,18	+ 2,40	+1,38	− 5,81	+ 0,53	+0,61	− 0,08	3. Vj.
+21,00	+ 5,33	+12,90	+ 2,33	−0,79	+ 6,41	+ 9,05	+1,29	+ 7,76	4. Vj.
+11,52	+ 3,51	+ 6,11	+ 1,28	+4,62	− 8,19	− 6,36	−0,93	− 5,43	1971 1. Vj.
+ 9,23	+ 2,89	+ 3,85	+ 1,42	+1,02	− 4,07	+ 8,23	+1,46	+ 6,77	2. Vj.
+ 9,26	+ 2,50	+ 3,37	+ 2,91	+0,92	− 5,18	+ 2,16	+1,04	+ 1,12	3. Vj.
+28,11	+ 9,90	+15,15	+ 2,55	−2,36	+12,44	+ 9,21	+1,96	+ 7,26	4. Vj.
+12,02	− 0,62	+ 7,41	+ 4,19	+4,44	− 8,22	− 4,38	+0,12	− 4,50	1972 1. Vj.
+17,18	+ 5,49	+ 6,99	+ 3,37	−2,50	− 4,51	+ 8,75	+2,30	+ 6,45	2. Vj.
+15,30	+ 5,47	+ 5,32	+ 3,62	−0,72	− 3,74	+ 2,20	+0,61	+ 1,59	3. Vj.
+32,10	+14,30	+14,53	+ 2,31	−5,06	+11,69	+10,97	+2,44	+ 8,53	4. Vj.
+17,14	+ 7,45	+ 3,70	+ 4,76	+5,47	−11,16	− 5,98	−1,09	− 4,89	1973 1. Vj.
+18,49	+12,60	− 0,91	+ 5,47	+0,05	− 5,69	− 0,04	+1,55	− 1,59	2. Vj.
+14,82	+12,22	− 1,21	+ 3,37	+4,01	− 4,05	− 4,28	−0,42	− 3,86	3. Vj.
+27,23	+ 7,35	+18,07	+ 1,26	−5,30	−13,79	+12,87	+1,71	+11,17	4. Vj.
+ 7,46	+ 2,41	+ 2,59	+ 1,74	+3,56	− 5,34	−10,01	−1,21	− 8,80	1974 1. Vj.
+ 7,88	+ 0,18	+ 3,58	+ 3,17	−0,33	− 7,09	+ 7,90	+2,17	+ 5,73	2. Vj.
+ 4,60	− 2,83	+ 3,75	+ 3,10	+3,65	− 4,83	+ 0,67	+1,04	− 0,37	3. Vj.

[4]) Einschließlich Kapital und Rücklagen.
[5]) Einschließlich Sparbriefe.
[6]) Saldo der übrigen Positionen der konsolidierten Bilanz des Bankensystems.
[7]) Ohne Kassenbestände der Kreditinstitute; einschließlich der im Ausland befindlichen DM-Noten und -Münzen.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 29*

Zahlungsmittelbestände und Kredite

Mrd DM

Ende des Zeitraumes	Geldvolumen			Termingelder [3]		Kredite der Kreditinstitute an inländische Unternehmen und Privatpersonen			
	insgesamt	Bargeldumlauf [1]	Sichteinlagen [2]	insgesamt	darunter mit einer Befristung unter 3 Monaten	insgesamt	kurzfristig [4]	mittel- und langfristig	Wertpapiere [5]
1955 [6]	31,48	14,04	17,44	11,20	2,01	63,27	.	.	.
1956 [6]	33,89	14,88	19,01	13,56	2,78	71,23	.	.	.
1957 [6]	37,81	16,46	21,35	17,13	3,27	78,31	.	.	.
1958 [6]	42,58	17,94	24,64	17,94	3,19	85,92	.	.	.
1959	47,61	19,34	28,26	19,97	3,31	101,16	.	.	.
1960	51,08	20,83	30,25	21,62	3,61	116,25	.	.	.
1961	58,71	23,20	35,52	23,47	3,94	135,76	.	.	.
1962	63,28	24,25	39,03	25,19	4,10	154,83	.	.	.
1963	67,77	25,51	42,26	26,75	4,57	173,92	.	.	.
1964	73,05	27,89	45,16	27,78	5,23	231,81	60,67	163,74	7,40
1965	78,53	29,65	48,87	28,40	5,16	259,27	67,31	183,91	8,05
1966	79,62	30,88	48,74	33,77	4,58	280,74	72,32	200,35	8,08
1967	87,92	31,51	56,41	39,65	7,80	298,88	74,29	216,18	8,42
1968	93,47	32,59	60,88	48,86	9,58	334,55	81,00	242,80	10,75
1969	99,43	34,69	64,74	57,45	14,82	385,95	101,56	272,35	12,03
1970	108,22	36,89	71,33	65,16	28,43	430,54	113,62	304,10	12,83
1971	121,52	40,29	81,23	77,07	37,34	490,57	131,73	345,43	13,41
1972	139,30	45,77	93,53	93,03	43,92	569,33	155,94	399,66	13,73
1973	142,86	47,43	95,43	123,00	67,08	631,28	166,95	449,70	14,63
1970 1. Vj.	93,45	34,06	59,39	55,38	14,45	393,58	103,85	277,33	12,41
2. Vj.	98,55	34,99	63,56	60,40	19,49	406,48	109,92	284,29	12,27
3. Vj.	99,14	35,60	63,54	61,15	21,24	414,96	109,85	292,93	12,18
4. Vj.	108,22	36,89	71,33	65,16	28,43	430,54	113,62	304,10	12,83
1971 1. Vj.	101,88	35,96	65,92	67,47	30,33	437,39	114,66	310,06	12,68
2. Vj.	110,15	37,41	72,73	69,34	28,70	451,45	120,41	318,40	12,64
3. Vj.	112,39	38,46	73,93	69,42	30,36	468,21	123,78	331,30	13,13
4. Vj.	121,52	40,29	81,23	77,07	37,34	490,57	131,73	345,43	13,41
1972 1. Vj.	117,18	40,42	76,76	74,89	34,00	503,42	134,98	354,49	13,95
2. Vj.	126,00	42,72	83,28	78,67	35,43	524,33	145,17	365,68	13,49
3. Vj.	128,26	43,33	84,94	82,17	36,23	539,54	146,30	379,76	13,48
4. Vj.	139,30	45,77	93,53	93,03	43,92	569,33	155,94	399,66	13,73
1973 1. Vj.	133,35	44,67	88,68	97,96	35,45	585,12	154,95	416,13	14,05
2. Vj.	133,36	46,23	87,13	108,37	52,94	601,82	159,62	428,44	13,76
3. Vj.	129,10	45,81	83,29	117,82	57,02	614,39	163,08	437,51	13,79
4. Vj.	142,86	47,43	95,43	123,00	67,08	631,28	166,95	449,70	14,63
1974 1. Vj.	132,87	46,22	86,65	122,89	74,79	637,02	169,07	453,90	14,06
2. Vj.	140,80	48,39	92,40	121,43	66,58	650,20	176,73	459,43	14,05
3. Vj.	141,48	49,43	92,05	116,53	65,39	659,64	177,87	467,81	13,97

[1] Ohne Kassenbestände der Kreditinstitute; einschließlich der im Ausland umlaufenden DM-Noten und -Münzen.
[2] Ohne Zentralbankeinlagen öffentlicher Haushalte.
[3] Mit einer Befristung bis unter 4 Jahren (Quasigeldbestände).
[4] Einschließlich Schatzwechsel und U-Schätze der Bundesbahn und Bundespost.
[5] Ohne Bankschuldverschreibungen, einschließlich Anleihen der Bundesbahn und der Bundespost.
[6] Ohne Saarland.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 30*

Auftragseingang in der Verarbeitenden Industrie [1])

a) Insgesamt (1970 = 100)

Zeitraum	Insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgüter-	Investitionsgüter-	Verbrauchsgüter-	Insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgüter-	Investitionsgüter-	Verbrauchsgüter-
		industrien				industrien		
	Wertindex				Volumenindex			
1962	53,3	56,7	47,0	62,4	57,7	58,6	53,1	66,8
1963	55,9	58,6	50,4	64,7	60,4	61,0	56,8	68,3
1964	64,1	67,8	58,0	72,5	68,2	69,6	64,4	75,1
1965	68,2	69,5	62,8	78,7	71,0	69,6	68,0	80,2
1966	68,1	72,0	61,5	77,6	69,7	71,5	65,1	77,5
1967	67,7	72,1	61,1	76,5	70,4	73,8	65,2	77,2
1968	78,0	80,8	72,7	86,1	85,4	87,8	81,3	91,4
1969	95,4	94,7	95,7	96,0	101,2	99,6	102,9	99,9
1970	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	102,5	101,2	100,0	110,4	98,3	99,5	93,9	106,6
1972	110,6	110,2	107,1	119,6	103,4	107,3	97,7	110,8
1973	128,3	129,2	129,0	125,0	113,7	118,2	113,0	108,1
1969 1. Vj.	89,4	88,9	88,9	91,5	96,6	96,0	97,4	96,0
2. Vj.	94,3	94,8	93,1	96,6	101,0	100,7	101,3	100,8
3. Vj.	96,3	97,2	98,8	88,9	101,9	101,3	106,5	92,2
4. Vj.	101,7	97,9	102,0	107,2	105,4	100,5	106,6	110,5
1970 1. Vj.	98,0	96,4	101,7	91,7	99,1	96,3	103,6	92,7
2. Vj.	100,3	102,0	98,9	101,5	100,7	101,7	99,5	101,9
3. Vj.	97,5	100,3	97,5	92,9	97,4	100,4	97,4	92,6
4. Vj.	104,1	101,2	102,0	113,9	102,8	101,5	99,5	112,9
1971 1. Vj.	101,3	96,9	103,2	104,2	97,9	95,6	97,9	101,8
2. Vj.	104,9	104,2	101,7	113,7	100,6	101,9	95,7	110,2
3. Vj.	99,9	102,4	97,6	101,2	95,3	100,1	91,2	97,3
4. Vj.	103,9	101,6	97,6	122,6	99,2	100,3	90,9	117,1
1972 1. Vj.	105,6	103,7	102,9	115,1	99,8	102,4	94,4	108,4
2. Vj.	110,3	112,0	105,0	120,1	103,3	109,0	95,7	112,1
3. Vj.	104,8	107,4	101,3	108,9	97,6	103,8	92,2	100,6
4. Vj.	121,8	117,8	119,3	134,1	113,0	113,9	108,5	122,2
1973 1. Vj.	132,4	125,8	137,2	131,9	120,0	118,8	122,0	117,1
2. Vj.	131,6	129,0	134,4	129,2	117,0	118,7	117,7	112,8
3. Vj.	120,9	127,8	121,1	109,2	106,6	116,1	105,5	93,9
4. Vj.	128,2	134,3	123,5	129,6	111,2	119,0	106,9	108,7
1974 1. Vj.	143,7	154,0	141,8	131,5	117,3	124,3	118,0	104,7
2. Vj.	144,2	164,4	135,0	133,1	112,5	124,2	108,5	102,9
3. Vj. [2])	134,4	157,9	127,6	112,2	103,0	115,5	101,6	86,1

[1]) Ohne Nahrungs- und Genußmittelindustrien; bis 1967 einschließlich, ab 1968 ohne Umsatzsteuer.
[2]) Vorläufige Ergebnisse.

noch Tabelle 30*

Auftragseingang in der Verarbeitenden Industrie [1])

b) Inland, Ausland (Wertindex 1970 = 100)

Zeitraum	Inland				Ausland			
	Insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgüter-industrien	Investitionsgüter-industrien	Verbrauchsgüter-industrien	Insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgüter-industrien	Investitionsgüter-industrien	Verbrauchsgüter-industrien
1962	57,5	61,2	50,4	65,5	40,0	41,8	39,4	38,3
1963	58,9	61,6	52,4	67,2	46,8	48,5	46,2	45,6
1964	67,8	72,5	60,1	75,3	52,8	52,0	53,1	50,8
1965	72,0	73,2	65,8	81,9	56,3	57,2	56,1	54,6
1966	69,7	73,8	61,3	79,7	63,0	65,8	62,1	61,0
1967	67,2	71,5	58,4	77,7	69,4	74,4	67,5	66,9
1968	77,0	80,4	69,1	86,9	81,2	82,3	81,0	79,4
1969	94,5	95,3	93,3	95,8	98,9	92,8	101,8	97,9
1970	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	102,1	100,6	99,0	110,2	103,4	103,4	102,0	112,1
1972	109,1	107,7	105,0	119,1	115,1	118,6	112,3	123,3
1973	120,4	123,2	117,5	121,9	153,6	149,5	156,2	148,9
1969 1. Vj.	87,4	87,7	85,3	91,2	96,3	93,3	98,1	93,8
2. Vj.	92,5	94,5	98,4	95,7	100,6	95,8	102,4	103,2
3. Vj.	95,5	99,4	95,9	89,0	99,7	90,1	106,0	88,0
4. Vj.	102,6	99,6	102,5	107,3	99,0	92,2	100,9	106,6
1970 1. Vj.	97,5	95,6	102,1	91,5	99,9	99,3	101,2	93,5
2. Vj.	100,8	102,5	99,1	101,6	98,8	100,6	97,8	100,1
3. Vj.	97,8	101,3	97,5	93,0	97,0	97,0	97,8	92,2
4. Vj.	104,0	100,6	101,3	113,9	104,3	103,2	103,2	114,1
1971 1. Vj.	99,1	93,6	101,1	103,5	108,2	108,1	108,1	108,9
2. Vj.	104,3	103,7	100,2	113,2	106,5	105,8	105,1	117,4
3. Vj.	100,4	103,9	97,1	101,6	97,8	97,3	97,9	98,8
4. Vj.	104,5	101,3	97,5	122,5	101,1	102,5	97,0	123,1
1972 1. Vj.	104,4	100,3	101,9	115,1	109,2	115,0	105,5	115,8
2. Vj.	110,2	111,3	104,4	119,7	110,5	114,6	106,5	123,3
3. Vj.	104,6	106,1	101,2	108,8	105,0	111,3	101,4	109,6
4. Vj.	117,3	113,3	112,4	132,7	135,9	133,3	135,7	144,5
1973 1. Vj.	126,5	121,3	129,0	129,6	151,9	141,2	157,1	149,5
2. Vj.	125,8	125,4	126,5	125,4	150,6	141,2	153,7	158,7
3. Vj.	112,0	122,8	106,0	107,5	149,6	144,8	156,2	121,9
4. Vj.	117,3	123,5	108,4	125,0	162,2	170,8	157,8	165,4
1974 1. Vj.	129,5	137,9	124,8	126,0	188,8	208,3	182,2	174,4
2. Vj.	129,7	148,1	115,6	128,9	189,7	219,3	180,0	165,8
3. Vj. [2])	119,2	141,3	107,3	109,1	183,0	213,8	176,3	135,7

[1]) Ohne Nahrungs- und Genußmittelindustrien; Inland bis 1967 einschließlich, ab 1968 ohne Umsatzsteuer; Ausland durchweg ohne Umsatzsteuer.

[2]) Vorläufige Ergebnisse.

noch Tabelle 30*

Auftragseingang in der Verarbeitenden Industrie [1])

c) Inland, Ausland (Volumenindex 1970 = 100)

Zeitraum	Inland				Ausland			
	Insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgüter-industrien	Investitionsgüter-industrien	Verbrauchsgüter-industrien	Insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgüter-industrien	Investitionsgüter-industrien	Verbrauchsgüter-industrien
1962	61,4	62,5	55,8	70,3	45,8	45,4	46,9	40,3
1963	62,6	63,2	57,8	71,0	53,6	53,9	54,5	47,7
1964	71,3	73,7	65,8	78,2	59,0	55,5	61,7	52,3
1965	73,8	72,3	70,0	83,3	61,9	60,8	63,4	55,7
1966	70,3	72,3	63,8	79,6	68,1	69,7	68,4	61,4
1967	69,0	72,2	61,6	78,3	75,4	80,5	74,2	68,2
1968	84,3	87,1	77,7	92,5	89,1	90,7	89,5	82,5
1969	100,8	100,9	101,2	100,0	103,3	95,7	107,6	98,8
1970	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	97,7	98,0	92,9	106,2	99,9	105,2	96,0	109,3
1972	101,6	103,3	95,7	110,2	109,4	122,3	102,5	115,8
1973	106,5	111,7	103,1	105,3	137,1	140,6	136,4	131,3
1969 1. Vj.	94,9	94,8	94,4	96,1	102,9	100,4	105,3	95,0
2. Vj.	99,7	101,1	98,2	100,3	105,8	99,3	109,1	104,1
3. Vj.	101,7	104,6	104,3	92,7	103,4	90,5	111,7	88,4
4. Vj.	106,8	102,9	107,8	110,9	101,2	92,7	104,1	107,9
1970 1. Vj.	98,5	95,7	103,8	92,5	100,8	98,6	102,9	94,2
2. Vj.	101,2	102,4	99,9	102,0	99,0	99,4	98,6	100,5
3. Vj.	97,7	101,4	97,5	92,7	96,9	97,0	97,6	92,0
4. Vj.	102,6	100,5	98,8	112,8	103,3	105,1	100,9	113,2
1971 1. Vj.	95,6	91,9	95,7	101,1	105,1	109,1	103,0	107,0
2. Vj.	99,9	100,7	94,1	109,6	102,8	106,5	99,2	114,7
3. Vj.	95,6	100,7	90,8	97,4	94,0	98,6	91,5	96,1
4. Vj.	99,5	98,8	90,8	116,8	97,7	106,4	90,2	119,6
1972 1. Vj.	98,3	97,8	93,4	108,2	104,8	120,0	96,9	110,9
2. Vj.	102,7	106,5	95,1	111,6	105,3	118,8	97,3	116,9
3. Vj.	97,0	101,0	92,0	100,3	99,8	114,6	92,5	102,6
4. Vj.	108,4	107,9	102,3	120,9	127,9	136,0	123,3	133,0
1973 1. Vj.	114,3	113,0	114,9	115,1	138,7	139,2	139,3	133,3
2. Vj.	111,6	114,1	110,9	109,4	135,1	134,7	134,4	140,4
3. Vj.	98,5	110,5	92,6	92,2	133,1	135,9	135,9	107,6
4. Vj.	101,6	109,1	94,2	104,5	141,5	152,6	136,0	143,8
1974 1. Vj.	106,0	112,3	104,3	100,2	153,2	163,7	150,4	140,7
2. Vj.	101,4	113,1	93,3	99,5	147,4	161,1	143,9	130,3
3. Vj. [2])	91,9	105,5	85,7	83,5	138,8	147,1	140,0	106,8

[1]) Ohne Nahrungs- und Genußmittelindustrien; Inland bis 1967 einschließlich, ab 1968 ohne Umsatzsteuer; Ausland durchweg ohne Umsatzsteuer.

[2]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 31*

Auftragsbestand in der Verarbeitenden Industrie [1])

Wertindex 1970 = 100

Zeitraum	Verarbeitende Industrie			Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien		
	insgesamt [2])	Inland [2])	Ausland	zusammen [2])	Inland [2])	Ausland
1971	93,7	91,9	100,4	71,5	68,7	82,4
1972	92,3	90,2	100,2	76,5	69,4	104,4
1973	116,1	110,7	136,0	130,7	121,9	176,8
1970 1. Vj.	102,4	102,5	102,1	113,4	113,6	112,8
2. Vj.	104,9	105,5	103,0	109,5	109,3	110,2
3. Vj.	96,6	96,1	98,3	96,7	96,0	97,0
4. Vj.	96,0	96,0	96,6	80,4	80,6	80,1
1971 1. Vj.	93,1	91,6	98,4	79,2	77,1	87,6
2. Vj.	98,4	96,6	104,6	74,5	70,4	90,6
3. Vj.	91,6	89,1	100,9	69,3	66,1	81,9
4. Vj.	91,8	90,2	97,7	63,0	61,4	69,4
1972 1. Vj.	89,4	87,0	98,1	70,2	66,4	85,2
2. Vj.	95,3	94,2	99,3	77,9	72,6	98,7
3. Vj.	89,0	86,7	97,4	78,1	70,0	110,2
4. Vj.	95,6	92,7	105,9	79,7	68,6	123,3
1973 1.Vj.	108,6	105,7	119,6	116,6	110,8	146,9
2. Vj.	121,9	118,9	132,2	133,9	128,3	163,1
3. Vj.	116,9	110,8	139,6	136,2	127,7	180,1
4. Vj.	117,1	107,4	152,5	136,3	120,8	216,9
1974 1. Vj.	125,5	110,6	179,4	165,0	140,1	294,8
2. Vj.	138,2	122,7	194,5	187,3	160,1	328,9
3. Vj. [3])	130,9	112,5	197,3	181,9	151,2	341,4

[1]) Ohne Nahrungs- und Genußmittelindustrien.
[2]) Ohne Umsatzsteuer.
[3]) Vorläufige Ergebnisse.

noch Tabelle 31*

Auftragsbestand in der Verarbeitenden Industrie [1])

Wertindex 1970 = 100

Zeitraum	Investitionsgüterindustrien			Verbrauchsgüterindustrien		
	zusammen [2])	Inland [2])	Ausland	zusammen [2])	Inland [2])	Ausland
1971	97,9	95,6	103,9	108,2	107,3	115,6
1972	88,8	87,1	93,7	117,3	115,5	132,6
1973	103,5	98,0	117,3	125,0	119,4	172,0
1970 1. Vj.	100,3	100,9	98,8	95,3	94,6	101,1
2. Vj.	101,2	101,5	100,4	108,6	109,1	104,7
3. Vj.	99,7	99,5	100,4	89,4	89,6	87,6
4. Vj.	98,8	98,1	100,4	106,6	106,6	106,7
1971 1. Vj.	100,2	99,8	101,5	91,8	90,7	100,9
2. Vj.	100,6	98,3	106,5	119,0	118,6	121,6
3. Vj.	97,4	94,2	105,9	102,5	101,7	108,6
4. Vj.	93,2	90,0	101,8	119,4	118,0	131,3
1972 1. Vj.	92,5	90,3	98,5	102,9	100,5	122,4
2. Vj.	88,8	87,2	93,6	128,6	127,6	136,8
3. Vj.	85,4	84,1	89,5	108,6	107,2	120,9
4. Vj.	88,3	86,7	93,2	129,3	126,7	150,4
1973 1. Vj.	99,9	97,6	106,0	117,9	113,9	151,3
2. Vj.	105,7	102,0	115,2	142,5	138,2	178,5
3. Vj.	104,4	97,0	122,4	119,2	113,6	165,9
4. Vj.	104,2	95,3	125,5	120,4	111,9	192,2
1974 1. Vj.	109,7	97,2	139,7	106,1	96,1	190,7
2. Vj.	111,7	95,6	149,8	131,0	123,1	196,9
3. Vj. [3])	109,8	90,5	155,3	107,9	101,7	160,1

[1]) Ohne Nahrungs- und Genußmittelindustrien.
[2]) Ohne Umsatzsteuer.
[3]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 32*

Umsatz in der Industrie [1])

a) Insgesamt

Mio DM

Zeitraum	Insgesamt	Bergbau	Verarbeitende Industrie				
			zusammen	Grundstoff- und Produktionsgüter-	Investitionsgüter-	Verbrauchsgüter-	Nahrungs- und Genußmittel-
				industrien			
1950 [2])	80 395	4 573	75 822	22 459	18 348	20 139	14 875
1951	109 908	5 776	104 133	33 372	26 531	26 520	17 708
1952	119 392	6 908	112 484	36 821	31 783	25 013	18 867
1953	126 162	7 321	118 841	36 928	34 147	27 108	20 658
1954	140 943	7 718	133 225	42 197	39 630	29 055	22 343
1955	166 511	8 464	158 048	51 313	49 496	32 713	24 526
1956	185 646	9 452	176 194	56 417	55 471	36 282	28 023
1957	199 551	10 186	189 365	59 639	60 634	39 032	30 060
1958	205 069	9 577	195 493	59 990	65 253	38 726	31 523
1959	223 656	9 400	214 256	67 414	72 168	41 492	33 182
1960	266 373	11 374	254 999	81 585	87 678	48 459	37 277
1961	287 018	11 011	276 007	85 200	98 294	52 347	40 166
1962	304 028	11 123	292 906	87 207	105 652	56 288	43 759
1963	315 309	11 702	303 608	89 446	110 405	57 908	45 848
1964	346 804	11 026	335 779	100 931	121 660	63 656	49 531
1965	374 612	10 606	364 006	108 161	132 714	69 718	53 413
1966	388 029	10 099	377 930	111 592	138 685	72 355	55 299
1967	380 659	9 473	371 186	111 178	133 020	69 012	57 976
1968	405 599	9 565	396 034	122 041	141 806	73 118	59 070
1969	470 537	10 080	460 457	141 145	173 772	82 724	62 815
1970	528 867	11 669	517 198	156 255	203 498	90 056	67 390
1971	563 033	12 105	550 928	159 284	221 074	97 977	72 593
1972	596 014	12 210	583 804	166 947	233 278	106 480	77 099
1973	666 933	13 387	653 546	195 385	258 499	114 199	85 462
1973 1. Vj.	159 037	3 235	155 802	45 173	61 491	28 990	20 148
2. Vj.	165 048	3 184	161 864	48 399	64 465	27 837	21 163
3. Vj.	163 257	3 145	160 112	49 383	61 690	27 654	21 385
4. Vj.	179 592	3 824	175 767	52 431	70 853	29 717	22 766
1974 1. Vj.	179 088	4 382	174 707	57 663	65 089	30 279	21 675
2. Vj.	189 101	4 349	184 752	63 213	69 135	29 725	22 679

[1]) Umsatz aus eigener Erzeugung (Fakturenwerte); bis 1967 einschließlich, ab 1968 ohne Umsatzsteuer.
[2]) Ohne Saarland und Berlin.

noch Tabelle 32*

Umsatz in der Industrie [1])

b) Inland

Mio DM

Zeitraum	Insgesamt	Bergbau	Verarbeitende Industrie				
			zusammen	Grundstoff- und Produktionsgüter-	Investitionsgüter-	Verbrauchsgüter-	Nahrungs- und Genußmittel-
				industrien			
1953	110 894	5 729	105 166	32 617	26 591	25 482	20 476
1954	122 424	6 014	116 410	36 985	30 353	26 958	22 113
1955	144 717	6 790	137 927	45 148	38 234	30 297	24 247
1956 [2])	159 570	7 639	151 931	48 594	42 030	33 668	27 638
1957	169 166	8 293	160 873	50 518	44 475	36 247	29 633
1958	174 201	7 757	166 445	51 186	48 143	36 064	31 052
1959	189 904	7 689	182 215	57 447	53 595	38 525	32 647
1960	225 616	9 142	216 474	69 191	65 721	44 887	36 676
1961	244 016	8 834	235 182	72 372	74 643	48 676	39 491
1962	259 081	8 947	250 134	74 150	80 477	52 461	43 045
1963	266 359	9 398	256 961	75 379	82 946	53 620	45 015
1964	292 167	8 833	283 334	85 370	90 743	58 643	48 578
1965	315 772	8 426	307 346	90 772	99 779	64 413	52 382
1966	321 720	8 026	313 694	91 897	101 177	66 390	54 229
1967	309 301	7 494	301 807	88 935	93 655	62 553	56 665
1968	325 238	7 458	317 780	98 342	96 190	65 664	57 584
1969	377 570	8 051	369 518	113 945	120 771	73 786	61 016
1970	426 794	9 278	417 516	126 194	145 105	80 741	65 477
1971	453 036	9 541	443 495	128 054	157 239	87 739	70 464
1972	476 612	9 697	466 916	133 227	163 617	95 387	74 685
1973	523 700	10 555	513 145	153 020	176 842	100 951	82 333
1973 1. Vj.	125 448	2 560	122 888	35 332	42 344	25 731	19 482
2. Vj.	129 988	2 518	127 470	38 228	44 256	24 591	20 394
3. Vj.	128 884	2 451	126 433	38 999	42 349	24 467	20 618
4. Vj.	139 380	3 025	136 355	40 461	47 892	26 163	21 839
1974 1. Vj.	135 884	3 402	132 481	42 884	42 679	26 208	20 710
2. Vj.	143 270	3 303	139 967	47 063	45 564	25 757	21 583

[1]) Umsatz aus eigener Erzeugung (Fakturenwerte); bis 1967 einschließlich, ab 1968 ohne Umsatzsteuer.
[2]) Ohne Saarland und Berlin.

n o c h Tabelle 32*

Umsatz in der Industrie [1])

c) Ausland

Mio DM

Zeitraum	Insgesamt	Bergbau	Verarbeitende Industrie				
			zusammen	Grundstoff- und Produktionsgüter-	Investitionsgüter-	Verbrauchsgüter-	Nahrungs- und Genußmittel-
				industrien			
1953	15 268	1 593	13 675	4 312	7 556	1 626	182
1954	18 519	1 704	16 816	5 212	9 277	2 096	230
1955	21 795	1 674	20 121	6 165	11 262	2 416	279
1956 [2])	26 076	1 813	24 263	7 823	13 440	2 614	385
1957	30 385	1 893	28 492	9 122	16 159	2 784	427
1958	30 868	1 820	29 048	8 804	17 110	2 662	472
1959	33 752	1 711	32 041	9 967	18 573	2 966	535
1960	40 757	2 232	38 525	12 395	21 957	3 572	601
1961	43 003	2 177	40 826	12 828	23 651	3 672	675
1962	44 947	2 176	42 772	13 057	25 175	3 827	713
1963	48 950	2 303	46 647	14 068	27 458	4 288	833
1964	54 637	2 192	52 445	15 561	30 917	5 013	953
1965	58 840	2 180	56 660	17 389	32 935	5 305	1 031
1966	66 309	2 074	64 236	19 694	37 508	5 964	1 069
1967	71 358	1 979	69 379	22 243	39 366	6 459	1 311
1968	80 361	2 107	78 254	23 699	45 616	7 454	1 485
1969	92 967	2 028	90 939	27 201	53 001	8 938	1 799
1970	102 073	2 391	99 682	30 060	58 393	9 315	1 913
1971	109 997	2 564	107 433	31 230	63 836	10 238	2 129
1972	119 401	2 513	116 888	33 721	69 660	11 094	2 414
1973	143 233	2 833	140 401	42 366	81 657	13 248	3 130
1973 1. Vj.	33 589	675	32 914	9 842	19 147	3 259	666
2. Vj.	35 060	665	34 395	10 170	20 209	3 246	769
3. Vj.	34 372	693	33 679	10 384	19 341	3 187	767
4. Vj.	40 212	799	39 413	11 970	22 961	3 555	927
1974 1. Vj.	43 205	980	42 225	14 779	22 410	4 071	965
2. Vj.	45 831	1 046	44 785	16 151	23 571	3 968	1 096

[1]) Umsatz aus eigener Erzeugung (Fakturenwerte); ohne Umsatzsteuer.
[2]) Ohne Saarland und Berlin.

Tabelle 33*

Industrielle Produktion [1])

1962 = 100

Zeitraum	Index der industriellen Nettoproduktion								Index der industriellen Bruttoproduktion [2])	
	Industrie insgesamt		Bergbau	Verarbeitende Industrie						
	einschl. öffentliche Energiewirtschaft und Bauindustrie	ohne öffentliche Energiewirtschaft und Bauindustrie		zusammen	Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	Investitionsgüterindustrien	Verbrauchsgüterindustrien	Nahrungs- und Genußmittelindustrien	Investitionsgüter [3])	Verbrauchsgüter [3])
1950	36,4	36,6	74,4	33,9	35,9	28,0	38,3	40,5	29,5	30,3
1951	42,7	43,1	82,1	40,4	42,5	35,4	43,5	45,4	36,6	35,0
1952	45,6	45,9	86,1	43,1	44,5	39,5	44,6	48,4	42,1	37,6
1953	49,6	49,7	87,9	47,1	47,4	41,7	52,2	54,8	44,2	44,1
1954	55,3	55,5	90,1	53,1	54,0	48,6	57,3	58,0	51,4	49,0
1955	64,1	64,4	95,0	62,2	62,9	60,3	63,9	63,8	63,3	56,2
1956	69,5	69,7	98,6	67,7	67,0	66,3	70,3	69,4	69,2	63,1
1957	73,3	73,6	99,9	71,8	70,7	68,9	75,5	77,2	71,2	68,9
1958	75,4	75,6	98,9	74,0	71,3	72,9	75,9	80,6	74,0	71,8
1959	81,0	81,0	95,6	80,0	80,0	77,8	81,6	84,0	77,9	78,2
1960	90,2	90,5	97,5	90,0	90,9	90,1	89,6	88,6	88,4	88,0
1961	95,9	96,2	99,4	95,9	95,6	97,5	94,7	94,0	96,9	94,1
1962	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1963	103,4	103,1	101,6	103,2	104,3	102,5	101,9	104,9	100,2	104,7
1964	112,3	111,7	103,3	112,3	118,1	110,2	108,6	110,5	106,3	112,7
1965	118,2	117,9	100,2	119,1	124,8	117,8	115,6	115,2	112,3	120,3
1966	120,3	119,6	95,8	121,2	129,2	117,3	118,4	118,8	113,0	122,6
1967	117,4	116,6	90,0	118,5	132,7	109,1	113,2	121,4	106,0	116,9
1968	131,2	130,7	93,4	133,3	151,6	122,7	129,5	128,2	115,5	135,0
1969	148,2	147,9	96,6	151,5	170,0	146,5	144,2	134,4	135,9	153,8
1970	157,2	156,5	99,1	160,5	178,6	160,1	147,7	138,6	146,4	163,0
1971	160,1	159,0	101,6	163,0	181,9	158,8	153,7	145,6	147,5	167,4
1972	166,4	164,1	94,2	169,0	191,3	161,9	163,1	147,5	150,3	176,1
1973	178,7	176,6	93,9	182,3	212,2	176,7	167,1	152,8	158,7	184,1
1973 1. Vj.	172,8	170,7	99,8	175,7	202,6	170,8	168,2	139,2	151,1	188,4
2. Vj.	186,8	185,0	92,4	191,4	221,1	187,8	176,7	155,7	168,9	196,1
3. Vj.	167,1	165,0	85,9	170,5	209,8	157,4	151,3	147,6	143,6	161,3
4. Vj.	188,8	186,2	97,5	192,3	216,1	192,5	173,5	165,2	173,0	192,2
1974 1. Vj.	175,9	173,4	98,6	178,6	209,7	173,5	162,3	146,2	151,9	179,7
2. Vj.	188,9	187,2	93,4	193,7	227,3	189,8	172,7	159,2	170,9	188,0
3. Vj.	163,3	161,2	85,9	166,4	207,5	153,7	140,8	147,7	141,7	149,9

[1]) Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt.
[2]) Einschließlich Personenkraftwagen und Kombinationskraftwagen. Die Zuteilung zum jeweiligen Güterbereich erfolgt annäherungsweise nach der Zulassungsstatistik für Kraftfahrzeuge.
[3]) Hauptsächlich Enderzeugnisse, nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppiert.

Tabelle 34*

Beschäftigte

in

Zeitraum	Insgesamt		Bergbau		Ver zusammen	
	Beschäftigte	Arbeiter	Beschäftigte	Arbeiter	Beschäftigte	Arbeiter
1950 [1]	4 797	4 054	571	528	4 226	3 526
1951	5 332	4 509	593	548	4 739	3 961
1952	5 518	4 633	614	568	4 903	4 066
1953	5 751	4 814	643	591	5 108	4 222
1954	6 062	5 070	642	588	5 420	4 482
1955	6 576	5 498	644	587	5 932	4 910
1956	6 991	5 820	653	594	6 338	5 226
1957	7 221	5 984	668	606	6 553	5 378
1958	7 273	5 979	657	593	6 616	5 385
1959	7 301	5 949	613	549	6 688	5 400
1960	8 081	6 545	616	547	7 465	5 998
1961	8 316	6 674	586	517	7 730	6 157
1962	8 339	6 623	549	481	7 790	6 141
1963	8 264	6 500	517	452	7 747	6 049
1964	8 301	6 491	497	432	7 804	6 059
1965	8 460	6 578	474	410	7 986	6 168
1966	8 385	6 452	435	373	7 949	6 079
1967	7 843	5 927	378	321	7 465	5 606
1968	7 899	5 967	337	285	7 562	5 682
1969	8 308	6 284	318	266	7 991	6 018
1970	8 603	6 471	310	259	8 293	6 211
1971	8 538	6 342	306	254	8 232	6 088
1972	8 340	6 129	283	233	8 058	5 896
1973	8 368	6 117	261	214	8 107	5 903
1973 1. Vj.	8 330	6 094	269	221	8 062	5 873
2. Vj.	8 351	6 106	263	216	8 088	5 891
3. Vj.	8 407	6 151	258	211	8 149	5 940
4. Vj.	8 386	6 117	255	209	8 131	5 908
1974 1. Vj.	8 250	5 991	252	206	7 998	5 785
2. Vj.	8 188	5 936	251	205	7 937	5 731

[1] Ohne Saarland und Berlin.

Tabelle 34*

in der Industrie

1 000

arbeitende Industrie								Zeitraum
Grundstoff- und Produktionsgüter-industrien		Investitionsgüter-industrien		Verbrauchsgüter-industrien		Nahrungs- und Genußmittel-industrien		
Be-schäftigte	Arbeiter	Be-schäftigte	Arbeiter	Be-schäftigte	Arbeiter	Be-schäftigte	Arbeiter	
1 095	915	1 457	1 186	1 336	1 160	338	266	1950 [1]
1 202	1 004	1 679	1 372	1 501	1 303	357	282	1951
1 243	1 030	1 776	1 440	1 508	1 302	376	294	1952
1 248	1 029	1 866	1 503	1 605	1 386	389	304	1953
1 313	1 080	2 020	1 631	1 684	1 457	403	314	1954
1 422	1 170	2 302	1 867	1 787	1 545	421	328	1955
1 496	1 225	2 522	2 035	1 879	1 622	442	344	1956
1 538	1 254	2 650	2 126	1 906	1 642	458	356	1957
1 539	1 243	2 722	2 168	1 888	1 614	467	360	1958
1 564	1 256	2 793	2 205	1 864	1 583	467	356	1959
1 722	1 379	3 232	2 536	2 005	1 699	506	384	1960
1 784	1 416	3 398	2 641	2 033	1 713	514	387	1961
1 771	1 390	3 462	2 659	2 033	1 702	524	391	1962
1 750	1 358	3 454	2 623	2 015	1 678	528	390	1963
1 770	1 366	3 508	2 648	2 006	1 663	522	382	1964
1 804	1 384	3 629	2 726	2 032	1 680	520	379	1965
1 771	1 339	3 617	2 683	2 040	1 679	521	379	1966
1 670	1 237	3 385	2 461	1 902	1 544	507	364	1967
1 682	1 243	3 466	2 530	1 908	1 549	505	359	1968
1 750	1 288	3 741	2 750	1 990	1 619	510	361	1969
1 810	1 323	3 959	2 901	2 010	1 626	515	361	1970
1 785	1 287	3 957	2 856	1 976	1 586	514	358	1971
1 741	1 243	3 857	2 745	1 953	1 559	506	350	1972
1 747	1 242	3 931	2 789	1 925	1 526	505	346	1973
1 728	1 226	3 886	2 757	1 947	1 548	500	342	1973 1. Vj.
1 745	1 241	3 911	2 775	1 933	1 534	498	340	2. Vj.
1 762	1 256	3 951	2 806	1 924	1 525	512	353	3. Vj.
1 753	1 244	3 975	2 819	1 894	1 496	509	350	4. Vj.
1 718	1 211	3 944	2 787	1 843	1 450	494	336	1974 1. Vj.
1 724	1 218	3 915	2 760	1 811	1 422	487	331	2. Vj.

[1] 1)

Tabelle 35*

Geleistete Arbeiterstunden in der Industrie [1])

Mio

Zeitraum	Industrie insgesamt	Bergbau	Verarbeitende Industrie				
			zusammen	Grundstoff- und Produktionsgüter-	Investitionsgüter-	Verbrauchsgüter-	Nahrungs- und Genußmittel-
				industrien			
1950	9 240	1 152	8 088	2 146	2 723	2 594	624
1951	10 218	1 204	9 014	2 348	3 156	2 851	659
1952	10 501	1 230	9 273	2 398	3 317	2 861	695
1953	10 885	1 258	9 627	2 388	3 433	3 085	721
1954	11 516	1 218	10 298	2 541	3 777	3 234	746
1955	12 484	1 213	11 271	2 738	4 319	3 436	778
1956	12 952	1 218	11 734	2 809	4 557	3 560	807
1957	12 624	1 188	11 436	2 714	4 478	3 430	813
1958	12 377	1 134	11 242	2 624	4 545	3 272	801
1959	12 231	1 014	11 217	2 654	4 558	3 221	783
1960	13 393	1 026	12 368	2 900	5 230	3 407	831
1961	13 403	962	12 441	2 923	5 352	3 345	821
1962	12 998	889	12 109	2 802	5 219	3 269	819
1963	12 579	833	11 746	2 713	5 070	3 154	810
1964	12 609	795	11 814	2 758	5 133	3 130	793
1965	12 654	738	11 916	2 764	5 250	3 123	779
1966	12 221	656	11 565	2 632	5 090	3 071	772
1967	10 986	545	10 441	2 391	4 521	2 787	742
1968	11 322	497	10 826	2 444	4 792	2 860	730
1969	11 946	465	11 481	2 546	5 247	2 960	728
1970	12 246	441	11 804	2 590	5 534	2 948	733
1971	11 726	423	11 303	2 448	5 283	2 850	722
1972	11 210	373	10 837	2 351	5 001	2 787	698
1973	11 144	347	10 798	2 345	5 077	2 688	687
1973 1. Vj.	2 846	92	2 754	587	1 291	707	169
2. Vj.	2 789	84	2 705	586	1 273	679	167
3. Vj.	2 686	84	2 602	580	1 212	636	174
4. Vj.	2 823	86	2 737	592	1 302	666	178
1974 1. Vj.	2 711	88	2 623	565	1 255	639	164
2. Vj.	2 638	81	2 557	562	1 222	614	159

[1]) Von Arbeitern (einschließlich gewerbliche Lehrlinge) geleistete Stunden.
[2]) Ohne Saarland und Berlin.

Tabelle 36*

Produktionsergebnis je Beschäftigtenstunde in der Industrie

1962 = 100

Zeitraum	Industrie insgesamt [1]	Bergbau [2]	Verarbeitende Industrie [2]				
			zusammen	Grundstoff- und Produktionsgüter-	Investitionsgüter-	Verbrauchsgüter-	Nahrungs- und Genußmittel-
				industrien			
1950	51,6	53,8	51,0	48,2	52,9	48,4	51,7
1951	55,1	56,9	54,7	51,7	58,1	50,6	55,0
1952	57,1	58,5	56,7	53,1	61,4	51,7	57,2
1953	59,5	59,1	59,3	55,6	62,2	56,2	62,3
1954	62,7	62,5	62,6	59,7	66,2	59,0	63,8
1955	66,8	65,8	66,9	64,4	71,7	61,7	66,9
1956	69,3	67,7	69,4	66,3	74,1	65,1	69,7
1957	74,1	70,1	74,3	71,8	77,5	70,6	76,1
1958	77,1	72,9	77,4	74,3	80,6	74,0	80,2
1959	83,2	78,0	83,6	82,3	85,4	80,7	84,6
1960	90,0	86,2	90,3	90,0	92,4	87,6	89,5
1961	94,4	92,5	94,4	93,0	96,3	93,1	94,9
1962	100	100	100	100	100	100	100
1963	105,2	108,1	105,1	106,7	103,9	104,5	104,7
1964	114,0	114,8	114,0	119,2	110,8	112,9	112,8
1965	119,6	119,3	119,6	124,9	115,6	120,7	119,7
1966	123,9	126,6	123,9	133,6	116,9	124,4	124,1
1967	131,5	140,3	131,3	148,5	119,3	128,7	129,6
1968	142,7	157,6	142,3	165,9	127,6	142,7	137,4
1969	153,0	172,9	152,4	178,1	139,3	152,7	143,3
1970	157,7	185,7	156,8	183,8	144,2	157,4	146,2
1971	165,8	197,0	165,1	195,8	148,5	168,6	155,5
1972	176,8	205,1	176,1	212,4	156,7	181,4	161,1
1973	189,8	218,3	189,1	233,9	167,5	191,7	167,7
1973 1. Vj.	183,2	219,9	182,0	223,1	163,3	188,8	158,4
2. Vj.	190,5	214,7	190,0	236,6	168,6	191,1	166,5
3. Vj.	190,3	211,3	189,7	239,2	162,7	190,9	167,0
4. Vj.	195,7	228,0	194,7	234,1	175,2	197,1	178,2
1974 1. Vj.	191,3	224,5	190,5	236,1	167,7	195,9	168,2
2. Vj.	199,4	223,4	198,8	249,7	173,7	200,6	174,7

[1] Ohne öffentliche Energiewirtschaft und Bauindustrie.
[2] Vierteljahre: Eigene Schätzung.

Tabelle 37*

Baugenehmigungen

Zeitraum	Genehmigungen für Hochbauten [1]								Öffentliche Aufträge für Tiefbauten
	umbauter Raum [2]				veranschlagte reine Baukosten [3]				
	insgesamt	Wohngebäude	Nichtwohngebäude: von Unternehmen und Freien Berufen [4]	Nichtwohngebäude: von Gebietskörperschaften [5]	insgesamt	Wohngebäude	Nichtwohngebäude: von Unternehmen und Freien Berufen [4]	Nichtwohngebäude: von Gebietskörperschaften [5]	
	1 000 cbm				Mio DM				1970 = 100
1950 [6]	.	140 665	.	.	.	5 243	.	.	.
1951 [6]	.	139 448	.	.	.	5 337	.	.	.
1952 [6]	230 108	135 652	94 456		9 693	6 216	3 478		.
1953 [6]	245 968	163 649	82 319		11 370	7 860	3 510		.
1954 [6]	282 134	185 592	96 542		13 375	9 062	4 313		.
1955 [6]	309 971	195 519	114 452		15 488	10 063	5 425		.
1956 [6]	304 198	180 298	123 900		16 129	10 061	6 068		.
1957 [6]	286 391	174 078	88 877	23 436	16 404	10 459	3 877	2 068	.
1958 [6]	311 254	193 297	89 514	28 443	19 208	12 386	4 209	2 612	.
1959 [6]	343 689	210 904	103 353	29 432	22 136	14 321	4 940	2 875	.
1960	392 427	234 427	124 073	33 927	27 491	17 253	6 624	3 614	.
1961	422 657	248 592	135 029	39 046	31 685	19 851	7 527	4 307	.
1962	427 301	253 459	133 795	40 047	34 675	22 176	7 445	5 055	57,5
1963	383 726	229 774	113 144	40 808	34 189	21 836	6 768	5 586	60,4
1964	429 635	246 181	136 895	46 559	40 738	25 397	8 676	6 665	63,0
1965	441 163	259 257	134 819	47 087	44 879	28 534	9 140	7 205	70,7
1966	421 309	245 143	135 531	40 635	44 680	28 555	9 617	6 508	65,1
1967	378 533	219 319	119 593	39 621	41 483	26 062	8 898	6 523	70,4
1968	400 266	226 408	131 122	42 736	43 187	27 031	9 351	6 805	85,9
1969	470 178	242 236	183 995	43 947	49 521	29 541	12 992	6 988	102,3
1970	497 264	266 573	182 286	48 405	59 058	35 529	14 874	8 655	100
1971	542 377	313 124	178 438	50 815	73 588	47 011	16 620	9 957	88,0
1972	567 237	343 057	176 569	47 611	87 234	57 221	19 421	10 592	107,9
1973	520 450	303 315	171 785	45 350	85 940	55 732	19 362	10 846	111,0
1973 1. Vj.	121 729	74 220	38 488	9 022	19 453	13 090	4 358	2 005	84,5
2. Vj.	145 661	88 658	46 196	10 807	23 690	16 140	5 024	2 526	115,8
3. Vj.	143 906	84 757	47 243	11 906	23 950	15 974	5 210	2 766	132,0
4. Vj.	108 673	55 238	39 926	13 509	18 776	10 488	4 750	3 539	111,8
1974 1. Vj.	81 888	42 610	27 430	11 848	14 874	8 394	3 369	3 111	81,4
2. Vj.	103 847	59 679	30 293	13 875	19 487	11 911	3 741	3 835	138,2
3. Vj.	110 652	60 645	35 048	14 959	20 671	12 190	4 462	4 019	158,9

[1] Aus erhebungstechnischen Gründen (insbesondere durch Nachmeldungen am Jahresende) stimmt die jeweilige Summe der Vierteljahresergebnisse nicht immer mit den entsprechenden Jahressummen überein.
[2] Ab 1963 nur Neu- und Wiederaufbau (einschließlich Umbau ganzer Gebäude).
[3] Alle Baumaßnahmen.
[4] Einschließlich privater Bauherren.
[5] Alle Anstaltsgebäude und die von Gebietskörperschaften und Organisationen ohne Erwerbscharakter geplanten Nichtwohngebäude.
[6] Ohne Saarland und Berlin.

Tabelle 38*

Auftragseingang und Auftragsbestand im Bauhauptgewerbe

Wertindex 1971 = 100

Zeitraum		Insgesamt	Hochbau				Tiefbau	
			zusammen	davon			zusammen	darunter Straßenbau
				Wohnungsbau	sonstiger Hochbau			
					private [1]	öffentliche [2]		
					Auftraggeber			
					Auftragseingang			
1972		104,9	109,6	121,4	100,7	99,9	97,1	98,1
1973		104,6	108,2	101,2	109,2	122,0	98,4	102,6
1971	1. Vj.	90,0	92,6	91,5	94,1	92,2	85,8	78,0
	2. Vj.	120,0	115,3	109,0	119,7	121,4	127,8	134,8
	3. Vj.	106,1	105,8	105,2	107,4	104,2	106,6	115,1
	4. Vj.	83,8	86,2	94,3	78,8	82,2	79,8	72,1
1972	1. Vj.	93,9	101,5	118,0	93,4	80,3	81,4	75,2
	2. Vj.	117,2	119,3	131,5	107,0	114,9	113,9	123,2
	3. Vj.	114,5	117,9	125,2	113,1	110,8	108,8	120,6
	4. Vj.	93,7	99,5	110,7	89,1	93,8	84,2	73,4
1973	1. Vj.	102,5	114,0	116,7	114,4	107,6	83,4	74,8
	2. Vj.	123,7	126,4	126,3	130,0	119,9	119,2	124,2
	3. Vj.	111,0	111,0	89,8	119,3	142,2	111,0	132,4
	4. Vj.	81,9	81,5	72,0	72,9	118,5	82,2	78,8
1974	1. Vj.	80,3	85,2	78,5	85,9	98,4	72,3	69,1
	2. Vj.	108,6	103,2	101,0	94,5	124,2	117,7	132,7
	3. Vj.	104,2	94,3	79,7	80,2	152,5	120,6	145,3
					Auftragsbestand			
1972		105,0	110,8	126,4	101,1	93,8	93,8	98,8
1973		104,6	107,2	114,7	103,2	98,4	99,3	108,8
1971	Mär	104,1	98,7	94,9	101,3	102,3	114,7	117,0
	Jun	105,7	102,9	99,7	107,1	103,5	111,0	113,9
	Sep	99,7	102,4	102,9	103,3	100,2	94,4	93,2
	Dez	90,6	96,0	102,6	88,3	94,0	79,9	75,8
1972	Mär	101,7	106,0	120,6	96,0	91,5	93,5	98,1
	Jun	106,6	110,6	128,1	98,5	93,2	98,8	105,2
	Sep	107,8	114,2	129,1	104,8	98,2	95,4	101,9
	Dez	103,8	112,2	127,7	105,0	92,3	87,4	89,9
1973	Mär	114,5	122,8	141,6	114,7	97,7	98,5	107,0
	Jun	114,9	119,1	135,1	112,7	97,1	106,7	115,1
	Sep	98,7	98,6	98,8	100,0	96,1	98,9	109,6
	Dez	90,1	88,4	83,1	85,3	102,8	93,2	103,3
1974	Mär	89,9	85,9	79,1	83,1	104,0	97,0	110,5
	Jun	92,8	87,1	72,4	93,7	106,3	103,8	122,2

[1]) Gewerblicher und industrieller Bau für Unternehmen (einschließlich Bundesbahn und Bundespost), landwirtschaftlicher Bau.
[2]) Gebietskörperschaften, Organisationen ohne Erwerbscharakter, sonstige öffentliche Auftraggeber.

Tabelle 39*

Umsatz, Beschäftigung und Produktion im Bauhauptgewerbe [1])

Zeitraum	Umsatz [2]) insgesamt	Wohnungsbau	landwirtschaftlicher und gewerblicher Bau	öffentlicher und Verkehrsbau	Beschäftigte [3])	Geleistete Arbeitsstunden [4])	Nettoproduktionsindex [5])
	Mio DM				1 000	Mio	1962 = 100
1950	6 182	.	.	.	913	1 811	.
1951	7 783	.	.	.	922	1 862	.
1952	9 237	.	.	.	945	1 899	.
1953	10 690	.	.	.	1 051	2 179	.
1954	11 722	5 470	2 827	3 424	1 095	2 262	.
1955	14 172	6 236	3 582	4 354	1 209	2 498	.
1956	15 638	6 695	4 026	4 918	1 217	2 551	.
1957	15 978	6 811	4 078	5 089	1 201	2 379	.
1958	17 172	7 366	4 101	5 705	1 206	2 340	.
1959	21 057	8 479	4 969	7 609	1 287	2 494	.
1960	25 018[a])	9 706	6 411	8 882	1 406	2 604	.
1961	28 650[a])	10 860	7 212	10 564	1 447	2 668	.
1962	33 359[a])	12 149	7 665	13 532	1 526	2 706	100
1963	36 420[a])	13 016	7 738	15 654	1 604	2 660	102,8
1964	42 617	15 097	8 872	18 649	1 643	2 908	117,5
1965	44 375	15 906	9 717	18 753	1 643	2 800	117,7
1966	46 878	16 896	10 312	19 670	1 619	2 793	122,2
1967	44 329	16 414	8 921	18 994	1 467	2 475	113,4
1968	28 417	10 391	6 317	11 709	1 487	2 472	119,1
1969	42 751	15 069	9 816	17 866	1 505	2 440	123,5
1970	55 229	18 232	13 441	23 556	1 529	2 526	133,4
1971	67 034	23 196	17 428	26 410	1 544	2 554	137,9
1972	74 040	28 094	18 165	27 782	1 533	2 524	145,8
1973	77 339	29 912	19 401	28 026	1 508	2 352	143,1
1973 1. Vj.	15 005	6 043	3 856	5 107	1 463	501	114,9
2. Vj.	17 750	7 134	4 740	5 874	1 546	655	166,6
3. Vj.	20 643	7 805	5 112	7 726	1 548	635	150,7
4. Vj.	23 941	8 930	5 691	9 320	1 476	560	141,8
1974 1. Vj.	14 511	5 423	3 757	5 331	1 353	466	116,4
2. Vj.	16 374	6 038	4 030	6 306	1 365	550	153,2
3. Vj.	19 017	6 571	4 704	7 741	1 350	529	133,0

[6]) Ohne Saarland und Berlin.

[1]) Nur Betriebe des Hoch-, Tief- und Spezialbaus, des Stukkateur- und Gipsergewerbes sowie der Zimmerei und Dachdeckerei.
[2]) Nur baugewerblicher Umsatz. Ab 1968 ohne Umsatzsteuer, bis 1967 vorwiegend Zahlungseingang, ab 1968 vorwiegend vereinbarte Entgelte.
[3]) Ohne mithelfende Familienangehörige.
[4]) Von Inhabern, Angestellten und Arbeitern (einschließlich Lehrlinge) auf Bauhöfen und Baustellen geleistete Stunden; ohne mithelfende Familienangehörige.
[5]) Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt.
a) Einschließlich Trümmerbeseitigung und Abbruch in Berlin (West).

Tabelle 40*

Einzelhandelsumsatz

1970 = 100

Zeitraum	Einzelhandel insgesamt [1]	darunter Einzelhandel mit								
		Waren verschiedener Art [2]	Nahrungs- und Genußmitteln, Gemischtwaren	Bekleidung, Wäsche, Schuhen	Hausrat und Wohnbedarf	elektro- und optischen Erzeugnissen, Uhren	Papierwaren und Druckerzeugnissen	pharmazeutischen, kosmetischen u. ä. Erzeugnissen	Kohle und Mineralölerzeugnissen	Fahrzeugen, Maschinen, Büroeinrichtungen
	in jeweiligen Preisen									
1964	66,6	56,0	70,1	70,6	64,9	66,7	64,4	60,9	72,4	66,7
1965	73,3	65,1	76,0	77,4	70,8	73,8	71,8	67,4	74,7	73,9
1966	77,2	70,9	80,0	80,2	75,8	77,2	77,5	73,6	75,8	74,5
1967	78,1	73,4	82,3	78,8	75,8	75,7	81,6	79,0	77,2	70,3
1968	81,5	80,2	86,1	80,6	77,7	78,6	85,2	85,1	83,8	68,5
1969	89,8	87,2	92,5	89,7	87,4	87,5	93,8	93,6	88,1	84,9
1970	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	111,2	113,2	110,8	111,8	116,3	112,7	112,2	110,9	107,6	106,2
1972	121,9	126,2	121,6	123,1	131,3	127,2	120,5	120,3	109,8	111,2
1973	131,3	137,4	132,0	127,4	146,6	134,4	130,2	131,6	155,4	110,4
1973 1. Vj.	119,0	117,9	122,8	110,0	122,0	108,9	116,4	125,8	135,0	119,0
2. Vj.	129,4	127,7	132,7	126,7	134,3	116,5	110,2	129,8	135,4	129,6
3. Vj.	121,1	122,3	129,0	107,3	137,4	118,6	127,0	127,7	136,2	101,2
4. Vj.	153,7	181,3	143,4	165,6	168,4	193,5	167,1	143,3	213,0	91,7
1974 1. Vj.	122,6	129,4	127,7	114,1	125,1	120,3	121,4	134,0	170,9	93,1
2. Vj.	134,9	138,4	141,0	127,8	135,9	131,4	119,8	142,2	168,7	114,8
3. Vj. [3]	131,6	139,4	138,8	121,3	138,3	133,0	141,0	140,4	165,6	101,9
	in Preisen von 1970									
1964	73,0	59,9	75,5	78,1	71,7	68,8	80,5	72,1	90,4	73,9
1965	78,8	68,7	79,8	83,9	76,2	75,7	85,5	78,6	91,0	80,9
1966	81,4	73,8	82,5	84,9	80,1	78,8	88,7	81,6	91,3	80,3
1967	82,0	76,3	84,7	82,7	79,9	78,2	89,6	86,4	90,7	75,5
1968	85,6	83,8	89,6	84,6	82,1	81,1	92,2	91,0	94,6	72,7
1969	93,0	90,2	94,2	93,2	91,6	89,5	98,8	98,3	97,4	89,0
1970	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	105,8	107,8	106,4	105,5	110,0	109,4	104,8	106,0	99,6	100,3
1972	110,6	114,9	111,2	109,7	119,1	118,8	109,8	109,7	95,8	100,8
1973	112,3	117,9	113,0	105,9	132,1	118,3	113,0	114,9	120,2	96,0
1973 1. Vj.	103,9	103,9	107,3	94,2	107,4	99,0	103,1	112,3	110,3	105,0
2. Vj.	110,7	110,8	112,7	106,2	116,4	103,7	96,4	113,3	111,2	112,7
3. Vj.	103,1	104,7	110,7	88,8	118,0	103,5	110,0	110,8	105,7	87,4
4. Vj.	128,7	152,1	122,0	134,6	142,8	167,0	142,3	123,3	151,4	78,7
1974 1. Vj.	100,3	106,5	105,8	90,9	103,0	101,1	101,5	113,5	115,4	78,7
2. Vj.	107,6	110,8	113,6	99,8	108,8	107,0	97,0	118,2	113,9	93,0
3. Vj. [3]	103,6	110,1	112,2	93,3	108,3	106,7	111,0	113,9	107,8	80,5

[1] Einschließlich Einzelhandel mit sonstigen Waren.
[2] Ohne Gemischtwaren; überwiegend Warenhausunternehmen und Versandhandelsunternehmen mit warenhausähnlichem Sortiment (Wirtschaftsklasse 43 00 0).
[3] Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 41*

Zahlungs

Mio

Zeitraum	Saldo der Devisenbilanz [1]	Bilanz der laufenden Posten				
		insgesamt	Saldo des Waren- und Dienstleistungsverkehrs			Saldo der Übertragungen [4]
			zusammen	Handelsbilanz [2]	Dienstleistungsbilanz [3]	
1950	− 564	− 427	− 2 492	− 3 012	+ 520	+ 2 065
1951	+ 2 038	+ 2 301	+ 772	− 149	+ 921	+ 1 529
1952	+ 2 900	+ 2 478	+ 2 318	+ 706	+ 1 612	+ 160
1953	+ 3 646	+ 3 873	+ 4 324	+ 2 516	+ 1 808	− 451
1954	+ 2 971	+ 3 669	+ 4 143	+ 2 698	+ 1 445	− 474
1955	+ 1 851	+ 2 235	+ 3 069	+ 1 245	+ 1 824	− 834
1956	+ 5 010	+ 4 459	+ 5 680	+ 2 897	+ 2 783	− 1 221
1957	+ 5 122	+ 5 901	+ 7 783	+ 4 083	+ 3 700	− 1 882
1958	+ 3 444	+ 5 998	+ 7 998	+ 4 954	+ 3 044	− 2 000
1959	− 1 692	+ 4 152	+ 7 431	+ 5 361	+ 2 070	− 3 279
1960	+ 8 019	+ 4 783	+ 8 271	+ 5 223	+ 3 048	− 3 488
1961	− 2 297	+ 3 193	+ 7 623	+ 6 615	+ 1 008	− 4 430
1962	− 877	− 1 580	+ 3 630	+ 3 477	+ 153	− 5 210
1963	+ 2 740	+ 991	+ 6 086	+ 6 032	+ 54	− 5 095
1964	+ 435	+ 524	+ 5 835	+ 6 081	− 246	− 5 311
1965	− 1 283	− 6 223	+ 154	+ 1 203	− 1 049	− 6 377
1966	+ 1 952	+ 488	+ 6 783	+ 7 958	− 1 175	− 6 295
1967	− 140	+10 006	+16 428	+16 862	− 434	− 6 422
1968	+ 7 009	+11 856	+19 168	+18 372	+ 796	− 7 312
1969	−14 361	+ 7 498	+16 248	+15 584	+ 664	− 8 750
1970	+22 650	+ 3 585	+13 344	+15 670	− 2 326	− 9 759
1971	+10 989	+ 3 116	+14 613	+15 892	− 1 279	−11 497
1972	+15 194	+ 3 349	+17 386	+20 278	− 2 892	−14 037
1973	+16 149	+12 115	+28 010	+32 979	− 4 969	−15 895
1973 1. Vj.	+12 655	+ 1 792	+ 5 515	+ 5 887	− 372	− 3 723
2. Vj.	+ 2 725	+ 3 307	+ 7 287	+ 6 955	+ 332	− 3 980
3. Vj.	+ 8 281	+ 2 083	+ 6 392	+ 9 931	− 3 539	− 4 309
4. Vj.	− 7 512	+ 4 934	+ 8 817	+10 206	− 1 389	− 3 883
1974 1. Vj.	− 509	+ 7 832	+11 588	+13 275	− 1 687	− 3 756
2. Vj.	+ 3 401	+ 6 468	+10 388	+11 969	− 1 581	− 3 920
3. Vj.	− 6 432	+ 2 649	+ 7 134	+11 677	− 4 543	− 4 485

[1] Veränderung der Währungsreserven der Bundesbank einschließlich der deutschen Reserveposition im IWF und der Sonderziehungsrechte (Zunahme: +).
[2] Spezialhandel nach der amtlichen Außenhandelsstatistik; Einfuhr cif, Ausfuhr fob.
[3] Ohne die bereits im cif-Wert der Einfuhr enthaltenen Ausgaben für Fracht- und Versicherungskosten; jedoch einschließlich des Saldos des Transithandels sowie einschließlich sonstiger, den Warenverkehr betreffender Ergänzungen.

Tabelle 41*

bilanz

DM

Kapitalbilanz [5]			Saldo der statistisch erfaßten Transaktionen	Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen [6]	Zuteilung von Sonderziehungsrechten und Ausgleichsbedarf der Bundesbank [7]	Zeitraum
Saldo des gesamten Kapitalverkehrs	langfristiger Kapitalverkehr	kurzfristiger Kapitalverkehr				
+ 637	+ 488	+ 149	+ 210	− 774	—	1950
− 543	− 79	− 464	+ 1 758	+ 280	—	1951
+ 6	− 357	+ 363	+ 2 484	+ 416	—	1952
− 698	− 378	− 320	+ 3 175	+ 471	—	1953
− 106	− 438	+ 332	+ 3 563	− 592	—	1954
− 640	− 271	− 369	+ 1 595	+ 256	—	1955
− 162	− 365	+ 203	+ 4 297	+ 713	—	1956
− 2 655	− 390	− 2 265	+ 3 246	+ 1 876	—	1957
− 2 329	− 1 437	− 892	+ 3 669	− 225	—	1958
− 6 398	− 3 629	− 2 769	− 2 246	+ 554	—	1959
+ 1 272	− 81	+ 1 353	+ 6 055	+ 1 964	—	1960
− 5 009	− 4 053	− 956	− 1 816	+ 994	− 1 475	1961
− 597	− 183	− 414	− 2 177	+ 1 300	—	1962
+ 620	+ 1 806	− 1 186	+ 1 611	+ 1 129	—	1963
− 1 325	− 894	− 431	− 801	+ 1 236	—	1964
+ 2 142	+ 1 137	+ 1 005	− 4 081	+ 2 798	—	1965
− 599	− 342	− 257	− 111	+ 2 063	—	1966
−11 848	− 2 930	− 8 918	− 1 842	+ 1 702	—	1967
− 6 125	−11 201	+ 5 076	+ 5 731	+ 1 278	—	1968
−18 679	−23 040	+ 4 361	−11 181	+ 919	− 4 099	1969
+15 019	− 934	+15 953	+18 604	+ 3 308	+ 738	1970
+10 522	+ 6 293	+ 4 229	+13 638	+ 2 720	− 5 369	1971
+11 186	+14 840	− 3 654	+14 535	+ 1 155	− 496	1972
+11 713	+11 823	− 110	+23 828	+ 2 600	−10 279	1973
+13 586	+ 3 190	+10 396	+15 378	+ 4 494	− 7 217	1973 1. Vj.
− 153	+ 4 428	− 4 581	+ 3 154	− 429	—	2. Vj.
+ 4 594	+ 3 355	+ 1 239	+ 6 677	+ 1 604	—	3. Vj.
− 6 313	+ 851	− 7 164	− 1 379	− 3 071	− 3 062	4. Vj.
−10 465	− 702	− 9 763	− 2 633	+ 2 124	—	1974 1. Vj.
− 1 674	− 339	− 1 335	+ 4 794	− 1 393	—	2. Vj.
− 4 800	− 2 329	− 2 471	− 2 151	− 4 281	—	3. Vj.

[4] Eigene Leistungen: —.
[5] Kapitalexport: —.
[6] Saldo der nicht erfaßten Posten und statistischen Ermittlungsfehler im Leistungs- und Kapitalverkehr (= Restposten).
[7] Gegenposten zu Veränderungen der zentralen Währungsreserven (Devisenbilanz), die nicht auf den Leistungs- und Kapitalverkehr mit dem Ausland zurückgehen: Minderung des DM-Wertes der Gold- und Devisenpositionen der Deutschen Bundesbank durch die DM-Aufwertungen sowie Zuteilung von Sonderziehungsrechten.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 42*

Kapitalverkehr

Mio

Zeitraum	Langfristiger Kapitalver							
		privat						
	insgesamt [2] (Kapitalexport: −)	zusammen [2] (Kapitalexport: −)	deutsche Nettokapitalanlagen im Ausland (Zunahme: −)			ausländische Nettokapitalanlagen im Inland (Zunahme: +)		
			zusammen [2]	Direktinvestitionen und privater Grundbesitz	Kredite und Darlehen, Portfolioinvestitionen	zusammen [2]	Direktinvestitionen und privater Grundbesitz	Kredite und Darlehen, Portfolioinvestitionen
1960	− 81	+ 1 230	− 1 494	− 733	− 783	+ 2 724	+ 807	+ 2 033
1961	− 4 053	+ 1 035	− 1 268	−1 002	− 268	+ 2 303	+1 178	+ 1 253
1962	− 183	+ 1 107	− 1 740	−1 335	− 374	+ 2 847	+1 338	+ 1 541
1963	+ 1 806	+ 3 253	− 1 663	−1 033	− 633	+ 4 916	+1 931	+ 3 009
1964	− 894	+ 421	− 2 377	−1 372	− 1 022	+ 2 798	+2 444	+ 367
1965	+ 1 137	+ 2 428	− 2 199	−1 448	− 741	+ 4 627	+3 557	+ 1 087
1966	− 342	+ 2 189	− 2 815	−1 616	− 1 187	+ 5 004	+3 953	+ 1 064
1967	− 2 930	− 1 440	− 3 663	−1 502	− 2 150	+ 2 223	+3 285	− 1 010
1968	−11 201	− 9 872	−12 223	−2 185	−10 020	+ 2 351	+2 087	+ 323
1969	−23 040	−21 203	−22 706	−3 142	−19 541	+ 1 503	+1 989	− 465
1970	− 934	+ 1 454	− 8 648	−3 580	− 5 048	+10 102	+2 073	+ 8 064
1971	+ 6 293	+ 8 459	− 4 026	−4 230	+ 219	+12 485	+3 827	+ 8 666
1972	+14 840	+16 329	+ 315	−5 760	+ 6 116	+16 014	+5 354	+10 703
1973	+11 823	+14 039	− 710	−5 186	+ 4 470	+14 749	+5 145	+ 9 617
1972 1. Vj.	+ 5 195	+ 5 461	− 847	−2 167	+ 1 325	+ 6 308	+2 282	+ 4 047
2. Vj.	+ 6 471	+ 6 799	+ 403	− 801	+ 1 206	+ 6 396	+ 876	+ 5 524
3. Vj.	+ 2 781	+ 2 922	+ 1 022	−1 279	+ 2 307	+ 1 900	+1 025	+ 885
4. Vj.	+ 393	+ 1 146	− 263	−1 513	+ 1 277	+ 1 409	+1 172	+ 248
1973 1. Vj.	+ 3 190	+ 3 699	+ 139	−1 255	+ 1 382	+ 3 560	+ 487	+ 3 080
2. Vj.	+ 4 428	+ 5 110	+ 1 301	− 984	+ 2 291	+ 3 808	+1 575	+ 2 236
3. Vj.	+ 3 355	+ 3 858	+ 64	−1 237	+ 1 301	+ 3 794	+1 432	+ 2 364
4. Vj.	+ 851	+ 1 372	− 2 214	−1 710	− 504	+ 3 586	+1 651	+ 1 939
1974 1. Vj.	− 702	− 498	− 1 898	−1 290	− 583	+ 1 400	+1 261	+ 141
2. Vj.	− 339	− 56	− 1 654	− 965	− 671	+ 1 598	+1 369	+ 228
3. Vj.	− 2 329	− 2 298	− 2 370	...	− 903	+ 72	...	+ 1 057

[1] Entsprechend der Darstellungsweise der Zahlungsbilanz haben Zahlungsmittelzuflüsse ein positives, Zahlungsmittelabflüsse ein negatives Vorzeichen.

[2] Einschließlich „sonstige Nettokapitalanlagen".

Tabelle 42*

mit dem Ausland [1])

DM

kehr	Kurzfristiger Kapitalverkehr					Zeitraum
		privat				
öffentlich (Kapitalexport: −)	insgesamt (Kapitalexport: −)	zusammen (Kapitalexport: −)	Kreditinstitute	Wirtschaftsunternehmen und Private	öffentlich (Kapitalexport: −)	
−1 311	+ 1 353	+ 2 359	+2 369	− 10	−1 006	1960
−5 088	− 956	− 735	− 380	− 355	− 221	1961
−1 290	− 414	− 254	− 259	+ 5	− 160	1962
−1 447	− 1 186	− 1 177	+ 684	−1 861	− 9	1963
−1 315	− 431	+ 610	+ 85	+ 525	−1 041	1964
−1 291	+ 1 005	− 47	− 478	+ 431	+1 052	1965
−2 531	− 257	− 594	− 574	− 20	+ 337	1966
−1 490	− 8 918	− 8 557	−4 823	−3 734	− 361	1967
−1 329	+ 5 076	+ 3 891	+2 455	+1 436	+1 185	1968
−1 837	+ 4 361	+ 4 390	+4 325	+ 65	− 29	1969
−2 388	+15 953	+16 381	+7 927	+8 454	− 428	1970
−2 166	+ 4 229	+ 3 191	+1 174	+2 017	+1 038	1971
−1 489	− 3 654	− 3 981	− 420	−3 561	+ 327	1972
−2 216	− 110	+ 30	−5 149	+5 179	− 140	1973
− 266	− 6 820	− 7 895	−7 011	− 884	+1 057	1972 1. Vj.
− 328	+ 2 426	+ 2 366	+2 242	+ 124	+ 60	2. Vj.
− 141	+ 4 038	+ 3 598	+1 120	+2 478	+ 440	3. Vj.
− 753	− 3 298	− 2 050	+3 229	−5 279	−1 248	4. Vj.
− 509	+10 396	+ 9 388	+5 580	+3 808	+1 008	1973 1. Vj.
− 682	− 4 581	− 4 399	−5 930	+1 531	− 182	2. Vj.
− 504	+ 1 239	+ 1 162	+ 682	+ 480	+ 77	3. Vj.
− 521	− 7 164	− 6 121	−5 481	− 640	−1 043	4. Vj.
− 204	− 9 763	−10 047	− 523	−9 524	+ 284	1974 1. Vj.
− 284	− 1 335	− 1 396	−1 353	− 43	+ 61	2. Vj.
− 31	− 2 471	− 2 601	−3 580	+ 979	+ 130	3. Vj.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 43*

Außenhandel (Spezialhandel)

Tatsächliche Werte, Volumen und Durchschnittswerte

Zeitraum	Tatsächliche Werte		Volumen [1] [2]		Index der Durchschnittswerte [2]		Terms of Trade [3]
	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	
	Mio DM				1962 = 100		
1950	8 362	11 374	.	.	.	.	.
1951	14 577	14 726	.	.	.	.	.
1952	16 909	16 203	17 588	12 781	96,3	126,8	75,9
1953	18 526	16 010	19 643	14 077	94,3	113,7	82,9
1954	22 035	19 337	23 712	17 399	92,9	111,1	83,6
1955 [4]	25 717	24 472	27 525	21 681	93,4	112,9	82,7
1956	30 861	27 964	31 896	24 213	96,8	115,5	83,8
1957	35 968	31 697	36 258	26 970	99,2	117,5	84,4
1958	36 998	31 133	38 065	29 215	97,2	106,6	91,2
1959	41 184	35 823	42 352	34 609	97,2	103,5	93,9
1960	47 946	42 723	48 449	40 401	99,0	105,7	93,7
1961	50 978	44 363	51 351	43 421	99,3	102,2	97,2
1962	52 975	45 498	52 975	49 498	100	100	100
1963	58 310	52 277	58 285	52 719	100,0	99,2	100,8
1964	64 920	58 839	64 848	59 261	100,1	99,3	100,8
1965	71 651	70 448	70 407	69 186	101,8	101,8	100,0
1966	80 628	72 670	78 365	70 278	102,9	103,4	99,5
1967	87 045	70 183	85 379	68 657	102,0	102,2	99,8
1968	99 551	81 179	99 033	81 244	100,5	99,9	100,6
1969	113 557	97 972	111 041	95 850	102,3	102,2	100,1
1970	125 276	109 606	120 389	109 343	104,1	100,2	103,9
1971	136 011	120 119	128 503	121 221	105,8	99,1	106,8
1972	149 023	128 744	139 538	132 399	106,8	97,2	109,9
1973	178 396	145 417	164 396	142 553	108,5	102,0	106,4
1973 1. Vj.	41 741	35 854	39 192	35 885	106,5	99,9	106,6
2. Vj.	43 628	36 673	40 603	36 228	107,4	101,2	106,1
3. Vj.	43 442	33 511	40 069	33 618	108,4	99,7	108,7
4. Vj.	49 585	39 379	44 533	36 822	111,3	106,9	104,1
1974 1. Vj.	54 665	41 390	46 384	33 771	117,9	122,6	96,2
2. Vj.	57 142	45 173	46 121	35 404	123,9	127,6	97,1
3. Vj.	57 432	45 754	43 974	34 408	130,6	133,0	98,2

[1] Mengen bewertet mit den Durchschnittswerten des Jahres 1962.
[2] Werte 1952 bis 1957 von Originalbasis 1954, Werte von 1958 bis 1961 von Originalbasis 1960 umbasiert.
[3] Index der Durchschnittswerte der Ausfuhr in vH des Index der Durchschnittswerte der Einfuhr.
[4] Bis 5. 7. 1959 ohne Saarland.

Tabelle 44*

Aus- und Einfuhr nach Warengruppen der Produktionsstatistik

Mio DM

Zeitraum	Insgesamt [1]	Bergbauliche Erzeugnisse	Erzeugnisse der industrien: Grundstoff- und Produktionsgüter-	Erzeugnisse der industrien: Investitionsgüter-	Erzeugnisse der industrien: Verbrauchsgüter-	Erzeugnisse der industrien: Nahrungs- und Genußmittel-	Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	Investitionsgüter [2]	Verbrauchsgüter [2]
					Ausfuhr				
1962	52 975	2 520	14 225	28 901	5 262	909	476	15 021	7 556
1963	58 310	2 715	15 167	32 118	5 969	981	596	16 242	8 930
1964	64 920	2 551	17 082	35 576	6 872	1 212	682	17 942	9 989
1965	71 651	2 464	19 272	38 883	7 618	1 504	779	19 863	10 185
1966	80 628	2 361	22 138	43 853	8 589	1 556	783	22 907	10 801
1967	87 045	2 282	24 813	46 434	9 248	1 974	874	24 714	11 039
1968	99 551	2 536	27 840	53 525	10 736	2 385	989	28 338	13 504
1969	113 557	2 416	31 040	61 620	12 753	2 792	1 257	32 531	14 312
1970	125 276	2 849	33 778	68 534	13 220	3 083	1 698	36 218	13 682
1971	136 011	3 019	35 016	75 448	14 715	3 995	1 535	40 893	14 252
1972	149 023	2 971	36 953	83 764	16 476	4 475	1 991	46 355	15 751
1973	178 396	3 313	46 984	97 408	19 592	6 192	2 519	52 132	18 790
1973 1. Vj.	41 741	778	11 136	22 488	4 788	1 294	676	11 978	4 491
2. Vj.	43 628	784	11 143	24 331	4 807	1 417	598	13 400	4 455
3. Vj.	43 442	803	11 607	23 393	4 818	1 649	567	12 448	4 680
4. Vj.	49 585	948	13 098	27 195	5 179	1 831	678	14 307	5 163
1974 1. Vj.	54 665	1 150	16 691	27 547	5 881	2 041	695	14 505	5 225
2. Vj.	57 142	1 230	18 301	28 460	5 784	2 078	519	14 727	5 129
3. Vj.	57 432	1 424	19 448	27 359	5 740	2 168	492	13 813	5 127
					Einfuhr				
1962	49 498	4 744	12 733	7 006	5 743	4 662	11 992	3 341	3 123
1963	52 277	5 109	13 422	7 161	6 326	4 763	11 042	3 293	3 431
1964	58 839	6 205	16 518	8 453	7 251	5 023	12 275	3 671	4 271
1965	70 448	6 602	18 905	11 089	9 118	6 245	13 932	4 820	5 892
1966	72 670	6 891	19 343	12 284	9 891	6 603	14 186	5 168	6 992
1967	70 183	7 432	19 406	12 047	8 461	6 328	13 134	5 333	6 433
1968	81 179	8 832	24 503	14 090	10 613	7 015	13 281	5 809	7 879
1969	97 972	9 424	30 346	18 526	13 293	7 968	14 788	7 614	10 250
1970	109 606	10 249	32 793	24 651	14 458	9 115	14 873	10 650	12 251
1971	120 119	11 554	32 281	28 181	17 466	10 250	15 575	12 714	15 117
1972	128 744	11 432	33 669	30 197	21 273	11 589	16 579	12 998	18 267
1973	145 417	13 919	40 825	32 096	23 250	13 065	18 481	12 453	19 791
1973 1. Vj.	35 854	3 145	9 441	8 138	6 144	3 257	4 790	3 241	5 153
2. Vj.	36 673	3 190	10 325	8 562	5 780	3 025	4 815	3 398	4 867
3. Vj.	33 511	3 157	9 699	7 167	5 560	3 016	4 100	2 749	4 794
4. Vj.	39 379	4 427	11 360	8 230	5 766	3 768	4 776	3 064	4 978
1974 1. Vj.	41 390	6 902	12 125	7 417	5 956	3 252	4 630	2 542	4 821
2. Vj.	45 173	7 297	13 546	8 495	6 180	3 117	5 471	3 001	5 330
3. Vj.	45 754	7 783	14 128	8 158	6 694	3 290	4 440	2 961	5 786

[1] Einschließlich Waren, die nicht zugeordnet werden konnten.

[2] Hauptsächlich Enderzeugnisse, nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppiert (entsprechend der Warengliederung des Index der industriellen Bruttoproduktion).

Tabelle 45*

Ausfuhr nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik

Mio DM

Zeitraum	Insgesamt [1]	Ernährungswirtschaft	Gewerbliche Wirtschaft					
			zusammen	Rohstoffe	Halbwaren	Fertigwaren		
						zusammen	Vorerzeugnisse	Enderzeugnisse
1950 [2]	8 362	196	8 166	1 168	1 576	5 422	1 862	3 560
1951	14 577	489	14 088	1 318	2 110	10 660	3 678	6 982
1952	16 909	379	16 529	1 281	2 544	12 704	3 488	9 216
1953	18 526	376	18 050	1 488	2 724	13 839	3 384	10 455
1954	22 035	515	21 521	1 694	2 883	16 943	4 109	12 834
1955	25 717	683	25 034	1 568	3 268	20 198	4 769	15 429
1956	30 861	834	29 945	1 715	3 819	24 412	5 945	18 467
1957	35 968	829	35 044	1 939	4 153	28 951	7 135	21 816
1958	36 998	882	35 998	1 710	3 890	30 398	6 769	23 630
1959	41 184	1 005	40 057	1 968	4 309	33 780	7 970	25 810
1960	47 946	1 091	46 696	2 182	5 007	39 506	9 672	29 834
1961	50 978	1 075	49 705	2 175	5 282	42 248	9 731	32 517
1962	52 975	1 143	51 616	2 362	4 982	44 273	9 876	34 397
1963	58 310	1 317	56 742	2 489	5 446	48 807	10 450	38 357
1964	64 920	1 614	63 039	2 518	5 733	54 788	11 847	42 941
1965	71 651	1 981	69 361	2 555	6 254	60 552	13 312	47 240
1966	80 628	1 968	78 301	2 835	7 152	68 314	14 727	53 587
1967	87 045	2 476	84 166	2 880	7 573	73 713	16 570	57 143
1968	99 551	2 985	96 098	3 163	8 563	84 373	18 264	66 109
1969	113 557	3 657	109 308	3 080	8 900	97 328	21 141	76 187
1970	125 276	4 380	120 194	3 188	9 577	107 430	23 034	84 395
1971	136 011	5 097	130 145	3 258	10 480	116 407	23 874	92 533
1972	149 023	5 946	142 184	3 388	10 445	128 351	25 861	102 490
1973	178 396	8 016	169 392	4 071	13 244	152 078	33 334	118 744
1973 1. Vj.	41 741	1 816	39 692	962	3 128	35 601	7 817	27 785
2. Vj.	43 628	1 852	41 550	995	3 159	37 396	7 954	29 442
3. Vj.	43 442	2 041	41 163	978	3 195	36 990	8 213	28 778
4. Vj.	49 585	2 307	46 988	1 134	3 762	42 091	9 352	32 739
1974 1. Vj.	54 665	2 485	51 924	1 354	4 859	45 710	11 608	34 103
2. Vj.	57 142	2 357	54 484	1 401	5 235	47 847	12 890	34 957
3. Vj.	57 432	2 458	54 648	1 438	5 376	47 834	13 609	34 225

[1] Einschließlich Rückwaren und Ersatzlieferungen.
[2] Bis 5. 7. 1959 ohne Saarland.

Tabelle 46*

Einfuhr nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik

Mio DM

Zeitraum	Insgesamt [1]	Ernährungswirtschaft	Gewerbliche Wirtschaft					
			zusammen	Rohstoffe	Halbwaren	Fertigwaren		
						zusammen	Vorerzeugnisse	Enderzeugnisse
1950 [2]	11 374	5 013	6 360	3 368	1 564	1 429	714	714
1951	14 726	5 876	8 850	5 249	2 012	1 588	848	740
1952	16 203	6 065	10 138	5 635	2 357	2 146	1 175	970
1953	16 010	5 852	10 158	5 224	2 438	2 497	1 450	1 046
1954	19 337	7 151	12 186	5 502	3 476	3 208	1 894	1 314
1955	24 472	7 635	16 837	7 281	4 916	4 640	2 764	1 876
1956	27 964	9 162	18 657	8 225	5 236	5 196	2 910	2 286
1957	31 697	9 975	21 569	9 376	5 741	6 452	3 338	3 114
1958	31 133	9 408	21 438	7 685	5 252	8 500	3 845	4 655
1959	35 823	10 731	24 755	7 749	5 977	11 030	4 719	6 311
1960	42 723	11 246	31 076	9 269	8 061	13 746	5 773	7 973
1961	44 363	11 677	32 186	9 095	7 542	15 550	6 028	9 522
1962	49 498	13 684	35 371	8 821	7 863	18 688	6 689	11 999
1963	52 277	12 779	38 987	9 362	8 049	21 575	7 142	14 433
1964	58 839	14 035	44 214	10 916	9 779	23 519	8 548	14 971
1965	70 448	16 852	52 917	11 431	10 807	30 679	10 424	20 256
1966	72 670	17 451	54 425	11 819	10 814	31 792	10 556	21 236
1967	70 183	16 599	52 648	11 828	10 961	29 859	9 454	20 406
1968	81 179	17 083	63 035	13 645	13 630	35 761	12 649	23 111
1969	97 972	19 331	77 404	14 487	16 720	46 196	15 767	30 429
1970	109 606	20 924	87 233	14 809	17 660	54 763	16 999	37 764
1971	120 119	22 829	95 636	15 868	16 327	63 442	18 686	44 755
1972	128 744	24 959	102 162	15 857	16 439	69 865	20 726	49 139
1973	145 417	28 029	115 702	18 754	21 578	75 370	22 873	52 498
1973 1. Vj.	35 854	6 978	28 486	4 542	4 723	19 221	5 774	13 447
2. Vj.	36 673	6 926	29 303	4 524	5 180	19 599	6 086	13 513
3. Vj.	33 511	6 416	26 732	4 207	5 078	17 447	5 351	12 096
4. Vj.	39 379	7 710	31 181	5 481	6 598	19 103	5 662	13 441
1974 1. Vj.	41 390	6 844	34 129	8 134	7 005	18 990	6 006	12 984
2. Vj.	45 173	7 547	37 129	8 676	7 683	20 770	6 620	14 149
3. Vj.	45 754	6 851	38 387	8 937	8 256	21 194	6 581	14 612

[1] Einschließlich Rückwaren und Ersatzlieferungen.
[2] Bis 5. 7. 1959 ohne Saarland.

Tabelle 47*

Warenausfuhr nach Ländergruppen

Verbrauchsländer

Mio DM

Zeitraum		Insgesamt [1]	EG-Länder [2]	EFTA-Länder [2] [3]	Übrige europäische Länder [4]	Staatshandelsländer [5]	Außereuropäische Industrieländer zusammen [6]	Außereuropäische Industrieländer Vereinigte Staaten	Übrige Länder [7]
1950	[8]	8 362	3 102	2 213	703	361	714	433	1 244
1951		14 577	4 326	4 109	1 190	284	1 611	992	3 027
1952		16 909	4 782	5 046	1 797	223	1 609	1 048	3 415
1953		18 526	5 528	5 187	1 449	330	2 028	1 249	3 928
1954		22 035	6 432	6 381	1 439	430	2 167	1 237	5 053
1955		25 717	7 409	7 419	1 829	623	2 723	1 625	5 531
1956		30 861	9 095	8 656	1 930	1 081	3 446	2 089	6 422
1957		35 968	10 502	9 803	1 954	1 192	4 332	2 521	7 944
1958		36 998	10 102	10 162	2 145	1 847	4 603	2 699	7 937
1959		41 184	11 463	11 107	2 477	1 868	5 914	3 835	8 119
1960		47 946	14 148	13 436	2 873	2 255	6 111	3 767	8 979
1961		50 978	16 180	14 422	3 178	2 072	5 875	3 497	9 103
1962		52 975	18 012	14 712	3 367	2 143	6 334	3 858	8 241
1963		58 310	21 754	15 795	3 518	1 813	6 862	4 195	8 383
1964		64 920	23 630	17 686	3 998	2 317	7 873	4 785	9 194
1965		71 651	25 220	19 342	4 779	2 676	9 070	5 741	10 331
1966		80 628	29 281	20 303	5 494	3 309	10 744	7 178	11 245
1967		87 045	32 007	20 623	5 922	4 377	12 191	7 859	11 670
1968		99 551	37 368	22 587	6 154	4 512	15 759	10 835	12 900
1969		113 557	45 177	25 602	7 201	5 081	16 201	10 633	14 037
1970		125 276	50 259	28 344	8 364	5 400	17 747	11 437	14 904
1971		136 011	54 530	30 428	8 988	5 825	19 578	13 140	16 347
1972		149 023	59 441	34 333	10 045	7 660	20 222	13 798	17 004
1973		178 396	84 066	28 062	11 392	10 814	23 174	15 089	20 532
1973	1. Vj.	41 741	20 105	6 471	2 666	2 342	5 506	3 828	4 572
	2. Vj.	43 628	20 633	6 980	2 771	2 448	5 838	3 918	4 872
	3. Vj.	43 442	20 007	6 695	2 832	2 748	5 863	3 754	5 205
	4. Vj.	49 585	23 322	7 916	3 124	3 275	5 967	3 590	5 883
1974	1. Vj.	54 665	25 753	8 158	3 479	3 191	7 192	4 506	6 747
	2. Vj.	57 142	26 301	8 484	3 811	3 679	7 183	4 499	7 517
	3. Vj.	57 432	25 664	8 661	3 933	4 127	6 702	3 868	8 147

[1] Einschließlich Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf, Polargebiete und „Nicht ermittelte Länder".
[2] Ab 1973 neuer Gebietsstand.
[3] Ab März 1970 einschließlich Island.
[4] Ohne Staatshandelsländer.
[5] Sowjetunion, Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Albanien, Nord-Vietnam, Mongolische Volksrepublik, Volksrepublik China, Nord-Korea.
[6] Australischer Bund, Japan, Kanada, Neuseeland, Republik Südafrika und Vereinigte Staaten.
[7] Außereuropäische Entwicklungsländer.
[8] Bis 5. 7. 1959 ohne Saarland.

Tabelle 48*

Wareneinfuhr nach Ländergruppen

Herstellungsländer

Mio DM

Zeitraum	Insgesamt [1]	EG-Länder [2]	EFTA-Länder [2] [3]	Übrige europäische Länder [4]	Staatshandelsländer [5]	Außereuropäische Industrieländer zusammen [6]	Außereuropäische Industrieländer Vereinigte Staaten	Übrige Länder [7]
1950 [8]	11 374	3 031	2 390	537	352	2 372	1 811	2 677
1951	14 726	2 986	2 644	1 012	429	3 636	2 722	4 019
1952	16 203	3 686	3 121	1 340	313	3 667	2 507	4 076
1953	16 010	4 027	3 205	1 148	419	2 931	1 658	4 259
1954	19 337	4 724	3 903	1 212	511	3 444	2 237	5 522
1955	24 472	6 317	4 687	1 418	729	4 683	3 209	6 613
1956	27 964	6 590	5 550	1 519	1 117	5 798	3 997	7 351
1957	31 697	7 404	6 019	1 584	1 226	7 789	5 671	7 642
1958	31 133	7 969	6 487	1 597	1 445	6 191	4 219	7 413
1959	35 823	10 334	7 420	1 771	1 647	6 421	4 595	8 193
1960	42 723	12 708	8 392	1 989	1 998	8 034	5 977	9 500
1961	44 363	13 778	8 592	2 249	2 042	8 241	6 100	9 367
1962	49 498	15 966	9 396	2 277	2 159	9 379	7 033	10 235
1963	52 277	17 342	9 646	2 285	2 155	10 206	7 941	10 565
1964	58 839	20 393	10 686	2 612	2 412	10 609	8 066	12 043
1965	70 448	26 648	12 133	2 905	2 917	12 296	9 196	13 451
1966	72 670	27 774	11 955	2 993	3 150	12 576	9 177	14 124
1967	70 183	27 636	10 993	2 694	3 015	12 055	8 556	13 702
1968	81 179	33 453	12 666	3 186	3 410	12 790	8 850	15 582
1969	97 972	42 431	15 222	4 139	3 973	15 115	10 253	16 995
1970	109 606	48 437	16 634	4 422	4 394	17 934	12 066	17 684
1971	120 119	56 017	16 987	4 707	4 767	18 363	12 420	19 151
1972	128 744	62 598	17 669	5 837	5 323	17 569	10 765	19 635
1973	145 417	75 539	12 748	6 657	6 617	19 801	12 223	23 939
1973 1. Vj.	35 854	18 843	3 082	1 724	1 345	5 028	3 213	5 808
2. Vj.	36 673	19 634	3 291	1 546	1 563	4 999	3 039	5 612
3. Vj.	33 511	17 145	2 994	1 502	1 607	4 598	2 744	5 628
4. Vj.	39 379	19 916	3 381	1 885	2 102	5 176	3 227	6 891
1974 1. Vj.	41 390	19 850	3 366	1 670	1 779	5 331	3 510	9 361
2. Vj.	45 173	22 265	3 663	1 692	2 145	5 432	3 449	9 936
3. Vj.	45 754	21 620	3 811	1 760	2 164	5 721	3 396	10 643

[1] Einschließlich Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf, Polargebiete und „Nicht ermittelte Länder".
[2] Ab 1973 neuer Gebietsstand.
[3] Ab März 1970 einschließlich Island.
[4] Ohne Staatshandelsländer.
[5] Sowjetunion, Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Albanien, Nord-Vietnam, Mongolische Volksrepublik, Volksrepublik China, Nord-Korea.
[6] Australischer Bund, Japan, Kanada, Neuseeland, Republik Südafrika und Vereinigte Staaten.
[7] Außereuropäische Entwicklungsländer.
[8] Bis 5. 7. 1959 ohne Saarland.

Tabelle 49*

Preisentwicklung nach den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

1962 = 100

Zeitraum	Bruttosozialprodukt	Einfuhr [1]	Letzte Verwendung	Ausfuhr [1]	Letzte inländische Verwendung					
					insgesamt	Privater Verbrauch	Staatsverbrauch	Bruttoanlageinvestitionen		
								zusammen	Ausrüstungen	Bauten
1950 [2]	68,3	109,1	71,3	72,0	71,3	78,0	57,5	61,9	71,6	55,5
1951 [2]	75,7	133,1	79,8	88,0	78,6	84,1	64,9	71,9	83,1	63,9
1952 [2]	79,3	122,1	82,8	92,0	81,5	85,5	69,8	77,5	90,5	68,5
1953 [2]	79,0	109,1	81,7	91,0	80,2	84,2	71,8	75,1	88,6	66,7
1954 [2]	79,0	105,9	81,9	89,2	80,6	84,7	72,9	74,7	86,4	66,8
1955 [2]	80,7	107,1	83,8	90,9	82,5	86,0	75,5	77,3	87,3	70,2
1956 [2]	83,1	109,0	86,3	94,8	84,6	87,9	79,9	79,1	89,5	72,1
1957 [2]	85,7	110,3	89,0	97,3	87,1	90,1	82,6	81,5	92,0	74,7
1958 [2]	88,6	102,6	90,6	95,7	89,4	92,3	85,6	84,1	93,3	77,8
1959 [2]	89,8	100,6	91,5	95,7	90,5	93,3	86,1	86,2	92,5	82,0
1960 [2]	92,0	102,1	93,7	97,7	92,7	94,2	90,7	89,8	93,7	86,9
1960	92,1	102,8	93,6	97,8	92,7	94,1	90,9	89,8	93,7	86,9
1961	96,1	100,8	96,7	98,8	96,4	97,1	96,4	94,6	96,6	92,9
1962	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1963	103,1	100,1	102,6	100,7	103,0	102,7	104,1	103,1	100,7	105,1
1964	105,9	100,8	105,1	101,3	105,9	105,1	109,6	105,7	101,7	108,8
1965	109,7	103,5	108,7	103,3	109,8	108,5	117,6	108,8	105,2	111,7
1966	113,7	105,8	112,3	105,1	114,0	112,3	125,8	111,4	107,4	114,5
1967	115,0	105,4	113,4	104,6	115,6	114,3	129,4	110,2	107,7	112,1
1968	116,8	103,7	114,4	103,7	117,3	116,5	134,6	111,3	107,2	114,5
1969	120,9	106,1	118,1	105,5	121,5	119,4	144,6	116,3	110,7	121,5
1970	129,5	106,2	124,7	108,2	129,3	123,6	158,1	129,2	117,5	141,1
1971 [3]	139,7	106,4	132,5	111,0	138,7	130,3	176,6	138,7	123,3	154,4
1972 [3]	148,0	106,2	138,5	112,3	146,5	137,4	190,6	144,5	125,2	163,1
1973 [3]	156,7	111,1	146,0	114,9	156,6	147,0	210,9	151,2	128,0	173,9
1967 1. Hj.	115,1	104,9	113,3	104,3	115,6	114,4	128,1	111,1	108,1	113,5
2. Hj.	115,0	105,9	113,4	104,9	115,6	114,3	130,5	109,4	107,3	110,9
1968 1. Hj.	115,7	104,1	113,6	104,0	116,2	116,3	131,7	110,5	106,6	113,7
2. Hj.	117,8	103,3	115,1	103,5	118,3	116,7	137,1	111,9	107,8	115,2
1969 1. Hj.	118,9	106,0	116,4	104,8	119,6	118,9	140,6	113,3	108,5	117,9
2. Hj.	122,8	106,1	119,5	106,1	123,3	119,8	148,2	118,8	112,5	124,4
1970 1. Hj.	126,8	106,0	122,5	107,0	126,8	123,0	154,1	126,1	115,4	138,0
2. Hj.	132,0	106,3	126,7	109,4	131,6	124,3	161,7	131,8	119,4	143,4
1971 1. Hj. [3]	136,8	106,9	130,3	110,1	136,4	129,2	171,5	136,3	122,2	152,1
2. Hj. [3]	142,5	106,0	134,5	111,8	141,0	131,3	181,2	140,8	124,3	156,3
1972 1. Hj. [3]	145,5	104,6	136,2	111,5	143,6	135,7	184,7	142,5	124,0	161,5
2. Hj. [3]	150,3	107,6	140,7	113,1	149,2	138,9	196,0	146,4	126,4	164,6
1973 1. Hj. [3]	153,9	106,6	142,7	112,7	152,8	144,9	203,0	148,6	125,9	172,0
2. Hj. [3]	159,3	115,5	149,2	117,0	160,3	149,0	218,1	153,7	130,2	175,6
1974 1. Hj. [3]	162,6	130,7	154,9	126,9	166,3	156,1	225,4	158,8	133,4	184,1

[1] Waren- und Dienstleistungsverkehr mit der übrigen Welt.
[2] Ohne Saarland und Berlin.
[3] Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 50*

Index der Grundstoffpreise [1])

1962 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Bergbauliche Erzeugnisse, Erzeugnisse der Energiewirtschaft, Wasser	Grundstoffe des Verarbeitenden Gewerbes							Grundstoffe des Nahrungs- und Genußmittelgewerbes
			zusammen	darunter						
				Steine und Erden	Eisen, Stahl, NE-Metalle und Metallhalbzeug	chemische Erzeugnisse	bearbeitetes Holz	Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe	Textilien	
1964	102,5	98,6	103,1	105,3	105,3	96,2	102,5	101,3	106,4	108,3
1965	104,9	99,4	105,7	106,5	111,3	96,5	105,1	103,3	105,5	112,8
1966	106,2	99,6	107,4	107,4	116,0	95,0	104,2	102,6	104,9	114,9
1967	103,2	101,8	103,1	106,3	108,3	94,0	98,2	101,5	101,4	108,1
1968	98,8	98,6	98,6	99,2	106,0	88,2	92,2	93,5	98,1	101,2
1969	101,2	96,8	102,0	99,7	113,3	88,1	98,5	95,0	99,0	106,0
1970	105,4	103,7	105,8	106,5	119,0	88,5	104,9	99,2	99,5	106,7
1971	106,9	113,0	105,1	116,8	112,7	89,1	106,2	100,1	99,4	106,0
1972	108,4	114,2	106,3	121,9	111,8	88,5	105,8	95,8	104,9	110,8
1973	120,0	124,5	118,1	126,0	126,6	93,5	125,9	99,3	125,4	124,2
1969 1. Vj.	99,3	97,3	99,3	98,5	107,7	87,7	95,1	93,4	98,4	104,4
2. Vj.	100,1	95,9	101,0	99,1	111,1	87,9	97,5	94,2	99,0	103,4
3. Vj.	101,6	95,6	103,1	99,9	115,5	88,3	99,8	95,7	99,3	106,2
4. Vj.	103,7	98,4	104,7	101,2	118,8	88,5	101,8	96,4	99,4	110,1
1970 1. Vj.	105,6	99,7	107,2	103,7	123,8	88,4	103,2	98,1	99,9	109,0
2. Vj.	105,7	101,6	106,9	105,5	122,3	88,3	105,0	98,8	99,7	106,9
3. Vj.	105,3	105,6	105,2	107,7	116,9	88,3	105,7	99,7	99,5	105,9
4. Vj.	105,0	108,0	103,9	109,2	112,8	88,9	105,7	100,4	99,0	105,1
1971 1. Vj.	106,3	110,9	104,9	114,0	113,6	89,1	106,5	101,1	98,5	104,8
2. Vj.	107,6	113,8	105,8	116,6	114,8	89,2	106,7	100,7	99,0	105,3
3. Vj.	107,4	114,2	105,2	118,0	112,4	89,2	106,2	99,9	99,8	107,1
4. Vj.	106,5	113,0	104,4	118,6	110,2	88,8	105,5	98,8	100,2	106,8
1972 1. Vj.	106,9	112,9	104,9	119,8	110,8	88,4	104,8	96,0	102,2	107,0
2. Vj.	107,8	113,4	105,8	122,1	111,6	88,3	105,1	95,4	103,5	109,6
3. Vj.	108,8	114,4	106,6	122,7	112,3	88,3	105,6	95,5	105,1	111,8
4. Vj.	110,3	115,9	108,0	122,9	112,5	89,1	107,7	96,3	108,9	114,9
1973 1. Vj.	114,0	118,1	112,1	124,0	118,5	90,0	113,0	98,0	115,9	118,9
2. Vj.	117,4	119,6	116,0	125,9	124,0	91,2	123,1	98,5	122,6	123,0
3. Vj.	120,6	122,6	119,3	126,8	127,7	94,0	131,4	98,9	127,8	126,3
4. Vj.	128,1	137,5	125,0	127,2	136,3	98,8	136,0	102,0	135,3	128,7
1974 1. Vj.	144,7	173,0	136,8	131,4	153,4	113,8	144,5	113,7	141,1	134,9
2. Vj.	151,4	181,1	144,0	136,8	165,1	121,7	148,9	126,5	139,4	132,8
3. Vj.	151,9	189,0	142,0	139,7	154,6	126,1	146,6	146,0	136,4	134,5

[1]) Grundstoffe industrieller Herkunft; bis 1967 einschließlich, ab 1968 ohne Umsatzsteuer.

Tabelle 51*

Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte

(Inlandsabsatz) [1])

1970 = 100

Zeitraum	Industrieerzeugnisse insgesamt	Bergbauliche Erzeugnisse	Elektrischer Strom, Gas, Wasser	Erzeugnisse der Verarbeitenden Industrie					Investitionsgüter [2])	Verbrauchsgüter [2])
				zusammen	Grundstoff- und Produktionsgüter-	Investitionsgüter-	Verbrauchsgüter-	Nahrungs- und Genußmittel-		
					industrien					
1962	89,9	81,2	95,2	89,8	95,0	85,1	87,8	92,1	81,3	90,2
1963	90,3	82,7	95,1	90,2	94,3	85,4	89,2	93,1	82,1	91,2
1964	91,3	82,4	95,9	91,2	95,1	86,4	91,0	93,8	83,6	91,9
1965	93,5	85,9	98,5	93,4	97,0	89,0	93,1	95,2	86,1	94,2
1966	95,1	85,6	99,7	95,1	98,1	90,8	95,5	97,2	88,3	96,3
1967	94,3	85,6	100,7	94,1	95,6	89,8	94,9	98,1	88,1	96,8
1968	93,6	85,6	101,0	93,2	94,5	89,8	94,6	96,8	88,2	95,9
1969	95,3	88,2	99,7	95,2	95,8	92,7	96,4	97,8	91,7	96,8
1970	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	104,3	110,7	103,3	104,2	102,5	106,2	103,9	103,6	107,9	104,7
1972	107,0	117,0	110,3	106,6	102,5	109,1	107,5	107,7	111,9	108,4
1973	114,1	123,1	115,1	113,9	111,5	113,7	115,5	116,6	117,0	116,7
1970 1. Vj.	99,1	95,5	99,4	99,1	99,7	98,5	99,3	99,4	97,9	98,6
2. Vj.	99,6	97,7	100,0	99,6	99,8	99,3	99,8	99,7	98,7	99,2
3. Vj.	100,1	103,4	100,2	100,0	99,9	100,0	100,3	100,1	100,1	100,6
4. Vj.	101,2	103,4	100,4	101,2	100,6	102,2	100,7	100,8	103,3	101,7
1971 1. Vj.	103,5	106,5	101,4	103,6	102,9	105,4	102,7	102,2	107,0	104,5
2. Vj.	104,3	108,2	102,2	104,3	103,5	106,0	103,6	103,4	107,7	104,9
3. Vj.	104,7	113,3	103,2	104,6	102,5	106,5	104,7	104,3	108,2	104,7
4. Vj.	104,7	114,9	106,3	104,3	101,1	106,8	104,8	104,6	108,9	104,9
1972 1. Vj.	105,8	115,7	108,8	105,4	101,2	108,6	106,0	105,3	111,2	106,9
2. Vj.	106,6	113,7	110,0	106,2	102,7	109,1	107,0	105,7	111,8	108,1
3. Vj.	107,2	118,6	110,5	106,8	102,6	109,3	107,9	107,7	112,2	108,7
4. Vj.	108,5	119,8	111,6	108,0	103,7	109,3	109,1	112,2	112,3	109,9
1973 1. Vj.	111,1	121,4	114,1	110,7	106,4	111,7	112,3	114,5	115,0	113,0
2. Vj.	113,1	119,7	114,5	112,9	109,3	113,5	114,7	116,3	116,9	114,9
3. Vj.	115,1	123,6	115,0	114,9	112,6	114,4	116,7	117,7	117,7	117,7
4. Vj.	117,2	127,8	116,7	117,0	117,8	115,2	118,3	118,0	118,5	121,0
1974 1. Vj.	124,5	134,5	118,4	124,7	132,5	119,9	124,3	121,1	122,9	127,5
2. Vj.	128,8	146,4	121,2	128,9	138,7	124,0	128,0	122,1	127,0	128,8
3. Vj.	131,3	171,0	125,0	130,9	139,7	126,1	131,5	123,6	129,4	131,8

[1]) Ohne Umsatzsteuer.

[2]) Hauptsächlich Enderzeugnisse, nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppiert (entsprechend der Warengliederung des Index der industriellen Bruttoproduktion).

Tabelle 52*

Preisindizes für Neubau und Instandhaltung, Baulandpreise [1])

1962 = 100

Zeitraum	Preisindizes für Bauwerke [2])						Instandhaltung von Mehrfamiliengebäuden [3])	Baureifes Land [4])
	Wohngebäude	Bürogebäude	gewerbliche Betriebsgebäude	landwirtschaftliche Betriebsgebäude	gemischt genutzte Gebäude	Straßenbau		
1960	85,8	86,8	87,4	86,7	86,5	89,2	.	.
1961	92,3	92,7	93,0	92,7	92,5	93,7	.	.
1962 [5])	100	100	100	100	100	100	100	100
1963 [5])	105,2	105,0	104,5	105,1	105,1	103,8	104,4	114,1
1964 [5])	110,0	109,5	108,6	109,5	109,7	102,9	109,2	124,5
1965 [5])	114,6	113,6	112,8	113,5	114,3	97,5	114,6	147,6
1966	118,5	117,4	115,9	117,2	118,2	96,3	119,0	159,2
1967	115,9	114,5	110,3	114,7	115,2	91,8	117,6	173,4
1968	120,8	119,0	116,1	119,3	120,2	96,2	122,7	191,3
1969	127,2	126,3	126,1	125,8	126,9	100,5	128,0	201,3
1970	147,4	147,7	149,2	146,9	147,4	115,6	143,3	207,3
1971	162,7	162,4	165,2	162,3	162,8	124,8	158,1	226,3
1972	174,3	172,8	173,3	173,4	173,7	126,7	168,1	269,7
1973	187,1	185,1	183,6	185,5	186,3	130,9	180,0	271,3
1970 Feb	140,8	141,2	142,9	139,7	140,8	110,3	138,1	198,6
Mai	147,4	147,8	149,2	147,3	147,2	116,2	142,9	205,7
Aug	149,6	149,9	150,9	149,5	149,5	117,6	144,8	214,2
Nov	151,8	151,8	153,8	151,2	152,0	118,1	147,3	214,4
1971 Feb	155,8	155,7	159,5	154,9	156,2	120,3	153,0	227,3
Mai	163,6	163,4	166,6	163,5	163,7	126,6	158,6	223,8
Aug	165,3	164,8	167,3	164,9	165,2	126,5	159,9	227,0
Nov	166,2	165,5	167,5	165,7	166,2	125,7	160,9	236,9
1972 Feb	169,4	168,3	169,5	168,4	169,1	125,2	164,2	265,3
Mai	174,6	173,2	173,9	174,0	174,1	126,9	168,1	261,6
Aug	175,9	174,4	174,8	175,2	175,3	127,1	169,6	269,5
Nov	177,1	175,3	175,0	176,0	176,4	127,5	170,4	282,5
1973 Feb	180,3	178,8	177,7	178,5	179,7	127,7	173,5	274,5
Mai	188,5	186,6	185,4	187,0	187,6	132,0	180,5	286,9
Aug	189,9	187,7	186,1	188,5	188,9	132,1	182,4	253,0
Nov	189,8	187,3	185,0	187,9	188,8	131,6	183,5	257,7
1974 Feb	193,9	191,1	187,5	191,7	192,9	139,2	188,8	255,6
Mai	202,2	199,4	197,1	200,0	201,3	144,6	198,5	...
Aug	203,6	200,7	197,1	201,1	202,5	145,5	200,9	...

[1]) Einschließlich Umsatzsteuer.
[2]) Gebäude: Bauleistungen am Gebäude; Straßenbau: Bauleistungen insgesamt.
[3]) Einschließlich Schönheitsreparaturen.
[4]) Ab Februar 1970: Vierteljahre.
[5]) Ohne Berlin.

Tabelle 53*

Index der Ausfuhrpreise

1970 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Güter der Ernährungswirtschaft	Güter der gewerblichen Wirtschaft					
			zusammen	Rohstoffe	Halbwaren	Fertigwaren	Investitionsgüter [1]	Verbrauchsgüter [1]
1962	88,2	88,3	88,1	98,2	88,1	87,8	81,9	88,1
1963	88,3	96,7	88,1	99,1	87,0	87,8	82,8	88,6
1964	90,4	97,4	90,1	103,0	90,4	89,7	84,6	90,1
1965	92,4	98,1	92,2	102,8	92,7	91,9	87,3	92,3
1966	94,4	100,5	94,1	102,9	95,2	93,8	89,8	95,5
1967	94,3	98,9	94,1	99,3	95,2	93,9	90,8	96,9
1968	93,3	96,9	93,2	97,7	94,6	92,9	90,3	96,5
1969	97,0	98,8	97,0	98,6	97,1	96,9	95,1	98,2
1970	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	103,4	102,5	103,4	107,3	99,8	103,6	106,8	104,7
1972	105,5	107,4	105,5	112,7	96,3	106,1	111,3	108,0
1973	112,3	119,5	112,1	118,3	113,0	111,8	116,8	113,8
1970 1. Vj.	99,3	98,1	99,4	99,6	100,9	99,3	98,4	99,0
2. Vj.	99,6	98,9	99,6	99,2	99,8	99,6	98,8	99,4
3. Vj.	100,1	100,6	100,1	100,8	100,4	100,0	100,2	100,3
4. Vj.	100,9	102,4	100,9	100,3	98,9	101,1	102,6	101,3
1971 1. Vj.	103,0	102,8	103,0	104,6	100,7	103,2	105,7	103,4
2. Vj.	103,5	102,6	103,5	107,2	102,1	103,6	106,1	104,4
3. Vj.	103,6	101,9	103,7	108,2	99,9	103,9	107,3	105,4
4. Vj.	103,4	102,6	103,4	109,1	96,3	103,9	108,3	105,6
1972 1. Vj.	104,5	103,2	104,5	110,3	95,5	105,2	110,4	106,8
2. Vj.	105,1	105,1	105,1	110,5	95,2	105,8	111,2	107,5
3. Vj.	105,8	108,3	105,7	112,5	96,4	106,4	111,6	108,4
4. Vj.	106,8	112,8	106,6	117,6	98,0	107,0	112,2	109,4
1973 1. Vj.	109,6	116,4	109,4	119,2	103,7	109,6	115,1	111,8
2. Vj.	111,6	119,3	111,3	116,8	109,3	111,3	116,6	113,3
3. Vj.	112,6	119,9	112,3	117,5	113,4	112,0	117,4	113,6
4. Vj.	115,5	122,6	115,3	119,7	125,5	114,2	118,2	116,3
1974 1. Vj.	125,6	132,6	125,4	125,6	160,5	122,1	122,7	124,9
2. Vj.	130,7	125,3	130,9	133,9	169,9	127,2	126,3	127,7
3. Vj.	134,1	131,2	134,2	144,3	171,4	130,4	128,6	129,1

[1] Hauptsächlich Enderzeugnisse, nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppiert (entsprechend der Warengliederung des Index der industriellen Bruttoproduktion).

Tabelle 54*

Index der Einfuhrpreise

1970 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Güter der Ernährungswirtschaft	Güter der gewerblichen Wirtschaft					
			zusammen	Rohstoffe	Halbwaren	Fertigwaren	Investitionsgüter [1]	Verbrauchsgüter [1]
1962	94,6	94,4	94,5	104,7	84,5	95,8	94,1	97,7
1963	96,4	98,6	95,3	105,2	85,1	96,9	96,4	99,8
1964	98,1	100,0	97,2	106,2	88,2	98,4	97,9	96,4
1965	100,6	104,6	98,6	105,6	92,2	99,4	99,7	94,8
1966	102,3	104,6	101,1	107,3	96,2	101,5	102,6	96,8
1967	100,1	101,1	99,6	104,4	94,7	100,6	101,3	99,6
1968	99,4	97,4	99,9	104,7	96,5	99,6	102,0	101,3
1969	101,0	100,6	101,1	102,8	100,1	101,0	102,3	100,3
1970	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	100,4	98,4	100,9	109,5	93,9	100,8	102,2	103,7
1972	99,8	101,1	99,5	106,4	89,6	100,9	102,0	104,3
1973	112,6	121,7	110,4	125,0	114,5	104,7	102,4	119,7
1970 1. Vj.	100,6	102,6	100,1	98,1	102,6	99,8	99,2	97,5
2. Vj.	100,3	101,4	100,0	99,5	100,8	100,0	99,8	97,9
3. Vj.	99,2	97,4	99,7	99,6	98,8	100,0	100,1	100,9
4. Vj.	99,8	98,6	100,1	102,9	97,6	100,2	101,0	103,6
1971 1. Vj.	101,9	102,7	101,7	107,1	98,4	101,3	102,9	105,6
2. Vj.	102,2	101,1	102,5	112,4	97,3	101,3	102,7	104,7
3. Vj.	99,5	94,7	100,6	111,1	91,8	100,6	101,8	102,5
4. Vj.	98,1	95,2	98,8	107,4	88,1	99,9	101,4	101,8
1972 1. Vj.	98,5	99,3	98,3	105,2	87,8	99,9	101,4	102,7
2. Vj.	98,8	98,9	98,8	105,5	88,1	100,6	101,5	103,1
3. Vj.	99,2	98,4	99,4	105,0	89,5	101,2	102,2	104,3
4. Vj.	102,7	107,7	101,5	109,7	93,0	101,9	102,9	107,1
1973 1. Vj.	108,2	118,0	105,8	116,0	100,7	104,6	104,1	112,6
2. Vj.	111,2	125,1	107,7	116,8	108,0	105,0	103,1	115,8
3. Vj.	110,6	120,0	108,2	118,6	112,0	103,8	100,4	116,0
4. Vj.	120,6	123,8	119,9	148,5	137,2	105,5	102,1	134,3
1974 1. Vj.	144,1	137,0	145,9	236,6	164,3	113,1	105,1	140,3
2. Vj.	144,0	128,4	147,9	233,1	166,0	116,9	105,7	135,0
3. Vj.	145,2	129,1	149,2	235,1	160,3	120,3	109,4	136,6

[1] Hauptsächlich Enderzeugnisse, nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppiert (entsprechend der Warengliederung des Index der industriellen Bruttoproduktion).

Tabelle 55*

Preisindex für die Lebenshaltung

Alte Systematik

4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte [1])

1970 = 100

Zeitraum	Gesamtlebenshaltung einschl. Ernährung	Gesamtlebenshaltung ohne Ernährung	Ernährung	Getränke und Tabakwaren	Wohnung [2])	Heizung und Beleuchtung	Hausrat	Bekleidung	Reinigung und Körperpflege	Bildung, Unterhaltung und Erholung	Verkehr
1950	64,5	65,7	64,6	103,5	41,4	56,0	84,2	76,4	65,2	55,2	61,2
1951	69,6	70,2	70,6	101,5	42,1	60,6	93,1	84,7	70,1	59,8	68,6
1952	71,0	70,1	73,7	103,1	42,8	65,1	92,3	78,9	69,6	61,4	71,6
1953	69,8	68,8	72,5	96,6	44,3	67,2	87,6	74,8	67,7	60,6	72,2
1954	69,9	68,2	73,4	89,6	44,3	70,9	86,1	73,8	42,1	59,6	72,7
1955 [3])	71,0	69,1	74,9	88,8	45,6	72,6	86,7	73,8	43,2	60,9	73,1
1956	72,8	70,7	77,1	88,6	48,6	74,0	88,5	74,5	44,0	62,5	72,4
1957	74,4	72,3	78,4	88,5	49,2	75,9	91,8	77,3	71,6	64,5	73,0
1958	75,9	73,9	80,0	88,3	50,0	79,1	92,3	79,6	73,2	66,2	78,5
1959	76,7	74,2	81,4	87,4	51,3	79,8	91,1	79,3	74,0	67,3	79,7
1960	77,8	75,7	81,9	87,3	54,4	80,7	91,0	80,8	75,1	69,1	80,9
1961 [4])	79,6	78,1	82,8	87,3	59,1	82,1	92,9	82,6	77,1	71,6	83,2
1962	81,9	80,1	86,1	88,1	61,1	83,6	94,4	84,8	79,9	74,8	84,2
1963	84,4	82,3	88,9	88,9	64,6	85,8	94,8	86,8	81,8	77,6	87,8
1964	86,4	84,2	91,0	89,5	68,6	87,0	95,5	88,5	83,3	80,2	88,7
1965	89,3	86,5	95,2	89,7	72,6	88,6	97,2	90,9	85,9	83,3	89,6
1966	92,4	90,1	97,5	93,3	79,2	89,7	98,4	93,8	89,7	86,6	93,1
1967	93,8	92,4	96,9	95,9	84,1	90,6	97,8	95,1	91,1	89,6	96,0
1968	95,0	95,0	95,0	97,5	89,5	96,9	96,6	95,1	95,7	93,9	97,9
1969	96,9	96,6	97,7	97,4	96,1	97,1	96,7	96,0	96,9	95,5	97,5
1970	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	105,1	105,4	104,3	102,5	105,9	103,4	104,1	106,0	105,0	104,4	109,2
1972	110,7	110,9	110,3	108,0	112,1	107,3	107,8	112,5	109,7	108,9	115,9
1973	118,2	118,1	118,5	115,4	119,4	120,1	111,7	121,1	115,0	115,6	123,2
1973 1.Vj.	115,6	115,5	115,8	114,1	117,1	113,2	111,0	117,7	112,9	113,0	119,6
2.Vj.	117,7	117,1	119,3	115,3	118,7	114,6	111,6	120,3	114,4	114,5	121,6
3.Vj.	118,8	118,9	118,6	116,0	120,1	119,2	111,2	121,9	115,6	116,5	125,6
4.Vj.	120,9	121,1	120,3	116,3	121,8	133,2	113,2	124,4	117,0	118,2	126,2
1974 1.Vj.	123,7	123,7	123,6	116,9	124,2	137,3	116,6	126,6	118,9	122,1	129,4
2.Vj.	125,8	125,7	126,0	117,8	125,7	132,4	118,7	129,2	121,5	124,6	133,9
3.Vj.	126,9	127,5	125,1	118,6	126,9	136,9	119,6	130,8	124,1	127,8	136,3

[1]) Haushalte mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes.
[2]) Bei Neubau-Wohnungen nur sozialer Wohnungsbau.
[3]) Ohne Saarland und Berlin.
[4]) Ohne Berlin.

Tabelle 56*

Preisindex für die Lebenshaltung

Neue Systematik

4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte [1])

1970 = 100

Zeitraum	Gesamtlebenshaltung		Nahrungs- und Genußmittel [2])	Kleidung, Schuhe	Wohnungsmiete [3])	Elektrizität, Gas, Brennstoffe	Übrige Haushaltsführung	Verkehr, Nachrichtenübermittlung	Körper- und Gesundheitspflege	Bildung und Unterhaltung	Persönliche Ausstattung u. ä.
	einschl. Nahrungs- und Genußmittel [2])	ohne Nahrungs- und Genußmittel [2])									
1962	81,9	78,9	86,4	85,0	60,7	83,3	89,4	84,1	75,7	82,0	78,4
1963	84,4	81,4	88,9	86,9	64,1	85,5	91,1	87,9	77,9	83,2	81,0
1964	86,4	83,4	90,7	88,6	68,0	86,8	92,4	88,9	80,0	84,8	83,7
1965	89,3	86,0	94,2	91,0	71,9	88,4	94,9	89,8	82,7	87,1	86,1
1966	92,4	89,5	96,8	93,9	78,6	89,6	96,8	93,5	87,2	89,5	88,9
1967	93,8	91,8	96,8	95,3	83,9	90,4	96,8	96,1	89,1	91,5	92,4
1968	95,0	94,6	95,7	95,1	89,5	96,9	96,4	98,0	94,8	94,3	96,3
1969	96,9	96,5	97,6	96,1	96,2	97,1	96,6	97,3	96,2	95,3	98,0
1970	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	105,1	105,8	103,8	106,1	105,8	103,4	104,6	106,3	105,6	104,7	110,6
1972	110,7	111,3	109,7	112,5	112,0	107,3	108,6	112,9	111,0	108,5	115,8
1973	118,2	118,6	117,7	120,9	119,4	120,4	112,6	120,6	117,5	114,3	122,3
1970 1.Vj.	99,2	98,8	99,8	98,4	98,4	99,1	99,6	98,9	98,6	98,7	99,2
2.Vj.	99,8	99,4	100,5	99,4	99,4	98,4	99,9	99,3	99,5	99,8	99,6
3.Vj.	100,1	100,1	99,9	100,1	100,4	100,0	99,3	100,2	100,3	100,2	100,5
4.Vj.	101,0	101,6	99,8	102,0	101,8	102,5	101,2	101,5	101,5	101,3	100,7
1971 1.Vj.	103,4	104,0	102,2	103,7	103,4	104,2	104,0	104,1	103,8	102,9	108,0
2.Vj.	104,8	105,2	104,0	105,3	105,3	103,0	104,4	105,8	105,3	104,4	108,4
3.Vj.	105,6	106,3	104,3	106,5	106,6	102,5	104,1	107,3	106,2	105,2	112,0
4.Vj.	106,7	107,7	104,8	108,7	108,0	103,6	106,0	107,9	107,0	106,2	113,9
1972 1.Vj.	108,7	109,6	107,2	110,4	109,6	106,7	108,3	110,5	108,9	107,3	114,5
2.Vj.	109,8	110,6	108,4	111,7	111,0	106,2	108,4	112,2	110,5	108,1	114,8
3.Vj.	111,2	111,7	110,3	112,8	112,7	106,7	107,9	114,2	111,8	108,8	116,5
4.Vj.	113,2	113,4	112,8	115,2	114,8	109,7	109,8	114,8	113,0	110,0	117,5
1973 1.Vj.	115,6	115,7	115,4	117,6	117,0	113,4	112,0	117,1	115,0	112,2	118,6
2.Vj.	117,7	117,3	118,3	120,0	118,6	114,7	112,5	119,4	116,8	113,7	119,1
3.Vj.	118,8	119,3	117,9	121,7	120,1	119,4	111,9	122,5	118,3	114,9	124,9
4.Vj.	120,9	121,9	119,3	124,3	121,7	133,8	114,1	123,2	119,8	116,3	126,2
1974 1.Vj.	123,7	124,7	121,8	126,4	124,1	137,9	117,6	126,8	121,9	120,4	127,3
2.Vj.	125,8	126,8	123,9	129,0	125,6	132,9	119,8	132,2	124,8	123,3	128,2
3.Vj.	126,9	128,9	123,4	130,6	126,8	137,3	120,9	135,5	127,6	125,5	129,4

[1]) Haushalte mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes.
[2]) Einschließlich Verzehr in Gaststätten.
[3]) Bei Neubau-Wohnungen nur sozialer Wohnungsbau.

Tabelle 57*

Preisindex für die Lebenshaltung

Neue Systematik

Alle privaten Haushalte

1970 = 100

Zeitraum	Gesamtlebenshaltung einschl. Nahrungs- und Genußmittel [1]	Gesamtlebenshaltung ohne Nahrungs- und Genußmittel [1]	Nahrungs- und Genußmittel [1]	Kleidung, Schuhe	Wohnungsmiete	Elektrizität, Gas, Brennstoffe	Übrige Haushaltsführung	Verkehr, Nachrichtenübermittlung	Körper- und Gesundheitspflege	Bildung und Unterhaltung	Persönliche Ausstattung u. ä.
1962	81,6	79,1	86,0	86,5	61,9	82,4	88,9	84,1	71,0	78,1	84,2
1963	84,0	81,5	88,4	88,4	65,3	85,0	90,6	86,9	73,2	80,3	85,9
1964	85,9	83,5	90,3	89,6	69,0	86,5	91,5	87,8	75,9	83,2	87,3
1965	88,7	85,9	93,6	91,6	72,9	88,2	93,2	88,5	79,7	86,1	89,3
1966	91,9	89,3	96,4	94,0	78,7	89,3	95,2	92,1	84,8	89,0	91,6
1967	93,4	91,9	96,4	95,2	84,0	90,5	95,2	95,0	87,7	92,0	93,8
1968	94,9	94,6	95,5	95,2	90,1	95,8	95,5	97,7	92,5	94,4	96,5
1969	96,7	96,2	97,7	96,2	95,8	95,7	96,0	97,1	94,7	95,4	98,1
1970	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	105,3	106,0	103,8	105,9	106,1	105,4	105,3	106,7	106,9	104,5	107,3
1972	111,1	111,7	109,7	112,3	112,5	110,1	109,7	114,0	113,8	108,1	111,9
1973	118,8	119,2	118,0	120,7	119,2	128,2	114,3	122,6	121,6	113,7	117,8
1970 1. Vj.	99,0	98,7	99,6	98,4	98,3	98,7	99,4	98,6	98,1	98,9	99,3
2. Vj.	99,9	99,4	100,8	99,5	99,4	97,6	99,8	99,2	99,5	99,8	99,7
3. Vj.	100,1	100,1	100,0	100,1	100,4	100,0	99,4	100,4	100,5	100,1	100,4
4. Vj.	101,0	101,7	99,5	102,0	101,8	103,7	101,4	101,7	101,9	101,2	100,6
1971 1. Vj.	103,5	104,2	102,1	103,6	103,5	106,8	104,4	104,4	104,6	102,9	105,3
2. Vj.	105,0	105,4	104,2	105,2	105,5	105,1	105,0	106,0	106,5	104,2	105,7
3. Vj.	105,7	106,4	104,3	106,3	106,9	104,2	104,9	107,8	107,7	105,0	108,3
4. Vj.	106,8	107,9	104,5	108,4	108,5	105,5	106,8	108,5	108,8	105,9	109,7
1972 1. Vj.	109,0	109,9	107,1	110,1	110,3	109,4	109,3	110,8	110,9	106,9	110,5
2. Vj.	110,2	110,9	108,7	111,5	111,8	108,7	109,4	112,8	113,0	107,7	110,8
3. Vj.	111,6	112,2	110,5	112,6	113,2	109,1	109,1	115,9	114,9	108,4	112,6
4. Vj.	113,4	113,9	112,7	115,0	114,8	113,1	111,1	116,4	116,3	109,5	113,6
1973 1. Vj.	116,0	116,2	115,6	117,3	117,0	118,1	113,5	119,0	118,6	111,7	114,7
2. Vj.	118,2	117,9	119,0	119,9	118,6	119,8	114,1	121,4	120,8	113,1	115,6
3. Vj.	119,3	119,9	118,3	121,5	119,8	126,7	113,6	124,5	122,7	114,2	119,8
4. Vj.	121,7	122,9	119,0	124,1	121,2	148,3	116,2	125,3	124,4	115,7	121,0
1974 1. Vj.	124,6	125,9	121,8	126,3	123,2	153,2	119,8	129,1	127,2	119,8	122,4
2. Vj.	126,6	127,8	124,2	128,9	124,6	144,4	122,1	134,5	130,5	122,5	123,5
3. Vj.	127,8	129,9	123,6	130,5	125,8	148,6	123,3	138,0	133,5	124,4	125,3

[1] Einschließlich Verzehr in Gaststätten.

Tabelle 58*

Preisindex für die Lebenshaltung

Alte Systematik, Zusatzdarstellung

1970 = 100

Zeitraum	Gesamtlebenshaltung	Nahrungsmittel [1]	Wohnungsnutzung [2]	Dienstleistungen [3]	Sonstige Waren [4]	Gesamtlebenshaltung	Nahrungsmittel [1]	Wohnungsnutzung [2]	Dienstleistungen [3]	Sonstige Waren [4]
	alle privaten Haushalte					4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte [5]				
1962	81,6	86,9	62,2	71,1	90,0	81,9	87,0	61,0	73,2	88,7
1963	84,0	89,6	65,6	74,7	91,2	84,4	89,9	64,4	76,8	89,9
1964	85,9	91,7	69,3	77,6	92,0	86,4	91,9	68,3	79,5	90,9
1965	88,7	95,6	73,2	80,7	93,2	89,3	96,1	72,2	82,2	92,6
1966	91,9	98,1	79,0	85,9	95,0	92,4	98,3	79,0	86,7	94,7
1967	93,4	97,2	84,2	88,9	96,0	93,8	97,5	84,1	89,2	96,0
1968	94,9	95,0	90,3	93,6	96,8	95,0	95,2	89,8	93,9	96,9
1969	96,7	98,1	95,8	95,6	96,8	96,9	97,9	96,2	95,7	97,0
1970	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	105,3	104,0	106,0	107,6	104,6	105,1	104,2	105,7	108,1	104,4
1972	111,1	110,2	112,4	115,0	109,3	110,7	110,1	111,8	115,3	109,2
1973	118,8	119,0	118,9	123,1	116,3	118,2	118,3	119,0	123,3	116,2
1970 1. Vj.	99,0	100,0	98,3	98,4	99,0	99,2	100,2	98,4	98,6	99,1
2. Vj.	99,9	101,2	99,5	99,5	99,5	99,8	100,8	99,5	99,5	99,6
3. Vj.	100,1	99,8	100,4	100,6	99,9	100,1	99,7	100,5	100,5	99,9
4. Vj.	101,0	98,9	101,8	101,5	101,5	101,0	99,3	101,8	101,4	101,4
1971 1. Vj.	103,5	102,2	103,5	104,7	103,6	103,4	102,6	103,4	105,2	103,3
2. Vj.	105,0	104,7	105,4	106,3	104,4	104,8	104,5	105,2	106,8	104,2
3. Vj.	105,7	104,6	106,8	108,9	104,6	105,6	104,7	106,5	109,5	104,5
4. Vj.	106,8	104,6	108,4	110,4	105,7	106,7	105,1	107,9	111,1	105,7
1972 1. Vj.	109,0	107,4	110,2	112,2	107,9	108,7	107,7	109,5	112,9	107,7
2. Vj.	110,2	109,5	111,6	113,4	108,6	109,8	109,1	110,8	113,9	108,4
3. Vj.	111,6	111,2	113,0	116,6	109,2	111,2	110,8	112,4	116,6	109,2
4. Vj.	113,4	112,6	114,6	117,8	111,6	113,2	112,6	114,6	117,8	111,6
1973 1. Vj.	116,0	116,2	116,8	120,1	113,8	115,6	115,6	116,7	120,1	113,6
2. Vj.	118,2	120,7	118,4	121,8	115,4	117,7	119,3	118,3	121,9	115,2
3. Vj.	119,3	119,1	119,6	124,5	117,2	118,8	118,4	119,7	124,9	116,7
4. Vj.	121,7	119,9	120,9	126,1	120,7	120,9	120,1	121,3	126,3	119,4
1974 1. Vj.	124,6	123,7	122,9	128,9	123,6	123,7	123,5	123,6	129,1	121,9
2. Vj.	126,6	126,6	124,3	131,2	125,1	125,8	125,9	125,2	131,4	124,0
3. Vj.	127,8	125,1	125,5	134,2	126,9	126,9	124,7	126,3	134,2	125,8

[1] Ohne Gaststättenleistungen.
[2] Einschließlich Garagennutzung.
[3] Einschließlich Reparaturen, Gaststätten- und Beherbergungsleistungen.
[4] Ohne Gaststätten- und Beherbergungsleistungen.
[5] Haushalte mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes.

Tabelle 59*

Löhne und Gehälter

1970 = 100

Zeitraum	Bruttolohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Abhängigen	Bruttostundenverdienste in der Industrie [1]	Bruttowochenverdienste in der Industrie [1]	Bruttomonatsverdienste in Industrie [1] und Handel [2]	Tarifliche Stundenlöhne in der Industrie [1]	Tarifliche Stundenlöhne in der gewerblichen Wirtschaft und bei Gebietskörperschaften	Tarifliche Wochenlöhne in der Industrie [1]	Tarifliche Wochenlöhne in der gewerblichen Wirtschaft und bei Gebietskörperschaften	Tarifliche Monatsgehälter in der Industrie [1]	Tarifliche Monatsgehälter in der gewerblichen Wirtschaft und bei Gebietskörperschaften
1960	44,6	44,3	45,3	48,7	50,2	49,9	54,8	54,2	55,9	55,9
1961	49,2	48,8	49,9	52,9	54,2	54,0	59,0	58,4	60,6	60,3
1962	53,7	54,4	55,0	57,4	59,8	59,3	63,9	63,3	65,7	64,7
1963	57,0	58,5	58,7	61,2	63,7	63,3	67,5	67,0	69,2	68,5
1964	62,1	63,4	63,4	65,2	68,1	67,5	70,9	70,3	72,5	71,7
1965	67,8	69,6	69,8	70,6	73,2	72,7	75,7	75,2	77,4	76,3
1966	72,7	74,2	73,8	75,7	78,4	78,0	80,7	80,2	82,2	81,0
1967	75,1	76,6	73,4	78,7	82,1	81,4	83,2	82,6	84,4	83,6
1968	79,8	80,0	78,4	82,4	85,6	84,8	86,5	85,8	87,2	86,3
1969	87,1	87,1	86,9	88,9	91,2	90,6	91,8	91,4	92,8	91,5
1970	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	111,8	111,0	108,8	110,2	113,0	113,7	112,8	113,2	111,7	111,3
1972	121,8	120,9	117,4	119,9	122,8	124,5	122,5	123,6	120,9	121,0
1973	136,4	133,5	129,7	132,1	134,5	136,9	134,0	135,7	132,4	132,9
1971 Jan	107,2[a]	107,5	104,6	106,9	109,8	110,3	109,6	109,9	109,5	108,9
Apr		109,2	106,9	109,0	110,7	111,5	110,5	111,1	110,3	110,6
Jul	116,3[a]	113,1	111,4	112,0	115,3	115,8	115,1	115,2	113,2	112,6
Okt		114,0	112,4	112,9	116,1	117,1	115,9	116,4	113,8	113,1
1972 Jan	116,9[a]	117,1	111,3	116,3	119,7	121,0	119,5	120,2	118,0	117,6
Apr		119,7	116,9	118,8	121,5	123,1	121,1	122,2	120,1	120,6
Jul	126,5[a]	122,9	120,0	121,7	124,6	126,3	124,2	125,4	122,6	122,6
Okt [3]		123,7	121,2	122,7	125,5	127,6	125,1	126,7	123,0	123,0
1973 Jan	130,2[a]	128,2	123,5	126,7	130,2	132,6	129,8	131,5	128,4	128,6
Apr		131,9	128,7	130,8	132,6	135,3	132,1	134,2	131,4	132,8
Jul	142,4[a]	136,6	133,1	134,6	136,9	139,3	136,4	138,0	134,3	134,7
Okt		137,3	133,6	136,1	138,2	140,5	137,6	139,1	135,4	135,3
1974 Jan	144,5[a]	138,7	131,1	137,7	144,5	147,2	143,9	145,7	142,5	142,5
Apr		...	...	...	148,1	151,0	147,5	149,5	146,4	147,5
Jul		...	...	...	153,8	156,4	153,0	154,7	150,1	150,7

[1] Einschließlich Hoch- und Tiefbau.
[2] Einschließlich Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe.
[3] Für Bruttolohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Abhängigen: Halbjahre.
a) Vorläufige Ergebnisse.

SACHREGISTER

(Die Zahlenangaben beziehen sich auf die Textziffern)

Agrarpolitik 349
— in der EG 73 ff.

Arbeitskräfte 115, 278
— ausländische 114

Arbeitslosigkeit 107 ff., 278
— Differenzierung nach Branchen und Personengruppen 110 ff.
— in der EG 46
— Vergleich mit dem Jahr 1967 108 ff.

Arbeitsmarkt 106 ff.
— in der EG 46

Arbeitsproduktivität 102, 344

Auftragseingang
— aus dem Ausland 98 f.
— bei den Investitionsgüterindustrien 85

Aufwertung der D-Mark 163 ff., 318 ff.

Ausfuhr 150 ff., 274
— der EG 44
— regionale Unterschiede 156
— Struktur 155

Ausfuhrpreise 119, 152, 154

Ausgabenexpansion, gesamtwirtschaftliche 180, 247, 312 ff.

Auslandsnachfrage 97 ff., 303

Auslastungsgrad des Produktionspotentials 100

Ausrüstungsinvestitionen 90, 269 ff.

Außenbeitrag 149 ff., 277, 357 ff.

Außenhandel 149 ff.
— in der EG 33 ff.

Außenwirtschaftliche Absicherung 423 ff.

Außenwirtschaftliche Ungleichgewichte 9 ff., 32 ff., 258 f.

Automobilindustrie 226 ff.

Bauwirtschaft 230 ff.
— in der EG 44
— Nachfrage 89, 272

Belgien 52 ff., 63, 71

Beschäftigung 115, 278
— in der EG 46
— von Ausländern 114

Binnennachfrage 85 ff., 301 ff.

Bruttoinlandsprodukt, Bruttosozialprodukt 45, 100, 276

Dänemark 33, 52 ff.

Devisenzuflüsse 171, 177, 383

Einfuhr 104 f., 157 f., 277

Einfuhrpreise 117, 158
— in der EG 35

Einkommen
— aus unselbständiger Tätigkeit 139
— aus Unternehmertätigkeit und Vermögen 145
— in der EG 49
— Sozialeinkommen 147 f.

Einkommenspolitik 336 ff., 431 ff.

Einlagenstruktur 181

Euro-Markt 13 ff.

Europäische Gemeinschaft 27 ff.
— Gemeinschaftshaushalt 72
— konjunkturelle Entwicklung 44 ff.
— voraussehbare Entwicklung 256
— Wirtschaftspolitik 29 f., 56 ff.

Finanzpolitik 198 ff., 261 ff., 323 ff., 397 ff.
— in der EG 68 ff.
s. auch öffentliche Finanzen

Frankreich 33, 52 ff., 61, 70

Geld
— Expansion der Geldmenge 180 ff., 375 ff.
— Geld und Inflation 291 ff., 375 ff.
— Geld und Konjunktur 376
— Objektivierung der Geldversorgung 372 f.

Geldbasis
s. Zentralbankgeldmenge

Geldpolitik 171 ff., 291 ff., 312 ff., 374 ff.
— in der EG 59 ff.
— mengenorientierte 383 ff.

Geldwertstabilität und Vollbeschäftigung 7, 76 ff., 291 ff., 356 ff., 364 ff.

Gewinne 143 ff., 296
— Gewinne und Investitionsneigung 296 ff.

Großbritannien 33, 52 ff., 61, 70

Handelsbilanz 150 ff.,

Industrieproduktion 101
— in der EG 45

Inflation 3 ff.
— Bekämpfung der Inflation 170, 291 ff.
— Geld und Inflation 291 ff., 375 ff.
— Kosten der Inflation 219 ff., 289, 301, 365 ff.

Inflationsgewöhnung 289 f., 365

Investitionsförderung 334

Investitionsneigung 85 ff., 269 ff., 296 ff.

Investitionsteuer 215

Irland 52 f., 70

Italien 33, 52 ff., 70

Japan 41 f.

Kapitalmarkt 193 ff.

Kapitalverkehr 151, 163 ff.
— in der EG 60

Kapitalverkehrskontrollen 176
— in der EG 60

Kassenhaltung
— Rationalisierung 181, 183, 312, 388

Konjunkturverbund 55 ff., 426 ff.

Kreditgewährung der Banken 185 ff.
— in der EG 63 ff.
— Konsumentenkredite 95

Lagerdispositionen 91 f., 273

Liquiditätsreserven der Banken 177, 386

Löhne
— Effektivverdienste 137
— in der EG 47 f.
— kostenniveauneutrale 141
— Lohndrift 138
— Lohnstückkosten 142
— Reallöhne 140
— Tariflöhne 132 ff.
— voraussichtliche Entwicklung 267 f.

Lohnpolitik 131 ff., 267, 336 ff.
— Gleitklauseln 343
— Nachverhandlungsklauseln 343
— Tarifabschluß im öffentlichen Dienst 134, 217, 348

Lohnquote 146

Marktpolitik 350 ff., 431 ff.

Mindestreservepolitik 380 ff.

Monetäre Politik
s. Geldpolitik

Nachfragelücke 13, 450 ff.

Niederlande 52 ff., 71

Norwegen 43

Öffentliche Finanzen 198 ff., 261 ff., 323 ff., 397 ff.
— Ausgaben 202 ff.
— Finanzierungssaldo 214, 328, 413
— in der EG 68 ff.
— Investitionen 204
— konjunkturelle Wirkungen 212 ff., 330 f., 400 ff.
— konjunkturneutrales Haushaltsvolumen 213
— Kreditaufnahme 188, 214, 315, 328 ff., 404, 407
— Personalausgaben 203, 217
— Schuldenpolitik 332
— Sondereinlagen bei der Bundesbank 315
— Steuereinnahmen 208 ff.
— Steuerquote 208
— Struktur der öffentlichen Ausgaben 202 ff., 326
— voraussehbare Entwicklung 261 ff.

Ölkrise 1 f., 28 ff., 78, 441 ff.
— Preise 2, 117, 441 ff.

Österreich 43

Offen-Markt-Politik 384 f.

Preisentwicklung 116 ff.
— Ausfuhrpreise 119, 152
— Bauten 122
— Dienstleistungen 127
— Einfuhrpreise 117, 158
— Grundstoffe und Produktionsgüter 120
— in den wichtigsten Industrieländern 3 ff., 257
— in der EG 50
— Industrieerzeugnisse 119
— industriell erzeugte Verbrauchsgüter 226
— Investitionsgüter 121
— landwirtschaftliche Produkte 123
— Nahrungsmittel 129
— Öl und Mineralöl 2, 117, 126
— unvermeidliche Preissteigerungen 309
— Verbraucherpreise 124 ff.
— voraussehbare Entwicklung 279 f.
— Wohnungsmieten 128

Produktionspotential
— Auslastung 100
— Wachstum 220 ff., 307

Reallohnposition 141

Realrendite 144

Realzins 145, 299, 320 f., 450, 460

Recycling 13, 16 ff., 259, 455 ff.

Refinanzierungspolitik 384 f.

Schweden 43

Schweiz 43

Sonderprogramme, konjunkturpolitische 218, 239, 326, 333

Sparquote 94 f., 275

Stabilisierungspolitik 291 ff., 364 ff.

Steuerreform 261, 325

Tarifautonomie 337, 433

Terms of Trade 141, 159
— der EG 32
— der wichtigsten Industrieländer 9, 442

Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes 181, 183

Verbraucherpolitik 344, 437

Verbrauchskonjunktur 93 ff., 275

Vereinigte Staaten
— konjunkturelle Entwicklung 40
— voraussehbare Entwicklung 255

Vermögenspolitik 440

Währungspolitik 317 ff.
— Reform des Weltwährungssystems 21 ff.

Wechselkurspolitik 21 ff., 61 f., 317 ff.
— Block-Floating 62, 294, 430
— flexible Wechselkurse 21 ff., 423 ff.

Welthandel 39, 260

Wettbewerbspolitik 350 ff., 436

Wettbewerbsposition gegenüber dem Ausland 154 ff.

Zahlungsbilanz 149 ff.
s., auch außenwirtschaftliche Ungleichgewichte

Zentralbankgeldmenge
— „bei konstanten Reservesätzen" 382
— bereinigte 173, 380 f.
— Bestimmungsgründe 175, 383
— Expansion 174, 180 f., 312 f.
— in der EG 66
— konjunkturneutrale Expansion 174, 394 f.
— Steuerung 171 ff., 315, 379 ff.

Zinsen 172, 189 ff., 314, 320 f., 387
— in der EG 67